Nr. 342
4. Januar 2008

Nûçe


Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@nadir.org
www.nadir.org/isku

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

Weiterer US-Stützpunkt in Südkurdistan

Der Grund für die Unterstützung durch die USA bei der Bombardierung der Kandil-Berge durch die türkische Armee wird immer deutlicher:
In Südkurdistan wurde ein strategischer Militärstützpunkt im Einverständnis mit der kurdischen Regionalregierung und der Türkei an der Grenze zum Iran errichtet. Dort sind Experten aus den USA und aus Israel stationiert, der Iran wird von dort anvisiert. Ein ähnlicher Stützpunkt soll mit Genehmigung der Türkei in Hakkari-Yüksekova aufgebaut werden. Fotos von dem Stützpunkt in Südkurdistan, der mit strengen Sicherheitsvorkehrungen bewacht wird, wurden erstmalig von der Nachrichtenagentur ANF veröffentlicht.
Der Aufbau des mit modernsten Satelliten- und Radarsystemen ausgerichteten Stützpunktes findet mit Unterstützung der Türkei statt. Die USA transportieren das dafür notwendige Material über die Türkei nach Diyana in Südkurdistan.
Über die Entstehung des neuen Militärstützpunktes wurde ANF von einem Militärexperten informiert, der lange Zeit sowohl mit dem gestürzten irakischen Regime als auch mit der Regierung Südkurdistans und den US-Kräften im Irak zusammengearbeitet hat. Demnach wird der Stützpunkt auf dem strategisch wichtigen Berg Korek aufgebaut, der sich in der Nähe der Kleinstadt Diyana befindet. Die Umgebung wurde zum militärischen Sperrgebiet erklärt, zu dem nur US-amerikanische und israelische Experten sowie Unterstützung leistende Sondereinheiten Zugang haben.
Die Umgebung wird von einer aus ca. 500 Mann bestehenden, von den USA ausgebildeten Peschmerga-Sondereinheit gesichert. Genau hier waren vor der US-Intervention im Irak Einheiten des türkischen Geheimdienstes MIT stationiert, die den Auftrag hatten, die Kommunikation in den Guerillagebieten Kandil und Lolan abzuhören. Israelische und US-amerikanische Zeitungen, wie das Wall Street Journal vom 11.09.2007, berichteten bereits über den Aufbau eines solchen Stützpunktes in drei bis vier Kilometer Entfernung von der Grenze zum Iran. Politexperten aus der kurdischen Region berichten, dass die USA und Israel, falls die an der PKK getesteten Geheimdienst- und Aufklärungsarbeit erfolgreich verläuft, das gleiche in ähnlicher Form gegen den Iran anwenden wollen. Insofern werden mit dem Prozess, der mit den geheimdienstlichen Informationen über die PKK an die Türkei begonnen hat, mittel- und langfristige Erfolge angestrebt. Der erste Schritt dazu soll bei einem Treffen zwischen den USA, Israel und der Türkei im Hotel Khanzad zwischen Hewler und Selahaddin gesetzt worden sein. Hierbei soll beschlossen worden sein, dass im Gegenzug zu der Gewährleistung geheimdienstlicher Informationen über die Region Kandil an die Türkei diese von harten Erklärungen und Drohungen gegen die kurdische Regierung absehe sowie zum Aufbau von Militärstützpunkten, mit denen der Iran und Syrien anvisiert werden, beitrage. *(ANF, 2.1., ISKU)*

Eine Frau wurde ermordet…

Jeden Tag kommen Meldungen über neue Luftangriffe. Die bei diesen Angriffen abgeworfenen Bomben bedeuten nicht nur Massaker, Tränen, dass Menschen kein Dach mehr über dem Kopf haben, Naturzerstörung und Wirtschaftskrise… Diese taub machenden Bomben sorgen außerdem dafür, dass so viele Sachen nicht mehr gehört werden… Und ich fürchte, dass sehr viele Sachen nicht gehört und nicht gesehen werden, solange diese Angriffe anhalten. Ja, das Schweigen angesichts des kurdischen Dramas hält an. Wie viele Menschen haben das Klagen des jungen Mannes gehört, der vor dem Leichnam der Frau weinte, die von den Guerillakämpfern Purê Ayse (Tante Ayse) genannt und am ersten Tag der Angriffe getötet wurde? Und wenn ich von ‚hören' spreche, dann meine ich nicht nur mit den Ohren, sondern fühlen. Ein ANF-Korrespondent hatte davon berichtet. Während die Bomben fielen, verlangte der junge Mann nach einem Arzt für seine Mutter und lief wie ein Verrückter hin und her. So haben wir von Purê Ayse gehört. Ihr Anblick zerriss uns das Herz. Ihr Kopf, der zwischen ihren Händen lag… sie muss versucht haben, sich zu schützen vor dem Bombenhagel…

Und Perihan? Habt Ihr von Perihan gehört? Im Lärm der Bomben ging ihr Schrei unter…
Auch ich habe nur auf Umwegen von ihr gehört. Ein Journalist hatte den Mitarbeiterinnen des Frauenzentrums UTAMARA in Kasbach über den Vorfall berichtet. Diese sind sofort an den Ort des Geschehens gefahren. Vor ein paar Monaten bereits war in der gleichen Kleinstadt eine Frau aus Erzurum von ihrem Ehemann erschossen worden. Und wieder wurde eine Frauenleiche in einer stillen Ecke gefunden. Perihan, eine Frau aus Dersim, die von ihrem Mann getötet wurde, mit dem sie zwölf Jahre lang zusammen war.
Perihan ist in aller Stille gestorben. Denn der Mann hatte eine Waffe mit Schalldämpfer benutzt. Nur die neunjährige Tochter Dilara war Zeugin dieses Grauens. Vor ihren Augen fand dieser Vorfall statt. Der Tod Perihans stand nicht einmal als kleine Meldung in den Zeitungen.

Fortsetzung auf Seite 2

Druck auf CPT wächst

In mehreren Städten in der Türkei forderten in den vergangenen Tagen tausende Menschen in Briefen an das Antifolterkomitee des Europarats (CPT) sowie die Menschenrechtskommissionen des Parlamentes der Türkei und des Europarates ein umgehendes Vorgehen zur Verbesserung des Gesundheitszustandes von Abdullah Öcalan. Organisiert wird die Kampagne von der Föderation der Angehörigen von Gefangenen TUHAD-FED. In Mus, Yüksekova, Tatvan, Dogubeyazit und Istanbul versammelten sich jeweils hunderte Menschen vor den örtlichen Postämtern, um in einer öffentlichen Aktion Protestbriefe zu verschicken. Gefordert wurde dabei die Schließung der Gefängnis Imrali, die Verlegung Öcalans in ein anderes Gefängnis, eine umfassende medizinische Versorgung sowie die Aufhebung der Isolationshaft.
Unterdessen wurde auch an diesem Mittwoch der Besuch seiner Anwälte und Angehörigen bei Abdullah Öcalan verhindert. *(ÖP, DIHA, 2.1., ISKU)*

Meldungen

"Demokratische Republik" – Kongress im Februar
Am 9. und 10. Februar wird in Ankara ein Kongress zum Thema "Demokratische Republik" stattfinden. Organisiert wird die Veranstaltung von der DTP, dem Friedensrat Türkei, Einzelpersonen und zivilgesellschaftlichen Organisationen. Der Kongress gilt als Fortsetzungsveranstaltung des Kongresses "Demokratische Gesellschaft", der im Oktober in Amed stattgefunden hatte und dem die Konferenz "Die Türkei sucht ihren Frieden" in Ankara vorangegangen war. *(ÖP, 2.1., ISKU)*

120 Autos angezündet
Aus Protest gegen die Angriffe auf die Guerillagebiete in Kurdistan greifen kurdische Jugendliche in der Türkei zu einer neuen Aktionsform. Seit Beginn der Bombardierungen sind bisher 120 Autos in Istanbul und anderen Metropolen der Türkei angezündet worden. Bevorzugt werden dabei Fahrzeuge staatlicher Institutionen. Die Polizei reagiert darauf mit willkürlichen Festnahmen. Bisher kam es zu 39 Festnahmen, 14 Haftbefehle wurden ausgestellt. *(ÖP, 2.1., ISKU)*

2007: 276 Frauen im Bezirk Dohuk getötet
276 Frauen wurden 2007 im Bezirk Dohuk von Verwandten getötet, berichtet die kurdische online Agentur Hawlati. 26 von ihnen wurden beschuldigt die Ehre der Familie beeinträchtigt zu haben, und wurden so Opfer von Morden im Namen der Ehre, so eine Sprecherin einer kurdischen Frauenorganisation zu Hawlati.
Trotz dieser beträchtlichen Zahl habe das politische Bewusstsein in dieser Frage zugenommen, erklärte die Sprecherin Hawlati. Sie erklärte auch, dass mehr Frauen Verbrechen an die Frauenorganisationen melden würden. *(KM, 1.1., ISKU)*

Türkei will 2009 neue Kampfflugzeuge gegen PKK einsetzen
Die Türkei will im Kampf gegen die Kurdische Arbeiterpartei PKK vom nächsten Jahr an neue Kampfflugzeuge einsetzen. Die bisher verwendeten Maschinen vom Typ F- 16 und F-4 sollen dann durch die neuen Türk F-16 und F-4 2020 ersetzt werden, wie die Nachrichtenagentur Anadolu am Mittwoch meldete.
Ausgestattet mit spezieller Kamera, Laserziel, Distanzmessung und einem Beleuchtungssystem sollen die neuen Kampfflugzeuge, die in der Türkei hergestellt werden,

Neue Frauenprojekte in Wan

Es gibt immer mehr Frauenprojekte in den kurdischen Provinzen. So plant der Verein TUYAD-DER in Wan, 800 Frauen eine Berufsausbildung zu ermöglichen. In Batman will das Frauensolidaritätszentrum SELIS 1000 Frauen – insbesondere Kriegsflüchtlingen – Bildung und psychologische Unterstützung zukommen lassen. Der lang geplante Aufbau eines dringend notwendigen Frauenschutzhauses scheitert immer noch an den notwendigen finanziellen Mitteln. In Kurdistan ist die Anzahl von Frauen, die nicht lesen und schreiben können, sehr hoch. Frauenprojekte sind deshalb meistens schwerpunktmäßig auf Bildung ausgelegt. Das Projekt "Teilhabe von Frauen am Leben mit ihrer eigenen Identität" von TUYAD-DER in Wan ist vom EU-unterstützten Projekt "Aufschwung in Ostanatolien" angenommen worden. Im Rahmen des Programms werden Angehörigen von Gefangenen in den Vollzugsanstalten in Wan sowie 800 finanziell schlecht gestellte Frauen Bildungsangebote wie Alphabetisierungskurse und berufliche Ausbildung in den Bereichen Computer und Töpfern zur Verfügung gestellt. Das Programm, mit dem letztendlich auch eine wirtschaftliche Unabhängigkeit von Frauen angestrebt wird, läuft bis Ende 2008. *(ÖP, 28.12., ISKU)*

Hungerstreik in Cewlik

Etwa 50 Gefangene des Gefängnisses Cewlik (Bingöl) beginnen am Freitag einem einen rotierenden Hungerstreik. Zur Unterstützung der Gefangenen beginnt auch die DTP Cewlik in ihrem Gebäude mit einem dreitägigen Solidaritätshungerstreik. Der Vorsitzende der DTP Cewlik, der Anwalt Omer Faruk erklärte, mit dem Hungerstreik wolle man gegen die Haftbedingungen des Vertreters der PKK, Abdullah Öcalan, gegen die Verhaftung des Vorsitzenden der DTP, Nurettîn Demîrtas sowie gegen die Militäroperationen protestieren. Die Vertreter der DTP sowie viele weitere Menschen wollen am Freitag um 8.00 Uhr im DTP Gebäude mit einem dreitägigen Hungerstreik beginnen.
Ersöz sagte: Ein Gefängnis für eine Person ist antidemokratisch. Das Gesetz muss für alle gleich sein.

(DIHA, 3.1., ISKU)

„Kurdish Rap“ in Suleimaniya

Ihre Kritiker glauben, sie nähmen Drogen und seien überhaupt kriminell. Dabei wollen CJ, DJ und Max nur eines, nämlich ein wenig Spass, abseits der ausgetretenen Pfade ihrer Eltern und Großeltern. Die drei Mittelschüler aus Suleimaniya haben die erste Rap-Band im Irak gegründet. An diesem Tag haben sie einen Auftritt, und erstmals sind dabei auch zwei Mädchen mit von der Partie. Nervös rutschen die beiden Schwestern Sara und Saha Mohammed im Auto hin und her, als wir zum Konzert fahren. Kaum stehen die beiden auf der Bühne, ist die Aufregung verflogen. Die 14-jährige Sara reckt die Arme in die Höhe und tanzt in typischer Rap-Manier, als hätte sie nie etwas anderes gemacht.
Als Konzertsaal dient ein Raum, in dem normalerweise Hochzeiten gefeiert werden. Hinter der Bühne hängen noch der Vorhang und der Blumenschmuck von der letzten Hochzeitsgesellschaft. Die Akustik ist miserabel. Die Band und ihre rund 500 Zuhörer stört das wenig. Viel zu wichtig ist für sie das Ereignis. Selbst im kurdischen Suleimaniya, das stolz ist auf seine liberalen Traditionen, ist das Angebot für Jugendliche dünn. Abwechslung beschränkt sich auf Familienfeiern, Schulausflüge, Besuche im Freizeitpark und in der Bowling-Halle, dem neusten Schrei der Stadt. Dass unverheiratete Paare miteinander ausgehen, ist unvorstellbar. Das hatten der 18-jährige CJ, der mit bürgerlichem Namen Azhin Rashid heisst, und seine beiden Freunde Surem Bekir alias DJ und Hama Hussein alias Max satt.
Die Texte der drei handeln vor allem von Sorgen und Nöten der Jugendlichen. Trotzdem mussten sie sich Häme gefallen lassen. Mit ihrer Musik zögen sie das Ansehen der Kurden in den Schmutz, ereiferten sich Kritiker. «Das ist Quatsch», sagt CJ, dessen Vater vom Saddam-Regime umgebracht wurde. «Wir machen keinen Gangsta-Rap und huldigen auch nicht der Gewalt. Die Unterdrückung von uns Kurden ist ein wichtiges Thema unserer Songs. Aber wir wollen eben etwas Neues ausprobieren.» Um ihre kurdische Identität herauszustreichen, nennt sich die Band Kurdish Rap und singt ausschliesslich auf Kurdisch. Ärger handelten sich CJ und DJ auch wegen ihrer Tätowierungen und ihrer Kleidung ein. Azhin wurde deswegen sogar eine Nacht ins Gefängnis gesteckt, Mullahs geisselten Tattoos als Sünde. Seitdem verstecken die beiden ihre Unterarme unter langärmligen Pullovern, die Baggy Pants verschwanden im Schrank.
Dabei geht es an dem Konzert wie auf einer braven Teenieparty zu. Es gibt Softdrinks und Wasser, hin und wieder sieht man ein Pärchen Händchen halten. Dass die Eltern Sara und ihrer 12-jährigen Schwester das Rappen erlauben, haben diese dem Einfluss der libanesischen Hauptstadt Beirut zu verdanken, wo die Familie lange gelebt hat. «Unsere Eltern sind nicht so verbohrt, für sie ist das ganz normal», sagt Sara. Um halb fünf Uhr nachmittags ist das Konzert zu Ende, die Mädchen eilen nach Hause. Mit Einbruch der Dunkelheit endet auch für sie das öffentliche Vergnügen. Doch die beiden haben Geschmack an ihrem Auftritt gefunden. Das nächste Mal wollen sie auf jeden Fall wieder dabei sein.

(NZZ, 30.12., ISKU)

Eine Frau wurde ermordet... (Forts.)

Ohnehin wird weder über die Tragödie der Kurden noch die der Frauen viel berichtet. Von Perihans Tod wissen nur ihre Familie und ihre kleine Tochter. Dilara soll schön malen können, und auf den Bildern, die sie jetzt in der Schule malt, soll immer ein Mann sein, der vor den Augen eines Kindes eine Frau tötet. Dieses Bild wird sie wohl nie vergessen. So wie auch der Anblick von Purê Ayse in unseren Köpfen unauslöschbar ist…
Während die Männlichkeit und ihre Erfindung, der Militarismus, Bomben auf die Kurden und ihre Verteidigungskräfte regnen lässt, werden auch im gesellschaftlichen Leben, in den Häusern, auf den Straßen, kurz gesagt überall weiter Frauen ermordet. Damit kein junger Hirte mehr wegen seiner Schafe, die sein einziger Besitz und bei einem Bombenangriff verendet sind, weint, damit Mütter nicht mehr um ihre Kinder weinen, damit kleine Dilaras nicht mehr den Tod, sondern die Schönheiten des Lebens malen – schweigen wir nicht zu den Operationen der Kriegstreiber, den Bombardierungen, dem daraus resultierendem Tod, der Flucht von Tausenden Menschen und den Frauenmorden…

Besondere Festtage bedeuten mir persönlich nicht viel, wenn wir jeden Tag mit Schmerz, Tod, Operationen beginnen. Aber dennoch will ich, dass die Hoffnungen, die 2007 starke Schläge erlitten haben, 2008 wieder aufblühen, dass uns nicht nur die Hoffnung bleibt, unsere Herzen dennoch mit Hoffnung erfüllt sein, der Frieden nah sein und Frauen nicht ermordet werden…

(ÖP, 29.12., ISKU)

speziell für Nachteinsätze geeignet sein, wie es weiter hieß.

(BaZ, 2.1., ISKU)

Wieder Kriegsflugzeuge über Südkurdistan
Erneut überquerten Kriegsflugzeuge die Region Colemerg (Hakkarî) und flogen in Richtung Südkurdistan. Die Flugzeuge waren in Amed und Malatya gestartet. Bisher ist nicht bekannt, ob erneut Bombardierungen stattgefunden haben. *(DIHA, 3.1., ISKU)*

Quellen:

ANF	Firat Nachrichtenagentur
DIHA	Dicle Nachrichtenagentur
ÖP	Özgür Politika
KM	KurdishMedia.com
Baz	Basler Zeitung
NZZ	Neue Zürcher Zeitung

Termine:

Podiumsdiskussion zur Situation der Kurdinnen und Kurden vor dem Hintergrund der aktuellen Entwicklungen in der Türkei und im türkisch-irakischen Grenzgebiet.
Ahmet Türk *(Fraktionsvorsitzender der DTP)*, Sebahat Tuncel *(Abgeordnete der DTP und Mitglied im Auswärtigen Ausschuss)*
Moderation:Dr. Norman Paech *(Abgeordneter der Fraktion DIE LINKE)*
16. Januar 2008, 19.30 Uhr, Rosa-Luxemburg-Stiftung, Franz-Mehring-Platz 1, Berlin

Hrant Dink und die Meinungsfreiheit in der Türkei
Podiumsdiskussion mit
Erdal Dogan *(Rechtsanwalt Istanbul)*, Mahmut Sakar, *(Rechtsanwalt MAF DAD Köln)*
Moderation: Dr. Heinz Jürgen Schneider (*Rechtsanwalt MAF DAD Hamburg)*
Mittwoch, 16.1. 19.00 Uhr, Universität Hamburg, Von Melle Park 8 (Hörsaal Erziehungswissenschaften)

Konferenz: Perspektiven für eine friedliche Lösung des türkisch-kurdischen Konflikts
18. Januar 2008, Abgeordnetenhaus Berlin, Raum 376, Niederkirchnerstr. 5, 10111 Berlin
Weitere Infos auf unserer Webseite unter *Termine.*

N û ç e
erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der
Informationsstelle Kurdistan
Schanzenstraße 117
20357 Hamburg
Tel.: 040 - 421 02 845
E-mail: isku@nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
Postbank Köln, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 3968-506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.nadir.org/isku

Nr. 343
11. Januar 2008

Nûçe



Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@nadir.org
www.nadir.org/isku

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

KCK: Diyarbakir-Anschlag noch ungeklärt

In einer schriftlichen Erklärung hat sich der KCK-Exekutivrat zum Bombenanschlag in Diyarbakir, der Hinrichtung eines PJAK-Mitgliedes im Iran und dem Treffen zwischen dem türkischen Staatspräsident Gül mit seinem Amtskollegen Bush geäußert.

In der Erklärung erinnert die KCK zunächst daran, dass bei dem Bombenanschlag auf einen Militärbus am 3. Januar im Stadtzentrum von Diyarbakir sechs Zivilisten ums Leben gekommen sind. Die Anzahl der getöteten Militärs werde vor der Öffentlichkeit verheimlicht.

Einen Beschluss oder Plan, im Zentrum von Diyarbakir eine solche Aktion durchzuführen, gebe es nicht. "Die Recherchen, ob [die Aktion] auf regionaler Ebene und von autonomen Gruppen durchgeführt wurde, haben noch kein sicheres Resultat ergeben. Es bedarf noch wie vor weiterer Untersuchung, auf wessen Anweisung dabei gehandelt wurde. Der einzige Grund dafür, dass eine notwendige Erklärung zu diesem Thema so spät stattfindet, liegt in dem Wunsch, aus der Verantwortung heraus, die wir der demokratischen Öffentlichkeit und unserem Volk gegenüber empfinden, sichere und eindeutige Informationen weiterzugeben. Aufgrund der Komplexität des Themas sind noch nicht alle Dimensionen des Vorfalls geklärt. Sicher und eindeutig ist lediglich, dass unsere Bewegung dafür keine offizielle Verantwortung trägt. [...] Wer auch immer die Aktion durchgeführt hat, auch wenn sie von patriotischen Kreisen aus Protest gegen Militärpiloten durchgeführt wurde, in Hinsicht auf Zeit, Ort und Methode billigen wir diese Aktion nicht. Wir teilen mit, dass wir den Vorfall untersuchen und unsere Erkenntnisse mit der Öffentlichkeit teilen werden, sobald solche sicher vorliegen. Wir teilen den Schmerz der Angehörigen der Zivilisten, die bei dem Vorfall ums Leben gekommen sind und sprechen unser Beileid aus. Wir teilen weiter mit, dass wir in wirksamerer Form daran arbeiten werden, Aktionen im Befreiungskampf zu verhindern, die Zivilisten Schaden zufügen."

Kritik an den USA

Zu dem Treffen zwischen US-Präsident Bush und dem türkischen Staatspräsidenten Gül heißt es in der Erklärung, erneut sei die "feindliche Einstellung" gegenüber der kurdischen Bewegung betont worden: Das Treffen zeige, dass die "Terrorangriffe des türkischen Staates gegen die Befreiungsbewegung Kurdistans basierend auf einem internationalen Konzept" weitergehen werden.

Seit 15 Jahren sei die PKK um eine Lösung der kurdischen Frage auf politischem Weg bemüht. Trotz des jüngsten einseitigen Waffenstillstands müsse die PKK weiter Widerstand gegen die Angriffe des türkischen Staates leisten. Die Verlautbarung bei dem Gipfeltreffen Bush-Gül, die PKK sei der "Feind aller, die in Frieden leben wollen", sei nichts weiter als eine komplette Verdrehung der Tatsachen. Bei der PKK handele es sich um eine soziale Bewegung, die die Mehrheit des kurdischen Volkes repräsentiere: "Feindschaft der PKK gegenüber bedeutet Feindschaft dem kurdischen Volk gegenüber. Unser Volk wird denjenigen, die auf der Feindschaft beharren, die notwendige Haltung zeigen. Es ist offensichtlich, dass es keine Lösung darstellt, sich hinter die Politik des türkischen Staates zu stellen, die nur Gewalt kennt. Damit wird eine Lösung nur weiter unmöglich gemacht. Die USA sind einer der Hauptverantwortlichen dafür."

Warnung an den Iran

Wegen Hinrichtung eines PJAK-Guerillakämpfers spricht die KCK eine Warnung an den Iran aus: "Im vergangenen Jahr wurde der Genosse Agit, ein wertvoller Militanter der Apocu-Bewegung, der für die PJAK tätig war, bei einem Gefecht verletzt von iranischen Kräften gefangen genommen. Vor kurzem hat sich herausgestellt, dass Genosse Agit hingerichtet worden ist – ohne ein rechtliches Verfahren, ohne eine wirkliche Gerichtsverhandlung sowie im Wissen und mit Einverständnis des türkischen Staates. In der Kampfgeschichte unserer Bewegung sind Tausende gefallen. Aber bisher ist kein Apocu von einem Staat hingerichtet worden. Das hat erstmalig der iranische Staat getan. Damit hat er einen großen Fehler begangen und diese Tat hat nicht den geringsten Nutzen für die Völker des Iran."

Die Hinrichtung mache die Angst deutlich, die das iranische Regime angesichts des kurdischen Befreiungskampfes empfinde.

"Gegen das rechtlose und feindliche Vorgehen des iranischen Staates hat die Freundin Ronahî Serhat in eigener Entscheidung und Initiative eine Selbstopferungsaktion in Maku in Ostkurdistan durchgeführt." Diese mache deutlich, dass die Hinrichtung weder vom Volk noch von den Militanten des Befreiungskampfes hingenommen werde. "Als Bewegung wollen wir weder Hinrichtungen von Militanten des kurdischen Befreiungskampfes noch Selbstopferungsanschläge gegen den iranischen Staat. Wir rufen den iranischen Staat dazu auf, von dieser feindlichen Politik abzusehen. Falls er das nicht tut, wird er selbst für die daraus entstehenden Konsequenzen verantwortlich sein."

(ANF, 10.1., ISKU)

"Öcalan werden alle Rechte genommen"

Wie Rechtsanwalt Ömer Günes gegenüber Roj TV erklärte, ist sein Mandant Abdullah Öcalan seit 16 Tagen mit einer Bunkerstrafe belegt: "Öcalan werden alle Rechte genommen." Es handele sich um die 5. Bunkerstrafe gegen seinen Mandanten. "Erstmalig hat Herr Öcalan in einem Verteidigergespräch eine Feststellung zu diesen Bunkerstrafen vorgenommen. Er hat betont, dass die Bunkerstrafe die Todesstrafe bedeute und als solche aufgefasst werden müsse."

Weiter kritisierte Günes, dass die Verteidiger Öcalans von der Durchführung einer Bunkerstrafe informiert werden müssten, dieses aber immer nur von ihrem Mandanten selbst erführen. "Somit handelt es sich um ein unrechtmäßiges Vorgehen." Während des Vollzugs der Bunkerstrafe würden Öcalan Bücher, Zeitungen und Radio vorenthalten und er könne keinen Besuch von seinen Angehörigen empfangen. Auffällig sei, dass diese Strafen immer in politisch kritischen Zeiten vollzogen würden. Die ohnehin bestehenden gesundheitlichen Probleme Öcalans würden damit verstärkt.

(ANF, 10.1., ISKU)

Meldungen

„Abdullah Öcalan ist Führer des kurdischen Volkes“

Der ehemalige DEP-Abgeordnete Selim Sadak hat im Rahmen eines Ermittlungsverfahrens gegen ihn wegen der Aussage „Abdullah Öcalan ist ein Führer des kurdischen Volkes“ in der Abschlusserklärung des Kongresses „Demokratische Gesellschaft“ vor der Staatsanwaltschaft Ankara eine Aussage abgegeben. Darin erklärte er: „Abdullah Öcalan ist ein Führer des kurdischen Volkes. Das ist nicht nur meine Idee, sondern die notariell belegte Erklärung von drei Millionen Kurden. Ich halte es für meine Aufgabe als Politiker, diesen Fakt zur Sprache zu sprechen. Nach wie vor stehe ich hinter der Abschlusserklärung des Kongresses.“

(ÖP, 10.1., ISKU)

Unbefristeter Sitzstreik vor Europarat

Mit der Forderung, dass die Analyseergebnisse aus dem Isolationsgefängnis Imrali des Antifolterkomitees (CPT) unverzüglich veröffentlicht werden, findet vor dem Europarat in Strassburg ein Sitzstreik statt. Die AktivistInnen kündigten an, die Aktion fortzusetzen, bis der CPT-Bericht veröffentlicht sei. Geplant ist, dass feste Gruppen von zehn Personen für jeweils fünf Tage den Sitzstreik fortsetzen.

Das CPT hatte im Mai 2007 Untersuchungen auf der Gefängnisinsel Imrali durchgeführt, auf der sich Abdullah Öcalan als einziger Gefangener befindet, nachdem Vorwürfe einer Vergiftung Öcalans mit Schwermetallen bekannt geworden waren.

(ANF, 7.1., ISKU)

Verfassungsgericht lehnt vorläufige Maßnahmen gegen DTP-Politiker ab

Im Schließungsverfahren gegen die kurdisch-orientierte DTP hat das Verfassungsgericht den Antrag der Staatsanwaltschaft am Kassationsgerichtshof zurückgewiesen, bereits vor der Entscheidung über die Parteienschließung gegen Funktionäre der Partei ein Politikverbot auszusprechen. Die Entscheidung wird auch im Hinblick auf das Recht der DTP an kommenden Wahlen teilzunehmen kommentiert. *(Dü, 28.12., ISKU)*

Türkei: Anklage gegen Exgefangene der PKK

Im Prozess um acht von kurdischen Rebellen verschleppte und später freigelassene türkische Soldaten hat die Anklage der

Interview mit Selahattin Demirtas, DTP

"Verbotsverfahren soll freie Agitation verhindern"

Selahattin Demirtas ist der ehemalige Vorsitzende des Menschenrechtsvereins IHD in Diyarbakir. Er ist im Juli als unabhängiger Direktkandidat ins Türkische Parlament gewählt worden und ist dort Vize-Fraktionsvorsitzender der kurdischen Partei für eine Demokratische Gesellschaft DTP.

Als einzige Fraktion im Parlament in Ankara hat sich die DTP gegen die laufenden türkischen Militäroperationen in den kurdischen Landesteilen und dem Nordirak ausgesprochen. Was kann die DTP so isoliert überhaupt erreichen?
Wir sind mit 20 Abgeordneten zwar zahlenmäßig die kleinste Fraktion in der Großen Nationalversammlung der Türkei und besitzen aus dieser Position heraus nicht die Macht, Gesetze zu verändern. Allerdings haben wir den Mut, die Probleme der türkischen Demokratie anzusprechen und die Bevölkerung zu informieren. Der wichtigste Grund, warum man versucht, uns im Parlament zu isolieren ist, dass unsere Politik, die demokratiefeindliche Herangehensweise der anderen Parteien offen legt.

Vor der türkischen Parlamentswahl hat sich die islamisch-konservative Regierungspartei AKP von Ministerpräsident Erdogan gegen Einmarschdrohungen des Militärs in den Nordirak gestellt. Unter anderem deswegen wurde die AKP auch von vielen Kurden gewählt. Warum hat sie jetzt ihre Linie geändert und steht kritiklos hinter der Bombardierung kurdischer Dörfer im Nordirak durch die türkische Armee?
Die AKP hat immer eine heuchlerische Politik betrieben. Sie hat sich ohne Hemmungen zur demokratischsten Regierung aller Zeiten in der Türkei erklärt und es damit auch geschafft, die Europäische Union für sich einzunehmen. Die pragmatische Politik der AKP wird nicht nur viele Kurden, sondern auch die Türken und Europäer weiterhin irreführen. Es gibt in Wirklichkeit gar kein Problem zwischen der AKP und der Armeeführung. Durch eine fiktive Konfrontation mit den Militärs hat sie es geschafft, zu den Wahlen ihren Stimmanteil zu erhöhen. Viele Beobachter meinen, dass diese Strategie von der Armee unterstützt worden ist.

Gegen die DTP ist ein Verbotsverfahren eingeleitet worden. Was sind die Hintergründe, und wie ist der Stand des Verfahrens?
Das Ziel des Verbotsverfahrens ist es, uns unter ständiger Repression zu halten, um so eine freie politische Agitation zu verhindern. Der Grund ist weniger ein rechtlicher, sondern ein politischer. Man erschwert es den Kurden, ihre Rechte frei einzufordern, damit die Parteien mehr Zulauf erhalten, die sich wie die AKP mit den Militärs arrangiert haben. Das Verfahren vor Gericht hat noch nicht begonnen, aber aller Voraussicht nach werden wir am 10. Januar unsere erste schriftliche Verteidigung durchführen.

DTP-Politiker fordern immer wieder bessere Haftbedingungen für Abdullah Öcalan. Dies ist offiziell einer der Gründe für das Verbotsverfahren. Welche Rolle spielt Öcalan für die DTP und ihre Wähler?
Öcalan ist eine einflußreiche politische Persönlichkeit unter den Kurden. Und es ist unrealistisch, ohne ihn die kurdische Frage lösen zu wollen. Unsere Partei erkennt diese Realität an und stellt sich gegen die rechtswidrigen Haftbedingungen Öcalans, die einer Folter gleichkommen. In der Türkei haben 3,5 Millionen Menschen mit ihrer Unterschrift eine Kampagne unterstützt, mit der sie Öcalan als ihren politischen Repräsentanten benannt haben. Man sollte zumindest diesem Volkswillen mit Respekt gegenübertreten. Wir setzen uns nicht nur für Öcalan ein, sondern für alle Gefangenen.

Welche Lösung schlägt die DTP für die kurdische Frage vor?
Unser Lösungsvorschlag ist die Einführung einer demokratischen Selbstverwaltung. Demnach wird es in der Türkei 20 bis 25 administrative Gebiete geben. Jedes Gebiet soll seine eigene Symbolik, also Flaggen usw., einen Namen und ein lokales Parlament besitzen. Die Gesetzgebung in den Bereichen Tourismus, Bildung, Landwirtschaft, Sozialpolitik, Ökonomie usw. muss der Entscheidungsgewalt der jeweiligen Gebiete unterliegen. Aber die Amtssprache soll weiterhin Türkisch sein, und es soll auch eine gemeinsame Staatsflagge aller Gebiete geben. Unter einem einheitlichen Dach soll dieses Modell durch die Stärkung der lokalen Verwaltungen zur einer freien Verwirklichung der Rechte der Kurden führen.

(jW, 7.1., ISKU)

Kinderchor unter Anklage

Nach einem Auftritt des Kinderchors der Bezirksverwaltung von Yenisehir in Diyarbakir auf einem internationalen Musikfestival in San Francisco hat die Staatsanwaltschaft ein Ermittlungsverfahren gegen die minderjährigen Künstler eingeleitet. Ihnen wird vorgeworfen, den vor 68 Jahren geschriebenen kurdischen Marsch 'Ey Reqîp' gesungen und damit Werbung für eine terroristische Organisation betrieben zu haben. Wie Rechtsanwalt Baran Pamuk gegenüber DIHA erläuterte, handelt es sich bei dem Stück sowohl um die Nationalhymne der kurdischen Republik Mahabad, die 1946 gegründet wurde und lediglich ein Jahr bestand, als auch um die Hymne der Region Kurdistan im Nordirak. Den Minderjährigen, die staatsanwaltschaftlich verhört wurden, droht nach dem Antiterrorgesetz eine Haftstrafe von einem bis fünf Jahren. *(DIHA, 7.1., ISKU)*

Türkei wegen Folter verurteilt

Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte hat die Türkei wegen Folter und Verstoßes gegen das Recht auf Schutz des Lebens in zwei Fällen verurteilt. Die Richter sahen es als erwiesen an, dass ein Kurde 1993 in Polizeigewahrsam gefoltert worden war.
Der in Berlin lebende Mann war damals Mitglied der verbotenen kurdischen Arbeiterpartei PKK und während eines Zwischenstopps auf dem Flughafen von Istanbul festgenommen worden. Die türkische Regierung wurde zu 5000 Euro Schmerzensgeld verurteilt.
Außerdem gaben die Straßburger Richter einer Klägerin Recht, deren Mann Augenzeugen zufolge vor mehr als zehn Jahren festgenommen wurde und seitdem verschollen ist. Die Mutter von acht Kindern hat seitdem vergeblich versucht zu erfahren, was mit ihrem Mann geschehen ist. Sie vermutet, dass der Verschollene, ein Mitglied der Kurdenpartei HADEP, tot ist.
Der Gerichtshof kritisierte in seinem Urteil "erhebliche Versäumnisse" der Staatsanwaltschaft, die nicht genug unternommen hätte, den Mann zu finden. Sie verurteilte den türkischen Staat zu Schadensersatz in Höhe von 40.000 Euro, 23.500 Euro Schmerzensgeld sowie der Erstattung von Verfahrenskosten in Höhe von 2176 Euro.

(ntv, 8.1., ISKU)

liberalen Zeitung Radikal zufolge Haftstrafen von drei Jahren bis lebenslänglich gefordert. Für einen der Soldaten beantragte die Anklage vor einem Militärtribunal in Wan lebenslange Haft, unter anderem wegen »Entschuldigung eines Verbrechens«, »Befehlsverweigerung«, »Unterstützung von Aktivitäten, die auf die Spaltung des Staates abzielen«, »Flucht ins Ausland«, Propaganda für die verbotene Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) und gegen die Armee.

(jW, 7.1., ISKU)

Gewaltanwendung und Polygamie führen zu Rauswurf
Die Stadtverwaltung von Van-Bostaniçi hat einen vorbildlichen Beschluss in ihren Tarifvertrag aufgenommen: Mitarbeiter der Stadtverwaltung, die Gewalt gegen ihre Ehefrauen anwenden, wird das Gehalt gestrichen. Fortgesetzte Gewaltanwendung führt zum Rauswurf. Das gleiche gilt für Mitarbeiter, die eine Zweitfrau heiraten.
Bereits im vergangenen Mai war ein DTP-Bürgermeister aufgrund einer Zweitehe aus der Partei ausgeschlossen worden.

(ÖP, 10.1., ISKU)

Quellen:

ANF	Firat Nachrichtenagentur
DIHA	Dicle Nachrichtenagentur
ÖP	Özgür Politika
Dü	Dünya
jW	junge Welt
ntv	n-tv.de

Termine:

Podiumsdiskussionen:
»Quo vadis Türkei? Die kurdische Frage zwischen Krieg und politischer Lösung«
mit Selahattin Demirtas (Vize-Fraktionsvorsitzender der DTP im Türkischen Parlament), Prof. Dr. M. Cengiz Güleç (Sprecher des Friedensrats Türkei) und Vertretern der Partei "Die Linke" aus NRW:
Montag, 14. 1., 18.00 Uhr, Universität Köln, Hörsaal XXV, Albertus-Magnus-Platz, und Dienstag, 15. 1., 18.30 Uhr, Ruhr-Universität Bochum, Hörsaal HZO 50

N û ç e
erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der
Informationsstelle Kurdistan
Schanzenstraße 117
20357 Hamburg
Tel.: 040 - 421 02 845
E-mail: isku@nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
Postbank Köln, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 3968-506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.nadir.org/isku

Nr. 344
18. Januar 2008

Nûçe

.....ISKU
Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@nadir.org
www.nadir.org/isku

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

Protestaktion gegen die andauernden Militäroperationen

DTP geht in die Berge

Aus Protest gegen die fortgesetzten Militäroperationen im In- und Ausland plant die DTP eine Massendemonstration in die Berge von Sirnak. Wie der stellvertretende DTP-Vorsitzende Kamuran Yüksel mitteilte, soll die Aktion vom 4. bis zum 6. Februar stattfinden. Von Istanbul aus findet eine Fahrt über Diyarbakir nach Sirnak statt, wo eine Deklaration veröffentlicht werden soll. "Dieses Mal möchten wir nicht wie sonst in Veranstaltungsräumen, sondern direkt am Fuß der Berge, in denen der Krieg stattfindet, eine Deklaration veröffentlichen.“ In Diyarbakir ist eine Massenkundgebung geplant, für die Demonstration selbst wird eine Beteiligung von mehreren Tausend Menschen erwartet. Bis zu diesem Zeitpunkt soll mit weißen Tüchern an Häusern und Autos für den Frieden geworben werden. Ziel der geplanten Aktion in Sirnak ist es, die türkische- und die Weltöffentlichkeit zu demokratischen Projekten für eine Lösung der kurdischen Frage und ein Ende der Kriegspolitik aufzurufen.

(ANF, 16.1., ISKU)

IHD-Jahresbilanz veröffentlicht

Nach Angaben der Zweigstelle des Menschenrechtsvereins IHD in Diyarbakir sind im Jahr 2007 393 Menschen bei Gefechten ums Leben gekommen, davon 191 Sicherheitskräfte, 196 bewaffnete Militante sowie sechs ZivilistInnen. Hierbei handelt es sich um die höchste Zahl seit acht Jahren. Verletzt wurden bei Gefechten 343 Personen. 19 Personen sind durch extralegale Hinrichtungen getötet worden, davon 17, die erschossen wurden, nachdem sie dem polizeilichen Befehl "Stehen bleiben" nicht gefolgt waren. Weitere 17 wurden bei derartigen Vorfällen verletzt. "Morden unbekannter Täter" fielen 2007 nach IHD-Angaben 56 Personen zum Opfer. Drei Personen wurden aufgrund ihres Glaubens angegriffen und getötet. Durch Minen und andere Explosionen kamen 15 Personen ums Leben, davon neun Minderjährige. Verletzt wurden bei solchen Vorfällen 54 Personen, 22 davon Minderjährige.

Durch "Ehrenmorde" wurden vom IHD elf Tote registriert, davon neun Frauen. 127 Personen begangen Selbstmord, davon 44 Männer. 62 Personen machten einen Selbstmordversuch. Weiter stellte der IHD 16 "verdächtige" Todesfälle von Frauen fest, deren Ursache nicht ganz geklärt werden konnte.

An Folter- und Misshandlungsfällen finden sich 232 im IHD-Jahresbericht. Davon haben 61 auf Polizeistationen, 75 außerhalb offizieller Gewahrsamsorte sowie 68 in Haftanstalten stattgefunden.

Gegen 1528 Personen wurden Ermittlungsverfahren wegen freier Meinungsäußerung eingeleitet und 534 Personen deshalb verurteilt.

599 Personen, die als Flüchtlinge in die Türkei kamen, wurden festgenommen und es kam zu 8177 Abschiebungen.

Die Leichname von insgesamt 53 HPG-KämpferInnen wurden nicht an ihre Angehörigen übergeben. *(ANF, 16.1., ISKU)*

Türkei fliegt neue Luftangriffe gegen PKK

"Bis zur vollständigen Liquidierung"

Am 15. Januar hat die die türkische Luftwaffe erneut vermeintliche PKK-Lager angegriffen. Nach Angaben der Volksverteidigungskräfte (HPG) fanden die Angriffe zwischen 11.00 und 2.00 Uhr statt, es kam dabei auf Seiten der Guerilla nicht zu Verlusten.

Auf der Webseite des türkischen Generalstabs heißt es, die Luftwaffe habe "Stellungen der terroristischen Arbeiterpartei Kurdistans (PKK)" angegriffen, sie seien "intensiv bombardiert" worden. Es war der vierte Angriff seit Beginn der türkischen Luftoffensive am 16. Dezember. Er galt den Angaben auf der Webseite zufolge Stellungen in den Regionen Zap-Siwi, Awasin-Basjan und Xakurke.

Ministerpräsident Recep Tayyip Erdogan hatte am Tag zuvor erklärt, mit den Rebellen werde "bald Schluss gemacht." Der Armee zufolge wurden bei den Angriffen türkischer Streitkräfte auf kurdische Rebellen in den vergangenen Wochen "hunderte Terroristen getötet".

Die HPG bestätigten in einer Erklärung vom 16. Januar die Angriffe und gaben an, es habe bei der Guerilla keine Verluste gegeben, über erlittene zivile Verluste und den entstandenen Sachschaden bei der Dorfbevölkerung werde es zu einem späteren Zeitpunkt genauere Angaben geben.

Türkei begründet ihr "Recht auf Operationen"

Die türkischen Streitkräfte werden grenzübergreifende Operationen im Nordirak jedes Mal durchführen, wenn dies die Umstände erlauben, sagte der türkische Premier Tayyip Erdogan am Montag.

"Solche Operationen können jederzeit anhand der gewonnenen Aufklärungsangaben und entsprechend den jeweiligen Aktivitäten der Terrororganisationen in der Region durchgeführt werden", sagte der türkische Regierungschef, der sich derzeit in Spanien aufhält. Ihm zufolge werden diese Operationen bis hin zur vollständigen Liquidierung der kurdischen Stützpunkte in der Region durchgeführt.

"Die Operationen werden solange nicht eingestellt, solange nicht das Endziel erreicht ist", zitiert die Fernsehgesellschaft NTV den türkischen Regierungschef.

"Das Parlament hat uns ein einjähriges Mandat (für die Durchführung solcher Operationen) gewährt. Sollten wir ein Jahr später das Problem noch nicht gelöst haben, werden wir das Parlament wieder um die Genehmigung solcher Operationen ersuchen", sagte Erdogan.

Das türkische Parlament hatte dem Kabinett von Erdogan im Oktober vergangenen Jahres das Mandat für die Durchführung grenzübergreifender Operationen im Nordirak gegen die dort stationierten Einheiten der Arbeiterpartei Kurdistans gewährt.

(RIA, 15.1., hpg, 16.1., ISKU)

Meldungen

20 Mal Erscheinungsverbot innerhalb eines Jahres

Nach Ablauf eines einmonatigen Erscheinungsverbot ist die Wochenzeitung YedinciGün nach nur einem Tag erneut für einen Monat wegen des Vorwurfs der Werbung für die PKK verboten worden. Innerhalb eines Jahres sind somit gegen elf Zeitungen 20 Erscheinungsverbote ausgesprochen worden.

(ÖP, 14.1., ISKU)

Hasankeyf-Veranstaltung in Duhok

Das im südkurdischen Duhok ansässige "Institut zum Schutz des kurdischen Erbes" hat eine gut besuchte Veranstaltung zum Thema Ilisu-Staudaum und Hasankeyf durchgeführt. Im Rahmen der Veranstaltung wurde eine Bilderausstellung zu Hasankeyf gezeigt. Mitarbeiter des Instituts kündigten an, eine Kampagne zum Erhalt von Hasankeyf zu starten. Die historische Stätte dürfe nicht dem Ilisu-Staudamm geopfert werden.

(ANF, 14.1., ISKU)

33 Verhaftungen in einer Woche

Von 51 Personen, die in der vergangenen Woche in Sirnak, Ankara und Istanbul festgenommen wurden, sind gegen 33 Haftbefehle ausgestellt worden. Unter den in Sirnak Verhafteten befinden sich auch der DIHA-Korrespondent Haydar Haykir sowie der Sohn des ehemaligen DEP-Abgeordneten Selim Sadak, Harun Sadak, der Mitglied im Stadtrat von Sirnak ist. In Sirnak, Cizre, Silopi, Uludere und Idil waren bei Polizeioperationen am 8. Januar 30 Personen festgenommen worden. 27 von ihnen wurden mit dem Vorwurf der Mitgliedschaft in einer illegalen Organisation oder der Werbung für eine solche dem Haftrichter überstellt. Gegen 15 wurde schließlich Haftbefehl ausgesprochen, die anderen zwölf wurden auf Kaution freigelassen.

In Ankara wurden 14 Personen wegen der Teilnahme an der Beerdigung von Kevser Mirzak, die am 10. Dezember von der Polizei erschossen worden war, festgenommen. Zwölf von ihnen wurden wegen des Verdachts der Mitgliedschaft, Unterstützung sowie des Vorwurfs "Preisen einer Straftat oder eines Straftäters" verhaftet.

In Istanbul schließlich wurden bei einer Operation der Antiterrorpolizei von sieben Festgenommenen sechs Personen wegen Mitgliedschaft oder Unterstützung verhaftet. *(ÖP, 14.1., ISKU)*

Türkei auf demokratischem Kurs?

In Istanbul geboren, ist Murat Cakir derzeit Pressesprecher der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Berlin

ND: Die türkische Regierung plant noch vor dem Jahrestag der Ermordung des armenisch-türkischen Schriftstellers Hrant Dink eine Neufassung des Paragrafen 301, der die Beleidigung des Türkentums unter Strafe stellt. Türkische Nationalisten ermordeten Dink am 19. Januar 2007 unter dem Vorwand von dessen Türkei-Kritik. Sagt die Regierung den Nationalisten nun den Kampf an?

Leider mitnichten. Die türkische Regierung steht voll in der Kontinuität der einstigen militärischen Machthaber, wenn es um Freiheiten wie die Meinungsfreiheit, Minderheitenrechte oder die Organisationsfreiheit von Gewerkschaften geht. Die Regierung von Recep Tayyip Erdogan zielt mit der Neufassung schlicht auf die Beruhigung der Europäischen Union, in die Ankara ja gerne aufgenommen werden würde.

Was hat der Paragraf 301 für einen Hintergrund?

Der Hintergrund ist zutiefst nationalistisch und rassistisch. Dass die Beleidigung des sogenannten Türkentums unter Strafe gestellt werden kann, verweist auf die offizielle Staatsdoktrin seit der Gründung 1923, die das Türkentum über alles andere stellt. Das Problem der sogenannten türkischen Demokratie liegt darin, dass sie im Kern autoritär ist und von zwei Machtzentren getragen wird: Neben den Zivilregierungen gibt es den Nationalen Sicherheitsrat, quasi die Kapitalisten in Uniform, die das Sagen haben. Solange diese Zweiköpfigkeit der Staatsmacht nicht gebrochen wird, kann in der Türkei keine echte Demokratisierung stattfinden. Die Verfassung aus der Militärdiktatur von 1982 ist bis heute in Kraft.

Im Zug der Annäherung an die EU konnten doch Fortschritte verzeichnet werden: Abschaffung der Todesstrafe, Revision des Strafgesetzbuches, Anerkennung der kurdischen Identität zum Beispiel. Alles ein Muster ohne Wert?

Im Rahmen des sogenannten Heranführungsprozesses zur EU hat die türkische Regierung im Endeffekt kosmetische Operationen vorgenommen. Die Gesetzesreformen sind nicht das Papier wert, auf dem sie stehen. Von der Umsetzung der Gesetze ist die Türkei leider sehr weit entfernt. Ich bin der Auffassung, dass die Entscheidungsträger in der Türkei keineswegs daran interessiert sind, soziale und demokratische Reformen durchzuführen. Die Türkei wird seit langem von einer neoliberalen Elite regiert, die sich derzeit mit der AKP von Erdogan in gemäßigt-islamischem Anstrich zeigt, doch die Kontinuität bleibt gewahrt.

Im Parlament sitzt mit der Partei für eine demokratische Gesellschaft (DTP) seit den letzten Wahlen erstmals eine pro-kurdische Partei. Ein Hoffnungszeichen für die Demokratisierung?

Die Ergebnisse der Wahlen vom Juli 2007 waren in der Tat ein Hoffnungsschimmer. Erstmals ist das kurdische Volk mit seinen eigenen Vertretern ins Parlament eingezogen, auch wenn sie nur als unabhängige Kandidaten aufgestellt werden durften. Doch sowohl die Regierung als auch der Staat haben diese Chance nicht genutzt. Die DTP wird mit dem Verbot bedroht. Damit hätte die Türkei erneut eine große Chance für den inneren Frieden vertan.

Diese Woche steht im Zeichen der Ermordung von Hrant Dink. Was ist alles geplant?

Nicht nur in Berlin, sondern in vielen europäischen Städten und in der Türkei finden Gedenkveranstaltungen statt. Die Rosa-Luxemburg-Stiftung und die Bundestagsfraktion DIE LINKE nehmen den Jahrestag zum Anlass, um am Mittwoch- und Donnerstagabend am Franz-Mehring-Platz über den Demokratisierungsprozess zu informieren.

(ND, 16.1., ISKU)

Wieder allerbeste Freunde

Der türkische Staatspräsident Abdullah Gül hat gegenüber dem Fernsehsender CNN eine Fortsetzung der Angriffe auf Stellungen der PKK (Arbeiterpartei Kurdistans) im Nordirak angekündigt. Bevor er am Freitag von einem fünftägigen US-Besuch in die Türkei zurückkehrte, erklärte er, die irakische Regierung habe die Kontrolle über Teile des Nordirak verloren. Das so entstandene Machtvakuum verschaffe der kurdischen Guerilla einen »sicheren Rückzugsraum«, der die Ausgangsbasis für Angriffe auf die Türkei bilde. Das »legitime Ziel« Ankaras sei es deshalb, die PKK »vollständig« aus dem Nordirak zu vertreiben, was allein mit militärischen Mitteln bewerkstelligt werden könne.

Gleichzeitig bedankte sich Gül überschwenglich für die tatkräftige Unterstützung Washingtons gegen die kurdische Guerilla. »Bei unserem Treffen am Dienstag hat US-Präsident George Bush noch einmal bekräftigt, sein Engagement im Kampf gegen die PKK auch weiterhin aufrechtzuerhalten«, verriet Gül. Gemeint sein dürfte damit vor allem die großzügige Belieferung Ankaras mit militärischem Aufklärungsmaterial, das in den vergangenen Wochen die Grundlage für die Angriffe türkischer Kampfflugzeuge im Nachbarland bildete, sowie die Öffnung des irakischen Luftraums.

Hocherfreut zeigte sich Abdullah Gül auch über den »vorzüglichen Zustand« der Beziehungen zwischen Ankara und Washington. Während noch vor kaum zwei Monaten gegenseitige Anfeindungen das Klima prägten, sei »unsere Freundschaft jetzt wieder voll hergestellt«. Beobachter gehen davon aus, daß die beiden Länder bei einem Treffen der Staatsspitzen im November übereingekommen sind, die Beziehungen auf eine neue Grundlage zu stellen: durch die US-Unterstützung gegen die PKK und die türkische Kooperation gegen den Iran. Zwar bestritt Gül gegenüber Journalisten, daß sich Ankara zu Gegenleistungen gegenüber Washington verpflichtet habe. Doch deutet auch der derzeitige US-Besuch des türkischen Energieministers Hilmi Güler darauf hin. Dieser soll eine engere Zusammenarbeit mit Washington ausloten – während von dem noch im September groß verkündeten iranisch-türkischen »Energiepakt« längst keine Rede mehr ist.

(jW, 12.1., ISKU)

14. YEK-KOM-Kongress

Im Anschluss an den 14. Kongress der Föderation kurdischer Vereine in Deutschland (YEK-KOM) hat der neu gewählte Vorstand eine Aufgabenteilung vorgenommen. Demnach ist neuer Vorsitzender Ahmet Celik. Der langjährige ehemalige Vorsitzende Mehmet Demir wurde zum stellvertretenden Vorsitzenden gewählt und Ayten Kaplan zur Generalsekretärin.

Die künftige Arbeit soll im Rahmen der beiden Bereiche "Außenbeziehungen" und "Organisierung" stattfinden. Für beide Bereiche werden Unterkomitees gebildet werden. Im Arbeitsbereich "Außenbeziehungen" sollen Lösungsansätze für die Probleme der in Deutschland lebenden kurdischen Gemeinde entwickelt sowie auf rechtlicher und politischer Grundlage Lobbyarbeit getätigt werden. Der Bereich "Organisierung" umfasst die Gebiete Jugend, Kultur und Kunst, Frauen, Beziehungen zur Basis, Mitgliedschaftssystem, Bildung sowie Medien.

Um zur Lösung der Probleme der in Deutschland bestehenden kurdischen Vereine beizutragen, wurde ein neunköpfiges Exekutivorgan gewählt, das in Koordination mit den jeweiligen Vereinsvorständen ein Arbeitssystem bilden soll.

In diesem Organ sind neben Ahmet Çelik, Mehmet Demir und Ayten Kaplan Suat Demir, Sevin ?ahin, Bahattin Yildiz, M. Emin Yildiz, Yüksel Koç und Gürsel Aka.

(ÖP, 15.1., ISKU)

Iran: 14 Hinrichtungen in 3 Tagen

Nach einem Bericht der ostkurdischen Zeitung "Duwaroj" haben die Machthaber der islamischen Republik Iran allein in den ersten drei Tagen dieses Jahres 14 Menschen durch den Galgen hingerichtet.

Die Zeitung bezieht sich außerdem auf einen Bericht der Menschenrechtsorganisation der UN und schreibt, dass im Iran im Jahre 2006 177 und im Jahre 2007 297 Menschen vor den Augen der Bevölkerung auf öffentlichen Plätzen hingerichtet wurden.

Laut dem Bericht der UN ist der Iran auch eines jener Länder, in denen die Zahl der hingerichteten Kinder und Jugendlichen unter 18 Jahren am größten ist.

(qi, 13.1., ISKU)

Quellen:

ANF	Firat Nachrichtenagentur
DIHA	Dicle Nachrichtenagentur
ÖP	Özgür Politika
hpg	hpg-online.com
jW	junge Welt
ND	Neues Deutschland
RIA	RIA Novosti
qi	qirayis.de

Termine:

Die Morde an Hrant Dink und drei Christen in Malatya

Letzte Station der Veranstaltungsreihe zum 1. Todestag von Hrant Dink in Frankfurt/M.

Podiumsdiskussion mit:
Erdal Dogan (Rechtsanwalt, Istanbul)
Selahattin Demirtas (stellvertretender Fraktionsvorsitzender der DTP)
Masis Kürkcügil (Schriftsteller, ÖDP)
Rober Koptas (Journalist, AGOS)
Özcan Temur (DEKÖP-A)
Moderation: Canan Topçu (Frankfurter Rundschau)

18. Januar 2008, 18.30 Uhr, Saalbau Gallus, Frankfurt

Veranstalter:
MAF-DAD (Verein für Demokratie und Internationales Recht), DEKÖP-A, Frankfurt Dernekler Platformu, Medico International, Multikultureller Freundschaftsverein Frankfurt e. V.

N û ç e

erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der
Informationsstelle Kurdistan
Schanzenstraße 117
20357 Hamburg
Tel.: 040 - 421 02 845
E-mail: isku@nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
Postbank Köln, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 3968-506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.nadir.org/isku

Nr. 345
25. Januar 2008

Nûçe

.....ISKU
Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@nadir.org
www.nadir.org/isku

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

Rassismus und Hetze gegen KurdInnen greifen in der Türkei immer stärker um sich

"Wir haben es mit politischer Lynchjustiz zu tun"

Ein Gespräch mit Ahmet Türk (Fraktionsvorsitzender der Partei für eine Demokratische Gesellschaft - DTP) und Sebahat Tuncel (Abgeordnete der DTP-Fraktion)
Die DTP-Abgeordneten stellten vergangene Woche auf Einladung der Linksfraktion im Deutschen Bundestag ihre Vorschläge für eine politische Lösung der kurdischen Frage vor

Warum kam der Dialog bislang nicht zustande?
Türk: In der Türkei gibt es zwar ein Parlament, doch außerhalb davon stehende Kräfte wie der Nationale Sicherheitsrat fassen Beschlüsse, die der Staat unhinterfragt umsetzt. Es geht darum, die Stimmen der KurdInnen im Parlament zum Verstummen zu bringen. Gegen unsere Partei läuft ein Verbotsverfahren. Zugleich haben wir es mit politischer Lynchjustiz zu tun. Es gab Überfälle, Brandanschläge und Schüsse auf unsere Parteibüros. Gefasste Täter kamen am nächsten Tag wieder frei. So wurden Nachahmer ermutigt, unsere Partei als Zielscheibe zu nutzen.

Mehreren DTP-Abgeordneten soll jetzt wegen laufender Gerichtsverfahren die Immunität entzogen werden. Einer davon sind Sie. Was wird ihnen vorgeworfen?
Türk: Der Generalstaatsanwalt hat inzwischen erklärt, die mir vorgeworfenen Straftaten seien so schwerwiegend, dass es einer Aufhebung meiner parlamentarischen Immunität nicht extra bedürfe. Das neueste Verfahren wurde eingeleitet, weil ich den Generalstabschef kritisiert habe. Gegenüber einem Journalisten hatte ich es als Diskriminierung bezeichnet, dass die DTP im Unterschied zu den anderen in Parlament vertretenen Parteien nicht zur jährlichen Gedenkveranstaltung an den Sieg im türkischen Befreiungskrieg 1920 eingeladen wurde. Außerdem wurde ich zu einer sechsmonatigen Haftstrafe verurteilt, weil ich in einer Rede von "Herrn" Abdullah Öcalan gesprochen habe. In den Augen des Gerichts ist das ein Lob für einen Straftäter. Und schließlich wurde ich zu anderthalb Jahren Haft verurteilt, weil ich für ein Flugblatt zum Frauentag presserechtlich verantwortlich zeichnete, auf dem es in kurdischer Sprache hieß: Es lebe der 8. März. Die Verwendung von Kurdisch im politischen Zusammenhang ist in der Türkei strafbar. Diese Urteile sind noch nicht rechtskräftig.

Sebahat Tuncel, Sie wurden direkt aus der Untersuchungshaft ins Parlament gewählt. Wie ist der Stand Ihres Verfahrens?
Tuncel: Mir wird vorgeworfen, Mitglied in der PKK zu sein. Ursprünglich hatte die Staatsanwaltschaft deswegen vier Jahre und sechs Monate Haft gefordert. Aufgrund meiner Bekanntheit als Abgeordnete wurde das geforderte Strafmaß jetzt auf 15 Jahre erhöht. Der nächste Prozesstermin ist am 14. Februar. Auch mir droht die Aufhebung der Immunität.

Sehen Sie Parallelen zum Anfang der 90er Jahre? Damals wurden kurdische Abgeordnete der Arbeiterpartei des Volkes (HEP) zuerst von staatlicher Seite als Terroristen beschimpft, 1994 wurde die HEP verboten. Außerdem wurde die Immunität von Leyla Zana und sechs weiteren Parlamentariern aufgehoben, sie wurden dann zu langen Haftstrafen verurteilt.
Tuncel: Heute ist die Situation viel gefährlicher. Unter Einfluss der rassistischen Staatspropaganda werden starke gesellschaftliche Spannungen erzeugt. Jetzt werden normale Türken gegen Kurden aufgehetzt. In mehreren westtürkischen Städten kam es zu Überfällen und Folterungen von kurdischen Jugendlichen durch türkische Rechtsextreme. Erst vor kurzem haben die Schüler einer Gymnasialklasse aus ihrem eigenen Blut eine wandgroße Landkarte der Türkei gemalt. Diese haben sie den im Kampf gegen die PKK gefallenen Soldaten gewidmet und dem zu Tränen gerührten Generalstabschef Yasar Büyükanit geschenkt. Solche Auswüchse des Nationalismus gab es in den vergangenen 30 Jahren nicht.

Sie waren auf Einladung der Linksfraktion im Deutschen Bundestag. Offiziell gehört die DTP aber der Sozialistischen Internationale an. Wie sind die Kontakte zur SPD?
Türk: Als Partei mit linkem Selbstverständnis sind wir in die Sozialistische Internationale eingetreten. Der SPD-Fraktionsvorsitzende im Bundestag, Peter Struck, hat sich auch einmal in der Türkei mit uns getroffen. Aber ich muss zugeben, dass Die Linke uns besser versteht als die Sozialdemokraten.
(jW, 22.1., ISKU)

Türkische Schüler malen mit Blut

Blutige Landkarte

Eine türkische Schulklasse malt eine riesige Türkeikarte mit eigens dafür abgezapftem Blut. Sie widmeten den Soldaten, die im Kampf gegen die PKK gefallenen sind.
Der Nationalismus in der Türkei treibt seit den massiven militärischen Auseinandersetzungen mit der kurdischen PKK Ende letzten Jahres immer seltsamere Blüten. Jetzt hat eine Gymnasialschulklasse dem Land gezeigt, was wahrer Patriotismus ist.
Zwei Monate lang zapfte sich jeder Schüler und jede Schülerin der Klasse jeden Tag in Eigenbehandlung Blut ab, bis sie am Ende genug für ihr großes Werk zusammenhatten: eine türkische Landkarte zu malen, im leuchtenden Rot der türkischen Fahne.
Die Landkarte in den Dimensionen eines großen Wandgemäldes widmeten sie den im Kampf gegen die PKK gefallenen Soldaten und schickten sie an den Generalstabschef Yasar Büyükanit. Büyükanit, selbst Nationalist durch und durch, rühmte mit Tränen in den Augen die Haltung der Schüler. Anderen ging das denn doch zu weit. Etliche Kommentatoren schüttelten den Kopf und die Schulaufsichtsbehörde ordnete eine Untersuchung an, um herauszufinden, wer im Lehrkörper die Jungen und Mädchen dazu gebracht haben könnte, ihre Liebe zum Vaterland per Selbstverstümmelung zu demonstrieren.
Ergebnis: niemand. "Es war ganz allein unsere eigene Idee", verkündete die Schulklasse stolz.
(taz, 19.1. , ISKU)

Meldungen

Proteste in London
Hunderte KurdInnen haben in London gegen den Besuch des türkischen Generalstabschefs Büyükanit in der britischen Hauptstadt protestiert. Vor dem Verteidigungsministerium forderten die DemonstrantInnen in Sprechchören "Mörder Büyükanit - raus aus Kurdistan" und "Stoppt den Mörder Büyükanit". Organisiert war die Aktion von der Föderation Kurdischer Verein in Großbritannien (Fed-Bir) sowie verschiedenen linken Gruppierungen.
(ANF, 20.1., ISKU)

2000 Menschen demonstrieren für Schließung Imralis
In Batman haben ca. 2000 Menschen für die Schließung des Gefängnisses Imrali demonstriert, in dem sich als einziger Gefangener Abdullah Öcalan aufhält. Im Verlauf der Demonstration, die von der DTP und weiteren kurdischen Institutionen der Stadt organisiert worden war, wurde in Parolen die Verbundenheit zur PKK und Abdullah Öcalan zum Ausdruck gebracht. Unter den DemonstrantInnen befand sich auch die DTP-Abgeordnete Ayla Akat Ata.
(ANF, 20.1., ISKU)

ANF-Abruf in der Türkei gerichtlich unterbunden
Die Internetseite der Nachrichtenagentur ANF mit der Endung ".eu" ist in der Türkei gerichtlich unterbunden wurden. Beim Aufruf der Seite erscheint ein entsprechender Hinweis unter Angabe des zuständigen Gerichts. Bereits zuvor war die Adresse www.firatnews.com ohne Angaben von Gründen verboten worden. Über www.firatnews.org ist der Empfang nach wie vor möglich.
(ANF, 22.1., ISKU)

KabelBW stoppt Empfang von Roj TV
Die Firma KabelBW mit Sitz in Baden-Württemberg hat den Empfang von Roj TV gestoppt. Auf beharrliches Nachfragen der in Karlsruhe ansässigen kurdischen Gesellschaftsinitiative erklärte ein Firmensprecher, diesem Schritt liege keine juristische Entscheidung zugrunde, vielmehr haben von "bestimmten Stellen" eine entsprechende "Direktive" erhalten. Ein Sprecher der kurdischen Initiative teilte daraufhin mit, die Einstellung des Kabelempfangs von Roj TV sei nicht rechtlich und man werde den Rechtsweg beschreiten. Außerdem können die Kunden die Firma schriftlich oder telefonisch dazu aufzufordern, den Empfang von Roj TV weiter zu ermöglichen. KabelBW ist telefo-

Erklärung zu acht Ex-Gefangenen

Mit einer schriftlichen Erklärung reagierte das HPG-Hauptquartier auf die in türkischen Medien veröffentlichte Anklageschrift gegen acht Soldaten der türkischen Armee, die im Gefecht von der kurdischen Guerilla in Gefangenschaft genommen und später wieder freigelassen worden waren.
Die Soldaten waren unmittelbar nach ihrer Übergabe an die türkische Armee festgenommen worden und befinden sich nach wie vor in Haft. Gegen alle acht läuft ein Prozess vor einem Militärgericht. Für den Gefreiten Ramazan Yüce fordert die Militärstaatsanwaltschaft eine lebenslange Haftstrafe.
In ihrer Erklärung verweisen die HPG darauf, dass das besagte Gefecht in Daglica völlig anders abgelaufen ist, als in den türkischen Medien und der 800 Seiten umfassenden Anklageschrift dargestellt wird. So seien es hauptsächlich die später in Gefangenschaft geratenen Soldaten gewesen, die gegen die Guerilla gekämpft hätten. Niemand habe sich freiwillig ergeben, sie hätten gekämpft, bis ihnen die Munition ausgegangen sei. Auch sei der erste, der sich schließlich ergeben habe, nicht wie behauptet Ramazan Yüce gewesen, sondern die Gruppe um den Obergefreiten Halis Cagan. Ramazan Yüce dagegen sei als einziger im Gefecht an der Hand verletzt worden. "Einzig und allein weil er Kurde ist, gibt es diese Anschuldigungen gegen ihn."
Die HPG verfügen nach eigenen Angaben über Beweise, mit denen die Anschuldigungen gegen die acht Soldaten widerlegt werden können. Darunter seien Tonbänder mit den Aussagen, die sie in PKK-Gefangenschaft gemacht hätten. Diese könnten nötigenfalls veröffentlicht werden.
Es sei unmoralisch, so die Erklärung, dass die türkische Armee die Verantwortung für ihre militärische Niederlage einigen wenigen Soldaten zuzuschieben versuche. Verantwortung trügen vielmehr die Generäle und insbesondere Ilker Basbug als Oberkommandierender der Bodentruppen. "Diese Entwicklungen in der Türkei sind einzigartig und nirgendwo sonst auf der Welt zu finden. Kein Land, keine Macht und keine Armee verurteilt Soldaten, weil sie gekämpft haben und dabei nicht gestorben sind. Wir wissen, dass wir angesichts der Angriffe auf sie eine moralische Verantwortung für das Leben dieser Soldaten haben. Allerdings hat die Übergabe mit der Bedingung stattgefunden, dass sie keinerlei Misshandlung ausgesetzt und eine Garantie für ihr Leben übernommen wird."
Weiter wird die kurdische Jugend in der Erklärung dazu aufgerufen, keinen Militärdienst in der türkischen Armee abzuleisten: "Wie im Beispiel Ramazan Yüce deutlich geworden ist, reicht es nicht einmal aus, zum Militär zu gehen und gegen die eigenen Geschwister, das eigene Volk zu kämpfen. Man wird verurteilt, weil man nicht tot ist. Um schuldig gesprochen zu werden, reicht es aus, Kurde zu sein." *(ANF, 18.1., ISKU)*

Besuche kontinuierlich verhindert

Seit sechs Monaten werden Besuche seiner Angehörigen bei Abdullah Öcalan unter fadenscheinigen Begründungen wie schlechter Wetterbedingungen oder der Angabe, das Wasserfahrzeug sei defekt, verhindert. Seine Angehörigen leben in Urfa, in 1250 Kilometer Entfernung vom Bootsanleger Gemlik, von wo aus die Überfahrt zur Gefängnisinsel Imrali stattfindet. Sein Bruder Mehmet Öcalan erklärte dazu: "Auf der Insel sind 1000 Soldaten stationiert. Jeden Tag fahren Boote des Staates dorthin und kehren zurück. Wenn es gewollt wäre, könnten auch wir dorthin gebracht werden."
Mit den seit Juni 2005 gültigen Veränderungen im Antiterrorgesetz ist die rechtliche Besuchszeit für Abdullah Öcalan von ein Mal wöchentlich eine Stunde auf zweiwöchentlich eine halbe Stunde herabgesetzt worden. Regelmäßige Besuche finden dennoch nicht statt. *(ANF, 22.1., ISKU)*

Pamuk und Zana auf Todesliste

Orhan Pamuk und Leyla Zana standen nicht nur ganz oben auf der inoffiziellen Liste der von Ankara als "Staatsfeinde" angesehenen Personen. Am Mittwoch wurde zudem bekannt, dass sowohl der Literaturnobelpreisträger als auch die bekannteste kurdische Politikerin, die über zehn Jahre wegen ihres Engagements hinter Gittern verbringen musste, von einem faschistischen Geheimbund ermordet werden sollten. Zwar verhängte die Staatsanwaltschaft eine Nachrichtensperre über den Vorgang, doch wurde Pressemeldungen zufolge bekannt, dass eine "Attentatsliste" der Organisation "Ergenekon" existiert. Die "Ergenekon"-Legende erzählt von Niedergang und Wiederaufstieg eines großtürkischen Reiches – und zugleich davon, dass dieses gegen andere ethnische Gruppen erkämpft werden muss.
Am Dienstag nun wurden Medienberichten zufolge in einer spektakulären Polizeiaktion 33 "Ergenekon"-Mitglieder festgenommen. Darunter sollen sich prominente Rechtsaußen der türkischen Politikerszene ebenso wie mehrere ehemalige Militärs befinden. Einer von ihnen: Veli Kücük. Der pensionierte Brigadegeneral der Gendarmerie wurde seit langem im Zusammenhang mit vielen politischen Morden der vergangenen Jahre genannt, jedoch nie behelligt. So war Kücük während eines Prozesses gegen den türkisch-armenischen Schriftsteller Hrant Dink aufgetaucht. Dink sprach daraufhin davon, dass er nunmehr begriffen hätte, sich in akuter Lebensgefahr zu befinden. Kurze Zeit später war er tot - ermordet am 19. Januar 2007 in Istanbul. *(jW, 24.1, ISKU)*

Polizeiangriff auf DTP-Kundgebung

In Istanbul-Bagcilar wurde eine Kundgebung der DTP von Sicherheitskräften mit Schlagstöcken und Tränengas angegriffen. Es kam zu einer Vielzahl von Festnahmen und Verletzten.
Die Kundgebung war geplant worden, nachdem eine Feier des DTP-Kreisverbandes Bagcilar in einer Sporthalle nicht genehmigt worden war. Aus Protest gegen das Verbot versammelten sich am 20.1. ca. 2000 Menschen vor der Parteizentrale, um eine Presseerklärung abzugeben und den Start der Vorbereitungen für den landesweit von der DTP geplanten "Marsch ins Operationsgebiet" bekannt zu machen. Noch während der Redebeitrag verlesen wurde, griff die Polizei an. Es kam zu gewalttätigen Auseinandersetzungen, in deren Verlauf sich die Protestierenden teilweise in das Parteigebäude flüchteten. Die Sicherheitskräfte setzten auch im Gebäude Tränengas ein, wodurch es zu einer Vielzahl von Verletzten kam. Über 40 Personen wurden festgenommen.
Noch während der Einkesselung durch die Polizei erklärte die DTP-Vorsitzende Emine Ayna, die Sicherheitskräfte hätten angegriffen, weil sie sich durch die große Beteiligung an der Aktion gestört fühlten. An die Polizei gerichtet teilte sie mit: "Ihr werdet die Rechnung für diesen brutalen Angriff bezahlen. Durch solche Angriffe könnt ihr die KurdInnen nicht aus der Welt schaffen."
Nach dem Angriff fanden sich auch die DTP-Abgeordneten Selahattin Demirtas und Fatma Kurtulan in Bagcilar ein, wo sie gegenüber der Presse erklärten, die Antwort auf das aggressive Vorgehen der Sicherheitskräfte werde eine massenhafte Beteiligung an dem in Istanbul am 4. Februar beginnenden "Marsch ins Operationsgebiet" sein. Weiter forderten sie die sofortige Freilassung der Festgenommenen. *(ÖP, 21.1., ISKU)*

nisch kostenlos über die Nummern "08008888224" und "08008888112" sowie postalisch über die Adresse Kabel BW GmbH, Postfach 900131, 75090 Pforzheim, zu erreichen. *(ÖP, 21.1., ISKU)*

Kurdischer Verein in Bremen zieht ins Zelt
Der kurdische Verein "Brati" in Bremen wird aus Protest gegen die grenzüberschreitenden Militäroperationen der türkischen Armee und im Rahmen der "Êdî bes e"-Kampagne seine Arbeit für drei Tage in einem Zelt vor dem Bremer Hauptbahnhof durchführen. Die Aktion beginnt am 23. Januar und endet am 25. Januar mit einer Demonstration. Im Verlauf der drei Tage werden jeweils ab zehn Uhr morgens Routinearbeiten des Vereins wie Beratungstätigkeiten, Chor- und Folkloreproben stattfinden. Am Freitag zwischen 11 und 12 Uhr findet ein Seminar statt. Besuchern des Zeltes werden außerdem musikalische Beiträge und Theater geboten. *(ANF, 22.1., ISKU)*

Zehntausende gedenken Hrant Dink
Am Jahrestag der Ermordung des Chefredakteurs der Zeitung Agos haben sich in Istanbul vor dem Zeitungsgebäude Zehntausende Menschen im Gedenken an Hrant Dink versammelt. Seine Witwe hielt eine Ansprache, in der sie erneut Gerechtigkeit forderte. Im Anschluss an das Gedenken setzte sich die Menschenmasse in Richtung Taksim in Bewegung. Vor einer MHP-Geschäftsstelle kam es zu Steinwürfen, woraufhin die Polizei Schusswaffen einsetzte. Ein nach eigenen Angaben unbeteiligter Mann erlitt eine Schusswunde am Fuß und musste ins Krankenhaus eingeliefert werden.
Auch in vielen anderen Städten der Türkei fanden Gedenkveranstaltungen statt. In Berlin wurde vor dem türkischen Konsulat eine Protestkundgebung durchgeführt. *(ANF, 19.1., ISKU)*

Quellen:

ANF	Firat Nachrichtenagentur
DIHA	Dicle Nachrichtenagentur
ÖP	Özgür Politika
jW	junge Welt
taz	Tageszeitung

Nûçe
erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der
Informationsstelle Kurdistan
Schanzenstraße 117
20357 Hamburg
Tel.: 040 - 421 02 845
E-mail: isku@nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
Postbank Köln, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 3968-506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.nadir.org/isku

Nr. 346
1. Februar 2008

Nûçe


Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@nadir.org
www.isku.org

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

Interview mit Murat Karayilan (KCK) zur gesundheitlichen Situation Abdullah Öcalans, zum Kriegsverlauf und der Rolle Israels

Das CPT macht sich mitschuldig

Das Antifolterkomitee CPT hat noch immer nicht die Ergebnisse der gesundheitlichen Untersuchung von Abdullah Öcalan veröffentlicht und teilt mit, es liege an der Türkei, diesen zu veröffentlichen. Warum macht die Türkei das nicht?

Vor der Frage, warum die Türkei keine Erklärung abgibt, muss gefragt werden, warum das CPT den Ball der Türkei übergibt. Rein rechtlich gesehen veröffentlichen Kommissionen, Recherche- und Untersuchungsausschüsse die Ergebnisse ihrer Arbeit selbst. Wir sind der Auffassung, dass der Europarat diese Veröffentlichung vornehmen muss, weil das CPT eine an ihn gebundene Institution ist. Die Aussage, eine solche Veröffentlichung obliege der Türkei, zeigt lediglich die Schwere der Situation. Wir haben bereits früher gesagt, dass gegen unseren Vorsitzenden ein unmenschlicher, unrechtlicher und unethischer chemischer Angriff durchgeführt wird. Zu beobachten bleibt, dass versucht wird, das zu verheimlichen. Die Haltung des CPT hat unseren Verdacht nur noch verstärkt. Vor neun Monaten ist eine Abordnung nach Imrali gefahren, um diese Vorwürfe zu untersuchen, aber die Ergebnisse werden geheim gehalten. Wenn nichts vorliegen würde, hätte das CPT schon längst eine dementsprechende Erklärung abgeben können. Auf ihrer Internetseite veröffentlichen sie alle möglichen Erklärungen, nur zu unserem Vorsitzenden nicht.
Das CPT versucht, sich aus der Verantwortung zu stehlen. Zuvor sind uns schon in verschiedener Form Informationen übermittelt worden, zum Beispiel dass Herrn Öcalans Gesundheitszustand ernst ist und er operiert werden müsse. Warum bringen sie dann das Thema nicht auf den Tisch? Warum drängen sie die Türkei nicht, eine solche Operation zu ermöglichen? Damit macht sich das CPT mitschuldig. Es war das CPT selbst, das mitgeteilt hatte, dass eine medikamentöse Behandlung Öcalans nicht mehr ausreicht. Wenn die Angelegenheit der Türkei überlassen wird, passiert ohnehin nichts.

Erwarten Sie im Frühjahr eine Bodenoperation der türkischen Armee in Südkurdistan?

Die Wahrscheinlichkeit ist sehr hoch, wir erwarten so etwas schon sehr lange. Aber daraus werden auch verschiedene politische Konsequenzen entstehen, denn wenn die türkische Armee im Süden einmarschiert, wird sie ihn nicht wieder verlassen. Seit dem Einmarsch im Jahr 1997 sind türkische Kräfte in Amediye, Seladize, Batufa, Begova und Kanimasi stationiert. Mit großer Wahrscheinlichkeit werden sie ihre ständige Anwesenheit durch einen erneuten Einmarsch stabilisieren. Deshalb werden sie Probleme damit haben, die USA und die Kräfte im Süden davon zu überzeugen. Aber es ist alles möglich, wir müssen jede Möglichkeit bedenken. Wir befinden uns im Mittleren Osten, da ist alles möglich.

Die KCK hat in einer Erklärung Israel aufgrund der geleisteten technischen Unterstützung der türkischen Armee verwarnt. Können Sie das ein wenig erläutern?

Bekanntermaßen sind die Beziehungen zwischen Israel und der Türkei nicht neu. Erstmalig wurde Ende 1996 ein militärisches Abkommen zwischen beiden Staaten unterzeichnet, als Erbakan Ministerpräsident war. Auf dieser Basis wurden Abkommen zur Schulung türkischer Piloten, dem Gebrauch von Kobra-Helikoptern, der Wartung türkischer Flugzeuge u. a. getroffen. Israel spielte auch eine Rolle bei der Gefangenennahme von Abdullah Öcalan und in Berlin sind drei KurdInnen vor dem israelischen Konsulat ermordet worden. Trotzdem haben wir nie ein Verhalten an den Tag gelegt, das Israel geschadet hätte.
Israel ist ein Staat, der im Mittleren Osten nicht anerkannt wird. Das hier in der Region herrschende System macht es Israel schwer und ist gleichzeitig ein System, das die KurdInnen nicht anerkennt. Es ist bekannt, dass Beziehungen zwischen Israel und Südkurdistan bestehen.
Trotzdem hat Israel seine militärische Beziehung zu der Türkei im vergangenen Jahr aufgefrischt. Wir haben nichts dagegen, wenn Israel und die Türkei entsprechend ihrer Interessen ihr Verhältnis zueinander verbessern. Für uns ist der Punkt wichtig, dass Israel dafür sorgt, dass die Waffen, die die Türkei benutzt, noch tödlicher werden, und somit zum Partner der Türkei beim Töten von KurdInnen wird. Beispielsweise leistet Israel Unterstützung bei der Aufklärung. In Gabar sind viele unserer FreundInnen deshalb gefallen, so auch in Bestler. In Batman ist ein Spezialistenteam stationiert. Dieses Team verfügt über die Aufklärungsflugzeuge Heron. Die Türkei mietet diese Flugzeuge von Israel.
Außerdem hat die Türkei eine Bestellung aufgegeben, in Kürze wird Israel zehn Stück davon an die Türkei verkaufen. Diese unbemannten Flugzeuge, die im Norden und im Süden Aufklärungsflüge machen, werden von israelischen Piloten gesteuert. Diese Piloten bilden außerdem türkische Piloten aus. Israel unterstützt die Türkei militärisch mit Taktik und Technik, mit der Verbesserung türkischer Kriegstechnologie. Im kommenden Monat wird der israelische Verteidigungsminister in der Türkei erwartet. Vermutlich drängt die Türkei auf weitere militärische Abkommen. Wenn Israel mit der Türkei ein solches Bündnis gegen das kurdische Volk eingeht, werden wir Kurden uns auch überlegen, wie wir uns dazu verhalten. Das ist kein leeres Gerede von mir, es ist uns sehr ernst.
Wir glauben an das Existenzrecht des Staates Israel im Mittleren Osten. Die Existenz des jüdischen Volkes in der Region ist ein Fakt. Aber wir sind auch davon überzeugt, dass in gleicher Form den KurdInnen Rechte zustehen. Davon müsste auch Israel überzeugt sein. Es ist schon interessant, auf der einen Seite gibt es das Bündnis zwischen dem Iran und der türkischen Armee, gemeinsame Angriffe auf unsere Guerilla, der Iran richtet unsere Freunde hin, auf der anderen Seite werden israelische Spezialteams zur Unterstützung der gleichen türkischen Armee stationiert, und auch sie überschlagen sich in ihrem Bemühen, unsere Guerilla zu töten. Das ist ein ziemlich großes Paradox, das die Realität im Mittleren Osten widerspiegelt. Der herrschende Pragmatismus, der einzig und allein auf den jeweils eigenen Interessen beruht, richtet ein großes Chaos an. Deshalb fordern wir Israel auf, von seinem feindlichen Vorgehen den Kurden gegenüber abzusehen. *(ÖP, 29.1., ISKU)*

Meldungen

DTP-Erklärung zum Tod von George Habas
Als Co-Vorsitzende der DTP gaben Emine Ayna und Nurettin Demirtas eine schriftliche Beileidserklärung aus Anlass des Todes des Gründers der Palästinensischen Volksbefreiungsfront George Habas an den palästinensischen Botschafter in Ankara, Naabil Maarouf ab. Darin heißt es: "Mit großem Respekt gedenken wir dem großen Freiheitskämpfer George Habas, dessen Tod die Menschen weltweit mit tiefer Trauer aufgenommen haben. Wir sprechen vor allem dem palästinensischen Volk, dem Mittleren Osten und der gesamten Menschheit unser Beileid aus."
Der Tod von Habas sei ein "großer Verlust für die Menschheit. Menschen wie er, die die Geschichte der Völker des Mittleren Ostens und der Welt entscheidend mitgeprägt haben, sind unersetzlich." *(ANF, 29.1., ISKU)*

Journalisten-Gewerkschaft: Kandil-Verbot aufheben
Die Gewerkschaft der JournalistInnen Kurdistans hat eine Aufhebung der Sperrung der Kandil-Region für JournalistInnen gefordert, die von der südkurdischen Regierung im Vorfeld der türkischen Luftangriffe verhängt worden war. In einer öffentlichen Aktion hatten bereits vergangene Woche ca. 50 MedienvertreterInnen versucht, das Verbot zu durchbrechen, waren aber an Kontrollpunkten der Peschmergaeinheiten zur Rückkehr gezwungen worden. In einer nun veröffentlichten Erklärung der Gewerkschaft wird darauf verwiesen, dass es Aufgabe der Gewerkschaft sei, für Zugang zu Informationen zu sorgen. Deshalb sei die Sperrung ganzer Gebiete für JournalistInnen eine "sehr harte Situation". "Wir fordern die Regierung der Region Kurdistans dazu auf, die Sperrung aufzuheben und einen freien Informationsfluss für irakische und ausländische JournalistInnen zuzulassen." *(ANF, 25.1., ISKU)*

13-jähriges Mädchen der "Ehre" geopfert
In der ostkurdischen Stadt Sine (Iran) ist ein 13-jähriges Mädchen vom eigenen Vater ermordet worden, weil es zu Gerüchten über eine vermeintlich vorliegende Schwangerschaft gekommen ist. Der Mann befand es nicht einmal für nötig, den Wahrheitsgehalt dieser Gerüchte zu erfahren. Er wurde verhaftet. Auch in Ostkurdistan sind in den letzten Jahren vermehrt Todesfälle von Frauen öffentlich geworden - so genannte

"EU-Terrorliste" vor Gericht

Am 31. Januar wird der Europäische Gerichtshof in Luxemburg über die Frage verhandeln, ob es rechtens ist, dass die kurdischen Organisationen PKK und KONGRA-GEL in der EU-Terrorliste geführt werden. Der Vorsitzende von KONGRA-GEL, Zübeyir Aydar, hatte gegen die Listung Beschwerde eingereicht.
Die deutschen Behörden nutzen seit Jahren die Existenz dieser EU-Liste für ihr verschärftes strafrechtliches Vorgehen gegen Kurdinnen und Kurden aus. Mit dem Verweis darauf, dass PKK/KONGRA-GEL dort als "Terrororganisationen" eingestuft sind, werden nicht nur härtere Strafen gegen Aktivist(inn)en verhängt, sondern auch Vereins- und Wohnungsdurchsuchungen, Beschlagnahmungen, Festnahmen oder erkennungsdienstliche Behandlungen begründet. Negative Auswirkungen hat die Listung außerdem auf Asylverfahren von Kurdinnen und Kurden und in Fällen, in denen sie sich um die deutsche Staatsbürgerschaft bemühen. Mit dem seit 1993 bestehenden Betätigungsverbot von PKK und den aus ihr hervorgegangenen Organisationen wie KADEK oder KONGRA-GEL sowie der strafrechtlichen Verfolgung nach dem Vereinsgesetz, dient die EU-Liste den Behörden als ein willkommenes zusätzliches Repressionsinstrument zur Einschüchterung und Zerschlagung kurdischer Strukturen.
Vor wenigen Tagen erst hat die Parlamentarische Versammlung des Europarats nahezu einstimmig gefordert, dass sowohl die UNO als auch die EU die Praxis der "Schwarzen Listen" überprüfen müssten. Die Parlamentarier warfen ihnen Willkür bei der Eintragung von verdächtigen Personen und Organisationen vor und trafen die Feststellung, dass hierbei gegen elementare rechtsstaatliche Prinzipien verstoßen werde. Der Berichterstatter des Europarats, Dick Marty, vertrat die Auffassung, dass diese Listen internationales Recht wie die Europäische Menschenrechtskonvention verletze.
Der Vorsitzende von KONGRA-GEL, Zübeyir Aydar, bezeichnet die Listung der Organisation als rechtswidrig. Diese Entscheidung sei weniger aus juristischen, sondern primär aus politischen Interessen der EU-Mitgliedsländer zur Unterstützung der Türkei, getroffen worden. Er vertraue darauf, dass der EU-Gerichtshof die Aufnahme der kurdischen Befreiungsbewegung als falsch bewerte. KONGRA-GEL werde für eine Streichung von der Liste mit allen juristischen Mitteln kämpfen.

(Azadi, 30.1., ISKU)

"Weil ich den Schmerz nicht vergessen kann..."

Emine Koca wurde vor 48 Jahren als 14-jährige mit einem 75-jährigen Mann verheiratet, der bereits fünf Ehefrauen hatte. Heute kämpft sie für die Rechte von Frauen. "Weil ich den Schmerz nicht vergessen kann, der mir angetan worden ist, nehme ich an allen Frauenaktivitäten teil. Frauen und Männer müssen die gleichen Rechte haben", erklärt die heute 62-jährige. "Die kurdische Bewegung hat mit dem reaktionären Denken aufgeräumt."
Von ihrem Leben erzählt Emine Koca, dass sie für 4000 TL Brautgeld als sechste Frau mit einem reichen Mann in Mardin verheiratet wurde. Noch am Tag ihrer Eheschließung vor einem Imam dachte sie, ihr künftiger Ehegatte sei der Imam selbst. Von den fünf weiteren Ehefrauen erfuhr sie erst nach der Heirat. Dass ihren Töchtern das gleiche Unrecht widerfährt, hat sie nicht zugelassen.
In den letzten Jahren sei durch den Einfluss der kurdischen Bewegung die Anzahl derartiger Eheschließungen stark zurückgegangen, so Emine Koca.
"Der Gedanke, dass ich mein Leben mit einem 75-jährigen Mann teilen musste, als ich selbst noch Spielalter war, erschreckt mich noch immer. Bei der Verheiratung meiner Töchter frage ich sie als erstes nach ihren Wünschen." Zunächst habe sie auch gar nicht begriffen, was es bedeute, dass ein Mann mehrere Frauen habe. "Meine Familie hat mir nichts davon gesagt. Ich erfuhr erst später, dass der Mann bereits fünf Frauen hatte. Ich war ja noch ein Kind und konnte das Unrecht gar nicht erfassen, das mir da angetan wurde. Es hieß nur, das sei nun mal mein Schicksal. Dabei hatte ich davon geträumt, jemanden zu heiraten, den ich liebe." Deshalb beteilige sie sich auch an allen Aktionen der kurdischen Frauenbewegung: "Es muss endlich Schluss sein damit, dass Frauen als Wesen betrachtet werden, die für Männer erschaffen worden sind."

(DIHA, 27.1., ISKU)

Yüksekova sagt 'Êdî bes e'

Im Anschluss an einen dreitägigen Hungerstreik im Rahmen der 'Êdî bes e'-Kampagne fand in Yüksekova eine Kundgebung mit Beteiligung von 10.000 Menschen statt. Ziel der Kampagne ist es, die öffentliche Aufmerksamkeit auf den Gesundheitszustand von Abdullah Öcalan zu lenken.
Als sich die Menschenmasse im Anschluss an die Kundgebung zu einem Demonstrationszug formierte, griffen Polizei- und Gendarmerieeinheiten mit Tränengas an. Die DemonstrantInnen reagierten Steinwürfen. Die Polizei forderte, ein Transparent mit der Aufschrift 'Êdî bes e - Imrali schließen!' müsse entfernt werden. Nach einem halbstündigen Sitzstreik und Vermittlungsgesprächen zwischen den Sicherheitskräften und dem DTP-Bürgermeister Salih Yildiz konnte die Demonstration mit der Auflage, das Transparent erst bei der Abschlusskundgebung wieder zu zeigen, weiter gehen. Im Anschluss kam es zu weiteren stundenlangen Auseinandersetzungen mit den Sicherheitskräften, wobei zwei Personen festgenommen wurden. Als es in der Kreisstadt wieder ruhig geworden war, veranstalteten Soldaten einen Marsch durch die Straßen und riefen: "Alles fürs Vaterland!".

(ÖP, 24.1., ISKU)

Repressionswelle gegen Studierende

In Ankara wurden innerhalb der letzten neun Monate knapp 70 kurdische Studierende verhaftet. Wie Filiz Kalayci als Vorsitzende der IHD-Zweigstelle Ankara erklärte, liegen zumeist keine Beweise gegen die Angeklagten vor, die zuständigen Richter hielten sich bei ihren Urteilen an Weisungen der Polizei. So waren vor elf Monaten nach Wohnungsrazzien 19 Studierende verhaftet worden. 14 von ihnen wurden jetzt wegen Mitgliedschaft im Studierendenverband YÖGEH, der nach Meinung der Richter eine Jugendorganisation der PKK darstellt, zu jeweils sechs Jahren und drei Monaten Haft verurteilt. Die Rechtsanwältin und Menschenrechtlerin Kalayci verwies darauf, dass für die meisten Haftbefehle eine vermeintliche Mitgliedschaft im YÖGEH herangezogen werde. Es handele sich dabei jedoch nicht um eine illegale Organisation, darüber hinaus habe sich der YÖGEH vor kurzem selbst aufgelöst. "Es gibt außerdem keinen Beweis für eine Mitgliedschaft der betroffenen Studierenden. Bei der Verhaftung der 14 Studierenden kam die Aussage einer jungen Studentin nach eigenen Angaben durch harte Folter und sexuelle Übergriffe zustande. In der Rechtsliteratur kommt eine Verurteilung wegen einer solchen Aussage nicht vor." Auch in einem anderen Fall sei eine Studentin gefoltert worden, so Kalayci. "Dieser Studentin wurde gesagt, die Anwaltskammer habe ihr einen Anwalt gestellt. Aber der Anwalt, der dann zu ihr kam, bedrängte sie, mit der Polizei zusammen zu arbeiten. Unsere Recherchen haben ergeben, dass an dem betreffenden Tag kein Anwalt der Kammer beauftragt wurde. Das zeigt, dass es bestimmte Anwälte gibt, die mit der Polizei zusammen arbeiten und die Festgenommenen falsch beraten."

(DIHA, 23.1., ISKU)

Ehrenmorde, Selbstmorde oder als Selbstmord vertuschte Morde. Offizielle Statistiken zu dem Thema liegen nicht vor. Wie auch in Südkurdistan ist die Methode der Selbstverbrennung weit verbreitet. *(ÖP, 26.1., ISKU)*

Zwei Mädchen durch Explosion getötet

In Silopi wurden die sechs- und siebenjährigen Schwestern Gülsah und Zilan Solmaz durch die Explosion von Sprengstoff getötet worden. Die Kinder spielten auf einem Feld, wo sie den Sprengstoff fanden. In Kurdistan kommen immer wieder Kinder durch Minen oder andere von Militärs zurückgelassene Sprengstoffe ums Leben oder erleiden schwere Verletzungen.

(ÖP, 26.1., ISKU)

Menschenkette von Europarat bis Europaparlament

Im Rahmen der seit zwei Wochen andauernden Protestaktion vor dem Europaparlament in Strassbourg, mit der in Dauersitzstreiks das Antifolterkomitee zur Veröffentlichung des Berichts über den Gesundheitszustand Abdullah Öcalans aufgefordert wird, fand am 23.1. eine weitere Protestaktion statt. Ca. 500 Menschen bildeten eine Menschenkette vom Europarat bis zum Europaparlament und forderten in Sprechchören Freiheit und Gesundheit für Öcalan sowie die Schließung des Gefängnisses Imrali. *(ÖP, 24.1., ISKU)*

Heyva Sor hilft Bombardierungsopfern

Der kurdische rote Halbmond Heyva Sor hat die in einer Spendenkampagne für die Opfer der Bombardierungen der türkischen Armee in Südkurdistan am 16. Dezember gesammelten 25 000 Dollar und 160 Schafe an die geschädigte Bevölkerung verteilt. Die Verteilung wurde mit Unterstützung der von der KCK organisierten Kommission zur Schadensaufstellung durchgeführt. Wie Ahmet Deniz von der Kommission mitteilte, reichen die bisher gesammelten Spenden bei weitem nicht aus, um die Wunden zu schließen. *(ANF, 29.1., ISKU)*

Quellen:

ANF	Firat Nachrichtenagentur
DIHA	Dicle Nachrichtenagentur
ÖP	Özgür Politikap

N û ç e

erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der
Informationsstelle Kurdistan
Schanzenstraße 117
20357 Hamburg
Tel.: 040 - 421 02 845
E-mail: isku@nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
Postbank Köln, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 3968-506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.isku.org

Nr. 347
8. Februar 2008

Nûçe



Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@nadir.org
www.isku.org

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

Kurdischer Friedensmarsch Türkische Bombenangriffe

Am ersten Tag des türkeiweit stattfindenden Friedensmarsches nach Botan, mit dem ein Ende der Militäroperationen gefordert wird, hat die türkische Armee erneut Bombenangriffe in Süd- und Nordkurdistan ausgeführt. Im Rahmen des Friedensmarsches, der von der DTP organisiert wird, haben sich Tausende Menschen aus verschiedenen Städten auf den Weg nach Amed (Diyarbakir) gemacht.

An den Abfahrtsorten fanden Kundgebungen statt, an denen sich weitere Tausende beteiligten, um die Friedensaktivisten zu verabschieden und ihre Unterstützung der Aktion zum Ausdruck zu bringen.

Bereits vor der Abfahrt kam es in mehreren Städten zu massiven Behinderungen der Sicherheitskräfte. So wurden in Istanbul die für die Aktion vorgesehenen Busse beschlagnahmt und knapp 20 Personen festgenommen. Kurz nach der Abfahrt wurden die eilig als Ersatz beschafften Busse mit der Begründung gestoppt, es befinde sich ein Selbstmordattentäter darin.

In Izmir wurde die Abfahrt gänzlich von den Sicherheitskräften unterbunden, indem die Papiere der vorgesehenen Busse beschlagnahmt wurden. Die AktivistInnen protestierten daraufhin in einer neunstündigen Aktion am Busbahnhof, bevor sie sich mit anderen Fahrzeugen auf den Weg machten.

Insbesondere die aus kurdischen Städten aufgebrochenen Konvois werden von Soldaten eskortiert und auf dem Weg kommt es immer wieder zu Kontrollen.

Der stellvertretende DTP-Vorsitzende Kamuran Yüksek gab der AKP-Regierung die Schuld an den massiven Behinderungen und kündigte an, der Marsch werde fortgesetzt werden. In mindestens fünf Städten seien Busse beschlagnahmt worden, aber wenn die Regierung denke, "uns damit aufhalten zu können, dann irrt sie sich. Unser Friedensmarsch wird stattfinden."



Friedensmarsch: Demokratische Lösung gefordert

Am Zielpunkt des Friedensmarsches nach Botan forderte tausende Menschen eine Beendigung der Militäroperationen und eine Rücknahme der parlamentarischen Genehmigung grenzüberschreitender Operationen.

Die KCK wurde gleichzeitig dazu aufgerufen, keine Aktionen durchzuführen. Als Vorsitzende der DTP gab Emine Ayna im Namen der AktivistInnen eine Erklärung ab, in der sie sagte: "Waffen machen keinen Unterschied zwischen Männern und Frauen, KurdInnen und TürkInnen. Wir sind hier, weil wir daran glauben, dass es genau hier, wo der Tod stattfindet, einen Sinn macht zu sagen: Eine Lösung ist möglich, nicht indem getötet und gestorben wird, sondern indem wir leben und leben lassen. Wir können unsere Probleme ohne Blutvergießen lösen, indem wir miteinander sprechen, diskutieren, einen Dialog führen. Die Türkei muss selbst eine Lösung finden. Die USA und die EU-Länder handeln ihren Eigeninteressen entsprechend. Eine bleibende und realistische Lösung bedeutet die gleiche und freie Gemeinsamkeit der Völker der Türkei."



Die KCK reagierte positiv auf den Aufruf der DTP, verwies gleichzeitig in einer Erklärung darauf, dass die von ihr am 1. Dezember veröffentlichte Lösungsdeklaration immer noch Gültigkeit habe: "Wenn die türkische Armee ihre Operationen einstellt, werden keine Aktionen von uns mehr stattfindet. Wir sind dazu bereit, die uns zufallende Verantwortung im Friedensprozess zu übernehmen."

Weiterhin wurde in der Erklärung darauf aufmerksam gemacht, dass zeitgleich zu dem Friedensmarsch der DTP massive Angriffe der türkischen Armee in Bingöl und Südkurdistan stattgefunden hätten. Bei der Bombardierung Südkurdistans seien dieses Mal insbesondere Guerillafriedhöfe getroffen und mit Tiefflügen über zivile Dörfer angestrebt worden, die Bevölkerung in Schrecken zu versetzen und zur Flucht aus dem Gebiet zu bewegen.

"Bei den bisher stattgefundenen sechs Angriffswellen sind ohne Rücksicht auf internationales Recht Krankenhäuser, Schulen, Moscheen, zivile Siedlungen, Tiere und Friedhöfe bombardiert worden. Die Bombardierung von Friedhöfen widerspricht nicht nur jeder Ethik, sondern hat darüber hinaus noch eine andere Bedeutung. Tote können nicht noch einmal getötet werden. Der Versuch, Tote ein weiteres Mal zu töten, stellt einen massiven Angriff auf uns heilige Werte dar und zeigt, dass es keine Grenzen bei der Vernichtung gibt. Die Bombardierung unserer Gräber in einer Zeit, in der die Regierung der Türkei ständig von Menschlichkeit, Religion und Islam spricht, wir das kurdische Volk nicht vergessen können."

(ÖP, 5./7.2., ISKU)

Meldungen

Seit vier Wochen kein Lebenszeichen von Öcalan

Gestern wurde zum vierten Mal in Folge der Besuch bei Abdullah Öcalan von seinen Verteidigern unter Vorwänden verhindert. Bereits am 16., 23. und 30. Januar waren die Anwälte in Gemlik von der Gendarmeriekommandantur zurückgewiesen worden. *(ÖP, 7.2., ISKU)*

Bombenangriffe auf Südkurdistan

Am 4.2. hat die türkische Armee erneut die Meder -Verteidigungsgebiete in Südkurdistan bombardiert. Die Angriffe wurden von der HPG bestätigt: Zu Verlusten der Guerilla sei es nicht gekommen, allerdings sei den zivilen Dorfbewohner erneut großer Schaden entstanden, so seien unter anderem ca. 100 Schafe und Ziegen getötet worden. Betroffen waren nach HPG-Angaben die Gebiete Xinêre und Xakurkê. Ziele der Angriffe seien zwei Guerillafriedhöfe, nicht mehr genutzte Guerillalager sowie ein Dorf gewesen. Mehrere Dörfer seien evakuiert worden, das Ziel der türkischen Armee sei es, die betroffenen Gebiete zu entvölkern. *(ÖP, 5.2., ISKU)*

Guerillaleichname nach Malatya überführt

Die Leichname von zehn mutmaßlichen HPG-Guerillakämpfern, die im Gefecht im Rahmen einer Militäroperation der türkischen Armee in Bingöl ums Leben gekommen sind, wurden zur Gerichtsmedizin in Malatya überführt.

In den türkischen Medien war gestern Abend zunächst von fünf lebend gefangen genommenen Guerillakämpfern berichtet worden. Später hieß es, zehn HPGler seien ums Leben gekommen. Dadurch ist der Verdacht aufgekommen, die Guerillakämpfer seien möglicherweise nach der Gefangennahme hingerichtet worden. Die HPG hat sich bisher nicht geäußert. *(ANF, 4.2., ISKU)*

Friedensrat Europa im Aufbau

Im Rahmen der Arbeit am Aufbau eines Friedensrates in Europa zur Unterstützung des Friedensrates in der Türkei hat in Köln eine Versammlung unter Beteiligung von Intellektuellen und FriedensaktivistInnen aus Europa und der Türkei stattgefunden. Beschlossen wurde dabei die Durchführung einer Konferenz am 5. April, auf der der Friedensrat gegründet werden soll. *(ÖP, 4.2., ISKU)*

Aufruf zur Newrozdelegation 2008

Newroz, das Fest des Frühlings, des Friedens und der Freiheit naht. Am 21. März werden erneut Millionen Kurdinnen und Kurden das Fest des Aufbegehrens gegen Unterdrückung und Verfolgung, das Fest der Hoffnung feiern.
Es ist zu einer Tradition geworden, dass jedes Jahr Delegationen aus Europa zur Beobachtung der Newroz- Veranstaltungen, die in der Vergangenheit immer wieder türkischem Staatsterror ausgesetzt waren, nach Kurdistan reisen. Neben der Teilnahme an den Feierlichkeiten gibt es die Möglichkeit Gespräche mit Menschen, Organisationen und Parteien vor Ort zu führen. Am 19. März werden die Delegationen im Rahmen eines Aktionstages gegen den geplanten Ilisu-Staudamm in Hasankeyf sein.
Warum die Delegationen auch dieses Jahr unerlässlich sind: grenzüberschreitende Offensiven des türkischen Militärs unter Inkaufnahme der Zerstörung zivilen Lebensraumes, weitgehende Verweigerung jeglicher politischer Partizipation pro-kurdischer sowie demokratischer Parteien und Organisationen, so z. B. das Verbotsverfahren gegen die Demokratische Gesellschaftspartei, die mit 22 Abgeordneten im türkischen Parlament vertreten ist, strafrechtliche Verfolgung des Gebrauches der kurdischen Sprache in der Öffentlichkeit... Auch die Isolationshaft gegen Herrn Abdullah Öcalan, den Millionen Kurdinnen und Kurden zu ihrem politischen Repräsentanten deklarierten, wird stetig intensiviert.
Richtungweisend ist die politische Lösung der kurdischen Frage auch im EU- Beitrittsprozess der Türkei. Auch wenn die EU die kurdische Frage in den Protokollen der Beitrittsverhandlungen weiterhin als Minderheiten- und Demokratisierungsproblem umschreibt, wird sie sich ihrer historischen und politischen Verantwortung auf Dauer nicht entziehen können.
Ohne internationale Anstrengungen und politischen Druck wird dieser noch lösbare Konflikt ausufern. Ein Dialog ist dringend erforderlich! Wir Kurdinnen und Kurden werden auch an Newroz 2008 unseren Friedenswillen bekunden. Zusammen mit Ihnen wollen wir unser Fest des Frühlings, des Friedens und der Freiheit feiern! Erheben auch Sie Ihre Stimme für Frieden, Freiheit und Demokratie! Begehen Sie mit uns an Newroz einen " neuen Tag".

YEK-KOM (Föderation kurdischer Vereine in Deutschland e.V.)
Graf- Adolf- Str. 70A,
40810 Düsseldorf,
Tel: 0211-1711-451, Fax: -453,
yekkom@gmx.net

Guerillaleichname geschändet

Die Leichname von zehn HPG-Guerillakämpfern, die bei einem Gefecht im Rahmen einer Militäroperation in Bingöl-Daglitepe am vergangenen Sonntag ums Leben gekommen waren, sind einen Tag später in die Leichenhalle des staatlichen Krankenhauses in Bingöl überführt worden. Nach einer Autopsie erklärte der Gouverneur von Bingöl, Irfan Balkanlioglu, einige von der Guerillas seien nicht beschnitten gewesen. Die DTP und der IHD reagierten entsetzt auf diese Äußerung. Der DTP-Provinzverbandsvorsitzende Ömer Faruk Ersöz teilte mit, auf Anfrage einiger Angehörigen in die Leichenhalle gegangen zu sein, wo er habe sehen müssen, dass die Leichname auf einen Haufen übereinander geworfen worden seien. Die Angestellten hätten dieses damit begründet, es gebe nicht genug Platz. Einige der Leichname seien zerfetzt. Zu der Verlautbarung des Gouverneurs erklärte Ersöz, dieser mache "Politik mit den Geschlechtsorganen von Menschen" und müsse sich unverzüglich bei der Bevölkerung dafür entschuldigen.
(ANF, 7.2., ISKU)

Frauensolidarität mit Sebahat Tuncel

Auf einer Pressekonferenz in der Istanbuler Zweigstelle des Menschenrechtsvereins IHD hat die "Fraueninitiative gegen Gewalt" die rassistischen Angriffe auf KurdInnen und ihre politischen VertreterInnen verurteilt und zur Teilnahme am Prozess gegen die DTP-Abgeordnete Sebahat Tuncel am 14. Februar aufgerufen.
Im Namen der Initiative wies Derya Arslan darauf hin, dass im Rahmen der Operation gegen die Ergenekon-Bande, die in eine Vielzahl dunkler Vorfälle wie Semdinli und die Ermordung Hrant Dinks verwickelt sei, auch eine Liste mit potentiellen Angriffszielen öffentlich geworden sei, auf der sich neben vielen anderen auch Leyla Zana und Sebahat Tuncel befänden.
"Diese Frauen werden nicht nur wegen ihrer ethnischen Identität, sondern eben gerade auch als Frauen angegriffen. Militarismus und Chauvinismus nähren die Feindschaft gegen Frauen und preisen die Männlichkeit. Ziel dieser Banden ist es, die zu Feinden erklärten Frauen zu beseitigen."
Die Begeisterung des Generalstabschefs Büyükanit über eine Schulklasse, die aus ihrem eigenen Blut eine türkische Fahne erstellt hatte, zeige beispielhaft, wie aus Schulen Kasernen gemacht würden. Weiter zitierte Arslan die Witwe des ermordeten armenischen Journalisten Hrant Dink, Rakel Dink: "Diese Dunkelheit, die aus Kindern Mördern macht, muss erleuchtet werden."
Aus Anlass des Prozesses am 14. Februar gegen Sebahat Tuncel vor dem 10. Gericht für schwere Straftaten in Istanbul erklärte Arslan: "So wie wir an Sebahats Seite waren, als wir sie bei der Wahl mit unseren Stimmen und unserem Einsatz aus dem Gefängnis ins Parlament gebracht haben, werden wir ihr auch jetzt wieder als Frauen mit organisierter Kraft zur Seite stehen."
(ÖP, 4.2., ISKU)

DTP diskutiert über Kommunalverwaltungsmodelle

Auf einer von der DTP in Amed veranstalteten dreitägigen "3. Konferenz zu ökologischen Kommunalverwaltungen" wurde über den philosophischen und theoretischen Unterbau regionaler Verwaltungsmodelle im konföderalen System diskutiert.
Thematisiert wurden dabei neben den in Praxis entstehenden Problemen zwischen den DTP-Parteiverbänden und den DTP-geführten Stadtverwaltungen die Förderung der Demokratisierung durch die Stärkung kommunaler Verwaltungen. An der Konferenz nahmen Abgeordnete, Parteivorstands- und Stadtratmitglieder sowie Vertreter zivilgesellschaftlicher Organisationen teil. Der von der Vorbereitungskommission der Konferenz vorgestellte Modellentwurf sieht eine Organisierung in Räten vor, in denen alle Einheiten der Kommunalverwaltungen vertreten sind. In der Diskussion wurden die mittlerweile neunjährigen Erfahrungen der DTP-Kommunalverwaltungen zur Sprache gebracht. Festgestellt wurde unter anderem, dass die Unerfahrenheit sowie die bestehenden Wissenslücken zu vielfach unprofessioneller Handlungsweise geführt hätten und vom klassischen Verwaltungsschema oftmals kaum abgewichen worden sei. Trotz bemerkenswerter Erfolge während der vergangenen neun Jahre herrsche nach wie vor eine klassische staatsfixierte Auffassung und insbesondere in kleineren Kreisverwaltungen präge das feudale Gesellschaftssystem die Arbeit.
(ÖP, 4.2., ISKU)

Acht Soldaten freigelassen
Die acht Soldaten der türkischen Armee, die nach vorübergehender Gefangennahme durch die PKK verhaftet worden waren, sind nach wochenlanger Untersuchungshaft freigelassen worden. Der Prozess gegen sie läuft jedoch weiter. Sechs von ihnen wurden umgehend zu ihren Militäreinheiten geschickt, zwei konnten nach Hause gehen, weil ihre Militärzeit abgelaufen ist. *(ÖP, 4.2., ISKU)*

Prozess gegen Demirtas
Am 6.2. fand die erste Hauptverhandlung im Prozess gegen den DTP-Vorsitzenden Nurettin Demirtas vor dem 6. Gericht für schwere Straftaten in Ankara statt. Demirtas, der sich seit dem 18. Dezember in Haft befindet, wird neben 182 weiteren Angeklagten beschuldigt, sich mit falschen Attesten dem Militärdienst entzogen zu haben. Das Gericht befand, für diesen Fall nicht zuständig zu sein und gab den Fall das Militärgericht der Luftwaffenkommandantur weiter. *(ÖP, 7.2., ISKU)*

Schäuble unterstützt Türkei im Kampf gegen PKK
Innenminister Wolfgang Schäuble hat der Türkei bei einem Treffen mit seinem Kollegen Besir Atalay Unterstützung im Kampf gegen die PKK zugesagt. Deutschland sei gegen jede Form von Terrorismus und werde entschlossen gegen die Kurdische Arbeiterpartei (PKK) vorgehen, erklärte Schäuble. *(RP, 4.2. , ISKU)*

Quellen:

ANF	Firat Nachrichtenagentur
ÖP	Özgür Politika
RP	rp-online.de

Termine:

Demonstration
zum Jahrestag der Verschleppung Abdullah Öcalans von Kenia in die Türkei
Strassbourg: 16.2.2008

Zur Demonstration werden aus vielen europäischen Städten Busse anreisen. An der Mitfahrt interessierte können sich an die kurdischen Vereine in ihrer Stadt wenden.

N û ç e
erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bis der
Informationsstelle Kurdistan
Schanzenstraße 117
20357 Hamburg
Tel.: 040 - 421 02 845
E-mail: isku@nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
Postbank Köln, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 3968-506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.isku.org

Nr. 348
15. Februar 2008

N û ç e


Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@nadir.org
www.isku.org

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

Die Lügen des Ministerpräsidenten Erdogan

Die Lügen Erdogans, der behauptet, Assimilation sei ein Verbrechen an der Menschheit, treten ans Tageslicht: Die Einleitung eines Ermittlungsverfahrens gegen ein kurdisch sprechendes achtjähriges Kind, die Forderung nach 469 Jahren Haftstrafe gegen acht Studierende und der Umgang mit den Leichnamen von Guerillakämpfern zeigen das wirkliche Gesicht der Türkei.

So wurde ein achtjähriges Kind der Staatsanwaltschaft vorgeführt und seine Aussage aufgenommen, weil es auf einer DTP-Kundgebung im Wahlkampf in Erzurum-Karacoban auf kurdisch seine Sehnsucht nach seinem Vater zum Ausdruck gebracht hatte, der die Türkei aus politischen Gründen verlassen musste und in Europa lebt. "Wo ist mein Vater, ich will meinen Vater zurück" - mit diesen auf kurdisch hervorgebrachten Worten soll das Kind gegen das Parteiengesetz verstoßen haben, weil dieses den Gebrauch einer anderen Sprache als türkisch im Wahlkampf nicht zulässt.
Der türkische Ministerpräsident Erdogan hatte in Deutschland muttersprachlichen Unterricht für die dort lebende türkeistämmige Bevölkerung gefordert und die Türkei als "Land des Friedens" bezeichnet.
Unterdessen wurde in Diyarbakir ein Prozess gegen acht Studierende der Dicle-Universität eingeleitet, der die Auffassung der Justiz von Demokratie deutlich macht. So wird den Studierenden in der Anklageschrift vorgeworfen, sie hätten Aktionen an der Universität organisiert, Bäume gepflanzt, Müll gesammelt, eine Fahrt nach Hasankeyf veranstaltet und sich an Kundgebungen beteiligt.
Des Weiteren hätten sie gegen die Ermordung des "Terroristen" Ugur Kaymaz - ein zwölfjähriger Junge, der in Kiziltepe von Sicherheitskräften mit 13 Kugeln getötet wurde - protestiert und somit "Werbung für eine terroristische Organisation" betrieben. Insgesamt fordert der Staatsanwalt eine Haftstrafe von 469 Jahren gegen die acht Angeklagten. Im September 2007 waren über 50 Studierende in Diyarbakir festgenommen und Dutzende von ihnen anschließend per Haftbefehl ins Gefängnis gesteckt worden. Zunächst lautete der Vorwurf, die Betroffenen hätten Anschläge mit Molotow-Cocktails verübt. Als sich hierfür keine Beweise finden ließen, mussten andere Begründungen herhalten.

Kritik der DTP an Erdogans Rede in Deutschland
Der DTP-Abgeordnete Ahmet Türk kritisierte die in Deutschland gehaltenen Reden des türkischen Ministerpräsidenten Erdogan: "Wenn Sie angesichts der Vorgänge in der Türkei keine demokratische Haltung zeigen, haben auch Ihre in Deutschland gehaltenen Reden keinen Sinn." So habe Erdogan seine Ablehnung von Assimilation zum Ausdruck gebracht und gleichzeitig erklärt, der Gebrauch der kurdischen Sprache sei in der Türkei frei möglich, es gebe sogar eine kurdischsprachige Zeitung. "Aber in der Türkei wird ein Bürger, der auf kurdisch einen Antrag gestellt hat, zu fünf Monaten Haft verurteilt. Der Herr Ministerpräsident spricht im Ausland anders, wenn er in die Türkei kommt, zeigt er eine ganz andere Persönlichkeit."

Protest gegen Erdogan in Köln
Ca. 2000 Menschen protestiert am 10.2. in Köln vor der Köln Arena gegen den türkischen Ministerpräsidenten Erdogan. Aufgrund der Proteste verzögerte sich Erdogans Ankunft. Zwischen den Protestierenden und Anhängern Erdogans kam es Spannungen. Organisiert wurde die Kundgebung vom Verein Mala Kurda und dem Dachverband Yek-Kom, unterstützt wurde sie von mehreren linken türkischen Organisationen. Das türkische Konsulat hatte im Vorfeld bei der Polizei und dem deutschen Außenministerium gegen die Genehmigung der Veranstaltung protestiert.
(ÖP, 11./13.2., ISKU)

Razzien in Hannover und Troisdorf

Am Samstag gegen 13 Uhr wurde der kurdische Verein Mala Gel in Hannover von ca. 45 Polizisten durchsucht. 14 anwesende Personen wurden festgenommen, darunter der Vereinsvorsitzende Cafer Alp. Ein Computer, mehrere Fotos und Papiere wurden beschlagnahmt. Nach Polizeiangaben ist der Razzia eine längere Observation der Festgenommenen vorausgegangen, diese stünden in Zusammenhang mit der PKK. 13 Personen wurden am Abend wieder freigelassen.
Die Razzia findet zu einer Zeit statt, in der sich der Ministerpräsident der Türkei Erdogan zu einem Besuch in Deutschland aufhält. Am Freitag erklärte Erdogan, er habe mit Bundeskanzlerin Merkel über die PKK gesprochen. Vergangene Woche hielt sich der deutsche Innenminister in der Türkei auf, wo er eine Unterstützung der Türkei im Antiterrorkampf über die Auslieferung von sich in Deutschland aufhaltenden PKKlern andeutete.
Seit Januar vergangenen Jahres fanden mindestens sechs Mal Razzien gegen insgesamt 135 kurdische Einrichtungen und Privatwohnungen in Deutschland statt. Dutzende Personen wurden dabei verhaftet. Am 7. Dezember 2007 waren außerdem in einer zeitgleichen Aktion gegen ATIF in acht verschiedenen Städten insgesamt 13 Objekte durchsucht und zehn Personen festgenommen worden.

Hausdurchsuchung in Troisdorf
Am Dienstagmorgen gegen sechs Uhr wurde die Wohnung von Mürsel D. in Troisdorf durchsucht. Im Durchsuchungsbefehl sind die Vorwürfe "Verstoß gegen das Vereinsgesetz" sowie Unterstützung der PKK angegeben. Es wurden ein Computer, Bücher und CDs beschlagnahmt. Nach Angaben des Betroffenen wurde seine Wohnung bereits 1999 mit der gleichen Begründung durchsucht. Damals sei er zu sechs Monaten Haftstrafe verurteilt worden.
Sein Bruder Sahap D. (Diyar) sei 2005 im kurdischen Befreiungskampf gefallen. D., der seit ca. 13 Jahren in Deutschland lebt, erklärte weiter: "In der Türkei wurden unsere Häuser von Soldaten und Polizisten überfallen. Aufgrund dieser Repression sind wir hierher gekommen und jetzt mit dem gleichen Vorgehen diesmal des deutschen Staates konfrontiert."
(ÖP, 14.2., ISKU)

Meldungen

Weiter kein Kontakt zu Öcalan
Zum fünften Mal in Folge wurde den Verteidigern Abdullah Öcalans der Besuch bei ihrem Mandanten mit der Begründung verweigert, das Wetter lasse eine Überfahrt zur Gefängnisinsel Imrali nicht zu. Auch am 13.2. mussten die Anwälte in Gemlik wieder umkehren.
(ANF, 13.2., ISKU)

4288 politische Gefangene in türkischen Knästen
Innerhalb der vergangenen elf Monate hat sich die Anzahl der Untersuchungs- und Strafgefangenen in den Gefängnissen der Türkei stark erhöht. So stieg die Anzahl der Häftlinge in 23 Gefängnissen von 15.717 auf 27.780. Im Oktober 2007 waren in allen Gefängnissen der Türkei 88.600 Menschen inhaftiert. Darunter sind 4288 Gefangene aus Prozessen gegen die PKK und andere linke Organisationen. In der auf 1880 Gefangene ausgelegten größten Haftanstalt Bayrampasa in Istanbul befinden sich zur Zeit 4159 Personen.
(ANF, 14.2., ISKU)

Drei neue Ermittlungsverfahren gegen Leyla Zana
Gegen die ehemalige DEP-Abgeordnete Leyla Zana wurden aufgrund von Redebeiträgen zu verschiedenen Anlässen drei neue Ermittlungsverfahren eröffnet. Ihr wird vorgeworfen, in einer Rede im Europaparlament im vergangenen Jahr den Ausdruck "Führer des kurdischen Volkes" für Abdullah Öcalan verwendet zu haben. Weiterhin wird wegen zwei auf kurdischen gehaltenen Reden während des Wahlkampfes in Silvan und Genc gegen Zana ermittelt.
(ANF, 13.2., ISKU)

15 Jahre Haft für Sabahat Tuncel gefordert
Im Prozess gegen die DTP-Abgeordnete Sabahat Tuncel forderte die Staatsanwaltschaft eine Haftstrafe von 7,5 bis 15 Jahren. Tuncel, die im Juli vergangenen Jahres aus dem Gefängnis heraus ins Parlament gewählt worden war, wird Mitgliedschaft in einer terroristischen Organisation vorgeworfen. Die Staatsanwaltschaft fordert weiterhin die Anwendung von Artikel 53 des türkischen Strafgesetzes, in dem es um die Entsagung politischer Rechte wie das aktive und passive Wahlrecht geht. *(ANF, 14.2., ISKU)*

Die Menschen aus Hasankeyf werden Asyl beantragen

Vom Ilisu-Staudamm Projekt betroffene Menschen aus dem Tigristal und aus Hasankeyf werden zu den deutschen, schweizerischen und österreichischen Botschaften in Ankara fahren, um gegen die Vergabe von Kreditversicherungen zu protestieren und Asylanträge bei diesen drei Ländern zu stellen.

Am 19. Februar 2008 werden etwa 100 Betroffene nacheinander die Botschaften von Deutschland, der Schweiz und Österreich besuchen und unterschriebene Protestbriefe von weitaus mehr Menschen aus dem betroffenen Gebiet übergeben. In dem an die MinisterpräsidentInnen gerichteten Protestschreiben wird die Rücknahme der Kreditversicherung für die beteiligten Unternehmen gefordert. Anschließend wird angekündigt, dass sie im Falle der Realisierung des Ilisu Projektes und der erzwungenen Vertreibung aus ihren Ortschaften nach Deutschland, in die Schweiz und nach Österreich kommen und Anträge auf Asyl stellen werden. Denn diese Länder und ihre Unternehmen sind entscheidend dafür verantwortlich, dass sie aus ihrer Heimat gerissen werden.

Programm:
18. Februar 2008: Abfahrt von Hasankeyf um 14 Uhr, von Batman um 15 Uhr, von Diyarbakri um 17 Uhr.

19. Februar 2008: Um 9.15 Uhr Pressemitteilung/Kundgebung vor der deutschen Botschaft. Treffen mit den Botschaftern Deutschlands um 10 Uhr, der Schweiz um 11 Uhr und Österreichs um 12 Uhr.

(IRH, 14.2., ISKU)



Yasar Kemal fordert Rechte für Millionen

Am Wochenende fand in Ankara eine Konferenz zum Thema "Demokratisierung und kurdische Frage im neuen Verfassungsprozess" stattge, die als Fortsetzungsveranstaltung zur Konferenz "Die Türkei sucht ihren Frieden" im vergangenen Jahr gilt. Der Schriftsteller Yasar Kemal schickte eine Grußbotschaft an die ca. 400 TeilnehmerInnen, in der er darauf verwies, dass eine Demokratisierung in der Türkei von einer Lösung der kurdischen Frage abhänge: "Wie soll eine Demokratie entstehen, wenn 15 Millionen Menschen keine Menschenrechte zugestanden werden?", hieß es in der Botschaft.

Die Themen der Konferenz lauteten "Kurdenpolitik seit der Gründung der Republik", "Verfassungsrechtliches Staatsbürgertum", "Regionale Verwaltungen", "Frauenbewegung und Frieden", "Kulturelle Rechte und Identitäten" sowie "Konfliktlösungen mit gewaltfreien Methoden".

(ÖP, 11.2., ISKU)

DHKP-C laut belgischen Richtern »nicht terroristisch«

Erleichtert nahmen die elf Angeklagten das Urteil des Berufungsgerichts in Antwerpen auf: Acht von ihnen wurden am Freitag freigesprochen, drei Angeklagte wegen Waffenbesitzes und falschen Papieren zu Haftstrafen zwischen 21 Monaten und drei Jahren verurteilt. Diese allerdings sind durch die Untersuchungshaft bereits verbüßt. Nach etwas über acht Jahren ging damit der Prozeß gegen Mitglieder und Sympathisanten des in Brüssel ansässigen Informationsbüros der türkischen DHKP-C (Revolutionäre Volksbefreiungspartei-Front) zu Ende. Das Urteil ist nicht mehr anfechtbar.
Hintergrund des Verfahrens war eine Razzia im Jahre 1999 in der belgischen Stadt Knokke, bei der leichte Schußwaffen und falsche Ausweise beschlagnahmt worden waren. In den darauffolgenden Jahren wurde gegen das Büro der linken türkischen Exilorganisation, die in Deutschland und der Türkei verboten sowie auf der sogenannten EU-Terrorliste vermerkt ist, ermittelt. Nachdem vier der Angeklagten Ende 2006 zu Haftstrafen zwischen vier und sechs Jahren verurteilt worden waren, sorgte der Oberste Gerichtshof in Gent nach einem halben Jahr für deren Entlassung, erklärte die beteiligten Gerichte in Knokke und Brügge für befangen und verfügte einen neuen Prozeß.
Letztlich sind nicht nur die Bemühungen gescheitert, möglichst hohe Haftstrafen und insbesondere auch die Kriminalisierung der Organisation zu erreichen. Die Richter in Gent revidierten die Einschätzung aus dem vorherigen Prozeß und erklärten die Organisation als nicht kriminell oder terroristisch. Die türkischen Behörden, die das Verfahren verfolgt hatten, protestierten gegen das Urteil. Das Unterstützerkomitee CLEA hingegen sieht das Ergebnis als einen Sieg »für die Meinungsfreiheit in Belgien« an und lud alle Unterstützer zu einem Fest ein. Zahlreiche Menschen hatten seit Beginn des Prozesses immer wieder gegen die Inhaftierung der Aktivisten aus der Türkei demonstriert.

(jW, 12.2., ISKU)

Erneut Kriegsdienstverweigerer vor Gericht
Der Kriegsdienstverweigerer Halil Savda wird am 11. Februar erneut in Istanbul vor Gericht stehen. Ihm wird vorgeworfen, durch die Unterstützung zweier israelischer Kriegsdienstverweigerer nach Artikel 318 des türkischen Strafgesetzes für eine "Abkühlung des Verhältnisses zwischen Volk und Armee" verantwortlich zu sein.
Vorausgegangen war der Anklage eine Kundgebung im August 2006 vor dem israelischen Konsulat in Istanbul, wo Solidarität mit den israelischen Kriegsdienstverweigerern bekundet worden war. *(ANF, 9.2., ISKU)*

Studierende in Hamburg protestieren gegen den Iran
Am Samstag fand vor dem iranischen Konsulat in Hamburg eine Protestkundgebung gegen die Repressionswelle gegen Studierende im Iran, die Hinrichtung des PJAK-Kämpfers Hasan Hikmet Demir, die Ermordung durch Folter des kurdischen Studenten Ibrahim Lütfullahi und die Todesstrafe gegen den kurdischen Journalisten Adnan Hasanpur statt. Organisiert wurde die Aktion, an der sich ca. 70 Menschen beteiligten, von dem Solidaritätsbündnis für die Studentenbewegung im Iran, der Arbeiterkommunistischen Partei Iran, Regenbogen/Alternative Linke - Hamburg, Avanti - Projekt undogmatische Linke, YXK - Verband der Studierenden aus Kurdistan, Hamburger Volksrat Kurdistan sowie dem Verein Freier Frauen aus Mesopotamien. *(ANF, 9.2., ISKU)*

Quellen:

ANF	Firat Nachrichtenagentur
ÖP	Özgür Politika
IRH	Initiative zur Rettung von Hasankeyf
jW	junge Welt

Termine:

Wir sind hier, weil Ihr unsere Lebensgrundlage zerstört!
Kundgebung zur Unterstützung der Aktionen der Bevölkerung von Hasankeyf (siehe Artikel oben)
Hamburg, 19.Februar, 10.00 Uhr
Sachsenstraße 12, S-Hammerbrook

N û ç e
erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der
**Informationsstelle Kurdistan
Schanzenstraße 117
20357 Hamburg
Tel.: 040 - 421 02 845
E-mail: isku@nadir.org**
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
**Postbank Köln, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 3968-506**
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.isku.org

Nr. 349
22. Februar 2008

Nûçe



Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@nadir.org
www.isku.org

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

Türkei startet Bodenoperation

Die seit langer Zeit geplante grenzüberschreitende Bodenoperation der türkischen Armee nach Südkurdistan ist am Donnerstag gestartet worden. In begrenzter Anzahl überschritten Militärs die Grenze im Gebiet Uludere-Cukurca. Das Grenzgebiet wurde für Zivilisten gesperrt.
An die militärischen Einheiten wurde der Befehl erteilt, aus jedem Dorf in Uludere und Beytüssebap Dorfschützer zu mobilisieren. Verhandlungen zwischen Militärs und Dorfschützerchefs ergaben, dass aus jedem Dorf lediglich zwei Dorfschützer mit guten Ortskenntnissen an der Operation teilnehmen.
Die Frühjahrsoffensive soll der abschließende Schlag nach einer Reihe von Luftangriffen auf mutmaßliche Guerillastellungen sein und die Präsenz der PKK im Nordirak beenden, meldete die als regierungsnah geltende Tageszeitung Zaman am Montag.
Entlang der türkisch-irakischen Grenze sind bereits seit Tagen rund 50.000 Soldaten stationiert. Zur Vorbereitung ihrer Frühjahrsoffensive hat die türkische Armee neue Militärstützpunkte in den Bergen entlang der irakischen und iranischen Grenze errichtet. Diese sollen mit Landeplätzen für Kampfhubschrauber, Thermalkameras zur Bewegungsmeldung sowie Artillerie ausgestattet werden. Spezialeinheiten der türkischen Armee trainieren zur Zeit die Erstürmung von PKK-Stützpunkten
Eine entscheidende Rolle sollen unbemannte Aufklärungsdrohnen spielen, die von Israel zur Verfügung gestellt wurden. Eine Reihe dieser von israelischen Experten betriebenen Heron-Kleinflugzeuge sind bereits auf dem Luftwaffenstützpunkt bei der ostanatolischen Stadt Batman stationiert; diese kamen vor den Luftangriffen auf nordirakische Ziele in den vergangenen Wochen zum Einsatz. Gleichzeitig mit dem Einmarsch von Bodentruppen in den Nordirak und Operationen an der türkisch-iranischen Grenze soll in den kurdischen Provinzen Tunceli, Bingöl, Siirt und Diyarbakir innerhalb der Türkei eine zweite Front gegen die Guerilla formiert werden.
Während die türkische Armee mit Hilfe der israelischen Aufklärung den militärischen Teil der Operation gegen die PKK übernimmt, wollen die USA der kurdischen Freiheitsbewegung in Europa das Wasser abgraben. Dazu soll der diplomatische Druck auf Dänemark erhöht werden, um den von dort sendenden kurdischen Satellitensender Roj TV zu schließen. »Wir sind der Auffassung, das Roj TV eine Frontorganisation für terroristische Aktivitäten und ein Propagandainstrument der PKK ist«, erklärte Frank Urbancic Jr., stellvertretender Koordinator für die Terrorismusbekämpfung beim US-Außenministerium, zum Abschluß einer zweiwöchigen Europareise in Ankara.

(jW, 19.2./ANF, 21.2., ISKU)

Tote und Verletzte bei 15. Februar-Protesten

Bei den Protesten am Jahrestag der Verschleppung Abdullah Öcalans in die Türkei am 15. Februar 1999 hat der Terror des türkischen Staates zu einem Toten und einer Vielzahl an Verletzten geführt. Schauplätze des brutalen und provokativen Vorgehens der Sicherheitskräfte waren vor allem Hakkari, Batman, Cizre, Adana und Diyarbakir.
In Cizre wurde ein 16-jähriger Junge von einem Polizeipanzer überrollt. Nach Bekanntwerden seines Todes strömten die Menschenmengen auf die Straßen. Zwei weitere Personen wurden durch Polizeischüsse verletzt. Die Auseinandersetzungen dauerten am Abend weiter an. In Batman wurden bei einem Polizeiangriff auf eine Kundgebung vier Personen verletzt, zwei davon schwer. In Hakkari wurde eine Person durch einen Kopfschuss von der Polizei schwer verletzt, 61 Personen wurden festgenommen. In Yüksekova machten Kampfflugzeuge Tiefflüge über das Stadtzentrum. In Diyarbakir kam es zu 38 Festnahmen und dem Einsatz von Tränengas. In Adana wurden Militäreinheiten zur Verstärkung herangeholt.
In vielen kurdischen Städten blieben die Geschäfte als Zeichen des Protestes geschlossen. Es kam an mehreren Stellen zu Drohungen der Polizei, die eine Öffnung der Geschäfte erzwang.

Fortgesetzte Proteste
In Strassburg demonstrierten am Samstag knapp 50.000 KurdInnen unter dem Motto "Êdî bes e". Zeitgleich wurden die in vielen kurdischen Städten gestarteten Proteste fortgesetzt. In Batman wurden bei einem polizeilichen Angriff mit Panzern, Wasserwerfern und Tränengas auf eine Demonstration auch der DTP-Abgeordnete Bengi Yildiz sowie der Bürgermeister der Stadt, Hüseyin Kalkan, verletzt und mussten ärztlich behandelt werden. Im Anschluss gab Yildiz eine Erklärung ab, in der er den Angriff verurteilte: "Wir gingen nach draußen, um für eine Beruhigung zu sorgen. Obwohl wir uns zu erkennen gaben, gab der Chef der Einsatzkräfte persönlich den Befehl, uns zu schlagen. Dieses Vorgehen ist Ergebnis einer unerträglichen Mentalität. Innerhalb von drei Tagen sind hier knapp 50 Personen festgenommen worden, gegen 16 von ihnen wurde Haftbefehl ausgesprochen. Die Auseinandersetzungen auf der Straße gehen weiter. Ich hoffe, dass die, die mit Gewalt den Willen unserer Menschen brechen wollen, die notwendige Antwort bekommen haben. Heute haben vielleicht wir stellvertretend die Knüppel abgekriegt, aber die Bevölkerung hat sie jeden Tag über ihren Köpfen. Wir werden den demokratischen und legitimen Kampf fortsetzen."
In Adana wurden unterdessen von bei den Protesten festgenommenen 17 Personen drei Minderjährige wegen "Mitgliedschaft" verhaftet. In Cizre wurde unter Beteiligung von ca. 20.000 Menschen der 16-jährige Yahya Menekse beigesetzt, der am Vortag von einem Panzer überrollt worden war. Nach der Beisetzung marschierte die Menschenmenge auf die AKP-Zentrale zu, wo die Polizei mit Tränengas und Gummigeschossen angriff. Die Straßenschlachten setzten sich in mehreren Stadtteilen fort.

DTP: Die notwendige Antwort aus der Bevölkerung
Auf einer Pressekonferenz in Ankara hat die DTP-Vorsitzende Emine Ayna scharf auf die Übergriffe der Sicherheitskräfte bei den Protesten aus Anlass des Jahrestages der Verschleppung Abdullah Öcalans in die Türkei am 15. Februar 1999 reagiert. "Die aktuellen Entwicklungen zeigen, dass die AKP der kurdischen Bevölkerung nichts anderes zu geben weiß als Tod und Tränen, Repression und Gewalt. Aktionen wie die Schließung von Geschäften, Demonstrationen und Hungerstreiks sind demokratische und zivile Aktionen, mit denen die Menschen die Regierung dazu bewegen wollen, ihnen zuzuhören. Die Angriffe der Sicherheitskräfte sind ein Beispiel für Rechtlosigkeit." *(Fortsetzung auf Seite 2)*

Meldungen

Kein Besuch bei Öcalan
Die Verteidiger Abdullah Öcalans wurden am 20.2. auf dem Weg zum Besuch bei ihrem Mandanten auf halbem Weg zur Rückkehr gezwungen. Die Begründung lautete diesmal, das Boot sei defekt.
(ANF, 20.2., ISKU)

USA will Auslieferung von PKKlern in Europa
Wie der türkische Justizminister Mehmet Ali Sahin gegenüber Journalisten angab, hat der US-Justizminister Michael Mukasey bei einem Türkei-Besuch in der vergangenen Woche das Angebot gemacht, über die Auslieferung von PKK-Mitgliedern von Europa in die Türkei zu diskutieren. Zu diesem Zweck soll nach Angaben von Sahin Ende März ein "runder Tisch" stattfinden, zu dem auch EU-Länder eingeladen werden sollen, mit denen "die Türkei ein Problem hat". *(ANF, 20.2., ISKU)*

Kongress "Demokratische Gesellschaft" in Diyarbakir
Am 23. und 24. Februar findet in Diyarbakir der von der DTP organisierte Kongress "Demokratische Gesellschaft" statt. Thema der Diskussionen sollen die kommenden Kommunalwahlen sein. Weiterhin soll eine Auswertung der Arbeit der DTP-Kommunalverwaltungen der vergangenen vier Jahre stattfinden. Zu dem Kongress sind auch Vertreter zivilgesellschaftlicher Organisationen eingeladen. *(ANF, 20.2., ISKU)*

Kurdischer Ex-Parlamentarier zu Tode gefoltert
Der südwestkurdische Politiker und ehemalige Abgeordnete im Parlament von Syrien, Osman Sileman Heci, ist zu Tode gefoltert worden. Heci war im vergangenen Jahr verhaftet und schwer gefoltert worden, er starb am 18. Februar. Die KCK veröffentlichte eine Beileidserklärung, in der sie die Tätigkeiten Hecis für den kurdischen Befreiungskampf würdigte. Heci wurde in Kobani im Beisein von Zehntausenden Menschen unter Parolenrufen beigesetzt.
(ÖP, 21.2., ISKU)

Tausende bei Guerillabeerdigungen
Tausende Menschen haben sich an den Beerdigungen der HPG-Kämpfer beteiligt, die am 3.2. bei einem Gefecht in Bingöl ums Leben kamen. Sedat Gültekin (Sidar) wurde am Sonntag in seinem Heimatdorf in Diyarbakir-Lice unter den Parolenrufen von 1000 Menschen beigesetzt. An den Beerdigungen von Mehmet Hayme in Diyarbakir und Nasir

Kurdische Mütter treffen CPT

Auch nach 40 Tagen Sitzstreik vor dem Europarat mit der Forderung der Verlegung Abdullah Öcalans in ein anderes Gefängnis und der Ermöglichung seiner medizinischen Behandlung schweigt das Antifolterkomitee CPT weiter. Im Gespräch mit einer Abordnung kurdischer Mütter wiederholten Mitarbeiter lediglich, man verfolge die Situation Öcalans, sei aber nicht befugt, die gesundheitlichen Atteste zu veröffentlichen.

Bei dem Treffen mit dem CPT-Generalsekretär Trevor Stevens wurden von der stellvertretenden Vorsitzenden des kurdischen Frauenbüros "Ceni", Songül Karabulut, in Begleitung von zwei kurdischen Müttern von Medizinern gesammelte Unterschriften übergeben. Die Unterschriftenkampagne war am Internationalen Menschenrechtstag am 10. Dezember gestartet worden. Unterschrieben hatten Ärzte, die die Wahrung des Rechts auf Leben und Gesundheit forderten. Die Kampagne dauert laut Karabulut weiter an.

Die Frauenabordnung forderte weiterhin erneut die Veröffentlichung der Untersuchungsergebnisse zu Abdullah Öcalans Gesundheitszustand, wie Songül Karabulut nach dem Treffen angab: "Wir sind gegen die Haftbedingungen von Abdullah Öcalan, weil er ein Mensch ist und als solcher über Rechte verfügt. Darüber hinaus wird unter diesen Bedingungen auch eine Lösung der kurdischen Frage verhindert. Für uns ist die Rolle Öcalans in der Frauenfrage wichtig. Deshalb sind bei diesen Aktionen auch meist Frauen in den vorderen Reihen. Wir machen uns Sorgen wegen der Vergiftung Öcalans. Seine Gesundheit ist uns sehr wichtig."

Generalsekretär Stevens habe lediglich erklärte, Öcalan sei der am stärksten beobachtete Gefangene weltweit, bei einer eventuell auftretenden Situation treffe man die notwendigen Maßnahmen, aber eine Veröffentlichung des Attestes sei der Türkei vorbehalten. *(ANF, 15.2, ISKU)*

Erdogan schaut Roj TV

Im türkischen Sender ATV äußerte sich Recep Tayyip Erdogan, Ministerpräsident der Türkei, im Gespräch mit Journalisten zu Themen wie kurdische Medien und Kurdischunterricht. Die Journalisten hielten dem Ministerpräsidenten seine bei einem Deutschlandbesuch gemachten Äußerungen vor. So fragte der Kolumnist Hasan Cemal: "Sie haben muttersprachlichen Unterricht für die dortigen Türken gefordert. Gilt das auch für die Kurden in der Türkei?" Erdogan antwortete darauf, wer seine Muttersprache lernen wolle, habe die Freiheit, einen Kurs einzurichten, in dieser Hinsicht gebe es keine Einschränkungen. Kurdisch als Unterrichtsfach in staatlichen Einrichtungen sei hingegen nicht möglich, da es in der Türkei "über 30 ethnische Gruppen" gebe. Weiter teilte Erdogan mit, es sei geplant, auf einem Kanal des staatlichen Fernsehens TRT künftig nur noch kurdische, vielleicht auch persische und arabische Sendungen zu bringen.

Auf die Frage, ob die Kurden einen Privatsender einrichten könnten, antwortete Erdogan, dieses sei nach den Kopenhagener Kriterien möglich, aber das Problem sei ein anderes: "Die Einschränkungen richten sich nur gegen die Terrororganisation." Diese verfüge über eigene Sender: "Das Problem ist nicht die Sprache dieser Sender, sondern ihr Inhalt. Letztens kam ich abends nach Hause und bin durch die über Satellit zu empfangenen Kanäle gezappt. Dabei bin ich auf einen dieser Kanäle gestoßen. Es liefen dauernd Einblendungen, in denen die Menschen dazu eingeladen wurden, als lebende Schutzschilde in die Berge, hierhin und dorthin zu kommen. Im Hintergrund lief Musik in ihrer eigenen Sprache. Eine solche Sendung kann man nicht normal finden, das wäre auch verboten, wenn die Sprache türkisch wäre."

Unterdessen wurde bekannt, dass der türkische Staat mit Belgien über eine Schließung des in Brüssel ansässigen Senders Roj TV verhandelt. Nachdem zunächst über die Vermittlung der USA Druck auf Dänemark ausgeübt wurde, die Sendeerlaubnis zu annullieren, wird jetzt ebenfalls über die USA versucht, die Studios in Belgien über materiellen Druck gegen ihre Besitzer schließen zu lassen. Diese Initiative ist Teil eines Angriffskonzeptes, das nach dem Treffen zwischen Erdogan und Bush am 5. November Thema wurde. Zeitgleich zu dieser Entwicklung haben belgische Staatsanwälte die Türkei besucht.

Der Direktor der Antiterrorabteilung im US-Außenministerium, Frank Urbancic, hatte vor einigen Tagen in einem Interview anlässlich eines Türkeibesuchs gegenüber der Zeitung Hürriyet den Sender Roj TV als "Vorderfront des Terrorismus" bezeichnet und eine "Al-Capone-Taktik gegen die PKK" angekündigt. Al Capone habe aufgrund seiner Steuerschuld ins Gefängnis gebracht werden können. Vor der Türkei hielt sich Urbancic in Dänemark und Belgien auf. *(ANF, 17.2, ISKU)*

Tote und Verletzte (Forts.)

Nach den Parlamentswahlen vom vergangenen Juli habe die Regierung ihr militaristisches Gesicht gezeigt, so Ayna, und mit dem Beschluss für grenzüberschreitende Militäroperationen habe sie sich als Kriegsregierung deklariert. "Diese Politik wird fortgesetzt. Seit drei Tagen wird unser Volk, dass auf demokratische Weise seine Forderungen zur Sprache bringt, provoziert, beschossen, von Panzern überrollt."

Über die Bilanz der vergangenen Tage informierte Ayna, in Hakkari seien sieben Personen verletzt, 70 Personen festgenommen und 17 Personen verhaftet worden. Die Polizei habe u. a. die Stadtverwaltung angegriffen. In Batman seien fünf Personen verletzt, knapp 100 Personen festgenommen und 16 Personen verhaftet worden. Auch in Urfa, Adana und Istanbul sei es zu Verletzten und vielen Festnahmen gekommen. In Cizre hätten sich Zehntausende an den Protesten beteiligt, dabei sei ein Jugendlicher von einem Panzer überrollt und getötet worden. 19 Personen seien verletzt, knapp 50 Personen festgenommen worden. Die Spannungen seien bereits seit Anfang Februar durch Hausdurchsuchungen bei DTP-Mitgliedern bewusst gesteigert worden.

Im Verweis auf eine Verlautbarung von Ministerpräsident Erdogan, die Bevölkerung müsse sich daran gewöhnen, mit dem Terror zu leben, erklärte Ayna: "Ist hiermit der Staatsterror gemeint? Die Bemühungen des Ministerpräsidenten, legale und demokratische Aktionen als Terroraktionen zu deklarieren, sind Resultat seiner Herangehensweise an das kurdische Volk und seine Forderungen."

Die Äußerung Erdogans, Assimilation sei ein Verbrechen an der Menschheit, kommentierte Ayna: "Damit hat der Ministerpräsident zugegeben, dass an den KurdInnen ein Verbrechen an der Menschheit begangen wird und die Regierung gewillt ist, dieses Verbrechen fortzusetzen." Auf die Frage eines Journalisten, wie denn ihrer Meinung nach das Ausmaß der von den Sicherheitskräften eingesetzten Gewalt sein müsse, entgegnete Ayna: "Davon kann überhaupt keine Rede sein. Solange die Polizei nicht angreift, greifen auch die Protestierenden die Polizei nicht an. Aber die Polizei ist gewalttätig vorgegangen und hat die Antwort darauf erhalten." Auf den Einwand eines Journalisten, die jugendlichen Demonstranten hätten mit Steinen geworfen, erklärte Ayna: "Ich habe soeben mitgeteilt, dass ein Jugendlicher von einem Panzer zerquetscht worden ist. Und sie sagen, die Jugendlichen hätten mit Steinen geworfen. Dazu muss man nichts weiter sagen" *(ANF, 15./16.2., ÖP, 19.2, ISKU)*

Koc in Wan beteiligten sich tausende Menschen . Im Anschluss an die Beerdigung in Diyarbakir griff die Polizei mit Tränengas und Wasserwerfern an, es kam zu Dutzenden Festnahmen. Zwei weitere Guerillakämpfer, deren Identität nicht festgestellt werden konnte, sind am Mittwoch in Bingöl in Anwesenheit von ca. 200 Personen beigesetzt worden. Die Särge waren mit gelb-rot-grünen Tüchern geschmückt. *(ANF, 17./20.2., DIHA, 18.2., ISKU)*

Quellen:

ANF	Firat Nachrichtenagentur
DIHA	Dicle Nachrichtenagentur
ÖP	Özgür Politika
jW	junge Welt

Termine:

Veranstaltung
Muß Hasankeyf dem Ilisu-Staudamm weichen?
Fachleute aus der Türkei und der Bundesrepublik Deutschland, Befürworter und Gegner, diskutieren die Folgen des Ilisustaudamms am Tigris.

Film:
Staudamm bedroht Kulturschätze von Hasankeyf, von *Michael Enger*, Arte, 2007, 22 min. (Der Journalist ist anwesend)
Einführung:
Ercan Ayboga, Wasserbauingenieur, Weimar und Dyiabakir
Podium:
Prof. Zeyneb Ahunbay, Leiterin des Fachgebiets Restauration der Architekturfakultät an der TU Istanbul, Klägerin vor dem Europäischen Menschenrechtsgerichtshof | *Abdulvahab Kusen*, Bürgermeister von Hasankeyf | *Dr. Hans-Joachim Henckel*, Ministerialrat im Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie, Projektleiter (angefr.) | *Dr. Hans Janus*, Euler Hermes Versicherungen
Moderation:
Prof. Dr. Ursula Neumann
Musikalische Umrahmung:
Daglara Ezgi (Saz)

Donnerstag, 28. Februar
Beginn: 18 Uhr
Eintritt: 5,– Euro
Museum für Völkerkunde Hamburg | Rothenbaumchaussee 64 | 20148 Hamburg

N û ç e
erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der
Informationsstelle Kurdistan
Schanzenstraße 117
20357 Hamburg
Tel.: 040 - 421 02 845
E-mail: isku@nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
Postbank Köln, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 3968-506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.isku.org

Nr. 350
29. Februar 2008

Nûçe



Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@nadir.org
www.isku.org

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

Bodenoperation dauert an

HPG: Operation entwickelt sich zur Katastrophe für türkische Armee

In einer ersten Erklärung zum Beginn der Bodenoperation erklärten die HPG , in den Gebieten Zap und Zagros seien Gefechten ausgebrochen, die noch andauerten.

Seit langer Zeit in den südkurdischen Gebieten Bamerni und Kanimasi stationierte türkische Panzer seien von der KDP und der Bevölkerung daran gehindert worden, die Stützpunkte zu verlassen. Die gesamte Bevölkerung Südkurdistans sei aufgerufen, auf diese Weise Widerstand zu leisten.

Weiterhin teilte das HPG-Hauptquartier mit, die undurchsichtige und inkonsequente Haltung der PUK zu den Operationen ermutige die Feinde des kurdischen Volkes.

Im Zap wurde ein Guerillafriedhof durch einen Bombenangriff vollkommen zerstört.

Die HPG riefen außerdem die kurdischen Jugendlichen in den Metropolen der Türkei zum Angriff auf. Am 22.2. erklärten die HPG, 22 Soldaten seien ums Leben gekommen, 14 verletzt worden. Die Leichname befänden sich noch am Ort des Gefechtes, die türkische Armee habe diese nicht geborgen. Den türkischen Truppen sei es im Zap lediglich gelungen, einen Kilometer weit auf südkurdisches Territorium vorzustoßen. Die Gefechte dauerten weiter an. In einer später abgegebenen Erklärung teilte Bahoz Erdal als Oberkommandierender des Hauptquartiers mit, bei den Gefechten seien zwei Guerillakämpfer gefallen.

Laut Dr. Bahoz Erdal sind bisher mindestens 81 Soldaten der türkischen Armee beim Versuch der Besatzung Südkurdistans ums Leben gekommen. Die Militäroperation sei eine einzige Katastrophe. Dutzende Soldaten seien auch aufgrund der winterlichen Bedingungen erfroren, Hunderte seien verletzt. Aufgrund des Widerstandes der Guerilla sei die Armee an mehreren Punkten gezwungen gewesen, ihre Angriffe einzustellen. Eine besondere Niederlage stelle auch der Abschuss eines Militärhubschraubers dar.

Brücken in Duhok von türkischen Kampfflugzeugen zerstört

In zwei Ortschaften nahe Duhok sind zwei Brücken durch die Bombardierung türkischer Kampfflugzeuge zerstört worden. Die Bevölkerung der Dörfer in den Gebieten Geliyê Resave, Geliyê Balinda, Çiyayê Metîna, Kurêjahro, Resave û Zilîgê, Kokerê, Hitîtê und Çemçiyê flüchtet zu Fuß Richtung Duhok.

(ANF, 21.-25.2., DIHA, 21.2, ISKU)

Einmarsch und kein Ausgang

Als Vorsitzender des Exekutivrates der KCK hat Murat Karayilan im kurdischen TV-Sender Roj TV die türkische Militärinvasion in Südkurdistan bewertet. Angesichts des Widerstandes der HPG wisse die türkische Armee trotz des Einsatzes modernster Kriegstechnik nicht, wie sie aus dem Süden wieder heraus kommen solle.

Nach dem Entstehen der quasiautonomen Region Südkurdistan und der Weiterentwicklung der kurdischen Befreiungsbewegung in Nordkurdistan sei der türkische Staat in Panik geraten und habe eine neue Strategie zur kurdischen Frage entwickelt. Demnach sollten die Kurden innerhalb der Türkei unterdrückt und gleichzeitig eine Stärkung der Kurden außerhalb der türkischen Grenzen verhindert werden. "Auf der Basis dieser Strategie haben die Angriffe begonnen. Es wird viel darüber geredet, ob das Ziel dieser Angriff nun die PKK sei oder nicht. Das Ziel sind sowohl die PKK als auch der Süden und die kurdischen Errungenschaften."

Im Rahmen der Operation im Süden strebe die türkische Armee an, zunächst die Gebiete Zap und Cemco zu erobern, dann in Haftanin und sogar Xakurke aktiv zu werden und somit eine Pufferzone zwischen Süd- und Nordkurdistan zu erschaffen, mit der die Möglichkeit entstehe, jederzeit im Süden zu intervenieren.

In militärischer Hinsicht, so Karayilan, müsse die türkische Armee vor der Einnahme des Zap zunächst die Gebiete Ciyaye Res und Sikefta Brindara erobern: "Aber bisher haben sie noch überhaupt kein Gebiet eingenommen. Sie sind bis Samke gekommen und führen zur Zeit einen Angriff nach dem anderen durch, um Sikefta Brindara einzunehmen. Dabei setzen sie alle möglichen Waffen ein, die modernste Technik. Aber innerhalb von fünf Tagen ist die türkische Armee höchstens zwei Kilometer weit gekommen. Man kann sagen, dass der Krieg immer noch an der Grenze stattfindet. In Samke haben sie einen Hügel eingenommen, an den anderen Orten haben sie nicht einmal eine Stelle eingenommen, an der sie bleiben könnten. In dieser Form läuft der Krieg momentan. Ihre Pläne sind nicht aufgegangen, jetzt wissen sie nicht weiter."

Die HPG habe den Angriff der türkischen Armee über pausenlose Offensiven brechen können. Insbesondere der Hubschrauberabschuss und Schläge gegen die Bodentruppen hätten dazu geführt, dass sie türkische Armee ihre Angriffe habe einstellen müssen. Offenbar wolle die Armee alle ihre an der Operation beteiligten Kräfte austauschen, so Karayilan: "Gestern haben sie alle Kräfte der vordersten Front ausgetauscht. Sie haben Verluste gehabt, die Moral liegt am Boden, und weil sie nicht vorwärts gekommen sind, wurden sie ausgetauscht. Eine große Anzahl Soldaten ist auch im Schnee erfroren. Es soll ungefähr 100 Verluste bei der türkischen Armee geben. Bis jetzt sind in diesem Krieg fünf Guerillakämpfer gefallen. Dann haben wir noch ein paar leicht Verletzte."

Die südkurdischen Kräfte rief Karayilan dazu auf, auf diplomatischem und politischem Gebiet eine eindeutigere Haltung einzunehmen. Die Uneinigkeit der südkurdischen Kräfte in ihrer politischen Haltung habe den türkischen Staat ermutigt. Die USA kritisierte Karayilan heftig: "Leider unterstützen sie das repressive Regime des türkischen Staates. Das ist das dritte Mal, dass sich die Kurden von den USA haben täuschen lassen. Für die USA sind die Südkurden in den Hintergrund getreten, sie unterstützen die neue Besatzungsmacht. Südkurdistan wird von der Türkei besetzt, und die USA stimmen dem zu. Auch früher schon haben die USA die Türkei gegen die PKK unterstützt, aber jetzt geht es nicht nur um die PKK, sondern um alle Kurden. Die USA machen es möglich, dass die Türkei alle Kurden in die Zange nimmt. Das sollten vor allem die Politiker Südkurdistans bedenken."

Weiter äußerte Murat Karayilan sein Bedauern über die Teilnahme von Dorfschützern an der Invasion: "Wir wollen nicht, dass Kurden ihre Waffen auf Kurden richten. Diese Situation stellt eine tiefe Wunde dar. Viele Dorfschützer haben Probleme gekriegt, weil sie sich geweigert haben, an der Operation teilzunehmen, einige wurden verhaftet. Wir rufen die Dorfschützer erneut dazu auf, sich nicht an diesem Krieg zu beteiligen. Der türkische Staat will damit die Kurden ausschalten, das kurdische Volk versklaven, ihm seinen Willen rauben. Sie sollten lieber ins Gefängnis gehen als in diesen Krieg."

(ANF, 27.2., ISKU)

Meldungen

60 Dorfschützer festgenommen

In Sirnak-Beytüssebap sind 60 Dorfschützer aufgrund ihrer Weigerung, sich an den laufenden Militäroperationen zu beteiligen, von Jandarma-Einheiten festgenommen worden. Die betroffenen Dorfschützer gehören zum Stamm Jirkî. *(ANF, 22.2., ISKU)*

Babacan: Kein politisches Paket zu erwarten

Auf einer Pressekonferenz in Ankara hat der türkisches Außenminister Ali Babacan erklärt, die grenzüberschreitende Bodenoperation werde solange andauern, bis das vor Beginn der Operation festgelegte Ziel erreicht sei. Ein "politisches Paket" sei im "Antiterrorkampf" nicht zu erwarten. Grenze, Dauer und Zweck der Operation seien eindeutig.

(ANF, 26.2., ISKU)

ORF-Studio in Graz besetzt

In Graz haben kurdische Jugendliche das Gebäude des ORF vorübergehend besetzt. Ein Gespräch mit einem Sprecher des Senders ergab die Zusage, künftig sensibler im Umgang mit Nachrichten zum Thema kurdische Frage zu sein. Die Aktivisten gaben danach eine Erklärung ab, in der sie gegen die grenzüberschreitende Militäroperation der türkischen Armee protestierten.

(ANF; 25.2., ISKU)

Irak fordert Türkei zum Rückzug auf

Die irakische Regierung hat die Türkei aufgefordert, ihre Militäreinheiten aus der Region Kurdistan zurückzuziehen. Der Angriff verletze die Souveränität des Irak und stelle eine Bedrohung der Stabilität in der Region dar.

(ANF, 24.2., ISKU)

US-Hubschrauber transportieren Verletzte

Zwei US-Hubschrauber haben verletzte Soldaten der türkischen Armee an den südkurdischen Grenzübertritt Halil Ibrahim gebracht.

Von dort wurden sie mit Krankenwagen nach Silopi in die Türkei gebracht.

(ANF, 24.2., ISKU)

Quellen:

ANF	Firat Nachrichtenagentur
DIHA	Dicle Nachrichtenagentur
ÖP	Özgür Politika

Widerstand gegen völkerrechtswidrigen Einmarsch

Massendemonstration in Amed
Organisiert von der DTP fand am Sonntag eine Massendemonstration in Amed/Diyarbakir unter der Beteiligung von zehntausenden Menschen statt. Angeführt wurde die Demonstration von Frauen der Initiative "Mütter für den Frieden", Abgeordneten und Bürgermeistern. Auf einem großen Transparent war der 16-jährige Yahya Menekse abgebildet, der bei den Protesten zum 15. Februar in Cizre von einem Panzer überrollt worden war.
Auf der Abschlusskundgebung im Stadtzentrum hielt die ehemalige DEP-Abgeordnete Leyla Zana eine Ansprache, in der sie die Militäroperation verurteilte und die Abschlusserklärung des "Kongress für eine demokratische Gesellschaft" verlas.
Im Anschluss an die Kundgebung setzte sich die Menschenmasse wieder in Bewegung. Aus der Demonstration heraus wurden Gebäude und Geschäfte der AKP mit Steinen beworfen, woraufhin die Polizei Tränengas einsetzte. Bis in die Abendstunden kam es in mehreren Stadtteilen zu Straßenschlachten mit den Sicherheitskräften.
Auch in Mus-Bulanik haben ca. 3000 Menschen gegen die Angriffe der türkischen Armee demonstriert. In Izmir, Istanbul und Amed wurden unterdessen weitere 18 Fahrzeuge, eine AKP-Zentrale sowie ein staatliches Gebäude in Brand gesetzt. Im südkurdischen Hewler fand eine Protestaktion von ca. 200 Studierenden statt.

DTP ruft zu Protesten auf
Die DTP-Vorsitzende Emine Ayna hat die kurdische Bevölkerung zu Protesten gegen die in Südkurdistan von der türkischen Armee gestarteten Bodenoperation aufgerufen: "Wir haben uns sehr bemüht, eine solche Operation und die daraus entstehenden negativen Entwicklungen zu verhindern. Diese Bodenoperation wird niemandem nützen. Aber die Kurden werden dazu nicht schweigen. Seit langer Zeit versuchen die Kurden, Gehör zu finden und deutlich zu machen, dass dieser Krieg nicht sein darf und niemand davon profitieren wird." Es handele sich um eine Operation gegen die kurdischen Forderungen nach Rechten und Freiheit, so Ayna: "Aber es geht nicht darum, gegen wen oder was sich diese Operation richtet. Selbst wenn dabei alle PKKler ums Leben kommen, wäre das keine Lösung. Es geht nicht um eine Lösung, sondern ums töten. Eine Lösung ist nicht durch sterben und töten möglich, sondern durch leben und leben lassen."
Auf einer Sitzung in Diyarbakir werde heute Nachmittag über mögliche Protestaktionen diskutiert werden, kündigte Ayna an: "Wir rufen unser Volk dazu auf, nicht zu schweigen."

Bevölkerung stoppt Panzer
Erneut ist das Ausrücken türkischer Panzer von in Südkurdistan liegenden Stützpunkten in Batufa und Bamerni von der Bevölkerung verhindert worden. Peschmerga-Einheiten verhinderten Auseinandersetzungen zwischen türkischen Militärs und Tausenden Menschen, die sich ihnen entgegenstellten. Die Panzer mussten zu ihren Einheiten zurückkehren.

Tausende protestieren in Istanbul gegen Bodenoperation
In Istanbul haben sich Tausende Menschen vor der DTP-Zentrale versammelt, um gegen die von der türkischen Armee begonnene Bodenoperation in Südkurdistan zu protestieren. In einem Redebeitrag erklärte Dursun Yildiz als stellvertretender Vorsitzender der Istanbuler DTP, die gemeinsam von Regierung und Opposition im Parlament beschlossene Genehmigung grenzüberschreitender Militäroperationen bedeute nicht nur für die Kurden, sondern für alle Menschen in der Türkei Leid.

Proteste, Straßenschlachten und Anschläge
Bei einem Polizeiangriff im Anschluss an eine Protestkundgebung gegen die türkische Militärinvasion sind in Van mehrere Menschen durch Schlagstöcke verletzt und Dutzende festgenommen worden. Fünf Verletzte, die die Polizei festnehmen wollte, konnten von den Demonstranten wieder befreit werden. Einige Verletzte wurden mit Krankenwagen ins Krankenhaus eingeliefert.
In Istanbul-Bahcelievler warf eine Gruppe einen Molotowcocktail in die DSP-Zentrale, schoss auf ein mit einer türkischen Fahne geschmücktes Fahrzeug und steckte zwei weitere Autos in Brand.
In Izmir-Asarlik wurde die AKP-Zentrale in Brand gesetzt. Bei einer anschließenden Straßenschlacht zwischen "Kurdistan wird das Grab des Faschismus sein" rufenden Demonstranten und der Polizei wurde ein Polizist leicht verletzt.

Proteste weiten sich aus
In Hewler in Südkurdistan haben am Mittwoch Tausende Personen gegen die Militärinvasion der türkischen Armee protestiert. Im von der PUK dominierten Süleymania wurde eine Demonstration verboten. In Dogubeyazit in Nordkurdistan beteiligten sich 20.000 Menschen an einer Demonstration, in deren Verlauf es zu Straßenschlachten mit den Sicherheitskräften kam. Mehrere Personen wurden verletzt, mindestens 20 festgenommen. In vielen Städten in der Türkei brannten erneut mehrere Fahrzeuge und AKP-Niederlassungen.

Proteste in Europa
In mehreren Städten Europas ist es am Wochenende zu kurdischen Protestaktionen gegen die Besatzungsoperation der türkischen Armee in Südkurdistan gekommen. In Hamburg fand eine Demonstration von ca. 1000 Personen statt, in München und Frankfurt gab es Kundgebungen. Im italienischen Milano beteiligten sich auch viele Italiener an einer Kundgebung. In Marseille demonstrierten ca. 3.000 Personen. Weitere Aktionen fanden in Paris, Den Haag und Amsterdam statt. *(ÖP, 25./26.2., ANF, 22.-27.2., ISKU)*

Termine:

Geplante Protestaktionen in Europa
In Europa lebende Kurden werden in den kommenden zwei Wochen mit verschiedenen Aktionen gegen den Besatzungsversuch der türkischen Armee in Südkurdistan protestieren.

28.2., Hannover:
Pressekonferenz und Panel Freizeitheim Linden, Windheimstr. 4
Teilnehmer:
- Anwälte von Hrant Dink, Istanbul
- Gisela Penteker, IPPNW
- Yek-Kom, Hannnover
- Attack, Hannover
- NGOs aus Hannover

29.2., Kiel:
Pressekonferenz und Panel im Landtag
Teilnehmer:
- Anwälte von Hrant Dink, Istanbul
- DTP Vertretung, Kiel
- Die Linke
- Yek-Kom, Kiel
- Attack, Kiel

29.2., Düsseldorf:
Kundgebung vor US-Konsulat

1.3., Dortmund:
Kundgebung

3.3., Duisburg, Essen, Dortmund:
Kundgebung

4.3. Essen, Dortmund, Bochum, Duisburg:
Informationsstände

4./5.3., Düsseldorf:
Mahnwache vor dem Landtag

27.2., London:
Kundgebung vor Premierministeramt

1.3., London:
Kundgebung vor BBC

2.3., 12 Uhr, London:
Demonstration

27.02., Brüssel: Kundgebung vor türkischem Konsulat

Demokratisches Autonomes Kurdistan

Bei der Veröffentlichung der Abschlusserklärung des "Kongress für eine demokratische Gesellschaft" teilte die ehemalige DEP-Abgeordnete Leyla Zana mit, der Kongress betrachte die Formel "Demokratisches Autonomes Kurdistan" als den realistischsten Lösungsweg für die kurdische Frage. Dabei habe der Kongress eine wichtige Mission übernommen. Alle Militäroperationen seien von dem Kongress scharf verurteilt worden: "Dagegen einen demokratischen Widerstand zu entwickeln, ist die wichtigste und ehrenhafteste Aufgabe von uns und unserem Volk."
Weiter kritisierte Zana die AKP: "Hauptverantwortlich für die Angriffe auf die Existenz und den Freiheitswillen unseres Volkes ist die AKP. Heute weiß unser Volk Bescheid über ihre trügerischen religiösen Äußerungen. Wir rufen die Wähler der AKP dazu auf, die falsche und für die Völker gefährliche Politik der AKP zu durchschauen und sie im ganzen Land zu isolieren." Weiter seien kurdische und türkische junge Männer dazu aufgerufen, sich das Recht auf Kriegsdienstverweigerung ins Bewusstsein zu rufen.
Alle Kurden, insbesondere auch die Kräfte im Süden, seien dazu aufgerufen, Widerstand zu leisten. Der Kongress habe die Operation in Südkurdistan als "Besatzung" bewertet und begrüße die Bevölkerung im Süden, die durch Menschenketten ein Ausfahren türkischer Panzer verhindert hätten.
Im Verweis auf die Situation Abdullah Öcalans erklärte Zana, die Herangehensweise an Öcalan entspreche der Herangehensweise an das kurdische Volk. Ansprechpartner für eine wirkliche Lösung der kurdischen Frage sei Öcalan, seine Anerkennung als solcher komme einer Anerkennung der Existenz des kurdischen Volkes gleich. *(ÖP, 26.2., ISKU)*

N û ç e
erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der
Informationsstelle Kurdistan
Schanzenstraße 117
20357 Hamburg
Tel.: 040 - 421 02 845
E-mail: isku@nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
Postbank Köln, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 3968-506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.isku.org

Nr. 351
7. März 2008

Nûçe


Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@nadir.org
www.isku.org

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

Türkische Armee muss sich nach großen Verlusten zurückziehen

Sieg der kurdischen Guerilla

Geschlagen hat die türkische Armee eine Woche nach ihrem Einmarsch in den Nordirak den Rückzug angetreten. Zahlreiche Militärfahrzeuge überquerten Freitag morgen die Grenze zur Türkei. Die von der Armeeführung verkündeten Ziele, die Präsenz der Arbeiterpartei Kurdistans PKK im Nordirak zu beenden und deren Führung auszuschalten, sind am Widerstand der Guerilla sowie dem Winterwetter gescheitert.
Am Morgen des 5.3. hat jedoch nach HPG-Angaben eine neue Bodenoperation im Zagros begonnen. An der Grenze zwischen der Türkei und dem Irak sind außerdem militärische Bewegungen zu verzeichnen. Tausende Soldaten sind in das Grenzgebiet bei Semdinli verlegt worden. Vom Militärflughafen in Diyarbakir sind außerdem wieder mehrere Kampfflugzeuge gestartet.

KCK: Niederlage der türkischen Armee

Der Exekutivrat der KCK hat in seiner ersten Bewertung über die türkische Militärinvasion nach deren Beendigung erklärt, die türkische Armee habe eine schwere Niederlage gegen die Guerilla erlitten. Dennoch seien noch umfassendere Angriffe nach wie vor auf der Tagesordnung.
"Die türkische Armee hat im Rahmen der am Morgen des 21. Februar begonnen Militärinvasion in die Meder-Verteidigungsgebiete über Angriffe von vier Seiten aus versucht anzugreifen. Von drei Seiten aus wurden der Zap und Cemco, wo sich das HPG-Hauptquartier befindet, angepeilt, ein vierter Arm sollte vom Basya-Tal aus weiterkommen. Aber diese Einheiten konnten an einigen Stellen nicht weiter als zwei Kilometer ins Landesinnere vordringen. Zwischen dem 21. und 27. Februar fanden heftige Gefechte mit den Volksverteidigungskräften statt. Bei den sieben Tage währenden Auseinandersetzungen, die Tag und Nacht in Form von gegenseitigen Angriffen auf verschiedenem Niveau stattfanden, wurden die Kräfte der türkischen Armee kontinuierlich durch eine intensive Bombardierung vom Boden und aus der Luft unterstützt. Dabei wurden modernste Technik und die am weitesten entwickelte Waffentechnologie dieses Zeitalters eingesetzt. Dennoch gelang es der türkischen Armee nicht, vorwärts zu kommen und aufgrund der Gefechte und der Wetterbedingungen erlitt sie schwere Verluste. Weiter hat die türkische Armee in dieser Zeit Luftangriffe auf verschiedene Gebiete durchgeführt, bei denen unsere Kräfte keinerlei Verluste erlitten. Die in den türkischen Medien erschienenen Meldungen über Bodenoperationen in Haftanin und Xakurke sind vollkommen frei erfunden.
Die beiden Brigaden an der vordersten Front, die angesichts des Widerstandes der Guerilla einen schweren Schlag und Schock erlitten, wurden am dritten Tag ausgewechselt. Die türkische Armee wollte mit neuen Kräften weitermarschieren. Dagegen unternahm die Guerilla in der Nacht vom 26. auf den 27. Februar einen umfassenden Angriff, der zu schweren Verlusten der Kräfte der türkischen Armee und einer Bewegungsunfähigkeit führte. Am Morgen des 28. Februar gab die türkische Armee den Angriff auf und zog ihre Kräfte eine Etappe zurück. Gleichzeitig unternahm die Guerilla einen Gegenschlag von zehn Seiten aus, woraufhin die Armee ihre Kräfte ganz aus dem Einflussgebiet der Guerilla abzog."
Dieser Angriff auf die Befreiungsbewegung Kurdistans und das kurdische Volk sei ein erster Schritt eines umfassenden Konzepts gewesen, so die KCK: "Wenn dieser erster Angriff auf das Hauptquartier der HPG Erfolg gehabt hätte, wären die bereitgestellten Truppen in Bewegung versetzt und die Gebiete Haftanin und Xakurke besetzt worden. Somit wäre der Plan, eine Pufferzone zu errichten, frühzeitig umgesetzt worden und die türkische Armee hätte gleich zu Beginn des Jahres 2008 an moralischer und strategischer Überlegenheit gegenüber der Guerilla gewonnen. Aber dem Kräfteungleichgewicht zum Trotz wurde Dank der Willensstärke, des Mutes, der Selbstlosigkeit und der kreativen taktischen Fähigkeit der Guerilla die türkische Armee in eine große Niederlage geführt."
Es handele sich möglicherweise um die härteste Niederlage, die die türkische Armee in dem 25 Jahre währenden Krieg erlitten habe, was für die Guerilla in Bezug auf Initiative und Moral den Vorteil großer Überlegenheit bedeute. "In diesem Sinne hat der große Erfolg der Guerilla trotz aller schwerer Bedingungen dem Plan des türkischen Staates, das Jahr 2008 zum Vernichtungsprozess für das kurdische Volk zu machen, einen ernsten Schlag versetzt."
Weiter heißt es in der Erklärung: "Der türkische Generalstab hat die schlimme Situation, in die seine Truppen geraten waren, frühzeitig erkannt und zunächst versucht, diese zu überwinden, indem er die psychisch angeschlagenen Kräfte ausgetauscht hat. Als er gesehen hat, dass dies keine Lösung ist und die neu eingesetzten Kräfte den gleichen Weg gehen, hat er sofort den Rückzug beschlossen. Es handelt sich also nicht, wie in einigen Medien dargestellt wurde, um einen Beschluss auf Druck von außen, sondern mehr um etwas, das die militärische Logik erforderte. Das bedeutet allerdings nicht, dass die türkische Armee von ihren Kriegsplänen absieht. Wahrscheinlich werde sie versuchen, von neuem mit anderen Taktiken Offensiven zu starten. Es kann sogar sein, dass sie diese Niederlage und den Rückzug in ein taktisches Täuschungsmanöver verwandeln und das Vakuum zu füllen versuchen, indem sie ihre nach wie vor bereit stehenden Kräfte sofort vom Boden aus die Gebiete Haftanin und Xakurke angreifen lassen und gegen die gesamten Meder-Verteidigungsgebiete Luftangriffe durchführen. Aber was auch immer die türkische Armee künftig unternehmen wird, die Niederlage vom Zap wird sie lange Zeit nicht überwinden können."
Bei den Gefechten seien insgesamt neun Guerillakämpfer gefallen, so die KCK. Da die Gefahr aber noch nicht überwunden sei, müssten die Protestaktionen in Kurdistan und im Ausland den gesamten März über weiterlaufen. "Um nicht immer erst in Bewegung zu treten, wenn die Angriffe begonnen haben, sondern um sie bereits jetzt zu verhindern, müssen Aktivitäten stattfinden, mit denen der Protest zum Ausdruck gebracht und die Öffentlichkeit sensibilisiert wird."

Zerstrittene Kriegskoalition

Der für die türkische Öffentlichkeit völlig unerwartet erfolgte Rückzug aus dem Nordirak hat nun für heftige politische Turbulenzen in Ankara gesorgt. Bereits seit Tagen liefert sich die nationalistische Opposition einen Schlagabtausch mit Regierung und Militär über die Hintergründe. Während Generalstabschef Yasar Büyükanit noch am Montag behauptete, die Räumung des Nordirak sei von langer Hand geplant gewesen und "nach Erfüllung sämtlicher Missionsziele" erfolgt, wirft die Opposition dem Militär inzwischen vor, geradezu "fluchtartig" und auf Befehl aus Washington den Rückzug angetreten zu haben.
(ANF, 1./3.3., jW, 1./6.3., ISKU)

Meldungen

Kein Besuch bei Öcalan

Nachdem in der vergangenen Woche ein Besuch seiner Verteidiger und seines Bruders bei Abdullah Öcalan stattfinden konnte, wurden am Mittwoch die Anwälte von der Gendarmerie in Gemlik zurückgewiesen. Die Begründung lautete wieder einmal, das Schiff sei defekt. *(DIHA, 5.3, ISKU)*

CPT veröffentlicht Öcalan-Bericht

Das Antifolterkomitee des Europarats (CPT) hat den Bericht über seine im März vergangenen Jahres angestellten Untersuchungen auf der Gefängnisinsel Imrali veröffentlicht. Darin wird deutliche Kritik an den Haftbedingungen Abdullah Öcalans laut, insbesondere zu Fragen, die die gesundheitliche Situation und die Isolation betreffen. Am Ende des Bericht stellt das CPT fest: „Unter keinen Umständen kann es eine Rechtfertigung dafür geben, einen Gefangenen unter solchen Isolationsbedingungen für achteinhalb Jahre festzuhalten." Der vollständige Bericht ist (in englischer Sprache) auf der Webeseite des CPT veröffentlicht: *www.cpt.coe.int* *(ISKU)*

"Herr Öcalan"-Krise

Die sich in der Türkei vertiefende Krise um den Begriff "Herr" im Zusammenhang mit Abdullah Öcalan nimmt tragisch-komische Züge an. Zuletzt wurde vom Justizministerium ein Ermittlungsverfahren gegen 28 Verteidiger Öcalans angestrengt, weil diese in den Besuchsanträgen den Begriff "Herr" verwendet haben. Die Anwälte haben jetzt zehn Tage Zeit, Stellung zu nehmen.
(ANF, 1.3., ISKU)

'Edi bese'-Alarm bei der Polizei

Während die Protestaktivitäten gegen den Besatzungsversuch Südkurdistans durch die türkische Armee andauern, bereitet sich die Polizei auf strenge Sicherheitsvorkehrungen im Vorfeld von Newroz vor und macht sich Gedanken über die Ausbreitung der laufenden Massendemonstrationen und der brennenden Autos in den Städten. Zu diesem Zweck fand in Antalya eine Sitzung der Chefs der Antiterrorpolizei aus 36 "kritischen" Städten und Provinzen wie Ankara, Istanbul, Izmir, Adana, Antalya, Mersin, Konya sowie Diyarbakir, Batman, Wan, Sirnak, Hakkâri und Dersim statt. Diskutiert wurde dabei die zu erwartende Ausbreitung der Aktivitäten. Diese würden von der DTP gesteuert, weshalb auch Maßnahmen gegen die Partei erörtert wurden. Ein weiteres

Tausende Frauen leiten 8. März ein

In Urfa-Suruc haben tausende Frauen aus allen Teilen der Türkei und Kurdistans aus Anlass des internationalen Frauentags am 8. März unter dem Motto "Schluss mit Krieg, Gewalt, Identitätslosigkeit, wir sagen edi bes e - es reicht!" demonstriert. An der Kundgebung nahmen auch die DTP-Vorsitzende Emine Ayna, als Verteidigerin von Abdullah Öcalan Rechtsanwältin Hatice Korkut sowie die SDP-Vorsitzende Filiz Kocali teil.

Während die Frauen unter Parolenrufen auf den Beginn der Demonstration warteten, wollten wie an jedem 8. März wieder Männer auf den Platz kommen. Als sie sich den Frauen näherten, protestierten diese. Über Lautsprecher wurde mehrmals die Ansage wiederholt, dass Männer sich vom Kundgebungsort fernzuhalten hätten. Trotzdem ließen sie sich nicht vertreiben, versuchten mit Parolenrufen auf ihre eigene Art, ein Beispiel an Solidarität mit Frauen zu geben und liefen schließlich im hinteren Teil des Demonstrationszuges mit. Die Demonstration wurde von türkischer, kurdischer und armenischer Musik begleitet.

Chinesische 8.-März-Plakate in Amed

Als Reaktion auf die ständige Strafverfolgung wegen kurdischsprachiger Ankündigungen und Einladungen hat die Bezirksverwaltung von Yenisehir in Diyarbakir neben türkischen und kurdischen Plakaten zum 8. März auch welche auf chinesisch drucken lassen. Der stellvertretende Bezirksbürgermeister Sefik Türk erklärte dazu: "Diyarbakir ist eine Metropole, die von Touristen aus verschiedenen Ländern der Welt besucht wird. Insofern ist es nur natürlich, Ankündigungen in verschiedenen Sprachen zu veröffentlichen. Aber bekanntermaßen sind gegen unsere Verwaltungen aufgrund von kurdischsprachigen Ankündigungen zu besonderen Tagen Ermittlungsverfahren eingeleitet worden. Als Reaktion darauf haben wir jetzt verschiedene Sprachen benutzt. Heute ist es chinesisch, morgen kann es auch japanisch oder eine andere Sprache sein. Wichtig ist es lediglich, die Inhalte zur Sprache zu bringen. Dann kann jeder sie in der Sprache lesen, die er will."

Auch die für Newroz geplanten Plakate werden mit kurdisch, türkisch und chinesisch dreisprachig sein.

(ANF, ÖP, 3./4.3., ISKU)

Weltweite Anti-Kriegs-Proteste

KurdInnen in Kurdistan und der Türkei haben am Wochenende erneut Protestaktionen gegen die türkische Invasion durchgeführt. Die staatlichen Kräfte, die offenbar die Niederlage der türkischen Armee nicht verkraften konnten, griffen die TeilnehmerInn in mehreren Städten an. Eine Vielzahl von Menschen wurde festgenommen.

In Amed/Diyarbakir protestierten Tausende in weißen Leichentüchern gegen den Krieg, in Agri, Batman, Istanbul und Mersin demonstrierten Zehntausende zu den Parolen "Mörder Erdogan - Heuchler Erdogan", "Wir leben für den Krieg - wir sterben für den Frieden", "Stoppt den Krieg", "PKK ist das Volk und das Volk ist hier", "Sterben und töten sind keine Lösung, die Lösung lautet leben und leben lassen" und "Edi bes e".

Auch in Bonn, Dortmund, Freiburg, Frankfurt, Kassel, Leipzig, Mannheim, Münster, München, Saarbrücken, Stuttgart, Ulm Zürich, Paris, Rennes, Toulouse, Bordeaux, Grenoble, Den Haag, London, Athen und San Francisco gingen erneut KurdInnen auf die Straßen und forderten eine friedliche Lösung der kurdischen Frage. Vielfach wurde auch der Erfolg der kurdischen Guerilla gefeiert.

Frauen protestieren in Kandil

Knapp 100 Frauen haben mit einer Kundgebung in Kandil gegen die Militäroperation der türkischen Armee protestiert. Im Namen der Frauen aus vier Dörfern wurde eine Erklärung verlesen: "Wir als Frauen aus Kandil, die am meisten unter den Luftangriffen der türkischen Armee leiden mussten, rufen alle kurdischen Frauen und die internationale Öffentlichkeit zum Kampf gegen die türkische Besatzung auf. Bei diesen Angriffen ist unsere Freundin Ayse Ibrahim ums Leben gekommen, Suzan Mesir verlor ihre Beine. Familien wurden auseinander gerissen und zur Flucht gezwungen, das größte Leid dabei erleben wieder Frauen."

15.000 auf Kundgebung in Yüksekova

Nachdem eine von der DTP organisierte Demonstration gegen die türkische Bodenoperation von der Polizei nicht genehmigt worden war, haben ca. 15.000 Menschen stattdessen mit einer Kundgebung ihren Protest zum Ausdruck gebracht. In einem Redebeitrag erklärte der parteiunabhängige Abgeordnete Hamit Geylani: "In 25 Jahren sind 25 grenzüberschreitende Militäroperationen durchgeführt worden und haben nichts gebracht. In einem schmutzigen Krieg sind Tausende unserer Menschen getötet worden, und wieder kam kein Ergebnis dabei raus. Ihre schmutzige Rechnung ist aus dem Zap zurückgekommen. Militäroperationen sind nicht die Lösung der kurdischen Frage, die Lösung lautet Anerkennung der kurdischen Realität. Die kurdische Realität ist die PKK. Wir wollen keine Schüsse und Explosionen mehr hören, wir wollen endlich Frieden und Geschwisterlichkeit." *(ÖP/ANF, 3./5.3., ISKU)*

Menschenrechtler Kizgin verhaftet

Aufgrund eines Berichts, den der ehemalige Vorsitzende der IHD-Zweigstelle in Bingöl, Ridvan Kizgin zur Ermordung von fünf Zivilisten vor fünf Jahren im Dorf Yumakli veröffentlicht hatte, musste er nun ins Gefängnis. Bis heute wurden mindestens 107 Ermittlungsverfahren gegen ihn eingeleitet, in 67 Fällen davon kam es zum Prozess. Bei seiner Verabschiedung ins Gefängnis erklärte er: "Ich habe meinen Kindern nicht das geringste Vermögen vermacht. Aber ich habe ihm etwas hinterlassen, was man mit keinem Geld der Welt kaufen kann: Ein würdevolles Leben mit aufrechtem Gang. Somit habe ich ihnen eine Vergangenheit hinterlassen, für die sie sich nicht schämen müssen, und jetzt gehe ich los, ohne zu flüchten, um diesen Kampf fortzusetzen."

Kizgin, der 1953 in Diyarbakir-Lice zur Welt kam, wurde erstmals 1977 festgenommen. Vor Gericht wurde er gefragt, ob er Kurde oder Türke sei. "Ich dachte, wenn ich ‚Kurde' sage, werde ich verhaftet. Also habe ich den Kopf gesenkt und gesagt: ‚Ich bin Türke.' Diesen Moment habe ich nie vergessen. Es war ein Vorfall, der mich später immer in meinem Kampf für Menschenrechte und Demokratie vorangetrieben hat." Es folgten unzählige weitere Festnahmen.

(DIHA, 3.3., ISKU)

Minister lügt zu Waldbränden

Auf eine parlamentarische Anfrage, wie viel Hektar Wald bis heute "aus Sicherheitsgründen" niedergebrannt wurden, ob als Ersatz Neupflanzungen geplant seien oder solche stattgefunden hätten und falls ja, wo dies der Fall sei und welche Maßnahmen das Ministerium gegen das militärische angeordnete Niederbrennen von Wälder getroffen habe, begnügte sich der türkische Umweltminister Eroglu mit einer kurzen Antwort: "Es gibt keine Wälder in den Regionen Osten und Südosten, die aus Sicherheitsgründen niedergebrannt wurden."

(ANF, 3.3, ISKU)

Thema waren Schutzmaßnahmen für Gebäude der AKP und der MHP sowie öffentlicher Einrichtungen. *(ANF, 3.3., ISKU)*

Verhaftungswelle in der Türkei

In Amed, Wan, Siirt und Dogubeyazit sind 33 Personen, die gegen die Invasion der türkischen Armee protestiert hatten, verhaftet worden. In Adiyaman wurden drei Personen verhaftet, denen vorgeworfen wird, ein Auto angezündet zu haben. In Bingöl wurden zwei Personen wegen "Werbung für eine terroristische Organisation" verhaftet, in Cizre zehn Personen, die nach den Protesten am 15. Februar festgenommen worden waren. Somit sind innerhalb von zwei Tagen 48 Personen verhaftet worden. *(ANF, 1.3., ISKU)*

Israelische Flugzeuge gegen PKK

Gegenüber Journalisten gab der türkische Botschafter in Israel, Namik Tan, den Einsatz von unbemannten israelischen Flugzeugen bei Angriffen gegen die PKK-Guerilla zu. Die Türkei habe ein solches Flugzeug für den "Antiterrorkampf" von Israel gemietet. "Israel hat uns auch politische Unterstützung zukommen lassen und uns ein Verteidigungssystem verkauft, das wir brauchten."

(ANF, 4.3., ISKU)

DTP zu Talabanis Ankara-Besuch

Scharf hat der DTP-Vizefraktionsvorsitzende Selahattin Demirtas auf den für Freitag vorgesehenen Besuch des irakischen Staatspräsidenten Celal Talabani in Ankara reagiert. "Einziger Zweck dieses Besuches ist das Reden über seine eigenen Interessen und die Gewinne, die sich daraus ergeben haben, dass er bei der türkischen Invasion ein Auge zugedrückt hat. Und ich bin mir sicher, dass es sich bei diesen Interessen um die von Talabani selbst handelt und nicht um die des kurdischen Volkes. Wir bewerten den Ankara-Besuch Talabanis in dieser Zeit als entwürdigend für das kurdische Volk."

(ANF, 5.3., ISKU)

Quellen:

ANF	Firat Nachrichtenagentur
DIHA	Dicle Nachrichtenagentur
ÖP	Özgür Politika
jW	junge Welt

N û ç e

erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der
Informationsstelle Kurdistan
Schanzenstraße 117
20357 Hamburg
Tel.: 040 - 421 02 845
E-mail: isku@nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
Postbank Köln, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 3968-506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.isku.org

Nr. 352
14. März 2008

Nûçe



Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@nadir.org
www.isku.org

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

Durchsuchungen gegen ISKU

Am Morgen des 13. März 2008 drangen Polizeibeamte in die Büroräume der Informationsstelle Kurdistan e.V. in Hamburg sowie in eine Privatwohnung in Berlin ein. Das Amtsgericht Hamburg in Person von Richter Dr. Szebrowski verdächtigt "unbekannte Täter", gegen das Vereinsgesetz verstoßen zu haben, in dem auf den Webseiten der ISKU "positiv über die ´kurdische Freiheitsbewegung´ berichtet" wird. Als Beleg dafür wird im Durchsuchungsbeschluß genannt, dass auf den "tatgegenständlichen Internetseiten" Bildnisse von Abdullah Öcalan, Embleme der kurdischen Organisationen KADEK und Kongra-Gel, das Parteistatut des Kongra-Gel sowie der Aufruf, die Klage gegen die Aufnahme des Kongra-Gel auf die "EU-Terrorliste" zu unterstützen, zu finden seien. Auch die Veröffentlichung einer Unterschriftenliste mit dem Titel "Kurden fordern Gerechtigkeit, PKK von der Terrorliste streichen!" dient laut Richter Szebrowski dazu, den Kongra-Gel "als friedlich und demokratisch (anzupreisen)" und sei strafbar als Vergehen "gemäß §20 Abs.1 Ziffer 4, 18 Satz 2 Vereinsgesetz".
Bei der Durchsuchung in Berlin wurden Computer, sämtliche Datenträger sowie schriftliche Unterlagen beschlagnahmt, in Hamburg kopierten die Beamten die Festplatten der dortigen Computer. *(ISKU)*

KCK-Erklärung zum CPT-Bericht

KCK und Kongra Gel haben eine Erklärung zu dem vergangene Woche vom Europäischen Antifolterkomitee CPT veröffentlichten Öcalan-Bericht abgegeben. Dieser sei an einigen Stellen zwar unzureichend, allerdings seien die Feststellungen und Vorschläge zum Thema Isolationshaft wichtig.
In der Erklärung wird noch mal darauf hingewiesen, dass der Besuch des CPT auf Imrali bereits am 19.-22. Mai 2007 stattfand, der Bericht aber erst am 6. März 2008 veröffentlicht wurde, nachdem die türkische Regierung ihre Zustimmung gegeben hatte. Sowohl der verzögerte Zeitpunkt des Besuchs als auch der Veröffentlichung seien "nicht normal", so die Erklärung. "Wir denken, dass das CPT die Gründe für diese Verspätung und die Schwierigkeiten, die die türkische Regierung dabei verursacht hat, veröffentlichen sollte."
Aufgrund des Umfangs und der wissenschaftlichen Details des Berichtes sei eine genaue Bewertung erst nach der Einbeziehung von Experten möglich, so KCK und Kongra Gel. Wichtig sei allerdings, dass auch das CPT eine Anhäufung von Schwermetallen festgestellt habe. In dem CPT-Bericht fehle eine Erklärung dafür. Die Forderung des CPT, alle drei Monate weitere Untersuchungen anzustellen, weise darauf hin, dass die Gefahr für Abdullah Öcalan weiter bestehe. Bedenklich sei weiterhin, dass keine Blut- und Urinproben entnommen worden seien, dass trotz einer unbestimmten Diagnose im rechten Lungenflügel keine Röntgenaufnahmen gemacht worden seien, die Ursache für die Krankheit im Hals-Nasen-Ohren-Bereich nicht ausreichend untersucht worden sei und keine Proben der Wandfarbe in der Zelle Öcalans entnommen worden seien, obwohl festgestellt worden sei, dass der Raum alle sechs Monate neu gestrichen werde.
Als wichtig werden in der Erklärung die Forderungen des CPT bezeichnet, die verschiedene medizinische Maßnahmen sowie Änderungen an den Haftbedingungen umfassen. Allerdings sei auch keiner der Vorschläge der CPT-Berichte aus den Jahren 1999, 2001 und 2003 umgesetzt worden. Der Europarat sei deshalb aufgefordert, seiner Verantwortung gerecht zu werden und entsprechende Sanktionen gegen die Türkei zu erlassen. *(ANF, 10.3., ISKU)*

Demonstrationen zum 8. März

Der diesjährige internationale Frauentag 8. März in Kurdistan und der Türkei richtete sich gegen Patriarchat, Krieg und jede Form von Gewalt. Die Beteiligung an den Demonstrationen und Kundgebungen war größer als in den vergangenen Jahren. Die größte Aktion fand in Amed statt, wo 20.000 Frauen demonstrierten. In Sirnak und Mus kamen jeweils 10.000 Frauen zusammen. Weitere Massendemonstrationen fanden in Mardin, Batman, Hakkari, Dersim, Agri, Siirt und Igdir statt.
Auf der Abschlusskundgebung in Amed hielt Leyla Zana einen Redebeitrag, in dem sie darauf aufmerksam machte, dass ein gesellschaftlicher Frieden nicht möglich sei, solange in den Familien kein Friede herrsche. Im Verweis auf die kurz vor dem 8. März stattgefundene Ermordung einer 17-jährigen Frau in Batman, die sich der Zwangsverheiratung mit ihrem Cousin verweigert hatte, erklärte Zana, nichts könne eine größere Ehrlosigkeit darstellen: "Ehre ist nicht der Körper einer Frau. Ich wende mich an die kurdischen Männer: Ermordet keine Frauen, überwindet dieses Barbarentum!"
In den türkischen Metropolen stand bei den 8.-März-Aktionen vor allem der gemeinsame Kampf gegen Militarismus und Sexismus im Vordergrund. Mit Parolen wurde auch gegen Ministerpräsident Erdogan protestiert, der anlässlich des Weltfrauentages von sich gegeben hatte, jede Frau in der Türkei solle mindestens drei Kinder gebären.
Auch in europäischen Metropolen fanden von kurdischen Frauen organisierte Demonstrationen statt, die größte davon mit knapp 2000 Frauen in Düsseldorf. *(ÖP, 10.3., ISKU)*

Verbot der DTP gefordert

Die Generalstaatsanwaltschaft beantragt am türkischen Obersten Gericht ein Verbot der Partei der Demokratischen Gesellschaft. Als Begründung führt die Generalstaatsanwaltschaft an, die Demokratische Gesellschaft (DTP) sei der verlängerte Arm der verbotenen Kurdischen Arbeiterpartei (PKK). Nach Angaben der türkischen Tageszeitung «Hürriyet» vom Dienstag heißt es im Begehren der Generalstaatsanwaltschaft weiter, die DTP unterstütze den gewalttätigen Widerstand. Ebenso folge sie Anordnungen des zu lebenslanger Haft verurteilten PKK-Führers Abdullah Öcalan. Die Generalstaatsanwaltschaft fordere zudem ein fünfjähriges politisches Betätigungsverbot für acht DTP-Abgeordnete und eine größere Zahl von DTP-Lokalpolitikern. Die DTP ist derzeit mit 20 Abgeordneten im türkischen Parlament vertreten. Ihre Vorgängerparteien waren ebenfalls verboten worden.

Meldungen

Anwaltsbesuch bei Öcalan
Die Anwälte Abdullah Öcalans konnten ihren Mandanten am Mittwoch für eine Stunde besuchen. *(DIHA, 12.3., ISKU)*

BKA sucht kurdischsprachige Mitarbeiter
Das Bundeskriminalamt (BKA) sucht türkisch- und kurdischsprachige Mitarbeiter zwecks besserer Überwachung. Das geht aus Briefen hervor, die das BKA an türkische Institutionen wie den mit dem türkischen Staat zusammenarbeitenden Verein türkisch-europäischer Unternehmer verschickt hat. Als Bedingung wird ein Studium der Turkologie oder der Politikwissenschaft vorausgesetzt. Es handele sich um eine Beamtenstelle, die im ersten Jahr mit 2800 Euro vergütet werde. *(ANF, 12.3., ISKU)*

Gericht verhängt Verbot gegen kurdische Parole
Die auf Kundgebungen der DTP in den letzten Monaten häufig auftauchende Parole "Edi Bese" ("Es reicht") wurde vom 4. Großen Strafgericht Van als eine Parole der PKK eingestuft, mit der zu einer zivilen Revolte aufgerufen werden solle. Das Gericht ordnete an, dass die Parole in Flugblättern und Aufrufen nicht mehr verwendet werden darf. *(Za, 6.3., ISKU)*

Zu Newroz "Ya basta"
Im Verlauf der Vorbereitungen auf das Newroz-Fest am 21. März in Diyarbakir, an dem jedes Jahr Hunderttausende Menschen teilnehmen, sind die Ankündigungsplakate erschienen. Anstelle der gerichtlich verbotenen kurdischen Parole "Êdî bes e" - "Es reicht" lauten die Aufschriften "Hini bes" (zaza), "Ya basta" und "Enough is enough". Als Künstler treten dieses Jahr in Diyarbakir u. a. Car Newa, Ali Asker und Koma Rewsen auf. *(ANF, 12.3., ISKU)*

Verhaftungswelle reißt nicht ab
Die Verhaftungswelle in der Türkei reißt nicht ab. In Kiziltepe, Mardin und Ercis sind 32 Personen, die gegen die Repression und die Militäroperationen des türkischen Staates protestiert hatten, verhaftet worden. In Hakkari wurden drei vom Iran ausgelieferte Personen als mutmaßliche HPG-Kämpfer sowie in Erzurum ein DTP-Mitglied wegen Parolenrufen verhaftet. *(ÖP, 10.3., ISKU)*

Brief von 33 dänischen Bürgermeistern an Erdogan
Als Reaktion auf den Prozess gegen die 56 DTP-Bürgermeister, die sich in einem Brief an den däni-

Herzlich Willkommen, "O"!

Die Kurdisch-Phobie des türkischen Staates nimmt manchmal tragikomische Züge an. Hatte der Staat bisher nur die im kurdischen Alphabet vorkommenden Buchstaben X, Q und W verboten, so hat dieses Jahr ein eifriger Gouverneur in Osmaniye auch gleich das O mit eingeschlossen. Dies geht aus einer Antwort auf einen Genehmigungsantrags des lokalen Newroz-Vorbereitungskomitees für die Feier hervor, in der das Gouverneursamt zur Entfernung der Buchstaben O und W aus dem Wort "Newroz" auffordert. Weiterhin untersagt wurden die Parolen "Newroz bedeutet Frieden und Geschwisterlichkeit" sowie "Eine Stimme für den Frieden – gegenseitiger Waffenstillstand".

Das Verbot des Wortes "Newroz", das juristisch auf dem im Parteiengesetz festgelegten Verbots des Gebrauchs anderer Sprachen als Türkisch beruht, wird verstärkt seit 2006 für Verbote aller Feiern, die mit dem Namen "Newroz" stattfinden sollen, herangezogen. Dabei waren es 2006 in Osmaniye der Polizeichef, in Dersim der Gouverneur und in Istanbul ein Amtsgericht, die die Verbote aussprachen.

In Kars kam das "W-Verbot" vor Gericht, nachdem ein Staatsanwalt die Beschlagnahmung von Tausenden Einladungskarten mit dem Wort "Newroz" angeordnet hatte. Das zuständige Gericht hob die Entscheidung mit der Begründung wieder auf, dass lediglich das Wort noch nicht unter das Verbot einer anderen Sprache als Türkisch falle. Diese Freiheit für das W dauerte allerdings nur einen Tag an, dann legte der Gouverneur von Kars Widerspruch ein und es wurde das Wort "Nevroz" genehmigt.

In Dersim wurden unterdessen Politiker freigesprochen, die wegen der Verwendung des Buchstabens W auf Flugblättern zu Newroz im vergangenen Jahr angeklagt waren. Das Gericht befand, dies sei kein Strafbestand. Rechtsanwalt Baris Yildirim machte darauf aufmerksam, dass auch die Verwendung des Wortes "Washington" keinen Strafbestand darstelle.

Wegen des Gebrauchs der kurdischen Sprache werden nach wie vor unzählige Politiker in der Türkei strafrechtlich verfolgt.

(ÖP/DIHA, 11./12.3., ISKU)

Gespräche zwischen DTP und Gül

Die DTP-Abgeordneten Ahmet Türk, Fatma Kurtalan und Selahattin Demirtas sind am Dienstag mit dem türkischen Staatspräsidenten Abdullah Gül zu einem Gespräch zusammengekommen, um über eine demokratische Lösung der kurdischen Frage zu sprechen. Die DTP forderte dabei Gül auf, die von dem ehemaligen [unter ungeklärten Umständen ums Leben gekommenen] Staatspräsidenten Turgut Özal übernommene Rolle für eine Lösung der kurdischen Frage zu übernehmen.

Im Anschluss an das einstündige Gespräch gab Ahmet Türk eine kurze Erklärung ab. Man habe über "eine Lösung der bestehenden Probleme und Handlungsmöglichkeiten für eine Demokratisierung" gesprochen. "Das war der Zweck unseres Gesprächs. Es hat ein Meinungsaustausch darüber stattgefunden, wie wir eine demokratische Basis für eine Lösung der kurdischen Frage herstellen können." Die DTP-Abgeordneten hätten dabei zur Sprache gebracht, dass "Bedarf zum Dialog besteht", und was sie zum "Beginn eines gewaltlosen Prozesses beitragen" könnten.

Selahattin Demirtas erklärte zu dem zuvor stattgefundenen Gespräch mit dem Parlamentspräsidenten Köksal Toptal sowie zu dem mit Gül: "Wir versuchen zu zeigen, dass es in diesem Land kein Problem gibt, über das man nicht reden könnte. Es reicht schon aus, dass die Absicht für eine Lösung deutlich wird. Für uns ist es sehr wichtig, unsere bestehenden Probleme direkt an die obersten Regierenden des Staates zu übermitteln und dass sie uns zuhören."

Staatspräsident Gül traf unmittelbar vor dem Gespräch mit den DTP-Abgeordneten mit Cemil Cicek, der Vorsitzender des höchsten Antiterrorausschusses der Türkei ist, zusammen. Ministerpräsident Erdogan hat immer noch nicht auf die Terminanfrage der DTP reagiert.

(ANF, 11.3., ISKU)

Ilisu-Staudamm auf der Kippe

Die Finanzierung des Ilisu-Staudamms in der Osttürkei durch die Oesterreichische Kontrollbank (OeKB) wackelt offenbar. Die Türkei sei bei der Erfüllung von Bedingungen "mit sehr Vielem in Verzug", sagte OeKB-Vorstandsdirektor Rudolf Scholten am Donnerstag imw Klub der Wirtschaftspublizisten. Daher sei die Finanzierung des Projektes durch die OeKB und ihre deutschen und Schweizer Partner "an einem kritischen Punkt" angekommen. In der Osterwoche werde es in Ankara Gespräche mit der türkischen Seite geben, ob die bisherigen Versäumnisse nun rasch aufgeholt werden können oder nicht. Auf dieser Basis werde es "im Laufe des April" Klarheit geben, ob die Finanzierung der OeKB gemeinsam mit Euler Hermes (Deutschland) und SERV (Schweiz) verwirklicht werde, sagte Scholten. Die von den Finanzierern genannten rund 150 Bedingungen seien aber eine "Mindestlatte", es gebe "keinen Spielraum für Kompromisse".

Auch Umweltorganisationen sprechen in einer Aussendung von einer "überraschenden Wendung". Internationale Experten seien im Zuge einer Prüfung zu eindeutigen und offenbar dermaßen klaren Ergebnissen gekommen, dass sie nun das gesamte Projekt als "ernsthaft gefährdet" einstuften. Der OeKB werfen WWF, Global 2000 und ECA-Watch eine "enorme Verharmlosung" vor. Sie wollen kommende Woche Details aus dem Bericht präsentieren.

(APA, 13.3., ISKU)

Ankara will investieren

Die türkische Regierung will in den nächsten fünf Jahren bis zu zwölf Milliarden Dollar (etwa 7,8 Milliarden Euro) in den wirtschaftlichen Aufbau der verarmten Kurdengebiete im Südosten des Landes investieren. Das Geld werde in den Bau von Staudämmen und Wasserleitungen, den Straßenbau und die Räumung von Landminen gesteckt, sagte Ministerpräsident Erdogan der "New York Times" vom Mittwoch. Zudem kündigte Erdogan die Gründung eines staatlichen Fernsehsenders an, der in kurdischer Sprache sowie in Arabisch und Persisch senden soll. Die angestrebten wirtschaftlichen und kulturellen Verbesserungen sollten dazu beitragen, die Unterstützung für die verbotene Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) zu schwächen, sagte der Ministerpräsident.

Bei einer einwöchigen Militärintervention im Nordirak hatte die Türkei im Februar Stützpunkte und Nachschubwege der PKK im Nachbarland angegriffen. Der Kampf gegen den Terror der PKK habe aber nicht nur eine militärische Seite, sondern auch "einen sozio-ökonomischen Teil, einen psychologischen Teil, einen kulturellen Teil", sagte Erdogan. Die neue Fernsehstation, die in den nächsten Monaten auf Sendung gehen soll, sei "der wichtigste Schritt für kulturelle Rechte in der Region".

(APA, 12.3., ISKU)

schen Ministerpräsidenten Rasmussen gegen die Schließung des kurdischen TV-Kanals Roj TV ausgesprochen hatten, haben 33 dänische Bürgermeister in einem Brief an den türkischen Ministerpräsidenten Erdogan die Einstellung des Strafverfahrens gegen ihre kurdischen Amtskollegen gefordert. In dem Brief wird darauf aufmerksam gemacht, dass es sich um einen Fall der Meinungsfreiheit handele und Prozesse dieser Art in einer demokratischen Gesellschaft nichts zu suchen hätten. *(ANF, 10.3., ISKU)*

HPG: Drei Soldaten im Gefecht getötet

Nach Angaben des HPG-Pressezentrums sind bei zwei Gefechten zwischen der Guerilla und Einheiten der türkischen Armee in Hatay-Dörtyol drei Soldaten ums Leben gekommen. Weiterhin sei ein im Operationsgebiet befindlicher Zivilist von einem türkischen Offizier hingerichtet worden. Die Operation dauere weiter an. *(ANF, 10.3., ISKU)*

Irakische Abgeordnete: Einsatz chemischer Waffen

Nach Angaben eines Ausschusses von Abgeordneten des irakischen Parlaments hat die türkische Armee bei ihrer Militäroperation in Südkurdistan vermutlich chemische Waffen eingesetzt. Untersuchungen im Operationsgebiet hätten ergeben, dass nach den Bombardierungen verschiedene gesundheitliche Probleme bei der Bevölkerung entstanden seien, erklärte der Vorsitzende des Ausschusses Sudiye El Suheyi, der "die UNO, die EU, das Rote Kreuz, die arabischen Republiken, den Islam-Kongress und die internationalen Gesundheitsorganisationen" dazu aufrief, entsprechende Nachforschungen im Operationsgebiet anzustellen. Man werde außerdem im irakischen Parlament vorschlagen, die Militäroperation vor den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte zu bringen.

(ANF, 10.3., ISKU)

Quellen:

ANF	Firat Nachrichtenagentur
DIHA	Dicle Nachrichtenagentur
ÖP	Özgür Politika
Za	Zaman
tz	Tagesanzeiger
APA	Austrian Press Agency

N û ç e

erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der
Informationsstelle Kurdistan
Schanzenstraße 117
20357 Hamburg
Tel.: 040 - 421 02 845
E-mail: isku@nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
Postbank Köln, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 3968-506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.isku.org

Nr. 353
Newroz 2008

Nûçe


Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@nadir.org
www.isku.org

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

Newroz: KurdInnen im Aufstand

In den vergangenen anderthalb Monaten sind hunderttausende KurdInnen für ihre Forderungen auf die Straßen gegangen. Dabei kamen zwei Zivilisten ums Leben, 20 erlitten Schussverletzungen, hervorgerufen durch scharfe Munition oder Plastikgeschosse, ungefähr 1000 Menschen wurden festgenommen und davon ca. 200 verhaftet. Jetzt bereitet sich die Bevölkerung der kurdischen Region auf Newroz vor.

Begonnen hatte die Protestbewegung mit dem von der DTP organisierten "Marsch für eine demokratische Lösung und gegen die Militäroperationen" am 6. Februar, an dem sich zehntausende Menschen aus vielen Städten der Türkei auf den Weg zum Operationsgebiet am Gabar-Berg gemacht hatten. Zeitgleich zu der Verlesung einer Deklaration für eine demokratische und gewaltfreie Lösung der kurdischen Frage als Höhepunkt des Marsches durch die DTP-Vorsitzende Emine Ayna kam die Nachricht von zehn in Bingöl gefallenen Guerillakämpfern, deren Leichname verstümmelt waren und die in der Leichenhalle übereinander geworfen worden waren. Bei den Beerdigungen kam es zu Auseinandersetzungen zwischen der Bevölkerung und den Sicherheitskräften mit Verletzten und Festnahmen.

Zum Jahrestag der Verschleppung Abdullah Öcalans in die Türkei am 15. Februar herrschten in vielen Städten Zustände wie in den neunziger Jahren. Bei Polizeiangriffen auf die Protestaktionen wurde in Cizre ein 16-jähriger von einem Panzer überrollt und getötet. Bei einer Demonstration in Batman wurden der DTP-Abgeordnete Bengi Yildiz und der Oberbürgermeister Hüseyin Kalkan von Polizisten gezielt angegriffen. In Urfa erlitt ein 80-jähriger bei einem Polizeiangriff auf eine Kundgebung einen Herzinfarkt. In Hakkari warfen Sicherheitskräfte bei einer Demonstration aus Anlass des 15. Februar Gasbomben in das Gebäude der Stadtverwaltung.

Ein 58-jähriger wurde in Ercis bei einer Demonstration aus Anlass des internationalen Frauentages durch Polizeiknüppel getötet.

Repression vor Newroz

Das Newroz-Fest in der Metropole Diyarbakir wird unter dem spanischsprachigen zapatistischen Motto "Ya Basta!" – »Es reicht!« stehen. Die auf zahlreichen Antikriegskundgebungen der letzten Monate verwendete gleiche Parole in kurdischer Sprache »Êdî bes e« war zuvor von einem Gericht in der Stadt Wan als angeblicher Aufruf der Arbeiterpartei Kurdistans PKK zu einer zivilen Revolte verboten worden. Daraufhin ließ die von der DTP gestellte Stadtverwaltung von Diyarbakir Plakate mit dem spanischsprachigen »Ya Basta« kleben.

Verboten ist in mehreren Städten auch der Gebrauch des kurdischen Wortes »Newroz«, da hier der im türkischen Alphabet nicht vorhandene Buchstabe W vorkommt. In der Stadt Osmaniye forderte ein übereifriger Gouverneur das örtliche Newroz-Vorbereitungskomitee dazu auf, neben dem »W« auch das »O« zu entfernen und nur das türkifizierte Wort »Nevruz« zu verwenden. In den letzten Jahren waren Newroz-Feierlichkeiten in Osmaniye, Tunceli oder Istanbul bereits mit der Begründung verboten worden, dass das türkische Parteiengesetz im politischen Zusammenhang den Gebrauch anderer Sprachen als Türkisch verbietet.

Überschattet werden die Newroz-Vorbereitungen auch von einem Anfang der Woche vor dem Obersten Gericht gestellten Verbotsantrag der türkischen Generalstaatsanwaltschaft gegen die DTP. Die DTP sei der verlängerte Arm der verbotenen Arbeiterpartei Kurdistans PKK, so der Generalstaatsanwalt. Sie unterstütze den bewaffneten Kampf und folge den Weisungen des auf der Gefängnisinsel Imrali inhaftierten PKK-Führers Abdullah Öcalan. Die Generalstaatsanwaltschaft hat zudem ein fünfjähriges politisches Betätigungsverbot gegen acht Parlamentsabgeordnete der DTP und zahlreiche Lokalpolitiker der Partei gefordert. In der vergangenen Woche hatte Staatspräsident Abdullah Gül eine Delegation von DTP-Politikern empfangen und ihnen angeboten, die DTP solle "Teil der Lösung und nicht Teil des Problems" sein. Wie dies zu verstehen ist, hatte Ministerpräsident Tayyip Erdogan am gleichen Tag vor Journalisten deutlich gemacht. "Ich kann nicht mit DTP-Politikern sprechen, bevor sie die verbotene PKK als terroristische Organisation anerkennen", wies Erdogan den Wunsch von DTP-Fraktionschef Ahmet Türk nach politischen Gesprächen zurück.

(DIHA, 14.3., jW, 19.3., ISKU)

2 KurdInnen in Auslieferungshaft

In dem Prozess gegen Muzaffer A. ist dem 52 Jahre alten Angeklagten am Mittwoch die Anordnung verlesen worden, dass er in Auslieferungshaft genommen wird. Gegen Muzaffer A. wird seit Mai vergangenen Jahres vor dem Staatsschutzsenat des Frankfurter Oberlandesgerichts verhandelt. Die Inhaftierung hat ein anderer Senat des Gerichts nach einem entsprechenden Rechtshilfeersuchen der Türkei angeordnet. Über die Auslieferung selbst entscheidet nicht die Justiz, sondern das Außenministerium.

Die Bundesanwaltschaft, die in Frankfurt die Anklage gegen Muzaffer A. vertritt, legt ihm zur Last, ein führendes Mitglied der "kriminellen Vereinigung" PKK zu sein. Außerdem werden ihm "Urkundenfälschung, Vergehen gegen das Ausländergesetz sowie Beteiligung an Körperverletzung und Freiheitsberaubungen" zur Last gelegt. A. wird als "der Hauptverantwortliche für die Tätigkeit der PKK in Europa" bezeichnet. In den Papieren wird auch erwähnt, dass A. längere Zeit inhaftiert und bis zum Jahr 2000 als "Gefängnisbeauftragter" der PKK tätig gewesen sei.

Ayfer K. in Auslieferungshaft

Der leitende Münchner Oberstaatsanwalt Manfred Nötzel bestätigte, dass Ayfer K., die dem Vorsitzenden der Arbeiterpartei Kurdistans PKK, Abdullah Öcalan, in Italien und Griechenland als Dolmetscherin zur Seite gestanden hatte, bereits am 2. März bei einer Schleierfahndung nahe der österreichischen Grenze festgenommen wurde. Gegen die 36jährige Kurdin lägen zwei türkische Haftbefehle vor. Sie sei zur internationalen Fahndung ausgeschrieben gewesen. Ayfer K. befindet sich jetzt im Münchner Frauengefängnis Neudeck in Auslieferungshaft.

Die türkische Justiz hat insgesamt 40 Tage Zeit, um Beweismittel für den Auslieferungsantrag vorzulegen, der dann vom Landgericht München auf Zulässigkeit geprüft werden muss. Die letzte Entscheidung über eine Auslieferung liegt bei der Bundesregierung. Bislang scheiterten derartige Gesuche im Falle politisch Verfolgter vor deutschen Gerichten, da die türkischen Justizunterlagen europäischen Rechtsstandards nicht entsprachen.

(FAZ, 19.3., jW, 15.3., ISKU)

Meldungen

Kein Besuch bei Öcalan

Mit der Begründung, das schlechte Wetter lasse eine Überfahrt zur Gefängnisinsel Imrali nicht zu, ist am Mittwoch der Besuch seiner Verteidiger bei Abdullah Öcalan verhindert worden.

(ANF, 19.3., ISKU)

Newroz-Delegationen auf dem Weg

Nach Angaben des DTP-Europavertreters Faik Yagizay werden die Newrozfeiern in Kurdistan in diesem Jahr von zwölf Delegationen aus Europa besucht. Aus Deutschland und Italien fahren jeweils vier Delegationen, aus Frankreich, Belgien und Schweden jeweils eine. Auch eine Delegation des Europaparlaments wird die Newrozveranstaltungen beobachten. Anlaufpunkte der Delegationen sind vor allem Amed, Hasankeyf, Dersim, Bingöl, Mardin, Urfa, Sirnak und Hakkari. *(ÖP, 19.3. ISKU)*

Hasankeyf-Aktionstag

Am Mittwoch trafen Delegationen aus verschiedenen Ländern wie Deutschland, Italien, Frankreich sowie lokale Basisorganisationen in Hasankeyf zusammen, um gegen den Bau des Ilisu-Staudamms zu protestieren. Vor etwa 300 Menschen sprachen der DTP-Vorsitzende und eine DTP Parlamentsabgeordnete aus Batman und wiesen auf die aktuelle Situation des Staudammprojektes hin. Anschließend wurden von allen, als ein Ausdruck von Hoffnung den Staudamm zu verhindern, Bäume gepflanzt. Es wurden von unterschiedlichen Delegationen und Gruppen Transparente entrollt, die auf die aktuelle Problematik aufmerksam machten. Auf dem Weg in den Ort schlossen sich alle Teilnehmenden zu einer Spontandemonstration zusammen, um auf die Bedeutung des 9000 Jahre alten Kulturerbes hinzuweisen, das durch den Bau des Staudamms vernichtet würde. Dort wurde dann auch mit Tänzen und Parolen der Wille zum Widerstand deutlich gemacht. *(ISKU, 19.3.)*

Kriegsdienstverweigerer verhaftet

Der Kriegsdienstverweigerer Ismail Saygin ist in Istanbul bei einer Ausweiskontrolle verhaftet und ins Militärgefängnis Maltepe überstellt worden. Innerhalb von drei Tagen soll er einer Militäreinheit in Kars übergeben werden. Saygin hatte im November 2006 auf einer Pressekonferenz im Menschenrechtsverein in Istanbul öffentlich erklärt, den Militärdienst aus Gewissensgründen zu verweigern. *(ANF, 17.3., ISKU)*

20. Jahrestag des Massakers von Halabja

Die Giftgasopfer müssen entschädigt werden

Firmen, die Saddam Husseins Krieg gegen kurdische Zivilbevölkerung unterstützten, sind immer noch gut im Geschäft. Gespräch mit Salam Ibrahim

Was bedeutet Anfalisierung?
Anfalisierung bezieht sich auf die nach einer Koransure »Anfal« (Kriegsbeute) genannten Militäroperationen des Regimes von Saddam Hussein gegen die Kurden im Irak, denen 1988 bis zu 180.000 Menschen und 4.500 Dörfer zum Opfer fielen. Der Giftgasangriff der irakischen Luftwaffe auf Halabja am 16. März 1988, bei dem über 5.000 Zivilisten ermordet wurden, war ein Teil davon.
Was sind die Ziele des Halabja-Zentrums?
CHAK ist eine nichtparteigebundene Organisation, die seit ihrer Gründung durch Kurden im Exil im Jahr 2002 für die internationale Anerkennung des Genozids am kurdischen Volk eintritt. Der 16. März soll als Tag des Genozids an den Kurden festgeschrieben werden. Eines unserer Ziele ist es, alle Staaten und Privatfirmen, die an diesem Massenmord beteiligt sind, vor nationale und internationale Gerichte zu bringen. Die beschuldigten Staaten und Firmen müssen die Opfer beziehungsweise ihre Angehörigen entschädigen und sich beim kurdischen Volk entschuldigen. Wir setzten uns für ein weltweites Verbot chemischer Waffen ein.
Ist es CHAK bereits gelungen, Täter vor Gericht zu bringen?
In Holland schafften es unsere Aktivisten, daß der Todeskrämer Frans van Anraat, der in den 80ern Tausende Tonnen Grundstoffe für die Herstellung von Giftgasen in den Irak geliefert hatte, vor Gericht gestellt und 2004 wegen Mittäterschaft an Kriegsverbrechen zu 15 Jahren Haft verurteilt wurde.
Welche Rolle spielten die deutsche Wirtschaft und Regierung bei den Verbrechen am kurdischen Volk im Irak?
Halabja ist immer noch das faktische Symbol für die Zusammenarbeit des aus meiner Sicht faschistischen Baath-Regimes mit Deutschland. Am besten fragen Sie die Herren von Siemens, MBB, den Nachfolgern der IG Farben, Züblin, Karl Kolb und vielen anderen Firmen, was sie für ihren Freund Saddam Hussein getan haben. Fragen Sie die Polizeispezialeinheit GSG9, wie sie die Wächter von Saddam Hussein ausgebildet hat. Diese Firmen und die Bundesregierung müssen sich beim kurdischen Volk entschuldigen und Entschädigungen zahlen.
Machen deutsche Firmen, die an der militärischen Aufrüstung von Saddam beteiligt waren, heute wieder Geschäfte in Kurdistan?
Ja leider. So mußte ich beispielsweise feststellen, daß die Baufirma Züblin ein Büro in Sulaimaniya eröffnet hat. Diese Firma war während der Baath-Diktatur am Aufbau von vielen militärischen Einrichtungen im Irak beteiligt. Übrigens ist Züblin heute auch beim Bau des Ilisu-Staudamms am Oberlauf des Tigris in der Osttürkei engagiert, durch den 55.000 Kurden von ihrem Land vertrieben werden und die kurdische Autonomieregion im Irak regelrecht ausgetrocknet wird.
Wie ist die soziale und ökonomische Situation in Halabja heute?
Halabja gehört zu den ärmsten Gebieten der Region Kurdistan. Es gibt immer noch viele durch Giftgas Verletzte, die ärztlich behandelt werden müssen. Erst kürzlich ist wieder einer an den Spätfolgen des Giftes gestorben. Die Bevölkerung von Halabja ist wegen der unzureichenden Infrastruktur sehr sauer auf die kurdische Regierung. Die Menschen haben bislang fast keine Unterstützungszahlungen erhalten. Die Angehörigen der Opfer bekommen eine monatliche Rente, die nicht einmal ausreicht, um eine Katze zu ernähren. Wir merken nun, daß wir zwar keinen Völkermord mehr erleiden, aber dafür müssen wir jetzt soziale Kämpfe führen. Korruption ist hier alltäglich. Die Barbarei der freien Marktwirtschaft bringt weltweit Arbeitslosigkeit, Armut, Prostitution mit sich. Da ist Kurdistan keine Ausnahme.
Seit Monaten bombardieren türkische Kampfflugzeuge Ziele im kurdischen Nordirak. Ist das auch ein Thema für CHAK?
Wir versuchen jetzt, zusammen mit der Gewerkschaft der kurdischen Rechtsanwälte, den türkischen Ministerpräsidenten Recep Tayyip Erdogan wegen Mordes an Zivilisten vor Gericht zu bringen. Die islamische Mörderregierung in Ankara ist aufgrund ihrer Luftangriffe auf die Region Kurdistan verantwortlich für den Mord an einer Dorfbewohnerin und die Amputation des linken Beines einer weiteren Frau in dem Dorf Leuje in den Kandil-Bergen. Erdogans Luftwaffe hat die Schule und das Krankenhaus des Dorfes dem Erdboden gleichgemacht.

(jW, 10.3., ISKU)

Imrali: Aufzeichnungen illegal

Im Schließungsverfahren gegen die DTP hat die Staatsanwaltschaft eine interessante Feststellung getroffen. Die Forderung der DTP, die in der Anklageschrift festgehaltenen Auszüge aus Gesprächen Abdullah Öcalans mit seinen Verteidigern nicht den Medien zu entnehmen, sondern den offiziellen Aufzeichnungen, die bei jeder Verteidigerkonsultation gemacht werden, wurde von der Staatsanwaltschaft mit der Begründung abgelehnt, Aufzeichnungen dieser Art von Gesprächen zwischen Verteidiger und Mandant seien rechtlich nicht möglich. Seit dem 1. Juni 2005 werden die Gespräche im Auftrag des Vollzugsrichters aufgenommen und als Begründung für Strafverfahren gegen die Verteidiger und für die Verhängung von Disziplinarstrafen gegen Abdullah Öcalan herangezogen. *(ANF, 16.3., ISKU)*

Kritik an Armee: 6 Monate Haft

Die prominente türkische Menschenrechtlerin Eren Keskin ist wegen eines Interviews mit einer deutschen Zeitung in Istanbul zu mehr als sechs Monaten Haft verurteilt worden. Nach nur 15 Minuten Verhandlung sprach das Amtsgericht im Stadtteil Kartal die Juristin und Bürgerrechtlerin am Donnerstag schuldig, wie Prozessteilnehmer berichteten. Keskin hatte im Juni 2006 im Gespräch mit dem Berliner "Tagesspiegel" die politische Macht der türkischen Armee kritisiert. Verurteilt wurde sie nach Paragraf 301 des Strafgesetzbuches, der die "Beleidigung des Türkentums" sowie die "Herabwürdigung staatlicher Institutionen" der Türkei verbietet.

Beleidigte Streitkräfte

Keskin verteidigte ihre Äußerungen und warf der türkischen Justiz vor, unter dem Einfluss der Streitkräfte zu stehen. Sie will Einspruch gegen das Urteil einlegen. Keskin hatte gesagt, die Politik in der Türkei werde von der Armee bestimmt. Damit beleidigte sie nach Auffassung des Gerichts die Streitkräfte. Der Prozess war nach einer Anzeige des Generalstabs in Ankara angestrengt worden. Keskin sagte, ihre Äußerungen seien nicht als Beleidigung, sondern als politische Kritik gedacht gewesen. Nach der Verhandlung sagte Keskin, das Verfahren zeige, wie sehr die Justiz mit der Armee verbunden sei. Das Urteil sei schon vor der Verhandlung festgestanden. Die Menschenrechtlerin und Trägerin des Aachener Friedenspreises gerät wegen kritischer Äußerungen immer wieder in Konflikt mit der Justiz. Sie erhält außerdem immer wieder Todesdrohungen.

(DS, 20.3., ISKU)

Haftstrafen gegen kurdische Journalisten

Die im Rahmen einer Razzia in der Zweigstelle der Tageszeitung Gündem in Mersin im April letzten Jahres festgenommenen Korrespondenten der Nachrichtenagentur DIHA, Ali Bulus und Mehmet Karaaslan, sowie der Gündem-Vertreter Bayram Parlak sind wegen "Mitgliedschaft in einer terroristischen Organisation" sowie Unterstützung derselbigen zu jeweils sechs Jahren und drei Monaten Haftstrafe verurteilt worden. Ihr Verteidiger kündigte Revision an. *(ANF, 17.3., ISKU)*

240 Jahre Haft für Baydemir gefordert

Gegen den Oberbürgermeister von Diyarbakir, Osman Baydemir, ist das 24. Strafverfahren im Verlauf seiner vierjährigen Amtszeit eingeleitet worden. In fünf Fällen wurde er freigesprochen, 19 Prozesse dauern noch an. Wenn er in den noch laufenden Prozessen die geforderte Strafe erhält, wird er zu insgesamt 240 Jahren Haft verurteilt. Im jüngsten Verfahren wird Baydemir des Amtsmissbrauchs beschuldigt, weil er im vergangenen Jahr ein Buch mit türkischen und kurdischen Erzählungen hatte drucken lassen.

(ANF, 14.3., ISKU)

Zweiter Satellit für Roj TV

Der kurdische Fernsehsender Roj TV wird ab dem 21. März 24 Stunden am Tag auf Sendung und künftig über zwei Satelliten zu empfangen sein. Wie ein Sprecher des Senders bekannt gab, sei der Empfang seit längerer Zeit durch den türkischen und den iranischen Staat gestört worden. Um trotzdem einen störungsfreien Empfang zu ermöglichen, habe man den Weg über einen zweiten Satelliten gewählt. Neben der bisherigen Frequenz ist Roj TV nun auch über diese Adresse zu sehen: 39 Grad Hellas Sat 2 Osten, Frequenz: 11512 horizontal, Symbol: 30,000.

(ÖP, 14.3., ANF, 20.3. ISKU)

Quellen:

ANF	Firat Nachrichtenagentur
DIHA	Dicle Nachrichtenagentur
ÖP	Özgür Politika
jW	junge Welt
DS	Der Standard

Nûçe

erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der
**Informationsstelle Kurdistan
Schanzenstraße 117
20357 Hamburg
Tel.: 040 - 421 02 845
E-mail: isku@nadir.org**
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
**Postbank Köln, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 3968-506**
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.isku.org

Nr. 354
28. März 2008

N û ç e



Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@nadir.org
www.isku.org

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

Biji Newroz!

Hunderttausende Menschen sind zu Newroz zusammengekommen, um ihren Willen nach einem autonomen, demokratischen Kurdistan zum Ausdruck zu bringen.
In Diyarbakir nahmen über 500.000 Menschen an der Feier teil, die zu einer Massendemonstration gegen die Militäroperation wurde.
Massenweise strömten die Menschen ab sechs Uhr morgens in traditioneller Kleidung, geschmückt mit den Farben gelb-rot-grün mit Abdullah-Öcalan-Plakaten auf das neue Newrozgelände. Jugendliche trugen Stirnbänder mit der Aufschrift 'Biji Newroz' und 'Biji Serok Apo', Homosexuelle nahmen mit eigenen Fahnen ihren Platz auf dem Festgelände ein. Während des Festprogramms wurde eine Newrozrede Abdullah Öcalans aus dem Jahr 1998 abgespielt, im Anschluss fand ein fünfminütiger Sitzstreik aus Protest gegen die Isolation statt.
Kampfflugzeuge flogen Tiefflüge über den Platz. Viele in- und ausländische Medienvertreter waren anwesend, mehrere Kanäle sendeten live vom Platz, darunter auch erstmalig Roj TV mit einer fünfstündigen Livesendung. Auch die Redner und Ehrengäste – von Ahmet Türk (DTP) über den Oberbürgermeister Osman Baydemir bis zu Leyla Zana und der EP-Abgeordneten Feleknas Uca – trugen traditionelle kurdische Kleidung.
In Mersin wurde das Newrozfeuer von der DTP-Vorsitzenden Emine Ayna angezündet, die vor Zehntausenden Menschen erklärte: "Die Bevölkerung ist seit Monaten auf der Straße und hat dem Staat, der EU und den USA eine klare Botschaft gegeben: Wir verzichten nicht auf unsere Rechte, wir geben unseren Kampf für Freiheit nicht auf. Von uns wird gefordert, dass wir 'Terrororganisation' sagen. Das werden wir nicht tun. Denn damit will der Staat den Tod von Tausenden Menschen legitimieren. Das werden wir nicht zulassen."
In Sirnak und in den Kreisen Cizre, Idil, Uludere und Beytüssebap nahmen ca. 50.000 Menschen an verschiedenen Feiern teil, in Agri 15.000, in Antep 20.000, in Varto, Mardin-Kiziltepe und Mardin-Nusaybin jeweils 10.000, in verschiedenen Kreisstädten von Urfa insgesamt 13.000, in Elazig und Adana-Ceyhan 5.000.
(DIHA/ANF, 21.3., ISKU)

Zentral gesteuerte Angriffe auf Newrozfeiern

Obwohl der türkische Innenminister Besir Atalay im Gespräch mit den DTP-Abgeordneten Ahmet Türk und Selahattin Demirtas im Vorfeld von Newroz versprochen hatte, die "notwendigen Anweisungen" zu geben, um einen gewaltfreien Ablauf der Feiern zu gewährleisten, kam es in vielen Städten zu Blutvergießen. Die DTP bewertete die Angriffe als "zentral gesteuert und feindlich".
In Yüksekova wurde Ikbal Yasar (20), in Wan Zeki Erinc (35) von Polizisten erschossen. Dutzende Menschen wurden verletzt, davon 20 durch Schüsse. Wie Selahattin Demirtas angab, sei das Verhalten der Sicherheitskräfte nicht auf Deeskalation, sondern auf Mord ausgelegt gewesen. "Der Minister hat gestern sein Bedauern über das Geschehen in Wan ausgedrückt, aber heute machen sie das gleiche in Yüksekova. Die AKP versucht, die Anspannung, die durch die Ergenekon-Bande entstanden ist, abzubauen, indem Kurden ermordet werden."
Die diesjährigen Newrozfeiern verliefen im Vergleich mit den vergangenen Jahren mit größerer Beteiligung, aber auch mit heftigeren Auseinandersetzungen. Die auf Beschluss der DTP am 13. März in Diyarbakir gestarteten und über zehn Tage hinweg in vielen weiteren Städten veranstalteten Newrozfeiern waren von einer großen Begeisterung geprägt. Um einen reibungslosen Ablauf zu gewährleisten, hatten DTP-Vertreter vergangene Woche ein Gespräch mit dem türkischen Innenminister geführt. Selahattin Demirtas erklärte dazu: "Wir haben dem Herrn Minister deutlich gemacht, dass keine Probleme entstehen werden, wenn die Feiern an den Orten und zu den Zeitpunkten stattfinden, die unsere Partei festgelegt hat. Andernfalls könne es zu ungewollten Vorfällen kommen. Minister Atalay hat darauf entgegnet, die Planung der Feiern sei für einen reibungslosen Ablauf wichtig und er werde entsprechende Anweisungen geben."
Weiter informierte Demirtas, der in Wan die Verletzten im Krankenhaus besuchte, dass sich drei von ihnen in einem kritischen Zustand befinden. Sie hätten Schussverletzungen am Kopf und im Brustbereich. Für die Eskalation der Vorfälle seien der Innenminister und die AKP-Regierung verantwortlich:

Bilanz der Newroz-Veranstaltungen
20. März
– In Cizre schießen Dorfschützer mit Kalaschnikows auf die Menschenmenge. Fünf Menschen werden verletzt.
– In Silopi greift die Polizei mit Gasbomben und Panzern an. Ein 15-jähriger wird am Oberschenkel durch eine Gasbombe verletzt, Dutzende weitere Menschen im Gedränge nach dem Angriff.
– In Izmir-Narlidere werden vier Personen bei einem Polizeiangriff verletzt.
– In Qamislo (Syrien) werden drei Personen von Militärs erschossen.
21. März
– In Urfa-Viransehir werden im Anschluss an eine Newrozfeier elf Personen bei Auseinandersetzungen verletzt.
– In Mardin-Nusaybin greift die Polizei mit Panzern, Gasbomben und Schusswaffen eine Menschenmenge an, die nach einer Newrozfeier eine Demonstration durchführen. Eine Person wird durch einen Bauchschuss schwer verletzt, eine weitere Person erleidet einen Armbruch, sieben weitere müssen wegen Gasverletzungen ins Krankenhaus eingeliefert werden.
22. März
– In Van werden bei einem Polizeiangriff 65 Personen verletzt, davon 14 Polizisten. Vier Personen werden in die Intensivstation eingeliefert, der 35-jährige Zeki Erinc stirbt.
– In Hakkari werden durch einen Polizeiangriff auf eine Kundgebung vor dem DTP-Gebäude 23 Personen verletzt, darunter der ehemalige Bürgermeister Metin Tekce.
– In Siirt werden zwei Personen angeschossen.
23. März
– In Yüksekova werden drei Personen angeschossen und der 20-jährige Ikbal Yasar durch einen Brustschuss getötet.

Angriff von Faschisten in Istanbul
In Istanbul wurden KurdInnen auf dem Rückweg von der Newrozfeier im Bahnhof Kücükcekmece von Faschisten mit Steinen und Schlagstöcken angegriffen. Dabei wurden mehrere Menschen verletzt, die anwesende Polizei griff nicht ein.

72 Verhaftungen in fünf Städten
Hunderte Menschen, die zu Newroz festgenommen worden waren, sind inzwischen dem Haftrichter vorgeführt worden. In Adana, Mus, Izmir, Denizli und Cizre ist gegen 72 Personen Haftbefehl ausgesprochen worden. In Van wurden von 158 festgenommenen Personen bisher 58 dem Haftrichter vorgeführt, acht Personen wurden verhaftet, 50 freigelassen.
Die Festnahmewelle dauert unterdessen in vielen Städten weiter an.
DIHA/ANF, 21.-26.3., ISKU

Meldungen

Kein Besuch bei Öcalan
Am Mittwoch sind die Verteidiger Abdullah Öcalans sowie seine Schwester Fatma erneut auf dem Weg zur Gefängnisinsel Imrali zurückgewiesen worden. Als Begründung wurden schlechte Wetterbedingungen genannt. In der vergangenen Woche war der Besuch am Mittwoch mit der gleichen Begründung unterbunden worden, allerdings konnten die Anwälte den Besuch am Freitag durchführen. *(ANF, 26.3., ISKU)*

Türkische Offiziere koordinieren iranische Angriffe
Seit zwei Wochen setzt die iranische Armee fast täglich die Meder-Verteidigungsgebiete in Südkurdistan unter Beschuss. Die Angriffe werden von türkischen Offizieren koordiniert. Die von den Angriffen betroffenen Dörfer wurden evakuiert, weshalb bisher nach vorliegenden Informationen lediglich ein Zivilist verletzt wurde. Darüber hinaus entstand erheblicher Sachschaden. Die türkische Unterstützung bei den Angriffen deutet darauf hin, dass es sich beim Artilleriebeschuss der iranischen Armee lediglich um eine erste Etappe einer gemeinsam geplanten Militäroperation in den Kandil-Bergen handelt. *(ANF, 25.3., ISKU)*

DTP-Jugend wird kriminalisiert
Im Rahmen einer Polizeioperation gegen die DTP-Jugend (YDG) sind bisher über 80 Personen festgenommen worden. Die Operation hatte im Vorfeld von Newroz begonnen und dauert weiter an. Die Mitglieder des DTP-Jugendrates werden beschuldigt, die "Jugendorganisation der PKK" zu leiten. Die Festnahmen (Samsun 19, Malatya 19, Elazig 14, Diyarbakir 6, Izmir 6, Kocaeli 14 sowie eine noch unbekannte Anzahl in Van) ereigneten sich bei Hausdurchsuchungen und im Anschluss an Newrozveranstaltungen.
Die YDG wurde im November 2007 über eine Satzungsänderung auf dem 2. DTP-Kongress gegründet, um eine autonome Organisierung aller kurdischen Jugendinstitutionen zu koordinieren.
(DIHA, 23.3., ISKU)

Todesstrafe gegen kurdischen Journalisten im Iran
Der kurdische Journalist Abdulvahid Hiwa Botimar ist im Iran erneut von der Vollstreckung der Todesstrafe bedroht. Im vergangenen Jahr wurde die Todesstrafe gegen ihn aufgrund internationalen Drucks aufgehoben. Jetzt wurde er wegen eines vermeintlichen Vergehens erneut zum Tode verurteilt. *(DIHA, 24.3., ISKU)*

Maßnahmen gegen Geheimbund "Ergenekon"

Härtere Bandagen

Die Art und Weise, wie der kemalistische Journalist Ilhan Selcuk am vergangenen Freitag verhaftet worden ist, könnte tatsächlich den Schluß nahelegen, daß es sich bei der spektakulären Aktion vor allem um Schikane handelte. Um vier Uhr nachts rückte ein Antiterrorkommando der Polizei an, um den angesehenen Intellektuellen im Schlaf zu überwältigen. Dabei war Gegenwehr kaum zu erwarten gewesen: Der Festgenommene ist immerhin bereits 84 Jahre alt - und schwer herzkrank.

Selcuk wird vorgeworfen, Mitglied der Organisation Ergenekon zu sein, einer kriminellen paramilitärischen Verbindung, die an der Planung und Durchführung zahlreicher Anschläge beteiligt gewesen sein soll. Besonders brisant: Auch einige Exmilitärs sitzen inzwischen im Zusammenhang mit Ergenekon in Untersuchungshaft, darunter Veli Kücük, Gründer des berüchtigten Militärgeheimdienstes JITEM, der für zahlreiche extralegale Hinrichtungen und brutale Folter verantwortlich zeichnet. Längst ist Ergenekon deshalb zum Sinnbild geworden für den "tiefen Staat" - für die jahrzehntelange Praxis, sich im Kampf gegen Linke und die als "separatistisch" bezeichnete kurdische Freiheitsbewegung skrupellos mafioser und faschistischer Strukturen zu bedienen.

Daß zusammen mit dem Journalisten Ilhan Selcuk nun auch Dogu Perincek, der Vorsitzende der türkischen "Arbeiterpartei"(IP), verhaftet worden ist, hat kaum jemanden überrascht. Die von Perincek gegründete "Arbeiterpartei" gibt sich zwar als "linke" Organisation, propagierte in den vergangenen Jahren aber zunehmend einen kruden und gewalttätigen Nationalismus, der sich insbesondere gegen die Kurden und andere nichttürkische Minderheiten richtet. Mit ihrem Auftreten paßt die IP bestens in das Konzept des "tiefen Staates". Seit Jahren kursieren zudem Gerüchte über Dogu Perincceks Beziehungen zum türkischen Geheimdienst. Daß Perincek ein "führendes Mitglied" von Ergenekon sein könnte, wie türkische Ermittler jetzt behaupten, wird deshalb durchaus für möglich gehalten.

Ganz anders hingegen bei Ilhan Selcuk. Der prominente Intellektuelle ist vor allem als einer der schärfsten Gegner von Ministerpräsident Tayyip Erdogan bekannt. In seinen Kolumnen für Cumhuriyet, dem wichtigsten Blatt der kemalistischen Opposition, weist Selcuk regelmäßig auf die "Gefahr" hin, die von der gemäßigt-religiösen Regierungspartei AKP für die laizistische Staatsordnung und die Demokratie ausgehe. Viele hegen nun die Vermutung, daß die Verhaftung Selcuks ein Racheakt von Erdogan sein könnte, um die Kemalisten für das kürzlich gegen die Regierungspartei in Gang gesetzte Verbotsverfahren abzustrafen. "Die Aktion zeigt, daß die AKP daran arbeitet, sich ihren eigenen ›tiefen Staat‹ zu schaffen", warnt Oppositionschef Deniz Baykal.

Zwar ist Ilhan Selcuk inzwischen wieder auf freiem Fuß. Doch daß es überhaupt zu der Verhaftung kommen konnte, zeigt vor allem eines: Der Machtkampf zwischen Kemalisten und Religiösen spitzt sich weiter zu - nicht nur in der politischen Arena… *(jW, 26.3.; ISKU)*

Der Widerstand der Eren Keskin

Strafverschärfung um ein Drittel sieht Absatz 3 des Paragraphen vor, wenn die Kritik im Ausland geäußert worden ist – so wie von Keskin im "Tagesspiegel". In dem Interview, das am 24. Juni 2006 erschienen war, hatte Eren Keskin gesagt: "In der Innen- wie in der Außenpolitik wird alles von der Armee bestimmt." Bis heute habe es keine einzige Zivilregierung vermocht, ihr Regierungsprogramm umzusetzen.

Zweieinhalb Wochen später hatte der Generalstab der türkischen Armee in Ankara eine Strafanzeige gegen Keskin beim Justizministerium eingereicht. Tagesbefehl an Justiz und Politik: Maul stopfen!

Entsprechend kurz ist der Prozess an diesem grauen Morgen in Kartal. "Haben Sie das so gesagt?", fragt Richter Kaya zur Angeklagten herunter, nachdem er eine Rückübersetzung des "Tagesspiegel"-Interviews eilig und halblaut murmelnd vorgelesen hat. "Es mag kleine Abweichungen bei der Übersetzung geben, aber im Wesentlichen habe ich das so gesagt", erwidert Keskin mit klarer Stimme. Und sie fährt fort: "Es ist meine Überzeugung, dass das Militär die Demokratisierung der Türkei behindert. Ich bin der Ansicht, dass das Militär zu großen Einfluss auf die Justiz und Politik der Türkei ausübt und dass es sich daraus zurückziehen sollte. Ich habe damit nicht die Armee herabwürdigen, sondern meine politische Meinung äußern wollen. Ich bin der Überzeugung, dass das keine Straftat sein kann." Dann ist der Prozess auch schon fast vorbei. Der Richter liest nur noch ein Schreiben des Generalstabes vor, in dem dieser seinen Verzicht auf Teilnahme an dem Verfahren mitteilt. Nach kaum mehr als einer Viertelstunde steht Keskin schon wieder draußen auf dem Flur. Das Urteil: sechs Monate und 20 Tage Gefängnis, umwandelbar in eine Geldstrafe von 4000 Lira. Für die Anwältin sind das zwei Monatsgehälter.

"Das Urteil stand offenbar schon vorher fest", sagt sie. "Das zeigt doch, wie stark die Justiz dem Militär verpflichtet ist." Sie ist sichtlich bemüht, die Fassung zu bewahren, sie hat ihren Stolz. Sie hat niemanden angerufen vor dieser Verhandlung, keine Presseerklärung herausgegeben und niemanden um Hilfe gebeten; das macht sie nie. Für ihre Ansichten steht sie selbst ein.

Ins Gefängnis muss sie vorläufig zwar nicht, auch wenn sie die Geldstrafe nicht bezahlen wird: "Die Meinungsfreiheit ist nicht käuflich, und außerdem habe ich das Geld sowieso nicht." Bis zur Entscheidung der Berufungsinstanz bleibt sie auf freiem Fuß. Aber selbst bei der Gefängnisstrafe wird der Generalstab es diesmal nicht bewenden lassen, er hat bei der Istanbuler Anwaltskammer zusätzlich ein Disziplinarverfahren gegen Keskin durchgesetzt. Dann geht es Keskin an die Existenz.

Eren Keskin versucht einen Scherz. "Ich kann ja noch Sängerin werden", sagt sie mit einem schiefen Lächeln. "Ich habe eine schöne Stimme." Schade nur, dass sie wohl selbst auf dieser Laufbahn nicht weit käme als Militärkritikerin: Als die wohl populärste Schlagersängerin der Türkei, die transsexuelle Diva Bülent Ersoy, vor ein paar Wochen öffentlich sagte, dass sie ihren Sohn von der Armee nicht im PKK-Krieg verheizen lassen würde, da hatte ihr das sofort ein Ermittlungsverfahren eingebracht. Sie habe "einen Keil zwischen Armee und Volk getrieben". Dass Bülent Ersoy nicht einmal einen Sohn hat, nützte ihr nichts. Die Rundfunkaufsichtbehörde verwarnte den Fernsehsender, der ihre Show ausstrahlt. Eren Keskin hat Bülent Ersoy damals unterstützt, hat eine Unterschriftensammlung für sie organisiert. Die Sängerin habe nur eine menschliche Haltung zum Ausdruck gebracht, sagte Keskin. Viele Türken seien derselben Ansicht, wagten aber nicht, es offen auszusprechen.

Das ist so. Man sieht es oft, wenn Eren Keskin öffentlich auftritt und plötzlich die Rolle des Katalysators übernimmt – etwa, als sich im vergangenen Jahr viele bekannte Künstler und Intellektuelle in einem Theater trafen, um des 40 Tage zuvor ermordeten Demokraten Hrant Dink zu gedenken. Ein Redner nach dem anderen trat auf, um wütend, aber abstrakt die "dunklen Kräfte" und die "verborgenen Mächte" zu verwünschen, die für den Terror gegen Andersdenkende verantwortlich seien. Bis Eren Keskin auf die Bühne trat und sinngemäß Folgendes sagte: Jeder wisse doch, dass sich in der Türkei nichts rege, wenn es das Militär nicht wolle. Tosender Applaus kam aus der Dunkelheit des Zuschauerraums – aber den Mut, das im Scheinwerferlicht zu sagen, hatte nur Eren Keskin.

(TS 22.3., ISKU)

Deutschland überprüft Ilisu-Garantie

Die deutsche Regierung hat eine erneute Überprüfung der Garantie für Züblin für den Bau des Ilisu-Staudamms angekündigt. Züblin ist Teil des am Bau beteiligten Konsortiums. Grund für die Überprüfung ist die Nichteinhaltung der vorgegebenen Kriterien. Insbesondere sei die Frage nicht geklärt, was mit den betroffenen Menschen in der Staudammregion geschehen werde. Nach einer Erklärung von Ministerin Heidemarie Wieczorek-Zeul soll die Kreditvergabe unverzüglich gestoppt werden, wenn sich herausstelle, dass der Staudamm nicht internationalen Kriterien entspreche.

(ANF, 26.3., ISKU)

12 Personen in Aydin verhaftet

In Aydin sind zwölf Personen verhaftet worden. Ihnen wird vorgeworfen, bei einer von der DTP organisierten Kundgebung gegen die grenzüberschreitende Militäroperation am 5. März Parolen für die PKK gerufen zu haben.

(ANF, 20.3., ISKU)

Staatsanwaltschaft auf Kurdenjagd

Auf Anordnung des Amtsgerichts Koblenz, wurde der kurdische Politiker Mehmet C. am 26. März fest- und in Untersuchungshaft genommen. Er wird der "Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung" (§ 129) verdächtigt und beschuldigt , ununterbrochen fortlaufend seit Mai 2005" für mehrere "Gebiete der PKK" als "hauptamtlicher Kader" verantwortlich gewesen zu sein.

Ebenfalls wurde am 26. März der 34 jährige Vakuf M. aufgrund eines Haftbefehls des Ermittlungsrichters beim Bundesgerichtshofs vom 19. März 2008 durch Beamte des BKA in Berlin festgenomen. Auch er wird verdächtigt seit 2004 als "Kader" mehrere "Gebiete der PKK" geleitet und sich dadurch als "Mitglied an der in Deutschland im führenden Funktionärskörper der PKK bestehenden kriminellen Vereinigung" beteiligt zu haben.

(AZADI, 27.3;ISKU)

Quellen:

ANF	Firat Nachrichtenagentur
DIHA	Dicle Nachrichtenagentur
jW	junge Welt
TS	Tagesspiegel

Nûçe

erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der
Informationsstelle Kurdistan
Schanzenstraße 117
20357 Hamburg
Tel.: 040 - 421 02 845
E-mail: isku@nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
Postbank Köln, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 3968-506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.isku.org

Nr. 355
4. April 2008

Nûçe

Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@nadir.org
www.isku.org

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

Trotz brutaler staatlicher Übergriffe ein kraftvolles Newroz

Interview mit Halif Aksoy, dem Vorsitzenenden der DTP (Demokratische Gesellschaftspartei) Istanbul

Während der Feierlichkeiten zum kurdischen Frühjahrsfest Newroz ist es in den kurdischen Provinzen der Türkei zu gezielten Übergriffen durch Sicherheitskräfte gekommen. Dabei sind in vielen Städten dutzende Menschen auf brutalste Weise verletzt worden. In Van und Yüksekova töteten Sicherheitskräfte zwei Menschen. Im Vor- und Nachfeld von Newroz wurden insgesamt mehrere hundert Menschen festgenommen. Die Proteste halten nach wie vor an. Wie bewerten sie die Situation?

Wie wir in den letzten Tagen gesehen haben ließ und lässt sich die Bevölkerung trotz brutaler Übergriffe unter keinen Umständen davon abbringen das Frühjahrs-, Friedens- und Widerstandsfest Newroz zu feiern und gegen die geschehenen schweren Menschenrechtsverletzungen zu protestieren. Trotz der Verstöße gegen das Recht auf Unversehrtheit des Lebens und brutaler Polizeiübergriffe, trotz gezielter Einschüchterungsversuche, bürokratischer Hindernisse und einer negativen Medieninszenierung haben mehrere Million Menschen auf diese Weise ein kraftvolles Zeichen für einen friedlichen Dialog zur Lösung der kurdischen Frage in der Türkei gesetzt.

Es sieht so aus, als wenn die türkische Oligarchie Newroz dazu nutzen wollte, die kurdische Seite als gewalttätig und kriminell zu diffamieren. Die Bilder von Polizisten die sinnlos auf alte Frauen eintreten und einschlagen sowie Menschen ohne Grund durch die Straßen schleifen und prügeln, die seit Tagen im türkischen Fernsehen zu sehen sind, sprechen eine andere Sprache. Gab es auch in Istanbul Probleme im Zusammenhang mit dem Newrozfest?

Schon im Vorfeld versuchte die Administration die Zahl der Teilnehmer durch das Verbot der Feier am Wochenende und Behinderungen bei der Anreise zum Festplatz zu verhindern. In diesem Rahmen setzte sie auch Tränengas in Bussen ein. Es kam darüber hinaus zu einem Angriff von Faschisten mit Steinen auf einen Zug, der grundlos an genau der Stelle anhielt an der die Faschisten warteten. Allein in Istanbul kam es während des Festes zu zweihundert in Gewahrsamnahmen und 12 Festnahmen. Letztere befinden sich noch, aufgrund des Tragens von Tüchern in kurdischen Farben sowie dem vermeintlichen Mitführen von verbotenen Symbolen, im Gefängnis. Es gab zusätzlich eine große Anzahl von durch Übergriffe verletzte. Wichtig ist dabei zu bedenken, daß wer in der Türkei bei Polizeiübergriffen verletzt wird oft nicht ins Krankenhaus gehen kann, weil dort eine Festnahme droht.



Newroz 2008 in Amed/Diyarbakir Foto: DIHA

Immer wieder sind politisch tätige Jugendliche und Frauen aus dem kurdischen Spektrum in der Türkei besonders von Repressionen betroffen. Was sind die Gründe dafür?

Die Jugendlichen und die Frauen sind die dynamischten Kräfte in der DTP und in zivilgesellschaftlichen Organisationen. Aus diesem Grund haben die Akteure im Staat, die die Situation im jetzigen Status Quo erhalten wollen besondere Angst vor ihnen. Auf diese Werise wird erfolglos versucht die Politisierung der Jugend zu verhindern. Daraus folgt das Jugendliche und Frauen besonders starken Repressionen ausgesetzt sind. Allein in der Vorbereitungsphase zum Newrozfest wurden in Istanbul zwanzig Jugendliche Mitglieder der DTP, die an den Festvorbereitungen beteiligt waren, festgenommen. Sie befinden sich noch immer in Haft.

Was erhoffen sie von emanzipatorischen Kräften in Europa an Unterstützung?

Uns ist sehr wichtig, das die Linke in Europa verstärkt mit den politisch tätigen Kurden zusammen arbeitet. Nur so können wir eine friedliche und positive Entwicklung befördern und dadurch spürbare, positive Energien freisetzen. Zudem sollte der türkisch-kurdische Konflikt in der Öffentlichkeit besser kommuniziert und differenzierter wahrgenommen werden. Wir freuen uns ebenfalls wenn emanzipatorische Kräfte sich auch dafür einsetzen das keine Waffen mehr an die Türkei geliefert werden. Wir nehmen wahr, dass die Regierungen Europäischer Staaten bisher keine konsistente Strategie zur Lösung der kurdischen Frage entwickelt haben und kaum Druck auf die Türkei ausüben, zumindest die fundamentalen Grund- und Menschenrechte einzuhalten. Die Strategie, die kurdische Bewegung zu kriminalisieren und zu spalten, wird nicht aufgehen. Die kurdische Bevölkerung sieht Abdullah Öcalan als eine politische Leitfigur an und setzt ihre Hoffnungen bezüglich einer demokratischen Entwicklung der Türkei auch in ihn. Das spiegelt sich in mehreren Millionen Unterschriften, die dies bekräftigen, wieder.

Ungekürztes Interview von Martin Dolzer, erstveröffentlichung in jW, 28.3.

Newroz und der türkische Staatsterror

Ein Kurzfilm von Kurdish Info gibt einen Einblick über das menschenverachtende Vorgehen türkischer Sicherheitskräfte gegen die Zivilbevölkerung: www.youtube.com/user/hateranpatera

Berichte einiger Newrozdelegationen

YEK-KOM e.V., Föderation kurdischer Vereine in Deutschland, hat eine Zusammenstellung von Berichten einiger Newroz-Delegationen zusammengefasst. Eine PDF-Datei ist auf der ISKU-Internetseite zum downloaden.

Meldungen

Besuch bei Öcalan

Am 2. April konnten drei VerteidigerInnen sowie eine Schwester Abdullah Öcalan auf der Gefängnisinsel Imrali besuchen. Vergangene Woche war der Besuch wegen “schlechten Wetters” verhindert worden. *(ÖP, 3.4., ISKU)*

Menschenstrom auf Amara

Tausende Menschen haben sich aus verschiedenen Städten der Türkei auf den Weg nach Amara gemacht, des Geburtsorts Abdullah Öcalans in der Provinz Urfa. Aus Anlass des Geburtstags Öcalans am 4. April wird bereits das fünfte Jahr in Folge dieses Datum genutzt, um gegen die Haftbedingungen Öcalans zu protestieren und die Verbundenheit mit ihm zu demonstrieren. Erwartet werden 10 000 Teilnehmer, ebenfalls zu erwarten sind wie jedes Jahr repressive Maßnahmen des türkischen Staates. *(ÖP, 3.4., ISKU)*

Urteil im Ayata-Prozess nächste Woche

Im seit knapp einem Jahr andauernden Prozess gegen den kurdischen Politiker Muzaffer Ayata ist für kommenden Donnerstag eine Urteilsverkündung zu erwarten. Bei der heutigen Hauptverhandlung wird Ayata eine abschließende 70-seitige Erklärung verlesen. Ayata, der bereits 20 Jahre in türkischen Kerkern verbracht hat, befindet sich seit August 2006 in Haft. Die Türkei hat seine Auslieferung beantragt. *(ÖP, 3.4., ISKU)*

Newroz: 3 Tote, 2000 Festnahmen, 402 Verhaftungen

Während die staatliche Repression rund um Newroz in Nord-Kurdistan und der Türkei weiter andauern und nach wie vor täglich Menschen festgenommen werden, ist auch ein drittes Todesopfer zu beklagen. Ein weiterer junger Mann erlag seinen schweren Verletzungen im Krankenhaus. Wie sein Vater erklärte, sei es ihm seit der Verletzung und Festnahme seines Sohnes zu Newroz verwehrt worden, ihn im Krankenhaus zu besuchen.
Wie die DTP in einer erneuerten Bilanz bekannt gab, sind bisher knapp 2000 Personen festgenommen worden. 402 Personen wurden verhaftet, davon drei Provinzverbands- und zwei Kreisverbandsvorsitzende. *(ÖP, 3.4., ISKU)*

HPG: Keine Verluste

Wie das HPG-Pressezentrum bekannt gegeben hat, hat die Guerilla entgegen türkischer

Aufhebung der Immunität von kurdischen Parlamentsabgeordneten beantragt

Illegalisierung durch die Hintertür

Als im vergangenen November das türkische Verfassungsgericht ein Verbotsverfahren gegen die kurdische »Partei der demokratischen Gesellschaft« (DTP) eröffnete, regte sich in Ankara kaum Protest. »Wir müssen der Gerechtigkeit ihren Lauf lassen«, verkündete Ministerpräsident Tayyip Erdogan damals lapidar. Doch seitdem die Regierungspartei AKP selbst von einem Verbot bedroht ist, ist die Gleichgültigkeit einem geradezu beeindruckenden demokratischem Eifer gewichen. Am Dienstag kündigte Erdogan an, durch eine längst überfällige Verfassungsänderung die Illegalisierung von Parteien deutlich zu erschweren – um »die Demokratie zu stärken«, wie es offiziell heißt, vor allem aber auch mit dem Hintergedanken, das Schließungsverfahren gegen die AKP auszuhebeln. Doch stünde mit der Verfassungsänderung zudem das fast schon als sicher geltende Verbot der DTP, die mit 20 Abgeordneten im Parlament vertreten ist, plötzlich wieder auf der Kippe. Wie gerufen dürfte da ein Urteil kommen, das nun der Oberste Kassationsgerichtshof in Ankara gefällt hat – und der die Handhabe bieten könnte, um eine ganze Reihe kurdischer Abgeordneter dennoch aus dem Parlament zu entfernen.

Das Gericht hob am Dienstag ein Urteil auf, das Richter in Diyarbakir gegen den jetzigen DTP-Abgeordneten Selahattin Demirtas gefällt haben. Demirtas hatte es gewagt, im Gespräch mit dem kurdischen Sender Roj-TV darauf hinzuweisen, daß ein dauerhafter Frieden in der Kurdenfrage nur durch direkte Gespräche mit dem inhaftierten ehemaligen PKK-Vorsitzenden Abdullah Öcalan erreicht werden könne. 18 Monate Haft hatte das Gericht in Diyarbakir dafür verhängt. Das war allerdings vor den Wahlen zum türkischen Parlament im Juli vergangenen Jahres.

Demirtas, mittlerweile DTP-Abgeordneter, kam in den Schutz der parlamentarischen Immunität und brauchte seine Strafe deshalb bislang nicht anzutreten. Um dem abzuhelfen, fand der Kassationsgerichtshof in Ankara nun ein einfaches Mittel. Der Prozeß sei neu aufzurollen, verfügten die Richter, und an Stelle der einfachen Strafgesetzgebung die verschärfte Antiterrorgesetzgebung anzulegen – schließlich habe der Abgeordnete mit seinem Statement »Propaganda für eine verbotene Organisation« betrieben, heißt es zur Begründung. Der Clou dabei: Die Immunität schützt nicht bei Verfahren, die auf Grundlage der Antiterrorgesetze geführt werden. Bis zu fünf Jahren Haft drohen Demirtas nun – und zudem der Verlust seines Mandates.

»Der Prozeß wird Signalwirkung haben«, prophezeite Demirtas Anwalt, Faruk Duran. Denn ähnliche Verfahren wegen harmloser Meinungsäußerungen wurden in der Vergangenheit gegen fast alle DTP-Abgeordnete geführt. Sollten diese Verfahren nun auf Grundlage der schwammigen Antiterrorgesetze neu aufgerollt werden, könnten sich viele DTP-Abgeordnete demnächst im Gefängnis wiederfinden. So würde es dann doch noch gelingen, die unbequemen kurdischen Parlamentarier aus Ankara zu vertreiben. In weiser Voraussicht hat das Justizministerium bereits die Aufhebung der Immunität von 15 der 20 DTP-Abgeordneten beim zuständigen Parlamentspräsidenten beantragt.

Nico Sandfuchs (jW, 28.3., ISKU)

Hoffnung fürs Tigris-Tal

Gerade noch hatte der türkische Ministerpräsident Tayyip Erdogan den für Mai angesetzten Baubeginn des Ilisu-Großstaudamms am Oberlauf des Tigris als Herzstück der wirtschaftlichen Förderung der kurdischen Landesteile angepriesen. Doch jetzt stehen dem Projekt massive Verzögerungen bevor – und vielleicht sogar das Scheitern. Grund dafür ist ein im März veröffentlichter Bericht eines im Auftrage der deutschen, Schweizer und österreichischen Exportkreditagenturen (ECAs) tätigen Expertengremiums, der erhebliche Mängel bei der Umsetzung von Auflagen in den Bereichen Soziales, Ökologie und Kultur nachweist. Von der Erfüllung dieser 153 Auflagen hatten die Regierungen Deutschlands, Österreichs und der Schweiz die Vergabe von Exportrisikogarantien in Höhe von etwa einer halben Milliarde Euro an Firmen im Ilisu-Konsortium wie dem deutschen Baukonzern Züblin und dem österreichischen Maschinenbauer Andritz abhängig gemacht.

Für die Bewohner des Tigris-Tals ist der Expertenbericht ein Hoffnungsschimmer. Sie glauben nicht, daß der Dammbau der Entwicklung des Landes dient, sondern befürchten weitere Vertreibungen der kurdischen Bevölkerung und die Zerstörung ihres kulturellen Erbes. Zudem räumte der Gouverneur der Provinz Batman, Recep Kizilcik, gegenüber Reportern der Financial Times politische Gründe für den Bau ein. Dieser sei »aus Sicherheitserwägungen« für die Regierung »sehr wichtig«. Durch die Aufstauung des Tigris sollen Verbindungswege von kurdischen Guerillakämpfern abgeschnitten und Höhlen, die ihnen als Unterschlupf dienen, überflutet werden. Zudem ließe sich der benachbarte Irak durch eine Drosselung des Wasserzuflusses unter Druck setzen – etwa in der Frage kurdischer Autonomierechte.

Auch der bisherige Planungstand scheint eher dürftig. So war die Türkei bislang nicht dazu in der Lage, die Zahl der von Umsiedlung betroffenen Menschen aus 199 Dörfern und der Kleinstadt Hasankeyf zu ermitteln. Nach Schätzungen des Expertengremiums droht 65000 statt – wie angenommen – 55000 Menschen die Vertreibung und Vernichtung ihrer Existenzgrundlage als Bauern. Da die Regierung bis heute kein neues Farmland für diese Menschen gesucht hat, bleibt ihnen nur der Gang in die Elendsviertel nahegelegener Großstädte wie Batman und Diyarbakir. Und dort herrscht eine Arbeitslosenrate von über 60 Prozent.

Allein um die Umsiedlungen zu planen und zu bewältigen, müßten 250 Personen mindestens zwei Jahre intensiv arbeiten, bis es zum Baubeginn kommen könnte, meint das Expertengremium. Doch die türkische Regierung begann bereits im Herbst 2007 mit Enteignungen in Dörfern um den Bauplatz herum. Weiterhin kritisiert der Bericht, daß die ökologischen Auswirkungen einer Aufstauung des Tigris bislang nicht erforscht wurden. Zur Rettung einiger antiker Monumente aus der 9000 Jahre alten Stadt Hasankeyf durch einen archäologischen Park habe die türkische Regierung nicht einmal einen Projektplan vorlegen können.

Die Vergabe der Hermes-Bürgschaften müsse unverzüglich gestoppt werden, wenn sich herausstelle, daß der Staudamm nicht internationalen Kriterien entspreche, erklärte nun die deutsche Ministerin für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Heidemarie Wieczorek-Zeul, nach Vorlage des Berichts. Bei einem Treffen mit der türkischen Wasserbaubehörde DSI vergangene Woche in Ankara haben die ECAs der Türkei Aufschub bis Anfang Mai gewährt. Bis dahin müssen »Maßnahmen und Termine zur Umsetzung von Schlüsselaufgaben festgelegt sein«, erklärte der Chef der Österreichischen Kreditbank, Rudolf Scholten.

»Der Expertenbericht hat unsere Kritik bestätigt«, meint dagegen der Wasserbauingenieur Ercan Ayboga von der internationalen »Kampagne zur Rettung von Hasankeyf« gegenüber junge Welt. »Dieses Projekt kann nicht durch Auflagen verbessert werde. Es muß sofort gestoppt werden«

Nick Brauns (jW, 1.4., ISKU)

(und von deutschen Medien übernommener) Meldungen bei den jüngsten Luftangriffen Ende März auf südkurdisches Gebiet (Zagros) keine Verluste erlitten. In mehreren Gebieten in Nordkurdistan ist es im Rahmen von Militäroperationen zu Gefechten gekommen, bei denen mehrere Soldaten der türkischen Armee ums Leben gekommen sind.

(hpg-online, 30.3., ISKU)

EU-Gericht streicht PKK von Terror-Liste

Ein europäisches Gericht hat die kurdische Arbeiterpartei PKK wegen eines Verfahrensfehlers von der europäischen Liste der Terror-Gruppen gestrichen. Die Europäische Union habe die Aufnahme der PKK in die Liste nicht ausreichend begründet, entschied das Gericht Erster Instanz in Luxemburg am Donnerstag.

Ein EU-Vertreter bekräftigte, dass die PKK auf der Liste bleiben werde. Die EU habe im Dezember 2007 das Verzeichnis der Terror-Organisationen aktualisiert und dabei auch vergleichbare Entscheidungen des Gerichts berücksichtigt. In einem ähnlichen Urteil hatte das Gericht Erster Instanz die iranischen Volks-Mudschaheddin von der Liste gestrichen.

(STD, 3.4., ISKU)

Indymedia in Türkei gesperrt

Istanbul. Seit Mittwoch ist die lokale Istanbuler Internetseite des alternativen Mediennetzwerkes Indymedia aus der Türkei nicht mehr zu erreichen. Die unbefristete Sperrung ist von einem türkischen Militärgericht angeordnet worden. Eine Begründung für diesen Schritt hat das Gericht bislang trotz mehrfacher Nachfrage nicht abgegeben. Beobachter führen die Zensur auf veröffentlichte Kritik an der Eskalationspolitik in der Kurdenfrage und der Macht des Militärs zurück. Indymedia erklärte am Freitag, daß man sich der Zensur keineswegs beugen werde. Eine alternative Domäne sei bereits eingerichtet.

(jW, 28.3., ISKU)

Quellen:

ÖP	Yeni Özgür Politika
jW	junge Welt
STD	Der Standard

Nûçe

erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der
Informationsstelle Kurdistan
Schanzenstraße 117
20357 Hamburg
Tel.: 040 - 421 02 845
E-mail: isku@nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
Postbank Köln, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 3968-506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.isku.org

Nr. 356
11. April 2008

Nûçe


Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@nadir.org
www.isku.org

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

Fünftägige Gefechte in Besta

Am 28. März 2008 begann die türkische Armee eine Operation in Sirnak Besta wobei Soldaten aus Sirnak, Uludere, Siirt und Pervari zum Einsatz kamen. Bei der Operation, die die Ortschaften Serikê Mihemedê Osê, Serikê Deryan, Kanîbotkê und Girê Rêjde umfasste, kam es in den Regionen Hêzil und Aviyan zu Gefechten zwischen der Guerilla und der türkischen Armee. Bei den heftigen Auseinandersetzungen am 29. März wurden elf Soldaten getötet und weitere verletzt.

Am 30. März kam es erneut zu Gefechten zwischen der Guerilla und der Armee, jedoch liegen hierüber keine genaueren Informationen vor. Am Mittag des 31. März gerieten Armeekräfte in einen Hinterhalt der Guerilla, wobei neun Soldaten ums Leben kamen.

Am 1. April kamen vier GuerillakämpferInnen ums Leben, darunter auch der Regisseur Halil Uysal. Die türkische Armee zog sich nach schweren Schlägen komplett aus der Region zurück. Die türkischen Medien und der Generalstab verschwiegen ihre Verluste gegenüber der Öffentlichkeit.
Weiterhin sollen am 5. April bei einer Explosion ein Dorfschützer gestorben und vier weitere verletzt worden sein, als sie im Dorf Andaç patroullierten. Die Guerilla gab an, nichts mit diesem Vorfall zu tun zu haben.

Aktionen bei Oremar und Gabar

Am 7. April begann die türkische Armee eine Operation in der Ortschaft Oramar, Landkreis Yüksekova. Die Guerillakräfte griffen die Armee am Gipfel Asagi Gepar an. Dabei wurde ein Soldat getötet und zwei weitere wurden verletzt.
Am 5. April startete die Armee eine Operation im Umkreis des Dorfes Berê Mirê am Berg Gabar. Während die Armee eine mobile Wachstation errichtete, wurden die zur Verstärkung gerufenen Soldaten der Dara-Brigade von YJA STAR-Guerillakräften angegriffen und mussten drei Tote und drei Verletzte hinnehmen. Die Operationen in der Region halten weiterhin an. *(hpg, 7./8.4., ISKU)*

Gedenken an Halil Uysal

Der Regisseur und Autor Halil Uysal, seit 1995 im kurdischen Befreiungskampf, hat mit drei weiteren GuerillakämpferInnen in einem Gefecht mit der türkischen Armee am 1. April 2008 in Besta sein Leben verloren.
Halil Uysal kam 1973 in Deutschland zur Welt. Während eines als kurzer Besuch geplanten Aufenthalts für Dreharbeiten in den kurdischen Bergen im Jahr 1995 beeindruckte ihn das Guerillaleben so sehr, dass er beschloss, ganz dort zu bleiben. In der ersten Zeit arbeitete er als Fotograf in den Bergen und begann kurze Zeit später, erste Kurzfilme zu drehen. Weiterhin betätigte er sich als Autor. 1998 erschien ein Sammelband mit Texten über die Guerilla unter dem türkischen Originaltitel "Halil'in Gözü". Im Jahr 2006 drehte er den Film "Beritan", der in der kurdischen Öffentlichkeit zu einem großen Erfolg wurde und auch bei den 1. Kurdischen Filmtagen Hamburg 2007 tiefen Eindruck hinterließ. Für ein neues Filmprojekt unter dem Namen "Die zum Berg Ararat laufen" befand er sich seit einer Weile in Nordkurdistan.
Mit ihm gemeinsam fielen die GuerillakämpferInnen Irfan Akis (Masiro Gortun), Evin Bingül (Ararat Adar) und Beyan Alim (Doza Welat).
Aus diesem Anlass werden die 2. Kurdischen Filmtage Hamburg bereits am Dienstag, dem 15. April 2008, in der B5 (Brigittenstr. 5 , HH-St. Pauli) mit einer Gedenkveranstaltung und Filmvorführung eröffnet.
Der Film "Eyna Bejne" (Der Ganzkörperspiegel) erzählt die Geschichte eines Mädchens, das sich der Guerilla anschließen will. Da es zu jung ist, um mitzukämpfen, sich aber auch nicht abweisen lässt, versucht die Gruppe, sie in Sicherheit zu bringen. Als sich herausstellt, dass sie noch nie einen großen Spiegel gesehen hat, beschließen die Guerillakämpfer, ihr den Wunsch zu erfüllen, sich einmal ganz im Spiegel betrachten zu können. Um einen großen Spiegel durch die Frontlinie zu transportieren, riskieren sie ihr Leben.

Aufruf zum Tourismusboykott

Seit mehr als 30 Jahren führt die türkische Regierung einen erbarmungslosen Krieg gegen das kurdische Volk. Die Bilanz: 35000 Tote, 4000 zerstörte Dörfer, 3 Millionen Flüchtlinge, tausende Morde sogenannter unbekannter Täter, tausende politische Gefangene, tausende Hektar verbrannter Wälder, tausende getötete Tiere. Dem kurdischen Volk werden in der Türkei die grundlegenden Menschenrechte wie das Recht auf die eigene Identität und Sprache, aber auch das Recht auf Leben verwehrt.
Der Staatsterror gegen die kurdische Bevölkerung ist insbesondere in der letzten Zeit intensiviert worden. Zum Internationalen Frauentag und zum Newroz- Fest, das die Kurden als Fest des Friedens und der Freiheit feiern, verübten türkische Staatssicherheitskräfte ein regelrechtes Massaker an der kurdischen Zivilbevölkerung mit mehreren Toten, dutzenden Verletzen und hunderten Festnahmen.
Die Jahres- und Quartalsberichte 2007/2008 des Menschenrechtsvereins (IHD), der Menschenrechtsstiftung (TIHV), Mazlum-Der, Human Rights Watch (HRW) und amnesty international (ai) legen die Menschenrechtsverletzungen detailliert offen. Einige Zahlen und Fakten: 2006 starben 345 Kurden durch staatliche Gewalt, 2007 stieg die Zahl auf 424 (IHD). Trotz des Waffenstillstands der PKK ist eine enorme Zunahme der Anwendung von grundloser, tödlicher Gewalt sowohl bei den Routineaufgaben der Polizei, als auch beim Eingreifen gegen Demonstranten zu verzeichnen. Anstatt Untersuchungsverfahren dagegen einzuleiten, hat die Regierung das Anti-Terror Gesetz geändert und den Sicherheitskräften das Recht auf direkten und unverzüglichen Einsatz von Waffen gegeben (HRW).
Die Türkei ist ein Land mit vielen Möglichkeiten und Quellen. Die Herrschenden der Türkei investieren diese jedoch bedauerlicherweise in den Krieg gegen das kurdische Volk. Auch die Einnahmen aus der Tourismusbranche fließen direkt in diesen Krieg.
Kann man in einem Land, in dem täglich neue Sicherheitszonen eingerichtet, permanent Militäroffensiven mit zehntausenden Soldaten durchgeführt und Lebensräume zerstört werden von Sicherheit reden?

· Nutzen Sie ihr grundlegendes Recht auf Urlaub nicht zu Ungunsten des Rechts auf Leben!

· Reisen Sie nicht in die Türkei, damit Kurdistan, das in allen heiligen Büchern als Paradies beschrieben wird und seine tausende Jahre alte Geschichte nicht zerstört wird!

· Reisen Sie nicht in die Türkei, beteiligen Sie sich nicht mit Ihren Steuern am Krieg gegen das kurdische Volk! *(KON-KURD)*

Meldungen

Besuch bei Öcalan

Am 9. April konnten die VerteidigerInnen von Abdullah Öcalan ihren Mandanten auf der Gefängnisinsel Imrali besuchen. *(ÖP, 3.4., ISKU)*

29 Frauen bei Razzien festgenommen

Die belgische Polizei durchsuchte mutmaßliche Büroräume der verbotenen Kurdischen Arbeiter-Innenpartei (PKK). Bei den Razzien wurden 29 Frauen festgenommen, wie der Fernsehsender VRT berichtete. Die Frauen verschiedener Nationalitäten würden verdächtigt, an Trainingsmaßnahmen der PKK in der Umgebung der Stadt Verviers teilgenommen zu haben. Alle Frauen wurden wieder freigelassen.
An den Razzien in Brüssel, Verviers und Gemmenich nahmen rund 100 Beamte der belgischen Anti-terroreinheit sowie örtliche Polizisten teil. Dokumente und Computer sollen beschlagnahmt worden sein. *(AP/ANF, 4./6.4., ISKU)*

Türkei und Iran im Konkurrenzkampf um Zeitungsverbote

Die Medienzensur in der Türkei und im Iran greift um sich. Im Iran wurden seit Anfang des Jahres 17 Zeitungen verboten, in der Türkei wurden neun vorübergehende Erscheinungsverbote gegen kurdische Medien ausgesprochen. Am 1. Januar befanden sich zehn Journalisten im Iran in Haft, in der Türkei sind es zurzeit 24. *(ANF, 9.4., ISKU)*

Razzia im kurdischen Verein in Bremen

Die deutsche Polizei hat am Donnerstag Morgen den kurdischen Verein Birati in Bremen durchsucht. Kenan Koc und eine weitere Person wurden festgenommen, alle Computer beschlagnahmt und neun Personen zur Aussage vorgeladen. Über die Begründung der Razzia liegen noch keine Informationen vor. *(ANF, 10.4., ISKU)*

Türkei: 23 Journalisten in Haft

Mit der Verhaftung der DIHA-Korrespondenten Mehmet Ali Ertas am 30. März in Dicle und Ersin Celik am 1. April in Diyarbakir ist nach Angaben der Solidaritätsplattform für inhaftierte Journalisten (TGDP) die Zahl der in Haft befindlichen Journalisten in der Türkei auf 23 gestiegen. *(TGDP)*

Oberlandesgericht verurteilt Muzaffer Ayata zu Freiheitsstrafe

Das vor elf Monaten eröffnete Verfahren gegen Muzaffer Ayata vor dem Staatsschutzsenat des Oberlandesgerichts (OLG) Frankfurt/M. endete am Donnerstag mit dessen Verurteilung nach § 129 Strafgesetzbuch zu einer Freiheitsstrafe von drei Jahren und sechs Monaten, womit das Gericht dem Antrag und der Begründung der Bundesanwaltschaft gefolgt ist.

Danach sahen es die Richter als erwiesen an, dass der kurdische Politiker in der Funktion als Sektorleiter Süd führendes Mitglied und Rädelsführer einer „kriminellen Vereinigung" (§ 129 Strafgesetzbuch) – PKK bzw. des KONGRA-GEL – gewesen sei. Die Verteidigung hat angekündigt, Revision gegen das Urteil einzulegen.

Wie in allen vorangegangenen Prozessen gegen Kurden, die sich exilpolitisch für ihre Rechte einsetzen, griff die anklagende Bundesanwaltschaft auch in diesem Verfahren auf ihre alten Konstrukte hinsichtlich der Beurteilung der PKK und den aus ihr hervorgegangenen Organisationen zurück. Die Behauptung, Muzaffer Ayata sei von Juli 2005 bis zu seiner Verhaftung im August 2006 Sektorleiter Süd für die „Demokratische Vereinigung der Kurden in Europa" (CDK) gewesen, fußt hauptsächlich auf ihm zugeordnete Telefongespräche, E-Mails und Kurzmiteilungen, die nach Auffassung der Verteidigung zu einem großen Teil unüberprüft und nicht belegt seien. Scharf kritisiert wurde von der Verteidigung auch die Ignoranz der Strafverfolgungsbehörden hinsichtlich der grundlegenden politischen und strukturellen Änderungen, die die kurdische Bewegung in den vergangenen Jahren vorgenommen hat.

Während die Bundesanwaltschaft in ihrem Plädoyer eine Freiheitsstrafe von dreieinhalb Jahren gefordert hatte, plädierten Ayatas Verteidiger für Freispruch, weil ihrem Mandanten keine Straftat hätte nachgewiesen werden können. Für sie ist die strafrechtliche Verfolgung von Angehörigen des KONGRA-GEL in Deutschland kaum nachzuvollziehen.

Muzaffer Ayata setzte sich in einem über 70-seitigen „letzten Wort" ausführlich mit den Vorwürfen der Bundesanwaltschaft auseinander, schildert den langen Kampf der Kurden um Freiheit und Gerechtigkeit und deren Suche nach friedlichen Wegen zur Konfliktlösung. Hierfür hat sich der Politiker als Ansprechpartner der kurdischen Parteien HADEP/DEHAP und DTP in Deutschland bis zu seiner Verhaftung unermüdlich eingesetzt.

Der 52-Jährige wird weiterhin in Untersuchungshaft bleiben und sieht sich nunmehr damit konfrontiert, dass die türkische Justiz im Zuge eines Rechtshilfeersuchens seine Auslieferung in die Türkei beantragt hat. Hierüber wird der Zweite Senat des Oberlandesgerichts Frankfurt/M. entscheiden; in das Verfahren involviert ist auch das Bundesjustizministerium.

Vor diesem Hintergrund und im Hinblick darauf, dass Muzaffer Ayata wegen seines politischen Einsatzes für die Rechte der Kurden bereits eine 20-jährige Haftzeit in der Türkei hinter sich hat, muss unter allen Umständen verhindert werden, dass er in die Hände seiner Verfolger ausgeliefert wird. Fragwürdige Behauptungen der türkischen Justiz, die sich teilweise auf die Haftzeit von Ayata in der Türkei beziehen und den Behörden längst bekannt sind, aber nie zu einem Einschreiten während der Haft oder nach seiner Entlassung geführt haben, der Verweis auf Zeugenaussagen, die – das zeigt die Erfahrung – häufig unter Drohungen oder Misshandlung zustande kommen oder von Abtrünnigen stammen, und letztlich die nach wie vor praktizierte Anwendung von Folter in der Türkei, muss eine Auslieferung von Muzaffer Ayata unmöglich machen.

Eine Entscheidung, den kurdischen Politiker auszuliefern, würde bedeuten, dass sich Deutschland in dem Freiheitskampf der Kurden auf die Seite der Unterdrücker stellt und die Vernichtungsstrategie des türkischen Staates unterstützt. Sie wäre ein Teil der psychologischen Kriegsführung, mit der all jene Kurdinnen und Kurden bedroht werden, die sich exilpolitisch betätigt haben oder dies auch heute noch tun.

Der deutsche Staat sollte seine eigenen rechtsstaatlichen Prinzipien anwenden und jedes Ansinnen der Türkei nach Auslieferung ihr unliebsamer Personen eine Absage erteilen. Bislang haben die meisten Oberlandesgerichte derartige Ersuchen negativ beschieden. *(Az, 10.4., ISKU)*

Kinder und Jugendliche weiter in Haft

Nach den schweren Polizeiübergriffen auf kurdische Newrozfeste in der Türkei befinden sich selbst Kinder und Jugendliche immer noch in Haft. In Polizeigewahrsam soll es auch zu körperlichen Misshandlungen und Folter gekommen sein. So wird, nach Angaben der kurdischen Gemeinde in Bayern vom Montag, trotz schwerer Verletzungen der 14jährige Cuneyit Ertus ohne ärztliche Versorgung im Gefängnis festgehalten.

Auf den Fall des Jungen wiesen auch Aufnahmen des kurdischen Fernsehsender Roj-TV hin. Darauf war zu erkennen, wie Angehörige einer Polizeispezialeinheit in Zivil dem 14jährigen am 23. März in Yüksekova den Arm nach hinten bogen und mutmaßlich brachen. Zu hören war ein Polizisten namens Turgay Sen, der rief: »Die Arme, die Steine schmeißen, brechen wir.« Anschließend, so hieß es, wurde der Junge verhaftet und auf der Polizeistation erneut gefoltert. Wie sein Anwalt Nevzat Anuk erklärte, hat Ertus, der ins Gefängnis Bitlis überführt wurde, bis heute keine ausreichende medizinische Versorgung erhalten. Ein Arzt bestätigte anhand der Fernsehaufnahmen, dass das Ellbogengelenk gebrochen und Bänder und Sehnen zerrissen seien. Nach Informationen von Roj-TV befinden sich noch weitere Kinder und Jugendliche in Haft.

Wie die im türkischen Parlament vertretene kurdische Partei für eine Demokratische Gesellschaft (DTP) in einer aktualisierten Bilanz bekanntgab, sind seit dem Newroz-Fest türkeiweit knapp 2000 Personen festgenommen worden. 402 Personen haben inzwischen einen Haftbefehl erhalten.

Wir bitten um finanzielle Unterstützung für Cuneyit Ertus und seine Familie. Spenden bitte auf das nebenstehende Konto der ISKU mit dem Verwendungszweck Cuneyit.

(jW, 9.4., ISKU)



Gericht nennt Ugur Kaymaz PKKler

In der Anklageschrift in einem Prozess gegen fünf Studierende in Diyarbakir wird der zwölfjährigen Ugur Kaymaz, der gemeinsam mit seinem Vater 2004 in Kiziltepe von Sicherheitskräften erschossen worden ist, als „Organisationsmitglied, der bei einer Schießerei mit den Sicherheitskräften tot gefasst wurde" bezeichnet. Den Studierenden, die an einer Gedenkfeier für den Fünftklässler teilgenommen hatten, wird deswegen „Werbung für eine terroristische Organisation" vorgeworfen. Weiterhin sollen die fünf Mitglieder des Studierendenvereins der Dicle-Universität sein, sich an Kundgebungen an der Uni beteiligt, kurdische Märsche gesungen und ein Transparent auf dem Campus aufgehängt haben: „Krieg ist Wahnsinn, wenn er nicht aus sehr tiefen Widersprüchen resultiert".

Der Prozess wird in den kommenden Tagen vor dem 5. Gericht für schwere Straftaten in Diyarbakir beginnen.

(ANF, 9.4., ISKU)

Quellen:

ÖP	Yeni Özgür Politika
ANF	Firat Nachrichtenagentur
jW	junge Welt
hpg	hpg-online.com
Az	Rechtshilfeverein Azadi

Termine:

2. Kurdische Filmtage in Hamburg
15.–23. April 2008

Das noch junge kurdische Kino zeichnet sich insbesondere durch seine Vielfalt aus. Nicht zuletzt durch die Teilung und Besatzung Kurdistans sind die FilmemacherInnen von den „Filmschulen" der Besatzerstaaten bzw. der Diaspora beeinflusst. Die Filme sind Ausdruck einer wieder erstarkenden kurdischen Identität und der Suche nach einer lange unterdrückten und verleugneten Kultur und Geschichte. Wie auch im vergangenen Jahr richten wir unseren Blick insbesondere auf den Befreiungskampf und die Frauen.

Die Filme werden (mit einer Ausnahme – siehe Seite 1) im Kino 3001 (Schanzenstr. 75) gezeigt; das Programm ist auf den Seiten der ISKU unter *Termine* zu finden.

N û ç e

erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der
Informationsstelle Kurdistan
Schanzenstraße 117
20357 Hamburg
Tel.: 040 - 421 02 845
E-mail: isku@nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
Postbank Köln, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 3968-506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.isku.org

Nr. 357
18. April 2008

Nûçe



Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@nadir.org
www.isku.org

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

Zwei Jahre Haft für Leyla Zana

Die ehemalige DEP-Abgeordnete und heutige Sprecherin des "Kongress für eine demokratische Gesellschaft" Leyla Zana ist in Diyarbakir zu zwei Jahren Haft verurteilt worden. Ihr war zur Last gelegt worden, Abdullah Öcalan bei der Newrozfeier 2007 als "Führer des kurdischen Volkes" bezeichnet zu haben. Aufgrund ihrer Verteidigung vor Gericht wurde außerdem eine weitere Strafanzeige gegen die kurdische Politikerin gestellt.
Vor Gericht sagte Leyla Zana aus, die KurdInnen hätten etliche Male mündlich und schriftlich zur Sprache gebracht, dass sie Abdullah Öcalan als "Führer des kurdischen Volkes" betrachten. "So wie es für unser Volk keine Straftat darstellt, kurdisch zu sprechen, ‚Kurdistan' oder ‚Herr Öcalan' zu sagen, so ist es auch keine Straftat, an unsere Sache zu glauben. Sich für seine Führungskraft einzusetzen, stellt außerdem eine menschliche, ethische und politische Verantwortung dar." Die Botschaft von Millionen Menschen, die mit der Parole "PKK ist das Volk und das Volk ist hier" auf die Straße gingen, müsse richtig verstanden werden, so Zana. "Die Forderungen des kurdischen Volkes nach Frieden, Freiheit und Gleichheit als Terrorismus zu definieren, verletzt dieses Volk. Heutzutage gibt es in der Türkei keine KurdInnen mehr, die keine Verletzungen davon getragen hätten. Für fast alle beginnt das Leben mit Anspannung und Verboten. Als Baby lernt man das Verbot des Namens kennen, als Kind das der Sprache, als Jugendlicher das der Identität und der Haltung im Leben. Man wird gezwungen, in einer einzigen Sprache zu sprechen, sich mit einer einzigen Identität auszudrücken und mit einem einzigen Blickwinkel zu denken."

(ÖP, 11.4., ISKU)

Wir verurteilen die Gefängnisstrafe gegen Leyla Zana

Der türkische Staat hat seine seit der Republikgründung praktizierte Verleugnungs- und Vernichtungspolitik gegen das kurdische Volk nach dem Erhalt des EU-Kandidatenstatus im Jahre 2004 erneut verstärkt. Im Rahmen dieser Kriegspolitik gegen das kurdische Volk griffen staatliche Sicherheitskräfte in diesem Jahr die Newroz- Feierlichkeiten brutal an. (...) In einem Land, in dem keine Sicherheit für das Menschenleben besteht, können universelle Freiheiten wie Menschenrechte, Meinungsfreiheit und Pressefreiheit nicht erwartet werden. Die Lösung der kurdischen Frage ist unabdingbar für die Demokratisierung der Türkei. Solange die Türkei das kurdische Volk und seine Rechtsforderungen nicht anerkennt, wird sie auch keine ernst zu nehmenden Schritte in Richtung Demokratie und Fortschritt vollziehen können. Als "Kurdisches Frauenbüro für Frieden - CENI" setzen wir uns seit Jahren für eine politische Lösung der kurdischen Frage, einen gerechten Frieden, Frauenbefreiung und die Demokratisierung des Mittleren Ostens ein. Jedoch führt der politische Weg, den die Türkei eingeschlagen hat, zu weiterer Instabilität in der Region, zu Leid und Armut, sowie einer Stärkung antidemokratischer, militaristischer und patriarchaler Strukturen - und vor allem zu Krieg statt Frieden. Wir verurteilen die Gefängnisstrafe gegen Leyla Zana und fordern eine sofortige Aufhebung des Urteils sowie die Einleitung eines Dialogs zur Lösung der kurdischen Frage.

Cenî - Kurdisches Frauenbüro für Frieden e.V.

Gefechte in Amed, Bingöl, Bitlis, Mardin und Siirt

Am 9. April startete die türkische Armee bei Tillo/Siirt eine breitgefächerte Operation, wobei auch Kobra Kampfhubschrauber eingesetzt wurden. Die Operation dauerte bis zum 13. April an. Die in der türkischen Presse aufgestellten Behauptungen, dass zwei Guerillas gefallen seien und ein weiterer verletzt wurde, entsprechen nicht der Wahrheit.
Seit dem 10. April werden von der Armee in Yayladere/Bingöl und im Gebiet Karakoçan/Elazig Operationen durchgeführt, die durch die Luft unterstützt werden. Die Operationen dauern an.
Am 10.4. begann die Armee eine Operation im Zara/Amed. Um 10:30 Uhr kam es zu einem Gefecht. Bei den Gefechten, die in der Folge den ganzen Tag andauerten, kamen zwei GuerillakämpferInnen ums Leben. Über die Verluste der Armee können keine genauen Angaben gemacht werden.
Am 11. April begann eine Operation in Kigi/Bingöl, die noch andauert.
Am 12.4. starteten Einheiten der türkischen Armee in Mardin im Gebiet Ömerya eine Operation. Die Truppen gingen vom Dorf Kavaki aus los und wurden von der Guerilla angegriffen. Dabei kamen drei Soldaten ums Leben, zwei weitere wurden verletzt.
Am 12. April begannen in der Gegend Sehit Serxwebûn, Bingöl Zentrum, Horozbaba, Besler, Gol, Dallitepe und Siran Operationen.
Am selben Tag begann die Armee im Gebiet von Sehit Birusk/Amed eine Operation. Die Guerilla griff Einheiten der Armee an, wobei zwei Soldaten getötet und drei weitere verletzt wurden. Beim Abtransport der Truppen griff die Guerilla ein zweites Mal an, wobei ein Skorsky Helikopter beschädigt wurde.

HPG-Kämpferin verletzt im Gefängnis

Die HPG-Kämpferin Günes Tekin, die bei einem Gefecht in Dersim am 10. April verwundet in türkische Gefangenschaft geraten ist, ist nach einer gestrigen Operation in schwer verletztem Zustand ins Gefängnis in Elazig überstellt worden. Heute konnten ihre Schwester sowie zwei Anwälte mit ihr sprechen. Dabei stellte sich heraus, dass sie sechs Schusswunden in Armen und Beinen hat.

Über das Gefecht gab Tekin bei dem Gespräch an: "Es war eine Punktoperation. Wir waren in einer Höhle. Einige Stunden lang wurde die Höhle bombardiert. Sie hatten alle strategischen Gipfel eingenommen. In der Erwartung, dass chemische Waffen eingesetzt werden, haben wir die Höhle verlassen. Mehrere Freunde wurden getroffen. Mit drei weiteren Freunden gelang es uns, die erste Umzingelung zu durchbrechen. Dabei wurde ich angeschossen und fiel hin. Die Freunde müssen gedacht haben, dass ich tot bin. Als ich wieder zu mir kam, befand ich mich unter den Soldaten."

(ANF/hpg, 15.4., ISKU)

Meldungen

Viertes Todesopfer zu Newroz in der Türkei

Die Anzahl der Menschen, die bei Angriffen staatlicher Kräfte zu Newroz getötet wurden, hat sich auf vier erhöht. 18 Tage nach dem Polizeiangriff erlag Fahrettin Sedal (37) seinen Schussverletzungen. Er wurde in Yüksekova im Beisein von Zehntausenden Menschen beigesetzt.

(ÖP, 12.4., ISKU)

Tote und Verletzte bei Gefechten in Dersim

Bei einem Gefecht in Dersim-Nazimiye sind am 10. April nach Angaben der HPG elf KämpferInnen bei einem Gefecht mit der türkischen Armee gefallen. Zwei KämpferInnen fielen der türkischen Armee verletzt in die Hände.

(ÖP, 12.4., hpg, 16.4., ISKU)

HPG: Keine Verluste bei Luftangriff

Die Volksverteidigungskräfte (HPG) haben die Luftangriffe der türkischen Armee auf Guerillagebiete im Zagros bestätigt. Die Guerilla habe dabei jedoch anders als vom türkischen Generalstab behauptet keine Verluste erlitten.
Unterdessen laufen die Gefechte in mehreren Gebieten in aller Heftigkeit weiter. In Sirnak, Dersim und Botan finden zurzeit Militäroperationen statt. In den Gabar-Bergen sind nach ersten Informationen zwei Soldaten bei einem Gefecht ums Leben gekommen, 13 wurden verletzt. Auf dem Militärflughafen in Diyarbakir ist seit zwei Tagen eine intensive Bewegung zu verzeichnen. Gestern Abend starteten mehrere Kampfflugzeuge Richtung Grenze.
Eine HPG-Einheit hat unterdessen auf der Straße zwischen Dersim und Erzincan Personenkontrollen durchgeführt. Eine Einheit der PJAK hat im ostkurdischen Kermanshah als Vergeltung für iranische Artillerieangriffe auf Kandil einen Angriff auf einen Militärposten durchgeführt. *(ÖP/ANF, 17.4., ISKU)*

Sechs Jahre Haft für Besuch bei ihrer Tochter

In seiner Kolumne in der türkischen Tageszeitung Milliyet wies Fikret Bila darauf hin, dass als Teil des "Antiterrorkampfs" kurdische Familien mit Angehörigen bei der Guerilla von der türkischen Armee besucht werden, um sie davon zu überzeugen, ihre "Kinder aus den Bergen" zu holen. Auf der anderen Seite sitzt heute eine Mutter, deren einzige

Briefeschreiben verboten

Ein Prozess gegen 56 Bürgermeister im kurdisch besiedelten Südosten der Türkei ist gestern mit der Verurteilung von 53 von ihnen zu Ende gegangen. Anlass für den Prozess war eine Auseinandersetzung um den kurdischen Sender Roj TV, der von Dänemark aus über Satellit ausgestrahlt wird. Die türkische Regierung wirft Roj TV vor, offen die PKK zu unterstützen, und drängte deshalb die dänische Regierung, den Sender zu schließen. Die kurdischen Bürgermeister hatten den dänischen Ministerpräsidenten Fogh Rasmussen daraufhin in einem Brief gebeten, Roj TV zu erhalten.
Der Auslöser für den Vorstoß der türkischen Regierung waren schwere Straßenunruhen vor zwei Jahren in einigen kurdischen Städten, die nach ihrer Ansicht durch Roj TV angefacht und gesteuert worden seien. Der Sender selbst bestreitet diese Vorwürfe. Die dänische Regierung hat Roj TV bislang nicht angetastet. Roj TV läuft in fast jedem kurdischen Haushalt.
Das Gericht verurteilte zwar 53 der 56 Angeklagten, allerdings nicht wegen Unterstützung einer terroristischen Vereinigung, wie von der Staatsanwaltschaft gefordert, sondern nur wegen "Befürwortung einer Straftat". Dadurch reduzierte sich das Strafmaß auf zwei Monate Haft, die aber in allen Fällen schließlich in eine Geldstrafe von rund 900 Euro umgewandelt wurde.

Zu den Verurteilten gehört auch der Bürgermeister von Diyarbakir, Osman Baydemir, einer der populärsten kurdischen Politiker. Vor Gericht erklärte er: "Wir stehen hinter jedem der 405 Wörter unseres Briefes und wiederholen hiermit seinen Inhalt." Weiterhin wies Baydemir darauf hin, dass der auch im Ausland bekannt gewordene "Türkentum"-Paragraph 301 vor allem in den westlichen Regionen der Türkei Anwendung finde, während in den kurdischen Gebieten mehr die Artikel 215, 216, 217, 220, 288 und 314 zur Einschränkung der Meinungsfreiheit eingesetzt würden. "All diese Paragraphen, die die Meinungsfreiheit behindern, müssen abgeschafft werden."

"Bereits eine Woche zuvor war die prominente kurdische Politikerin Leyla Zana in erster Instanz zu zwei Jahren Haft verurteilt worden, weil sie den PKK-Chef Abdullah Öcalan in einer Rede während des Nevroz-Festes als großen politischen Führer der Kurden gelobt hatte. Politische Beobachter sehen diese Urteile auch im Zusammenhang mit dem laufenden Verbotsverfahren gegen die kurdische Partei DTP. Der Generalstaatsanwalt hat das Verbot der DTP beantragt, weil diese nicht bereit ist, sich von der PKK zu distanzieren. Diese Urteile könnten dann als Beweise für die PKK-Nähe der DTP angeführt werden.

Ab Freitag wird im türkischen Parlament auch über eine Modifizierung des berüchtigten Strafrechtsparagrafen 301 diskutiert, der die Beleidigung des Türkentums unter Strafe stellt und als Grundlage für die Verfahren gegen Orhan Pamuk und andere Schriftsteller und Journalisten gedient hat. Nun soll der Begriff "Türkentum" durch "türkische Nation" ersetzt werden. Künftig soll der Staatspräsident entscheiden, ob ein Verfahren eröffnet wird. Außerdem soll das Strafmaß von drei auf zwei Jahre gesenkt werden. Die meisten unabhängigen Juristen kritisieren, dass solch eine Änderung lediglich kosmetischen Charakter hätte. Die strafrechtliche Relevanz einer Meinungsäußerung sei immer noch fast beliebig interpretierbar, die Entscheidung über die Eröffnung eines Verfahrens bei dem Präsidenten anzusiedeln darüber hinaus eine Nichtachtung der Gewaltenteilung.

(taz, 17.4.,ÖP, 16.4., ISKU)

DTP: Aus Protest keine Verteidigung

Die DTP-Abgeordneten haben angekündigt, sich künftig nicht mehr vor der parlamentarischen Kommission, die die Aufhebungsverfahren der Immunität bearbeitet, zu verteidigen sowie vor Gericht nicht mehr auszusagen. Das gab der DTP-Abgeordnete Hasip Kaplan gegenüber der Kommission bekannt. Die Partei habe einen prinzipiellen Beschluss gefasst. Der Kommission liegen 20 Fälle vor, von denen 13 DTP-Abgeordnete betreffen.
Im Fall von Hasip Kaplan wird eine Aufhebung der Immunität wegen des Strafbestands "Verherrlichung einer Straftat oder eines Straftäters" gefordert. Kaplan erklärte dazu: "Ich habe im Rahmen der Meinungsfreiheit zum Thema Verfassung meine Gedanken geäußert. Deshalb ist das Immunitätsaufhebungsverfahren gegen mich eingeleitet worden. Ich habe kein Schwert geschwungen, keine Waffe gezogen." In der schriftlichen Aussage der 13 DTP-Abgeordneten sei keine Verteidigung enthalten, sondern lediglich die gemeinsame Feststellung: "Wir fordern nach Artikel 83 der Verfassung Gleichheit. Wir haben unsere Meinungsfreiheit genutzt und keine Straftat begangen. Wir fordern Gleichheit beim Thema Immunität."
Gegen die aus 20 Personen bestehende DTP-Fraktion im türkischen Parlament laufen bisher insgesamt 62 Verfahren zur Aufhebung der Immunität. Außerdem laufen die Prozesse gegen die Abgeordneten trotz ihrer Immunität weiter. Vor kurzem hat der Kassationsgerichtshof ein bindendes Urteil zu diesem Thema gefällt, indem er feststellte, dass der DTP-Abgeordnete Selahattin Demirtas trotz seiner Immunität vor Gericht gestellt werden könne.

(ÖP, 17.4., ISKU)

"Mein Sohn wurde heimlich begraben"

Dass die türkische Armee bei ihrer Operation im Zap weit höhere Verluste hatte als angegeben, ist seit langem bekannt. Jetzt erklärte eine Soldatenmutter gegenüber der Zeitung Özgür Politika, ihr bei der Operation ums Leben gekommener Sohn sei auf Befehl des Militärs und des "Vereins der Märtyrerfamilien" heimlich begraben worden. Als Begründung sei ihr gesagt worden, man wolle der "PKK keine Freude machen". Vom Tod ihres Sohnes habe sie erst fünf Tage später erfahren.
Zur Beerdigung ihres Sohnes erklärte G.C.: "Wir haben ihn nachts begraben. Eine Trauerfeier fand nicht statt. Sie sagten uns: ‚Machen wir den PKKlern keine Freude'. Eine Person vom ‚Verein der Märtyrerfamilien' kam und meinte, er solle ‚für den Staat' in der Dunkelheit begraben werden. ‚Ihr Sohn hätte das so gewollt', sagte er. Personen mit Rangabzeichen sagten außerdem, es könne bei einer Trauerfeier zu Auseinandersetzungen kommen und wir sollten dem türkischen Militär vertrauen. Mein Sohn hat nicht für die Befreiung von Izmir oder Antep gekämpft. Wie soll ich sagen, es war fürs Vaterland? Wie soll ich einen weiteren Sohn zum Militär schicken? Von wem soll ich wofür Rache fordern? Weil ich leide, soll ich deshalb fordern, dass auch andere leiden? Wenn darüber offen gesprochen wird, vielleicht hört es dann auf, dass Mütterherzen brechen, junge Menschen sterben und heimlich begraben werden. Ich habe keine Angst, aber ich habe Enkel und Töchter. Was wird mit ihnen geschehen, wenn ich offen im Fernsehen oder in einer Zeitung spreche? Werden nicht die, die meinen Sohn heimlich begraben haben, auch meinen Enkeln heimlich etwas antun? Wer auf Krieg setzt, ist kein Moslem, kein Mensch. Recep Tayyip Erdogan schickt unsere Kinder in die Berge. Soll er erst seine eigenen schicken und dann den Mund aufmachen. Nur türkische, kurdische Mütter können diesen Krieg stoppen. Wer ein Gewissen hat, hört auf die Mütter."

(ANF, 15.4., ISKU)

Schuld es war, ihre Tochter, die sie seit Jahren nicht gesehen hatte, im Flüchtlingslager Maxmur in Südkurdistan zu besuchen, eine sechsjährige Haftstrafe in Elbistan ab.
Ashan Tören wurde nach einem Besuch bei ihrer Tochter, die sich in Maxmur aufhielt, im Jahr 2006 bei ihrer Rückkehr in die Türkei verhaftet und wegen Mitgliedschaft in einer terroristischen Organisation zu sechs Jahren und drei Monaten Haftstrafe verurteilt. Über Angehörige teilte sie jetzt ihre Meinung zu dem Vorgehen der türkischen Armee mit: Hierbei handele es sich lediglich um "psychologischen Druck" gegen die Angehörigen von GuerillakämpferInnen. "Wenn es der Armee um Überzeugungsarbeit gehen würde, hätte ich wohl keine so hohe Strafe erhalten. Meiner Meinung nach handelt es sich lediglich um ein Täuschungsmanöver. Ich frage mich, wie jemand in meinem Alter Terroristin sein kann. Ich bin lediglich hingegangen, um meine Tochter zu sehen, aber ich habe eine Strafe dafür bekommen, als ob ich mich an bewaffneten Aktionen beteiligt hätte."
Ein Sohn von Ashan Töre ist bereits als Guerillakämpfer ums Leben gekommen.

(ANF, 16.4., ISKU)

Quellen:

ÖP	Yeni Özgür Politika
ANF	Firat Nachrichtenagentur
jW	junge Welt
hpg	hpg-online.com

Termine:

Rettet Hasankeyf und das Tigristal!
Kein Bau des Ilisu-Staudamms
Kundgebungen in Hamburg für die Rücknahme der Exportkredite und den Stopp des Ilisu-Staudammprojekts

Sa, 19. April, 12:00 - 15:00 Uhr
Spritzenplatz (Altona) gegenüber der HASP

Mo, 28. April, 17:00 - 18:30 Uhr
Züblinzentrale, Lübeckerstr. 128
U-Bahn Wartenau

N û ç e

erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der
Informationsstelle Kurdistan
Schanzenstraße 117
20357 Hamburg
Tel.: 040 - 421 02 845
E-mail: isku@nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
Postbank Köln, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 3968-506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.isku.org

Nr. 358
25. April 2008

N û ç e


Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@nadir.org
www.isku.org

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

Jugenddemonstration durch Berlin für Frieden in Kurdistan

Brutale Polizeiübergriffe auf kurdische Jugendliche

Rund 1500 kurdische Jugendliche aus ganz Deutschland forderten am Samstag auf einer Demonstration vom Wedding zum Hackeschen Markt und zurück lautstark Frieden für Kurdistan und Freiheit für den in der Türkei inhaftierten kurdischen Volksführer Abdullah Öcalan. Bei brutalen Angriffen der Polizei auf die Demonstration wurden mehr als 80 Demonstrationsteilnehmerinnen und Teilnehmer festgenommen und zahlreiche verletzt.
Von Anfang an schikanierte die Polizei die friedlichen DemonstrantInnen. Busse wurden noch vor der Einfahrt nach Berlin gestoppt und durchsucht. Schon dabei kam es zu Festnahmen. Willkürlich wurden von der Polizei Fahnen mit dem Bild Abdullah Öcalans verboten.
Immer wieder provozierten türkische Nationalisten am Straßenrand und auf Balkonen mit Fahnen und dem Gruß der faschistischen Grauen Wölfe. Als Demonstranten lautstark dagegen protestierten, griff die Polizei die Demonstration an. Äußerst brutal wurden mehrere TeilnehmerInnen festgenommen. Erneut griff die Polizei die Abschlusskundgebung an. Dabei wurden zahlreiche Demonstrationsteilnehmerinnen und Teilnehmer durch Schläge und Pfefferspray verletzt. Mindestens zwei mussten im Krankenhaus behandelt werden. Einem Jugendlichen wurde die Nase gebrochen, ein weiterer wurde ohnmächtig. Festgenommene wurden noch am Boden liegend von der Polizei misshandelt.
Die Polizei verharmlost in ihrer Pressemeldung die provozierenden Grauen Wölfe als türkische Passanten. Die Grauen Wölfe sind in der Türkei für zahlreiche Morde an kurdischen Politikern, Gewerkschaftern, Aleviten und Linken verantwortlich. Hier in Deutschland haben Anhänger der Grauen Wölfe Ende Oktober letzten Jahres bei pogromähnlichen Hetzjagden auf Kurden in Berlin und anderen Städten zahlreiche Menschen verletzt. Doch so wie die deutsche Polizei immer wieder Neonazis vor antifaschistischen Protesten schützt, stellte sie sich am Samstag auch schützend vor die türkischen Faschisten und griff stattdessen die kurdischen Jugendlichen an.
Das Kurdistan-Solidaritätskomitee verurteilt die exzessive Polizeigewalt gegen die kurdischen Jugendlichen. Wir fordern vom SPD-Linksparteisenat als politisch Verantwortlichen für den Polizeieinsatz Disziplinarmaßnahmen gegen die zuständigen Polizeibeamten. Die Inhaftierten müssen sofort freikommen. Das PKK-Verbot muss endlich aufgehoben werden.

Koordinationsrat des Kurdistan-Solidaritätskomitees Berlin
Medieninformation des Kurdistan-Solidaritätskomitees Berlin

“Die USA bieten den Kurden keine Lösung”

Die PCDK fordert den Abzug der Besatzungstruppen und die Demokratisierung der Region Kurdistan. Ein Gespräch mit Fayiq Gulpi

Der Arzt Dr. Fayiq Gulpi ist Generalsekretär der 2002 gegründeten Partei für eine Demokratische Lösung in Kurdistan (PCDK), die in den kurdischen Gebieten des Irak aktiv ist.

Sie sind Generalsekretär der Partei für eine Demokratische Lösung in Kurdistan (PCDK). Wie wollen Sie die kurdische Frage im Irak angehen?

Zum einen muss die Region Kurdistan demokratisiert werden. Die Regionalregierung und die Wirtschaft werden bis jetzt von den Familien Talabani und Barzani und ihren Parteien PUK und KDP kontrolliert. Zum anderen muss der in der irakischen Verfassung festgeschriebene Föderalismus richtig umgesetzt werden. So fordern wir die Durchführung des auf Druck der USA, der Türkei und arabischer Regierungen abgesagten Referendums über die Zukunft der Stadt Kirkuk. Es geht darum, ob Kirkuk Teil des Zentralirak, Teil der Region Kurdistan oder eine eigenständige autonome Region sein soll. Egal wie das in der Verfassung vorgesehene Referendum ausgeht – wir müssen das Ergebnis akzeptieren. Wichtig ist, dass die Bevölkerung entscheidet. Unser Ziel ist eine freiwillige Einheit der irakischen Völker in einer demokratischen Föderation. Doch dafür gibt es keine Chance, wenn die Schiiten mit dem Iran verbündet sind, die Turkmenen mit der Türkei und die Kurden mit den USA.

Kurz nach der US-Invasion 2003 erklärte Ihre Partei, die USA sollten solange im Irak bleiben, bis sich die Lage stabilisiert hat. Doch gerade die Besatzung hat zu Bürgerkrieg und ethnisch-religiöser Aufsplitterung geführt. Wie sehen Sie die Rolle der USA heute?

Inzwischen haben wir gelernt, dass es den USA nur um ihre eigenen Ziele geht. Sie haben lediglich Saddam Hussein entfernt und neue Herrscher eingesetzt. Eine Lösung ist erst dann möglich, wenn die USA sich aus dem Nahen Osten zurückziehen und sich dort linke, demokratische Kräfte entwickeln.

Unterstützen nicht viele Kurden nur deswegen die US-Besatzer, weil sie Angst vor den Nachbarstaaten haben?

Das ist ein falsches Verständnis von Sicherheit. Als Kurden müssen wir uns auf unsere eigene Kraft stützen und unser Volk so organisieren, dass es sich selbst schützen kann. Wir bekommen in der Region Kurdistan Unterstützung durch Kurden aus der Türkei und aus dem Iran. Das ist wirklicher Schutz. Die USA aber werden uns nicht schützen sondern zerstören. Wir leben als Kurden mit Türken, Arabern und Persern zusammen und müssen zuerst mit ihnen unsere Probleme lösen.

Korruption und Vetternwirtschaft sind in der Region Kurdistan allgegenwärtig, Parteifunktionäre der herrschenden Parteien KDP und PUK bereichern sich schamlos, während große Teile des Volkes in Armut leben. Warum gibt es dagegen kaum Proteste?

Das ist zum Teil ein psychologisches Problem. Viele Kurden denken, dass Araber, Türken und Perser ihre Feinde sind. Sie glauben nicht, dass sie in ihrem eigenen Volk Feinde haben. Es gibt auch kaum Opposition, da fast alle Parteien in die Regionalregierung eingebunden sind. 2006 hat die PCDK zusammen mit zwei anderen Parteien die »Front des Wandels« gebildet. Doch nach acht Monaten haben *Fortsetzung n.S.*

Meldungen

IHD: Situation Öcalans besorgniserregend
Auf einer Kundgebung in Istanbul zu den Menschenrechtsverletzungen in den türkischen Haftanstalten hat die Gefängniskommission des Menschenrechtsvereins IHD auf die "besorgniserregende Situation Abdullah Öcalans" hingewiesen. Wie Sevim Kalman vom IHD erklärte, befinde sich Öcalan seit neun Jahren auf der Gefängnisinsel Imrali in Isolationshaft. Für alle negativen Entwicklungen in den Gefängnissen der Türkei mache der IHD das Justizministerium und die Generaldirektion der Straf- und Haftanstalten verantwortlich. Nach wie vor werde eine Politik fortgesetzt, die zum Tode von Untersuchungs- und Strafgefangenen führe. Weiterhin seien Folter und entwürdigende Durchsuchungen an der Tagesordnung.
(ANF, 18.4., ISKU)

Keine CPT-Empfehlung umgesetzt
Bis heute hat das Antifolterkomitee des Europarats (CPT) vier Mal die Haftbedingungen Abdullah Öcalans auf Imrali untersucht. Trotz der Feststellung, dass Öcalan schweren Isolationsbedingungen ausgesetzt ist, wurde keine der danach ausgesprochenen Empfehlungen an den türkischen Staat umgesetzt.
So empfahl das CPT nach Recherchen in den Jahren 1999, 2001, 2003 und 2007, Öcalan in ein anderes Gefängnis zu verlegen, ihm das Recht auf Fernsehen und Telefongespräche zuzusprechen sowie einen umfassenden Gesundheitscheck durchzuführen. Weiterhin solle er Zugang zu Büchern haben und Besuche seiner Verteidiger und Familienangehörigen ohne Verzögerung ermöglicht werden. Der für den Hofgang vorgesehene Bereich auf Imrali sei zu klein, das Radio mit nur einem Kanal zu begrenzt und es gebe keine Möglichkeit der sportlichen Betätigung.
(ÖP, 21.4., ISKU)

Tausende verabschieden gefallene Guerillakämpfer
Tausende Menschen haben sich an den Beerdigungen der in Dersim am 10. April gefallenen Guerillakämpfer Nusrettin Er in Bismil und Fuat Turgay in Adana beteiligt. Die Menschenmengen riefen die Parolen "Die Gefangenen sind unsterblich" und "PKK ist das Volk und das Volk ist hier". In Adana wurde der Beerdigungszug, in dem auch PKK-Fahnen und Bilder Abdullah Öcalans mitgeführt wurden, von einer Poli-

Türkei und Iran verstärken Zusammenarbeit

Gemeinsam gegen die Kurden

Vertreter der Türkei und des Iran haben am Donnerstag in Ankara ein Protokoll unterzeichnet, mit dem die bereits bestehende Kooperation der beiden Länder gegen die kurdischen Guerillaorganisationen PKK und PJAK weiter ausgebaut werden soll. Verlautbarungen des türkischen Innenministeriums zufolge soll durch die Übereinkunft insbesondere »der Austausch von Geheimdienstinformationen und die Zusammenarbeit der Sicherheitsorgane vorangetrieben werden, [...] um das zunehmende Terrorproblem in der Region zu bekämpfen«.
Grund für den Schulterschluss ist der Umstand, dass sowohl Ankara als auch Teheran bei der Lösung der Kurdenfrage zunehmend wieder auf die militärische Karte setzen. Türkische Truppen haben seit Dezember bereits zehnmal Stellungen der kurdischen Guerilla im Nordirak angegriffen. Kurdische Quellen berichteten in den vergangenen Monaten darüber hinaus wiederholt über massiven Beschuss von Zielen in der nordirakischen Region Kandil durch iranische Artillerie. Eine intensive Zusammenarbeit zwischen den beiden Ländern sei vor diesem Hintergrund naheliegend, hatte der stellvertretende iranische Innenminister Abbas Mohtaj im Vorfeld des Treffens in Ankara verkündet. »Bei der PKK und PJAK handelt es sich um ein und dieselbe Organisation, die in den beiden Ländern lediglich unter verschiedenen Namen operiert«, erklärte Mohtaj gegenüber der iranischen Nachrichtenagentur IRNA.
Während der zweitägigen Zusammenkunft iranischer und türkischer Unterhändler in Ankara soll Teheran auch auf gemeinsame Militäroperationen im Nordirak gedrängt haben, hieß es in türkischen Medienberichten. Dies habe Ankara allerdings mit Rücksicht auf US-amerikanische Befindlichkeiten vorerst abgelehnt. Doch auch so sei die Zusammenarbeit der beiden Länder »auf dem Feld der Terrorismusbekämpfung auf eine neue Basis gestellt worden«, ließen Vertreter der türkischen Regierung am Donnerstag verlauten.
Ankara und Teheran tauschen sich bereits seit 1994 über Sicherheitsfragen aus. Angaben des türkischen Innenministeriums zufolge soll der Iran im Rahmen dieser »aktiven Zusammenarbeit« bereits »rund 150 Terroristen« an die Türkei ausgeliefert haben.

jW. 19.4.

Militäroperationen in Kurdistan dauern an

Kampfflugzeuge der türkischen Luftwaffe haben am 23.4. einen weiteren Luftangriff auf das Gebiet Xakurke in Südkurdistan durchgeführt. Bei dem 45 Minuten währenden Angriff kam es zu keinerlei Verlusten der Guerilla. Betroffen seien insbesondere fünf Dörfer. Die Aufklärungsflüge über dem Gebiet dauern an.

Auseinandersetzungen in Gabar/Botan und Amed
Am 10. April leitete die türkische Armee eine Operation den Gebieten Sehit Yilmaz und Findikê/Gabar ein. Um 1.00 Uhr nachts unternahm die Guerilla einen Gegenangriff, wobei zwei Soldaten getötet und vier weitere verletzt wurden.
Am 16. April startete die Armee eine Operation in den Gebieten Tepê Aslan, Sehit Aydin, Komando Hügel und TRT in den Gabar Bergen. Bei einer Gegenaktion der Guerilla kamen zwei Soldaten ums Leben, sieben weitere wurden verletzt.

Aktion in Amed Sehit Kendal
Am 16. April startete die Armee eine Operation in Amed im Gebiet Sehit Kendal, in Malagir, Serê Duavê und Kani Puskul. Im Verlaufe der Operation führte die Guerilla gegen Abend eine Gegenaktion in der Umgebung des Dorfes Sêlima durch. Bei dieser Aktion kamen zwei Soldaten ums Leben, drei weitere wurden verletzt. Weiter baut die Armee in Sirnak/Botan weitere Lager auf.

(hpg-online, 17./18.4., ANF, 23.4., ISKU)

Drei Prozesse gegen Baydemir in einer Woche

Innerhalb von einer Woche haben drei Prozesse gegen den Oberbürgermeister von Diyarbakir, Osman Baydemir, stattgefunden. Gemeinsam mit den anderen DTP-Bürgermeistern wurde er am Dienstag im "Roj-TV-Prozess" zu einer Geldstrafe verurteilt.
Gestern fand eine Verhandlung gegen Baydemir im Zusammenhang mit den blutigen Auseinandersetzungen in Diyarbakir vor zwei Jahren statt. Vor Gericht sagte der Oberbürgermeister aus: "Ich bin gekommen, um die Mentalität anzuklagen, mit der unsere drei-, fünf- und zwölfjährigen Kinder, unsere 70-jährigen Großväter erschossen worden sind. Ich bin Zeuge, Angeklagter und Opfer der stattgefundenen Tragödie, aber ich bin nicht der Täter. Auch ich führe einen Prozess. Dabei geht es um Identität, Sprache, Kultur, Rechte und Freiheiten, um einen würdevollen Frieden."
Angeklagt war Baydemir, weil er in dem Bemühen, die aufgebrachten Menschenmassen zu beruhigen und weitere Gewalt zu verhindern, im Verweis auf den Tod von 14 Guerillakämpfern, der die Vorfälle ausgelöst hatte, in einer Ansprache gesagt hatte: "Unser Schmerz war 14-fach, jetzt ist er 17-fach, die Zahl soll nicht noch auf 18 steigen". Wegen dieser Worte wurde er zu einem Monat und 20 Tagen Haftstrafe verurteilt.
Ein weiterer Prozess fand am Freitag wegen einer kurdisch-türkischsprachigen Broschüre zu einer Säuberungskampagne der Stadtverwaltung statt. Gemeinsam mit Baydemir ist die Bezirksbürgermeisterin von Baglar, Yurdusev Özsökmenler, angeklagt. Die Verhandlung wurde vertagt.

(ÖP/ANF, 18.4., ISKU)

Fortsetzung: “Die USA bieten den Kurden keine Lösung”

KDP und PUK diesen Parteien gedroht, die Gelder zu streichen - sie zogen sich daraufhin aus der Front zurück. Leider sind auch die Beziehungen der Kommunistischen Partei Kurdistans zu Barzani enger als zur Bevölkerung und zur Opposition. Bei Protesten gehen die Sicherheitskräfte gewaltsam vor, wie vor zwei Jahren in Halabja, als ein Demonstrant erschossen wurde. Auch mich hat man schon zwei Mal zu ermorden versucht.

Am 3. November 2007 hat die kurdische Regionalregierung Ihre Partei auf Wunsch der USA und der Türkei verboten, weil sie ein Ableger der Arbeiterpartei Kurdistans PKK sei. Wie ist die Situation jetzt?

Unsere Büros in Erbil, Dohuk und Sulaymania wurden geschlossen, Mitglieder in mehreren Städten vorübergehend inhaftiert und bedroht. Wir arbeiten jetzt im Geheimen, halten Versammlungen in den Privatwohnungen unserer Mitglieder ab und verteilen unsere Zeitung im Untergrund. Trotz der Repression wächst aber die Zahl unserer Unterstützer.

(jW, 19.4.)

zeisperre aufgehalten. Die Sicherheitskräfte forderten, eine ander Route zum Friedhof zu nehmen, woraufhin sie von vermummten Jugendlichen mit Steinen beworfen wurden. Nach der Intervention durch die Polizei wuchs die Menschenmenge auf 10 000 an. Auf dem Friedhof schließlich hängten wiederum vermummte Jugendliche PKK-Fahnen auf.
Die Leichname der anderen neun gefallenen GuerillakämpferInnen konnten von ihren Angehörigen noch nicht identifiziert werden.

(ÖP, 18.4., ISKU)

Repressionswelle dauert an
Die Repressionswelle in Nordkurdistan reißt nicht ab. In Nusaybin, Viransehir und Antep wurden 22 Personen wegen der Teilnahme an Newrozfeierlichkeiten verhaftet. In Yüksekova wurden nachts mehrere Häuser von Soldaten und Sondereinheiten überfallen, eine Person wurde verhaftet. In Siirt wurden bei weiteren Newroz-Operationen 16 Personen festgenommen, in Suruc 15, in Cerkezköy mindestens 20 sowie in Bursa 17. In Isparta wurden fünf Studierende als mutmaßliche Mitglieder der "Jugendstruktur einer illegalen Organisation" verhaftet. *(ÖP/ANF, 18.4., ISKU)*

Durchsuchung in Gießen
Die Wohnung des kurdischen Musikers Mehmet Hezexi in Gießen ist polizeilich durchsucht worden. Bereits im Jahr 2006 fanden zwei Mal Durchsuchungen in seiner Wohnung statt. Gegenüber ANF erklärte Hezexi, die Polizei sei morgens um sieben Uhr gekommen, als er selbst nicht zu Hause gewesen sei. Seine Wohnung sei durcheinander gebracht und seine drei Kinder hätten große Angst gehabt. Dem 41-jährigen Hezexi wird vorgeworfen, PKK-Mitglied zu sein und im Auftrag der PKK Geld einzusammeln. *(ANF, 21.4., ISKU)*

Quellen:

ÖP	Yeni Özgür Politika
ANF	Firat Nachrichtenagentur
jW	junge Welt
hpg	hpg-online.com

N û ç e
erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der
Informationsstelle Kurdistan
Schanzenstraße 117
20357 Hamburg
Tel.: 040 - 421 02 845
E-mail: isku@nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
Postbank Köln, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 3968-506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.isku.org

Nr. 359
2. Mai 2008

Nûçe


Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@nadir.org
www.isku.org

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

Schwere Angriffe auf 1.Mai-Demos

Mit Panzerwagen, Tränengas und Knüppeln hat die Polizei in Istanbul Demonstrationen zum 1. Mai aufgelöst. Die Behörden hatten eine Versammlung auf dem zentralen Taksim-Platz verboten - die Gewerkschaften wollten trotzdem demonstrieren. Die Polizei setzten gepanzerte Fahrzeuge, Tränengas und Wasserwerfer gegen die Linken und Gewerkschafter ein. Zahlreiche Menschen wurden dabei verletzt, genauere Angaben lagen bi szum Redaktionsschluß noch nicht vor.

Nach den Gesprächen, die am Dienstag hinsichtlich des 1. Mai zwischen den Gewerkschaften und dem Premierminister stattgefunden hatten, machte die Regierung eine Erklärung, in der es hieß, der 1. Mai müsse auf den vorgegebenen Straßen und Plätzen begangen werden. Der Justizminister Mehmet Ali Sahin erklärte, dass ein 1. Mai auf dem Taksim-PLatz verfassungswidrig sei. Gleichzeitig erklärten die Gewerkschaften auf einer Pressekonferenz, dass sie mit 500.000 Menschen auf den Taksim-Platz marschieren würden. Die Beyoglu-Staatsanwaltschaft in Istanbul hat mehrere Ermittlungsverfahren gegen Funktionäre der Gewerkschaften TÜRK-IS, der revolutionären Gewerkschaftskonföderation DISK und der Gewerkschaftskonföderation des öffentlichen Dienstes KESK eingeleitet. Als Begründung hieß es, die Funktionäre hätten dazu aufgerufen, den 1. Mai auf dem Taksim-Platz zu begehen. In ihrer Erklärung stellte die Staatsanwaltschaft fest, dass die Funktionäre der TÜRK-IS, DISK und KESK mit dem öffentlichen Aufruf, den 1. Mai in Taksim zu begehen, das "Volk dazu aufhetzen würden, an verbotenen Versammlungen und Demonstrationen teilzunehmen". Die Gewerkschafter, die sich von den Ermittlungsverfahren unbeeindruckt ließen, setzen ihre Vorbereitungen für einen 1. Mai am Taksim-Platz fort.

Die Gewerkschaften erklärten außerdem, dass sie als Ausdruck ihrer Entschlossenheit von drei Richtungen zum Sisli-Viertel laufen und von dort aus einen gemeinsamen Block bilden werden, welcher dann zum Taksim-Platz marschiert. Dabei werden die Gewerkschaften keine eigenen Fahnen und Transparente tragen, sondern nur gemeinsame Fahnen tragen und gemeinsame Parolen rufen. Außerdem erklärten sie, dass sie von nun an ihre Planungen nicht mehr ändern werden und die politische Regierung die Verantwortung für die Geschehnisse trage.

Auch in Amed (Diyrbakir) hatten türkische linke Gruppen, Gewerkschaften und die kurdischen Bewegung zu einer goßen Demonstration aufgerufen. Hier versuchte die Polizei bereits im Vorfeld, die Anreise von DemonstrationsteilnehmerInnen zu verhindern. Am Eingang von Diyarbakir auf der Strasse von Batman werden dutzende AutofahrerInnen an extra dafür errichteten Militärcheckpoints kontrolliert und mit Geldstrafen belegt. Es wird ihnen verboten, nach Diyarbakir zu fahren, um an der Demo teil zu nehmen. Viele Soldaten und Spezialeinheiten sind anwesend. Die Geldstrafen werden aus verschiedenen Gründen verhängt, sind jedoch eine in der Türkei/Kurdistan häufig angewandte Methode der ökonomischen Repression gegen politische Organisierung.

Zur aktuellen Lage in Amed selbst liegen derzeit noch keine Informationen vor.

(ANF/(i)/SPON, 1.5, ISKU)

DTP warnt vor Balkanisierung

Auf einer Fraktionssitzung der DTP äußerte sich der Fraktionsvorsitzende Ahmet Türk zu den faschistischen Angriffen auf eine Veranstaltung seiner Partei in Sakarya. Türk machte auf die Verantwortung der Hintermänner dieser Aktion aufmerksam und bezeichnete sie als "organisiert und geplant". Aufgrund der Besonnenheit der Teilnehmer der kurdischen Veranstaltung habe eine größere Katastrophe verhindert werden können, so Türk. Falls der Nationalismus in der Türkei nicht gestoppt werde, werde eine Balkanisierung einsetzen.

Weiter sprach Türk von "kritischen Entwicklungen die Zukunft der Türkei betreffend". Es gehe um die Frage, ob "die Türkei ein Land der Demokratie, des Friedens, der Freiheiten und der Gerechtigkeit oder zur Dunkelheit des Mittelalters zurückkehren" werde. Die DTP habe sich seit ihrem Einzug ins Parlament stets für Dialog und Verständigung eingesetzt. "Wir haben gesagt, die Militäroperationen sollen gestoppt werden, es soll keinen Krieg mehr geben, und sie sind mit Panzern gekommen. Am 8. März, zu Newroz haben wir gesagt, es lebe die Geschwisterlichkeit der Völker, und haben eine sehr harte Antwort darauf bekommen. Auf uns wurde geschossen, wir wurden verprügelt, wir wurden ermordet, ins Gefängnis geworfen. Es wurde versucht, uns zum schweigen zu bringen. An manchen Orten traf es die Mütter, an anderen war es ein 15-jähriger Junge, dem mitten auf der Straße der Arm gebrochen wurde."

Bei den Angreifern in Sakarya habe es sich um eine "nationalistische, rassistische Gruppe" gehandelt. Der Gouverneur der Stadt habe die Vorfälle heruntergespielt, aber die Gruppe habe über fünf Stunden hinweg ihre Angriffe mit rassistischen Parolen und Beleidigungen fortgesetzt. Das Szenario habe deutlich gemacht, welche Dimensionen Nationalismus, Rassismus und Chauvinismus in der Türkei angenommen haben. "Die angreifenden Gruppen haben nicht aus Eigeninitiative gehandelt. Hinter ihnen stehen Kräfte, die sie dorthin geschickt und in Bewegung gesetzt haben."

(ANF, 29.4., ISKU)

DTP-Vorsitzender aus U-Haft entlassen

Ein türkisches Militärgericht hat am Montag den Vorsitzenden der prokurdischen Partei DTP, Nurettin Demirtas, aus der Untersuchungshaft entlassen. Demirtas saß seit Dezember in Haft. Ihm wird vorgeworfen, falsche Gesundheitsattests vorgelegt zu haben, um dem Militärdienst zu entgehen. In der Türkei müssen alle Männer über 20 Jahre bis zu 15 Monate Wehrdienst leisten. Bei gesundheitlichen Problemen können sie freigestellt werden.

Der Vorwurf gegen Demirtas wurde nicht fallengelassen. Bei einer Verurteilung drohen ihm bis zu fünf Jahre Haft. Der Politiker saß bereits von 1993 bis 2005 wegen Mitgliedschaft in der Kurdischen Arbeiterpartei (PKK) im Gefängnis. Im November wurde Demirtas zum Vorsitzenden der Partei für eine Demokratische Gesellschaft (DTP) gewählt.

Demirtas wurde nach seiner Haftentlassung einer Militäreinheit überstellt.

(AP/ANF, 28.4., ISKU)

Meldungen

Britischer Anwalt bei Öcalan

Am heutigen Mittwoch ist Abdullah Öcalan auf der Gefängnisinsel Imrali mit seinem britischen Anwalt Timothy Otty zusammen getroffen. Begleitet wurde Otty von Abdullah Öcalans Bruder Mehmet Öcalan, dem Rechtsanwalt Ömer Günes sowie einem Dolmetscher. *(ANF, 30.4., ISKU)*

Proteste gegen deutsche Polizei

Kurdische Jugendliche haben in mehreren Städten gegen die Angriffe deutscher Polizisten auf eine Demonstration in Berlin am vergangenen Wochenende protestiert.

Bei einer Kundgebung in Düsseldorf wurden Fotos von den Angriffen türkischer Polizisten zu Newroz auf die Bevölkerung neben Fotos aus Berlin gezeigt. In Zürich fand ein "langer Marsch" von ca. 200 kurdischen Jugendlichen und ebenso vielen begleitenden Polizisten von Dietikon bis zum Hauptbahnhof statt. In Marseille protestierten 1500 Jugendliche auf einer Veranstaltung gegen das Vorgehen des deutschen Staates. *(ÖP, 28.4., ISKU)*

Luftangriffe auf Südkurdistan

Am 25. April, zwischen 20.00 – 21.00 Uhr, startete die türkische Armee Luftangriffe auf die Gebiete Xakurkê, Geliyê Res, Lelikan, Ermus, Xinêrê, Avasîn, Basya, Zap und Çemço, die zu den Meder Verteidigungsgebieten gehören. Nach dem Luftangriff fanden auch noch drei Stunden lang Granat- und Mörserangriffe statt.

Die Luftangriffe wurden am 27. April, zwischen 06.00 - 07.00 Uhr fortgeführt. Die Guerilla hat keine Verluste zu verzeichnen.

(hpg, 26.-28.4., ISKU)

Unbemannte Aufklärungsflugzeuge über Kurdistan

Von Israel gemietete unbemannte Aufklärungsflugzeuge haben im Auftrag der türkischen Armee in Sirnak und an der Grenze nach Südkurdistan in den Gebieten Kanimasi, Nizor, Haftanin und Kesan Aufklärungsflüge unternommen. Eines der Flugzeuge landete auf einem Militärstützpunkt in Beytüssebap.

(ANF, 28.4., ISKU)

Vergeltungsschlag der HPG für Adil Amed

Am 24.4. führten die HPG einen Vergeltungsanschlag für das Führungsratsmitgliede Adil Amed durch. Die türkische Armee hatte eine Militäroperation auf den Cudi Bergen gestartet. Die Guerilla griff

Neue Initiative zur friedlichen Lösung des Kurdenkonflikts in der Türkei

»Für ein Ende der Gewaltpolitik«

Die Türkei hat es in den letzten Monaten verstanden, in Europa und den USA Schützenhilfe für eine militärische Lösung der Kurdenfrage zu mobilisieren. Beinahe im wöchentlichen Turnus lässt Ankara Stellungen der PKK im Nordirak bombardieren, im Februar überquerten türkische Truppen die Grenze zu dem Nachbarland. Zu ernst gemeintem internationalen Protest hat dies allerdings bislang nicht geführt. In Brüssel und Washington ist vielmehr von »Verständnis für die Türkei und ihren Kampf gegen den Terror« die Rede.

Gegen die Selbstverständlichkeit, mit der die Kurdenfrage derzeit auf ein »Terrorproblem« reduziert wird, macht sich deshalb eine internationale Initiative kurdischer Parteien und Intellektueller stark. Durch den Versuch, ausschließlich mit Militäroperationen eine Lösung herbeizuführen, werde das Zusammenleben von Kurden und Türken nur noch weiter vergiftet, heißt es dem "Aufruf zur friedlichen Lösung des Kurdenproblems", den bereits fast 1000 kurdische Politiker, Akademiker und Künstler gezeichnet haben. Ankara solle sich stattdessen den hausgemachten Ursachen des Konflikts stellen und den Kurden die gleichen Rechte wie den türkischen Bevölkerungsteilen zugestehen.

Dass es um diese Gleichberechtigung alles andere als rosig bestellt ist, macht ein Beispiel deutlich, das in dem Appell angeführt wird. So seien zwar rund ein Viertel der Bevölkerung der Türkei Kurden – doch gäbe es unter den mehr als 100 ausgestrahlten Fernsehkanälen aufgrund der staatlichen Verhinderungspolitik keinen einzigen kurdischen Sender. Nicht anders ist es um den Rundfunkbereich bestellt, auch an den 130 Universitäten und Hochschulen des Landes ist der Unterricht kurdischer Sprache und Kultur noch immer ein Tabu.

Die Initiative appelliert deshalb an die Verantwortlichen in der Türkei, im Rahmen einer umfassenden Verfassungsreform die kulturellen, politischen und sozialen Rechte der nichttürkischen Bevölkerung umzusetzen. Auch an Brüssel und Washington ergeht der Aufruf, sich nicht länger mit der »Gewalt- und Verleugnungspolitik« Ankaras zu solidarisieren. Hilfreich könne hingegen »ein Engagement von Politikern wie Tony Blair, Marti Ahtisaari, Felipe González oder Bernard Kouchner sein, die bereits bei der Lösung anderer Konflikte Erfahrung gesammelt haben«.

(jW, 29.4., ISKU)

Europäischer Friedensrat Türkei gegründet

Am 26. April 2008 haben in Düsseldorf rund 250 Delegierte aus verschiedenen europäischen Ländern den Europäischen Friedensrat Türkei gegründet. An dem Gründungskongress, das unter dem Motto "Schweigen tötet! Frieden jetzt!" stattfand, nahmen türkeistämmige MigrantInnen unterschiedlicher ethnischer wie religiöser Herkunft aus Belgien, Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Niederlande, Österreich, Schweden und der Schweiz teil.

In einer ersten Erklärung wurde betont, dass man sich für die friedliche und demokratische Lösung der Kurdenfrage, für die Demokratisierung der Türkei einsetzen und gemeinsam mit der europäischen Friedensbewegung gegen den neoliberalen und militaristischen Umbau Europas vorgehen wolle. Kurz vor dem Gründungskongress hatten über 50 deutsche Friedensorganisationen mit einer Erklärung die Gründung des Europäischen Friedensrats Türkei begrüßt und sich solidarisch erklärt. An dem Gründungskongress haben auch VertreterInnen verschiedener Friedensorganisationen in Europa teilgenommen.

Der Gründungskongress wählte einen Koordinierungskreis, der aus 50 Personen besteht. Das geschäftsführende Sekretariat übernehmen Günay Aslan, Murat Cakir, Koray Düzgören, Songül Karabulut, Dr. Işik Iscanli, Turgut Öker, Yücel Özdemir, Dogan Özgüden, Mustafa Peköz, Mehmet Sahin und Pinar Tuzcu. In den nächsten Monaten sollen lokale, regionale und landesweite Sektionen des Europäischen Friedensrats Türkei in allen europäischen Ländern gegründet werden. Das Sekretariat rief die kurdisch- und türkischstämmigen MigrantInnen in Europa auf, die Bemühungen des Europäischen Friedensrats Türkei zu unterstützen und zahlreich an den 1. Mai - Kundgebungen teilzunehmen.

(eb, 28.4., ISKU)

Ein Toter bei faschistischem Angriff in Sakarya

Bei einem Angriff türkischer Faschisten auf eine von der DTP organisierte Kulturveranstaltung mit 1500 Besuchern in Sakarya ist ein Mensch ums Leben gekommen. Der 65-jährige Ebubekir Kalkan erlitt einen Herzinfarkt. Wie der DTP-Abgeordnete Ibrahim Binici erklärte, seien die Angriffe "ganz offensichtlich organisiert" durchgeführt worden. Kalkan habe erst eine halbe Stunde nach dem Herzinfarkt ins Krankenhaus eingeliefert werden können. "Uns ist gesagt worden, es könne zurzeit wegen der Menschenansammlung vor dem Veranstaltungssaal kein Krankenwagen kommen." Die Angriffe dauerten über fünf Stunden an, die Polizei griff nicht ein. *(ANF, 28.4., ISKU)*

Flüchtlinge ertrunken

Die UN-Flüchtlingsbehörde UNHCR macht die Türkei für den Tod von vier Flüchtlingen verantwortlich, die in einem Fluss an der türkisch-irakischen Grenze ertrunken sind. Der Vorfall wurde erst am Wochenende bekannt.

Nach Darstellung der UN-Behörde versuchten türkische Grenzpolizisten eine Gruppe von 60 Flüchtlingen, die angeblich illegal aus dem Nordirak eingereist waren, am Grenzübergang Habur wieder nach dort abzuschieben. Die irakischen Grenzer ließen jedoch nur 42 Flüchtlinge zurück über die Grenze. Die restlichen 18 wiesen sie ab, weil es sich um iranische und syrische Staatsbürger handelte.

Türkische Grenzpolizisten sollen die 18 Menschen daraufhin zu einer abgelegenen Stelle gebracht und gezwungen haben, durch einen Fluss, der hier die Grenze zum Irak bildet, ans irakische Ufer zu schwimmen. Vier Flüchtlinge, drei Syrer und ein Iraner, seien in den reißenden Fluten ertrunken, erklärte die UN-Flüchtlingsbehörde unter Berufung auf Augenzeugen. "Wir verurteilen diese Abschiebungen, und wir sind schockiert über die Art, in der sie durchgeführt wurden", sagte ein Sprecher des UNHCR in Genf. Man habe die Türkei um Aufklärung über die Umstände der Todesfälle gebeten. Das UNHCR ließ mitteilen, es habe der Türkei bereits wiederholt mitgeteilt, dass der Irak nicht als ein sicheres Asylland für Flüchtlinge gelte. Die türkischen Behörden haben sich bisher zu den Vorwürfen nicht geäußert.

(FR, 28.4., ISKU)

gegen 1.30 Uhr im Gebiet Girê Hirmo und am 25. April um 9.30 Uhr auf dem Hügel Çelê die Armeeeinheiten an. Eine weitere Aktion unternahm die Guerilla Abends gegen 16.00 Uhr auf den Bilûrvan Hügeln. Bei allen drei Aktionen kamen insgesamt mindestens 12 Soldaten ums Leben. Die Guerilla beschlagnahmte viel militärisches Gerät und konnte sich ohne Verluste zurückziehen.

Die türkische Armee setzte beim Rückzug die Berge in Brandt.

(hpg, 28.4., ISKU)

HPG dementiert Ergreifung von drei PKK-Verantwortlichen

Die Volksverteidigungskräfte HPG haben eine in den türkischen Medien erschienende Meldung dementiert, dernach bei einer Operation des türkischen Geheimdienstes MIT drei PKK-Verantwortliche in Südkurdistan gefasst und in die Türkei verbracht worden seien. Auch Meldungen, dass es interne Konflikte und Machtkämpfe bei der Guerilla gebe, seien frei erfunden.

(ANF, 30.4., ISKU)

Staudammprojekt von Allianoi wird noch einmal überprüft

Das 4. Verwaltungsgericht Izmir hat beschlossen, das Staudammprojekt, mit dem die historische Stätte von Allianoi überflutet würde, noch einmal zu prüfen. Ein Sprecher der Agäis-Plattform für Umwelt und Kultur (EGEÇEP) erklärte, dass die Entscheidung Hoffnung mache, schließlich handele es sich bei Allianoi um eine geschützte historische Stätte. Sollte eine Expertenanhörung zu einer abschlägigen Bewertung führen, könnte das von der Denkmalschutzbehörde genehmigte Projekt zur Versiegelung der historischen Stätte und damit das Staudammprojekt gestoppt werden.

(ntv, 23.4., ISKU)

Quellen:

ÖP	Yeni Özgür Politika
ANF	Firat Nachrichtenagentur
jW	junge Welt
(i)	de.indymedia.org
FR	Frankfurter Rundschau
SPON	Spiegel online
hpg	hpg-online.com
eb	eurobaris.de

Nûçe

erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der **Informationsstelle Kurdistan Schanzenstraße 117 20357 Hamburg Tel.: 040 - 421 02 845 E-mail: isku@nadir.org** bestellt werden.

Spenden auf unser Konto: **Postbank Köln, BLZ 37010050 Konto-Nr.: 3968-506**

Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter: **www.isku.org**

Nr. 360
9. Mai 2008

Nûçe


Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@nadir.org
www.isku.org

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

Besteht ein Bündnis zwischen Iran, Türkei, Irak und den USA?

KCK zum Luftangriff auf Kandil

In einer schriftlichen Erklärung äußerte sich der Exekutivrat der KCK (*Vereinigte Gesellschaften Kurdistan*) zu den jüngsten Bombardierungen der türkischen Armee auf Kandil in Südkurdistan. Demnach galt der Luftangriff dem PJAK-Hauptquartier und weiteren PJAK-Einheiten. Das Pressebüro der PJAK (*Partei für ein freies Leben in Kurdistan*) sei dabei getroffen worden und sechs PJAK-Mitglieder ums Leben gekommen, darunter fünf in der Pressearbeit tätige Personen. Betroffen seien auch Dörfer in der Umgebung, in denen es zu schweren Sachschäden gekommen sei. Weiter heißt es in der Erklärung: "Es konnte festgestellt werden, dass bei dem Angriff auch Bomben US-amerikanischer Bauart, die nach 2001 entwickelt wurden, sowie eine Waffe, die verschiedene Gase enthält, eingesetzt wurden. Mit Sicherheit handelt es sich bei diesen Waffen um solche, die nach internationalem Kriegsrecht geächtet sind. Die Recherchen dauern noch an. Wir rufen alle Menschenrechtseinrichtungen dazu auf, Untersuchungen in den betroffenen Gebieten anzustellen und die Ergebnisse der Öffentlichkeit mitzuteilen."
Weiterhin wird in der KCK-Erklärung darauf aufmerksam gemacht, dass entgegen der Verlautbarungen des türkischen Generalstabs nicht die PKK, sondern die PJAK von dem Angriff betroffen gewesen sei: "Außer den genannten sechs Toten haben weder die PJAK noch andere Kräfte im Gebiet Verluste erlitten. Die Zahlen, die der türkische Generalstab genannt hat, sowie die in den türkischen Medien erschienene Meldung, dass auch Führungskräfte der PKK dabei ums Leben gekommen seien, sind erlogen. Mit der Gewalt, die gegen die Werktätigen in der Türkei am 1. Mai ausgeübt wurde, sowie diesem Luftangriff auf Kandil in derselben Nacht, soll zum Ausdruck gebracht werden, dass alle Kräfte, die in Opposition zu dem System stehen, unterdrückt werden.
Bei seinem kürzlichen Irak-Besuch rief der iranische Staatspräsident Ahmednejat die Türkei und den Irak dazu auf, gemeinsam mit dem Iran gegen die kurdische Befreiungsbewegung vorzugehen. Die Aufklärungstätigkeiten beider Staaten im Grenzgebiet und über Kandil, die als Resultat eines zwischen der Türkei und dem Iran geschlossenen Bündnisses entstanden sind, haben bereits im Vorfeld gezeigt, dass eine gemeinsame Angriffsphase auf die kurdische Befreiungsbewegung stattfinden wird. Drei Tage vor dem Angriff fand eine gemeinsame Aufklärung über dem PJAK-Gebiet der Türkei, des Iran und des Irak statt. Einen Tag vor dem Angriff waren US-Aufklärungsflugzeuge über dem betroffenen Gebiet. Daraus ist deutlich geworden, dass beide Seiten ihre Aufklärungsergebnisse zusammengebracht haben. Die Antwort auf die Frage, welche Staaten bei dem Angriff auf das PJAK-Zentrum zusammen gearbeitet haben, ist wichtig. Damit lässt sich gleichzeitig aufdecken, welche Machenschaften gegen das kurdische Volk laufen. Der Angriff der Türkei mit Zustimmung und Unterstützung der USA gegen die PJAK, die in Ostkurdistan gegen den Iran kämpft, wirft viele Fragen auf. Wenn man beachtet, dass der Iran gemeinsam mit der Türkei vorgeht, zeigt sich auf ironische Weise auch die Zusammenarbeit der USA mit dem Iran. […] Besteht bei diesem Angriff ein Bündnis zwischen Iran, Türkei, Irak und den USA? Ist es möglich, dass sich der Iran und die USA gegen den kurdischen Befreiungskampf vereinen? Welche schmutzigen Berechnungen liegen dem zugrunde? […] Was ist die Rolle des Irak dabei und was hat er für seine Zustimmung zu diesem Angriff bekommen? Wie begegnet die kurdische Regionalregierung diesem Angriff, nachdem wenige Tage zuvor eine Abordnung von ihr in Bagdad mit einer türkischen Delegation zu Gesprächen zusammen getroffen war?"
Insbesondere die kurdische Regionalregierung, aber auch andere Institutionen und Organisationen in allen vier Teilen Kurdistans sind dazu aufgerufen, die Entwicklungen aufmerksam zu verfolgen, dafür zu kämpfen, dass kein Kurde zum Statist in diesem schmutzigen Szenario werde, Stellung gegen den brutalen Angriff auf die PJAK zu beziehen, die Stimme zu erheben und sich für die gemeinsamen Interessen zu vereinen.

ANF, 5.5., ISKU

Koordinierte iranisch-türkische Angriffe auf Kandil

Nach Angaben des PKK-Sprechers Ahmed Danis werden die Angriffe auf Kandil zwischen der Türkei und dem Iran koordiniert. Bei dem dreistündigen Angriff am 1. Mai seien dutzende Kampfflugzeuge eingesetzt worden, Verluste habe die PKK nicht erlitten. Weiter erklärte Danis: "Wir haben Informationen darüber, dass am 30. April ein Treffen zwischen dem Iran und der Türkei stattgefunden hat. Zweck des Treffens war es, Ziele festzulegen, die von iranischem Territorium aus angegriffen werden sollen."
Zeitgleich zu der Bombardierung gab Necirvan Barzani als Regierungschef Südkurdistans in Hewler eine Erklärung ab. Zuvor war Barzani in Bagdad mit einer türkischen Abordnung zusammen getroffen. Das Treffen, bei dem es um Themen wie "die Besorgnis der türkischen Seite", Sicherheit, Handel und Soziales gegangen sei, sei positiv verlaufen und "mehr wert als zehn Versammlungen", so Barzani. Es sei ein Konsens zum Thema der Errichtung eines "Mechanismus für eine Lösung der bestehenden Probleme" erreicht worden. In den kommenden Tagen wird ein Besuch Barzanis in der Türkei erwartet.
Der irakische Staatspräsident Celal Talabani drückte seine "Zufriedenheit" mit dem Treffen zwischen der türkischen und der kurdischen Abordnung aus. Auch der türkische Ministerpräsident Erdogan bezeichnete in einer Botschaft an seinen irakischen Amtskollegen Maliki die Entwicklungen als positiv und äußerte den Wunsch, dem Irak in der kommenden Zeit einen Besuch abzustatten.
So blieb auch eine Verurteilung der türkischen Luftangriffe auf südkurdisch-irakisches Territorium von Seiten der südkurdischen oder der irakischen Regierung aus.

PUK sperrt Kandil für Medienvertreter

Nach dem Luftangriff der türkischen Armee auf Kandil haben Peschmerga der PUK 40 Medienvertreter daran gehindert, in das betroffene Gebiet zu fahren. Betroffen waren neben kurdischen Journalisten auch Vertreter internationaler Nachrichtenagenturen. Auf die Frage, wie lange das Verbot gelten solle, hieß es lediglich, es sei unbefristet.
Einzig der kurdische TV-Sender Roj TV sowie ANF berichten aus den bombardierten Gebieten.

ANF, 2./4.5., ISKU

Meldungen

Weitere militärische Auseinandersetzungen

Am 2. Mai begann die türkische Armee eine Militäroperation in den Gebieten Kirê Karargah und Kirê Eli des Berges Ararat. Die Operation dauerte bis zum 3. Mai an. Es kam nicht zu Auseinandersetzungen.
Die türkische Armee musste den Winter über aufgrund starken Widerstands der Guerilla zahlreiche Stützpunkte aufgeben. Jetzt versucht sie erneut Fuß zu fassen. So fanden u. a. in Bingöl Genç und anderen Gebieten Militäroperationen statt. Die HPG warnten die Bevölkerung von Bingöl Genç davor, dass die Armee besonders in Xiraba, Avnik und Xeylan, die zu Genç gehören, Kräfte im Gebiet verteilt haben, die die Zivilbevölkerung angreifen könnten.
In vielen Gebieten griff die Guerilla die Operationen an. Bei Auseinandersetzungen kamen zahlreiche Soldaten ums Leben.
In Haftanin hat die Armee die Hügel Sivan und Maymun, die sie bei Winterbeginn verlassen hatte, wieder eingenommen.
Am 1. Mai startete die Armee in der Provinz Amed, im Gebiet Akdag, um Mergê und Xirabe eine Operation. Es kam nicht zu Auseinandersetzungen, die Armee zog sich ergebnislos zurück.

hpg-online, 2.-5.5., ISKU

Bombardierung und Embargo

Die Zivilbevölkerung in Kandil ist sowohl von der Bombardierung der Türkei als auch einem Embargo der kurdischen Regierung betroffen. Die Kinder können nicht mehr zur Schule gehen, die meisten Lehrer haben die Dörfer verlassen. Es bestehen massive Versorgungsprobleme mit Lebensmitteln und Medikamenten. Gesundheitsdienstleistungen gibt es fast gar nicht mehr. Seit drei Tagen verbringen die Menschen die Nächte wieder in Höhlen und selbstgebauten Bunkern. Neben Straßen, Schulen und Wohnhäusern sind auch immense Schäden in der Tierhaltung entstanden. *ÖP, 5.5., ISKU*

EU-Troika warnt Türkei vor AKP-Verbot

Die Europäische Union hat die Türkei vor den Folgen eines Verbots der Regierungspartei AKP gewarnt. Eine solche Entscheidung in dem Verfahren vor dem türkischen Verfassungsgericht werde negative Konsequenzen haben, sagte EU- Erweiterungskommissar Olli Rehn. Brüssel könne nicht neutral bleiben, weil die Türkei EU-Beitrittskandidat ist.

1. Mai – Kritik an Erdogans Knüppelorgie

Nach den schweren Übergriffen der Polizei am 1. Mai in Istanbul nimmt die Kritik an der durch das Parteiverbotsverfahren gegen die gemäßigt islamische Regierungspartei AKP ohnehin angeschlagenen Regierung Erdogan zu.
Die Kritik an der türkischen Regierung entzündet sich nicht nur an dem Ausmaß der Polizeigewalt, sondern auch daran, dass es für den Polizeieinsatz keinen nachvollziehbaren Grund gab. Das Massenblatt "Milliyet" schrieb über seine Titelseite "Warum?" "Hürriyet" stellte in dicken Balken auf der Frontseite fest: "1. Mai, Polizeistaat". "Radikal", bisher eine der Zeitungen, die das Verfahren gegen die AKP am schärfsten verurteilt hat, titelte ebenfalls über die volle Front: "Die Demokratie der AKP reichte bis hierher".
Es war wirklich kein normaler 1. Mai in Istanbul gewesen und auch etwas anderes als eben ein Katz-und-Maus-Spiel zwischen ein paar jugendlichen Demonstranten und der Staatsmacht. Die Auseinandersetzungen begannen kurz nach 6 Uhr. Hubschrauber kreisten im Tiefflug über den Häusern. Mit Wasserwerfern, Gasbomben und Knüppelorgien wurde das erste Häuflein Demonstranten bekriegt, das nichts weiter gemacht hatte, als sich vor dem Hauptsitz des Gewerkschaftsverbandes DISK zu versammeln. Das war drei Kilometer entfernt von dem berühmten Taksim-Platz, auf den die Demonstranten auf keinen Fall kommen sollten.
Die Demonstration der geballten Staatsmacht dauerte dann den ganzen Tag, bis am Abend schließlich eine Militäreinheit mit ca. 30 Fahrzeugen durch das Viertel fuhr. Die Soldaten saßen zum großen Teil auf offenem Verdeck, die Gewehre schussbereit in den Händen. Diese Einheit hatte zuvor den ganzen Tag in einem Park in der Nähe in Bereitschaft gestanden. "Radikal" stellte fest, die Regierung habe in den letzten fünf Monaten getan, was sie nur konnte, um sich selbst zu isolieren.
Dann zählt er alle die Schritte auf, mit denen die Regierung die Gewerkschaften brüskiert hat. Zum Beispiel verglich Ministerpräsident Recep Tayyip Erdogan die Arbeiter mit den Füßen, die auf den Kopf hören sollten. Schließlich am Ende das Beharren der Regierung auf dem Verbot der Demonstration zum 1. Mai auf Istanbuls zentralem Taksim-Platz. Das wurde begleitet von einer Einschüchterungskampagne, zu der auch die Eröffnung von Strafverfahren gegen die Gewerkschaftsführer wegen ihres Demonstrationsaufrufs gehörte.
Schon vor dem 1. Mai war eine allmähliche Abwendung der türkischen Liberalen von Erdogans AKP spürbar. Darunter sind Leute, die Erdogan jahrelang unterstützt haben, weil sie sich von ihm das Aufbrechen verkrusteter Strukturen erhofften, weil sie mehr Demokratie wollen und weil sie in die EU wollen. Doch der Reformeifer der Regierung ist lange erloschen. Wollte Erdogan nun zeigen, dass er auch den starken Staat machen kann, wie schon an Newroz diesen Jahres als in den kurdischen Gebieten vier Menschen bei Demonstrationen starben? Meint Erdogan, zeigen zu müssen, dass die Demokratie mit ihm nicht so weit geht, dass der Staat nicht mehr hart durchgreifen kann? *ND, 3.5.*

Kurdische Medien im Visier der Strafverfolgungsbehörden

Auf der Grundlage eines Beschlusses des Verwaltungsgerichts Köln, veranlasst vom Landeskriminalamt NRW, wurden in den frühen Morgenstunden die Studioräume des in Wuppertal ansässigen kurdischen Fernsehsenders Roj TV, der Produktionsfirma VIKO sowie die Privatwohnungen aller Mitarbeiter/innen durchsucht. Außerdem führten Polizeikräfte eine Razzia in der Kölner Wohnung eines sowohl für den Sender als auch für die prokurdische Tageszeitung Yeni Özgür Politika tätigen Journalisten durch. Beschlagnahmt wurden bei dieser Polizeiaktion Computer, sämtliche CDs, eine Hochzeitskassette sowie alle Unterlagen der TV-Produktionsfirma VIKO.
Azadî protestiert in aller Schärfe gegen das fortgesetzte polizeiliche und politisch motivierte Vorgehen gehen kurdische Institutionen und ihre Mitarbeiter/innen.
Diese jüngsten Repressionsmaßnahmen sind Beleg dafür, dass die deutsche Politik den vielfachen Forderungen des türkischen Staates nach Zerschlagung der Strukturen der kurdischen Bewegung bereitwillig folgt.
Sind seit Monaten erhebliche Verschärfungen in der Strafverfolgung kurdischer Aktivist(inn)en zu konstatieren, zielen diese Durchsuchungen darauf ab, die kurdischen Medien zu zerschlagen, um eine (kritische) Berichterstattung über die eskalierende Situation in der Türkei und im Norden des Irak gegen die kurdische Bevölkerung unmöglich zu machen. So zeichnet sich ab, dass die türkische Seite mit US-, israelischer und iranischer Unterstützung die kurdische Frage mit militärischen Methoden "lösen" will und die deutsche Politik dieses Treiben mit polizeilichen und strafrechtlichen Mitteln begleitend unterstützt. *Azadî , 7.5.*

Projekt "Ilisu" droht das Aus

Kreditversicherer aus Österreich, Deutschland und der Schweiz prüfen die Einhaltung der rund 150 Auflagen an die türkischen Behörden
Der Ilisu-Staudamm, eines der umstrittenen Energie-Projekte der Türkei, ist in einer kritischen Phase. Derzeit prüfen Österreich, die Schweiz und Deutschland, ob die Türkei Auflagen wie eine sozialverträgliche Umsiedlung tausender Menschen einhält. Insgesamt geht es um rund 150 Auflagen an die Behörden.
Die Türkei musste bis Ende April nachweisen, dass sie bei den Auflagen mehr Dampf macht. Anfang März hatte ein Expertenbericht festgestellt, dass das Staudammprojekt am Tigris nahe der Grenze zu Syrien und dem Irak die internationalen Standards für Umwelt, Umsiedlungen und Kulturgüter nicht einhält.
In den kommenden Wochen werden die Exportkreditversicherer der drei Länder, darunter die Österreichische Kontrollbank (OeKB) und die Schweizerische Exportrisikoversicherung (SERV), mit Experten prüfen, ob die türkischen Behörden die Auflagen nun einhalten, sagte Eric Scheidegger, Leiter der Direktion Standortförderung beim Staatssekretariat für Wirtschaft (SECO) der Nachrichtenagentur SDA am Donnerstag.
Problematisch sei etwa, dass Entschädigungen für Menschen, die bereits umgesiedelt wurden, nicht den Abmachungen entsprachen, führte Scheidegger laut SDA aus. Gemäß Vereinbarungen dürfen die Umgesiedelten nicht einfach mit Bargeld abgefunden werden, sondern müssen beispielsweise anderes Land als Ersatz erhalten.
Entscheide über das weitere Vorgehen der Versicherer hängen nun davon ab, wie die Experten die Verbesserungsmaßnahmen der Türkei beurteilen. Die Auflagen sind an den Baubeginn geknüpft.
Falls die Türkei die Voraussetzungen nicht erfüllen, ist nach den Worten Scheideggers im Extremfall auch denkbar, dass die staatlichen Exportkreditversicherer der drei Länder aus dem Projekt aussteigen. Diese hatten die Übernahme von Exportrisiken an rund 150 Auflagen geknüpft.
In Österreich haftet der Risikoversicherer Oesterreichische Kontrollbank (OeKB) mit für den gut 1,1 Mrd. Euro teuren Staudamm. OeKB-Chef Rudolf Scholten betonte erst am Dienstag dieser Woche, dass nur dann eine Haftung übernommen werde, wenn alle Auflagen erfüllt sind. Gleichzeitig meinte Scholten aber auch, dass man der Türkei eventuell Übergangsfristen einräumen könnte. *DS, 2.5., ISKU*

Rehn kritisierte ausserdem das Vorgehen der türkischen Polizei gegen Demonstranten in Istanbul am 1. Mai. Die Gewalt sei unverhältnismäßig gewesen, sagte er. Rehn forderte, dass die Rechte der Gewerkschaften geachtet werden müssten. *DP, 7.5., ISKU*

Das falsche Lied gesungen
Sechs Mitglieder eines Kinderchors stehen in Diyarbakir vor Gericht, weil sie ein kurdisches Lied gesungen haben. Laut den Vorwürfen der Staatsanwaltschaft haben die angeklagten Kinder im Alter von 14 und 15 Jahren im vergangenen Oktober bei einem Auftritt während des World Music Festivals im US-amerikanischen San Francisco den Marsch "Ey Ragip" angestimmt und sollen so Propaganda für die in der Türkei verbotene PKK (Arbeiterpartei Kurdistans) geleistet haben. Angeklagt sind die Kinder nach dem berüchtigten "Antiterrorgesetz", das verschärfte Strafen vorsieht. Im Falle einer Verurteilung drohen ihnen bis zu fünf Jahre Haft.
Nach Angaben von Baran Pamuk, einem der Verteidiger der Kinder, sind die Vorwürfe allerdings nicht haltbar. So gehöre der Marsch zwar durchaus zum Liedgut der PKK, werde aber keinesfalls exklusiv von der Guerilla gesungen. Vielmehr sei das Lied auch Nationalhymne der kurzlebigen kurdischen Republik von Mahabad im Jahre 1946 gewesen und auch heute wieder Nationalhymne der kurdischen Autonomieregion im Nordirak. Darüber hinaus ist das Lied den Verlautbarungen Pamuks zufolge bei vielen kurdischen Gruppierungen unterschiedlichster politischer Auffassungen in allen Teilen Kurdistans populär. Geschrieben wurde der Text bereits im Jahre 1940 von dem Dichter Yunis Rauf (1917–1948) – rund 38 Jahre also vor Gründung der PKK. Der Anwalt fordert eine sofortige Einstellung des Verfahrens. *jW, 3.5., ISKU*

Quellen:

ÖP	Yeni Özgür Politika
ANF	Firat Nachrichtenagentur
jW	junge Welt
hpg	hpg-online.com
ND	Neues Deutschland
DS	Der Standard
DP	Die Presse

N û ç e
erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der
Informationsstelle Kurdistan
Schanzenstraße 117
20357 Hamburg
Tel.: 040 - 421 02 845
E-mail: isku@nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
Postbank Köln, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 3968-506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.isku.org

Nr. 361
16. Mai 2008

Nûçe



Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@nadir.org
www.isku.org

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

Popstar Tarkan unterstützt Stop Ilisu Kampagne

Widerstand in der Türkei wächst

Während in Wien Österreich, Deutschland und die Schweiz über die weitere Vorgangsweise beraten, wird der Widerstand gegen das Ilisu-Projekt auch in der Türkei immer stärker.
Der türkische Popstar Tarkan gab in der antiken Stadt Hasankeyf den Startschuss für eine neue türkeiweite Initiative, die das Ziel hat, den Ilisu-Staudamm zu verhindern und statt dessen Hasankeyf und das Tigristal zum Weltkulturerbe zu erklären.
Angeführt wird die Kampagne von der türkischen Naturschutzorganisation Doga Dernegi ("Türkischer Naturschutzbund"). Tarkan, 1972 in Deutschland geboren, gilt als der bekannteste Sänger der Türkei und weit darüber hinaus. "Ich unterstütze diese Kampagne, weil der Schlüssel für unsere Zukunft unsere einmalige Natur und Kultur ist. Wir müssen Hasankeyf retten!", so der Popstar in Hasankeyf vor über einhundert Journalisten.
Außerdem kündigte er ein Konzert in Hasankeyf an, zu dem er internationale Stars einladen will.
Das Logo der türkischen Kampagne ziert die Euphrat-Weichschildkröte, einer bis zu 1,3 Meter großen Schildkrötenart, die weltweit nur an Euphrat und Tigris vorkommt. Aufgrund der vielen Staudammbauten, ist diese Art am Euphrat aber kaum noch zu finden. Am Tigris hingegen ist sie noch relativ häufig. Würde Ilisu gebaut, dürfte die Art aussterben.

Tarkan: Die Geschichte in der Türkei wird zerstört
Der Pop-Musiker Tarkan hat sich an der Eröffnung des "Hasankeyf Naturbüros" beteiligt und auf die Zerstörung der Geschichte in der Türkei hingewiesen. Dieses Informationsbüro in Hasankeyf wurde vom Naturverein (Doga Dernegi), der seit 2005 gegen den Ilisu-Staudamm arbeitet, im Rahmen seiner neu gestarteten Kampagne "Stoppt die Vernichtung von Hasankeyf" eröffnet. Vor der Eröffnung besichtigte Tarkan mit Vertreter des Naturvereins und dem Bürgermeister von Hasankeyf einige wichtige Stellen der Stadt, begleitet von rund 100 Journalisten. Der auch anwesende Redaktionsleiter der Zeitschrift Atlas, Özcan Yüksek, bezeichnete Hasankeyf als das Canakkale des Ostens.
Tarkan verlas zur Eröffnung des Büros eine Deklaration. Nach den Worten von Tarkan ist das 10.000 Jahre alte Hasankeyf ein zu schützendes Freilichtmuseum, wo die Wurzeln der Menschheitskultur liegen. Tarkan sagte weiter: "Die europäischen Staaten erhalten ihre Geschichte mit großer Sorgfalt. Ich wende mich an unsere Politiker, Intellektuellen und Künstler. Sie müssen auf die Stimme der Menschen hören. In aller Welt nehmen die Stimmen zu, die den Stopp des Ilisuprojektes fordern. Wir fordern auch die ausländischen Unternehmen zum Ausstieg aus dem Projekt, das in ihren Ländern niemals verwirklicht werden könnte." Tarkan verwies auf die negativen Folgen von Talsperren; auf die Zerstörung von Kultur und Umwelt wie zahlreiche Beispiele in der Welt es schon belegt haben.

Kurdische Kulturschaffende protestieren vor dem Auswärtigen Amt
Am 15. Mai 2008 um 12 Uhr wird eine internationale Delegation kurdischer Kulturschaffender den Außenminister Frank-Walter Steinmeier auffordern, die deutsche Bürgschaft für den Ilisu-Staudamm zurück zu ziehen. Unterstützt wird dieses Engagement von Menschenrechts- und Umweltorganisationen wie dem NABU, International Rivers, WEED, der Berliner Aktionsgruppe Ilisu-Hasankeyf sowie kurdischen Vereinen.
In einem offenen Brief weisen die Delegierten darauf hin, dass mit dem Bau des Staudamms sowohl das Völkerrecht als auch die mit der Kreditbürgschaft verbundenen Auflagen der Bundesregierung verletzt werden.
Die Kundgebung findet zu einem brandaktuellen Termin statt. Am 15. Mai wollen die Exportkreditagenturen der Schweiz, Österreichs und Deutschlands den zuständigen Ministerien mitteilen, ob die Bürgschaft zurückgezogen werden sollte. Im März hatte eine Expertenkommission festgestellt, dass die Türkei kaum eine der mit der Kreditbürgschaft verknüpften Auflagen im Bereich Umsiedlungen, Umweltschutz und Kultur eingehalten hat.
Der Staudammbau würde rund 200 Siedlungen sowie die über 10.000 Jahre alte mesopotamische Stadt Hasankeyf mit ihren einzigartigen archäologischen Monumenten überfluten und fatale Natur- und Umweltschäden verursachen. Über 55.000 Menschen würden von ihrem Land vertrieben.
In ihrem Brief betonen die Delegierten: "Deutschland spielt im Bereich des Umweltschutzes und des Erhalts von Kulturgütern international eine Vorreiterrolle. Verspielen Sie diesen guten Ruf Ihres Landes nicht, sondern demonstrieren Sie durch eine Rücknahme der Hermesbürgschaft, dass Deutschland sich für den Schutz von Umwelt und Kulturgütern einsetzt. Wir fordern Sie auf: Nehmen Sie Ihre Bürgschaft zurück und setzen Sie damit ein Zeichen für Frieden, Umweltschutz und den Schutz der kurdischen Kultur."
(ECA/Weed/DIHA, 14.5., ISKU)

Militäroperationen im Mai

Am 8. Mai wurde die Militärstation von Bezelê von Guerillakräften angegriffen. Bei der Aktion starben 29 Soldaten, 4 Gebäude der Militärstation, 6 militärische Fahrzeuge und 1 Bulldozer wurden vernichtet. Bei dieser Aktion sind die Guerillas Zagros Çavres (Deniz Çeker) und Masiro Farasin (Mecit Timur) gefallen.
Am 8. Mai sind Adil Xwesti und Selim Bercef aus Zaxo im Gebiet Sinaht beim Jagen durch Soldaten des türkischen Militärs erschossen worden. Beide Leichname wurden mit der Begründung, es seien Guerillas, zuerst nach Sirnak gebracht. Später wurden sie aber wieder in das Gebiet Sinaht zurück gebracht und dort auf dem Feld liegen gelassen.
Am 9. Mai haben Kriegsflugzeuge der türkischen Armee das Dorf Zinewa im Gebiet Çiyayê Spi von Zaxo bombardiert. Guerillaeinheiten haben sich nicht in dem Gebiet befunden. Durch die Luftangriffe erlitten die Dorfbewohner Schäden an Häusern und Gärten.
Am 9. Mai wurde von Guerillakräften in Bingöl/Adakli ein Hinterhalt gegen türkische Armeeeinheiten gelegt. Ein militärisches Fahrzeug wurde zerstört. Ein Unteroffizier und vier Soldaten starben, sieben Soldaten wurden verletzt. Die Guerilla erlitt keine Verluste.
Seit dem 10. Mai greifen türkische Armeeeinheiten aus der Luft die Gebiete Begaltê, Bedehê, Herkê, Erdivil, Direye, Mavata, Stûnû und Kiye, die Dörfer Hopê und Adilbeg, aus der Luft an. Nach den Luftangriffen beschoss man das Gebiet mit Granaten – bei der Bombardierung hatten die Guerillaeinheiten keine Verluste zu verzeichnen.
(hpg, 8.-14.5., ISKU)

Meldungen

Gendarmerie soll Aufgabe der Gefängnisbewachung abgeben
Ein Gesetzentwurf zur Neuregelung der Bewachungsaufgaben von Gefängnissen wurde der Staatskanzlei zugestellt. Der Gesetzentwurf sieht vor, dass die Zuständigkeit für die Außensicherung der Gefängnisse von der Gendarmerie zu Angestellten des Justizministeriums übergeht. Dem Entwurf zufolge soll der Übergang am 1. Januar 2009 beginnen und binnen fünf Jahren abgeschlossen werden. Zugleich sollen beim Justizministerium jährlich 1.500 Neueinstellungen für die Gefängnissicherung erfolgen.
(Za, 6.5., ISKU)

Entwurf für neues Gewerkschaftsgesetz im Kabinett vorgestellt
Der in Zusammenarbeit mit den Sozialpartner erstellte Gesetzentwurf enthält beispielsweise die Aufhebung der notariellen Bestätigung beim Gewerkschaftsbeitritt. Das Mindestalter für die Gewerkschaftsmitgliedschaft wurde von 16 auf 15 Jahre gesenkt. Gewerkschaften erhalten außerdem das Recht, im Ausland Niederlassungen zu eröffnen und bei bestimmten Fragen mit ausländischen Gewerkschaften zusammenzuarbeiten. Regierungssprecher Cicek erklärte außerdem, dass die 10-prozentige Organisationsklausel in einer Wirtschaftssparte landesweit aufgehoben werden könnte. Zusammen mit dem Gewerkschaftsgesetz soll auch eine Änderung am Gesetz zu Streik und Aussperrung vorgenommen werden. Die Regierung will den Entwurf nach Möglichkeit noch vor der Sommerpause verabschieden.
(Dü, 6.5., ISKU)

60 Jahre Haft für Leyla Zana gefordert
Ein Gericht in der südosttürkischen Stadt Diyarbakir hat am Freitag erneut ein Strafverfahren gegen Leyla Zana eingeleitet. Grund für die Anklage sind neun Reden, die die prominente kurdische Politikerin im vergangenen Jahr in der Türkei und vor dem Europäischen Parlament gehalten hat. Die Staatsanwaltschaft fordert in dem Prozeß eine Haftstrafe von insgesamt 60 Jahren, weil Zana den ehemalige PKK-Vorsitzenden Abdullah Öcalan "verherrlicht", die Jugend zur Kriegsdienstverweigerung aufgerufen und die kur-

Neue Angriffe auf Roj TV

Die Bundesregierung versucht, eine Stimme der kurdischen Freiheitsbewegung zum Schweigen zu bringen. Auf Anordnung des Bundesinnenministeriums durchsuchten am Mittwoch Staatsschutzbeamte das Studio des kurdischen Satellitensenders Roj TV in Wuppertal. Auch die Räumlichkeiten der Produktionsfirma VIKO und die Wohnungen von 15 Mitarbeitern des Senders sowie von Journalisten der Tageszeitung Özgür Politika wurden durchsucht. Die Polizei beschlagnahmte Filmmaterial, Computer, CDs, Unterlagen und selbst ein Hochzeitsvideo.
Das Bundesinnenministerium hält sich bedeckt: "Die Aktion erfolgte aufgrund eines vereinsrechtlichen Verfahrens." Gemeint ist das PKK-Verbot. So soll Roj TV ein Propagandasender der verbotenen Arbeiterpartei Kurdistans PKK sein, über den kurdische Jugendliche in Europa dazu aufgefordert worden seien, sich der Guerilla in Kurdistan anzuschließen.
Der seit 2004 in Dänemark lizensierte Sender Roj TV mit Studios in Brüssel und Wuppertal erreicht mit seinen Nachrichten-, Politik- und Kultursendungen in türkischer, kurdischer, arabischer und persischer Sprache täglich Millionen Zuschauer in Europa und im Nahen Osten. Regelmäßig kommen hochrangige Vertreter der kurdischen Befreiungsbewegung in Live-Zuschaltungen aus den kurdischen Bergen zu Wort.
Nachdem bereits in den letzten Monaten erhebliche Verschärfungen bei der Strafverfolgung kurdischer Aktivisten in Deutschland zu beobachten seien, zielten diese Durchsuchungen darauf ab, eine kritische Berichterstattung über die eskalierende Situation in der Türkei und Kurdistan zu verhindern, warnte Monika Morres vom Rechtshilfefonds für Kurden AZADI in Düsseldorf. Die türkische Regierung drängt seit langem auf eine Schließung von Roj TV.
Unterstützung bekommt Ankara inzwischen von den USA. Der Direktor der Antiterrorabteilung im US-Außenministerium, Frank C. Urbancic Jr, nannte den Sender eine "Speerspitze des Terrorismus" und versprach, die europäischen Staaten zur Schließung zu bewegen. Ein erster von den US-Antiterrorexperten initiierter Versuch der belgischen Behörden, Roj TV durch eine angebliche millionenschwere Steuerschuld zum Verstummen zu bringen, scheiterte Ende Februar. Jetzt soll die Keule des PKK-Verbots gegen den Sender in Deutschland geschwungen werden.
"Seit Mitte Dezember läuft eine großangelegte Offensive in den kurdischen Gebieten gegen die Bevölkerung, die Guerilla und die Partei für eine Demokratische Gesellschaft DTP. Die Polizeiaktionen in Deutschland haben genau damit zu tun", sagte Mehmet Demir, stellvertretender Vorsitzender der Föderation Kurdischer Vereine in Deutschland Yek Kom, am Donnerstag gegenüber junge Welt. "Auch hier möchte der Staat die Kurden zum schweigen bringen. Deshalb geht man gegen die Medien vor, die seit Jahren versuchen, der Öffentlichkeit die Probleme des kurdischen Volkes nahe zu bringen und Vorschläge für eine friedliche Konfliktlösung zu verbreiten", so Demir.

(jW, 9.5., ISKU)

Mesopotamien-Kulturhaus in Halle und Wohnung in Berlin betroffen

Wieder Durchsuchungen

Auf der Suche nach Beweismitteln in einem Ermittlungsverfahren gegen Ahmet E., haben am 14. Mai Beamte des Landeskriminalamtes (LKA) Sachsen-Anhalt die Räumlichkeiten des Mesopotamien-Kulturhauses in Halle sowie die Wohnung von Filiz T. in Berlin durchsucht. Zu Festnahmen ist es bei dieser polizeilichen Aktion nicht gekommen.
Laut Beschluss des Amtsgerichts Halle vom 21. April 2008, das die Durchsuchung des kurdischen Vereins angeordnet hat, werde der Beschuldigte verdächtigt, "mindestens seit Juni 2007 als Gebietsverantwortlicher für die nachgeordneten Räume Magdeburg, Halle, Leipzig, Zwickau und Dresden" Spendengelder für die "ehemalige PKK und ihre Nachfolgeorganisationen und die Verteilung von Publikationen eingetrieben" zu haben. Hierbei sei er von den "jeweilig gesondert verfolgten Raumverantwortlichen" unterstützt worden. Als "Mitglied einer kriminellen Vereinigung innerhalb der PKK" habe sich Ahmet E. durch seine Handlungen strafbar nach § 129 StGB gemacht.
Von den Durchsuchungen habe man sich laut Gerichtsbeschluss erhofft, insbesondere "Abrechnungsunterlagen, Spendenquittungen, Propagandamaterial, Telefonabrechnungen, elektronische Speichermedien und sonstige Unterlagen, die Aufschluss geben über die Tätigkeit des Beschuldigten für die PKK und ihre Nachfolgeorganisationen sowie Telefone und Computer" zu finden.
Azadî verurteilt auch diesen Angriff auf die kurdischen Strukturen und fordert neben der Aufhebung des seit 1993 bestehenden Betätigungsverbots der PKK endlich die Bereitschaft der politisch Verantwortlichen, sich auf der Ebene des Dialogs mit den Konflikten und deren Lösung in der, kurdischen Frage' auseinanderzusetzen.

(Azadî, 15.5, ISKU)

Kriegdienstverweigerer in Haft

Der kurdische Kriegdienstverweigerer Halil Savda ist wieder im Knast in der Türkei. Er steht, wie alle Kriegsdienstverweigerer im Knast, unter Bedrohung von Folter und faschistischen Angriffen.
In der Türkei wird jeder 20 jährige Mann dazu gezwungen, den obligatorischen Kriegsdienst zu machen. Staat und Militär beanspruchen den Verstand und den Körper der Menschen, um sie nach ihren eigenen Interessen benutzen zu können. Das Recht, diese Herrschaft zu hinterfragen und das nicht zuzulassen, ist im Gesetzt selbstverständlich nicht vorgesehen. Nur diejenigen, die durch Militärärzte als "verdorben" (untauglich) diagnostiziert werden, dürfen mit einem "Verdorbenheitsattest" in der Hand zurück nach Hause. Nach Auffassung des Militärs ist Homosexualität auch ein Grund für "Verdorbenheit". Menschen, die zu der Kriegshetze der Generäle, PolitikerInnen und Massenmedien "Jetzt mal Schluß!" sagen, werden zu "Vaterlandsverrätern" erklärt, genauso wie die Männer, die nicht zum Krieg oder einfach nicht zur Armee gehen wollen. Das darauf folgende ist Militärgericht, Militärknast, Folter und faschistische Angriffe. Die in der Türkei durch den 25 Jahren andauernden Krieg verursachten Toten, Folterungen und Zwangsmigrationen können in der Öffentlichkeit nicht zur Sprache gebracht werden. "Ich gehe nicht zum Krieg" zu sagen, bedeutet Knast oder Zielscheibe der Faschisten zu werden.
Halil Savda ist ein Kriegsdienstverweigerer in der Türkei. Er wurde als Kurde Zeuge des Prozesses und der Konsequenzen des Krieges. Er will nicht töten und getötet werden. Er verweigert, Soldat zu sein, Teil des Heeres zu werden, dessen Existenzgrundlage töten und getötet werden ist. Halil wurde deswegen zum zweiten Mal vor das Militärgericht gestellt und zum Militärknast gebracht. Da er seine Gedanken über den Krieg und das Militär frei zur Sprache bringt, und da es klar ist, dass er diese Gedanken nicht aufgeben wird, wurde ihm von Militärärzten unter Zwang das "Verdorbenheitsatt" gegeben. Halil ist jetzt im zivilen Knast. Aber er ist auch dort nicht geschützt vor Folter und faschistischen Angriffen. Denn Halil besteht darauf, dass er ein freier Mensch ist, der eigene Entscheidungen über sein Leben treffen will. Staat, Militär und ihre Anhänger haben Angst vor freien Menschen.

(indy, 13.5., ISKU)

dischen Landesteile der Türkei als "Kurdistan" bezeichnet haben soll.
Die ehemalige Parlamentsabgeordnete, die bereits zehn Jahre in Haft zubringen mußte, ist zuletzt am 10. April wegen einer Rede zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt worden.

(jW, 13.5., ISKU)

Quellen:

DIHA	Dicle Nachrichtenagentur
jW	junge Welt
hpg	hpg-online.com
Dü	Dünya
Za	Zaman
ECA	ECA Watch
indy	de.indymedia.org

Termine:

Veranstaltung zu Kurdistan
Aktuelle Lage
Bericht der Hamburger Newrozdelegation
Information zum Ilisu-Staudamm
Ort: Werkstatt 3
Nernstweg 32, Hamburg-Altona
21.Mai – 19.00 Uhr

Antimilitaristisches Solikonzert
auf dem Schwarzen Kanal mit Vokü und Koktails
Eintritt gegen Spende
Wagenplatz Schwarzer Kanal
Michaelkirchstr. 20 , Berlin
21.Mai – 18.00 Uhr

Dokumentarfilme über Militarismus und Antimilitarismus in der Türkei und in Kurdistan
Filmvorstellung am Heinrichplatz, Berlin-Kreuzberg
22. Mai – 21.00 Uhr

N û ç e

erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der
Informationsstelle Kurdistan
Schanzenstraße 117
20357 Hamburg
Tel.: 040 - 421 02 845
E-mail: isku@nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
Postbank Köln, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 3968-506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.isku.org

Nr. 362
23. Mai 2008

Nûçe


Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@nadir.org
www.isku.org

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

Ununterbrochene Bombardierung kurdischer Dörfer

Seit knapp zwei Wochen setzt die iranische Armee Dörfer und Hochalmen in Südkurdistan (Irak) unter Beschuss. Zu Toten ist es dabei nicht gekommen, aber die Bevölkerung, die ihrer Arbeit nicht nachkommen kann, flüchtet aus der betroffenen Region. Die Regionalregierung Südkurdistans, die zu den jüngsten Luftangriffen der türkischen Armee keine Erklärung abgegeben hatte, hat jetzt mit einer Protestnote die UN aufgefordert, die militärische Aggression zu stoppen. Wie es darin heißt, mussten bisher über 140 Familien flüchten.

Türkische Bomben treffen Moschee

Bei den jüngsten Luftangriffen der türkischen Armee auf Südkurdistan ist eine Dorfmoschee getroffen worden. Bereits zuvor waren Guerillafriedhöfe und Schulen bombardiert worden.
Zu Toten kam es in dem Dorf Kalatuka nicht, weil sich die Bewohner außerhalb des Dorfes befanden. Allerdings wurden mehrere Häuser, die Schule sowie die Moschee beschädigt. Wie Azize aus dem Dorf gegenüber der Nachrichtenagentur ANF mitteilte, habe nach der Zerstörung der Dorfschule der Lehrer das Dorf verlassen. Jetzt sei auch noch der Imam gegangen: "Aber wir können unser Dorf nicht verlassen, wir leben von unseren Gärten, Feldern und Tieren. Unser Leben ist aufgrund der Luftangriffe in ständiger Gefahr, aber wenn wir hier alles zurücklassen und gehen, bedeutet das einen anderen Tod für uns. Unsere Häuser werden getroffen, unsere Schule wurde dem Erdboden gleichgemacht, unsere Moschee ist nicht mehr benutzbar. Und alle Welt schweigt zu diesen Angriffen des türkischen Staates, der sich selbst moslemisch nennt."
Der ehemalige Peschmergakämpfer Mam Hüseyin erklärte gegenüber ANF, die Region Kandil werde vollkommen isoliert. Er selbst sei 40 Jahre für die PUK als Peschmerga tätig gewesen und jetzt lasse die kurdische Regionalregierung die eigene Bevölkerung im Stich. "Ich habe 40 Jahre lang gegen Saddam und den Iran gekämpft. Diejenigen, die durch den Kampf des Volkes an die Macht gekommen sind, halten es jetzt noch nicht einmal für nötig, eine Stellungnahme zu den Luftangriffen auf die kurdische Bevölkerung abzugeben."

(ÖP, 14.5., ANF, 21.5., ISKU)

Übergriffe bei Newroz-Feiern und am 1. Mai bleiben bislang ungeahndet

Polizeigewalt ohne Nachspiel

Die schweren Ausschreitungen am kurdischen Neujahrsfest im vergangenen März sind von der türkischen Regierung bewußt in Kauf genommen worden. Zu diesem Schluß kommt eine detaillierte Studie der »Menschenrechtsstiftung Türkei« (TIHV), die am Donnerstag in Ankara vorgestellt wurde. Durch ein kurzfristig angesetztes Verbot seien »illegale« Newroz-Feiern gezielt provoziert worden, heißt es in dem Bericht. Die Auswertung von Bildmaterial und die Befragung von Zeugen habe darüber hinaus ergeben, daß die Sicherheitskräfte in vielen Fällen unprovoziert und »mit übertriebener Gewalt« gegen Demonstranten und Unbeteiligte vorgegangen seien. Offensichtlich habe man von Anfang an geplant, die traditionellen Newroz-Feiern an manchen Orten »ohne Pardon« aufzulösen.
Nichtregierungsorganisationen und die im Parlament vertretene »Partei der demokratischen Gesellschaft« (DTP) fordern bislang erfolglos parlamentarische und juristische Sanktionen für die schweren Polizeiübergriffe, bei denen zwischen dem 22. und 24. März vier Menschen getötet und Hunderte verletzt worden waren. Verschleppte staatsanwaltschaftliche Ermittlungen und eine ausbleibende parlamentarische Aufarbeitung bedeuteten für die Opfer eine »doppelte Demütigung«, kritisierte der TIHV-Vorsitzende Yavuz Önen am Donnerstag. Daß die Ermittlungen gegen einen Polizisten, der einem bereits festgenommenen Minderjährigen vor laufender Kamera den Arm brach, bereits eingestellt worden seien, wertete die Menschenrechtsorganisation als »besonders beängstigend«.
Auch die brutale Polizeigewalt gegen die 1.-Mai-Feierlichkeiten in Istanbul wird vermutlich kein weiteres parlamentarisches Nachspiel haben. Mit der Mehrheit der Vertreter der Regierungspartei AKP lehnte es der Menschenrechtsausschuß der türkischen Nationalversammlung am Donnerstag ab, eine Kommission zu den Übergriffen zu bilden. Bereits am Mittwoch war ein im Zusammenhang mit dem 1. Mai gegen Ministerpräsident Tayyip Erdogan gestellter Mißtrauensantrag an der Regierungsmehrheit gescheitert.

(jW, 17.5., ISKU)

Vorbildliche Beschlüsse bei Stadtteilverein in Van

Die Stadtteilorganisierung als wesentlicher Bestandteil der Basisdemokratie schreitet voran. In Van hat der "Verein freier BürgerInnen" im Stadtviertel Hacibekir auf seinem Kongress im April diesen Jahres beschlossen, aktiv gegen frauenfeindliche Traditionen wie das Brautgeld und die Verheiratung von Minderjährigen beschlossen. Die Beschlüsse finden Unterstützung in der Bevölkerung. Wie der Vereinsvorstand ankündigte, sei der erste Schritt bei der Umsetzung dieser Beschlüsse die Anwendung in den eigenen Familien.
Neben dem Brautgeld sollen vor allem auch Gewalt gegen Frauen und Kinder sowie die Tradition der Verheiratung der Tochter zur Schlichtung von Familienfehden bekämpft werden. Wer sich nicht an die Beschlüsse hält, wird aus dem Verein ausgeschlossen. Wie der Vereinsvorsitzende Tefik Say erklärte, seien die Beschlüsse als Ergebnis von Diskussionen mit den Stadtteilbewohnern gefasst worden. Es gehe darum, "die Bevölkerung von Traditionen zu befreien, die uns zurückwerfen".

(DIHA, 22.5., ISKU)

Meldungen

"Edi bes e"-Kampagne geht weiter

Mit einer Erklärung hat die KCK den zweiten Teil der seit Oktober letzten Jahres laufenden Kampagne unter dem Motto "Edi bes e - Jetzt reicht's!" angekündigt. Es gehe darum, der Politik des türkischen Staates gegen Abdullah Öcalan, die Guerilla und das kurdische Volk "auf sozialem, politischen und wirtschaftlichem Gebiet" Einhalt zu gebieten. Das kurdische Volk sei aufgefordert "gegen Erniedrigung, Behandlung als Bürger zweiter Klasse, Folter und unmenschliche Behandlung" sowie gegen eine Politik, mit der über Hunger und Armut eine Kapitulation erreicht werden solle, "Jetzt reicht's" zu sagen.

(ÖP, 19.5., ISKU)

Unterstützungskampagne für Kriegsdienstverweigerer

Die kurdische Kriegsdienstverweigererinitiative in Bern hat eine Kampagne zur Unterstützung von Halil Savda gestartet. Im Rahmen dieser Kampagne, die vom kurdischen Volksrat Schweiz und weiteren Organisationen unterstützt wird, wird am 28. Mai eine Kundgebung vor der türkischen Botschaft in Bern stattfinden. Zeitgleich werden aus verschiedenen europäischen Ländern Postkarten an Halil Savda verschickt.

(ANF, 20.5., ISKU)

Chefredakteur von Yedinci Gün verhaftet

Der Konzessionär und Chefredakteur der Wochenzeitung Yedinci Gün Ali Turgay ist in Istanbul verhaftet worden.
Am 14. Mai war die Zeitung mit einem weiteren einmonatigen Erscheinungsverbot belegt worden. Zwei Tage später wurde Ali Turgay verhaftet, als er einer staatsanwaltschaftlichen Vorladung folgte. Ihm wird wegen verschiedener in der Zeitung erschienener Artikel "Unterstützung der PKK" vorgeworfen. Sein Rechtsanwalt Özcan Kilic legte Widerspruch gegen den Haftbefehl ein.
Mit Ali Turgay ist die Anzahl der in der Türkei inhaftierten kurdischen und oppositionellen Journalisten auf 25 gestiegen.

(ÖP, 17.5., ISKU)

Sechs Guerillakämpfer vergiftet

In Van sind sechs Guerillakämpfer von einem türkischen Spitzel mit Gift ermordet worden. Der Täter, Abdulmutallip Özdemir, war von der Guerillaeinheit zuvor wegen des Verdachts auf Kontraaktivitäten festgenommen und verhört worden. Da sich im Verhör dazu keine Beweise ergaben, wurde

Anzeigenkampagne in europäischen Zeitungen

Am Dienstag ist mit einer ganzseitigen Anzeige in der Herald Tribune mit der Veröffentlichung einer Unterschriftenkampagne unter dem Titel "Demokratische friedliche Lösung der kurdischen Frage" begonnen worden. In dem Anzeigentext wird eine verfassungsrechtliche Anerkennung der kurdischen Identität gefordert. Im Rahmen der Kampagne, die von einigen kurdischen Politikern gestartet wurde, wurden mehr als 1000 Unterschriften gesammelt. Interessant ist die politische Spannbreite derjenigen, die mit einer Unterschrift die Kampagne unterstützen. So finden sich neben den Namen kurdischer Politiker von der DTP auch welche von HAK-PAR und KADEP sowie aus der islamischen Refah-Partei, der ANAP, DP und SHP. Weiterhin wird die Kampagne von Akademikern, Juristen und Künstlern unterstützt.
In dem Text wird die Türkei zum Erlass einer Generalamnestie sowie die PKK zur Niederlegung der Waffen aufgerufen. Bernard Kouchner, Tony Blair, Martti Ahtisaari und Felipe Gonzales sollen als Vermittler für eine Lösung der kurdischen Frage tätig werden. *(ÖP, 21.5., ISKU)*

Soldaten misshandelten die Männer - Gerichtshof für Menschenrechte verurteilt Türkei

30.000 Euro Schmerzensgeld

Die Türkei muss drei Kurden Schmerzensgeld in Höhe von insgesamt 30.000 Euro zahlen, weil diese bei einem Militäreinsatz von Soldaten schwer misshandelt wurden. Dies entschied der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte am Dienstag in Straßburg. Die Türkei habe gegen das Verbot von Folter und Misshandlungen in Artikel drei der Europäischen Menschenrechtskonvention verstoßen. Die heute zwischen 35 und 52 Jahre alten Männer waren im Juli 1999 von den Soldaten festgenommen worden, als türkische Sicherheitskräfte in ihrem Dorf im Osten des Landes nach Mitgliedern der verbotenen Arbeiterpartei Kurdistans PKK suchten. Die Kläger wurden nach eigenen Angaben von den Soldaten mit Knüppeln und Gewehrläufen zusammengeschlagen. Ein Arzt stellte bei den Opfern Blutergüsse, Schürfwunden, aufgeplatzte Lippen und ausgeschlagene Zähne fest.
Trotz dieses Befundes wurden die verantwortlichen Soldaten 2005 "mangels Beweisen" freigesprochen. Der türkische Kassationsgerichtshof annullierte 2007 den Freispruch, legte den Fall aber wegen Verjährung zu den Akten. *(DS, 20.5., ISKU)*

Kurdischer Politiker im Hungerstreik

Der kurdische Politiker Abdurrahman Adigüzel wurde am 6. Mai 2008 verhaftet und befindet sich seitdem im Abschiebegefängnis Rotenburg. Adigüzel, der in der Türkei gesucht wird, ist seit zehn Tagen im Hungerstreik. Die Föderation kurdischer Vereine in Deutschland (YEK-KOM) sowie die kurdischen Vereine in Baden-Württemberg fordern seine sofortige Freilassung. Adigüzel ist seit vielen Jahren in der kurdischen Befreiungsbewegung tätig. Am 6. Mai kam er einer Einladung der Ausländerbehörde nach und wurde dort verhaftet. Am gleichen Tag trat er in einen unbefristeten Hungerstreik. Seit 2006 lebt er in Deutschland als Asylbewerber. Wie YEK-KOM erklärte, wurde sein Asylgesuch abgelehnt, "obwohl konkrete Beweise vorliegen, dass er in der Türkei gesucht wird. Auch die Tatsache, dass Adigüzel ein Bein im Krieg in Kurdistan verloren hat, wurde von den deutschen Behörden nicht beachtet." *(ANF, 15.5., ISKU)*

"Ein Prestigeprojekt für die Türkei"

Für die Türkei wird es schwierig, die guten Wirtschaftsdaten der letzten Jahre fortzuführen. Zwar wurde die Inflation, die 2001 nur bei 58,5 Prozent lag, mittlerweile auf 8,5 Prozent gedrückt. Das Ziel, heuer vier Prozent zu erreichen, sei aber wenig realistisch, betont Richard Bandera, der österreichische Handelsdelegierte in Ankara. "Die Prognose liegt bei 9,3 Prozent." Verursacher des eingebremsten Wirtschaftswachstums sei vor allem die US-Immobilienkrise, die zu einem Abfluss von Finanzgeldern geführt hat. Unter diesen Umständen sei das Ziel der Regierung, die Arbeitslosigkeit, die derzeit bei zehn Prozent liegt, weiter hinunterzuschrauben, schwierig.
Nichtsdestotrotz entwickeln sich die österreichisch-türkischen Wirtschaftsbeziehungen prächtig, hört man in der türkischen Hauptstadt. Exporte und Importe halten sich in etwa die Waage mit einem Handelsvolumen von 1,8 Milliarden Euro liege Österreich sehr gut, so Bandera, gemessen an den Investitionen liege Österreich an achter Stelle.
Insbesondere Investitionen in den Energiebereich sollen in den nächsten Jahren forciert werden, angeschoben durch ausländisches Kapital. Um etwa den Energiebedarf im Stromsektor decken zu können, sind bis zum Jahr 2020 Investitionen in der Höhe von 83,1 Milliarden Euro notwendig.
Also rücken Großprojekte wie die Pipeline "Nabucco" und das Staudammkraftwerk Ilisu in den Vordergrund der von Bundespräsident Heinz Fischer angeführten Wirtschaftsdelegation, die derzeit in der Türkei unterwegs ist.
Laut Österreichs Botschafterin Heidemaria Gürer ventiliere die Türkei bei "Nabucco" eine ganze Reihe von Möglichkeiten. Wunsch der Türkei sei, nicht als reines Transitland aufzutreten, sondern sich als Schnittstelle (Hub) zu etablieren. Vor allem wolle man den Handel selbst in die Hand nehmen. Die OMV will zwei Raffinerien in der Türkei bauen, und zwar entlang bereits jetzt existierender Pipelines. "Bisher hat die OMV aber noch keine Raffinerielizenz bekommen", so Bandera.
Was Ilisu betrifft, glaubt Rudolf Scholten, Chef der österreichischen Kontrollbank, im Gespräch mit dem Standard nicht, dass der Bau wie geplant im Oktober 2008 begonnen werden kann. "Wir werden auf alle Fälle darauf pochen, dass die 150 Bedingungen, die formuliert wurden, auch eingehalten werden" sagt er.

Auch vonseiten der Türkei bestehe Interesse daran, diese abzuarbeiten, schließlich werden damit "Standards für ähnliche Großprojekte in Schwellen- und Entwicklungsländern gesetzt. Das ist schon deshalb ein Prestigeprojekt für die Türkei", so Scholten weiter. Allerdings, betont er, sei es für die Türkei ein Leichtes, die von den drei Exportkreditagenturen Österreichs, der Schweiz und Deutschland abgewickelte Summe aus dem Kapitalmarkt zu besorgen. Der Aufpreis, den die Türken dann zu zahlen hätten, würde nur bei 1,5 Prozentpunkten liegen. *(DS, 21.5., ISKU)*

Özdemir wieder freigelassen und es wurde ihm gestattet, die Nacht bei der Einheit zu verbringen. Der Kontra versetzte daraufhin Tee mit Gift, wodurch von der siebenköpfigen Einheit sechs Guerillakämpfer unmittelbar starben. Danach schoss Özdemir noch auf die Leichname und wurde schließlich beim Fluchtversuch von dem wachhabenden Guerillakämpfer erschossen.
Der türkische Generalstab hatte zu dem Vorfall die Lüge verbreitet, die sechs Guerillakämpfer seien im Gefecht getötet worden. *(ÖP, 19.5., ISKU)*

14. YXK-Kongress
Der Verband der Studierenden aus Kurdistan (YXK) hat in Köln seinen 14. ordentlichen Kongress abgehalten. An der zweitägigen Veranstaltung beteiligten sich 80 Delegierte. Erstmalig wurde der Kongress mit einer Reihe von Vorträgen zu verschiedenen Themen und anschließender Diskussion eingeleitet. Themen waren dabei unter anderem Nationalismus, Sexismus, Öffentlichkeitsarbeit, die Geschichte des YXK sowie das demokratisch-konföderale System. Neben intensiven Diskussionen und einer Auswertung der im vergangenen Jahr geleisteten Arbeit wurde auf dem Kongress auch ein neuer Vorstand gewählt. *(ÖP, 20.5., ISKU)*

Quellen:

DIHA	Dicle Nachrichtenagentur
ANF	Firat Nachrichtenagentur
ÖP	Özgür Politika
jW	junge Welt
DS	Der Standard

Termine:

Kurdisches Filmfestival in Berlin
Am 24. Mai beginnt das 5. Kurdische Filmfestival Berlin. Innerhalb von einer Woche werden 41 Filme gezeigt werden. Als Besucher wird u. a. der Regisseur Bahman Ghobadi erwartet. Als Eröffnungsfilm wird im Babylon der Spielfilm "Vinterland" von Hisham Zaman gezeigt. Die kurdische Musikerin Tara Caf wird bei der Eröffnungsfeier auftreten, die Gruppe Car Newa bei der Abschlussfeier.
Weitere Informationen unter: www.kurd-filmfestival.com
(ANF, 22.5., ISKU)

N û ç e
erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der
Informationsstelle Kurdistan
Schanzenstraße 117
20357 Hamburg
Tel.: 040 - 421 02 845
E-mail: isku@nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
Postbank Köln, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 3968-506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.isku.org

Nr. 363
30. Mai 2008

Nûçe



Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@nadir.org
www.isku.org

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

Türkei startet Anti-PKK-Kampagne in Europa

Auf der am Wochenende stattgefundenen Sitzung des "Hohen Antiterrorrates" wurde beschlossen, Kontakte zu den Angehörigen von Guerillakämpfern aufzubauen und eine Kampagne gegen die PKK in Europa zu starten.
In einer nach der Sitzung abgegebenen Erklärung war darauf hingewiesen worden, dass über Maßnahmen beraten worden sei, mit denen die Unterstützung der PKK aus dem Ausland unterbunden werden soll. Wie bekannt wurde, ist in einer schriftlichen Anweisung an alle türkischen Auslandsvertretungen in Europa eine neue Anti-PKK-Kampagne angekündigt. Die Kampagne soll über bestimmte dem türkischen Staat nahe stehende zivilgesellschaftliche Organisationen auf der altbekannten Behauptung basieren, die PKK sei in den Drogenhandel verwickelt. In diesem Rahmen sollen Plakate, Handzettel sowie Radio- und TV-Reklame eingesetzt werden. Weiterhin sollen Konferenzen und Seminare durchgeführt werden, an denen Überläufer teilnehmen sollen.
In der Türkei hingegen soll Kontakt mit Angehörigen von HPG-Kämpfern aufgenommen werden. Bereits seit geraumer Zeit werden auf Anweisung des türkischen Innenministeriums vor allem in Adana, Istanbul, Izmir und Diyarbakir Guerillafamilien von Zivilpolizisten der Antiterrorabteilung besucht. Bei diesen Besuchen sollen die Angehörigen dazu bewegt werden, die Guerillakämpfer davon zu überzeugen, sich dem türkischen Staat zu ergeben.

(ANF, 25.5., ISKU)

Neue Offensive gegen PKK in der Türkei

Mit der größten Offensive seit Jahresbeginn geht die türkische Armee seit dem Wochenende mit 20 000 Soldaten, Panzern und Kampfhubschraubern gegen kurdische Guerillakämpfer der Arbeiterpartei Kurdistans PKK vor. Rund 8000 Soldaten sind in der Region Bingöl im Inneren der Osttürkei im Einsatz. Hier hatten Kämpfer der PKK in einer Vergeltungsaktion für ihren zuvor im Kampf gefallenen Kommandeur Adil Amed vor einer Woche das Stadtzentrum der Kleinstadt Adakli gestürmt, das Polizeipräsidium und das Landratsamt beschossen und mehrere Soldaten getötet. Der Generalstab meldete den Tod von acht Soldaten in der Region Bingöl innerhalb einer Woche.
Auf die neue Militäroffensive reagierte die Guerilla mit Sabotageakten gegen die Infrastruktur. Am Wochenende wurde ein Zug, der militärische Güter von Elazig nach Wan brachte, bei Bingöl mit einer ferngelenkten Bombe zum Entgleisen gebracht. Die kurdischen Volksverteidigungskräfte HPG bekannten sich auch zu einem Anschlag auf eine aus dem Iran kommende Erdgaspipeline bei Dogubeyazit.
Rund 15 000 Soldaten sind im türkisch-iranisch-irakischen Grenzgebiet in den Provinzen Sirnak und Hakkari im Einsatz gegen die Guerilla.

Neue Luftangriffe auf Südkurdistan
Heute fand ein weiterer Luftangriff der türkischen Armee auf Südkurdistan statt. Bei dem zwei Stunden andauernden Angriff kam es nach ersten Informationen zu keinen Verlusten der Guerilla. Hingegen entstand für die Zivilbevölkerung, die aufgrund der anhaltenden Trockenheit in der Region ihr Vieh zum Weiden auf die Hochalmen treibt, großer Sachschaden.

Zwei Soldaten bei Schießerei mit PKK-Anhängern getötet
Zwei türkische Soldaten sind im Grenzgebiet zum Irak bei einem Einsatz gegen die verbotene Kurdische Arbeiterpartei PKK getötet worden. Ein weiterer Armeeangehöriger sei verletzt worden, berichtete der Fernsehsender CNN-Türk am Donnerstag weiter. Die PKK habe das Feuer eröffnet, während die Soldaten auf dem Kato-Berg nach Verstecken der Kurdenorganisation suchten.
Es habe eine zweistündige Schießerei gegeben. Die PKK, die eine Autonomie der Kurden im Südosten der Türkei fordert, wird auch in der EU und in den USA als Terrororganisation eingestuft.

(DS, 22.5., jW, *28.5., ANF, 29.5 ISKU)*

Medien lügen zum Thema PKK

Der viel gelesene türkische Kolumnist Mehmet Ali Birand machte in seiner gestrigen Kolumne in der Tageszeitung Posta darauf aufmerksam, dass die Medien zum Thema PKK lügen. "Die Medien gehen so vor, um die Moral der türkischen Streitkräfte zu steigern. Dabei tragen wir damit nur dazu bei, dass das Vertrauen in der Öffentlichkeit schwindet. Die vielen Übertreibungen und aufgeblasenen Parolen ermüden die Gesellschaft und heben auch nicht die Moral der Truppe. Wir leiten damit lediglich eine unnötige Erosion ein."
Das Verhalten der Medien diene dem Zweck, die Realität zu verdecken, so Birand: "Es reicht schon aus, sich die Meldungen der letzten Monate anzuschauen. [...] Jede Woche wird davon gesprochen, dass die PKK sich in Auflösung und großer Panik befindet. Ihre Anführer flüchten, ihre Kommandanten werden getötet, und die übertriebene Anzahl der Toten. Wenn man diese auflistet, sieht man, dass fast die gesamte PKK getötet worden sein muss. Aber diese Leute laufen immer noch umher und machen unsere Soldaten zu Märtyrern. [...] Damit betrügen wir nur uns selbst. Unsere Menschen sterben umsonst. Wir müssen endlich einsehen, dass wir mit unnötigen Heldengeschichten nirgendwo hinkommen."

(ANF, 23.5., ISKU)

Meldungen

Leyla Zana in London
Im Rahmen eines London-Besuchs wies die kurdische Politikerin Leyla Zana auf einer Veranstaltung im britischen Parlament in einem Redebeitrag darauf hin, dass bei einer Analyse der kurdischen Frage beachtet werden müsse, wie das kurdische Volk selbst zur PKK stehe: "Das kurdische Volk betrachtet den Kampf der PKK wie eine Versicherung für sich selbst. Auch ich bin Teil dieses Volkes."
Weiter erklärte Zana, die kurdische Bevölkerung hege keine Leidenschaft für Waffen: "Damit die PKK die Waffen niederlegen kann, müssen zunächst die Bombardierungen aufhören." Es müsse endlich ein konkretes Projekt entstehen, damit die Waffen zum schweigen gebracht werden könnten. *(ANF, 22.5., ISKU)*

Selbstanzeigen wegen "Herrn Öcalan"
In Diyarbakir haben sich 321 Personen bei der Staatsanwaltschaft selbst angezeigt: Auch künftig würden sie für Abdullah Öcalan die Anrede "sayin" verwenden, was soviel bedeutet wie "sehr geehrter Herr". Mit dieser Aktion ist eine Kampagne gegen die Kriminalisierung von hunderten Einzelpersonen eingeleitet worden, die wegen der Verwendung dieses Begriffes im Zusammenhang mit Öcalan mit Strafverfahren überzogen werden. Unter den 321 Personen, die ihre Selbstanzeige in einer gemeinsamen Aktion bei der Staatsanwaltschaft einreichten, befinden sich auch mehrere Bürgermeister der DTP sowie Vertreter zivilgesellschaftlicher Organisationen.

(ANF, 23.5., ISKU)

Türkische Militärpolizei greift Hochzeitsgesellschaft an
Auf eine Hochzeitsfeier, auf der kurdische Musik gespielt wurde, warfen Soldaten aus einem vorbeifahrenden Militärfahrzeug eine Handgranate. Glücklicherweise wurden nur drei Personen verletzt.
Die Hochzeitsgesellschaft hatte das bekannte kurdische Lied "Oremar" gespielt, welches die Niederlage der türkischen Armee dieses Jahr im Nordirak thematisiert.
Dieses Vorgehen des türkischen Militärs und der Sicherheitskräfte reiht, sich ein in den wachsenden Terror des türkischen Staates gegen die kurdische Bevölkerung. Gerade nach der, trotz gegenteiliger Militärpropaganda in der ganzen Türkei bekannt gewordenen, schweren Niederla-

Populistische Versprechen um Stimmen der Kurden zu gewinnen

Erdogan dem GAP-Projekt auf Stimmenfang

"Mit GAP in den Wohlstand" heißt ein Programm, mit dem das türkische Staatsfernsehen bereits seit Jahren die angeblichen Segnungen des "Südostanatolien-Projekts" (GAP), einem gigantischen wirtschaftlichen Entwicklungsprogramm für die kurdischen Provinzen des Landes, propagiert. 15 Staudämme wurden im Rahmen von GAP bislang aus dem Boden gestampft, neun Wasserkraftwerke gebaut, 270 000 Hektar Land bewässert. Doch "Wohlstand" hat das Projekt bislang allenfalls der türkischen Energiewirtschaft und den örtlichen Großgrundbesitzern gebracht. Für die Bevölkerung ist der Name GAP hingegen mit Zwangsumsiedlungen und gravierenden Umweltschäden verbunden.

Um so bezeichnender ist, daß ausgerechnet das umstrittene Staudamm-Programm nun zum Herzstück einer "nichtmilitärischen Offensive" Ankaras zur Lösung des Kurdenproblems gemacht worden ist. Mit viel Tamtam verkündete der türkische Ministerpräsident Tayyip Erdogan am Dienstag in der kurdischen Metropole Diyarbakir die Eckpfeiler eines zwölf Milliarden Dollar teuren Maßnahmenbündels, mit dem das GAP-Projekt vorangetrieben werden soll. Geplant ist der Bau von sieben weiteren Staudämmen und zehn zusätzlichen Wasserkraftwerken, zudem sollen angeblich fast vier Millionen neue Arbeitsplätze durch Investitionen in Infrastruktur und Landwirtschaft entstehen. Ein "historischer Wendepunkt" sei das Projekt, ließ Erdogan verlauten.

Wie aus den Maßnahmen gleich vier Millionen neue Arbeitsplätze entstehen sollen, blieb allerdings rätselhaft. Weil Erdogan fast ausschließlich auf wirtschaftliche Investitionen zur Lösung der Kurdenfrage setzt, halten viele kurdische Politiker und Nichtregierungsorganisationen das milliardenschwere Programm ohnehin für Augenwischerei. "Eine Lösung ist völlig aussichtslos, solange nicht auch die kulturellen und politischen Rechte der Kurden gestärkt werden", meint etwa Sezgin Tanrikulu von der "Demokratie-Plattform Diyarbakir". Die kurdische Partei DTP weist zudem darauf hin, dass in zehn Monaten wichtige Gemeindewahlen in der Türkei anstehen. Wie bereits vor den Parlamentswahlen im vergangenen Jahr versuche Erdogan nun, durch populistische Versprechen die Stimmen der kurdischen Wählerschaft für sich zu gewinnen, kommentiert der DTP-Politiker Nejdet Atalay die Hintergründe des Wirtschaftsprogramms.

Ilisu-Staudamm: Enteignungen "rückabgewickelt"
In den nächsten Wochen" erwartet die Oesterreichische Kontrollbank (OeKB) Klarheit, ob sie im Verein mit dem deutschen und dem schweizerischen Exportgarantie-Institut die Haftungen für das türkische Ilisu-Staudamm-Projekt übernehmen wird, so Kontrollbank-Vorstand Johannes Attems am Freitag im Klub der Wirtschaftspublizisten. Rudolf Scholten, ebenfalls OeKB-Vorstand, sagte am Rande der Türkei-Reise von Bundespräsident Heinz Fischer, die drei Banken würden auf alle Fälle darauf drängen, dass alle 150 Auflagen abgearbeitet werden. Die ersten Absiedelungen, die bereits stattgefunden hätten – Scholten sprach von 450 Menschen – würden nun von türkischer Seite insofern "rückabgewickelt", als die Konditionen dafür nun nach Weltbank-Auflagen durchgeführt werden.

(DS, 24.5., *jW, 28.5., ISKU)*

Türkisches Aufklärungsflugzeug in Südkurdistan abgestürzt

In Südkurdistan ist nahe der türkischen Grenze in den Medya-Verteidigungsgebieten ein Aufklärungsflugzeug der türkischen Armee abgestürzt. Örtliche Quellen berichteten, vermutlich handele es sich um einen Aufklärer des Typs Heron israelischer Bauart, der von der Guerilla abgeschossen worden sei. Einheiten der türkischen Armee seien hektisch damit beschäftigt, die Überreste zu bergen.

Der Peschmerga-Sprecher Cabar Yaver ließ dazu lediglich verlauten, dass die Angelegenheit untersucht werde. Weder die türkische Armee noch die HPG haben sich bisher zu dem Thema geäußert.

(ANF, 23.05., ISKU)

Rechte für Homosexuelle: Türkei ist noch nicht reif für die EU

Vor der Aufnahme in die EU muss die Türkei die Rechte von Schwulen und Lesben garantieren, fordert ein Bericht von Human Rights Watch.

Die Menschenrechtsorganisation hat in den letzten drei Jahren mehr als 70 Interviews für den 123-seitigen Bericht durchgeführt. Sie dokumentiert darin eine "bis zum heutigen Tag anhaltende Geschichte der Gewalt und des Missbrauchs von Menschen aufgrund ihrer sexuellen Ausrichtung oder ihrer Geschlechtsidentität".

"In ihrem komplexen Weg in die Europäische Union zeigt der Bericht ein Feld auf, in dem sich bislang so gut wie gar nichts getan hat", erklärte HRW-Sprecher Scott Long. "Die EU muss den Bereich sexuelle Ausrichtung und Geschlechtsidentität berücksichtigen, wenn sie den Mitgliedsantrag der Türkei bearbeitet."

Aus dem Bericht geht hervor, dass die Antwort der Behörden auf Diskriminierung und Gewalt gegen Schwule und Lesben zurückhaltend bis nicht existent ist. So wird von Vergewaltigungen von Lesben durch Polizisten berichtet und von Mordversuchen an Schwulen, die von den Behörden nicht untersucht werden. Auch sei die Diskriminierung im Militär gravierend.

Human Rights Watch ist eine 1978 gegründete internationale Menschenrechtsorganisation mit Sitz in New York. Mit 230 hauptamtlichen Mitarbeitern gehört sie zu dem größten nichtstaatlichen Gruppen, die sich für die Rechte von Minderheiten einsetzt.

(los.ch, 28.5., ISKU)

ge der türkischen Armee gegen die kurdische Guerilla in diesem Frühling versucht das Militär die Bevölkerung besonders aggressiv einzuschüchtern.

(ANF, 25.5., ISKU)

Spitzelanwerbung bei kurdischen Gymnasiasten
Mit Genehmigung der Schulleitung sind in Diyarbakir Schüler verschiedener Gymnasien mit Polizeiautos zu Versammlungssälen gebracht und im Rahmen von Seminaren zum Thema PKK zur Spitzeltätigkeit aufgefordert worden. Außerdem wurde ihnen die Teilnahme an einer Umfrage aufgedrängt, bei der ihre Meinung zur PKK abgefragt wurde. Mehrere Schüler und ihre Eltern haben sich deshalb mit der Bitte um rechtliche Unterstützung bei möglichen Schritten gegen diese Maßnahmen an den Menschenrechtsverein IHD in Diyarbakir gewendet. *(ANF, 25.5., ISKU)*

Quellen:

DIHA	Dicle Nachrichtenagentur
ANF	Firat Nachrichtenagentur
jW	junge Welt
DS	Der Standard

Termine:

Für die friedliche Lösung der Kurdenfrage: Nein zum Krieg! Frieden jetzt!
Der Friedensrat der Türkei organisiert mit Unterstützung zahlreicher politischer Parteien, Gewerkschaften, Berufsverbänden, NGOs und einzelnen Persönlichkeiten, am 1. Juni in Istanbul eine große Friedensdemonstration, um die Stimme des Friedens zu stärken und die politischen Akteure an ihre Verantwortung für die friedliche und gerechte Lösung der Kurdenfrage zu erinnern. Die Demonstration wird – einzigartig in der Türkei – unter einem einzigen Slogan durchgeführt: Es reicht! Wir wollen die demokratische Lösung der Kurdenfrage!
Der *Europäische Friedensrat Türkei* wird sowohl in Istanbul vertreten sein, als auch mit einer Veranstaltung am **1. Juni 2008, von 12.00 bis 15.00 Uhr auf der Domplatte in Köln** ihren Friedenswillen bekunden.

N û ç e
erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der
Informationsstelle Kurdistan
Schanzenstraße 117
20357 Hamburg
Tel.: 040 - 421 02 845
E-mail: isku@nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
Postbank Köln, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 3968-506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.isku.org

Nr. 364
6. Juni 2008

Nûçe



Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@nadir.org
www.isku.org

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

Heftige Kämpfe im Iran

Am 23. Mai griffen iranische Militärs im Dorf Lesgardiens ein Fahrzeug mit PJAK-Guerillas an und töteten sieben der Insassen. Die Guerillakämpferin Esmer Demir (Xane) geriet lebend in Gefangenschaft und wurde anschließend zu Tode gefoltert. Soldaten banden sie an eine Panzer und schleiften sie durch das Dorf.
Die PJAK führte daraufhin im gesamten Iran Vergeltungsaktionen durch, bei denen insgesamt 92 Soldaten, Offiziere und Konterguerillas starben. An verschieden Orten wurden Angriffe auf Fahrzeuge und Konvois, auf Militärstationen sowie auf einzelne Offiziere der paramilitärischen Einheiten Pasdaran und Basij durchgeführt.
Am 25. Mai konnte die Guerilla der PJAK sogar in der iranischen Hauptstadt Teheran einen Angriff auf eine Basis der Luftwaffe durchführen.
In einer Erklärung zu den Gefechten wies die PJAK darauf hin, dass sie ihre Aktionen im Rahmen der Selbstverteidigung betrachten und diese als Antwort auf die barbarischen Angriffe der iranischen Armee und Sicherheitskräfte gegen das kurdische und iranische Volk, die kontinuierlichen Bombardierungen der Region Kandil und die grausame Ermordung von GuerillakämpferInnen sehen.
Die PJAK bekennt sich in der Erklärung zu demokratischen Werte, zu Freiheit und Frieden. Sie lehnt terroristische Angriffe und das Töten von Zivilisten ab und erkennt die Menschenrechtserklärung der UN und die internationale Rechtsprechung an.

Kurdische Dörfer im Irak beschossen

Bei einem Angriff der iranischen Armee auf kurdische Dörfer im Nordirak sind am Mittwoch nach Angaben der lokalen Behörden zwei Zivilisten verletzt worden.
Die Iraner hätten das grenznahe Gebiet, das zur Provinz Suleimaniya gehört, am Morgen drei Stunden lang mit schwerem Artilleriefeuer belegt. Schon am Vortag hatten kurdische Quellen von iranischen Angriffen in der Provinz berichtet. Der Präsident des Parlaments der nordirakischen Autonomieregion, Adnan al-Mufti, hatte den Iran am Montag aufgefordert, seine Angriffe im Grenzgebiet einzustellen.

Enge Koordination mit der Türkei

"Zusammen mit dem Iran machen wir koordinierte Angriffe. Wenn nötig machen wir es wieder. Wir tauschen Geheimdiensterkenntnisse mit dem Iran aus", zitierten türkische Fernsehsender am Donnerstag den Oberkommandierenden der türkischen Landstreitkräfte, General Ilker Basbug. Zum Ausmaß der Zusammenarbeit mit dem Nachbarland hatte sich die türkische Armee bisher nicht geäußert.
Vor Journalisten in Istanbul sagte der General, in den vergangenen ein, zwei Monaten seien noch keine abgestimmten Angriffe von den türkischen und iranischen Grenzen aus auf Stellungen der militanten Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) im Nordirak erfolgt. Falls nötig, würde dies aber geschehen, sagte Basbug.

(PJAK/NZZ, 4.6, DS, 5.6. ISKU)

Türkei: Zehntausende für friedliche Lösung

Die Unzufriedenheit mit der Kurdenpolitik von Ministerpräsident Tayyip Erdogan wächst. Mehr als 40.000 Menschen protestierten am Sonntag in Istanbul unter dem Motto "Es reicht! Wir fordern eine demokratische Lösung des Kurdenproblems!" für einen unverzüglichen Richtungswechsel in der Politik der islamisch-konservativen Regierung.
Fast alle Redner betonten bei der Veranstaltung, daß eine Lösung des seit Gründung der Republik schwelenden Konflikts nur durch umfassende demokratische Reformen möglich sei. Murat Celikkan von der "Friedensversammlung Türkei" (Türkiye Baris Meclisi), die zu der Demonstration aufgerufen hatte, plädierte für einen generellen Wandel in der staatlichen Wahrnehmung des Konflikts. Nicht ein aus Ankara zwangsweise verordneter Zusammenhalt könne ein Auseinanderbrechen des Landes langfristig verhindern, sondern nur eine Beendigung der Ausgrenzung kurdischer Identität und Sprache. Statt weiterhin so zu tun, als ob die im Nordirak betriebene militärische Eskalationspolitik eine Lösung für das Kurdenproblem darstelle, solle Ministerpräsident Erdogan besser den Ursachen des Konflikts ins Auge sehen, forderte Celikkan: "Die Gründe für das Kurdenproblem liegen nicht im Nordirak. Deshalb ist es unsinnig, dort nach einer Lösung zu suchen".
Manche türkische Medien, wie etwa das Massenblatt Hürriyet, waren am Montag sichtlich bemüht, den zunehmenden Protest gegen die Kurdenpolitik als "PKK-Solidaritätsveranstaltungen" abzutun. Angesichts der hohen Teilnehmerzahl ist es allerdings unübersehbar, daß mit der "Friedensversammlung" eine ernstzunehmende außerparlamentarische Friedensbewegung in der Türkei entstanden ist. Ziel der 2007 gegründeten Plattform von Gewerkschaften, Nichtregierungsorganisationen und Intellektuellen ist es, eine "Gegenöffentlichkeit zur einseitigen und kriegstreiberischen Informationspolitik der Medien herzustellen und die Möglichkeit einer friedlichen Lösung des Kurdenproblems hervorzuheben", erklärte der Sprecher der "Friedensversammlung", Cengiz Gülec, gegenüber jW.

(jW, 3.6., ISKU)

50.000 Unterschriften für Öcalan

Über 50.000 Unterschriften mit der Forderung einer Verlegung Abdullah Öcalans in ein anderes Gefängnis sowie einer medizinischen Behandlung sind der parlamentarischen Menschenrechtskommission der Türkei übergeben worden. Die Unterschriftenkampagne wurde von der Föderation der Vereine zur juristischen Unterstützung von Angehörigen von Gefangenen (TUHAD-FED) organisiert und der DTP und anderen kurdischen Einrichtungen unterstützt. Wie der DTP-Abgeordnete Akin Birdal, selbst Mitglied der Menschenrechtsorganisation, erklärte, werde die Kampagne in den kommenden Tagen in der Kommission thematisiert werden. In dem Unterschriftentext wird darauf aufmerksam gemacht, dass der Gesundheitszustand Abdullah Öcalans aufgrund der klimatischen Bedingungen auf der Gefängnisinsel Imrali und der Isolationshaft täglich schlechter werde.

(ÖP, 29.5., ISKU)

Meldungen

Treffen mit Öcalan fand statt

Von den AnwältInnen des Rechtsanwaltsbüros des Jahrhunderts konnten die Anwälte Ömer Gunes, Baran Bilici und Mehmet Nuri Deniz, ihren Mandanten Abdullah Ocalan treffen.

(DIHA, 4.6., ISKU)

Umfassende Militäroperation in Elk (Beytüssebab)

Nach aktuellen Informationen hat in der Region des Kato Berges und am Kelares zwischen der Gemeinde Elk und der Grenze zur Föderalen Region Kurdistan (Irak) eine Operation begonnen, an der auch Dorfschützer beteiligt sind. Wie bekannt wurde begann der Einsatz von Hubschraubern und die Verlegung von Soldaten und Dorfschützern in den Morgenstunden des 3. Juni. Auch Militärfahrzeuge wurden beobachtet.

(DIHA, 3.6., ISKU)

Lüge zur Befriedigung der Türkei

Mit einer Erklärung hat die KCK auf die Aufnahme der PKK auf die US-Liste der Organisationen, die Drogenhandel betreiben, reagiert. Bei diesem Vorgang handele es sich um eine "Lüge zur Befriedigung des türkischen Staates". Internationale Institutionen seien dazu eingeladen, die Wirklichkeit ans Tageslicht zu bringen. Eine unabhängige Recherche werde ergeben, dass nicht die PKK Drogenschmuggel betreibe, sondern Gruppierungen, die vom türkischen Staat "unterstützt und geschützt" werden.
Tatsächlich ist trotz immer wieder auftauchender Anschuldigungen noch nie nachgewiesen worden, dass die PKK in Drogenschmuggel verwickelt ist.

(ÖP, 3.6., ISKU)

Aufruf zur Lösung in New York Times

Nach dem Erscheinen einer Anzeige zur Lösung der kurdischen Frage in Le Monde und International Herald Tribune ist derselbe von 1000 Personen unterzeichnete Text auch in der New York Times erschienen.
Unter dem Titel "Demokratische friedliche Lösung der kurdischen Frage" wird eine verfassungsrechtliche Anerkennung der kurdischen Identität gefordert. Interessant ist die politische Spannbreite derjenigen, die mit einer Unterschrift die Kampagne unterstützen. So finden sich neben den Namen kurdischer Politiker von der DTP auch welche von HAK-PAR und KADEP sowie aus der islamischen Refah-Partei, der

Kritik an der Armee: Türkei stellt Schlagersängerin vor Gericht

Die transsexuelle Sängerin Bülent Ersoy hatte die Angriffe auf die PKK im Nordirak im Fernsehen kritisiert, jetzt drohen ihr drei Jahre Haft. Die Armee meldet indes 16 weitere Angriffe.
Weil sie die Offensive des türkischen Militärs gegen die verbotene Kurdische Arbeiterpartei PKK im Nordirak offen kritisiert hat, ist die transsexuelle türkische Schlagersängerin Bülent Ersoy nun angeklagt worden. Am 18. Juni soll sie sich wegen "Entfremdung des Volkes von der Armee" und "Anstiftung zur Verweigerung des Militärdienstes" vor Gericht verantworten, wie türkische Medien am Donnerstag berichteten. Höchststrafe seien drei Jahre Haft.
Bülent, eine als Mann geborene transsexuelle Künstlerin, hatte sich in einer Fernsehshow gegen einen Militärschlag im Nordirak ausgesprochen. Sie hatte erklärt, sie würde einen Sohn nicht für einen Krieg anderer Leute unter die Erde schicken während am grünen Tisch geplant werde. Die Äußerungen hatten in der Türkei heftige Diskussionen ausgelöst. Staatsanwalt Ali Cakir erklärte, die Kritik hätte die Grenzen der Meinungsfreiheit in der Türkei verletzt. *(DP, 29.5., ISKU)*

Gericht verbietet Homosexuellen-Verein

Ein Gericht in der Türkei hat eine Homosexuellen-Vereinigung verboten, weil die Organisation angeblich gegen die "Moral" des EU-Bewerberlandes verstößt. Der Verein, Lambdaistanbul, will sich gegen das Urteil vor dem Obersten Berufungsgericht in Ankara zur Wehr setzen, wie die türkische Presse am Freitag berichtete. Notfalls wolle Lambdaistanbul auch vor den Europäischen Menschenrechtsgerichtshof in Straßburg ziehen. Lambdaistanbul versteht sich als Organisation zur Unterstützung von Schwulen, Lesben, Bisexuellen, Transvestiten und Transsexuellen.

Rückschlag für EU-Beitritt
Die Istanbuler Staatsanwaltschaft argumentierte vor Gericht, der Verein verstoße gegen das Verfassungsgebot zum Schutz der Familie und gegen die "Moral" der Türkei. Außerdem sei der Name "Lambda" nicht Türkisch; "Lambda" ist der griechische Buchstabe "L" und ist in der weltweiten Homosexuellen-Bewegung ein Symbol für Freiheit. Das Gericht folgte dem Antrag der Anklage und verbot den Verein. Das Urteil ist ein weiterer Rückschlag für die türkische EU-Bewerbung; der türkische EU-Experte Cengiz Aktar wurde mit den Worten zitiert, die Entscheidung dürfte als Beispiel für negative Entwicklungen in den nächsten EU-Fortschrittsbericht eingehen und der Türkei Kopfschmerzen bereiten. Obwohl Homosexualität in der Türkei nicht verboten ist, werden Homosexuelle von den Behörden und der Justiz mit großem Misstrauen betrachtet.
(DS, 30.5., ISKU)

Halil Savda wegen Aufruf zur Kriegsdienstverweigerung verurteilt

Am 2. Juni 2008 wurde in der Türkei der Kriegsdienstverweigerer Halil Savda zu einer Haftstrafe von fünf Monaten verurteilt, weil er öffentlich die Ableistung des Militärdienstes in Frage gestellt hatte. Damit wird die jahrelange Strafverfolgung des Kriegsdienstverweigerers fortgesetzt. Er ist bereits im März dieses Jahres verhaftet worden, um eine Haftstrafe wegen Befehlsverweigerung zu verbüßen.
Am 1. August 2006 hatte er an einer Aktion vor dem israelischen Konsulat in Istanbul teilgenommen, die zur Unterstützung von israelischen Verweigerern des Libanonkrieges durchgeführt wurde. Dort erklärte er: "Ja, ich wiederhole meinen Aufruf: Geht nicht zum Militär! Ich betone klar und ohne jedes Aber: Alle Kriege und bewaffnete Organisationen sind schlecht und schmutzig."
Aufgrund dieser Äußerung wurde er wegen "Distanzierung des Volkes vom Militär" angeklagt. Das Gericht reduzierte die Mindeststrafe von sechs Monaten wegen guter Führung um einen Monat. Halil Savda ging gegen das Urteil umgehend in Berufung.
Wiederholt hatte die Europäische Union festgestellt, dass "das türkische Rechtssystem die Meinungsfreiheit nicht in vollem Umfang gemäß den europäischen Standards garantiert" und eine Änderung der diesbezüglichen Artikel eingefordert, z.B. im letzten Fortschrittsbericht vom 6.11.2007. Das Urteil zeigt jedoch, dass die türkische Justiz keineswegs gewillt ist, dieser Aufforderung nachzukommen und weiterhin Personen verfolgt, die sich kritisch zum Militär stellen und das Recht auf Kriegsdienstverweigerung einfordern.
Die Türkei verfolgt Kriegsdienstverweigerer auf zweierlei Art und Weise. Zum einen wird das Recht auf Kriegsdienstverweigerung nicht anerkannt. Kriegsdienstverweigerer wie Halil Savda, Osman Murat Ülke oder Mehmet Tarhan wurden wegen Befehlsverweigerung bzw. Ungehorsam bis zu sieben Mal verurteilt. Zum zweiten werden öffentliche Äußerungen gegen das Militär, wie jetzt wieder bei Halil Savda, unter Strafe gestellt. *(Co, 5.6., ISKU)*

520 weitere Selbstanzeigen wegen "Herrn Öcalan"

Im Rahmen der Selbstanzeigenkampagne im Zusammenhang mit dem Begriff "Verehrter Herr Öcalan" haben weitere 520 Personen in Batman entsprechende Anzeigen bei der Staatsanwaltschaft eingereicht. Mit der Kampagne wird gegen die Kriminalisierung der Verwendung der Anrede "Sayin" (verehrter Herr/Frau) im Zusammenhang mit Öcalan protestiert. Unter den Selbstanzeigern befinden sich auch der Bürgermeister von Batman, Hüseyin Kalkan, sowie zahlreiche Vertreter zivilgesellschaftlicher Organisationen.

Die Unterschriften wurden nach einer Kundgebung bei der Staatsanwaltschaft von einer Abordnung von sieben Personen übergeben. Allerdings verweigerte der zuständige Staatsanwalt die Annahme mit der Begründung, sie müssten einzeln eingereicht werden. Die siebenköpfige Abordnung wurde beim Verlassen des Justizgebäudes festgenommen und zur Antiterrorabteilung der Polizei in Batman verbracht.
(ANF, 30.5., ISKU)

ANAP, DP und SHP. Weiterhin wird die Kampagne von Akademikern, Juristen und Künstlern unterstützt.
In dem Text wird die Türkei zum Erlass einer Generalamnestie sowie die PKK zur Niederlegung der Waffen aufgerufen. Bernard Kouchner, Tony Blair, Martti Ahtisaari und Felipe Gonzales sollen als Vermittler für eine Lösung der kurdischen Frage tätig werden. *(ANF, 4.6., ISKU)*

Ayfer Kaya freigelassen
Ayfer Kaya, die vor ca. drei Monaten in Deutschland verhaftet wurde, ist freigelassen worden. Die Türkei hatte ihre Auslieferung gefordert. Das zuständige Münchner Gericht hob den Haftbefehl auf, weil die Begründung des Auslieferungsgesuchs der Türkei unzureichend war.
(ANF, 4.6., ISKU)

Kein Empfang für Baykal in Amed
Die Demokratieplattform Diyarbakir, in der 40 zivilgesellschaftliche Organisationen vertreten sind, hat ein Gesuch des CHP-Chefs Deniz Baykal auf ein Zusammentreffen anlässlich seines Besuches in der Stadt abgelehnt. Wie der Sprecher der Plattform Ali Öncü erklärte, habe man beschlossen, nicht mit Baykal und anderen Parteivertretern zusammenzutreffen, solange diese sich nicht bei den Kurden entschuldigen würden. Baykal habe "Diyarbakir neu entdeckt, verleugnet die Existenz und die Rechte der Kurden, missachtet ihre Repräsentanten im Parlament, tritt nicht für Frieden und eine demokratische Lösung ein und beharrt stattdessen auf Krieg und einer Politik der Anspannung". *(ANF, 4.6., ISKU)*

Quellen:

DIHA	Dicle Nachrichtenagentur
ANF	Firat Nachrichtenagentur
NZZ	Neue Zürcher Zeitung
jW	junge Welt
DS	Der Standard
Co	Connection e.V.
DP	Die Presse

N û ç e
erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der
Informationsstelle Kurdistan
Schanzenstraße 117
20357 Hamburg
Tel.: 040 - 421 02 845
E-mail: isku@nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
Postbank Köln, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 3968-506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.isku.org

Nr. 365
13. Juni 2008

N û ç e



Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@nadir.org
www.isku.org

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

Kriegsdienstverweigerer verhaftet

Am 8. Juni wurde der türkische Kriegsdienstverweigerer Mehmet Bal auf offener Straße in Istanbul verhaftet. Gegen ihn sind ein Verfahren wegen Fahnenflucht und zwei Verfahren wegen Befehlsverweigerung anhängig. Im Militärgefängnis Hasdal, so berichtete seine Rechtsanwältin nach dem Besuch von Mehmet Bal, sei er drangsaliert und geschlagen worden. Am Morgen des 9. Juni 2008 sei versucht worden, ihn mit heißem Wasser zu übergießen.

Mehmet Bal erklärte im Oktober 2002 seine Kriegsdienstverweigerung, nachdem er bereits mehrere Monate Militärdienst abgeleistet hatte: "Neuneinhalb Monate Kriegsdienst haben mir klar gemacht, dass ich die Stimme meines Gewissens nicht weiter verleugnen kann. Ab jetzt werde ich mir von keiner militärischen oder zivilen Autorität Haltungen und Handlungen aufzwingen lassen, die im Widerspruch zu meinem Gewissen und meinem Willen stehen."

Nach mehreren Monaten Haft war er im Januar 2003 unter der Auflage in Heimaturlaub geschickt worden, sich nach drei Monaten beim Militärkrankenhaus GATA zur Untersuchung einzufinden. Dieser Aufforderung war er nicht nachgekommen.

Die Türkei verfolgt Kriegsdienstverweigerer auf zweierlei Art und Weise. Zum einen wird das Recht auf Kriegsdienstverweigerung nicht anerkannt. Kriegsdienstverweigerer wie Halil Savda, Osman Murat Ülke oder Mehmet Tarhan wurden wegen Befehlsverweigerung bzw. Ungehorsam bis zu sieben Mal verurteilt. Zum zweiten werden öffentliche Äußerungen gegen das Militär, wie vor wenigen Tagen bei Halil Savda, unter Strafe gestellt.

Mit der Verfolgung der Kriegsdienstverweigerer verstößt die Türkei gegen ein Urteil des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte vom 24. Januar 2006. Darin hatte das Gericht festgestellt, dass wiederholte Anklagen gegen Kriegsdienstverweigerer in Verbindung mit der Möglichkeit einer lebenslangen Strafverfolgung "im Missverhältnis zu dem Ziel stehen, die Ableistung des Militärdienstes sicherzustellen" und damit die Europäische Menschenrechtskonvention verletzen. Der Ministerausschuss des Europarates hatte die Türkei zuletzt am 17. Oktober 2007 aufgefordert, "ohne weiteren Verzug eine Gesetzesreform zu verabschieden, die notwendig ist, um ähnliche Verletzungen der Konvention zu vermeiden."

Rudi Friedrich vom Kriegsdienstverweigerungsnetzwerk Connection e.V. betonte angesichts der aktuellen Ereignisse: "Mehrere Kriegsdienstverweigerer sind in den letzten Monaten in der Türkei verhaftet und misshandelt worden. Die türkische Regierung muss das Menschenrecht auf Kriegsdienstverweigerung umgehend anerkennen, die Strafverfolgung einstellen und die Inhaftierten sofort freilassen."

Mehmet Bal im Hungerstreik

Wie die Anwälte Gülseren Yoleri und F. Ahmet Tamer vom Menschenrechtsverein Istanbul nach einem Besuch des Kriegsdienstverweigerers Mehmet Bal mitteilten, gab es nach ersten Übergriffen bei der Militärpolizei in Besiktas nun erneut schwere Misshandlungen.

Im Militärgefängnis Hasdal sei er "durch einen Offizier zur Zelle begleitet worden. Dieser instruierte die anderen Gefangenen, zu 'tun was notwendig ist. Ihr wisst, was Ihr zu tun habt. Erinnert ihn an die Gefängnisregeln.' Er wurde daraufhin sofort von den anderen Gefangenen angegriffen, während sie ihn ausfragten, warum er keine Uniform trage und er sich weigere Soldat zu sein." Mehmet Bal sei "mit einem 35-40 cm langem Scheit geschlagen, sowie getreten und unter kaltes Wasser gehalten worden, bis er halb bewusstlos war".

Mehmet Bal berichtete den Anwälten zudem, dass er "sowohl sein rechtes Bein, wie auch seine rechte Taille und Nacken nicht bewegen könne. Er spüre Zuckungen in diesen Bereichen und habe heftige Schmerzen in seinem Kreuz, das sich wie gebrochen anfühle. Er habe zudem Hörprobleme auf beiden Ohren."

Die Anwälte konnten Mehmet Bal am 10. Juni im Militärkrankenhaus Gümüssuyu besuchen. Ihr Wunsch, ihren Klienten zu sehen, wurde zunächst von den diensthabenden Soldaten abgelehnt. Erst nach intensivem Drängen gelang es ihnen, ihn aufzusuchen. Die Anwälte stellten Prellungen und Verletzungen am ganzen Körper fest. Am Abend, berichteten sie, wurde Mehmet Bal erneut ins Militärgefängnis Hasdal gebracht. Sie sind in hohem Maße besorgt, dass "er weiteren Angriffen ausgesetzt" werde.

Mehmet Bal begann aufgrund der Ereignisse einen Hungerstreik, um gegen die Gefängnisverwaltung zu protestieren, die die Insassen gegen ihn aufgehetzt habe.

Soliaktion in Istanbul

Am Mittwoch fand in Istanbul eine Solidaritätsdemonstration für Mehmet Bal statt, an der ca. 60 Menschen teilnahmen. Es wurde die Freilassung Mehmets gefordert, der am 08. Juni verhaftet wurde.

Um darauf und auch auf die Gewalt, die Menschen wie Mehmet erfahren aufmerksam zu machen, wurde unter anderem von Istanbul Ahali, Savaskarsitlari, antimilitaristischen Kollektiven & Menschenrechtsorganisationen zu der heutigen Solidemo aufgerufen. Im Anschluss daran wurden drei Personen verhaftet, auch ihnen drohen Anklagen wegen Verstoßes gegen den Paragraphen 318, die Mindeststrafe beträgt 6 Monate Gefängnis. Sie brauchen also internationale Solidarität! In einem bei der Aktion verteilten Flugblatt heißt es: "In der Armee lernst du nicht zu fragen, nicht zu denken, nicht zu fühlen, nur dein Herz zu schließen und zu töten. Und vielleicht vergisst du, dass die Menschen, die Tiere und die Natur, die du tötest, lebt, du lernst zu zerstören, du lernst, dich selbst zu zerstören. Wir werden niemals für ein Volk, für eine Ideologie oder für einen Staat sterben und auch nicht töten, wir wollen unseren Freund zurück, Freiheit für Mehmet!" *(ANF, 8.6., BU, 10.6., indy, 11.6., Co, 12.6., ISKU)*

Erneut Bunkerstrafe gegen Öcalan

Seit Ende Mai ist Abdullah Öcalan erneut auf der Gefängnisinsel Imrali mit einer Disziplinarstrafe belegt. Seine Verteidiger kündigten für Freitag eine Pressekonferenz im Menschenrechtsverein Istanbul (IHD) an. Wie Rechtsanwalt Ömer Günes erklärte, sind innerhalb des letzten Monats drei Disziplinarstrafen gegen seinen Mandanten verhängt worden. "Seit zwei Monaten können wir unseren Mandanten regelmäßig besuchen. Aber diesen Konsultationen wird durch die Bunkerstrafen in Form und Inhalt der Sinn genommen." Eine der drei verhängten Strafen werde seit dem 30. Mai umgesetzt. Damit werde Öcalan das Recht genommen, Zeitungen, Bücher und Zeitschriften zu lesen sowie Radio zu hören. "Es handelt sich um eine Isolation innerhalb der Isolationshaft", so Günes. *(ANF, 11.6., ISKU)*

Meldungen

Massenkundgebung für Muttersprache

In Yüksekova haben am Dienstag Zehntausende Kurden unter dem Motto "Es reicht – wir fordern muttersprachlichen Unterricht" demonstriert. In Redebeiträgen wurde darauf aufmerksam gemacht, dass die kurdische Bevölkerung endlich Frieden und einhergehend damit ihre eigene Sprache sprechen und ihre Kultur frei ausleben wolle. *(ÖP, 11.6., ISKU)*

Haftstrafe für kurdischen Chefredakteur

Vedat Kursun, Chefredakteur der einzigen kurdischsprachigen Tageszeitung in der Türkei, ist in Diyarbakir zu einer Haftstrafe von drei Jahren und drei Monaten verurteilt worden. Kursun wurde zur Last gelegt, in der Tageszeitung "Azadiya Welat" Werbung für eine terroristische Organisation betrieben zu haben, weil er den Begriff "Kurdistan", für Abdullah Öcalan die Bezeichnung "Führer des kurdischen Volkes" sowie für die kurdische Guerilla "HPG-Guerilla" verwendet habe.

Kursun saß von Februar bis April in Untersuchungshaft, war nach dem vierten Verhandlungstag jedoch auf freien Fuß gesetzt worden. *(ANF, 10.6., ISKU)*

Türkische Luftangriffe auf kurdische Dörfer

Bei einem erneuten Luftangriff der türkischen Armee auf Dörfer in Südkurdistan sind Felder und Gärten von ZivilistInnen zerstört worden. Wie die Volksverteidigungskräfte (HPG) mitteilten, hatte die Guerilla keine Verluste zu beklagen. *(ÖP, 8.6., ISKU)*

Militärisches Sperrgebiet in Sirnak

Nach Siirt, Hakkari, Wan, Mardin, Urfa, Cizre und Kasrik sind auch in der Provinz Sirnak mehrere Bereiche vorübergehend zum militärischen Sperrgebiet erklärt worden. Wie aus einer Meldung auf der Internetseite des türkischen Generalstabs hervorgeht, gilt das Betretungsverbot für die Zeit vom 12. Juni bis zum 12. September. Bei den betroffenen Gebieten handelt es sich überwiegend um Hochalmen, die als Weidegebiete für die Tierhaltung genutzt werden. *(ANF, 10.6.ISKU)*

Erneut Luftangriffe auf kurdische Dörfer

Vom Militärflughafen in Diyarbakir sind am Abend des 10.6. erneut sechs Kampfbomber der

Gefangene in Auslieferungshaft

Mitte der Woche musste ein in Rottenburg in Abschiebehaft sitzender Kurde nach einem vierwöchigen Hungerstreik in ein Gefängniskrankenhaus verlegt werden. Bei einer Abschiebung in die Türkei drohe Abdurrahman Adigüzel ein Strafverfahren wegen Unterstützung der PKK, warnt sein Rechtsanwalt.
Er ist nicht der einzige, den die Bundesrepublik unterwürfig der Weiterbehandlung bei NATO-Partner Türkei auszuliefern gedenkt,
So ist ein türkischer Kommunist in Deutschland in Auslieferungshaft genommen worden. Das teilte die Konföderation der Arbeiter aus der Türkei ATIK am Donnerstag mit. Önder Dolutas, der in Großbritannien als Flüchtling anerkannt wurde und seit 2006 die britische Staatsbürgerschaft besitzt, ist am 23. Mai am Flughafen Frankfurt-Hahn aufgrund eines »Auslieferungsgesuches des türkischen Staates über Interpol« inhaftiert worden. Er sitzt nun in der Justizvollzugsanstalt Rohrbach in Rheinland-Pfalz. In der Türkei ist Dolutas in Abwesenheit zu zwölfeinhalb Jahren Gefängnis verurteilt worden. Da durch Folter erzwungene Aussagen zu dem Urteil geführt haben, muss es neu verhandelt werden. Über das Auslieferungsgesuch muss das Oberlandesgericht Koblenz entscheiden.
Weiterhin verlangt die Türkei die Ausweisung des Mitte April in Frankfurt am Main aufgrund des Paragraphen 129 (StGB) zu einer dreieinhalbjährigen Freiheitsstrafe wegen angeblicher PKK-Tätigkeit verurteilten Politikers Muzaffer Ayata.
Dagegen ist die vor drei Monaten in Bayern in Auslieferungshaft genommene ehemalige Übersetzerin des PKK-Vorsitzenden Abdullah Öcalan, Ayfer Kaya, vor einigen Tagen freigelassen worden. Die Türkei hatte ihre Auslieferung gefordert. Das zuständige Münchner Gericht hob den Haftbefehl auf, weil die Begründung des Auslieferungsgesuchs der Türkei unzureichend war.
Um auf den Hungerstreik von Abdurrahman Adigüzel aufmerksam zu machen und seine sofortige Freilassung zu fordern, gab es am Samstag, 7.6.2008, eine Solidaritätsaktion an der Tübinger Neckarfront. Etwa 20 Menschen versammelten sich und spannten ein Transparent von 30 Metern Länge auf. Dieses war gut ersichtlich von der viel begangenen und befahrenen Neckarbrücke.
(jW, 6.6., indy, 10.6., ISKU)

Selbstanzeigenkampagne geht weiter

Im Rahmen der Kampagne unter dem Motto "Wenn es eine Straftat darstellt, 'verehrter Herr Öcalan' zu sagen, dann zeige ich mich selbst an, diese Straftat begangen zu haben" sind in Mardin und Istanbul gesammelte Unterschriften der Staatsanwaltschaft übergeben worden. In Mardin wurden vier Personen, die 300 Unterschriften bei der Staatsanwaltschaft einreichten, vorübergehend festgenommen. In Istanbul nahm die Staatsanwaltschaft 149 Selbstanzeigen entgegen, nachdem sie bei einem vorherigen Versuch unter dem Vorwand, die Personalien seien unvollständig, abgewiesen worden waren.

Die Kampagne war am 24. Mai in Diyarbakir gestartet worden.
(ÖP, 10.6.ISKU)

Zehntausende bei Kundgebung in Wan

An einer vom Gewerkschaftsverband KESK organisierten Kundgebung in Wan unter dem Motto "Für eine demokratische Türkei" haben sich Zehntausende Menschen aus der kurdischen Region beteiligt. Die Aktion diente der Unterstützung des Friedensrates in der Türkei.
Im Vorfeld kam es zu massiven Behinderungen der Sicherheitskräfte. Bei Vorkontrollen versuchte die Polizei, rot-gelb-grüne Tücher zu beschlagnahmen, konnte dem Druck der Massen jedoch nicht standhalten. Auch mitgeführte Transparente eines Jugendblocks konnten erst nach einem Protestsitzstreik auf den Kundgebungsplatz getragen werden. In einem Redebeitrag forderte die DTP-Abgeordnete Fatma Kurtulan eine sofortige Einstellung der Militäroperationen, die Abschaffung des Dorfschützersystems, die Gründung eines "Rat der Weisen" für eine Lösung der kurdischen Frage sowie eine neue Verfassung. Das passende Projekt für eine Lösung sei das von Abdullah Öcalan entworfene Projekt einer demokratischen Autonomie.
(ÖP, 9.6., ISKU)

DTP legt Verteidigung im Verbotsverfahren vor

Die Partei für eine demokratische Gesellschaft (DTP) wird morgen ihre schriftliche Verteidigung im Schließungsverfahren dem Verfassungsgericht vorlegen. Danach werden zu einem vom Gericht bestimmten Zeitpunkt sowohl der Oberstaatsanwalt am Kassationsgerichtshof, Abdurrahman Yalcinkaya, als auch DTP-Bevollmächtigte mündliche Eingaben machen. Im Anschluss werden vom Gericht weitere Informationen und Dokumente gesammelt und in einem Bericht zusammengefasst. In dieser Phase können von beiden Seiten weitere Beweise und schriftliche Eingaben vorgelegt werden. Danach wird die eigentliche Verhandlung vor dem Verfassungsgericht beginnen. *(ANF, 11.6., ISKU)*

PUK setzt Dorfbewohner in Kandil unter Druck

Die südkurdische Partei PUK unter dem Vorsitz des irakischen Staatspräsidenten Celal Talabani setzt Dorfbewohner in Kandil, die seit Monaten Angriffen des türkischen und iranischen Militärs ausgesetzt sind, unter Druck, damit sie ihre Dörfer verlassen, weil ihre Sicherheit nicht gewährleistet werden könne.
Ohnehin sind mehrere Dörfer bereits evakuiert. So leben ca. 120 Familien aus den Dörfern Süregulê, Spigûlê, Meredo, Rizgê und Sinova seit etwa zwei Monaten in Zelten. Die Regierung Südkurdistans hat bisher keine Unterstützung geleistet. Vertreter der PUK setzen die Dorfbewohner zusätzlich unter Druck, um zu verhindern, dass diese sich den Medien gegenüber äußern.
(ANF, 11.6., ISKU)

türkischen Armee aufgestiegen und haben zivile Siedlungsgebiete in Südkurdistan bombardiert. Betroffen waren vier Dörfer im Kreis Amediye. Informationen über mögliche Tote und den entstandenen Sachschaden liegen noch nicht vor.
(ANF, 10.6.ISKU)

Türkische Luftangriffe vor EGMR
Das in London ansässige Kurdische Menschenrechtsprojekt (KHRP) ist mit einer Schadensersatzforderung für die Betroffenen der Luftangriffe der türkischen Armee auf Südkurdistan vor den den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte gezogen. Der Antrag bezieht sich auf die Angriffe in den Monaten Oktober und Dezember vergangenen Jahres und wurde im Namen von betroffenen DorfbewohnerInnen eingereicht. Bei den Angriffen war es neben einem immensen Sachschaden auch zu Toten gekommen. *(ANF, 9.6.ISKU)*

Quellen:

ANF	Firat Nachrichtenagentur
jW	junge Welt
BU	Berliner Umschau
Co	Connection e.V.
indy	de.indymedia.org

Termine:

4. Zilan-Frauenfestival
14. Juni 2008, 14 – 22 Uhr
Amphitheater Gelsenkirchen

Programm
Hauptbühne (16 – 22 Uhr)
Koma Grava Roje
Sakina
Hani
Nilüfer Akbal
Koma Aheng (Meral, Nurcan, Zelal)
Bita Ferhani
Tanzgruppe

Nebenbühne (14 – 16 Uhr)
Podiumsdiskussion: Gewalt gegen Frauen und Lösungswege
Dr. Isik Iscanli
Prof. Sebnem Korur Fincanci
Nihayet Tasdemir
Moderation: Elif Ozan

Literaturzelt
Gemäldeausstellung
und vieles andere

N û ç e
erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der
Informationsstelle Kurdistan
Schanzenstraße 117
20357 Hamburg
Tel.: 040 - 421 02 845
E-mail: isku@nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
Postbank Köln, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 3968-506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.isku.org

Nr. 366
20. Juni 2008

Nûçe



Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@nadir.org
www.isku.org

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

Systematische Rechtsverletzungen auf Imrali

Auf einer Pressekonferenz in der Istanbuler Zweigstelle des Menschenrechtsvereins IHD hat das Verteidigerteam von Abdullah Öcalan auf die schweren Isolationsbedingungen hingewiesen, denen sein Mandant, seit seiner Festnahme am 15. Februar 1999, ausgesetzt ist. Als Unterstützer nahmen an der Pressekonferenz die Menschenrechtlerin Eren Keskin, der DTP-Provinzverbandsvorsitzende Halil Aksoy, die Chefredakteurin der Tageszeitung "Gündem" Yüksel Genc sowie Mitglieder des IHD-Vorstandes teil.
Hatice Korkut und Ibrahim Bilmez vom Verteidigerteam Öcalans sowie Rechtsanwalt Abdulbaki Boga vom IHD-Vorstand gaben eine Erklärung zu den Haftbedingungen auf Imrali ab, die als "schwere Isolation" bezeichnet wurden. Wie Rechtsanwältin Korkut ausführte, sei ihr Mandant systematischen Rechtsverletzungen im Ein-Personen-Gefängnis Imrali ausgesetzt. Die im Juni 2005 eingeführte Reform im Vollzugsrecht, die als Schritt zur Demokratisierung gepriesen worden sei, habe das genaue Gegenteil bewirkt und biete die juristische Grundlage für weitere Rechtsverletzungen. Dies gelte für alle Haftanstalten in der Türkei, stelle jedoch in der seit 1999 andauernden Isolation auf Imrali mit personenbezogenen Vorgehensweisen eine neue Qualität dar. "So wie beim Beispiel Guantanamo ist Imrali heutzutage eine der Gefängnisinseln, auf denen das Recht nicht zählt."
Weiter wies Korkut darauf hin, dass auch der Bericht des Antifolterkomitees CPT vom März 2008 zu ähnlichen Ergebnissen gekommen sei. "Neben der Tatsache, dass unser Mandant seit über neun Jahren der einzige Gefangene auf einer Gefängnisinsel ist, werden seine Rechte – insbesondere das Recht auf Verteidigung, auf Kommunikation mit der Außenwelt, auf Gesundheit, Zugang zu Presse und Medien, auf Hofgang und ähnliches – so stark eingeschränkt, dass das Wesen des Rechtes ramponiert wird. Die Möglichkeit Briefe zu schreiben, existiert nicht, und die Briefe, die ihm aus anderen Gefängnissen geschickt werden, werden selten und meistens geschwärzt ausgehändigt. In seiner Zelle gibt es ein Radio, das nur auf eine einzige Frequenz eingestellt ist. Tageszeitungen werden mit zehntägiger Verspätung ausgehändigt und bestimmte Zeitschriften sowie alle kurdischsprachigen Medienorgane werden ohne Verweis auf eine rechtliche Grundlage zurückgehalten. Auch kommt es vor, dass die Aushändigung bestimmter Bücher, die nicht verboten sind, als bedenklich betrachtet wird. Neben diesen Einschränkungen profitiert er trotz vielfacher Anträge nicht von Rechten, die allen Untersuchungs- und Strafgefangenen in der Türkei zugestanden werden, wie zum Beispiel Besuch ohne Trennscheibe, Telefon sowie der Möglichkeit, neben Verteidigern und Angehörigen von drei weiteren Personen besucht zu werden."
Die mit der Strafvollzugsreform 2005 eingeführte Bestimmung der Anwesenheit einer dritten Person bei Verteidigerkonsultationen neben Anwalt und Mandant werde im Falle Öcalans noch dadurch überschritten, dass das gesamte Gespräch aufgezeichnet werde. "Auch wenn dieses Vorgehen nur gegen unseren Mandanten Anwendung findet, so sollte nicht vergessen werden, dass mit diesen Gesetzen der Kern des Rechtes auf Verteidigung stark beeinträchtigt wird und somit nicht nur die Rechte der Kurden im allgemeinen und Herrn Öcalans im besonderen bedroht werden, sondern die Rechte aller Untersuchungs- und Strafgefangenen."
Weiter betonte Korkut, Öcalan befinde sich nicht nur in seiner Zelle in Isolation, sondern sei auch der einzige Gefangene auf der gesamten Insel. Allein dieser Fakt verdeutliche, wie stark ihr Mandant von der Außenwelt isoliert werde. In der medizinischen Fachliteratur werde die Isolation als "weiße Folter" bezeichnet. "Aufgrund von Disziplinarstrafen werden immer wieder Radio, Bücher, Zeitungen und Zeitschriften aus der Zelle entfernt. Das bedeutet, dass unser Mandant neben einem einstündigen Hofgang täglich 23 Stunden in einem leeren Raum mit weißen Wänden verbringen muss."
Bereits zuvor sei Öcalan fünf Mal mit jeweils 20-tägigen Disziplinarstrafen belegt worden. Innerhalb der vergangenen 40 Tage seien im Verweis auf drei weitere Disziplinarverfahren insgesamt 50 Tage "Bunkerstrafe" hinzugekommen. "Dieses Mal sind auch Schreibwaren wie Stift und Papier und sogar die Brille unseres Mandanten beschlagnahmt worden. Das zeigt, dass er über den Status eines Gefangenen hinaus mit einer langfristig angelegten Politik der physischen und psychischen Zerrüttung konfrontiert ist."
Schließlich wies Rechtsanwältin Korkut darauf hin, dass die Grundlage für die Haftsituation als solche und den Druck, dem ihr Mandant ausgesetzt sei, die nicht gelöste kurdische Frage sei.

(ANF, 13.6., ISKU)

Weitere Verurteilungen wegen "Herrn Öcalan"

Während die Anzahl derjenigen, die sich wegen der Verwendung des Begriffs "Verehrter Herr Öcalan" in der Türkei selbst anzeigen, täglich ansteigt, gibt es weiterhin Verurteilungen aus demselben Grund. So wurde Rechtsanwalt Muzaffer Demir aus dem Verteidigerteam Öcalans zu sechs Monaten Haftstrafe verurteilt, weil er für seinen Mandanten dieses Bezeichnung verwendet hatte. Der DTP-Lokalpolitiker Muhsin Batgi wurde wegen desselben "Vergehens" zu 4,5 Monaten Haftstrafe verurteilt. Beide Haftstrafen wurden in Geldstrafen umgewandelt. Gegen Rechtsanwalt Demir sind seit der Mandatsübernahme 15 Ermittlungsverfahren und sechs Prozesse eingeleitet worden.
Im Gefängnis Adiyaman ist gegen 40 Gefangene, die sich selbst angezeigt hatten, Ermittlungsverfahren eingeleitet worden. Gegen Gefangene, die im Rahmen dieses Verfahrens ihre Aussage auf kurdisch machen wollten, sind weitere Verfahren eingeleitet worden.
Unterdessen sind in Urfa knapp 500 Selbstanzeigen bei der Staatsanwaltschaft eingereicht worden, deren Annahme allerdings verweigert wurde. Auch in Istanbul-Kücükcekmece wurde die Annahme von ca. 450 Selbstanzeigen von der Staatsanwaltschaft verweigert. In Istanbul-Ümraniye dagegen wurden 100 Anzeigen aufgenommen.
Im Prozess gegen den Abgeordneten Orhan Miroglu wurde eine sechsmonatige Haftstrafe auf Bewährung ausgesprochen, weil Miroglu in seinem Wahlkampfbüro eine Rede auf kurdisch gehalten hatte. Ein Ermittlungsverfahren gegen ihn wegen der öffentlichen Aussage "Für den Frieden sollte von Öcalans Worten profitiert werden" wurde dagegen eingestellt.

(ÖP/ANF, 17.-19.6., ISKU)

Meldungen

Adigüzel droht weiter die Abschiebung

Deutschland besteht weiterhin auf der Abschiebung des kurdischen Politikers Abdurrahman Adigüzel. Wie sein Rechtsanwalt Gerhard Hertle mitteilte, wurde der eingelegte Widerspruch vom Landgericht Stuttgart abgelehnt. Damit droht weiterhin die Abschiebung.
Adigüzel, der seit vielen Jahren in der kurdischen Befreiungsbewegung tätig ist und in der Türkei gesucht wird, war am 6. Mai 2008 einer Einladung der Ausländerbehörde gefolgt und dort verhaftet worden. Am gleichen Tag trat er in einen Hungerstreik, den er nach 29 Tagen beendete, nachdem Amnesty International und verschiedene weitere Organisationen sich für ihn eingesetzt hatten.

(ÖP, 18.6., ISKU)

Türkei für Welat verboten

Der siebenjährigen Welat Dag ist am Flughafen in Istanbul von türkischen Beamten aufgrund seines kurdischen Namens nach Deutschland zurückgeschickt worden. Er war mit seiner Mutter und zwei Geschwistern von Düsseldorf in die Türkei geflogen. Bei der Passkontrolle teilten die Beamten mit, der Name Welat sei in der Türkei verboten, woraufhin der Junge alleine wieder ins Flugzeug nach Düsseldorf gesetzt wurde.
Die Familie Dag lebt seit 1999 in Deutschland. Der Vater Sadrettin Dag ist anerkannter politischer Flüchtling.

(ÖP, 18.6., ISKU)

Hawpar-Sprecher durch Minenexplosion getötet

Der Sprecher der kurdischen Antiminenorganisation Hawpar M. Ozan Gökkan (Hakki Losano) ist am 13. Juni bei einer Minenexplosion im südkurdischen Xinere getötet worden. Nur wenige Tage vor seinem Tod hatte er gegenüber der Nachrichtenagentur Firat (ANF) über die Schwierigkeiten seiner Arbeit berichtet: "Wir verfügen über keine Technik, haben lediglich einen Detektor. Wir erwarten Unterstützung von den UN." Hawpar hatte im vergangenen Jahr knapp 800 Wanmara-Minen geborgen und im Beisein von UN-Vertretern vernichtet.
Losano arbeitete seit vielen Jahren in den Guerillagebieten an der Minenräumung. 1959 in Urfa geboren, war er 1993 von Spanien aus nach Kurdistan

“Der Türke wird als Soldat geboren”

»Jeder Türke wird als Soldat geboren«, lautet ein geflügeltes türkisches Wort, das derzeit, da sich der Kurdenkonflikt erneut zuspitzt und militaristische Parolen hoch im Kurs stehen, wieder besonders häufig zu hören ist.

Freunde geleiten einrückende Rekruten mit hupendem Autokorso in die Kaserne, Väter verabschieden ihre Söhne mit Festschmaus und Musikkapelle. Der gesellschaftliche Stellenwert, der dem fünfzehnmonatigen obligatorischen Militärdienst in der Türkei innewohnt, ist ohne Zweifel hoch.
So hoch, dass es bislang noch keine Regierung für nötig befand, auch ein Recht auf Wehrdienstverweigerung in der Verfassung zu verankern. Die Türkei ist der einzige der 47 Mitgliedstaaten des Europarates, in dem allgemeine Wehrpflicht herrscht, ohne dass die Möglichkeit der Verweigerung eingeräumt wird. Einer verbreiteten Auffassung zufolge ist dies auch gar nicht nötig. Denn wo jeder »als Soldat geboren« wird, gibt es keine Wehrdienstverweigerer - und braucht es also auch keinen Ersatzdienst. Als »Beweis« wird dabei gerne auf die offizielle Statistik verwiesen, die nur 9000 Wehrdienstverweigerer und Deserteure ausweist - für die vergangenen 47 Jahre zusammengerechnet. Auch derzeit sind es gerade einmal 60 Leute, die sich öffentlich dazu bekannt haben, den Dienst an der Waffe nicht ableisten zu wollen.
Doch hinter der trügerischen Fassade werde eine ganz andere Wahrheit verborgen, erzählt Ersan Gör, der selber den Wehrdienst verweigert hat und sich bei den »Kriegsgegnern« engagiert, einer Organisation, die den obligatorischen Wehrdienst ablehnt. Mindestens eine halbe Million Türken hätten sich bislang dem Dienst an der Waffe entzogen, indem sie zum Beispiel ein Endlosstudium aufnahmen oder ein Gebrechen vortäuschten. Durchaus nicht jeder fühle sich zum Soldaten geboren, aber nur die wenigsten machten ihre Entscheidung, den militärischen Zwangsdienst nicht abzuleisten, öffentlich. Der gesellschaftliche und familiäre Druck ist einfach zu groß, von den strafrechtlichen Konsequenzen ganz zu schweigen. »Die moderne Türkei ist von Militärs geschaffen worden, sie ist aus dem Ersten Weltkrieg und dem anschließenden Befreiungskrieg hervorgegangen«, erklärt Gör. Verweigerer und Deserteure kommen in dem Heldenmythos, der sich um die Entstehung der Türkei im Jahre 1923 rankt, nicht vor. Im Selbstverständnis, das die Republik 85 Jahre später pflegt, ist nur für begeistertes Soldatentum Platz.
Zudem sorgt das Gesetz dafür, dass an der allgemeinen Wehrpflicht nicht gerüttelt wird. Ausgerechnet die als unpolitisch geltende Popdiva Bülent Ersoy kann ein Lied davon singen, wie leicht es ist, wegen einer unbedarften Äußerung zu diesem Thema vor dem Kadi zu landen. Als im vergangenen Februar türkisches Militär in den Nordirak eindrang, kritisierte Ersoy in der Fernsehshow »Popstar Alaturka« den Feldzug. »Ich würde meinen Sohn nicht in diesen Krieg schicken«, verkündete die Sängerin leichtfertig – was ihr kurzerhand als Aufruf zur Wehrdienstverweigerung ausgelegt wurde. Am heutigen Mittwoch beginnt der Prozess gegen die Diva, der bis zu drei Jahre Haft drohen. Grundlage der Anklage ist Paragraf 318 des Strafgesetzbuchs, der die »Entfremdung des Volkes von der Armee« unter Strafe stellt. Der »Wehrkraftzersetzungsparagraf« ist längst zur Allzweckwaffe gegen Kritiker geworden, die den Zwangsdienst ablehnen oder auch nur die Möglichkeit eines zivilen Ersatzdienstes fordern. »Während Wehrdienstverweigerung in der EU allgemein anerkannt wird, ist in der Türkei schon die öffentliche Forderung nach einem Recht auf Wehrdienstverweigerung potenziell strafbar«, erklärt die Journalistin Birgül Özbaris.

Nicht nur durch die Kriminalisierung der Debatte wird die Zahl der Verweigerer niedrig gehalten. Auch die Sanktionen sind abschreckend. Denn mit dem Verbüßen einer Strafe ist es in der Türkei nicht getan. Vielmehr steht nach der Haftentlassung in der Regel erneut die Einberufung an. Dadurch geraten konsequente Verweigerer wie Osman Murat Ülke, der insgesamt bereits 701 Tage in Haft verbrachte, in einen regelrechten Teufelskreis aus Verweigerung und Verurteilung.
Der Europäische Menschenrechtsgerichtshof hat diese Praxis als »zivile Todesstrafe« scharf kritisiert, auch eine Revision des Paragrafen 318 ist aus Brüssel bereits mehrfach verlangt worden. Auf einen schnellen Wandel können türkische Wehdienstverweigerer trotzdem nicht hoffen. Denn jede Reform würde auf den erbitterten Widerstand des Militärs stoßen. Und mit den Generälen hat die gegenwärtige Regierung auch so schon Probleme genug, so dass die Wehrdienstfrage in absehbarer Zeit kaum auf die Tagesordnung rücken dürfte.

(ND, 18.6., ISKU)

Vergeltungsschlag in Yüksekova

Eine Guerillaeinheit hat in Yüksekova mit Raketenwerfern eine Polizeiunterkunft angegriffen. Dabei kam ein Polizist ums Leben, fünf weitere wurden verletzt. Die HPG bekannten sich in einer schriftlichen Erklärung zu dem Anschlag: "Diese Aktion wurde als Vergeltung für den Minderjährigen Cüneyt Ertus, dem bei den Newrozfeiern von Polizisten der Arm gebrochen wurde, und die faschistischen Angriffe auf die Bevölkerung von Yüksekova durchgeführt." Dem 15-jährigen Cüneyt Ertus war von drei Zivilpolizisten vor laufenden Kameras bewusst der Arm gebrochen worden. Nach dem Anschlag besetzten Polizeieinheiten den Stadtteil Güngör und griffen willkürlich Menschen aus der Bevölkerung mit Eisenstangen an. Mit der Drohung, "für jeden Polizisten zehn Kurden" zu töten, wurden in mehreren Wohnungen in der Umgebung der Polizeiunterkünfte Razzien durchgeführt. Es kam zu Dutzenden Festnahmen.

(ÖP, 16.6., ISKU)

Ilisu: Regierung ignoriert Vertragsbruch

"Leider haben sich die Regierungsfraktionen heute gegen eine verantwortungsvolle Entwicklungspolitik unter Einhaltung der Menschenrechte und eines respektvollen Umgangs mit der Natur entschieden", so Hüseyin Aydin zu der heutigen Diskussion im Entwicklungsausschuss des Bundestages. Der Ausschuss entschied sich mit den Stimmen der Regierungs-Parteien SPD und CDU/CSU bei Enthaltung der FDP gegen einen Antrag der LINKEN, der den sofortigen Rückzug Deutschlands aus dem umstrittenen Ilisu-Staudammprojekt in der Türkei fordert.
Der Obmann im Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung für die Fraktion DIE LINKE erklärt weiter: "Von der vorher geäußerten großen Besorgnis bezüglich der Verletzungen von internationalen Standards seitens der Türkei war nun keine Rede mehr. Die Hermesbürgschaft von 93,5 Millionen wird mit der Begründung weiter aufrechterhalten, dass die am Bau beteiligte schweizerische Züblin-AG Arbeitsplätze in Deutschland sichere. Eine erbärmliche Begründung, die von einer unglaubwürdigen Politik zeugt."

(DL, 18.6., ISKU)

gegangen und hatte sich an den Minenräumungsarbeiten beteiligt. *(ÖP, 19.6., ISKU)*

1400 Dorfschützer für Dersim

Die Bürgermeisterin von Dersim hat auf die Meldung, dass für die Region 1400 Dorfschützer bereitgestellt werden sollen, mit einer scharfen Erklärung reagiert. Gemeinsam mit weiteren Stadtratsmitgliedern und Stadtverwaltungsangestellten sowie Vertretern zivilgesellschaftlicher Organisationen gab sie eine Erklärung ab, in der es hieß: "Aus dem Wirtschaftspaket der AKP entfallen auf Dersim keine Fabriken, keine Eisenbahnanbindung, kein Flughafen und keine Tourismusprojekte, sondern 1400 Waffen. Für Tunceli wird ein Kader von 1400 Dorfschützern als passend erachtet. Während unsere Jugend – viele von ihnen mit Universitätsabschlüssen – auf Fachleute aus Bildung, Gesundheit und Recht warten, werden Waffen geschickt, mit denen die eigenen Geschwister getötet werden sollen."
Die AKP sei mit dem Versprechen auf eine Demokratisierung an die Macht gekommen, mit ihrem Vorgehen sei sie jedoch eher dazu geeignet, das gesamte Land ins Chaos zu stürzen.

(ÖP, 13.6., ISKU)

Tausende bei Frauenfestival in Gelsenkirchen

Tausende Frauen kamen am Samstag zum vierten Zilan-Frauenfestival im Amphitheater in Gelsenkirchen zusammen. Das Festival wurde organisiert von Ceni - Kurdisches Frauenbüro für Frieden und stand unter dem Motto "Stoppt Frauenmorde - Keine Morde im Namen der Ehre!". Neben kulturellen und Redebeiträgen auf der Hauptbühne gab es ein reichhaltiges Programm in Zelten und auf einer Nebenbühne sowie zahlreiche Verkaufsstände.

(ÖP, 16.6., ISKU)

Quellen:

ANF	Firat Nachrichtenagentur
ÖP	Özgür Politika
ND	Neues Deutschland
DL	Fraktion DIE LINKE

N û ç e

erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der
Informationsstelle Kurdistan
Schanzenstraße 117
20357 Hamburg
Tel.: 040 - 421 02 845
E-mail: isku@nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
Postbank Köln, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 3968-506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.isku.org

Nr. 367
27. Juni 2008

Nûçe



Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@nadir.org
www.isku.org

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

Im deutschen »Sicherheitsinteresse« ordnet Bundesinnenministerium Beschlagnahme von TV-Technik an

Schäuble verbietet ROJ-TV

Das Bundesinnenministerium hat den kurdischen Fernsehsender Roj TV im Bereich der BRD verboten. Der in Dänemark lizensierte Satellitensender sei in die Organisationsstruktur der verbotenen Arbeiterpartei Kurdistans PKK eingebunden und richte sich gegen den »Gedanken der Völkerverständigung«, heißt es im am Dienstag bekanntgewordenen Bescheid. Ebenfalls verboten wurde die für Roj TV in Deutschland tätige Produktionsfirma VIKO, die Beschlagnahme ihres Vermögens wurde angeordnet.
Wesentlicher Sendeinhalt sei eine »Glorifizierung des bewaffneten Kampfes gegen die Türkei« und das »Schüren eines Personenkultes um den inhaftierten PKK-Führer Abdullah Öcalan«, so das Innenministerium. Roj TV habe beispielsweise einen Beitrag gesendet, der den Guerillakommandanten Bahoz Erdal beim Tanz mit anderen Kämpfern zeigt. Außerdem würde suggeriert, bei der Guerillaausbildung handle es sich um eine »Art Abenteuercamp«.
Durch seine mediale Präsenz gelinge es Roj TV, eine breite Öffentlichkeit im Sinne der PKK-Ideologie zu »indoktrinieren«. Dies »schürt Haß zwischen Menschen türkischer und kurdischer Volkszugehörigkeit«, so das Innenministerium ungeachtet der Tatsache, das der Sender beharrlich für eine politische Lösung der kurdischen Frage wirbt. Vor dem Hintergrund des »verschärften Vorgehens des türkischen Staates gegen PKK-Guerillastellungen« – gemeint sind die völkerrechtswidrigen Luftangriffe auf Ziele im Nordirak – erforderten »Sicherheitsinteressen der Bundesrepublik Deutschland« das Verbot des »PKK-Haussenders«.
Roj TV erreicht mit seinen Kultur- und Nachrichtensendungen in kurdischer, türkischer, arabischer und persischer Sprache täglich mehrere Millionen Menschen. In der Türkei, wo kurdischsprachige Nachrichtenssendungen verboten sind, aber auch für Hunderttausende kurdischstämmiger Bürger in Deutschland ist Roj TV eine wichtige alternative Nachrichtenquelle gegenüber den meist chauvinistisch aufgeladenen, antikurdisch ausgerichteten türkischen Medien. Weil auch kurdische Exilpolitiker und Vertreter der Befreiungsbewegung zu Wort kommen, fordert die Türkei, unterstützt von den USA, seit langem ein Verbot des Senders.
Da Roj TV außer aus seinem nun geschlossenen Studio in Wuppertal von seinem Hauptstudio in Brüssel sendet, kann der Sender in Deutschland vorerst weiter über Satellit empfangen werden. Übertragungen von kurdischen Friedensdemonstrationen oder Festivals in Deutschland sind nun allerdings ebenso verboten wie öffentliche Ausstrahlungen von Roj TV etwa in kurdischen Cafés.
Zusätzlich Öl ins Feuer gießt das offenbar frühzeitig vom Roj TV-Verbot unterrichtete Springerblatt Berliner Morgenpost mit der Schlagzeile »Kurden bedrohen türkische Einrichtungen« in seinem Berlin-Teil. Beweise dafür bleibt der Autor schuldig. Unter Bezugnahme auf einen »ranghohen Beamten« heißt es lediglich, die Berliner Polizei habe eine intensive Beobachtung türkischer Einrichtungen angeordnet, da Proteste von Kurden nicht auszuschließen seien.
(jW, 25.6., ISKU)

“Willfähriger Vollstrecker”

[...] Mit diesem Verbot erweist sich Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble als der verlängerte Arm und willfährige Vollstrecker der türkischen Regierung, der schon seit Jahren die kurdischen Medien ein Dorn im Auge sind. Hat sich bislang die dänische Regierung geweigert, dem türkischen Druck auf Entzug der Lizenz von ROJ TV nachzugeben, demonstriert Deutschland wieder einmal, dass es im kurdisch-türkischen Konflikt auf der Seite der Unterdrücker steht. Ausgerechnet diese Bundesregierung glaubt, dem kurdischen Sender vorwerfen zu können, seine Tätigkeit richte sich gegen den Gedanken der Völkerverständigung. Wie das Friedensforschungsinstituts SIPRI Anfang Juni in seinem Jahrbuch feststellte, nimmt Deutschland den sechsten Platz der weltweiten Militärausgaben (23,7 Milliarden Euro) ein und die Türkei gehört neben Griechenland und Südafrika zu den wichtigsten Abnehmern deutscher Waffen. Die Bundesregierung befindet sich wie der NATO-Partner Türkei auf Kriegskurs gegen die Kurden – die einen mit Waffen, die anderen mit dem Polizei- und Strafrecht. Wehren wir uns gemeinsam gegen diese Vernichtungs- und Zerschlagungsstrategie *(Azadi, 24.6., ISKU)*

Nach Welat auch Ciya, Berfin und Beritan verboten

Nur kurz nachdem der siebenjährigen Welat Dag bei seiner Ankunft am Flughafen in Istanbul von türkischen Beamten aufgrund seines kurdischen Namens nach Deutschland zurückgeschickt worden ist, hat sich in Stuttgart ein ähnlicher Fall ereignet. Die Familie Ay – deutsche Staatsbürger – wollte mit ihren drei Kindern Ciya, Berfin und Beritan in die Türkei fliegen. Am Flughafen Stuttgart wurden sie bei der Ticketkontrolle von Angestellten der Turkish Airways zurückgewiesen. Als Begründung wurde ihnen nach Angaben des Vaters Nurettin Ay genannt, sie seien keine türkischen Staatsbürger.
Wie Vater Ay weiterhin gegenüber der Nachrichtenagentur ANF angab, sei die Familie in den vergangenen Jahren regelmäßig in die Türkei geflogen: "Jedes Mal wurde zwar nachgefragt, was ‚Ciya' bedeute, aber niemals wurde uns die Einreise verweigert."
Im Fall des siebenjährigen Welat, hat der DTP-Abgeordnete Akin Birdal nun eine schriftliche Anfrage an den türkischen Innenminister gerichtet. Darin wird gefragt, ob es für Welat Dag verboten ist, in die Türkei zu kommen, was der Grund dafür sei, ob der Name Welat wie angegeben verboten sei, ob das Verbot eine rechtliche Grundlage habe und ob vorgesehen ist, Ermittlungen gegen die Verantwortlichen für das erlittene Trauma des Kindes aufzunehmen.
(ÖP, 21.6, ANF, 20.6., ISKU)

Meldungen

Öcalan-Besuch verhindert

Nachdem wochenlang der Besuch seiner Verteidiger bei Abdullah Öcalan auf der Gefängnisinsel Imrali regelmäßig stattfinden konnten, ist heute erstmalig wieder ein Zusammentreffen verhindert worden. Wie bereits in der Vergangenheit oft vorgekommen, wurde das Boot, mit dem die Anwälte zur Gefängnisinsel übersetzen wollten, auf dem Weg mit der Begründung, es sei defekt, gewendet. *(ANF, 25.6,, ISKU)*

Prozess gegen 16 Öcalan-AnwältInnen

Gegen 16 RechtsanwältInnen des Verteidigerteams Abdullah Öcalans ist ein Prozess wegen "Mitgliedschaft in einer terroristischen Organisation" eingeleitet worden. Die Staatsanwaltschaft fordert zehn Jahre Haft. Als Beweismittel werden in der Anklageschrift Mitschriften der Verteidigerkonsultationen aufgeführt.
Betroffen sind 16 Anwältinnen und Anwälte, die in den vergangenen zwei Jahren mit ihrem Mandanten zusammengetroffen sind. Ihnen wird zur Last gelegt, allgemeine Informationen über Militäroperationen sowie Protestkundgebungen an Öcalan weitergeleitet sowie umgekehrt Verlautbarungen Öcalans, die als Werbung für eine terroristische Organisation oder Anweisungen an dieselbige zu werten seien, an die Medien weitergegeben zu haben.
Neben der zehnjährigen Haftstrafe werden eine Mandatsenthebung sowie ein Besuchsverbot bei Öcalan gefordert. Der Prozessbeginn wird in den kommenden Tagen vor dem Istanbuler Gericht für schwere Straftaten erwartet.
(ÖP, 20.6, ISKU)

Knapp 1000 "Sitten- und Ehrenmorde" in fünf Jahren

Nach einer Untersuchung des Menschenrechtspräsidiums des Ministerpräsidentenamtes der Türkei sind in der Türkei innerhalb der vergangenen fünf Jahre 948 Menschen "Sitten- und Ehrenmorden" zum Opfer gefallen. In dem Bericht wird darauf hingewiesen, dass die Strafverschärfung nicht zu einem Rückgang der Straftaten geführt habe. Die meisten Morde werden laut Bericht in Istanbul begangen, gefolgt von Ankara, Izmir, Amed, Bursa, Antalya, Aydin, Kayseri, Samsun und Sakarya. *(ÖP, 21.6,, ISKU)*

Elf Jahre Haftstrafe gegen kurdischen Journalisten im Iran

Der kurdische Journalist Mihemed Sediq Kebudwend ist im Iran wegen der Gründung der Men-

154 Festnahmen wegen "Herr Öcalan"

Im Rahmen der Selbstanzeigenkampagne wegen der Verwendung des Begriffs "Verehrter Herr Öcalan" sind in Istanbul und Mersin 154 Personen festgenommen worden.
Im Verlauf der Kampagne haben sich bisher über 4000 Personen selbst angezeigt, darunter Parlamentsabgeordnete, Bürgermeister und Vertreter zivilgesellschaftlicher Organisationen. Die Kampagne war am 23. Mai in Diyarbakir gestartet worden und in mehreren Städten der Türkei fortgesetzt worden. Erstmalig kam es gestern zu Massenfestnahmen von Personen, die ihre Selbstanzeigen bei der Staatsanwaltschaft einreichen wollten. Staatsanwaltschaft und Polizei verfahren dabei nicht einheitlich. So wurden in Istanbul-Bakirköy 90 Personen festgenommen, die zuvor Anzeigen eingereicht hatten. In Istanbul-Kadiköy wurden 215 Anzeigen zunächst aufgenommen, anschließend wegen eines vermeintlichen Computerausfalls wieder abgewiesen. Im Stadtteil Sisli schließlich wurden 500 Anzeigen mit dem Verweis abgelehnt, diese müssten einzeln erfolgen. Eine öffentlich verlesene Presseerklärung wurde von der Polizei angegriffen, drei Personen wurden festgenommen. Die im Polizeikessel befindlichen Personen forderten daraufhin, ebenfalls festgenommen zu werden, weil sie das gleiche Vergehen begangen hätten. Nach längerem angespannten Warten durfte schließlich eine Abordnung die Selbstanzeigen bei der Staatsanwaltschaft abgeben.
In Mersin wurden 61 Personen unter Polizeigewalt festgenommen, als sie ihre Selbstanzeigen abgeben wollten.

(ÖP, 21.6, ISKU)

Ilisu: Staudamm-Projekt an einem kritischen Punkt

Parallel zu der am Freitag stattfindenden Besprechung der drei Exportkreditagenturen (ECAs) mit ECA-Watch, Global 2000 und weiteren NGOs zum umstrittenen Ilisu-Staudamm-Projekt veranstalteten AktivistInnen vor dem Gebäude der ÖKB eine Kundgebung. "Sollte der Ilisu-Staudamm gebaut werden, so bedeutet das, dass Zehntausende Menschen vertrieben und wertvolle Naturräume für immer zerstört werden", empört sich Jens Karg von GLOBAL 2000. "Darauf kann es aus menschenrechtlicher und umweltpolitischer Sicht nur eine Antwort geben: Österreich muss aus der Finanzierung dieses umstrittenen Projektes aussteigen!" Ulrich Eichelmann von ECA-Watch fügt hinzu: "Die Strategie der Kontrollbanken liegt im Verschleppen und Verschleiern. Solange in Hasankeyf gebaut wird, werden Fakten geschaffen. Österreich trägt mit seiner ausweichenden Haltung einen großen Teil der Verantwortung."
Bei der Besprechung in der ÖKB waren auch drei VertreterInnen des Expertengremiums anwesend, welches im Februar den kritischen Bericht zum Ilisu-Staudamm-Projekt verfasst hat. Die ExpertInnen bestätigten die Befürchtungen der NGOs, dass auch seit der Veröffentlichung ihrer vernichtenden Berichte im März 2008 keine maßgeblichen Verbesserungen zur Einhaltung der vertraglich festgesetzten Auflagen zu Natur, Kultur und Umsiedlungen von türkischer Seite umgesetzt wurden. Die Kontrollbanken halten sich bedeckt und geben bislang keine Auskunft über ihr weiteres Vorgehen.
"Wir begrüßen die Dialogbereitschaft der Kontrollbanken, aber den Geprächen müssen endlich Taten folgen, sonst sind sie Zeitverschwendung. Seit dem vernichtenden Expertenbericht hat es keinerlei Entwicklung auf Seiten der Kontrollbanken gegeben. Das Ilisu-Staudamm-Projekt verstößt gegen zahlreiche Umwelt- und Menschrechtsstandards und muss deshalb beendet werden", kommentiert Eichelmann den ergebnislosen Ausgang des Treffens. Um ihrer Position Nachdruck zu verleihen, forderten zahlreiche Organisationen aus den Bereichen Umwelt, Menschenrechte und Soziales vor den Toren der Kontrollbank den Ausstieg aus dem Ilisu-Staudamm-Projekt.

(oen, 22.6., ISKU)

Gefängnissturm bleibt ungesühnt

Die Operation, mit der die türkische Regierung im Dezember 2000 insgesamt 20 Gefängnisse zeitgleich stürmen ließ, trug einen geradezu zynischen Codenamen: »Zurück ins Leben« (Hayata Dönüs) hieß der Einsatz, der in einem Massaker endete. 30 Insassen mußten sterben und Dutzende wurden verletzt, weil die Polizeikräfte offiziellen Verlautbarungen zufolge linke Gefangene »retten« wollten, die aus Protest gegen eine geplante Verlegung in F-Typ-Isolationsgefängnisse in den Hungerstreik getreten waren. Doch die Wirklichkeit sah anders aus: Durch den brutalen Einsatz sollten die Gemeinschaftszellen, die linken Gefangenen einen gewissen Schutz vor staatlichen Übergriffen boten, zerschlagen, eine zügige Überstellung der Insassen in die von Menschenrechtsorganisationen als »weiße Folter« bezeichnete Isolationshaft ermöglicht werden. Daß es dabei zu Toten kommen würde, zeichnete sich bereits im Vorfeld ab.
Ein Gerichtsbeschluß sorgt nun dafür, daß das gut dokumentierte Massaker auch weiterhin ungesühnt bleibt. Wegen »Verjährung« stellte ein Istanbuler Strafgericht am Dienstag ein Mammutverfahren gegen insgesamt 1600 Angehörige der Sicherheitskräfte ein, die an der Erstürmung des Gefängnisses von Bayrampasa am 19. Dezember 2000 beteiligt waren. Zwölf Insassen kamen bei der Aktion ums Leben, viele Überlebende wurden mißhandelt und gefoltert. Selbst eine vom Justizministerium berufene Expertenkommission prangerte »schwere Übergriffe« der Sicherheitskräfte an – doch zur Rechenschaft wird dafür nun niemand mehr gezogen.
Für den Anwalt Taylan Tanay, der die Opfer als Nebenkläger vertritt, war bei dem Verfahren von Anfang an die Einstellung das Ziel. »Ein wirklicher Prozeß ist doch nie geführt worden«, erklärte Tanay im Anschluß an die Gerichtsverhandlung, die er aus Protest bereits vorzeitig verließ. »Seit Prozeßauftakt vor sieben Jahren ist elfmal der Richter gewechselt worden, die zuständige Behörde hat die Namen der an der Operation beteiligten Beamten bis heute nicht vollständig mitgeteilt, Anfragen wurden nicht bearbeitet, Angeklagte wurden nicht verhört oder es wurde hingenommen, daß sie sich ins Ausland absetzen«, zählt der Anwalt die Mittel auf, mit denen das Verfahren so lange hinausgezögert wurde, bis vor einer Woche schließlich die Verjährung eintrat: »Unsere Befürchtung, daß der Prozeß nur zur Augenwischerei überhaupt eröffnet wurde, hat sich leider bestätigt. Die Gerechtigkeit wurde mit Füßen getreten«.
Juristen bezweifeln, daß angesichts der Schwere der Tatvorwürfe eine Einstellung wegen Verjährung überhaupt rechtens war. Um doch noch ein gerechtes Urteil zu erwirken, kündigte die Nebenklage am Mittwoch den Gang vor den Internationalen Menschengerichtshof an.

(jW, 26.6., ISKU)

schenrechtsorganisation Ostkurdistan (RMMK) zu einer Haftstrafe von elf Jahren verurteilt worden. Kebuwend, der bis zum Verbot im Jahr 2004 Herausgeber der Wochenzeitung Peyame Merdome Kurdistan war, ist vor einem Jahr bei einer Razzia in seiner Wohnung in Teheran festgenommen und im Gefängnis Evin inhaftiert worden.

(ANF, 24.6,, ISKU)

Erstmalig kurdische Mannschaft bei Weltmeisterschaft
Erstmalig wird eine kurdische Mannschaft bei einer Fußballweltmeisterschaft mitspielen. Die südkurdische Regierung entsendet ein Frauen- und ein Männerteam zur VIVA-Meisterschaft nach Schweden, bei der Mannschaften gegeneinander antreten, die über keinen eigenen Staat verfügen. Organisiert wird das Turnier von der in Schweden ansässigen Volksminderheit der Sami vom 7. bis zum 13. Juli 2008. Der Sieger erhält den Nelson-Mandela-Pokal.
Im Frauenturnier wird das erste Spiel bereits das Finale sein, weil außer der kurdischen Mannschaft lediglich die der Sami antritt. *(ANF, 25.6,, ISKU)*

Amtsgericht spricht Kurden Entschädigung zu
Als Schlag ins Wasser hat sich im nachhinein ein spektakulärer Polizeieinsatz am 26. Juli 2007 entpuppt, als in Gießen, Staufenberg und Marburg die Wohnungen von vier Mitgliedern des Mesopotamischen Kurdischen Kulturzentrums gestürmt und durchsucht wurden. Die strafrechtlichen Ermittlungnen wegen des Vorwurfs der Beteiligung an einem Mordkomplott gegen einen SEK-Elitepolizisten, der 1994 den kudischen Jugendlichen Halim Dener beim Plakatieren erschoss, wurden eingestellt, für die an jenem Morgen entstandenen Sachschäden soll jetzt das Land Hessen aufkommen.

(GA, 24.6., ISKU)

Quellen:

ANF	Firat Nachrichtenagentur
ÖP	Özgür Politika
jW	junge Welt
oen	oekonews.at
GA	Gießener Anzeiger

N û ç e
erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der
Informationsstelle Kurdistan
Schanzenstraße 117
20357 Hamburg
Tel.: 040 - 421 02 845
E-mail: isku@nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
Postbank Köln, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 3968-506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.isku.org

Nr. 368
4. Juli 2008

Nûçe



Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@nadir.org
www.isku.org

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

KCK-Eklärung zum ROJ-TV Verbot

Nicht dem Staatsterror beugen

Mit einer scharfen Erklärung reagierte der KCK-Exekutivrat auf das Verbot des kurdischen Senders Roj TV durch die deutsche Regierung. "Das kurdische Volk wird das System von Assimilation und Versklavung, das ihm aufgedrängt werden soll, niemals akzeptieren und sich nicht dem Staatsterror und der Politik der Gewalt beugen." Weiter wird die deutsche Regierung dazu aufgerufen, von ihrer "feindlichen Politik gegen das kurdische Volk und seine Befreiungsbewegung" abzusehen. "Wir möchten schon jetzt feststellen, dass es die deutsche Regierung ist, die für alle entstehenden negativen Konsequenzen dieser Politik verantwortlich ist."
Weiter wird in der Erklärung aufgezeigt, dass die Bundesrepublik den türkischen Staat gemäß ihrer eigenen wirtschaftlichen und politischen Interessen stets unterstützt habe. Gegen die legale demokratische Arbeit der in Deutschland lebenden Kurdinnen und Kurden habe es ständige Angriffe gegeben, viele Menschen seien verhaftet worden. "Alle Kurden sollten wissen, dass der deutsche Staat sich völlig mit der Vernichtungs- und Verleugnungspolitik des türkischen Staates identifiziert und die feindliche Linie gegen das kurdische Volk zu einer grundsätzlichen politischen Haltung geworden ist. Die westlichen Kräfte – allen voran Deutschland – behindern eine friedliche demokratische Lösung der kurdischen Frage ernsthaft. Wir rufen den deutschen Staat und die Merkel-Regierung dazu auf, von der feindlichen Politik gegen das kurdische Volk und seine Befreiungsbewegung abzusehen." Demokratische Kräfte sowie das gesamte kurdische Volk in Deutschland werden weiterhin in der Erklärung dazu aufgefordert, zu protestieren und eine solidarische Haltung einzunehmen. *(ÖP, 27.6., ISKU)*



Brief von Günay Aslan an Innenminister Schäuble

[…] Ich lebe seit dem 10. Februar 1995 als politischer Immigrant in Köln. Ich bin 48 Jahre alt und vom Beruf Journalist und Schriftsteller. Ich war 1995 gezwungen aus der Türkei zu fliehen und ihn Ihrem Land Asyl zu beantragen. In der Türkei wurde ich aufgrund meiner Artikel, Kolumnen und Bücher als "Meinungstäter" mehrmals verurteilt.
[…] Das Asylgericht, das meine rechtliche Verfolgung in der Türkei untersuchte, räumte mir am 8 Juni 1995 Recht auf Asyl nach Paragraph 16 ein und ich erhielt eine unbefristete Aufenthaltserlaubnis.
Auch in Deutschland setzte ich mein Tätigkeit als Journalist fort. Ich habe bei dem Fernsehsender MED TV, der mit großer Mühe und für einen hohen Preis des kurdischen Volkes geschaffen wurde vier Jahre lang als Moderator und Nachrichtenchef gearbeitet. Auch heute nehme ich zweimal im Monat an einer Diskussionssendung teil und versuche meine Gedanken über dem Sender ROJ-TV mit dem kurdischen Volk, dass großer Unterdrückung ausgesetzt ist, zu teilen.

Verehrter Herr Schäuble,
diesen offenen Brief richte ich an Sie, weil Sie beschlossen haben ROJ-TV zu verbieten. Lassen sie es mich gleich sagen: ROJ-TV ist die Stimme des kurdischen Volks, die zum Schweigen gebracht werden soll, die verleugnete Identität und ausgebeutete kulturelle Werte des kurdischen Volkes, also es ist sein Herz und sein Gehirn. ROJ-TV ist die wirksamste visuelle Adresse für die Wahrung der Grundrechte und Freiheiten, allen voran der Pressefreiheit, die sie mit den Füßen treten. Es verfolgt das Ziel eines friedlichen Zusammenlebens der Völker auf der Grundlage von Freiheit und Gleichberechtigung. ROJ TV ist im gleichen Maße wie für die Kurden für alle anderen unterdrückten Völker, Kulturen, Religionen und Glaubensrichtungen ein Luftröhre, eine demokratische Plattform. Dies alles hätten Sie berücksichtigen müssen, als sie beschlossen ROJ-TV zu verbieten und den Demokratie- und Freiheitsbestrebungen der unterdrückten Völker mehr Respekt aufbringen müssen. Aber sie haben genau das Gegenteil gemacht: Sie haben versucht die demokratische Plattform der unterdrückten Völker, ROJ-TV für ihre ökonomischen Interessen zu verkaufen.
Somit haben sie Deutschland einen Schandfleck eingebracht. Sie haben auf diese Weise die demokratischen Werte des deutschen Volkes sowie die universellen Freiheiten mit Füßen getreten. Weil Sie die Grundrechte, allen voran das Recht auf Informationserhalt eines verfolgten Volkes verletzt haben, verurteile und protestiere ich aufs Schärfste. Ich möchte auch hinzufügen, dass ich Ihre Begründung in dem Verbotsbeschluss ROJ-TV würde das friedliche Zusammenleben der Völker schaden, als äußerst absurd erachte.

Sehr geehrter Herr Minister,
es ist offensichtlich, dass Sie die Sendungen von ROJ-TV gar nicht verfolgen und kennen. Wer sich den 45-seitigen Verbotsbeschluss ansieht wird, wird sofort erkennen, dass alle Anschuldigungen von dem türkischen Staat übernommen sind. […] Für drei Cent machen Sie Zugeständnisse in der Frage der Demokratie, Menschenrechte und Freiheiten. Wegen Ihrer Interessen lassen sie sich für die Menschenrechtsvergehen des türkischen Staates instrumentalisieren und beteiligen sich daran.
Herr Minister beharren Sie nicht auf dieser Haltung, stellen Sie sich nicht gegen den Ablauf der Geschichte. Greifen Sie nicht die Menschenrechte, Freiheiten, demokratische Werte und den Frieden an. […]
Mit freundlichen Grüssen
(ÖP, 2.7., ISKU)

Meldungen

Zehntausende Ameder sagen "Verehrter Öcalan"
In Amed wurden am 23. Mai die Anträge "Wenn die Aussage "Verehrter Öcalan" bestraft wird, will auch ich bestraft werden" vom Gericht nicht angenommen. Jetzt werden unter der Führung der DTP, der Ameder Gewerkschaften, GOÇ-DER, TUHAD-FED, TUHAD-DER, dem Verein freier Bürger, dem Zentrum für Kunst und Kultur Dicle Firat, Selis und verschiedenen BürgermeisterInnen am 7. Juli in Amed zehntausende Anträge "Verehrter Öcalan" auf dem Postweg an des Gericht überstellt. Bisher so wurde gesagt wurden schon Tausende Anträge gesammelt. Am 7. Juli werden sie um 13.00 Uhr von 10.000 Menschen gemeinsam übergeben und versendet. Die Vorbereitungen für die Aktion dauern an.
(DIHA, 3.7., ISKU)

Guerillaktion an der Schwarzmeerküste
Am 30. Juni kam es in der Nähe der Stadtmitte von Gümüshane zu einer Auseinandersetzung zwischen der türkischen Armee und den Guerillakräften HPG, wobei nach Informationen der HPG drei Soldaten ums Leben kamen, vier weitere wurden verletzt.
In der Folge besetzte die türkische Armee die Stadtmitte von Gümüshane und startete eine Operation in den umliegenden Dörfern.
Am 29. Juni hatten die YJA-STAR Kräfte eine Aktion gegen eine Kaserne in Sirnak/Uludere durchgeführt, wobei fünf Soldaten ums Leben kamen und zahlreiche verletzt wurden.
Am selben Tag gegen Mittag bombardierte die türkische Armee die Dörfer Mergesise, Deresise und Kestrok in der Region Haftanin, und setzten dabei die Gegend in Brand.
Am 27. Juni wurde ein Konvoi der türkischen Armee in der Kümbet Ebene von Dereli/Giresun von den HPG Kräften in einen Hinterhalt gelockt, wobei zwei Soldaten ums Leben kamen und weitere verletzt wurden.
(hpg, 27./30.6., 2.7., ISKU)

Nach 27 Jahren droht Abschiebung
Wegen angeblicher Verstöße gegen das Verbot der Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) soll ein seit 27 Jahren in Deutschland lebender vierfacher Familienvater aus München in die Türkei abgeschoben werden. MahmutYilmaz' letzte Hoffnung sind eine Verfassungsbeschwerde in Karlsruhe und ein Asylantrag. Ein Auseinanderreißen der Familie sieht das

Folter nimmt wieder zu

Als die AKP in der Türkei an die Regierung kam, gab sie die Richtlinie "Null Toleranz für Folter" aus. Es mehren sich jedoch die Anzeichen, dass türkische Polizisten immer noch regelmäßig Menschen foltern und misshandeln. In der Bevölkerung stoßen die Praktiken auf breite Akzeptanz, den Klagen von Opfern wird kaum nachgegangen.

"Null Toleranz für Folter" lautet die Richtlinie, und der Erfolg ist messbar – im Jahr 2000 sagten nach Angaben der türkischen Stiftung für Menschenrechte mehr als 1000 Menschen, dass sie von Sicherheitskräften gefoltert oder misshandelt worden seien. Fünf Jahre später waren es nur noch 193. Es wurden Gesetze geändert, um die bis dahin faktische Straffreiheit für Folterer abzuschaffen.

So weit, so gut, aber leider ist die Tendenz in letzter Zeit wieder umgekehrt. Grund ist vermutlich der wieder aufgeflammte Konflikt mit der kurdischen PKK im Südosten des Landes; es gibt bedeutend mehr Festnahmen wegen Terrorismus-Verdacht und seit einem Jahr auch immer häufiger Verhaftungen wegen Verdachts auf Zugehörigkeit zu islamischen Terrororganisationen wie al-Qaida oder Hisbollah. Auch die Gesetzgebung hat sich wieder verhärtet, mit neuen Bestimmungen seit 2007, die der Polizei weiten Spielraum geben.

Und so mehren sich die Anzeichen dafür, dass auch Folter und Misshandlung in Polizeigewahrsam wieder zunehmen - 2007 gaben mehr als 300 Menschen an, von Sicherheitskräften misshandelt worden zu sein. Im laufenden Jahr (112 Fälle in den ersten fünf Monaten) ist bislang keine weitere Steigerung zu verzeichnen, aber auch kein deutlicher Rückgang.

Nicht alles ist jedoch mit der Terrorgefahr zu erklären. Zu "Misshandlung" zählt auch das übereifrige Knüppelschwingen und Treten wild gewordener Polizisten gegen Demonstranten, zuletzt auf der Kundgebung zum 1. Mai in Istanbul. Eine Umfrage ergab vor kurzem, dass auch die Akzeptanz von Folter gegen Terroristen in der Türkei innerhalb von nur zwei Jahren dramatisch gewachsen ist – mehr als die Hälfte der Befragten fanden Folter angemessen, um lebensrettende Informationen im Polizeiverhör von Terroristen herauszupressen. Es ist durchaus denkbar, dass die wachsende Toleranz für Folter im Volk auch bei Polizisten, Staatsanwälten und Richtern ihren Niederschlag findet – mit dem Ergebnis, dass wieder mehr Gewalt angewendet wird, und dass man Klagen der Opfer nicht wirksam nachgeht.

Soweit es noch zu Misshandlungen kommt, haben sie sich "dank" der Reformen tendenziell verlagert – nicht mehr vorwiegend in offiziellem Polizeigewahrsam kommt es zu Übergriffen, sondern nach Angaben von Menschenrechtsorganisationen im Vorfeld, bei der Festnahme, bei Demonstrationen, oder bei Polizeiaktionen die zu keiner Festnahme führen.

Ein Sprecher der Menschenrechtsabteilung im türkischen Ministerpräsidentenamt sagte, die große Zahl von Festnahmen ohne nachweisbare Straftat sei ein klares Indiz dafür, dass das Justizsystem einer grundlegenden Reform bedarf. Die Regierung selbst betrachtet sich als prominentestes Opfer einer türkischen Willkürjustiz – die Regierungspartei muss sich derzeit vor dem Verfassungsgericht verantworten, in einem Verfahren, in dem ihr die Schließung wegen "antisäkularer Aktivitäten" droht. *(DW, 27.6., ISKU)*

Türkei – Machtkampf eskaliert

In der Türkei hat die Festnahme namhafter Regierungsgegner im Zusammenhang mit dem Verbotsprozess gegen die Partei von Regierungschef Erdogan die politischen Spannungen eskalieren lassen. 22 Personen waren unter dem Verdacht festgenommen worden, Putschpläne gegen die Regierung unterstützt zu haben.

Generalstaatsanwalt Abdrurrahman Yalcinkaya betrat das Gebäude des Verfassungsgerichtes durch den Hintereingang, um dem Pulk der Journalisten zu entgehen. Seine Mission für diesen Tag war es, die islamisch orientierte Regierungspartei AKP einen Schritt näher an den Tod heranzuführen; er hielt ein Plädoyer im Verbotsverfahren gegen die Partei, ein Prozess, den er selbst initiiert hatte. Sein Argument: Die Partei ist islamisch, denkt islamisch, handelt islamisch, das ist in der säkularen Republik Türkei verboten.

Zur selben Zeit stürmten Polizisten durch den Vordereingang Dutzender Büros und Wohnungen in Ankara und Istanbul, drangen in Militärkomplexe ein und verhafteten 22 Männer, denen offenbar vorgeworfen wird, einen Militärputsch gegen die Regierung zu planen. Seit dem Frühjahr laufen Ermittlungen gegen eine rechtsextreme Terror-Organisation namens "Ergenekon"; erstmals nun wurden auch zwei Ex-Generale in diesem Zusammenhang verhaftet, und damit das Militär als Institution in den Verdacht gebracht, mit einer Terrororganisation zusammenzuarbeiten.

Ministerpräsident Recep Tayyip Erdogan, gegen den der Generalstaatsanwalt ein Politikverbot erreichen will, zeigte sich sichtlich zufrieden mit dem großen Schlag der Polizei. Nun werde man endlich "Licht in die Dunkelheit bringen" sagte er. Was aber ist Fakt und was ist Fiktion? Ist das türkische Militär eine Terrororganisation? Plant es einen Coup?

Dass die Militärs die AKP loswerden wollen, das ist klar genug, und es stimmt auch, dass das Militär Einfluß in der Gesellschaft ausüben will, um die Politik zu prägen. Aber der Fall Ergenekon ist eine Terror-Ermittlung, die von der Regierung mit höchster Priorität betrieben wird. Aus Sicherheitskreisen ist zu hören, dass auf Befehl des Innenministeriums soviele Ressourcen in die Ergenekon-Ermittlungen gelenkt werden, dass kaum genügend die Mittel und Personal bleiben, um wirkungsvoll gegen islamische Terrorgruppen vorzugehen.

Eine Verbindung der Militärs zur Ergenekon-Gruppe würde also bedeuten, dass die türksiche Armee in terroristische Aktivitäten verwickelt ist. Das ist eine ganz andere Dimension als bisher im Machtkampf zwischen dem islamischen Lager und den alten kemalistischen Eliten. Die Ermittlungen gegen Ergenekon laufen seit rund einem Jahr, Hauptangeklagter ist ein pensionierter Gendarmerie-General namens Veli Kücük. Ihn verdächtigt man auch, in den Mord an dem türkisch-armenischen Publizisten Hrant Dink vor anderthalb Jahren verwickelt gewesen zu sein. Es gibt bislang noch keine Anklage.

Die Beweislage scheint unteroptimal, hingegen ist klar, dass Ergenekon eine Organisation ungeschickter Dilettanten war. "Eine Terrororganisation, die vom Generalstab betrieben würde, würde weniger dumm aussehen, professioneller arbeiten", meint Jenkins. Kücük trat oft bei sicherheitspolitischen Konferenzen und sonstigen Anlässen öffentlich auf, insofern ist es wahrscheinlich, dass hohe Militärs und auch die nun Verhafteten ihn persönlich kannten und vielleicht das eine oder andere von seinen Aktivitäten wußten.

Denkbar ist es freilich durchaus, dass Teile des Militärs radikale Pläne schmiedeten, um gegen die Regierung vorzugehen. Es gibt gar Gerüchte über Vorschläge im Offizierskorps, Erdogan zu ermorden – was der Generalstab aber als Unsinn und "undemokratisch" abgewürgt habe.

Was auch immer passiert, der Machtkampf zwischen islamischen und kemalistischen Eliten wird diesen Sommer über zwei spektakuläre Prozesse ausgetragen werden – auf der einen Seite das Schließungsverfahren gegen die AKP, auf der anderen der Fall Ergenekon. In beiden Verfahren wird es auch um das persönliche Schicksal führender Vertreter der beiden Lager gehen, also prominenter Militärs und AKPler. Wenn keine Seite stark genug ist, die andere zu vernichten, dann ist am Ende doch noch ein Kompromiß denkbar – kein Parteiverbot, oder kein Politikverbot für Erdogan, und keine weiteren Enthüllungen über die Machenschaften immer prominenterer Militärs. *(DW, 2.7., ISKU)*

Gericht nicht als gravierend an. Die in Deutschland geborenen 16jährigen Zwillinge seien "alt genug", um eine Trennung von ihrem Vater "ohne größere Schäden" hinzunehmen.

Dass sich kämpfen lohnt, zeigt der Fall des nach Folter und Haft aus Istanbul nach München geflohenen Umut Dag. Aufgrund seiner drohenden Abschiebung hatte sich der junge Kurde bei der "Aktion Flüchtlinge" engagiert. Inzwischen konnte er sein Asylverfahren erfolgreich beenden.

Demo Samstag, 13 Uhr vom Stachus zum Odeonsplatz, München. carava.net *(jW, 28.6., ISKU)*

Quellen:

ANF	Firat Nachrichtenagentur
ÖP	Özgür Politika
jW	junge Welt
DW	Die Welt

Termine

Protest vor Innenministerium NRW gegen ROJ TV Verbot

YEK-KOM, die Föderation kurdischer Vereine in Deutschland ruft zu einer Protestkundgebung vor dem NRW Innenministerium am 3. Juli von 11.00 Uhr bis 15.00 Uhr auf

Demonstration in Hamburg Samstag, 5.7, 15.00 Uhr Hachmannplatz HBF

Mahnwachen vor dem Innenministerium Berlin Donnerstag und Freitag, den 3. und 4.7. jeweils von 16 bis 19 Uhr

Mahnwache vor dem Bundesinnenministerium (Alt-Moabit 101 D, U-Turmstr.)

Demo zum Knast am 10.Juli

Am 10. Juli veranstaltet das Kurdistan-Solidaritätskomitee Berlin zusammen mit Solidaritätsgruppierungen für politische Gefangene eine Demonstration unter dem Motto: "Der staatlichen Repression entgegentreten! Schluss mit der Verfolgung der kurdischen Freiheitsbewegung! Freiheit für alle politischen Gefangenen! Weg mit §§ 129, 129a und 129b"

18.30 Hauptbahnhof Berlin über die JVA Plötzensee zur JVA Moabit.

N û ç e

erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der
Informationsstelle Kurdistan
Schanzenstraße 117
20357 Hamburg
Tel.: 040 - 421 02 845
E-mail: isku@nadir.org
bestellt werden.

Spenden auf unser Konto:
Postbank Köln, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 3968-506

Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.isku.org

Nr. 369
11. Juli 2008

Nûçe



Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@nadir.org
www.isku.org

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

Repression gegen Abdullah Öcalan

Im Gespräch mit seinen Verteidigern am vergangenen Mittwoch äußerte Abdullah Öcalan sich zu der gegen ihn verhängten Disziplinarstrafe und weiteren Vorgehensweisen auf der Gefängnisinsel Imrali. Die achte, zehn Tage andauernde Disziplinarstrafe sei abgelaufen, die anstehende neunte Strafe werde möglicherweise am 2. Juli beginnen. Darüber hinaus seien ihm zum zweiten Mal gegen seinen Willen die Haare geschnitten worden. "Der Staat will damit sagen: Wir haben dich unter Kontrolle, du bist in unserer Hand, wir machen mit dir, was wir wollen, du stehst 24 Stunden am Tag unter unserer Kontrolle. Ich habe die Verwaltungsvorschrift von Imrali und die der anderen Strafanstalten gelesen. Das Haareschneiden gegen den Willen steht dazu im Widerspruch. Natürlich ist es politisch bedingt. Ich habe ihnen gesagt, das solltet ihr nicht tun. Sie haben geantwortet, dass sie gezwungen seien, es zu tun. Es handelt sich um eine Sache, die die Beamten hier überschreitet. Der Befehl kommt von ganz oben. Sie gucken auch ständig durch das Guckloch. Mehmet Hayri Durmus ist ins Todesfasten getreten, weil ständig durch das Loch in der Tür kontrolliert wurde. Natürlich werde ich nicht eine solche Aktion starten, aber das Thema ist wichtig. Ich habe ihnen gesagt, dass es sehr bedenklich ist, was sie tun. Ohnehin werde ich in der Zelle ununterbrochen kameraüberwacht. Ich habe gesagt, spielt nicht dauernd mit dem Guckloch, aber wenn ihr es schon tut, dann soll es gleich offen bleiben. Aber nein, ständig klappen sie es auf und zu, ich schrecke auf, es stört mich beim lesen, ich kann nicht schreiben, mich nicht konzentrieren und sogar nachts manchmal nicht schlafen. Ich möchte, dass das der Gefängnis-Beobachtungskommission mitgeteilt wird. Was sie auch machen, sollen sie tun, ich weiß meine Persönlichkeit zu schützen. Ich weiß, was es heißt, ehrenvoll zu leben, und das werde ich bis zum letzten Atemzug tun. Ich werde hier weiter Widerstand leisten und mich auf keine selbstmörderische Aktion einlassen. Sollte irgendetwas geschehen, so liegt das nicht an mir, dann ist der Staat dafür verantwortlich. Ich werde auch keinen plumpen Widerstand leisten. Sogar Beschimpfungen begreife ich als plumpen Widerstand, der mir nicht ansteht. Die 30-tägige Disziplinarstrafe habe ich erfolgreich hinter mich gebracht, ich bringe auch 20 weitere Tage hinter mich. Ich habe mich ein bisschen daran gewöhnt und schreibe meine Verteidigungsschrift."

Zur in der Türkei laufenden Ergenekon-Operation erklärte Öcalan: "Was momentan stattfindet, ist ein Hegemoniekrieg. Die Kurden sollen sich dabei auf keine Seite stellen, nur so können sie aus diesem Chaos herauskommen. Dieser Krieg übersteigt sowohl die AKP als auch die Armee, es ist ein Krieg, der von außen aufgedrängt wird. Beide Seiten sind an die gleichen Kräfte gebunden, an die USA, England und Israel. Ohne deren Erlaubnis können sie überhaupt nichts machen. [...] Die ganze Angelegenheit hat nichts mit Demokratisierung zu tun. Heute wird die Ideologie, die Mustafa Kemal durchgesetzt hatte, ausgeschaltet. Die Türkei ist seit 1926 an diese ausländischen Kräfte gebunden. In den sechziger Jahren wollte Menderes eine Annäherung an Russland, ihn haben sie aufgehängt. Die ausländischen Kräfte wissen, dass sie mit der Türkei in dieser Form nicht weiterkommen. Um sich die ganze Macht im Mittleren Osten zu sichern, haben sie ein System entworfen, das eine Vereinigung mit dem gemäßigten Islam vorsieht. Das sehen sie als notwendig für den Mittleren Osten an. Sie wollen der Türkei eine neue Form verpassen. Wie es ausgehen wird, weiß ich nicht. Vielleicht geht es auch noch eine Weile so weiter. Denn es mag auch sein, dass Israel es will, dass die Konflikte innerhalb der Türkei andauern. [...] Ich bin nach wie vor für eine demokratische Gesamtheit in der Türkei. Wenn sich die Türkei demokratisiert, wird sie sich auch stark entwickeln. Aber wenn das nicht passiert, wird nach dem Irak, dem Iran und Syrien die Reihe an die Türkei kommen. Es wird Zustände geben wie im Israel-Palästina-Konflikt, im Irak, im Libanon. [...] Ich sage das nicht umsonst, sondern weil ich eine solche Gefahr kommen sehe. Aus diesem Grund schlage ich eine Dachpartei vor. Wenn die Völker nicht gemeinsam vorgehen, keine Solidarität herstellen können und jeder auf seine eigene ethnische oder andere Identität pocht, verlieren alle. Unabhängigkeit bedeutet nicht, sich voneinander zu entfernen. Eine Dachpartei ist für eine demokratische Einheit wichtig. Es geht um ein Zusammenkommen unter Bewahrung der jeweiligen Besonderheiten."

(ÖP, 4.7., ISKU)

25.000 Selbstanzeigen in Amed

Im Rahmen der Selbstanzeigenkampagne für die Verwendung der Bezeichnung "Geehrter Herr Öcalan" haben sich in Amed 25.000 Personen selbst per Post bei der Staatsanwaltschaft angezeigt.
Dafür versammelten sich ca. 2000 Personen, darunter DTP-Abgeordnete und -BürgermeisterInnen sowie VertreterInnen zivilgesellschaftlicher Organisationen, vor dem Hauptpostamt. Als Vorsitzender des "Vereins zur Förderung der Zivilgesellschaft" gab Nadir Yildirim im Namen der Anwesenden eine Erklärung ab. Nachdem die Annahme von Selbstanzeigen ausgesuchter Persönlichkeiten im Mai diesen Jahres von der Staatsanwaltschaft abgelehnt worden war, sind in der Stadt 25.000 Unterschriften gesammelt worden, mit denen der Satz "Wenn es eine Straftat darstellt, ‚geehrter Herr Öcalan' zu sagen, dann begehe auch ich diese Straftat" unterzeichnet wurde.
Ebenso wurde in der Erklärung deutlich gemacht, dass man nicht gewillt sei, "von denen, die die kurdische Identität verleugnen, eine Genehmigung darüber einzuholen, wen man wie anzusprechen" habe, und das zwangsweise Schneiden der Haare von Abdullah Öcalan als "unethisches und unmenschliches" Vorgehen verurteilt.
Auch in anderen Städten der Türkei und Nordkurdistans schlossen sich Tausende Menschen der Selbstanzeigenkampagne an. In Istanbul-Sultanahmet versammelten sich ca. 100 Personen, um 2700 unterzeichnete Selbstanzeigen aufzugeben. Nach der Verlesung einer Presserklärung wurde die Gruppe von der Polizei angegriffen. Im Rahmen der Polizeiintervention wurden mehre alte Frauen zu Boden geworfen und vier Personen festgenommen.
Eine Beteiligung an der Kampagne erfolgt auch aus den Gefängnissen und in den Medien. So verbreiteten die PKK-Gefangenen in Adana-Kürkcüler über ihre Angehörigen eine entsprechende Erklärung. Die kurdischsprachige Zeitung Azadiya Welat erschien am Montag mit der Schlagzeile "Auch wir sagen ‚Verehrter Herr Öcalan'".
In Silopi und Mardin dauern unterdessen die staatsanwaltschaftlichen Verhöre von insgesamt 157 Personen, die sich selbst angezeigt hatten, weiter an.
Die kurdische Jugendorganisation Komalên Ciwan erklärte, nicht zu den Angriffen auf Abdullah Öcalan schweigen zu werden, und rief zur Beteiligung an der Kampagne sowie zum Beitritt zur Guerilla auf.

(ÖP, 8.7., ISKU)

Meldungen

KCK: Stillschweigen nicht möglich

Mit einer Erklärung hat der Exekutivrat der KCK auf die neuen Repressalien gegen Abdullah Öcalan reagiert. Insbesondere das Haareschneiden gegen seinen Willen sei eine Beleidigung, die gleichzeitig "Ausdruck eines Angriffes auf die Persönlichkeit" Öcalans, auf "unser Volk, unsere Bewegung und unsere Zukunft" sei, zum dem nicht geschwiegen werden könne. Es handele sich um eine Situation, in der man sich nicht mit Protesten begnügen könne.
Weiter wird in der Erklärung darauf aufmerksam gemacht, dass "Apo nicht irgendein Gefangener" sei, sondern ein "Führer, dem das kurdische Volk verbunden ist bis in den Tod. Somit bestimmt die gegen ihn gerichtete Politik und Vorgehensweise den Verlauf des Kampfes mit dem türkischen Staat. Als kurdische Befreiungsbewegung haben wir den Kampf immer kontrolliert geführt." Wenn die jüngsten Vorgehensweisen nicht gestoppt würden, seien "Volk und Bewegung nicht für mögliche Entwicklungen verantwortlich".

(ÖP, 6.7., ISKU)

Unterstützung von Roj TV

Am vergangenen Wochenende wurde mit verschiedenen Aktionen in Deutschland und Frankreich gegen das vom deutschen Innenministerium ausgesprochene Betätigungsverbot von Roj TV protestiert. Dabei wurde das Verbot als juristisch nicht haltbar und politisch motiviert verurteilt sowie die sofortige Rücknahme gefordert. Bei Roj TV handele es sich um "die Stimme des kurdischen Volkes", die sich "nicht zum Schweigen bringen" lasse. Demonstrationen und Kundgebungen fanden in Hamburg, Stuttgart, Bremen, Kiel, Strasbourg, Marseille und Rennes statt. *(ÖP, 7.7., ISKU)*

Irak: Türkei setzt verbotene Kampfgase ein

Wie eine Untersuchungskommission des irakischen Parlaments öffentlich gemacht hat, hat die türkische Armee bei Luftangriffen auf Kandil durch internationale Abkommen verbotene Gase eingesetzt. Weiterhin seien Ackerbau und Infrastruktur geschädigt worden und Minen in Anbaugebieten gelegt worden. Hunderte DorfbewohnerInnen hätten ihre Siedlungen verlassen müssen und lebten jetzt als Flüchtlinge unter schweren Bedingungen. Nicht nur die Türkei, auch die iranische Armee habe irakisches Hoheitsgebiet

HPG: Die drei Deutschen werden nicht freigelassen

Die Kommandantur des Gebietes Serhad der Volksverteidigungskräfte (HPG) hat eine Erklärung abgegeben, in der die Festnahme von drei deutschen Bergsteigern bestätigt wird. Die Erklärung im Wortlaut:

„Am 9. Juli sind drei deutsche Staatsbürger am Berg Ararat von unseren Kräften festgenommen worden. Ihr Gesundheitszustand ist gut. Um ihre Sicherheit gewährleisten zu können, müssen allerdings die Militäroperationen des türkischen Staates in der Gegend eingestellt werden. Wir hegen keine Feindschaft gegen das deutsche Volk und die festgenommenen deutschen Staatsbürger sind keinerlei Misshandlung ausgesetzt. Solange der deutsche Staat keine Erklärung abgibt, dass er von seiner feindlichen Politik gegenüber dem kurdischen Volk und der PKK absieht, werden die festgenommenen deutschen Staatsbürger nicht freigelassen."

(ANF, 10.7., ISKU)

Zunehmende militärische Auseinandersetzungen in Kurdistan

Die Operation der türkischen Armee, die am 7. Juli bei Beytüssebap, in den Gebieten Taxteres und Havsarbere gestartet worden ist, dauert an.
Seit zwei Tagen wird um die Dörfer Hasadere und Zengesor, bei Lice eine Einheit der türkischen Armee beobachtet, die als Guerilla verkleidet Hinterhalte legt. Die HPG rief die Bevölkerung zu besonderer Wachtsamkeit auf.

Kämpfe in Bingöl
Während der Operation der türkischen Armee, die am 24. 6 in Yayladere/Bingöl begann, kam es nachts um 01.00 Uhr zu einer Auseinandersetzung. Vier Soldaten kamen ums Leben, der Guerilla Rizgar Merdan kam dabei ums Leben.
Am 4. Juli startete eine Operation der türkischen Armee in Akdag/Amed, an der sich Dorfschützer aus Sivan beteiligen. Die Operation dauert in den Gebieten Xirabe, Bane und Seytanderesi an.
Zwischen dem 2. und 4. Juli hat die türkische Armee Plätze bei den Dörfern Çemco, Saca und Kokere im Gebiet Rekane/Zap, die als Picknickplätze von der Zivilbevölkerung genutzt werden, wurde bombardiert. Der Waldbrand, der dadurch entstanden ist, ist noch nicht gelöscht.

Kämpfe und Morde an Zivilisten in Hakkari
Am 2. Juli startet die türkische Armee mit Zehntausenden Soldaten eine Militäroperation im Gebiet Kato Marinos, bei Hakkari. Die Operation wurde mit der Beteiligung von Dorfschützern aus Mamxuri und Segirke gestartet. Am Morgen kam es zu Gefechten, die bis zum Abend andauerten. Die Verluste der Armee sind nicht bekannt. Als Reaktion startete die Guerilla eine Aktion an der Deriye Zer, wobei sie zwei Stellungen der Armee einnahm. Vier Soldaten und ein Feldwebel kamen dabei ums Leben.
Am 2. Juli, abends führte die Guerilla im Stadtteil Norsin/Bitlis eine Aktion mit schweren Waffen, gegen den Sitz der polizeilichen Sicherheitskräfte durch. Dabei kam ein Polizist ums Leben.
Nach der Aktion haben die Zuständigen die dreitätige Operation um Norsin abgebrochen und sich zurückgezogen.
Da die Armee mit ihrer Militäroperation in Hakkari keine Erfolge erzielen konnte, wurden dort Spezialkriegsmethoden angewandt: Zwei Zivilisten, Tekin Edis aus dem Dorf Kasura und Mehmet Öztunç aus dem Dorf Jirki wurden ermordet, der Öffentlichkeit sollte erklärt werden, die Guerilla hätte die Morde begangen.

(hpg, 5.-8.7, ISKU)

Proteste gegen Maulkorb

"Roj TV – Stimme der Freiheit" – Unter dieser Parole demonstrieren zahlreiche Kurden seit Donnerstag bundesweit gegen das vom Bundesinnenministerium verfügte Verbot des Satellitensenders Roj TV. Viele Teilnehmer einer zweitägigen Mahnwache vor dem Bundesinnenministerium in Berlin trugen eine schwarze Augenbinde, um auszudrücken, dass die vom Grundgesetz garantierte Meinungs- und Pressefreiheit offenbar nicht für Kurden gilt. Kundgebungen fanden außer in Berlin unter anderem in Düsseldorf, Bremen, Kiel und Hannover statt. Weitere Proteste sind für Samstag in Hamburg, Kassel und Stuttgart angekündigt.
Das Bundesinnenministerium hatte das in Dänemark lizenzierte Roj TV vergangene Woche innerhalb der BRD verbieten lassen, da der Sender Propaganda für die in Deutschland verbotene Arbeiterpartei Kurdistans PKK betreibe und gegen "Sicherheitsinteressen der Bundesrepublik Deutschland" gerichtet sei. Die Fernsehstudios der gleichfalls verbotenen TV-Produktionsfirma Viko in Wuppertal wurden geschlossen. Roj TV ist für viele der 80.0000 in Deutschland lebenden kurdischstämmigen Bürger die einzige Möglichkeit, in der eigenen Sprache authentische Informationen aus Kurdistan zu erhalten.
Mit einer scharfen Erklärung hat der Exekutivrat der aus der PKK hervorgegangenen Gemeinschaft der Kommunen Kurdistans KCK reagiert: "Die westlichen Kräfte – allen voran Deutschland – behindern eine friedliche demokratische Lösung der kurdischen Frage ernsthaft." Die Bundesregierung wird aufgefordert, "von der feindlichen Politik gegen das kurdische Volk und seine Befreiungsbewegung abzusehen". Andernfalls müsse die Regierung die Konsequenzen tragen. Von den meisten deutschen Medien, aber auch Journalistenverbänden und Gewerkschaften wird das Verbot des Senders bislang weitgehend ignoriert. Proteste kamen lediglich von einzelnen Politikern der Partei Die Linke. "Durch das Verbot des kurdischen Senders macht sich Innenminister Schäuble zum Handlanger türkischer Interessen", kritisierte die Europaabgeordnete Feleknas Uca, und die innenpolitische Sprecherin Bundestagsfraktion der Linken, Ulla Jelpke, warf der Bundesregierung vor, mit dem Verbot Öl ins Feuer des türkisch-kurdischen Konfliktes zu gießen.
Nun will sich die Die Linke im Bundestag mit einem Antrag dafür stark machen, dass die Bundesregierung die EU-Beitrittsverhandlungen mit der Türkei für eine friedliche Lösung der kurdischen Frage nutzt. Neben einem Abschiebestopp und einem Ende der Waffenlieferungen an die Türkei wird in dem vom außenpolitischen Sprecher der Fraktion, Norman Paech, ausgearbeitete Antrag auch ein Ende der Verfolgung der PKK als "kriminelle Vereinigung" in Deutschland gefordert. Der Antrag war innerhalb der Fraktion stark umstritten und von der Fraktionsspitze bis vergangene Woche auf Eis gelegt worden. Eine Reihe von Abgeordneten befürchtet, in die Nähe der "terroristischen PKK" gerückt zu werden.

(jW, 5.7.)

durch militärische Angriffe verletzt.
In dem Bericht, der dem irakischen Parlament vorgelegt wurde, werden eine Beendigung und ein Verbot der militärischen Präsenz auf irakischem Territorium gefordert. Die türkische Armee verfügt seit 1995 in Südkurdistan über 50 Panzer, 3000 Soldaten sowie Nachrichtenbüros in mehreren Städten.

(ÖP, 5.7., ISKU)

Weiterer Kurde in Auslieferungshaft
Nurettin Petek wurde trotz seiner Anerkennung als politischer Flüchtling in der Bundesrepublik in der vergangenen Woche in seiner Wohnung in Heilbronn von Interpolbeamten verhaftet und zwecks Auslieferung ins Abschiebegefängnis Asberg überstellt.
Petek, der als Dorfvorsteher in Kayabaglar (Zokayde) in Siirt tätig war, befand sich 2001 wegen "Waffenbesitz" für zwei Monate in der Türkei in Haft. Nach seiner Entlassung beantragte er in Deutschland politisches Asyl und wurde 2002 anerkannt. In der Türkei wurde er unterdessen zu vier Jahren und zwei Monaten Haftstrafe verurteilt. Nachdem die türkischen Behörden Peteks Adresse in Deutschland ausfindig gemacht hatte, übermittelten sie am 13. Juni den Haftbefehl an ihre deutschen Kollegen, die kurz darauf tätig wurden.

(ÖP, 8.7., ISKU)

Brüssel mahnt Türkei
Die Türkei müsse die „richtige interne Balance" finden. Das forderte EU-Erweiterungskommissar Olli Rehn. Er warnte vor negativen Auswirkungen auf den Beitrittsprozess, sollte der Streit um den Verbotsprozess gegen die konservativ-islamische Regierungspartei AKP das Land weiter destabilisieren. Und er spielte auch auf die möglicherweise politische Entscheidung des Verfassungsgerichts an. „Die demokratische Arbeitsweise der staatlichen Institutionen muss verbessert werden", so Rehn. Für die Aufnahme in die EU müsse das ganze Land im Team spielen.

(DP, 10.7., ISKU)

Quellen:

ANF	Firat Nachrichtenagentur
ÖP	Yeni Özgür Politika
jW	junge Welt
DP	Die Presse

N û ç e
erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der
Informationsstelle Kurdistan
Schanzenstraße 117
20357 Hamburg
Tel.: 040 - 421 02 845
E-mail: isku@nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
Postbank Köln, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 3968-506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.isku.org

Nr. 370
18. Juli 2008

Nûçe


Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@nadir.org
www.isku.org

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

Aktionen gegen die unmenschliche Behandlung von Abdullah Öcalan

Mit einer Erklärung haben die Gefangenen der PKK sowie der Frauenorganisation PAJK in Kurdistan und der Türkei das unmenschliche Vorgehen gegen Abdullah Öcalan verurteilt. Dieser bemühe sich "seit zehn Jahren unter härtesten Bedingungen in der Folterkammer Imrali" um eine Entwicklung von "Frieden, Demokratie und Geschwisterlichkeit". Aber diese Bemühungen seien stets mit Vorgehensweisen gegen ihn beantwortet worden, mit denen "die Menschenwürde mit Füßen getreten" worden sei. Es handele sich dabei um eine "Provokation, mit der die Würde unseres Volkes verletzt werden soll; es bedeutet, mit dem Feuer zu spielen. Ein Beharren auf diesem Vorgehen bedeutet das Ende unserer Forderungen und Wünsche nach einem gemeinsamen Zusammenleben und einen endlosen Krieg."

In mehreren Gefängnissen ließen sich die Gefangenen aus Protest gegen dieses Vorgehen eine Glatze rasieren.

Diese Protestform weitet sich aus. Auch in mehreren Städten der Türkei sowie in Paris hat es bereits im Rahmen von Protestkundgebungen öffentliche Haarschneide-Aktionen gegeben. In Kopenhagen ließen sich die meisten der 110 Angestellten der Transportfirma Zap Kargo vor Arbeitsantritt die Haare scheren. Auch in Hamburg fand am Mittwoch ein öffentliches Haareschneiden statt.

Zehntausende in Amed für Öcalan

In Amed (Diyarbakir) haben Zehntausende Menschen gegen das entwürdigende Vorgehen gegen Abdullah Öcalan protestiert. In einer Erklärung wurde darauf hingewiesen, dass es sich dabei um eine Provokation handele. Die Kundgebung, an der Abgeordnete und Bürgermeister der DTP sowie Vertreter zahlreicher zivilgesellschaftlicher Organisationen teilnahmen, wurde von der Polizei mit Panzerfahrzeugen angegriffen, es kam zu 30 Festnahmen.

Der DTP-Provinzvorsitzende Atalay ging in einem Redebeitrag auch auf die Repression gegen die DTP ein: "Wann immer unsere Partei und unser Kampf größer werden, wird auch die staatliche Repression gesteigert." Jüngstes Beispiel sei die Verhaftung von zwölf DTP'lern, weil sie das Recht wahrgenommen hätten, sich selbst im Rahmen der "Geehrter Herr Öcalan"-Kampagne anzuzeigen. "Nur Tage später haben 25.000 das gleiche getan", fügte Atalay hinzu. Tatsächlich sind in Amed zur Verstärkung der Kampagne, mit der gegen die Kriminalisierung des Begriffs "verehrter Herr" im Zusammenhang mit Abdullah Öcalan protestiert wird, innerhalb von kürzester Zeit 25.000 Unterschriften für das Bekenntnis "Wenn es eine Straftat darstellt, ‚verehrter Herr Öcalan' zu sagen, dann begehe auch ich diese Straftat" gesammelt und an die Staatsanwaltschaft verschickt worden.

Zu dem Vorgehen auf Imrali erklärte Atalay, es handele sich um eine illegale Provokation. Seit Monaten werde Öcalan Disziplinarstrafen unterworfen. "Das Vorgehen trägt die Absicht, die Gesellschaft zu provozieren, denn es ist bekannt, welchen sensiblen Punkt Herr Öcalan in der Gesellschaft ausmacht. Millionen Menschen erkennen ihn als ihren Führer an."

IHD: "Wie bei den Nazis"

Der Menschenrechtsverein IHD hat in Amed einen Bericht zu Rechtsverletzungen in den Gefängnissen der kurdischen Region veröffentlicht. Darin heißt es, im ersten Halbjahr 2008 seien aus den Gefängnissen 350 Anfragen wegen Rechtsverletzungen an den Verein gestellt worden. Das erzwungene Haareschneiden von Abdullah Öcalan auf der Gefängnisinsel Imrali wird in dem Bericht als "Folterverbrechen" bezeichnet.

Wie Rechtsanwalt Muharrem Erbey als Vorsitzender der IHD-Zweigstelle Diyarbakir erläuterte, seien Untersuchungs- und Strafgefangene in der Türkei nach wie vor Misshandlung, schwerer Gewalt, die an Folter reicht, sowie einer Isolation von der Gesellschaft ausgesetzt. Die auf die Anfragen aus den Haftanstalten erfolgten Initiativen des Menschenrechtsvereins hätten in den meisten Fällen nicht zu positiven Ergebnissen geführt. Weiter fragte Erbey, wie angebliche Menschenrechtler auf internationaler Arena angesichts der Lage von einer Verminderung der Rechtsverletzungen in der Türkei sprechen könnten. Es handele sich eindeutig um Verbrechen an der Menschheit, die von der AKP-Regierung begangen würden.

"Eine andere unmenschliche Vorgehensweise findet gegen Abdullah Öcalan statt, der seit neun Jahren auf der Gefängnisinsel Imrali als einziger Gefangener in einer Einzelzelle gefangen ist. Ihm sind gegen seinen Willen die Haare geschnitten worden." Das sei eine nicht mit der Menschenwürde zu vereinbarende Erniedrigung, so Erbey. Im türkischen Strafgesetz werde es als Folter bezeichnet. "Das erzwungene Haarescheren erinnert an die Nazis im 2. Weltkrieg und an die Gefängnisse zu Zeiten des Militärputsches am 12. September 1980. Als IHD fordern wir die Einleitung eines Strafprozesses nach Artikel 94 des türkischen Strafgesetzbuches, der eine Haftstrafe für die Verantwortlichen von drei bis 12 Jahren vorsieht." *(ANF/ÖP, 14.7., ISKU)*

Repressive Auflagen vor Festival

Im Vorfeld des 11. Jugend- und Sportfestivals Mazlum Dogan hat die deutsche Polizei harte Auflagen zur Bedingung gemacht und damit gedroht, dass bei Nichtbefolgung künftige Festivals untersagt würden. Wie ein Vertreter des Organisationskomitees mitteilte, habe die Polizei insbesondere untersagt, dass Roj TV das Festival filmt. Auch Embleme des Senders, Fotos von Abdullah Öcalan sowie das Abspielen von Tonbandaufnahmen seien verboten.

Auch das türkische Konsulat und verschiedene türkische Vereine in Köln hätten bei der Polizei Anzeige gestellt, um zu verhindern, dass das Festival in Köln stattfinde. Im Gespräch habe die Polizei außerdem gefragt, ob es möglich sei, dass Türken mit der türkischen Fahne an dem Festival teilnehmen. Die Organisatoren hätten darauf geantwortet, dass so etwas nicht vorkommen werde, aber alle demokratischen und revolutionären Kreise herzlich willkommen seien.

Das Organisationskomitee rief weiter zur Teilnahme an dem Festival auf. Dieses biete die Möglichkeit, sich gegen Repression und Verbote zu positionieren. *(ÖP, 11.7., ISKU)*

Meldungen

Soldat läuft zu Guerilla über

Ein aus Kulp stammender Soldat der türkischen Armee ist in Bitlis zur Guerilla übergelaufen. Nach Informationen aus der HPG flüchtete Sevdin Nergiz aus seiner Einheit, um sich der Guerilla anzuschließen. *(ANF, 15.7., ISKU)*

Zwei Hubschrauber in Kurdistan abgeschossen

In Bingöl und Oramar hat die HPG-Guerilla zwei Hubschrauber des Typs Skorsky abgeschossen. Der Abschuss in Bingöl am 12. Juli konnte nach HPG-Angaben von Guerillakämpfern gefilmt werden. Der Abschuss in Oramar ereignete sich bereits am 11. Juli. *(ANF, 15.7., ISKU)*

HPG nimmt drei Fahrer fest

Die HPG-Guerilla hat in Yüksekova drei Fahrer ziviler Fahrzeuge festgenommen, die militärisches Material und Munition transportierten. Das HPG-Hauptquartier gab eine Erklärung heraus, in der es die Besitzer ziviler Fahrzeuge verwarnte, sich nicht in den Dienst der türkischen Armee stellen zu lassen. Wie das HPG-Pressezentrum bekannt gab, wurden zwei Lastwagen mit militärischer Ladung am 12. Juli in Brand gesetzt und die drei Fahrer festgenommen. *(ANF, 15.7., ISKU)*

Aufklärungsflugzeug in Batman abgestürzt

Ein von Israel an die türkische Armee verkauftes Aufklärungsflugzeug des unbemannten Typs Heron ist in Batman abgestürzt. Es handelte sich um eins von drei in Batman stationierten Aufklärern. Jandarma-Einheiten umstellten sofort weiträumig die Umgebung des Absturzortes Güvercinli bei Batman. Über die Absturzursache des von israelischen Technikern gesteuerten Flugzeuges wurde nichts bekannt. Auch die HPG haben sich bisher nicht dazu geäußert.

Bisher hat es zwei "Heron"-Abstürze in Kurdistan gegeben. Anfang Juni waren die Überreste eines Flugzeuges von Dorfbewohnern in Bingöl-Kigi aufgefunden worden. Im Mai kam es zu einem Absturz im Guerillagebiet in Südkurdistan bei Zaxo. Die HPG hatten hierzu mitgeteilt, dass eine Guerillaeinheit den Aufklärer abgeschossen hatte. *(ANF, 14.7., ISKU)*

Gemeinsame Militäraktion von YJA STAR und TIKKO-Frauen

Wie die HPG mitgeteilt haben, ist eine Aktion mit schwerem Geschütz auf die Polizeidirektion

Krieg am Ararat

In Kurdistan herrscht Krieg

Diese simple Wahrheit wird bei der Berichterstattung über die am Ararat von kurdischen Guerillakämpfern entführten Bergsteiger zumeist unterschlagen. Doch es ist die Wahrheit.

Seit dem Wiederaufflammen der Kämpfe im Jahre 2006 sind beinahe 2000 Menschen bei Gefechten zwischen den Guerillas der HPG und dem türkischen Militär ums Leben gekommen. Die HPG spricht selbst von rund 800 eigenen Verlusten, für die türkischen Sicherheitskräfte werden 900 Tote angegeben.

Der allergeringste Teil dieser Toten ist auf die türkischen Luftangriffe in Irakisch Kurdistan zurückzuführen, die Auseinandersetzung findet im Wesentlichen in der Türkei statt. Dabei stehen den mehreren Hunderttausend Angehörigen der türkischen Streitkräfte und den mehr als 60.000 vom Staat bezahlten kurdischen sogenannten "Dorfschützern" mehrere Tausend Angehörige der Volksverteidigungskräfte (Hêzen Parastina Gel, HPG) gegenüber, die aus der früheren ARKG-Guerilla hervorgegangen sind. Diese sind zentral organisiert, ständig bewaffnet und stets uniformiert. Es handelt sich also um völlig andere Strukturen als bei Aufständischen im Irak oder in Afghanistan, die in der Regel von der Zivilbevölkerung schwer zu unterscheiden sind - eine Tatsache, die dort schon mal eine komplette Hochzeitsgesellschaft das Leben kostet.

Doch die Presse ist ahnungslos. Schon die Namen und Gesichter der kurdischen Rebellen sind unbekannt. Namen wie Fehman Hüseyin, den Oberkommandierenden der HPG, sucht man im Blätterwald vergeblich. Allenfalls ist von den altbekannten Recken Murat Karayilan und Cemil Bayik ist die Rede – wenn es hoch kommt. Karayilan heiße "Schwarze Schlange", wird da berichtet. Sensationell – dabei kann er nichts für seinen Familiennamen. Wie oft konnten wir schon lesen, Erdogans Name bedeute "als Soldat geboren" oder Generalstabschef Büyükanit habe seinen Namen vom Atatürk-Mausoleum? Noch nie? Natürlich nicht, denn Erdogan und Büyükanit sind ja respektable Staatsmänner und keine Hau-den-Lukas-Figuren wie Guerillakommandanten.

Worum es in dem Konflikt eigentlich geht, warum nach sechs Jahren Waffenstillstand wieder gekämpft wird – die Deutschen wissen es nicht. Selbst die Türkeiexperten der Tagespresse wirken überfordert. Sie kennen weder die Protagonisten des Krieges noch die Forderungen der kurdischen Seite. Mal ist von Unabhängigkeit die Rede, mal von Autonomie. Zwar ist beides falsch, doch selbst dieser Unterschied wäre wesentlich. Ein unabhängiges Kurdistan könnte die Türkei wohl nie akzeptieren, eine kurdische Autonomie wie in Katalonien sollte für einen EU-Kandidaten hingegen ein Klacks sein. Der scheinbar kleine Unterschied birgt also die ganz wesentliche Frage, ob der Konflikt lösbar ist oder nicht. Tatsächlich sind die Forderungen der Kurden sogar noch moderater: Es geht um eine verfassungsmäßige Anerkennung der kurdischen Identität und der kurdischen Sprache.

Doch über diesen Krieg und den zugrunde liegenden Konflikt wird in Deutschland in der Regel nicht berichtet. Es sei denn, es werden Deutsche entführt. An der Entfernung kann das nicht liegen, Afghanistan ist bedeutend weiter entfernt als Kurdistan. An der Zahl der Toten auch nicht, in der Türkei sterben mehr türkische Soldaten als Amerikaner im Irak. Es handelt sich vielmehr um eine bewusste Entscheidung der deutschen Medien, weg zu sehen.

Sie sahen bereits in den 90er Jahren weg, als Hunderttausende von kurdischen Flüchtlingen nach Deutschland kamen. Zehntausende wurden als politische Flüchtlinge anerkannt. Zehntausende Kurden sind also, deutsche Behörden und Gerichte haben es bestätigt, vom türkischen Staat individuell politisch verfolgt worden. Doch der Krieg in den 1990er Jahren hatte kein Gesicht, er fand medial nicht statt, es gab keine Bilder vom Krieg. Die Türkei wollte keine ausländischen Journalisten im Kriegsgebiet, und die NATO-Partner hielten sich daran. Bis auf ein Team von Spiegel-TV, das 1994 trotzdem filmte – und dafür vom Militär entführt, beschimpft, bedroht und tagelang mit verbundenen Augen durch die Gegend gefahren wurde. Danach traute sich kein Kamerateam mehr in das Kriegsgebiet. Der eingebettete Journalist war noch nicht erfunden, der abwesende Journalist war die wesentlich einfachere und elegantere Lösung.

Während sich der Durchschnittsdeutsche diesen Luxus der Ignoranz über den Krieg vielleicht leisten kann, so gilt dies nicht für die kurdische und auch die türkische Bevölkerung in Deutschland. Für sie ist der Krieg tägliche Realität. Es sind ihre Verwandten, die dort sterben – auf beiden Seiten des Konflikts. Deswegen ist es nur natürlich, dass das Informationsbedürfnis über den Konflikt hoch ist. Kurden informieren sich meist über ROJ TV, den größten und traditionsreichsten kurdischen Satellitensender, der fast weltweit zu empfangen ist. Ganz normal sollte man meinen.

Doch nicht für die deutsche Bundesregierung. Schäubles Vorgänger Schily hatte bereits 2005 die einzige in Europa erscheinende kurdische Tageszeitung verboten. Allerdings war die Begründung derart windig gewesen, dass das Verbot sehr bald von einem Oberlandesgericht aufgehoben wurde. Auch dieser Frontalangriff auf die Pressefreiheit wurde übrigens in deutschen Medien totgeschwiegen – ganz im Gegensatz zu den beinahe zeitgleich stattfindenden Durchsuchungen bei Cicero-Journalisten. Es war ja nur eine kurdische Tageszeitung, die, zu Unrecht, verboten wurde.

Schäuble hatte jetzt die glorreiche Idee, einen Gang zuzulegen und ROJ TV komplett zu verbieten. Mir als juristischem Laien stellt sich die Frage, wie man Bürgerinnen und Bürgern den Empfang eines Satellitensenders überhaupt verbieten kann. Als Begründung musste jedenfalls herhalten, bei ROJ TV würden auch PKK-Mitglieder interviewt. Das ist natürlich eine brilliante Idee! Ein Konflikt, über den nicht mehr berichtet wird, verschwindet dann wahrscheinlich sofort. Erdogan hatte einen ähnlichen Einfall, als er bei einem Staatsbesuch in Moskau einem Kurden erklärte, wenn man nicht an die kurdische Frage denke, existiere sie eigentlich gar nicht.

Nicht mehr existieren soll dann auch ROJ TV mit seinem einzigartig reichen Programm in Kurmandschi, Türkisch, Sorani, Zazaki, Arabisch, Persisch, Aramäisch und Englisch. Verschwinden soll das kurdische Kinderprogramm mit Lucky Luke und "Es war ein mal...", verschwinden vor allem die Nachrichten und Diskussionsprogramme, die dem gesamten Spektrum der kurdischen Community aus der Türkei, dem Irak, dem Iran und Syrien sowie verschiedensten türkischen oppositionellen Strömungen eine Plattform bietet. Nur der Opposition? Nein, selbst Angehörige der türkischen Regierungspartei AKP nahmen schon an Diskussionen auf ROJ TV teil. Nicht zu vergessen die regelmäßige Interviewsendung aus Brüssel mit Mitgliedern des Europäischen Parlaments. All dies soll weg, weil ROJ TV angeblich "das friedliche Zusammenleben der Völker" beeinträchtige.

Nicht der ungelöste Konflikt in Kurdistan und der Krieg stören also nach Ansicht Schäubles das friedliche Zusammenleben der Völker, sondern die Berichterstattung darüber. Sie soll am besten einfach weiter nicht stattfinden, oder höchstens in dem engen Rahmen, den die türkische Regierung setzt. Denn natürlich war sie es, die auf das Verbot von ROJ TV gedrängt hat. Der Krieg in Kurdistan existierte also in den deutschen Medien bis vor einer Woche nicht, und das soll auch so bleiben. Letztlich ist auch diese planmäßig geschaffene Ignoranz den Bergsteigern zum Verhängnis geworden. Vielleicht wussten sie gar nicht, dass sie in ein Kriegsgebiet reisen.

(kk, 14.7., ISKU)

in Dersim-Cemisgezek von Guerillakämpferinnen von YJA STAR und TIKKO gemeinsam durchgeführt worden. Bei dem Angriff kamen drei Polizisten und acht Soldaten ums Leben.

(ANF, 10.7., ISKU)

EP-Abgeordnete gegen Roj-TV-Verbot

Abgeordnete des Europaparlaments haben sich mit einem Brief gegen das Verbot des Senders Roj TV durch das deutsche Innenministerium gewandt. Bisher haben 17 Parlamentarier den Brief unterzeichnet. In dem Brief wird hervorgehoben, dass die Anschuldigungen gegen den Sender, mit denen das Verbot begründet wird, bereits ausführlich vom dänischen Staat untersucht worden seien und Dänemark befunden habe, Roj TV sende entsprechend der dänischen Normen. Weiter heißt es, die Vorgehensweise der Türkei in der kurdischen Frage führe zu einer Vertiefung der ohnehin bestehenden Problematik. Europa solle eine konstruktive Rolle für eine Lösung übernehmen.

(ÖP, 11.7., ISKU)

DTP als Vermittlerin in Entführungsfall?

Auf die Frage von Journalisten, ob die DTP im Entführungsfall der drei deutschen Bergsteiger am Ararat-Berg eine Vermittlerrolle einnehmen werde, hat die DTP-Vorsitzende Emine Ayna erklärt, niemand habe sich bisher mit einer solchen Anfrage an die Partei gewandt. Falls die deutsche Regierung oder die Angehörigen der Bergsteiger in dieser Richtung initiativ werden sollten, werden wir sehen, was wir tun können. Wir werden ihre Forderung diskutieren und bewerten."

Im November vergangenen Jahres hatten DTP-Abgeordnete im Fall der Gefangennahme von acht Soldaten der türkischen Armee durch PKK-Einheiten auf Anfrage von Angehörigen erfolgreich vermittelnd eingegriffen und waren ins Guerillagebiet gereist, um die Gefangenen unversehrt entgegenzunehmen. *(ANF, 10.7., ISKU)*

Quellen:

ANF	Firat Nachrichtenagentur
ÖP	Yeni Özgür Politika
jW	junge Welt
kk	kurdistan-kolumne. blogspot.com

N û ç e

erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der
Informationsstelle Kurdistan
Schanzenstraße 117
20357 Hamburg
Tel.: 040 - 421 02 845
E-mail: isku@nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
Postbank Köln, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 3968-506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.isku.org

Nr. 371
25. Juli 2008

Nûçe



Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@nadir.org
www.isku.org

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

Es war einmal…und ist immer noch

Instrumentalisierung der Presse

Am 19. Juli 2008 meldete der Fernsehsender n-tv unter der Überschrift "Anschlagspläne der PKK : Schäuble gefährdet". Laut FOCUS habe darauf das Bundeskriminalamt (BKA) in einer vertraulichen Gefahrenanalyse aufmerksam gemacht. In kurdischen Medien würde Schäuble als Verantwortlicher für das Betätigungsverbot des Senders ROJ TV genannt.
Deshalb sei "eine personenbezogene Gefährdung des Ministers in Betracht zu ziehen". Und nicht nur das: der FOCUS will sogar wissen, dass gar das ganze Bundesinnenministerium in Berlin als mögliches Ziel von PKK-Anschlägen gelte. Noch nicht genug: Auch die Polizeipräsidien in Wuppertal und Köln, von wo Einsätze gegen PKK-Einrichtungen koordiniert würden, seien im Visier der Kurden.
Diese Meldung wurde den ganzen Sonntag unhinterfragt über diesen und andere TV- und Radiosender gejagt und fand sich entsprechend am 21. Juli in zahlreichen Tageszeitungen wieder.
In der jungen Welt vom 21. Juli war zu lesen, dass das Innenministerium des Landes Nordrhein-Westfalen den Vorabbericht des FOCUS-Magazins dementiert habe. Es lägen keine Erkenntnisse im Zusammenhang mit den genannten Anschlagsplänen vor. Auch der Innensenator von Berlin, Ehrhart Körting hatte am 16. Juli erklärt, er sehe nicht, dass kurdische Unterstützer und Sympathisanten der PKK für Unruhe auf deutschen Straßen sorgen könnten. Vielmehr würden die "PKK-nahen Organisationen darauf achten, im Rahmen unseres Versammlungsrechts zu bleiben." (s. Süddt. Zeitung, 16.7.2008)
Die Versuche der Geheimdienste, mit obskuren Meldungen die Presse zu instrumentalisieren, sind nicht neu. Gehen wir zurück in die Vergangenheit:

Beispiel 1:
Sommer 1995: Tausende von kurdischen Gefangenen in der Türkei sind wegen der inhumanen Haftbedingungen, Folter und Unterdrückung in Kurdistan in einen Hungerstreik getreten. Kurdinnen und Kurden in Deutschland bekunden ihre Solidarität mit ihnen und treten ebenfalls in den Hungerstreik – so auch in Berlin. Am 26. Juli wird eine Mahnwache im kurdischen Kulturzentrum geräumt. Eine der Hungerstreikenden, Gülnaz Baghistani, stirbt. Am Vortag des Trauerzuges meldeten alle Zeitungen, die Sicherheitsbehörden befürchteten, dass aus dem Demonstrationszug heraus kurdische Scharfschützen Polizisten ermorden könnten. Noch am selben Tag wurde die Meldung dementiert – aber sie war raus und: irgend etwas bleibt schon hängen. Die Quelle des Gerüchts war der niedersächsische Verfassungsschutz, der sich wiederum auf das BKA berief.
(aus der Dokumentation "Verfolgung von Kurdinnen und Kurden in Berlin", herausgegeben von Rote Hilfe Berlin/Genocide Watch, Nov. 1995)

Beispiel 2:
Anfang April 1996 behauptete der damalige Außenminister und frühere BND-Präsident Dr. Klaus Kinkel gegenüber der Kölner Zeitung "Express", es gebe Morddrohungen der PKK gegen Ex-Bundeskanzler Helmut Kohl und ihn selbst. Er sprach von einer Kriegserklärung der PKK an den deutschen Rechtsstaat. Kolportiert wurde dann, dass sich Sicherheitsexperten über Kinkel verärgert gezeigt hätten. Das BKA habe die Meldung als "windig" eingestuft. Dennoch waren die Sicherheitsmaßnahmen massiv verschärft worden.
Selbst die flämische Zeitung "De Morgen" berichtete aus "geheimen Berichten". Danach wollten militante Kurden den Rennfahrer Michael Schumacher umbringen - "auf der Rennstrecke und anderswo". Schumacher selbst habe sich über den Zeitungsbericht überrascht gezeigt. (aus PRO-INFO MAGAZIN, Mai, Nr. 2/96)

Es muss befürchtet werden, dass deutsche und türkische Geheimdienste, aber auch so manche Politiker, in den nächsten Tagen oder Wochen gezielte Desinformationen in die Öffentlichkeit bringen und eine Situation herbeischreiben lassen, für die sie keine Verantwortung übernehmen wollen. Wir appellieren an die deutschen Medien, nicht hierfür nicht missbrauchen zu lassen.

AZADÎ e.V., 21.7.

Unterschriftenaktion für ROJ TV

Der Landesvorstand Die Linke NRW hat einen Aufruf für ROJ-TV beschlossen. Auf der Internetseite www.freiheit-fuer-roj-tv.de kann dieser durch Eure Unterschrift unterstützt werden.

Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble hat den in Dänemark lizenzierten kurdischen Fernsehsender Roj TV im Bereich der Bundesrepublik mit einem Betätigungsverbot belegt. ROJ TV ist die Stimme aller KurdInnen und kritischen Linken aus der Türke in der Diaspora geworden.
Vom Verbot betroffen sind der Fernsehsender sowie die Produktionsfirma "VIKO" in Wuppertal. Bereits Anfang Mai 2008 waren in Wuppertal und anderen Städten die Räume des kurdischen Fernsehsenders "ROJ TV" durchsucht und wurden alle Computer, Produktionsunterlagen beschlagnahmt.
Roj TV ist ein kurdischer Sender, der in vier Sprachen, kurdisch, türkisch, arabisch und assyrisch Programme ausstrahlt. Roj TV erreicht Millionen Menschen im Nahen Osten und Europa. Die Kurdinnen und Kurden haben in der Türkei immer noch kein Recht auf Nachrichtensendungen in kurdischer Sprache. Deshalb ist ROJ TV die wichtigste Nachrichtenquelle für alle KurdInnen aber insbesondere über 700.000 in Deutschland lebenden kurdischsprachigen Mitbürgerinnen.
Mit der Verbotsverfügung macht sich die Bundesregierung zum Handlanger des türkischen Staates und erschwert eine friedliche Lösung des Konflikts. Dieses Verbot ist ein Teil der Kriminalisierung der KurdInnen und ihrer Medien auch in Deutschland. Gerade in einer Phase, in der KurdInnen und ihre Institutionen sich für eine friedliche Lösung der kurdischen Frage einsetzen erfolgt ein Verbot über ihr Sprachrohr ROJ TV. Das ist eine beispiellose Einschränkung der Grundrechte auf Presse- und Meinungsfreiheit!
Wir rufen die Bundesregierung dazu auf, den kurdischen Menschen, die aufgrund der herrschenden Verfolgungs- und Verleugnungspolitik im Exil leben müssen, ihre Stimme wieder zurück zu geben! Das würde einen Beitrag zum friedlichen, konfliktfreien Zusammenleben leisten und nicht das friedliche Zusammenleben stören, wie der Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble es behauptet.
Die KurdInnen dürfen nicht zum Opfer der zwischenstaatlichen Machtinteressen werden. Meinungs- und Pressefreiheit ist für alle Bürgerinnen und Bürger unverzichtbar, auch Kurdinnen und Kurden.

Wir rufen alle demokratischen Kräfte und Initiativen auf, sich mit ROJ TV zu solidarisieren und gegen dieses Verbot zu protestieren. *www.freiheit-fuer-roj-tv.de*

Meldungen

Erneut kurdischer Politiker in Deutschland verhaftet
Am 22. Juli wurde in Detmold der kurdische Politiker Hüseyin Acar (Çolak) verhaftet. Die Bundesanwaltschaft wirft ihm vor noch bis zum Juni dieses Jahres in leitender Funktion für die PKK tätig gewesen zu sein. Acar hat in der Türkei 20 Jahre im Gefängnis verbracht. Er ist einer der Überlebenden des Massakers von Maras, bei dem er eine Hand verlor. *(ANF 23.7., ISKU)*

Weitere 34.259 Selbstanzeigen
Im Rahmen der Selbstanzeigenkampagne wegen der Verwendung des Begriffs "Geehrter Herr" in Verbindung mit Abdullah Öcalan haben sich in Urfa, Van, Adana, Mersin und Dogbeyazit weitere 34.259 Personen postalisch selbst angezeigt. Die Anzeigen wurden im Rahmen von Kundgebungen bei den jeweiligen Postämtern aufgegeben. *(ÖP, 18.7., ISKU)*

HPG dementiert Verletzung von Bahoz Erdal
Die Volksverteidigungskräfte HPG haben eine in den türkischen Medien erschienende Meldung dementiert, dass der Kommandant des Hauptquartiers der HPG bei einem Angriff schwer verletzt worden sei. Der türkische Staat sei in Schwierigkeiten aufgrund der Aktionen der Guerilla und greife deshalb zu dem Mittel erlogener Meldungen. Dabei verschweige er auch die eigenen Verlusten.
Weiterhin wurde auch die Meldung dementiert, am Kato-Berg seien 22 Guerillakämpfer getötet worden. Tatsächlich hätten drei Guerillakämpfer und 18 Soldaten der türkischen Armee ihr Leben verloren. *(ANF 18.7., ISKU)*

Aktuelle Statistik über Menschenrechtsverletzungen in Bingöl
Der IHD in Bingöl veröffentlichte seine aktuelle Statistik der Menschenrechtsverletzungen. Danach haben allein in der Region Bingöl in den ersten sechs Monaten dieses Jahres 31 Menschen ihr Leben verloren. 25 Personen wurden Opfer bewaffneter Auseinandersetzung, zwei Personen fielen Minen zum Opfer.
Es wurden in dieser Zeitspanne allein in Bingöl 35 Personen festgenommen. 18 von ihnen wurden inhaftiert, einer gilt als verschwunden. Wegen Verletzung der Menschenrechte erreichten den IHD in Bingöl drei Klagen aus dem dortigen Gefängnis. Das

Die Deutschen wurden aufgrund der Bemühungen der NGOs frei gelassen

Das Hauptquartier der HPG nahm Stellung zu den näheren Umständen der Freilassung der drei deutschen Bergsteiger. In ihrer Erklärung hieß es dazu: man hätte mit der Freilassung der drei Deutschen dem Aufruf von Seiten des IHD, MAZLUM DER, DTP und des Friedensrates der Türkei Folge geleistet. "Am 9. Juli sind am Ararat drei deutsche Staatbürger, die im Guerillagebiet Ferien machten, auf Eigeninitiative der Gebietskommandantur Serhat von dieser inhaftiert worden." Dieses sei laut Erklärung "als Reaktion auf die feindliche Haltung der deutschen Regierung gegenüber dem kurdischen Volk und der Freiheitsbewegung zu bewerten". In der Erklärung wurde versichert, dass man den drei Bergsteigern gegenüber "alles getan hätte um ihr Leben zu schützen".

Am 19. Juli erreichte eine Delegation bestehend aus IHD, MAZLUMDER, DTP sowie des Friedensrates der Türkei Dogubayazit. Als Ergebnis der Zusammenarbeit mit dieser Delegation wäre dann beschlossen worden die drei Bergsteiger am Abend des 20. Juli frei zu lassen. Aufgrund der fortdauernden Operationen allerdings war es nicht möglich für Leib und Leben der Teilnehmer der Delegation so wie der Deutschen zu garantieren. Deshalb konnten die Deutschen nicht zum vereinbarten Zeitpunkt freigelassen werden. Die drei Deutschen seien dann bereits um 12 Uhr mittags desselben Tages in der Nähe des Dorfes Güngören, welches zu Dogubayazit gehört, freigelassen worden.

Die HPG wies in ihrer Erklärung darauf hin, dass sie sich den internationalen Regeln des Krieges wie sie der Genfer Vertrag vorsieht, auch weiterhin verbunden fühle und betonte dass es bisher nie zu Angriffen auf Zivilisten gekommen sei und auch in Zukunft Zivilisten nicht Ziel von Angriffen seien.

Die HPG würde aber unter Beachtung aller internationalen Regeln und Verträge gegen jegliche Art von Angriffen das Volk und die Werte der Freiheitsbewegung unter Zuhilfenahme des Rechts auf Selbstverteidigung zu schützen wissen. Sie möchte aber auch gesagt haben, dass, sollte sich die deutsche Regierung auch weiterhin negativ gegen das kurdische Volk und die Freiheitsbewegung verhalten, es schwierig für sie sein dürfte, Reaktionen die außerhalb ihrer Kontrolle stünden immer vermeiden zu können.

(ANF 21.7., ISKU)

Menschenrechtsverstöße im Iran

Iran: Lehrer zum Tode verurteilt

Mittlerweile ist im Iran gegen vier Lehrer die Todesstrafe verhängt worden. Als letzen traf es den Lehrer Enwer Huseynpenahî. Zuvor wurden die Lehrer Ferzad Kemanger, Eli Heyderiyan und Ferhad Wekili zum Tode verurteilt.

Der Lehrer Ferzad Kemanger war in der Stadt Kirmashan unter dem Vorwurf der Mitgliedschaft bei der PJAK verhaftet worden. Zeitgleich wurden in der Stadt Sine die Lehrer Eli Heyderiyan und Ferhad Wekili verhaftet. Alle drei befinden sich seit 16 Monaten unter Folter und Isolation im Gefängnis. Nach einer wahren Odyssee vom Gefängnis in Kirmashan, Sine, Kamyaran und zu letzt in Tahran befinden sie sich jetzt im Gefängnis Kerec. In dieser Zeit erlitt der Lehrer Ferzad Kemanger durch die Folter Verbrennungen an seinen Armen, außerdem wurde ihm ein Bein gebrochen. Während der Gerichtsverhandlung, die ganze sieben Minuten dauerte, wurde der Vorwurf der Mitgliedschaft in der PJAK aufgehoben und es erfolgte die Verurteilung wegen der Mitgliedschaft in der PKK. Die Öffentlichkeit war von der Verhandlung ausgeschlossen. Ein Anwalt stand den Lehrern nicht zur Seite. Nach Verkündung des Urteils riefen die Lehrer aus Protest Parolen wie "Biji Serok Apo" und verließen den Gerichtssaal. Der Lehrer Kemanger erklärte anschließend in unzähligen Petitionen, dass er weder Mitglied in der PKK noch in der PJAK sei, er aber die Ideologie des kurdischen Führers Abdullah Öcalans unterstütze und dieser auch weiterhin verbunden bleiben werde. Die Familie des Lehrers Kemanger geht davon aus, dass Kemanger in die Schusslinie des iranischen Regimes geraten sei, weil sein Bruder sich der Guerilla angeschlossen habe. In Sine kam es derweil zu Protesten. 1300 Protestierende kamen zusammen und forderten die Freilassung der verurteilten Lehrer.

Große Sorge um Frauenrechtlerin im Iran

Die Frauenrechtlerin Zeyneb Bayezidi befindet sich seit 13 Tagen im iranischen Verhör. Sicherheitskräfte verhafteten sie am 9. Juli in der Stadt Mahabad. Als Grund wird ein Kondolenzbesuch für einen gefallenen Guerilla der PJAK ins Feld geführt. Zeyneb Bayezidi ist Mitglied der Azermerh Frauengesellschaft Kurdistans, sowie der Menschenrechtsorganisation Ostkurdistans (RMMK). Außerdem beteiligte sie sich aktiv an der Kampagne "Eine Million Unterschriften". Mit der gesamt iranischen Kampagne "Eine Million Unterschriften" wird der Forderung nach Gleichberechtigung für Frauen im Hinblick auf Eheschließung, Scheidung, Erberecht und Betreuung ihrer Kinder Nachdruck verliehen. Bayezidi ist nicht zum ersten Mal in die Fänge der iranischen Justiz geraten. Zuvor ist sie bereits mehrfach verhaftet worden. Sie wurde in die Stadt Merax verbannt, was sie jedoch nicht davon abhielt auch weiterhin für Frauenrechte einzutreten. Auffallend ist auch, dass im Iran in letzter Zeit vermehrt Frauenrechtlerinnen verhaftet werden. Nach regulärem iranischem Gesetz hätte Zeyneb Bayezidi bis spätestens 19. Juli dem Gericht vorgeführt werden müssen. Dies geschah bisher jedoch nicht. Weder ihre Anwälten noch ihre Familie wissen, wie es Zeyneb Bayezidi zurzeit geht. Nach Einschätzung dieser herrscht Anlass zu erheblicher Sorge, denn in Iran ist Folter alltäglich.

Iranische Menschenrechtler aktiv im Kampf gegen Steinigungen

Im Iran sind zurzeit neun Personen von Recm (Tod durch Steinigen) bedroht. Es handelt sich bei den Verurteilten sowohl um Frauen wie auch um Männer, denen Ehebruch oder Prostitution zum Vorwurf gemacht wird. Nun sind Menschenrechtsorganisationen im Iran aktiv geworden und haben eine Kampagne gegen Recm gestartet. Der Rechtaanwalt Sadi Sadr von Netzwerk der Freiwilligen Anwälte erklärte, dass sie im höchsten Maße beunruhigt seien, da die Strafen jeden Moment vollzogen werden könnten. Der Justizminister habe 2002 zwar erklärt er habe diese Art der Bestrafung mit einer Verordnung außer Vollzug gesetzt, Fakt ist aber dass Recm auch 2006 und 2007 noch vollzogen wurde. 2007 konnte ein Mann nachdem es zu harschen Protesten der Europäischen Union und der Vereinten Nationen gekommen war vor dem Tod durch Recm bewahrt werden. Auch das Netzwerk der Freiwilligen Anwälte konnte bereits 15 Frauen und einen Mann vor Recm bewahren. Eine Gruppe von Menschenrechtlern wies nun erneut auf das bestehende Moratorium in Bezug auf Recm hin und rief die iranischen Behörden dazu auf verhängte Strafen nicht zu vollziehen.

(ANF 21./22.7., ISKU)

Fazit des IHD: Die Vergehen gegen die Menschenrechte dauern weiterhin an und nehmen sogar zu. "Der Weg zur Entwicklung von Frieden, mehr Toleranz und einen gesellschaftlichen Dialog würde versperrt", erklärte der IHD. *(ANF 22.7., ISKU)*

Generalsekretär der Linken Partei in Syrien verhaftet
Muhammed Musa, Generalsekretär der Linken Partei der Kurden, wurden am Samstag in Damaskus verhaftet. Die nationale Menschenrechtsorganisation Syriens wandte sich jetzt in einer Erklärung an die Öffentlichkeit. In ihrer Erklärung wendet sie sich scharf gegen die Verhaftung von Muhammed Musa. Die Menschenrechtsorganisation bezeichnete seine Verhaftung als rechtswidrig und fordert die sofortige Feilassung. *(ANF 21.7., ISKU)*

36.000 Euro Schmerzensgeld für kurdische Folteropfer
Die türkische Regierung muss drei kurdischen Folteropfern wegen menschenunwürdiger Behandlung durch die Polizei ein Schmerzensgeld von über 36.000 Euro zahlen. Die Klagen der Beschwerdeführer im Fall Tonka and Others v. Turkey über Schläge, Elektroschocks und Aufhängen an den Beinen seien glaubwürdig, hieß es in dem Urteil des europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte am Dienstag in Straßburg.
Die Verantwortung der Polizei für die Folter sei offenkundig, da die türkische Regierung keine vernünftige Erklärung für die Verletzungen der Männer habe geben können. Zwei der Männer im Alter zwischen 36 und 49 Jahren waren 1999 und 2002 wegen des Verdachts auf Beteiligung an Bombenanschlägen der illegalen Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) 1999 in Istanbul festgenommen worden. Der dritte Mann war wegen Diebstahls festgenommen und am folgenden Tag wieder freigelassen worden.

(DS, 22.7., ISKU)

Quellen:

ANF	Firat Nachrichtenagentur
ÖP	Yeni Özgür Politika
DS	Der Standard

N û ç e

erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der
Informationsstelle Kurdistan
Schanzenstraße 117
20357 Hamburg
Tel.: 040 - 421 02 845
E-mail: isku@nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
Postbank Köln, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 3968-506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.isku.org

Nr. 372
1. August 2008

Nûçe



Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@nadir.org
www.isku.org

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

Massaker in Istanbul und Kerkuk

Am Sonntagabend kam es im Viertel Güngören von Istanbul zur Explosion zweier Bomben. Um 21.45 Uhr explodierte eine in einem Mülleimer deponierte Bombe. Daraufhin sammelten sich Schaulustige am Ort des Geschehens. Kurz darauf explodierte eine weitere, noch stärkere Bombe mitten in der Menge. Zurück blieben 17 Tote und etwa 150 Verletzte.

Im Zusammenhang mit den Explosionen wurden wenig später drei Verdächtige festgenommen. Bei den Verdächtigen handelt sich um Jugendliche im Alter zwischen 16 und 17 Jahren.

In ganz Istanbul wurden die Sicherheitsmaßnahmen verschärft.

Politiker und Medien machten sofort die PKK für den Anschlag verantwortlich. Jetzt liegen Statements von Kongra Gel, HPG und KCK vor, in denen sie jegliche Beteiligung der Freiheitsbewegung der Kurden mit dem Attentat weit von sich weisen und in scharfer Form jegliches Massaker an Zivilisten scharf verurteilen.

Für Kongra Gel erklärte deren Vorsitzender Zübeyir Aydar gegenüber ANF: "Bei der Explosion in Güngören haben 17 Menschen ihr Leben verloren, mehr als 150 wurden verletzt. Das Geschehen ist ein dunkles. In der Vergangenheit hat es dem vergleichbar eine Reihe dunkler Ereignisse gegeben. Dieses Attentat erinnert uns stark daran. In einer Zeit in der Prozesse gegen die AKP und gegen Ergenekon anhängig sind, gibt ein solches Geschehen stark zu denken. Die kurdische Freiheitsbewegung hat mit dem Attentat nichts zu tun. So etwas kann mit der PKK nicht in Verbindung gebracht werden. Denn eine solche Herangehensweise haben wir nicht. Wir sind gegen Angriffe solcher Art. Wir gehen davon aus, dass das Attentat Werk dunkler Kräfte ist. Wir drücken den Familien, deren Angehörige bei dem Massaker ihr Leben verloren haben und dem türkischen Volk unser Beileid aus."

Auch die HPG nahm Stellung zu dem Attentat und wies jegliche Beteiligung weit von sich.

Für die KCK ergriff Mustafa Karasu, Mitglied im Exekutivrat der KCK, das Wort. Er erklärte unter anderem: "Unzählige Male hat die Freiheitsbewegung der Kurden erklärt, dass Zivilisten kein Ziel von Angriffen sind. Jene, die für die Durchsetzung ihrer politischen Ziele solche Art von Angriffen benutzt haben, sind von uns immer verurteilt worden. Deshalb sind Bemühungen diese Explosion der Freiheitsbewegung unterzuschieben unglaubwürdig. Weil diese Behauptungen falsch sind, wird ein solches Bemühen auch erfolglos bleiben."

In der schriftlichen Erklärung der KCK hieß es weiter: "Es ist völlig offensichtlich, dass es nichts gibt was ein Attentat wie dieses, weder was die dahinter stehende Logik betrifft noch die zum Ziel erwählte Masse zu rechtfertigen im Stande wäre. Dieses legt dar, dass dieses Attentat nur von dunklen Kräften durchgeführt worden sein kann. Wir verurteilen dieses Attentat, dass sich für schmutzige Ziele gegen unschuldige Zivilisten gerichtet hat. Den Familien, die bei diesem Anschlag Angehörige verloren haben, drücken wir unser Beileid aus, den Verletzten wünschen wir baldige Genesung."

Bei Attentat in Kerkük starben 25 Menschen

Nachdem letzte Woche das irakische Parlament über das neue Gesetz zu Lokalwahlen abgestimmt hatte, riefen kurdische Parteien und Gruppen zum Protest auf. Den Anfang einer Reihe von Demonstrationen sollte Kerkük machen. Die Protestierenden dort forderten die Anwendung des Paragraphen 140, der die Durchführung eines Referendums für Kerkük vorsieht. Kurz nachdem der Protestmarsch sich in Bewegung gesetzt hatte, wurde ein Selbstmord-Attentat auf den Demonstrationszug verübt. Dabei kamen 25 Menschen ums Leben, weitere 150 wurden verletzt, davon 30 schwer. Bisher hat noch keine Organisation die Verantwortung für das Massaker übernommen.

Am 22.7. hatte das irakische Parlament in geheimer Wahl das umstrittene neue Wahlgesetz angenommen. Die kurdischen Abgeordneten hatten zuvor aus Protest den Saal verlassen. Zu dem Eklat war es gekommen, nachdem die Abstimmung in geheimer Wahl fortgesetzt werden sollte. Die kurdischen Abgeordneten sahen darin einen "klaren Verstoß gegen die irakische Verfassung" und verließen den Saal. Danach wurde die Abstimmung ohne Teilnahme der kurdischen Abgeordneten fortgesetzt. Nach dem neuen Wahlgesetz hätten unter Beobachtung der UN ab Oktober in 18 Provinzen Wahlen abgehalten werden müssen. Vorgesehen war zuvor auch die Bildung einer Kommission zur Klärung der Stimmenverteilung zwischen Kurden, Turkmenen und Arabern in Kerkuk.

Nach der Abstimmung hatte das Kurdische Regionalparlament, den Irakischen Präsidialrat unter Vorsitz des Staatspräsidenten und der YNK Celal Talabani dazu aufgefordert, ein Veto gegen das neue Wahlgesetz einzulegen. Talabani ist dieser Forderung nachgekommen. Er begründete sein Veto damit, dass nicht einmal die Hälfe der Parlamentsabgeordneten (127-Ja Stimmen von 277 möglichen Abgeordneten) ihre Zustimmung zu dem neuen Wahlgesetz gegeben hätten.

ITC hat bei Massaker in Kerkük die Finger im Spiel

Bei dem Massaker in Kerkük hatte nach Erkenntnissen der örtlichen Sicherheitsbehörden die ITC (Front der irakischen Turkmenen) seine Finger im Spiel. Der Leiter der örtlichen Sicherheitskräfte Necat erklärte, dass während der Explosion Kräfte die in Beziehung zur ITC stehen, auf die Demonstranten geschossen hätten. Dies bestätigten auch Aussagen eines Bodygards des Büros der ITC, der im Verlauf der Geschehnisse verletzt worden war und jetzt im Krankenhaus liegt. Über Kerkük wurde eine eintägige Ausgangssperre verhängt. *(ANF 28./29.7., ISKU)*

200.000 Selbstanzeigen

Mittlerweile wurden im Rahmen der Selbstanzeigen-Kampagne fast 200.000 Petitionen der Untersuchungskommission für Menschenrechte des türkischen Parlaments übergeben.

Die Selbstanzeigenkampagne hatte am 23. Mai dieses Jahres in Diyarbakir begonnen. In ihrer Selbstanzeige hieß es: "Wenn es eine Schuld darstellt 'werter' zu sagen, dann sage auch ich 'Werter Herr Öcalan', und zeige mich wegen eben dieses Vergehens selbst an".

Mit den Selbstanzeigen werden eine Verbesserung der gesundheitlichen Versorgung und die Verlegung von Abdullah Öcalan in ein anderes Gefängnis gefordert. Der Abgeordnete der DTP für Diyarbakir, Akin Birdal, übergab jetzt im Rahmen der Kampagne fast 200 tausend abgegebene Petitionen dem Vorsitzenden der Untersuchungskommission für Menschenrechte, Zafer Üskül, und forderte deren Thematisierung vor der Kommission. Üskül lies verlauten, dass die Kommission sich nächste Woche mit dem Thema befassen wird. *(ANF 24.7., ISKU)*

Meldungen

Kein Besuch bei Öcalan

Der rechtlich einmal wöchentlich vorgesehene Besuch seiner Verteidiger bei Abdullah Öcalan ist "aufgrund schlechter Wetterbedingungen" ausgefallen. Drei der Anwälte aus seinem Verteidigerteam wurden am Schiffsanleger Gemlik zurückgewiesen. *(ANF, 30.7., ISKU)*

Solidarität mit kranken Gefangenen

Mit einer Aktion vor dem türkischen Parlament in Ankara haben Vertreter politischer Parteien und zivilgesellschaftlicher Organisationen auf die akute gesundheitliche Situation von 42 Untersuchungs- und Strafgefangenen in türkischen Gefängnissen aufmerksam gemacht. Mitglieder von DTP, EMEP, SHP, IHD und mehreren weiteren Organisationen forderten vor dem Parlament die sofortige medizinische Behandlung der Gefangenen. Auf Transparenten war zu lesen: "Isolation tötet, Solidarität heißt Leben" und "Diese Wunde blutet seit Jahren – gleiche Gesundheitsversorgung, gleiche Gerechtigkeit für alle im Gefängnis". In einem Redebeitrag teilte ein IHD-Sprecher mit, 42 Gefangene seien von Krebs und chronischen Krankheiten betroffen. Allgemein werde insbesondere in den F-Typ-Gefängnissen weiter gefoltert und misshandelt.

Eine Liste der 42 Gefangenen wurde im Anschluss an die Aktion der parlamentarischen Menschenrechtskommission übergeben. *(ANF, 29.7., ISKU)*

Selbstverbrennung gegen Misshandlung Öcalans

Aus Protest gegen die Misshandlung Abdullah Öcalans ging Ismail Temel vor die Stadtverwaltung von Igdir, rief Parolen wie "Es lebe Apo", "Die PKK ist das Volk, das Volk sind wir" und zündete sich an. Ismail Temel wurde bei seiner Aktion schwer verletzt und kam ins Staatskrankenhaus von Igdir. *(ANF 28.7., ISKU)*

Verletzter Zivilist verhaftet

Geschehen ist es in Nurzin, einem Dorf das zum Gebiet Mergewer bei Urumiye gehört. Als der Hirte Yusif Emini seine Tiere dort zum Weiden führte, trat er auf eine Mine und wurde verletzt. Zur Behandlung kam er ins Krankenhaus. Dort wurde er jetzt von iranischen Sicherheitskräften verhaftet. Diese werfen dem verletzten Hirten "Mitgliedschaft in der PJAK" vor.

Im Grenzstreifen liegen immer noch unzählige Minen vom Krieg

Massenhinrichtung im Iran

Wie jetzt bestätigt wurde, wurden am Sonntag 29 Menschen im Iran hingerichtet. Bei den Hingerichteten handelt es sich um Menschen, denen Mord, Drogenhandel, Raub, bewaffneter Überfall, Ehebruch, Bedrohung anderer, Bildung von Banden so wie Vergewaltigung vorgeworfen wird. Alle wurden am Morgen um fünf Uhr zehn im Gefängnis Evin (Teheran) in einer Massenhinrichtung getötet. Nach Angaben der Nachrichtenagentur ANF wurden im Iran seit Anfang dieses Jahres 180 Menschen hingerichtet.

Schweigemarsch gegen Todesstrafe in Mahabad

In der Ost-Kurdischen Stadt Mahabad demonstrierten am Samstag 300 Menschen gegen die Todesstrafe. Anlass ist die Zunahme von Hinrichtungen im Iran. Nach Bericht von Amnesty International sind 2007 allein im Iran 317 Menschen hingerichtet worden. Vermehrt sind davon in letzter Zeit auch Kurden betroffen. Am Morgen des 19. Juni wurden im Gefängnis von Urumiye Ersed Mehmudi, Salih Meleki und Muhammed Ali Bimisal hingerichtet. Zurzeit sind die Gefangenen der PJAK, ein kurdischer Journalist und ein kurdischer Lehrer durch die Todesstrafe bedroht. Laut Meldung der iranischen Zeitung Aftab sollen am Sonntag weitere 30 Menschen im Iran hingerichtet werden.

(ANF 26./27.7., ISKU)

Dörfer in Kandil bombardiert

Das Dorf Bokriskan, das Ziel des jüngsten Luftangriffs der türkischen Armee auf Kandil war, ist vollständig evakuiert worden. Die türkische Luftwaffe hat nach Angaben ortsansässiger Quellen am Sonntag um 11.15 Uhr die Dörfer Lewce, Inzo und Bokriskan, das Balekan-Tal sowie das Gebiet Geliye Bedran bombardiert. Ein Bewässerungsprojekt in Bokriskan sei dabei dem Erdboden gleichgemacht und die Nutztiere der Dorfbevölkerung getötet worden. Aufgrund des Angriffs flüchtete die gesamte Bevölkerung nach Coman und Ranya. Der Angriff wurde auch aus Kreisen der PUK bestätigt. Aus HPG-Kreisen wurde bekannt, die türkischen Kampfflugzeuge hätten zivile Siedlungsgebiete bombardiert, die Guerilla habe keine Verluste zu verzeichnen. Unmittelbar nach den türkischen Bombardierungen griff auch die iranische Armee erneut mit Granatwerfern die Gebiete Kani Xumari, Xinere, Kenda kola und Sehit Serif in Südkurdistan an.

Aufgrund dieser und weiterer Bombardierungen Südkurdistans in den vergangenen Tagen sind in den Gebieten Sidekan, Zap und Haftanin Waldbrände ausgebrochen.

Bereits in der Nacht zum Sonntag hatte die türkische Luftwaffe zwei Stunden lang Kandil bombardiert. Bombardiert wurden dabei die Gebiete Qeletoka, Dola Koke, Suredi, Kortek, Dola Sehidan, Merodu, Kani Cengi und Sehit Harun. Während des Luftangriffs, der keine Toten zur Folge hatte, kam es jedoch zu Panik unter den Bewohnern der dort befindlichen Dörfer. Nach der Bombardierung von Kandil wurde anschließend auch die zu Erbil gehörende Zone Sideka von der türkischen Luftwaffe angegriffen.

(ANF, 29.7., ISKU)

PKK-Prozess in Paris beginnt

Nach 15 Jahren findet erstmalig wieder ein PKK-Prozess in Paris statt. Zwölf junge Kurden sind angeklagt, Mitglieder der "Apoistischen Jugend" zu sein, mit Molotowcocktails einen Sachschaden verursacht sowie Beziehungen zu einer "terroristischen Firma" unterhalten zu haben. Sieben von ihnen werden weiterhin der "Finanzierung von Terrorismus" beschuldigt. Das Verfahren eines der Angeklagten findet aufgrund von Minderjährigkeit abgetrennt am Jugendstrafgericht statt. Die Angeklagten waren im Juni 2007 verhaftet worden, nachdem sie in mehreren Städten, darunter Paris, Bordeaux und Marseille festgenommen worden waren. Zur Zeit befinden sich noch zwei von ihnen in Untersuchungshaft. Der Prozessbeginn ist zum Ende des Jahres zu erwarten.

Bereits im Februar 2007 war es im Rahmen von Razzien in Frankreich und Belgien zu rund 20 Verhaftungen gekommen, darunter Riza Altun, Nedim Seven und Canan Kurtyilmaz.

Davor hatte im November 1993 eine Großoperation in Frankreich stattgefunden, bei der 17 kurdische Vereine und Privatwohnungen durchsucht worden waren und gegen über hundert Personen ermittelt wurde. Von diesen verbrachten mehrere sechs Monate in Untersuchungshaft. Nach der Operation waren die Aktivitäten aller kurdischen Vereine verboten worden. *(ANF, 30.7., ISKU)*

15.000 auf Trauermarsch für HPGler

Nachdem am 18. Juli zwei Kämpfer der HPG in Yüksekova gefallen sind, ist am Freitag einer von ihnen, Serhan Hadizade, in Van beerdigt worden. Eigentlich wollten die Angehörigen den Leichnam des aus dem Iran stammenden Hadizade nach Hakkari bringen. Die türkischen Sicherheitskräfte jedoch verweigerten diesem ihre Zustimmung und beerdigten den Leichnam zwangsweise auf dem Friedhof von Bostaniçi/Van. Daraufhin gedachten 15000 mit einem symbolischen Trauermarsch zum Friedhof Sürmeli/Van des Gefallenen. Der Autor Hamit Dilbahar, der zum Gedenken eine Rede hielt beklagte, dass die Beerdigung nicht wie von den Angehörigen gewünscht stattfinden konnte, mit den Worten: "der Staat hat selbst vor einem toten Kurden noch Angst."

(ANF 25.7., ISKU)

Öffentliches Haareschneiden in Bordeaux

Rund 100 Jugendliche veranstalteten in Bordeaux/Frankreich eine Protestkundgebung gegen die Misshandlung Abdullah Öcalans. Während der Kundgebung schoren sich aus Protest 33 Jugendliche öffentlich die Haare.

Anfang Juli wurde bekannt, dass A. Öcalan nicht nur neben der "üblichen" Isolation und Überwachung eine Bunkerstrafe nach der anderen verbüßen muss, sondern dass man ihm unter Zwang auch noch Haupt- und Barthaare abrasiert hatte. Das war der berühmte Tropfen der das Fass zum überlaufen brachte und eine Welle von Protesten auslöste. Begonnen hatten die Proteste in den Gefängnissen. Die Gefangenen der PKK und von PJAK solidarisierten sich mit Öcalan und zeigten ihren Protest gegen die Behandlung ihm gegenüber indem auch sie sich Haupt- und Barthaare abrasierten.

Die Türkei wird es mittlerweile wohl bereuen, dass sie A. Öcalan Haupt- und Barthaar unter Zwang abrasiert haben, denn aus der Misshandlung wurde eine Protestform und der Protest weitet sich weiterhin aus. Mittlerweile ist er nicht nur auf die politischen Gefangenen in türkischen und iranischen Gefängnissen beschränkt. Auch in Europa haben Jugendliche diese Protestform aufgegriffen und öffentlich in Massenaktionen ihr Haar abrasiert. So in Frankreich, in Deutschland und in Großbritannien.

(ANF 29.7., ISKU)

1980-88 zwischen Iran und Irak. Auch legt das iranische Regime im Krieg gegen die PJAK in den letzten Jahren immer wieder neue Minen aus. Jedes Jahr werden unzählige Mensche durch die Explosion herumliegender Minen verletzt oder getötet.

(ANF 26.7., ISKU)

HRW fordert unabhängige Untersuchung

Human Rights Watch fordert die Untersuchung der Ereignisse im syrischen Gefängnis Sidnaya. Am 5. Juni kam es zu Unruhen im dortigen Gefängnis. Nach vorliegenden Informationen wurden die Unruhen unter Einsatz übermäßiger Gewalt, bei der auch scharfe Munition zum Einsatz kam, unterdrückt. Anschließend ergriffene Sicherheitsvorkehrungen dauern nach wie vor an. Auch gibt es bisher keinerlei Genehmigung einsitzende Gefangene zu besuchen. Für die Gefangenen ist die Möglichkeit das nahe gelegene Krankenhaus zu beanspruchen weitgehend eingeschränkt. Human Rights Watch (HRW) geht davon aus, dass bei den Ereignissen am 5. Juni rund 25 Gefangene und ein Militärpolizist zu Tode gekommen sind. Human Rights Watch fordert jetzt eine unabhängige Untersuchung zur Aufklärung der Ereignisse. *(ANF 23.7., ISKU)*

Quellen:

ANF Firat Nachrichtenagentur

Termine:

Kundgebung für Roj TV

Roj TV ist der einzige Sender, über den wir in unseren Muttersprachen authentische Informationen über die Situation in Kurdistan bekommen können.

Als Kurdischer Volksrat Hamburg protestieren wir gegen das von Herrn Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble verfügte Verbot des kurdischen Senders Roj TV, der damit gegen Art. 5 des Grundgesetzes verstößt, welcher die Meinungs-, Informations- und Medienfreiheit garantiert.Wir fordern von der deutschen Regierung die Rücknahme des Roj TV-Verbots. Dafür werden wir am 2. August 2008 auf dem Gänsemarkt eine Kundgebung durchführen.

2. August 2008, 16 Uhr
Gänsemarkt, Hamburg

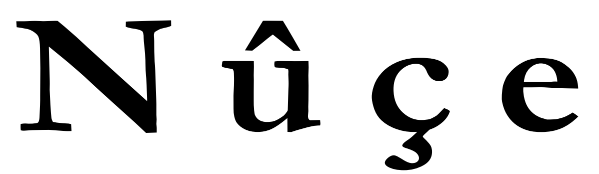
N û ç e

erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der **Informationsstelle Kurdistan Schanzenstraße 117 20357 Hamburg Tel.: 040 - 421 02 845 E-mail: isku@nadir.org** bestellt werden.

Spenden auf unser Konto: **Postbank Köln, BLZ 37010050 Konto-Nr.: 3968-506**

Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter: **www.isku.org**

Nr. 373
8. August 2008





Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@nadir.org
www.isku.org

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

Nach dem Massaker von Istanbul-Güngören

Voreiliger Verdacht gegen die PKK

Gerade erst hatte das türkische Innenministerium einen Erfolg bei der Fahndung nach den Hintermännern des blutigen Bombenanschlags im Istanbuler Stadtteil Güngören vor einer Woche gemeldet. Doch schon kommen Zweifel an dem "bedeutsamen Ermittlungserfolg" auf. Rechtsanwalt Hüseyin Calisci wies inzwischen Presseberichte zurück, nach denen es sich bei den acht Festgenommenen, die am Samstag dem Haftrichter vorgeführt wurden, bereits um die überführten Täter handelt. Seinen Mandanten werde lediglich zum Vorwurf gemacht, den Attentätern vom 27. Juli Unterschlupf gewährt zu haben, erklärte Calisci. Von einer direkten Tatbeteiligung gingen selbst die Ermittler nicht aus. Darstellungen, denen zufolge einer seiner Mandanten den Anschlag gestanden habe, seien "Zeitungsenten". Der eigentliche Täter sei nicht gefasst worden, die Haftbefehle seien vielmehr wegen Unterstützung dieser Person ausgesprochen worden. So sei seinen Mandanten ein Foto des mutmaßlichen Täters vorgelegt worden und sie seien gefragt worden, ob sie diese Person am Tatort gesehen hätten. Die Anschuldigung, seine Mandanten hätten diese Person in ihrer Wohnung versteckt, hätten diese zurückgewiesen. "Wie uns erklärt wurde, wird der mutmaßliche Täter sei acht Monaten observiert. Aber diese Person hat weder einen Namen noch ist sie irgendwo zu finden. Es stellt sich weiterhin die Frage, wie eine Person, die seit Monaten observiert wird, einen solchen Anschlag ausführen kann. Dieser Punkt bleibt in den Ermittlungen im Dunkeln. Die in den Medien erschienene Meldung, der Attentäter habe gestanden, entspricht nicht der Realität. Niemand der Verhafteten ist als Attentäter verhaftet worden."

Die Meldungen in türkischen und internationalen Medien über die Festnahme der Urheber des Bombenanschlags waren am Samstag vom türkischen Innenminister Besir Atalay offenbar bewußt gestreut worden. Atalay hatte erklärt, die "Mehrheit der Täter" sei gefaßt worden. Zudem hätten die Ermittler "zweifelsfreie Beweise" dafür gefunden, daß der Anschlag auf das Konto "der separatistischen Terrororganisation" gehe – womit der Innenminister die Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) gemeint haben dürfte. Sprecher der PKK hatten eine Beteiligung allerdings bereits unmittelbar nach dem Anschlag entschieden zurückgewiesen.

Neue Widersprüche

Der später von Atalay als „Bombenleger" vorgeführte Hüseyin Türeli, der angeblich aus Kandil gekommen sein soll, um den Anschlag zu verüben, arbeitet seit vier Jahren fest angestellt in einer Firma und hat seit fünf Jahren den gleichen Wohnsitz. In der Zeit, in der er sich angeblich zwecks militärischer Ausbildung in Kandil aufgehalten haben soll, befand er sich nachweislich in ärztlicher Behandlung im Krankenhaus. In der Textilfirma, in der er beschäftigt ist, besteht ein Stechkartensystem, über das seine Anwesenheit am Arbeitsplatz registriert ist. Türeli war wegen Mitgliedschaft in einer terroristischen Organisation nach dem Bombenanschlag verhaftet und der Öffentlichkeit als Attentäter vorgeführt worden. Sein Anwalt hatte bereits auf diesen Widerspruch hingewiesen. Eine Erklärung des türkischen Innenministers blieb unterdessen aus. Auch die türkischen Medien setzen ihre Lügen fort. Wie Gürelis Bruder gegenüber der Nachrichtenagentur DIHA angab, habe der Innenminister die Erklärung, der Anschlag sei aufgeklärt, bereits abgegeben, während das staatsanwaltschaftliche Verhör noch andauerte.

Auch BND-Chef Uhrlau hatte in einem Interview erklärt: "Das Attentat in Istanbul passt nur schwer zur PKK. Sowohl die Technik des Anschlages als auch Ort und Zeit deuten eher auf einen islamistischen oder innertürkischen Hintergrund."

Linke Parteien, Gewerkschaften und Nichtregierungsorganisationen äußerten derweil am Sonntag bei einer gemeinsamen Demonstration in Istanbul den Verdacht, dass die rechtsnationalistische Untergrundbewegung Ergenekon hinter dem Anschlag stecken könnte. "Die Bombe ist ein Beweis dafür, daß Ergenekon weiter existiert", erklärte Figen Yüksekdag von der Gruppierung Sozialistische Plattform der Unterdrückten (EZP). Diesen Strukturen werden zahlreiche Anschläge und extralegale Hinrichtungen in den vergangenen Jahren vorgeworfen.

(ANF, 3.8., jW, 5.8., ISKU)

Militärische Auseinandersetzungen im Juli

Bilanz der Verteidigungskräfte (Ost-)Kurdistans (HRK)

Größere Operationen der iranischen Armee:	5
Operationen der Guerilla	8
Insgesamt getötete iranische Kräfte:	51
davon	
Kommando-Kräfte:	10
Revolutionsgarden:	30
Offiziere der Revolutionsgarden:	1
Konter-Guerillas:	7
Zerstörte Militärfahrzeuge:	10
Zerstörte Panzerfahrzeuge:	1

KämpferInnen der HRK zerstörten zwei bedeutende lokale Hauptquartiere der Revoltionsgarden und griffen eine im Bau befindliches Miltärkaserne an. Ein Ingenieur wurde dabei gefangengenommen und später wieder freigelassen.

Während der Kämpfe gegen die iranische Armee in der Umgebung der Stadt Kirmanshah fiel der Guerillakämpfer Jalil Karimi. Die iranische Armee und die Revolutionsgarden bombardierten sieben mal von der PJAK kontrollierte Gebiete, darunter die Kandil-Berge und Grenzdörfer zu Kurdistan-Irak. Der schwere Artilleriebeschuss forderte Opfer unter der Zivilbevölkerung, die Guerilla erlitt dabei keine Verluste oder Schäden. Vor und während der Bombardements wurden sieben mal iranische Spionageflugzeuge gesichtet.

Bilanz der Volksverteidigungskräfte (HPG)

Türkische Militäroperationen:	35
Luftangriffe:	2
Gefechte:	81
Operationen der Guerilla:	71
Insgesamt getötete türkische Kräfte:	168
Davon	
Offiziere:	5
Soldaten:	153
Polizisten:	10
Zerstörte Panzerfahrzeuge:	4
Zerstörte Transportfahrzeuge:	10
Abgeschossene Hubschrauber	2
Beschädigte Hubschrauber:	4
Gefallene HPG-Guerillas:	23
Gefangengenommene Guerillas:	2

(PJAK/HPG, 5.8., ISKU)

Meldungen

Auch Haareschneiden wird geahndet

In Nusaybin ist gegen drei Personen, die sich an einem öffentlichen Haareschneiden aus Protest gegen die erzwungene Kopfrasur von Abdullah Öcalan beteiligt hatten, ein Ermittlungsverfahren eingeleitet worden. Am Dienstag waren in Nusaybin etwa 100 Personen zu einer solchen Protestaktion zusammen gekommen. *(ANF, 6.8., ISKU)*

Zwei weitere kurdische Lehrer zum Tode verurteilt

Ein iranisches Gericht in der kurdischen Stadt Sine hat zwei weitere kurdische Lehrer zum Tode verurteilt. Damit hat sich die Anzahl der zum Tode verurteilten kurdischen Lehrer auf fünf erhöht. Enwer Hüseyn Penahi und Erselan Ewliyayi befinden sich wegen mutmaßlicher Unterstützung der PJAK seit ca. zehn Monaten in Haft, wo sie schwer gefoltert wurden. Das Todesurteil wurde bereits vergangenen Monat ausgesprochen. An einem weiteren Verhandlungstag am vergangenen Dienstag nahmen ihre Verteidiger nicht teil.

Seit einem Jahr werden immer öfter Todesstrafen gegen Kurden ausgesprochen. Neben mehreren PJAK-Gefangenen sind insbesondere Lehrer, Menschenrechtler und Journalisten betroffen.

(ANF, 6.8., ISKU)

Drei Menschen durch iranische Angriffe verletzt

Durch Artilleriebeschuss der iranischen Armee sind in Südkurdistan drei Dorfbewohner verletzt worden. Betroffen von dem Angriff waren vier Dörfer im Gebiet Haci Ümran. 50 Schafe wurden getötet, es entstand weiterhin großer Sachschaden an Gebäuden. Ein Teil der Bewohner verließ nach dem nächtlichen Angriff ihre Dörfer.

(ÖP, 6.8., ISKU)

Menschen aus Hasankeyf lehnen Umsiedlung ab

In der Umgebung der historischen Stadt Hasankeyf, die durch den Bau des Ilisu-Staudamms unter Wasser gesetzt werden soll, ist mit Straßenbauarbeiten zwecks Errichtung einer neuen Wohnsiedlung in zwei Kilometer Entfernung begonnen worden. Wie Bürgermeister Vahap Kusen erklärte, seien die Betroffenen nicht nach ihrer Meinung zum neuen Siedlungsgebiet gefragt worden. Auch habe niemand die Absicht, sich dort niederzulassen. *(ANF, 6.8., ISKU)*

Verhaftungswelle in Deutschland

Die Verhaftungswelle gegen Flüchtlinge und kurdische Politiker geht weiter. Zuletzt wurde am 30. Juli der Migrant Mahmut Havuc in der Nähe von Hamburg verhaftet. Havuc, der sich auf dem Weg von Belgien zu einem Verwandtenbesuch nach Hamburg befand, ist Mitglied des Kollektivs unterdrückter Migranten (EGK-COI) und musste die Türkei aufgrund seiner politischen Tätigkeiten verlassen. Seit 2007 lebte er in Belgien als politischer Flüchtling. Der deutsche Staat hat innerhalb weniger Monate viele Personen verhaftet, darunter die kurdischen Politiker Muzaffer Ayata, Hüseyin Acar und Abdurrahman Adigüzel. Festgenommen wurden außerdem Önder Dolutas (ATIK) und Ömer Berber (ACTIT). Berber, der anerkannter politischer Flüchtling ist, wurde am 13. Juli in Aachen in Auslieferungshaft genommen.

Aufruf von KON-KURD für Abdülkerim Ilhan
Die Konföderation kurdischer Vereine in Europa (KON-KURD) hat jetzt zur Unterstützung für Abdülkerim Ilhan aufgerufen. Abdülkerim Ilhan ist Opfer des Krieges in der Türkei und soll jetzt abgeschoben werden. Abdülkerim Ilhan hatte in Belgien, wo er einige Zeit gelebt hatte, Asyl beantrag,. war dann aber vor einiger Zeit in Haft genommen und nach Deutschland überstellt worden, wo er zuvor vor etlicher Zeit einen Asylantrag gestellt hatte. Nachdem A. Ilhan sich seit etwa einer Woche in Deutschland in Haft befindet, ist er, um die Modalitäten für seine Abschiebung in die Türkei zu erledigen, in deren diplomatische Vertretung in Deutschland gebracht worden. KON-KURD macht darauf aufmerksam, dass wenn Abdülkerim Ilhan in die Türkei abgeschoben würde, sein Leben ernsthaft bedroht sei. KON-KURD ruft dazu auf, von der feindlichen Politik gegenüber Kurden abzulassen und den Asylantrag berücksichtigend Ilhan zum frühestmöglichen Zeitpunkt freizulassen. Weiter ruft KON-KURD alle betreffenden nationalen und internationalen Institutionen, das kurdische Volk sowie die demokratische Öffentlichkeit dazu auf, gegenüber dem Schicksal von Abdülkerim Ilhan wachsam zu sein.

Adigüzel freigelassen
Der kurdische Politiker Abdurrahman Adigüzel ist aus dem Abschiebegefängnis Rotenburg entlassen worden. Adigüzel war am 6. Mai in Abschiebehaft genommen worden, nachdem die deutschen Behörden sein Asylgesuch als unglaubwürdig abgewiesen hatten, obwohl er Beweise vorgelegt hatte, dass er in der Türkei gesucht wird. Nach einem 29 Tage andauernden Hungerstreik und der erneuten Vorlage von Dokumenten als Beweis für seine Verfolgung in der Türkei wurde entschieden, Adigüzel bis zum Abschluss seines Asylverfahrens nicht abzuschieben. Daraufhin wurde er am Sonntag freigelassen.
(ANF, 31.7./3.8. , ÖP, 6.8., ISKU)

"Wir sehen Roj TV!"

Mit Kundgebungen in 17 deutschen Städten sowie vor deutschen Konsulaten in Frankreich, Holland, Österreich und Italien haben am Wochenende Kurdinnen und Kurden ihre Solidarität mit dem Fernsehsender Roj TV zum Ausdruck gebracht. In Berlin, Bielefeld, Bremen, Dortmund, Duisburg, Essen, Düsseldorf, Frankfurt, Gießen, Hamburg, Hannover, Heilbronn, Kassel, Köln, Bonn, München, Stuttgart, Paris, Marseille, Rom, Wien und Den Haag forderten jeweils Hunderte Menschen mit Parolenrufen und Transparenten wie "Hände weg von Roj TV", "Roj TV ist unser Sender" und "Wir gukken trotzdem Roj TV" eine sofortige Aufhebung des Verbots. Nur vereinzelt kam es zu Störungen durch die Polizei.



(ÖP, 4.8., ISKU)

Türkei nach dem Scheitern des AKP-Verbotsverfahrens: Linke fordert die rasche Abschaffung der Putschverfassung von 1982

Ziel »Demokratisierung«

Die Türkei reagierte gespalten auf die Entscheidung des Verfassungsgerichts vom vergangenen Mittwoch, die konservativ-islamische Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung (AKP) von Ministerpräsident Erdogan nicht zu verbieten. Während sich AKP-Politiker und der größte Teil der Presse erfreut zu dem »demokratischen und angemessenen Urteil« äußerten, war die Opposition als selbsternannter Bewahrer des Erbes von Republikgründer Mustafa Kemal Atatürk am Donnerstag bemüht, ihre schwere Niederlage in einen Sieg umzudeuten. »Die Mehrheit der Richter hat doch klar zum Ausdruck gebracht, daß die AKP ein Zentrum der Aktivitäten gegen den laizistischen Staat ist«, behauptete etwa CHP-Chef Deniz Baykal. »Das ist ein wichtiger Aspekt des Urteils.«
Premier Erdogan hingegen zeigte sich in einer ersten Reaktion sichtlich erleichtert. Die Entscheidung habe die Türkei vor einer »großen Schande« bewahrt, erklärte der Chef der AKP am Mittwoch. »Der Prozeß, der am 14. März begonnen hat, hat unser Land viel Zeit und Energie gekostet«, befand Erdogan – und versprach, nunmehr mit voller Energie auf dem »Wege Atatürks und einer EU-Vollmitgliedschaft voranschreiten« zu wollen.
Optimisten glaubten am Donnerstag, die Referenz an die EU-Bestrebungen der Türkei als Hinweis darauf interpretieren zu können, daß die AKP schon bald wieder zu dem Reformprogramm zurückkehren wird, das sie in den Jahren 2003 bis 2005 verfolgt hat. Tatsächlich müsse die wichtigste Folgerung aus dem Verbotsverfahren die »sofortige Aufnahme von entschlossenen Schritten zur Demokratisierung unseres Landes« sein, mahnte der sozialistische Abgeordnete Ufuk Uras. Die autoritäre Putschverfassung von 1982, das undemokratische Wahlgesetz und das restriktive Parteiengesetz, dem bislang schon 24 Parteien zum Opfer gefallen sind, müßten umgehend ersetzt werden – sonst sei die nächste schwere politische Krise »nur eine Frage der Zeit«.
Wie zahlreiche weitere linke Politiker und Organisationen forderte auch der Gewerkschaftsdachverband KESK eine »sofortige Freiheits- und Demokratieoffensive der AKP unter Beteiligung aller Parteien, Gewerkschaften und gesellschaftlicher Gruppierungen« als Konsequenz aus dem Urteil. Als einzige Kraft erinnerte der KESK zudem daran, daß nach wie vor ein Verbotsprozeß gegen die kurdische »Partei der demokratischen Gesellschaft« (DTP) vor dem Verfassungsgericht in Ankara läuft. »Es bleibt zu hoffen, dass das Gericht auch bei diesem Verfahren zu demselben Ergebnis kommt wie jetzt im Falle der AKP und so die Demokratie in der Türkei stärkt«, heißt es in einer von der KESK verbreiteten Erklärung. DTP-Fraktionsvize Selahattin Demirtas begrüßte am Donnerstag das Urteil in Sachen AKP – und zeigte sich »vorsichtig optimistisch«, was das Verfahren gegen seine eigene Partei anbelangt. *(jW, 1.8., ISKU)*

HPG dementiert Tötung von Dorfschützern
In einer schriftlichen Erklärung haben die Volksverteidigungskräfte die in türkischen [und deutschen] Medien erschienene Meldung dementiert, die Guerilla habe in Sirnak am 2. August fünf Dorfschützer ermordet. "Diese Meldung entspricht nicht der Wahrheit. Die feindliche Einheit, die bei dieser Aktion angegriffen wurde, bestand aus Kontras und Sondereinsatzkräften, die gebunden an die türkische Armee JITEM-Aktivitäten durchführen."
(ANF, 4.8., ISKU)

Deutschland will Konsulat im Nordirak einrichten
Deutschland wird zu Beginn des kommenden Jahres ein Konsulat in Arbil (Erbil), der Verwaltungshauptstadt der kurdischen Autonomieregion im Nordirak, eröffnen. Auch ein Goethe-Institut werde in den nächsten Monaten in Arbil den Betrieb aufnehmen, berichtete die irakische Nachrichtenagentur Aswat al-Irak am Sonntag unter Berufung auf den deutschen Botschafter in Bagdad, Hanns Schumacher. Diese Schritte seien "Bestandteil der deutschen Bemühungen, die Beziehungen zur kurdischen Regionalregierung zu stärken", wurde der Diplomat zitiert.
(DS, 4.8., ISKU)

13 tote Einwanderer in Istanbul gefunden
In der Nähe des Dorfes Kayabasi im Istanbuler Bezirk Kücükcekmece wurden auf offenem Gelände die Leichen von 13 Einwanderern gefunden. Die meisten von ihnen kamen aus Pakistan und Burma. Ein LKW war mit 140 Migranten von Van aufgebrochen und hatte sie zusammen mit den im Frachtraum erstickten Opfern in Kayabasi auf freiem Feld ausgesetzt. Der Sprecher des UN-Flüchtlingskommissariats in Ankara Metin Corabatir erklärte, dass der Vorfall zeige, dass die Migrationspolitik der Türkei unzureichend sei.
(CH, 31.7., ISKU)

Quellen:

ANF	Firat Nachrichtenagentur
ÖP	Özgür Politika
jW	junge Welt
CH	Cumhuriyet

N û ç e
erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der
**Informationsstelle Kurdistan
Schanzenstraße 117
20357 Hamburg
Tel.: 040 - 421 02 845
E-mail: isku@nadir.org**
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
**Postbank Köln, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 3968-506**
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.isku.org

Nr. 374
15. August 2008

N û ç e


Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@nadir.org
www.isku.org

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

Todesstrafe gegen kurdischen Studenten im Iran

Im Iran ist ein 26-jähriger Student wegen Unterstützung der PJAK zur Todesstrafe verurteilt worden. Damit ist die Anzahl der von Hinrichtung bedrohten Kurden im Iran auf acht gestiegen. Bei sieben von ihnen lautet der Vorwurf Unterstützung der PKK oder der PJAK. Der Journalist Adnan Hasanpour wird der Spionage beschuldigt.

Bei den zum Tode Verurteilten handelt es sich um:
1. Adnan Hasanpur (Journalist)
2. Abdulvahid Hiwa Botimar (Journalist)
3.Ferzad Kemanger (Lehrer)
4.Enwer Huseynpenahi (Lehrer)
5. Ferhad Wekili (Lehrer)
6. Eli Heyderiyan (Lehrer)
7. Erselan Ewliyayi (Lehrer)
8. Hebibulla Letifi (Student)

Der Hungerstreik der Frauenrechtlerin Ronak Safazade dauert an, ihr Gesundheitszustand verschlechtert sich zunehmend. Auch Hebibulla Letifi befindet sich in schlechter körperlicher Verfassung. Er wurde schwer gefoltert und erlitt bereits drei Mal innere Blutungen.
Eine weitere Frauenrechtlerin, Zeyneb Bayezidi, befindet sich seit Mittwoch aus Protest gegen das Verbot von Familienbesuch und Telefongesprächen im Hungerstreik.
ANF liegen Informationen über bisher 197 vollzogene Hinrichtungen in diesem Jahr vor. Nach Angaben von Amnesty International wurden 2007 317 Personen hingerichtet.

Kurdischer Gefangener näht sich Mund zu
Im Gefängnis in Urmiye in Ostkurdistan hat sich ein kurdischer Gefangener aus Protest gegen Folter die Lippen zugenäht und ist in den Hungerstreik getreten. Daraufhin wurde er brutal verprügelt und von den anderen Gefangenen isoliert. Eyüp Heqiqi befindet sich seit sechs Jahren in Haft.
Ein weiterer kurdischer Gefangener, Hebibulla Letifi, der sich seit mehreren Monaten als mutmaßlicher PJAK-Unterstützer im Gefängnis von Sine befindet, hat aufgrund der schweren Folter bereits drei Mal innere Blutungen erlitten. Die seit Oktober 2007 in Sine inhaftierte 21-jährige Menschenrechtlerin Ronak Safazade ist aus Protest gegen die Folter von Letifi in Hungerstreik getreten.
Die zur Todesstrafe verurteilten kurdischen Lehrer Eli Heyederiyan und Ferzad Kemanger sind nach Teheran in das Gefängnis Evin verlegt worden und befinden sich seit zwei Wochen in Isolationshaft. Auch diese beiden sind gefoltert worden.
(ANF, 9./14.8., ISKU)

Türkei: Kurdische Erntehelfer sind zahlreichen Anfeindungen und Vorurteilen ausgesetzt

"Zustände wie im Mittelalter"

Rund drei Millionen Menschen verdingen sich in der Türkei verschiedenen Schätzungen zufolge jedes Jahr als Erntehelfer. Viele von ihnen sind Kurden, die in den Sommermonaten aus den verarmten Provinzen im Osten des Landes in die reicheren westlichen Provinzen ziehen, um auf den Feldern türkischer Bauern für Hungerlöhne von weniger als zehn Euro pro Tag zu schuften. Aus der türkischen Landwirtschaft sind die kurdischen Saisonarbeiter, die für ein deutlich geringeres Entgelt als ortsansässige Kräfte arbeiten, schon lange nicht mehr wegzudenken. Doch während sich türkische Bauern über die konkurrenzlos billigen Erntehelfer freuen, nehmen Anfeindungen aus der Bevölkerung und Schikanen durch die Behörden mit jedem Jahr zu.
Jüngstes Beispiel dafür, dass die Kurden als billige Arbeitskräfte gerne angeheuert werden, ansonsten aber höchst unwillkommen sind, ist eine Anordnung, die in diesem Jahr der Gouverneur von Ordu, einer Provinz am Schwarzen Meer, erlassen hat. Demnach dürfen Kurden, die sich zuvor einem »Sicherheitscheck« durch die Polizei unterzogen haben, zwar zu der in diesen Tagen beginnenden Haselnussernte in die Provinz einreisen. Doch dass die Saisonarbeiter auch die gleichnamige Provinzhauptstadt betreten, um dort wie in jedem Jahr ihre Zelte aufzuschlagen, hat der Gouverneur diesmal untersagt. Fahrzeuge mit kurdischen Erntehelfern würden von der Polizei bereits an den Einfallstraßen gestoppt und zurückgewiesen, berichten die örtlichen Medien. Da die Haselnussbauern der Region in der Regel weder Kost noch Logis stellen, sind die meisten der angereisten Saisonarbeiter nun gezwungen, unter katastrophalen Bedingungen außerhalb der Stadtgrenzen zu kampieren.
Hintergrund der drastischen Maßnahme sind angeblich »hygienische und medizinische Bedenken«, die gegen das traditionelle Saisonarbeiter-Camp in Ordu sprechen sollen. Doch für die Ortsgruppe der linken »Partei für Freiheit und Solidarität« (ÖDP) ist dies nur ein vorgeschobener Grund. Vielmehr seien die weitverbreiteten allgemeinen Ressentiments gegenüber Kurden ausschlaggebend für den Erlass. Zwar werden die billigen kurdischen Arbeitskräfte auf den Feldern im Umland dringend gebraucht – das Stadtbild sollen die nach verbreiteter Auffassung angeblich »schmutzigen« und auch »politisch suspekten« Kurden aber nicht »verunstalten«. Ginge es dem Gouverneur wirklich um eine Besserung der hygienischen Umstände, unter denen die Erntehelfer hausen, so hätte er sich für eine menschenwürdigere Unterbringung stark gemacht, anstatt die Arbeiter einfach nur »vor die Stadtmauer« zu setzen, meinen Aktivisten in Ordu.
Menschenrechtsorganisationen, Gewerkschaften und die kurdische »Partei der demokratischen Gesellschaft« (DTP) formieren sich nun zum Protest gegen den »rassistischen Erlass«, durch den Kurden de facto das Betreten der Stadt verboten wird. Selektionen an der Stadtgrenze seien ein »Zustand wie im Mittelalter« und ein gravierender Verstoß gegen die in der Verfassung verbrieften Freiheits- und Gleichheitsrechte, kritisiert der Gewerkschaftsbund DISK in einer am vergangenen Donnerstag verbreiteten Erklärung. Doch selbst wenn der diskriminierende Erlass erwartungsgemäß aufgrund der zunehmenden öffentlichen Entrüstung demnächst gekippt wird – die diesjährigen Vorgänge in Ordu sind nur die Spitze des Eisbergs. Rassistische Anfeindungen und Vorurteile schlagen kurdischen Landarbeitern in der Türkei überall entgegen, warnt die DTP-Politikerin Gültan Kisanak. Entschlossene Maßnahmen der Regierung zur Besserung der Lage von Saisonarbeitern seien längst überfällig.
(jW, 11.8., ISKU)

Meldungen

Repressalien gegen Öcalan dauern an
Wie Abdullah Öcalan gegenüber seinen Verteidigern erklärt hat, erhalte er trotz Beendigung der jüngsten 50-tägigen Disziplinarstrafe Zeitungen nur sehr unregelmäßig. Während des Vollzugs der Disziplinarstrafe werden ihm außerdem Radio und Bücher entzogen. Im "Normalvollzug" bekommt er täglich eine Zeitung, die eine Woche alt ist. Innerhalb der letzten Woche habe es aber auch bei der Aushändigung der Zeitungen Probleme gegeben.
(ANF, 7.8., ISKU)

10000 Menschen gedenken Guerillakämpferin
10 000 Menschen haben in Bismil mit einer Demonstration der am 31. Juli in Dersim gefallenen Guerillakämpferin Aynur Erdem gedacht. Der Leichnam war zuvor anstelle ihres Geburtsortes Bismil in Ergani beigesetzt worden. Während des Demonstrationszuges, der an einem Zelt endete, das für die Beileidsbekundungen aufgestellt worden war, wurden Parolen wie "Ihr müsst nicht in den Bergen suchen – die PKK ist überall" gerufen. *(ÖP, 8.8., ISKU)*

Iran liefert vier Personen an Türkei aus
Der Iran hat am Grenzübergang Esendere vier mutmaßliche PKK-Mitglieder an die Türkei ausgeliefert. Über die Identität der vier Personen ist bisher nichts bekannt. Die Auslieferung erfolgte unmittelbar vor dem für morgen geplanten Türkei-Besuch des iranischen Staatspräsidenten Mahmud Ahmedinecad.
(ANF, 13.8., ISKU)

63 Frauenmorde in sechs Monaten in Südkurdistan
Nach Angaben des der südkurdischen Regionalregung unterstehenden Ausschusses gegen Gewalt an Frauen sind im ersten Halbjahr 2008 in Südkurdistan 63 Frauen ermordet worden. Weitere 190 Frauen haben sich selbst verbrannt. Allerdings ist bei offiziellen Statistiken dieser Art immer davon auszugehen, dass die Dunkelziffer sehr viel höher ist. Weiterhin liegt bei sehr vielen Selbstmordfällen der Verdacht nahe, dass es sich um getarnte Morde handelt. *(ÖP, 11.8., ISKU)*

Polizeiangriff auf "Edi bese" - Kundgebung in Istanbul
Auf einer von der DTP und dem Solidaritätsverein Angehöriger von Gefangenen TUAD organisierten Kundgebung unter dem Motto "Schluss mit der Folter auf

Aktion gegen Baku-Tiflis-Ceyhan-Pipeline

Am 5. August führten die HPG Kräfte laut ihres Pressezentrums eine Sabotageaktion gegen die Baku-Tiflis-Ceyhan Pipeline, in Refahiye (Gêrcanis) / Erzincan'a (Erzîngan) durch. Drei Ventile wurden zur gleichen Zeit sabotiert. In der Folge brach ein Feuer aus. Örtliche Feuerwehrkräfte führten Löscharbeiten durch.
Die Bundesstrasse E-23 wurde wegen des Feuers vorübergehend geschlossen.

Türkischen Behörden zufolge könnten die Öllieferungen bis zu 15 Tage lang unterbrochen bleiben. Dieses Eingeständnis trieb den Ölpreis am Donnerstag über die Marke von 120 Dollar pro Barrel, am Freitag fiel er jedoch wieder auf etwa 116 Dollar zurück. Die Pipeline Baku-Tiflis-Ceyhan kann täglich etwas mehr als eine Million Barrel Rohöl durchleiten – gut ein Prozent der weltweiten Fördermenge pro Tag.

Weitere militärische Auseinandersetzungen:
Während der Militäroperation der türkischen Armee am 5. August in den Gebieten Rojnek, Zel und Rabat/Dersim, kam es zu einem Gefecht zwischen der türkischen Armee und den HPG Kräften.

Die Operation in den Gebieten von Gola Xizir und Mercaseferan, die am 2. August gestartet worden war, wurde am 5. August erfolglos zurück gezogen.
Im Gebiet von Sex Cuma in Bitlis (Bedlîs) kam es nach einer Bombardierung durch zwei Helikopter Typ Kobra zu einem Waldbrand.

Am 5. August kam es in der Nähe des Dorfes Arsek/ Dicle (Pîran), zu einem Gefecht, als eine mobile Einheit der im Gebiet operierenden türkischen Armee durch die Guerilla angegriffen wurde. Bei dem Gefecht, wurden ein Soldat getötet und zwei weitere verletzt.

Die türkische Armee bereitet eine breitgefächerte Operation in der Stadt Beytüssebap vor.
Seit dem 4. August verbrennt und holzt die türkische Armee Wälder in Bitlis (Bedlîs), in der Umgebung der Dörfer Yukari Olek, Asagi Olek und Tuye ab.
In den Gebieten Kup, Kizilesor und Kirehallaç / Agri (Agirî) treten Kontraguerillas der türkischen Armee auf und geben sich als Guerilla aus. Die HPG warnten die Bevölkerung.

(hpg/AP, 8.8., ISKU)

16. Kurdisches Kulturfestival am 6. September

Das 16. Internationale kurdische Kulturfestival wird in diesem Jahr am 6. September auf der Trabrennbahn in Gelsenkirchen stattfinden. Die von der Föderation kurdischer Vereine in Deutschland (Yek-Kom) organisierte Veranstaltung findet unter dem Motto "Freiheit für Abdullah Öcalan – Frieden in Kurdistan" statt. Wie Sabri Agir vom Vorbereitungskomitee erklärte, solle das Festival als ein "Aufruf zum Frieden" und "gegen die Austragung des schmutzigen Krieges der Türkei in Europa, gegen den Eingriff in die Pressefreiheit der Menschen aus Kurdistan" verstanden werden. "In jüngster Zeit stellt sich heraus, welch schmutzige Dimension sowohl die politische als auch die militärische Front in der Türkei angenommen hat. Leider wird diese schmutzige Dimension von Europa aus ermutigt. Das Festival stellt einen Aufruf dagegen dar."

An dem Festival nehmen traditionell Kurdinnen und Kurden aus ganz Europa teil. Neben der Hauptbühne wird auf Nebenbühnen jedem die Möglichkeit geboten, seine künstlerischen Fähigkeiten zu zeigen. Auf dem Programm steht u. a. eine Podiumsdiskussion mit der DTP-Vorsitzenden Emine Ayna, Lothar Bisky (Die Linke), Hüseyin Avgan (DIDF), Turgur Öker (AABF), Dr. Isik Iscanli (Friedensrat Europa) und Ahmet Celik (YEK-KOM).

Nach Angaben von Sabri Agir sei jede Kurdin und jeder Kurde dazu aufgerufen, einen aus Europa stammenden Menschen mit zum Festival zu bringen.

(ÖP, 8.8., ISKU)

Kongress im Guerillagebiet

Die sechste Generalversammlung des Kongra Gel hat zwischen dem 21. und 25. Juli im Medya-Verteidigungsgebiet stattgefunden. An dem Kongress nahmen mehr als die Hälfte der 300 Mitglieder der Generalversammlung teil. Für die Beschlussfassung ist eine einfache Mehrheit notwendig. In der Abschlusserklärung wurde die Entschlossenheit betont, alles "für eine Lösung der kurdischen Frage mit friedlichen Methoden" zu tun, gegen eine "gewaltsame Unterdrückung" jedoch "Widerstand bis zum letzten" zu leisten.

Bemerkenswert war an der Durchführung des Kongresses auch die Tatsache, dass er zu einer Zeit intensiver Luftangriffe durch die türkische Armee im Guerillagebiet stattgefunden hat, von dem der türkische ehemalige Generalstabschef Büyükanit behauptet hatte, man sei über jede Bewegung dort informiert.

(ANF, 11.8., ISKU)

Festnahme bei Hausdurchsuchung in München

In München ist am Freitagmorgen um sechs Uhr im Rahmen einer Durchsuchung seiner Wohnung der Kurde Murat Özdemir vorübergehend festgenommen worden. Der Durchsuchungsbefehl vom 23. Juli wird damit begründet, bei Özdemir handele es sich um den Münchner Verantwortlichen der kurdischen Jugendorganisation "Komalen Ciwan".

Bei der Durchsuchung wurden Bilder Abdullah Öcalans, persönliche Fotos, der Computer sowie das Telefon und Dokumente der Firma MD-Lotus GmbH beschlagnahmt, dessen Besitzer Özdemir ist. Nach Aufnahme seiner Aussage wurde er wieder freigelassen. Nach Angaben Özdemirs besteht außerdem seit dem 25. März 2007 ein staatsanwaltschaftlicher "Observationsbefehl" gegen ihn.

(ÖP, 9.8., ISKU)

Imrali" im Rahmen der "Edi bese"-Kampagne vor dem Galatasaray-Gymnasium in Istanbul haben ca. 3000 Menschen auf die Haftsituation Abdullah Öcalans hingewiesen. Als sich die Menschenmasse nach der Verlesung einer Erklärung in Richtung der DTP-Zentrale in Bewegung setzte, kam es zu einem Polizeiangriff, bei dem 21 Personen festgenommen wurden. Mehrere Menschen wurden verletzt. *(ÖP, 11.8., ISKU)*

AKP nimmt Arbeit an Verfassungsänderungen wieder auf
Ministerpräsident Erdogan hat Anweisung erteilt, ein neues Paket für eine Verfassungsänderung zu erarbeiten, das auch von CHP und MHP mitgetragen werden könnte. Im Zentrum soll die Erschwerung von Parteienschließungen stehen. Dem Bericht zufolge ist eine Änderung der Verfassungsartikel 68 und 69 geplant. Mit Verweis auf die Venedig-Kriterien soll als Verbotsgrund ausschließlich der Einsatz von Gewalt/Terrorismus zugelassen werden. *(CH, 5.8., ISKU)*

Quellen:

ANF	Firat Nachrichtenagentur
ÖP	Özgür Politika
jW	junge Welt
CH	Cumhuriyet
hpg	hpg-online.com

Termine:

Kundgebung: "Freiheit für Öcalan, Frieden in Kurdistan"
Freitag, 15.8., 16 Uhr
Ida-Ehre-Platz Hamburg

Aktionstag "Kein Bau des Ilisu-Staudamms in Nordkurdistan"
Mittwoch, 20.8., 12-16 Uhr
Jungfernstieg, Hamburg
(Aktionskreis Hasankeyf)

Kundgebung: "Schluss mit den Hinrichtungen im Iran"
Samstag, 23.8., 15 Uhr
Ida-Ehre-Platz Hamburg

Veranstaltung und Diskussion: Frauen in der kurdischen Guerilla
Freitag, 22.8., 17 - 19 Uhr
Antiracamp Vorhornweg,
S-Bahn Elbgaustraße
Hamburg

N û ç e
erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der
Informationsstelle Kurdistan
Schanzenstraße 117
20357 Hamburg
Tel.: 040 - 421 02 845
E-mail: isku@nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
Postbank Köln, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 3968-506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.isku.org

Nr. 375
22. August 2008

Nûçe

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

.....ISKU
Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@nadir.org
www.isku.org

Aktionstag in Hamburg gegen den Bau des Ilisu-Staudamms

Im Rahmen des antira-Klima-Camps in Hamburg fand am Mittwoch ein Aktionstag gegen den Bau des Ilisu-Staudammes und die damit verbundene Zerstörung der antiken Stadt Hasankeyf statt. Zahlreiche TeilnehmerInnen des Camps sowie der lokalen Hasankeyf-Initiative nahmen an der Aktion am Jungfernstieg in der Innenstadt teil.
In einem Straßentheaterstück wurde aufgezeigt, dass der Staudamm keinerlei Nutzen für die lokale Bevölkerung hat, sondern nur den Profit der beteiligten Firmen sowie die Vertreibung der kurdischen Bevölkerung zum Ziel hat. Die Verantwortlichen der Zerstörung wurden benannt sowie die Folgen für die Bevölkerung: Vertreibung und Zerstörung der traditionellen Wirtschafts- und Lebensweise, aufgezeigt.
Eine weitere Aktion war die symbolische Versenkung Hamburgs, das auf Transparenten aufgemalt war, in der Alster von Booten aus. Um die Aktion zu verdeutlichen, wurden Flugblätter verteilt, die die Folgen für die Betroffenen deutlich machen sollten:
„Was wäre, wenn die Elbe bei Stade aufgestaut wird und Hamburg überflutet wird?
Sie werden dann vielleicht nach Hannover oder in die Umsetzdörfer in Mecklenburg zwangsumgesiedelt. Wenn Sie Glück haben, bekommen Sie noch eines der Reihenhäuser. Arbeitsplätze gibt es leider keine mehr.
Wir wollen die Situation in Hasankeyf und in der umgebenden Region deutlich machen. Wir wollen aufzeigen, was es heißt, für ökonomische und politische Interessen zur Umsiedlung gezwungen zu werden und wenn die mindes tens 9 000 Jahre alte Geschichte für ein umstrittenes Staudammprojekt geopfert wird.“
Der Aktionstag begann um 12.00 Uhr und dauerte bis ca. 15.30. Zahlreiche Initiativen hielten Redebeiträge und Unterschriften wurden gesammelt.



Filmvorführungen des Dokumentarfilms: „Und macht euch die Erde untertan“ von Christoph Walder
Der Film entstand im Rahmen der Kampagne „Rettet Hasankeyf – Stop Ilisu“ und thematisiert eines der umstrittensten Bauvorhaben der Welt: Den geplanten Staudamm Ilisu am Tigris im Südosten der Türkei.

Köln: 03.09.08, 20.00 h, Filmforum NRW e.V. im Museum Ludwig, Bischofsgartenstr. 1
Berlin: 04.09.08, 19.30 h, Babylon, Rosa-Luxemburg-Str. 30; Gast: Europaabgeordneter Cem Özdemir
Hamburg: 18.09.08, 19.30 h, Abaton-Kino, Allendeplatz 3
Bremen: 19.09.08, 20.30 h, Kino 46, Waller Heerstrasse 46
München: 08.10.08, 20.00 h, Ate lier Filmtheater, Sonnenstr. 12

Auch in Kurdistan finden zur Zeit Massenveranstaltungen zum Thema Hasankeyf statt. So versammelten sich vergangene Woche über 20 000 Menschen in Bismil, um gegen das Staudammprojekt Ilisu zu demonstrieren. „Wenn wir uns für Ha sankeyf einsetzen“, so erklärte die DTP-Abgeordnete Gültan Kisanak, „setzen wir uns eigentlich für die Menschheit ein. Denn bei Hasankeyf handelt es sich um ein historisches Erbe der Menschheit.“
In Sirnak kamen am Wochenende ca. 15 000 Menschen unter dem Motto „Schluss mit Massakern an Natur, Kultur und Menschen“ zusammen. Bei der Veranstaltung wurde 54 Menschen gedacht, die vor 16 Jahren auf dem gleichen Platz bei einer Newrozfeier von Sicherheitskräften getötet wurden. Protestiert wurde auch gegen den geplanten Bau eines Kohlekraftwerks in Sirnak sowie gegen die vorsätzlich von Armeekräften gelegten Waldbrände in Kurdistan. *(ISKU, 21.8.)*

Iran richtet 20-Jährigen hin

In Iran ist offenbar ein 20-Jähriger hingerichtet worden, der als Minderjähriger einen Mord verübt hatte.
Der Verurteilte Resa Hedschasi sei am Dienstag im Gefängnis von Isfahan gehängt worden, meldet die Zeitung Etemad. Er hatte vor fünf Jahren einen anderen Jugendlichen bei einer Prügelei in einem Park erstochen. Dem Bericht zufolge hatte Hedschasis Anwalt einen Aufschub der Strafvollstre ckung gefordert, um durch eine Einigung mit der Familie des Mordopfers die Hinrichtung zu verhindern.
Die Behörden hätten den Antrag zunächst zugelassen. Vier Stunden später, nachdem der Anwalt das Gefängnis verlassen habe, sei der Verurteilte aber doch gehängt worden.

Hinrichtungen unter Protest

Am Dienstag waren die Todesurteile gegen zwei weitere Männer bekannt geworden, die zum Tatzeitpunkt minderjährig waren. Der Iran hatte 1976 den UN-Zivil pakt und 1994 die Kinderrechtskonvention unterzeichnet und sich damit verpflichtet, keine zum Tatzeitpunkt Minderjährigen hinzurichten.
Das Europaparlament hatte im Juni die Hinrichtung Minderjähriger im Iran in einer Entschließung scharf verurteilt. Die europäische Volksvertretung wies dabei auch auf Berichte hin, nach denen im Iran mehr als hundert Häftlinge mit der Hinrichtung für Vergehen rechnen müssten, die sie als Minderjährige begangen hatten. Seit Jahresbeginn wurden im Iran insgesamt mindestens 172 Menschen hingerichtet.

(AFP, 20.8.; ISKU)

Meldungen

Besuch bei Öcalan verhindert
Zum zweiten Mal in Folge ist am vergangenen Mittwoch der Besuch seiner Anwälte bei Abdullah Öcalan auf der Gefängnisinsel Imrali verhindert worden. Wie bereits in der vergangenen Woche musste das Boot auf dem Weg zur Insel umkehren. Als Begründung wurden schlechte Wetterverhältnisse herangezogen.
(ÖP, 20.8.; ISKU)

Iran bombardiert Einrichtungen der PKK
Am Montag bombardierte die iranische Armee mehrere Einrichtungen der PKK im Nordirak, nachdem schon am Wochenende türkische Kampfjets den Nordirak bombardiert hatten.
Die Pressevertretung der PUK, PUKmedia, hatte darüber berichtet, dass die Region um die Kandil-Berge bombardiert worden war.
In den Berichten heißt es, die Artilleriegeschosse seien in der Nähe des Dorfes Qal'at Dizah in der Provinz Sulaymaniyah eingeschlagen, es habe aber keine Informationen über Zerstörungen oder Verletzte gegeben.
(UPI, 18.8.; ISKU)

Vom Iran ausgelieferte Personen keine PKKler
Vier Personen, die im Vorfeld des Türkeibesuchs des iranischen Präsidenten Ahmedinedschad vom Iran an die Türkei ausgeliefert worden sind, haben sich als Dörfler aus Mardin entpuppt, die wegen Grenzverletzung im Iran inhaftiert worden waren. Der türkische Generalstab hatte den Vorfall verdreht und erklärt, türkische Sicherheitskräfte hätten vier PKK-Mitglieder festgesetzt. Wie sich jetzt herausstellte, waren die vier Dörfler aus wirtschaftlichen Gründen vor sieben Monaten illegal in den Iran gereist, wo sie festgenommen und zehn Tage lang gefoltert wurden. Da sich kein Beweis für eine Mitgliedschaft in der PKK fand, blieben sie wegen Grenzverletzung inhaftiert. Nach Ablauf ihrer Strafe wurden sie an die Türkei ausgeliefert.
(ANF, 15.8.; ISKU)

Guerilla-TV auf Sendung
Nach fünfjähriger Vorbereitung ist am 15. August vom Pressezentrum der HPG der Sender Guerilla TV gegründet worden. Guerilla TV wird in den kurdischen Bergen im Guerillagebiet produziert und ist über die HPG-Internetseite oder direkt über www.gerila.tv zu empfangen.
(ANF, 15.8.; ISKU)

Feiern und Festnahmen zum 15. August

Der 15. August 1984 gilt als Beginn des organisierten bewaffneten Kampfes der kurdischen Befreiungsbewegung und wird alljährlich als Feiertag begangen. In Amed, Wan, Adana, Batman und Yüksekova fanden aus diesem Anlass abendliche Demonstrationen Tausender kurdischer Jugendlicher statt, bei denen Feuerwerkskörper abgeschossen wurden.
Parallel dazu startete auch der türkische Staat seinen traditionellen Repressionsreflex, um bereits im Vorfeld eine Beteiligung an den Feiern zu verringern. So wurden in Adana bei Razzien in DTP-Zentralen und Privatwohnungen 42 Personen festgenommen. In Amed und Batman kam es zu sieben weiteren Festnahmen. Betroffen von den Razzien war auch die IHD-Zweigstelle in Adana, wo IHD-Vorstandsmitglied Hüseyin Beyaz eine Treppe hinuntergestoßen wurde, wodurch er einen Armbruch erlitt.
In Hakkari wurden sechs Personen, darunter zwei Polizisten, bei einer Auseinandersetzung verletzt, die damit begonnen hatte, dass die beiden Polizisten ein siebenjähriges Kind schlugen. Aus Protest gegen den Vorfall schlossen die Geschäfte in der Stadt.
In Europa wird der Feiertag in den meisten Städten mit einem großen Picknick begangen.

(ÖP, 15.8.; ISKU)

Konferenz des Komitees für die Gesundheit Öcalans behindert

Die Konferenz des Komitees für die Gesundheit Öcalans, die in Hewler in der Föderalen Region Kurdistan im Hotel Hewraman stattfand, wurde von Sicherheitskräften gestört.
Um 10.00 Uhr hatten sich schon zahlreiche TeilnehmerInnen der Konferenz eingefunden, als bekannt gegeben wurde, dass es keine Genehmigung für die Konferenz gebe.
Dr. Faîk Gulpî erklärte, dass es keine Grundlage dafür gebe, dass eine Erlaubnis verlangt werde, und er das Hotel schon 10 Tage zuvor benachrichtigt habe.
Der Vorsitzende der PÇDK, Diyar Xerîb, sagte, dass aus dem Irak und anderen Regionen 400 Personen an der Konferenz teilnehmen würden und eine Nichtgenehmigung der Veranstaltung als politische Entscheidung bewertet werden müsse. Das Ziel der Konferenz sei die Einheit der KurdInnen, ein Verbot sei kontraproduktiv. Das Verbot sei antidemokratisch.

(DIHA, 21.8.; ISKU)

Gedenken an Engin Sincer

An seinem Todestag ist an seinem Grab in seinem Heimatdorf Seyrantepe bei Pazarcik des HPG-Kommandanten Engin Sincer (Erdal) gedacht worden. Engin Sincer war am 18. August 2003 in Kandil ums Leben gekommen. An der Gedenkveranstaltung nahmen Dorfbewohner aus der Umgebung, aber auch aus Europa eingereiste Verwandte und Freunde teil. Die Musikgruppe Agire Jiyan leistete einen musikalischen Beitrag.



Das Dorf wurde unterdessen von Jandarma-Einheiten belagert. An- und Abreisende wurden kontrolliert. Der Versuch der Sicherheitskräfte, die Veranstaltung mit Kamera aufzunehmen, konnte von der Familie Sincer unterbunden werden.

Weitere Gedenkveranstaltungen fanden im Guerillagebiet in den kurdischen Bergen statt.

(ÖP, 19.08.; ISKU)

„Herr Öcalan“-Kampagne mit Massenbeteiligung

Die Selbstanzeigenkampagne wegen der Verwendung des Begriffs "Geehrter Herr" in Verbindung mit Abdullah Öcalan reißt nicht ab. In Batman haben sich weitere 18 000 Personen heute postalisch selbst angezeigt. In Cizre waren zuvor 3000 Selbstanzeigen aufgegeben worden. Die Anzeigen wurden im Rahmen von Kundgebungen bei den jeweiligen Postämtern aufgegeben.
In Silvan ist gegen 1110 Personen aufgrund der Beteiligung an der Kampagne unterdessen ein Ermittlungsverfahren eingeleitet worden.

(DIHA, 21.08.; ISKU)

Gefangene des 8. März müssen freigelassen werden

Der Verein für Freiheit und Grundrechte in Adana forderte, dass die am 8. März, dem internationalen Frauentag, Festgenommenen freigelassen werden.
Noch immer sind zwei Männer und sieben Frauen, die am 29. April festgenommen worden waren, in Haft. Der Verein forderte in einer Presseerklärung vor dem Justizgebäude in Adana die Freilassung der Gefangenen. Auf Transparenten war zu lesen: „Demokratische Rechte einzufordern ist keine Schuld!“ Der Sprecher des Komitees Akil Nerguz erklärte, die Haft der sieben Personen sei Willkür, die Vorwürfe seien banal: das Rufen von Parolen, Rote Bänder auf den Köpfen, rote T-Shirts und das Verlesen von Gedichten von Nazim Hikmet. Das seien keine Haftgründe. Daher fordere man die Freilassung.

(DIHA, 20.8.; ISKU)

Guerilla schießt Hubschrauber ab
Im Gebiet Daglica (Oremar) im Kreis Yüksekova haben die HPG im Rahmen heftiger Gefechte einen Helikopter der türkischen Armee abgeschossen. Bereits in der vergangenen Woche war im gleichen Gebiet ein Militärhubschrauber des Typs Sikorsky getroffen worden, was allerdings nicht zum Absturz führte.
(ÖP, 21.8.; ISKU)

IHD: 48 schwer kranke Gefangene
Mit einer Kundgebung hat die Gefängniskommission des Menschenrechtsvereins IHD in Istanbul vor dem Galatasaray-Gymnasium auf die Situation von schwer kranken Gefangenen in türkischen Haftanstalten hingewiesen. Dem IHD seien 48 Gefangene bekannt, die trotz tödlicher Krankheiten und Attesten über Haftunfähigkeit nicht aus der Haft entlassen werden.
(ÖP, 19.8.; ISKU)

Friedensdemonstration in der Türkei geplant
Der Friedensrat Türkei plant aus Anlass des Weltfriedenstages am 1. September Großkundgebungen in Amed, Istanbul und Adana unter dem Motto „Es reicht! Für eine demokratische Lösung der kurdischen Frage“. Die Kundgebungen, bei denen die Teilnehmer weiße Kleidung als symbolische Farbe des Friedens tragen sollen, werden am Sonntag, dem 31. August, stattfinden.
(ÖP, 19.8.; ISKU)

Quellen:

ANF	Firat Nachrichtenagentur
ÖP	Özgür Politika
DIHA	Dicle Haber Ajansi
UPI	United Press International

Termine:

Kundgebung: "Schluss mit den Hinrichtungen im Iran"
Samstag, 23.8., 15 Uhr
Ida-Ehre-Platz Hamburg

16. Internationales Kurdisches Kulturfestival am 6.9.2008 Trabrennbahn Gelsenkirchen

Nûçe
erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der
Informationsstelle Kurdistan
Schanzenstraße 117
20357 Hamburg
Tel.: 040 - 421 02 845
E-mail: isku@nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
Postbank Köln, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 3968-506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.isku.org

Nr. 376
29. August 2008

Nûçe

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

.....ISKU
Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@nadir.org
www.isku.org

Knapp 4000 gerichtsanhängige Fälle – Zehn Prozent der Kläger minderjährig – Hohe Dunkelziffer

9000 türkische Sicherheitsbeamte unter Folterverdacht

Vor einigen Jahren verkündete die Türkei im Rahmen der EU-Integration eine Politik der "Null Toleranz" in Sachen Folter. Entsprechende Gesetzesänderungen wurden seit 2004 verabschiedet. Folterer sollten nicht mehr, wie bis dahin üblich, de facto straffrei ausgehen. Nimmt man die Zahl der Verfahren gegen Sicherheitsbeamte wegen ungesetzlicher Gewaltanwendung als Maßstab, ist diese Politik gescheitert. Die ist seit 2006 in die Höhe geschnellt.
Justizminister Mehmet Ali Sahin erklärte auf eine parlamentarische Anfrage, allein in den beiden Jahren 2006 und 2007 hätten 4719 Bürger wegen Misshandlung durch Sicherheitsbeamte Klage eingereicht. Zehn Prozent der Klagen kamen von Minderjährigen. In 3900 Fällen kam es zu Gerichtsverfahren, und in diesen Prozessen sind insgesamt rund 9000 Sicherheitsbeamte beschuldigt, "Folter" oder gar "schwere Folter" sowie unangemessene Gewalt ausgeübt zu haben.
Kommentatoren und Menschenrechtsorganisationen weisen darauf hin, dass dies nur die Fälle sind, die per Anzeige aktenkundig wurden, und dass die sogenannte Dunkelziffer weit höher liegen muss – bis zu viermal höher, meint die Menschenrechtsorganisation IHD.
Man kann es auch positiver sehen – die vielen Anzeigen selbst zeugen von gewachsenem Bewusstsein der Bürger über ihre Rechte und drücken eine Hoffnung aus, dass der Staat ihnen zu ihrem Recht verhelfen kann. Auch die hohe Quote anhängiger Prozesse, die auf die Anzeigen folgte, zeugt von einem gewissen Fortschritt. Vor zehn Jahren wäre es in sehr vielen Fällen wahrscheinlich nicht einmal zum Prozess gekommen. Andererseits dauern die Verfahren ewig, und noch ist kaum ein Polizist wegen Folter oder Gewaltanwendung rechtskräftig verurteilt worden.
Was die Dunkelziffer betrifft: Die Kurdenpartei DTP, die ebenfalls kurdisch geprägte Menschenrechtsorganisation IHD und andere Gruppen leisten hervorragende Arbeit, Opfer von Polizeibrutalität tatsächlich zu rechtlichen Schritten zu bewegen. Wie hoch die Zahl der nicht gemeldeten Fälle auch sein mag – ohne diese Anstrengungen läge sie zweifelsfrei sehr viel höher.
Es gibt zwei große Hindernisse, die einer Lösung des Problems im Wege stehen. Das eine ist die Mentalität. Erst im Juni erschien eine vergleichende internationale Umfrage der Organisation World Public Opinion, aus der hervorgeht, dass ein großer Teil der türkischen Bevölkerung Folter durchaus für angemessen und notwendig findet, zumindest im Kampf gegen den Terrorismus. Diese Mentalität dürfte sich auch unter Sicherheitskräften widerspiegeln - schließlich sind sie Teil der türkischen Gesellschaft. Da hilft es – noch – wenig, dass die Türkei, wie Staatspräsident Abdullah Gül gerne hervorhebt, in Sachen Folter vorbildlichere Gesetze hat als manche EU-Länder. Es hapert an der Umsetzung.
Die politische Dimension potenziert das Problem: Das Militär hat seit 2006 den Kurdenkonflikt gezielt dazu genutzt, nationalistischen Eifer im Land zu schüren, in der Hoffnung, dadurch der islamisch geprägten Regierungspartei AKP politisch zu schaden. Funktioniert hat das nicht, aber das gegenseitige Hochschaukeln der Spannungen zwischen PKK und Armee trug sicher einiges dazu bei, gewaltsame Übergriffe durch Sicherheitskräfte zu fördern.
Ein versprochener neuer Anlauf der Regierung in ihrem Bestreben, EU-Mitglied zu werden, lässt hoffen, dass auch das Thema Polizeigewalt bald konsequenter angepackt wird. Aber die Welle blutiger Terroranschläge in diesen Sommer ist wenig geeignet, dauerhaft mehr Ruhe einkehren zu lassen.

(DW, 28.8., ISKU)

Sittenwidrige Brause

An den Erfrischungsbuden im kurdisch kontrollierten Nordirak gibt es sie seit Jahren, und an Bord der Kurdistan Airlines wird die Cola kurda von den Passagieren gern getrunken. Warum sollte die braune Brause also nicht auch den Kurden in der Türkei schmecken, fragte sich Getränke-Großhändler Ramazan Aslan und wollte die Marke beim Türkischen Patentamt (TPE) anmelden.
Viele Monate brüteten die Beamten über dem Antrag, um ihn nun zurückzuweisen: Cola kurda verstoße "gegen die öffentliche Ordnung und die allgemeinen Sitten". Anstoß erregte nicht die Rezeptur oder Geschmack, sondern die Gestaltung der Dose: grün das Wort "Cola", rot das Wort "kurda", beide auf einem gelben Untergrund – da sind sie, die kurdischen Nationalfarben. Das Rot, so erzählen die Kurden, symbolisiere das Blut der Märtyrer, das Gelb das Licht als Quelle des Lebens und das Grün die Schönheit der kurdischen Landschaft. Dass die Cola-kurda-Dose im Buchstaben "d" auch noch einen fünfzackigen Stern trägt, macht die Sache noch schlimmer. Denn der gilt als das Symbol der PKK.
Ramazan Aslan hätte sich seinen Antrag auf Registrierung der Cola eigentlich sparen können. Schon 2003 hatten ein Handelsunternehmen und im Jahr darauf der Geschäftsmann Ahmet Dogan versucht, den Markennamen schützen zu lassen – vergeblich. Vielleicht wollte Aslan jetzt testen, was es mit den versprochenen "kulturellen Rechten" auf sich hat, von denen Ministerpräsident Tayyip Erdogan immer mal wieder spricht. Bis das geklärt ist, müssen sich die türkischen Kurden mit dem amerikanischen Original oder der Cola turka begnügen, die der nationalistisch-islamisch angehauchte Lebensmittelkonzern Ülker vor einem Jahrzehnt auf den Markt brachte.
Die Cola kurda ist nicht das einzige politisch brisante Getränk, mit dem sich die türkischen Behörden beschäftigen. Kürzlich bekam die staatliche Regulierungsbehörde für Tabak und Alkohol (TAPDK) einen Antrag auf Zulassung von Roj Beer. Roj ist ein kurdisches Wort und bedeutet Tag, Sonne. Der Antrag wurde abgelehnt, Roj Beer darf in der Türkei nicht verkauft werden.

(FR, 26.8., ISKU)

Meldungen

Seit einem Monat kein Kontakt zu Öcalan
Erneut ist der Besuch seiner Verteiger bei Abdullah Öcalan verhindert worden. Als Begründung wurde das schlechte Wetter genannt. Der letzte Kontakt zu Abdullah Öcalan fand am 23. Juli statt. *(ANF, 27.8., ISKU)*

Neuer Generalstabschef setzt auf Krieg
General Ilker Basbug, designierter Nachfolger des ausscheidenden Generalstabschefs der türkischen Armee Büyükanit, forderte bei seiner Verabschiedung als Oberkommandierender der Bodentruppen einen „totalen Krieg gegen die PKK“. „Parallel und koordiniert“ müsse der Kampf gegen die PKK „vom Staat und in totaler Form im Wesentlichen im Sicherheits-, Wirtschafts-, sozio-kulturellen, Bildungs- und Gesundheitsbereich“ einschließlich „psychologischer Offensive“ und „auf internationalem Gebiet“ geführt werden, führte Basbug aus. „Bis zum letzten Terroristen“ werde die Armee ihrer Aufgabe nachkommen. „Allerdings ist es nicht möglich, dass die Armee diesen Kampf alleine führt. Erforderlich ist der Kampf aller staatlichen Institutionen.“
(ANF, 27.8., ISKU)

Drei Festnahmen in Stuttgart
Bei einer von kurdischen Frauen und Jugendlichen organisierten Fahrraddemonstration im Rahmen der „Edi bese-Kampagne“ hat die Polizei nach Beendigung der Aktion drei AktivistInnen verfolgt und vorübergehend festgenommen. Es wurde ein Ermittlungsverfahren eingeleitet. Wie Sylvia Tolu vom Vorbereitungskomitee der Aktion erklärte, ergreife die Polizei bei jeder Aktivität übertriebene Sicherheitsmaßnahmen: „Wenn wir bei unseren Veranstaltungen von türkischen Rassisten angegriffen werden, schweigt die deutsche Polizei und greift nicht ein. Weil es bei dieser Aktion nicht zu einem rassistischen Angriff kam, hat sie selbst angegriffen.“ *(ÖP, 27.8., ISKU)*

Prozess gegen Mehmet Coban
Vor dem Koblenzer Landgericht hat der Prozess gegen den kurdischen Politiker Mehmet Coban begonnen. Coban, der am 26. März verhaftet worden war, wird der Mitgliedschaft in einer kriminellen Organisation seit Mai 2005 beschuldigt. Die nächste Hauptverhandlung findet am

Kurdische Gefangene im Iran im Hungerstreik

Seit dem 25. August 2008 befinden sich kurdische Gefangene, zumeist von PJAK und PKK, im unbefristeten Hungerstreik. Angeschlossen haben sich ebenfalls die zum Tode verurteilten kurdischen Journalisten und Frauenrechtlerinnen. Mit der Aktion protestieren die Gefangenen gegen die Todesstrafe gegen fünf kurdische Lehrer, zwei Journalisten und eine Studentin. Weiterhin geht es bei dem Hungerstreik in den Gefängnissen von Urmiye, Sine, Kirmanshan, Teheran u.a. um die Menschenrechtsverletzungen in- und außerhalb der Gefängnisse.

Von der Hinrichtung bedroht sind zur Zeit neun Kurden in verschiedenen Gefängnissen des Iran:

1. Adnan Hasanpur (Journalist)
2. Abdulvahid Hiwa Botimar (Journalist)
3. Ferzad Kemanger (Lehrer)
4. Enwer Huseynpenahi (Lehrer)
5. Ferhad Wekili (Lehrer)
6. Eli Heyderiyan (Lehrer)
7. Erselan Ewliyayi (Lehrer)
8. Hebibulla Letifi (Studentin)
9. Emir Marufi

Von ihnen ist Adnan Hasanpur wegen „Spionage“ verurteilt, weitere sieben in PJAK- und PKK-Prozessen. Worauf das Todesurteil gegen Emir Marufi beruht, ist nicht bekannt.
In den vergangenen 26 Tagen sind im Iran nach ANF vorliegenden Informationen 26 Menschen hingerichtet worden. Seit Anfang des Jahres gab es 213 Hinrichtungen.
Ein weiter kurdischer Lehrer, der vor 49 Tagen in Sine verhaftet wurde, ist seit seiner Festnahme spurlos verschwunden. Ihm war zur Last gelegt worden, einen Brief an den zum Tode verurteilten Lehrer Ferzad Kemanger geschrieben zu haben und die PJAK zu unterstützen. Dafür wurde er zu fünf Jahren Haftstrafe verurteilt. Seine Angehörigen fürchten um sein Leben.
In mehreren europäischen Städten finden zur Zeit Protestkundgebungen statt. So protestierten in Hamburg, Berlin, London und weiteren Orten kurdische, türkische und iranische Organisationen gegen den Staatsterror des iranischen Regimes und die ausbleibende Haltung der europäischen Staaten dagegen. *(ANF, 27.8., ISKU)*

Iran: 18-Jähriger wurde trotz Protesten gehängt

Erneut Minderjähriger hingerichtet

Teheran – Im Iran ist einem Zeitungsbericht zufolge erneut ein Häftling hingerichtet worden, der als Minderjähriger einen Mord verübt hatte. Wie die Tageszeitung "Etemad" am Mittwoch berichtete, wurde der heute 18-jährige Behnam Saree im Gefängnis der südiranischen Stadt Shiraz gehängt. Er hatte vor drei Jahren einen anderen Jugendlichen im Streit auf der Straße mit einer Axt erschlagen. Saree sagte aus, er habe sein Opfer nicht töten wollen, und entschuldigte sich bei der Familie des Toten.
Erst vor einer Woche war ein 20-Jähriger hingerichtet worden, der mit 15 Jahren einen Mord begangen hatte. Der Iran hatte 1976 den UN-Zivilpakt und 1994 die Kinderrechtskonvention unterzeichnet und sich damit verpflichtet, keine zum Tatzeitpunkt Minderjährigen hinzurichten. Das Europaparlament hatte im Juni die Hinrichtung Minderjähriger im Iran in einer Entschließung scharf verurteilt. Die europäische Volksvertretung wies dabei auch auf Berichte hin, nach denen im Iran mehr als hundert Häftlinge mit der Hinrichtung für Vergehen rechnen müssten, die sie als Minderjährige begangen hatten.

Seit Jahresbeginn 175 Hinrichtungen

Seit dem Amtsantritt von Präsident Mahmoud Ahmadinejad 2006 stieg die Zahl der Hinrichtungen deutlich. Allein seit Jahresbeginn wurden im Iran insgesamt mindestens 175 Menschen hingerichtet. In dem Land steht unter anderem auf Mord, Vergewaltigung, Drogenhandel und Ehebruch die Todesstrafe. *(DS, 28.8., ISKU)*

Film: „Und macht euch die Erde untertan“

Im Rahmen der Kampagne „Rettet Hasankeyf – Stop Ilisu“ soll mit dem Film „Macht euch die Erde untertan“ von Christoph Walder das umstrittene Bauvorhaben des Staudammes Ilisu am Tigris im Süden der Türkei dokumentiert und dargestellt werden.
Der Film entstand im Rahmen der Kampagne „Rettet Hasankeyf – Stop Ilisu“ und thematisiert eines der umstrittensten Bauvorhaben der Welt, den geplanten Staudamm Ilisu am Tigris im Südosten der Türkei. Die entscheidende Rolle bei dem Projekt spielen Deutschland, Österreich und die Schweiz.
Abgesichert mit Kreditbürgschaften dieser drei Länder, finanziert mit zinsgünstigen Krediten von deren Banken, gebaut durch deren Unternehmen.
Das Tigristal rund um die Stadt Hasankeyf ist eine beeindruckende und bedeutende Kultur- und Naturlandschaft. In diesem so genannten Zweistromland liegt auch eine der Wurzeln der westlichen Zivilisation. Seit rund 10 Jahren protestieren Betroffene, Umwelt- und Menschenrechtsorganisationen gegen die humanitären, ökologischen und politischen Auswirkungen des Projektes.

Der Film zeigt die wertvolle ökologische und kulturelle Landschaft in Mesopotamien. Etwa 400 Kilometer des Tigris und seiner Nebenflüsse würden im Falle der Umsetzung zerstört. Unterhalb des Dammes würden künstliche Flutwellen das Ökosystem vernichten, einen Lebensraum für zum Teil weltweit bedrohte Arten und für eine bislang wenig erforschte Flora und Fauna.
Über 300 bekannte archäologische Fundstätten würden ferner vernichtet, darunter die malerische antike Stadt Hasankeyf, in deren Umfeld sich 23 Kulturen verewigt haben, ganz zu schweigen von vermuteten, aber noch unbekannten Stätten aus 10.000 Jahren Menschheitsgeschichte.
Tausende Menschen müssten ihre Heimat verlassen, Siedlungen und wertvolles Ackerland müssten geflutet werden.
Der Baubeginn wurde schon mehrmals öffentlich verkündet und erste Bauvorbereitungsmaßnahmen werden aktuell allen Protesten zum Trotz schon umgesetzt, doch noch kann das Bauvorhaben gestoppt und die Region gerettet werden.
Der Film zum Projekt wird am 3.9.08 in Köln um 20.00 Uhr im Filmforum NRW e.V. im Museum Ludwig (Bischofsgartenstr. 1) zu sehen sein.
Weitere Filmvorstellungen werden in Hamburg am 18.9.08 um 19.30 Uhr im Abaton-Kino am Allendeplatz 3, in Bremen am 19.9.08 um 20.30 Uhr im Kino 46 in der Waller Heerstrasse 46, und in München am 8.10.08 um 20.00 Uhr im Atelier Filmtheater in der Sonnenstrasse 12 zu sehen sein.
Weitere Infos unter: www.stopilisu.com *(gl, 26.8., ISKU)*

15. September statt, die weiteren Termine sind: 18.9., 2.10., 15.10., 17.10, 3.11., 20.11., 21.11., 26.11., 27.11., 28.11. *(ÖP, 26.8., ISKU)*

1777 Selbstanzeigen in Siirt und Idil

Im Rahmen der Kampagne „Wenn es eine Straftat darstellt, ‚Sehr geehrter Herr Öcalan' zu sagen, dann begehe auch ich diese Straftat“ haben in Siirt und Idil insgesamt 1777 Personen sich selbst bei der Staatsanwaltschaft angezeigt. Die Anzeigen wurden im Rahmen von Kundgebungen bei den Postämtern aufgegeben. *(ÖP, 27.8., ISKU)*

Dorfräumungen in Hakkari

Während die militärischen Auseinandersetzungen in Dostke und Oramar bei Yüksekova noch immer andauertn wird weiter militärische Ausrüstung in das Gebiet gebracht. Seit Beginn dieses Jahres war schwere Artillerie in Derecik und Semdinli stationiert, diese wurde jetzt nach Dostke und Oramar gebracht. Es wurde bekannt gemacht, dass die Dörfer Daglica, Ortad und Tokagac für die Jahreszeit der erhöhten Sicherheit geräumt werden. Es wurde berichtet, dass JITEM Angehörige in Guerillakleidung die Dörfer besucht haben, um dort Identiätskontrollen durchzuführen.
Wie bekannt wurde, befanden sich in dem letzte Woche bei Yüksekova abgeschossenen Hubschrauber 25 Soldaten, die ums Leben kamen. *(ki, 24.8, ISKU)*

Quellen:

ANF	Firat Nachrichtenagentur
ÖP	Özgür Politika
ki	kurdishinfo
gl	glocalist.com
DS	Der Standard
DW	Die Welt
FR	Frankfurter Rundschau

Termine:

16. Internationales Kurdisches Kulturfestival
am 6.9.2008
Trabrennbahn Gelsenkirchen

Nûçe
erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der **Informationsstelle Kurdistan Schanzenstraße 117 20357 Hamburg Tel.: 040 - 421 02 845 E-mail: isku@nadir.org** bestellt werden.
Spenden auf unser Konto: **Postbank Köln, BLZ 37010050 Konto-Nr.: 3968-506**
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.isku.org

Nr. 377
5. September 2008

N û ç e

.....ISKU
Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@nadir.org
www.isku.org

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

Hunderttausende forderten eine neue Politik Ankaras gegenüber Kurden

Für ein Ende der Repressionen in der Türkei

Hunderttausende Menschen haben in der Türkei am Sonntag für eine friedliche Lösung der Kurdenfrage demonstriert. Die Proteste, die von der linken parteiübergreifenden »Friedensversammlung Türkei« (Türkiye Baris Meclisi) organisiert wurden, begannen zeitgleich in den Metropolen Istanbul, Diyarbakir und Adana. Doch auch aus den Städten Izmir, Bursa, Trabzon und Eskisehir wurde die konservativ-islamische Regierung von Ministerpräsident Tayyip Erdogan von Demonstranten zur »sofortigen Beendigung ihrer sinnlosen Eskalationspolitik in der Kurdenfrage« aufgefordert. Das Kabinett hatte im vergangenen Oktober dem Militär eine einjährige Blankovollmacht für Operationen im Nordirak erteilt.

Die gestrigen Demonstrationen bildeten den vorläufigen Höhepunkt einer Serie von Protesten und politischen Aktionen. Auftakt war eine ebenfalls von der Friedensversammlung Türkei organisierte Massenkundgebung in Istanbul Anfang Juni. Weil die türkische Regierung »nach wie vor auf Unterdrückung und militärische Gewalt bei der Lösung der Kurdenfrage« beharre, sei die Entstehung einer starken Friedensbewegung dringend nötig, hieß es in einem Aufruf der Organisatoren zu den Demonstrationen am Sonntag. Der Konflikt mit der kurdischen Volksgruppe ist demnach das mit Abstand wichtigste Problem der Türkei.

Die Zahlen geben dieser Einschätzung recht: Allein im ersten Halbjahr 2008 sind mindestens 178 Menschen bei Gefechten zwischen der türkischen Armee und der kurdischen Guerilla ums Leben gekommen. Erst kurz vor den aktuellen Demonstrationen sind in der Nacht zum Sonntag nach Berichten von Nachrichtenagenturen im Osten der Türkei vier Soldaten und zwei kurdische Rebellen getötet worden. Dennoch unternehme die Regierung Erdogan alles, um eine Diskussion über friedliche Lösungsansätze zur Beendigung des seit drei Jahrzehnten andauernden Konflikts von der Tagesordnung fernzuhalten, beklagen die Friedensaktivisten. Ein wichtiges Anliegen der Proteste war es deshalb, den angeblichen gesellschaftlichen Konsens über das militärische Vorgehen gegen Kurden, der von Regierung, Militär und einem Großteil der Medien suggeriert wird, zu entlarven. Die Aktivisten der Friedensversammlung Türkei drängen dagegen auf eine umfassende Verfassungsreform, mit der alle ethnischen und kulturellen Gruppen in der Türkei anerkannt und gleichberechtigt behandelt werden. Darüber hinaus seien entschlossene Schritte zur Demokratisierung des Landes nötig. Neben zahlreichen Nichtregierungsorganisationen und Gewerkschaften hatten nahezu alle linke Parteien zur Teilnahme an den Kundgebungen aufgerufen. *(jW, 1.9.)*

Neue Hiobsbotschaften zu Ilisu-Staudamm

Weitere Hiobsbotschaften für die Befürworter des geplanten Staudamms im Südosten der Türkei: Die Umsieldungsexperten weisen in ihrem zweiten Bericht nicht nur nach, dass das Ilisu-Projekt weit entfernt von internationalen Standards ist, sondern auch, dass die türkischen Behörden die europäischen Regierungen zu täuschen versuchten. Insgesamt führe das Projekt zu Verarmung, Not und sozialer Isolation von etwa 65.000 Menschen, so der Bericht. Die Experten fordern eine Bauverschiebung um mindestens drei Jahre.

Im Frühjahr 2007 hatten die Exportkreditagenturen (ECAs) aus Deutschland, Österreich und der Schweiz der Türkei ihre Unterstützung für den Ilisu-Staudamm vertraglich zugesagt, aber an die Erfüllung von 153 Auflagen gekoppelt. Ein Expertengremium wurde beauftragt, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen. Im Februar 2008 stellten diese Experten in einem ersten Bericht fest, dass nur wenige Auflagen erfüllt waren, worauf die ECAs mit Vertragskündigung drohten und die Türkei einen neuen Zeitplan erstellte.

Jetzt weist das Team von Weltbankexperte Prof. Michael Cernea nach, dass es seither keine nennenswerten Verbesserungen gab. Im Gegenteil: Das Projekt sei weit von internationalen Standards und den Auflagen der europäischen Staaten entfernt. Es drohe Verarmung, Verelendung und die Isolation der Menschen. Mit den dringend notwendigen Umsiedlungs- und Einkommensplänen für die Betroffenen ist noch immer nicht begonnen worden. Die müssen aber nach Weltbankstandards vorliegen, bevor der Bau beginnt. Deren Erstellung dauert bei derartigen Dimensionen mindestens 3 bis 6 Jahre. Die Vorbereitungen sind laut Bericht so schlecht, dass selbst der „Drei Schluchten Damm“ in China, bisher Sinnbild für Größenwahn und Rücksichtslosigkeit, sorgfältiger geplant war. Mit dem Bau des Ilisu-Kraftwerks, so die Experten, dürfe deshalb keinesfalls begonnen werden.

Sogar Täuschungsversuche der Dammbaubehörde DSI deckten die Experten auf. Wichtige Auflagen etwa wurden im neuen Zeitplan mehrfach nicht mehr aufgeführt. Andere Maßnahmen wurden als erfüllt gemeldet, in Wahrheit jedoch nicht realisiert. Die Experten vermuten grundlegende systemische Probleme des türkischen Regierungssystems. Alle Warnungen ignorierend, begann die DSI im Januar mit dem Bau von Zufahrtsstrassen, militärischen Sicherungen und Unterkünften für die Arbeiter. Zwei Dörfer wurden bereits ohne ausreichende Entschädigung enteignet.

„Dass die türkischen Behörden nicht nur alle Ratschläge zum Schutz von Menschen, Umwelt und Kultur ignorieren, sondern ihre europäischen Partner jetzt auch noch vorsätzlich täuschten, sollte die Bundesregierung endlich zum Handeln veranlassen“, kommentiert Heike Drillisch von der Umwelt- und Entwicklungsorganisation WEED die neuen Expertenberichte. „Ein weiterer Verbleib in dem Projekt führt nur zu längerem Reputationsverlust für die Bundesregierung, die finanzierende DekaBank und die beteiligte Baufirma Züblin.“ Die Organisation fordert die Bundesregierung auf, sofort die Ausstiegsklausel der Kreditgarantie zu aktivieren.

(WEED, 2.9.)

Meldungen

Besuch bei Öcalan
Die Anwälte von Abdullah Öcalan, Mehmet Denîzbuyuk, Mehmet Sanî Kizilkaya und Alî Maden konnten ihren Mandanten am 3.9. nach der üblichen Kontrolle in Gemlik auf der Insel Imrali besuchen. *(DIHA, 3.9., ISKU)*

Umfangreiche Militäroperation am Tendürek
Die türkische Armee begann am 3.9. eine umfangreiche Militäroperation in der Umgebung des Tendürkberges, in der Region Gihadin. Die Bodenoperation wurde aus der Luft unterstützt, weitere Truppen wurden verlegt.
Auch von Dîlok (Antep)wurden zahlreiche Truppen und Militärfahrzeuge in Richtung Sirnak verlegt. In dem Konvoi befanden sich etwa 100 Militärfahrzeuge, Soldaten und Kriegsgerät, das offensichtlich in Richtung Habur geschafft wurde.
(DIHA, 3.9., ISKU)

300 Gefangene seit neun Tagen im Hungerstreik
Aus Protest gegen die Todesstrafe und die Haftbedingungen befinden sich ca. 300 Gefangene der PKK und der PJAK seit neun Tagen im Hungerstreik. Die Aktion läuft unter dem Motto “Berxwedan Jiyan ê“ (Widerstand heißt Leben) in mehreren Gefängnissen, u. a. in Urmiye, Kereç, Mahabad, Sine und Kirman an. Der Druck des Staates hat sich angesichts der Aktion erhöht. So wurden Gefangene in Sine in ihren Zellen von Soldaten mit Schlagstöcken angegriffen. Inventar wie Bücher und Zeitungen wurden beschlagnahmt.
Zeynap Bayzidi, die wegen des Vorwurfs, Mitglieder für die PJAK geworben zu haben, inhaftiert ist, befindet sich bereits seit 17 Tagen im Hungerstreik. Weil sie kein Geständnis abgelegt hat, wurde sie schwer gefoltert.
Allein im August sind im Iran 32 Personen hingerichtet worden.
(ÖP/ANF, 1.9., ISKU)

Gegen Kurdischverbot auf kurdisch agieren
Aus Protest gegen das Verbot des Gebrauchs der kurdischen Sprache in den Gefängnissen haben die PKK-Gefangenen im D-Typ-Gefängnis in Diyarbakir angekündigt, ab sofort bei allen offiziellen Gelegenheiten nur noch kurdisch zu sprechen.
In den Gefängnissen in der Türkei werden immer mehr Fälle bekannt, bei denen der Gebrauch der kurdischen Sprache zu Repressionen führt. Kurdische Zeitungen und Zeitschriften wer-

Internationale Vernehmungskommission

In das Strafverfahren gegen den kurdischen Politiker Nedim Seven in Paris hat sich eine türkische Abordnung eingeschaltet. Wie das aus sechs Anwälten bestehende Verteidigerkollektiv gegenüber ANF erklärte, sei die Abordnung im Rahmen der zwischen EU, USA und Türkei zum Thema Antiterrorkampf zusammengestellten „internationalen Vernehmungskommission" nach Paris gekommen. Im vergangenen Jahr waren auf einer Sitzung zum Thema PKK, Staatsanwälte aus der EU, den USA und der Türkei zusammen getroffen. Im Anschluss an diese Sitzung fanden eine Reihe gegen Kurden gerichtete Operationen in Europa statt: in Deutschland wurden mehrere Vereine durchsucht und in Frankreich mehrere kurdische Politiker verhaftet.
Im April 2007 hatte eine sechsköpfige Abordnung aus Frankreich in Istanbul von der Polizei und Staatsanwaltschaften Informationen über die PKK eingeholt. Bei diesen Gesprächen war von türkischer Seite die Auslieferung von Riza Altun, Nedim Seven und Canan Kurtyilmaz aus Frankreich gefordert worden.

Nedim Seven war im März 2008 in Italien verhaftet worden. Bei seiner Rückkehr nach Frankreich wurde er am 19. Juni erneut festgenommen und ein Haftbefehl ausgesprochen. Die Ermittlungen gegen ihn dauern noch an. In türkischen Medien erschien nun die Meldung, die türkische Abordnung habe am einem „historischen Verhör" in Paris am 21. August teilgenommen. Nach Angaben des Verteidigerkollektivs sei ein direktes Eingreifen der Türkei jedoch nicht erlaubt gewesen: „Die türkische Abordnung hat ihre Fragen dem Vernehmungsrichter übergeben. Sie befand sich mit im Raum, allerdings war es ihr verboten, selbst Fragen zu stellen. Ihre Fragen wurden vom Staatsanwalt an unseren Mandanten gerichtet."
Nedim Seven erklärte während des Verhörs lediglich, es handele sich um ein unrechtliches Vorgehen, welches er boykottiere, und verweigerte die Aussage. Das Verteidigungskollektiv bezeichnete die von der Türkei vorgelegte Akte gegen Seven als inhaltslos; sie bestehe lediglich aus Aussagen von Überläufern. Eine Auslieferung an die Türkei sei demnach völlig unmöglich.

Erstmalig war Seven im Februar 2007 mit 14 weiteren Personen festgenommen worden. Nach dreiwöchiger Haft waren alle gegen harte Auflagen wieder freigelassen worden. *(ANF, 29.8., ISKU)*

DTP-Stadtfrauenräte geplant

Mit dem Ziel, Frauen aus ihren Wohnungen zu holen und in die politische Arbeit einzubinden, arbeitet die DTP-Frauenfraktion in mehreren Städten an der Gründung von Stadtfrauenräten. Im Rahmen dieses Projekts sollen Frauenflucht- und Kulturhäuser sowie Alphabetisierungs- und künstlerische Bildungskurse eingerichtet werden. Zu diesem Zweck suchen die DTP-Frauen die Frauen in ihren Wohnungen auf und organisieren Stadtteilversammlungen.
An dieser Arbeit nimmt auch Fatma Akbulut vom DTP-Kreisvorstand Zeytinburnu in Istanbul teil: „Frauen sind von Gewalt, Arbeitslosigkeit, Ausbeutung und anderen Problemen betroffen. Aber oftmals können sie ihre Probleme nicht zum Ausdruck bringen und geraten in eine Sackgasse. Mit den Stadtfrauenräten streben wir an, einen Raum zu schaffen, in dem Frauen ihre Probleme und Vorstellungen zur Sprache bringen können. Es geht darum, Frauen aus der häuslichen Isolation zu holen."
Kumriye Eroglu ist Hausfrau in Istanbul und beteiligt sich ebenfalls an der Arbeit. Für sie sei es wichtig, als Frau außerhalb des häuslichen Umfelds Stellung zu gesellschaftlichen Problemen beziehen zu können. „Die Stadtfrauenräte werden auch dazu beitragen, das Selbstbewusstsein von Frauen zu steigern. Für kurdische Frauen ist immer noch die Rolle vorgesehen, auf die Kinder aufzupassen und für ihre Familien zu leben. Das ist es, was das System uns aufdrängt." Bei den geplanten Räten gehe es darum, dass Frauen ihre Probleme miteinander teilen und gemeinsam Lösungen produzieren. Neben Istanbul wird zur Zeit in Wan und Amed intensiv an der Gründung der Frauenräte gearbeitet.

(ÖP, 29.8., ISKU)

Eskalation als Programm

Das türkische Militär wird seine Offensive gegen die kurdische Guerillaorganisation PKK ausweiten – und gleichzeitig auf eine Rüknahme der zaghaften Verbesserungen bei den Freiheitsrechten dringen, die die konservativ-islamische Regierung von Tayyip Erdogan im Zuge der EU-Reformen umgesetzt hat. Dies stellte der neue türkische Generalstabschef Ilker Basbug klar, der am gestrigen Donnerstag die Nachfolge von Amtsvorgänger Yasar Büyükanit antrat. »Wir werden den Kampf fortsetzen, bis auch der letzte Terrorist beseitigt ist«, hatte Basbug bereits in einer Rede am Mittwoch gelobt. Gleichzeitig forderte der neue Oberkommandierende alle staatlichen Institutionen, die Wirtschaft und die Gesellschaft zu einem »konzertierten Schlag« gegen die PKK auf. Zukünftig solle der Kampf nicht nur auf der militärischen Ebene, sondern durch eine »totale Mobilisierung« sämtlicher Kräfte auf allen Ebenen geführt werden.
Der Paradigmenwechsel, der sich seit dem Frühjahr vergangenen Jahres in der türkischen Militärführung abzeichnete, ist somit vollzogen. Während Basbugs Amtsvorgänger Yasar Büyükanit bis zu seiner Putschdrohung im April 2007 noch die »Unterwanderung der säkularen Staatsordnung« durch die Regierung Erdogan als »Hauptbedrohung« ausmachte, ist seitdem die »Bedrohung durch den kurdischen Separatismus« in den Mittelpunkt gerückt. In seiner Rede vom Mittwoch ging auch der neue Generalstabschef nur noch am Rande auf die »religiöse Gefahr« ein.
Grund für den Paradigmenwechsel dürfte eine Übereinkunft zwischen Erdogan und dem politisch mächtigen Militär nach der schweren Konfrontation im Frühsommer 2007 sein. Damals gab Erdogan seinen Generälen plötzlich freie Hand in der Kurdenfrage, stellte ihnen durch eine Parlamentsermächtigung im vergangenen Oktober sogar eine Blankovollmacht für militärische Abenteuer im Nordirak aus. Kaum zufällig sind im selben Zeitraum die Angriffe auf die Regierung im Diskurs der türkischen Generäle deutlich zurückgegangen.
Die neue Militärführung wird nun weitere Zugeständnisse in der Kurdenfrage einfordern. Isik Kosaner, der neue Oberkommandierende des Heeres, forderte am Mittwoch, dass die »Balance zwischen Terrorbekämpfung und Menschenrechten neu überdacht« werden müsse. Die von der EU verordneten Reformen zur Ausweitung der Freiheits- und Minderheitenrechte behinderten die Arbeit der Militärs, so der General. Dringend müssten nun »neue Gesetze« her, die den Sicherheitskräften ein »effizienteres Vorgehen« ermöglichten.
Bislang haben sich türkische Regierungen entsprechenden »Wünschen« der Armeeführung selten verschlossen – und die Regierung Erdogan dürfte nach den Turbulenzen der vergangenen Monate durchaus ein Interesse haben, den Eifer der Militärs auch weiterhin in Richtung Kurdenfrage umzulenken. Entsprechende Gesetzesänderungen seien »möglich«, ließ der Vorsitzende der Verfassungskommission im türkischen Parlament, Burhan Kuzu, am Donnerstag bereits durchblicken. Bei den Menschenrechtsorganisationen klingeln deshalb sämtliche Alarmglocken. »Es sieht so aus, als ob sich das politische Klima weiter verschärfen und die freiheitliche Grundrechte erneut beschnitten würden«, glaubt Yavuz Önen von der »Menschenrechtsgesellschaft Türkei« *(jW, 29.8.)*

den verboten, Gespräche mit Besuchern auf kurdisch unterbunden – auch wenn die Betroffenen keine andere gemeinsame Sprache haben. So werden neuerdings auch Telefongespräche über ein elektronisches System automatisch unterbrochen, wenn kurdisch gesprochen wird. Die Gefangenen werden mit Bunkerstrafen, Brief- und Besuchsverboten belegt.
Die PKK-Gefangenen in Diyarbakir wollen daher in die Offensive gehen und ab sofort vor Gericht und bei allen offiziellen Gelegenheiten, so etwa im Schriftverkehr mit Anstaltsverwaltung, ausschließlich kurdisch sprechen und schreiben. *(ÖP, 2.9., ISKU)*

Autor und Verleger angeklagt
Der ehemalige Unteroffizier und Autor Kasim Cakan sowie sein Verleger Mehdi Tanrikulu sind wegen eines Buches angeklagt, in dem von einem Zeitzeugen Verbrechen der türkischen Armee in den Jahren 1993-1995 aufgeführt sind. Am 24. September 2008 findet der zweite Verhandlungstag im Prozess vor dem 14. Strafgericht in Istanbul statt. Die Anklage lautet auf „Werbung für eine terroristische Organisation", weil in dem Buch der Begriff „Guerilla" verwendet wird.
Das Buch hat die Qualität einer Anklageschrift, aber angeklagt wurden von dem ermittelnden Staatsanwalt der Autor und sein Verleger. Wie Mehdi Tanrikulu erläutert, sei es gerade jetzt, wo die öffentliche Diskussion in der Türkei von den Ergenekon-Ermittlungen geprägt sei, bedenklich, dass die in dem Buch geschilderten Verbrechen das Interesse des Staatsanwaltes nicht habe wecken können, die Verwendung eines international gebräuchlichen Begriffs wie „Guerilla" hingegen zu einem Strafverfahren führe.
1997 wurde Kasim Cakan unehrenhaft aus der Armee entlassen. Die offizielle Begründung lautete „Disziplinlosigkeit und Christentum".

(ANF, 3.9., ISKU)

Quellen:

ANF	Firat Nachrichtenagentur
ÖP	Özgür Politika
jW	junge Welt

N û ç e

erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der
Informationsstelle Kurdistan
Schanzenstraße 117
20357 Hamburg
Tel.: 040 - 421 02 845
E-mail: isku@nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
Postbank Köln, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 3968-506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.isku.org

Nr. 378
12. September 2008

Nûçe

.....ISKU
Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@nadir.org
www.isku.org

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

Kurdisches Festival zum Weltfriedenstag in Gelsenkirchen

Der Freiheit etwas näher

Zehntausende Menschen haben im Rahmen des 16. Internationalen Kurdischen Kulturfestivals unter dem Motto „Frieden in Kurdistan – Freiheit für Öcalan" am 6. September in Gelsenkirchen für eine demokratische Lösung der kurdischen Frage demonstriert. Das Festival war dem im Frühjahr diesen Jahres in den kurdischen Bergen gefallenen Guerilla-Regisseur Halil Uysal gewidmet. Aus Deutschland, Frankreich, Belgien, Holland, Dänemark, der Schweiz und England trafen ab den frühen Morgenstunden Busse mit Festivalteilnehmern ein. Außerdem endete der einwöchige Marsch kurdischer Jugendlicher, der am Samstag zuvor in Bonn begonnen hatte, auf dem Festivalgelände.

Das Programm fand auf drei Bühnen statt. In Redebeiträgen wurden das Roj-TV-Verbot, die Militäroperationen der türkischen Armee sowie die Unterstützung Europas für die Türkei kritisiert. Nach der Eröffnungsrede des YEK-KOM-Vorsitzenden Ahmet Celik sprachen im Verlauf des Programms der Journalist und Sprecher des Berliner Kurdistan-Solidaritätskomitees Dr. Nick Brauns, Dr. Peter Strutynski vom Bundesausschuss Friedensratschlag, Lothar Bisky (Die Linke), die DTP-Vorsitzende Emine Ayna sowie im Namen kurdischer Institutionen Ahmet Aktas.

Die Bundesregierung solle zu einer friedlichen Lösung des kurdischen Konfliktes beitragen, statt die Türkei mit Waffen zu beliefern, forderte der Vorsitzende der Partei Die Linke Lothar Bisky. Das vom Bundesinnenministerium verhängte Verbot gegen den kurdischen Satellitensender Roj TV nannte er einen Angriff auf die Pressefreiheit. Von der türkischen Regierung verlangte der Linksparteipolitiker eine politische Amnestie als Voraussetzung für ein Ende des bewaffneten Konfliktes. Zur Unterstützung der innerhalb der Linkspartei umstrittenen Forderung nach Aufhebung des PKK-Verbots in Deutschland konnte sich Bisky nicht durchringen.

Emine Ayna, Fraktionsvorsitzende der von einem Verbot bedrohten Partei für eine demokratische Gesellschaft (DTP) im türkischen Parlament rief zur Bildung einer neuen Dachpartei auf. Alle demokratischen Gruppierungen von Kommunisten über Sozialdemokraten bis zu Liberalen sollten darin gemeinsam für die Demokratisierung der Türkei agieren.

Weiter wurde eine Botschaft von Murat Karayilan (KCK) per Videoaufzeichnung auf eine Großbild-Leinwand übertragen sowie eine Botschaft Abdullah Öcalans verlesen. Auf den beiden Nebenbühnen traten überwiegend junge KünstlerInnen auf, darunter mehrere kurdische Hip-Hopper.

Weiterhin gab es auf dem Festival diverse Verkaufs- und Informationsstände, darunter von der Informationsstelle Kurdistan (ISKU), dem Verband Studierender aus Kurdistan (YXK), dem kurdischen roten Halbmond Heyva Sor, der Tageszeitung Yeni Özgür Politika, von Schriftstellern, dem kurdischen Institut, dem Verlag Mezopotamya und der Musikproduktion Mir, der Islamischen Bewegung, der Yezidischen Föderation Kurdistan sowie mehrere Stände und Zelte der Frauenbewegung, u. a. einer unter dem Motto „Nein zu Gewalt an Frauen".

Von einem außerhalb der alljährlichen Kulturfestivals strickt durchgezogenen PKK-Verbot war wenig zu spüren. Zuschauer schwenkten PKK-Fahnen und ließen Abdullah Öcalan und die Guerilla in Sprechchören hochleben.

Die wenigen vor Ort präsenten Polizisten sahen darüber hinweg. »Nennenswerte Gesetzesverstöße wurden nicht festgestellt«, heißt es in der Bilanz der Gelsenkirchener Polizei. Das »Treffen von in Europa lebenden Kurden war ein großes Familienfest«, so die Polizei. Sie zählte 35 000 Besucher die Veranstalter von der »Föderation kurdischer Vereine in Deutschland« Yek Kom gingen gegenüber junge Welt von bis zu 80 000 Teilnehmern aus.

Überschattet wurde das begeistert gefeierte Festival von Angriffen türkischer und deutscher Faschisten auf die Abreisenden. So provozierten in der Gelsenkirchener Innenstadt türkische Faschisten, indem sie Autoscheiben zerstörten und Reifen abstachen. Zwei Busse auf dem Rückweg nach Hannover wurden an einer Raststätte in Hamm von Nazis angegriffen, die am gleichen Tag in Dortmund demonstriert hatten. Auch hier wurden die Scheiben der Busse eingeworfen. *(ÖP, jW, 8.9, ISKU)*

HPG-Bilanz für August

Die Volksverteidigungskräfte HPG veröffentlichten eine Bilanz des Krieges für den Monat August. Demnach führte die türkische Armee 51 Militäroperationen durch. Dagegen haben die HPG 57 Aktionen durchgeführt, darunter eine Sabotageaktion gegen eine Gasleitung in Erzincan. Bei den Aktionen und Gefechten seien 202 „feindliche Kräfte" ums Leben gekommen und weitere 92 Personen verletzt worden. Ein Kampfhubschrauber sei vernichtet, ein weiterer getroffen worden.

Weiterhin seien im August 22 GuerillakämpferInnen ums Leben gekommen. In Herekol sei ein Zivilist durch Artilleriefeuer der türkischen Armee getötet worden, in anderen Gebieten Nutztiere der Dorfbewohner getötet und Wälder niedergebrannt worden. Im Zagrosgebiet habe es einen Luftangriff der türkischen Armee gegeben.

In einer weiteren Erklärung teilten die HPG mit, am 2. September sei der Militärposten Tezvan in Bingöl-Kigi von Guerillaeinheiten eingenommen worden. Ein zur Verstärkung anrückender Kampfhubschrauber der Marke Skorsky der türkischen Armee sei abgeschossen worden. Die türkische Armee habe zahlreiche Verluste dabei erlitten, die genauen Ergebnissen seien aufgrund der anhaltenden Gefechte in der Region noch nicht bekannt.

„Bau von Kohlekraftwerken wird nicht zugelassen"

Die Gebietskommandantur von Botan gab unterdessen bekannt, den Bau von Kohlekraftwerken in der Region nicht zuzulassen. In der Erklärung heißt es: „In letzter Zeit sollen insbesondere in Botan mit Unterstützung des türkischen Staates und der Armee Straßen und Kohlekraftwerke gebaut werden. Als Gebietskommandantur von Botan teilen wir mit, dass wir den Bau dieser Straßen und Kohlekraftwerken als Teil des Spezialkrieges betrachten und diesen nicht zulassen werden."

(ÖP, 5.9, ISKU)

Meldungen

Festnahme bei „langem Marsch" in Deutschland

Auf dem sechstägigen „langen Marsch" von in Europa lebenden kurdischen Jugendlichen unter dem Motto „Freiheit für Öcalan, Frieden in Kurdistan – Schluss mit der Isolationsfolter auf Imrali" ist es zu einer Festnahme gekommen. Die Jugendlichen liefen jeden Tag 20 Kilometer, ihr Ziel war das 16. Internationale Kurdische Kulturfestival in Gelsenkirchen am Samstag. Auf dem in Bonn gestarteten Weg war es bereits öfter zu Anspannungen mit der Polizei gekommen, weil diese mitgeführte Fahnen und Parolenrufe zu unterbinden versuchte. In der Nähe von Hagen kam es erneut zu Diskussionen zwischen den Teilnehmern und der Polizei, woraufhin die Marschierer eingekesselt und ein aus Frankreich angereister Kurde festgenommen wurde. Nach einem Sitzstreik setzten die kurdischen Jugendlichen ihren Weg fort. *(ANF, 4.9. ISKU)*

Kurdischer Verein in Madrid gegründet

Nach dreijähriger Vorbereitungszeit wurde in Madrid ein kurdischer Verein gegründet. An dem Gründungskongress nahmen 70 Delegierte teil; im aus neun Personen bestehenden Vorstand befinden sich auch drei SpanierInnen. Der Verein „Kurdistan-Kulturzentrum Spanien" strebt an, den Dialog mit zivilgesellschaftlichen Organisationen, politischen Parteien und Stadtverwaltungen zu verbessern. Um die kurdische Kultur auch in Spanien bekannt zu machen, wird es kulturelle Projektarbeiten des Vereins geben. *(ANF, 3.9. ISKU)*

Säureangriff auf alevitischen Verein in Dortmund

Auf das Alevitische Kulturzentrum Dortmund ist von Unbekannten ein Säureangriff durchgeführt worden. Bemerkt wurde der Vorfall von Vorstandsmitgliedern des Vereins. Wie der Vorsitzende Hakki Bakni gegenüber der Nachrichtenagentur ANF mitteilte, handele es sich laut Polizeiangaben um eine gefährliche Säure, die auf dem Bau bei der Reinigung von Beton und Zement verwendet werde: „Beim Betreten der Räume stellten wir einen merkwürdigen Geruch fest. Auf dem Fußboden war etwas ausgeschüttet. Wir haben sofort die Polizei gerufen. Dann fing Yasar Kilic an zu husten. Daraufhin wurde er von der Polizei ins Krankenhaus eingeliefert."

Hakkari: Stadtfrauenrat gegründet

In Hakkari fand unter der Beteiligung von 50 Delegierten die erste Konferenz des neugegründeten Stadtfrauenrates statt. Die Konferenz wurde der gefallenen Guerillakämpferin Nihayat Kaya gewidmet. In der Abschlusserklärung werden folgende Beschlüsse aufgezählt:

- Die Einrichtung von Kommissionen für Soziales, Politik, Bildung und Kultur; Bildungsprogramme für Frauen; Widerstand gegen jede Form von Gewalt gegen Frauen;
- Der Stadtfrauenrat misst besonders der Organisierung auf sozialem Gebiet große Bedeutung bei. Er wurde ausgehend von der Feststellung gegründet, dass Frauen in Hakkari physisch und psychisch der Gewalt und Repression des Staates besonders stark betroffen sind. Wir werden daran arbeiten, das Bewusstsein im Kampf gegen Frauenmorde, die Verheiratung von Minderjährigen und Polygamie zu stärken.
- Über die Hälfte der Bewohner Hakkaris sind Soldaten, Polizisten, Angehörige von Sondereinheiten, Dorfschützer und Spitzel. Frauen und Kinder leben deshalb in ständiger Anspannung und Unruhe. Wir werden aktiv daran arbeiten, diese Anspannung abzubauen und eine Lösung für das Problem zu finden.
- Wir werden gegen die Politik des Dorfschützertums und der Anwerbung von Spitzeln und Kontrakräften kämpfen. Weiterhin gilt unser Kampf politischen und religiösen Organisierungen, die unter dem Namen religiöser Brüderschaften oder Vereine aufgebaut werden.
- Wir werden Aktionen für ein Ende des Krieges durchführen und als Frauen für eine Demokratisierung der Türkei kämpfen. Die Isolation Abdullah Öcalans muss sofort beendet werden.
- So schnell wie möglich werden auch auf Dorf-, Stadtteil- und Kreisebene Frauenräte gebildet.

(ÖP, 5.9., ISKU)

DTP veröffentlicht Aktionplan

Die DTP veröffentlichte einen Aktionsplan für die kommende Zeit. Thematisiert werden darin das Verbotsverfahren gegen die Partei, der Ergenekon-Prozess sowie die aktuell laufende Muttersprachenkampagne.

Ergenekon-Prozess:

- Bis zum 15. Oktober Ermitteln von Betroffenen der Machenschaften von Ergenekon sowie das Stellen von Strafanzeigen gegen die Täter
- Am 19. Oktober Kundgebungen in Istanbul, Izmir, Ankara, Mersin, Wan, Silopi und Malazgirt mit der Forderung, die AKP und den Staat in das Ergenekon-Verfahren mit einzubeziehen
- Am 20. Oktober Verabschiedung von Abordnungen Betroffener nach Ankara, wo verschiedene Gespräche stattfinden sollen
- Am 26. Oktober Kundgebungen in Amed, Batman, Kurtalan, Yüksekova und Nusaybin

Muttersprachen-Kampagne:

- Beteiligung an allen Aktionen und Veranstaltungen im Rahmen der von TZP Kurdi (Tevgera Ziman û Perwerdehiya Kurdî – Bewegung zur Förderung der kurdischen Sprache und Ausbildung) im September gestarteten Kampagne
- Einladung von Studierenden, die sich für muttersprachlichen Unterricht einsetzen, zur ersten Fraktionssitzung nach der Sommerpause
- Verschiedene Initiativen im Parlament

DTP-Verbotsverfahren

- Fortsetzung der Öffentlichkeitsarbeit und Gespräche
- Am 15. und 16. September Demonstrationen in verschiedenen Städten unter dem Motto „Gegen ein Verbot der DTP"
- Am 16. September zeitgleich zur mündlichen Anhörung im Verbotsverfahren vor dem Verfassungsgericht die symbolische Errichtung eines Volksgerichtes in Amed auf dem Platz, auf dem Scheich Sait am gleichen Tag vor 83 Jahren hingerichtet wurde.

(ÖP, 11.9., ISKU)

Gesinnungsprozesse gehen weiter

Türkei: Erneut Verfahren gegen Intellektuellen auf Grundlage des Paragraphen 301

Vier Monate nach einer auf EU-Druck zustande gekommenen »Entschärfung« des berüchtigten »Türkentum«-Paragraphen 301 hat der türkische Justizminister Mehmet Ali Sahin erstmals die Erlaubnis zu einem Prozeß auf Grundlage des neu gefaßten Strafrechtsartikels erteilt. Wie am Montag bekannt wurde, wird sich der Schriftsteller Temel Demirer demnächst vor einem Strafgericht in Ankara verantworten müssen, weil er in einer Rede staatlichen Stellen eine Mitschuld an der Ermordung des armenischstämmigen Publizisten Hrant Dink im Januar 2007 zugewiesen hat.

Bei einer Kundgebung hatte Demirer angeprangert, daß eine Revision des »Türkentum«-Paragraphen 301 über Jahre bewußt verzögert worden sei – und Hrant Dink so erst zum Ziel des Anschlags wurde. Tatsächlich war Dink im Oktober 2005 von einem Gericht in Istanbul wegen »Beleidigung des Türkentums« zu einer Bewährungsstrafe verurteilt worden. Sein Mörder gab später zu Protokoll, das Opfer insbesondere aufgrund dieser Verurteilung ausgewählt zu haben – schließlich sei durch die Verurteilung erwiesen gewesen, daß es sich bei Dink um einen »Feind der Türken« handelte.

Dass der »Türkentum«-Paragraph Dink zur Zielscheibe gemacht hat, ist also kaum von der Hand zu weisen – trotzdem geht die Kritik, die Temel Demirer an diesem Zusammenhang geübt hat, dem türkischen Justizministerium offenkundig zu weit. Demirer sei der Prozeß zu machen, weil er »den türkischen Staat öffentlich herabgesetzt« habe, entschied Justizminister Sahin und gab so grünes Licht für einen Prozeß – ironischerweise ebenfalls auf Grundlage des Paragraphen 301. Darüber hinaus werde Demirer zum Vorwurf gemacht, in derselben Rede auch für eine Anerkennung des Völkermordes an den Armeniern im Jahre 1915 plädiert zu haben, berichteten türkische Medien am Dienstag. Im Falle einer Verurteilung drohen dem Schriftsteller zwischen achtzehn Monaten und fünf Jahren Haft.

In der Vergangenheit war Paragraph 301 eine beliebte Allzweckwaffe gegen unliebsame Kritiker; allein zwischen Januar 2007 und April 2008 landeten 2722 Menschen wegen des Artikels vor dem Kadi. Weil die Gesinnungsprozesse aus Brüssel zunehmend schärfer kritisiert wurden, hat sich die Regierung Erdogan im vergangenen April zwar doch noch zu einigen Abänderungen an dem Paragraphen durchgerungen, der in seiner aktuellen Fassung »die türkische Nation, den Staat und seine Einrichtungen gegen Verunglimpfungen« schützen soll. Von Menschenrechtsorganisationen wurde allerdings moniert, daß die Änderungen »reine Kosmetik« gewesen seien, um für ein Ende der Brüsseler Kritik zu sorgen. Das jetzige Verfahren scheint diese Einschätzung zu bestätigen. Der Prozeß gegen seinen Mandanten zeige, daß der Artikel auch in seiner neuen Fassung eine erhebliche Gefahr für die Meinungsfreiheit darstelle, erklärte Demirers Anwalt Siar Risvanoglu.

(jW, 11.9., ISKU)

Yasar Kilic konnte noch am selben Tag wieder aus dem Krankenhaus entlassen werden. Die Dortmunder Polizei hat Ermittlungen eingeleitet.
Bereits am 1. September waren an zwei Istanbuler DTP-Kreisverbände mit einem noch nicht analysierten Gift versehene Briefe verschickt worden. Auch in Istanbul mussten zwei DTP-Mitglieder wegen Vergiftungserscheinungen ins Krankenhaus eingeliefert werden *(ÖP, 5.9., ISKU)*

Freiheit für Önder Dolutas!
Önder Dolutas befindet sich als asylberechtigter und integrierter Staatsbürger von Großbritannien, seit seiner Einreise in die BRD am 23. Mai, in Auslieferungshaft in der JVA in Wöllstein/Bad Kreuznach. Seitdem wird gegen ihn, auf der Basis eines Interpol Auslieferungsverfahrens der Türkei ermittelt.
Das Oberlandesgericht Koblenz hat nun darüber zu entscheiden, ob er freigelassen oder ausgeliefert wird.
Die Bundesregierung, die Justizbehörden der BRD und das Oberlandesgericht in Koblenz missachten bislang die Regelungen der Genfer Konvention und die internationalen Abkommen über das Flüchtlingsrecht. Eine Auslieferung in diesem Falle, wäre nicht nur die erklärte Abschaffung des Flüchtlingsrechtes, sondern auch die Anerkennung eines rechtswidrigen Prozesses vor einem türkischen Sondergericht.
Der Antrag seines Anwaltes vom 19.8. zur Freilassung wurde mit der Begründung, „dass die Ermittlungen noch nicht vollständig abgeschlossen wären" abgelehnt.
Gegen das Verfahren finden Protestkundgebungen vor dem OLG Koblenz teil:
Freitag, den 12.9. Koblenz, Reichensperger Platz um 11:00 Uhr
Abschlusskundgebung Josef-Görres-Platzes um 13:00 Uhr
Mehr Infos unter dazu: www.atik-online.net/freeonder.html
(indymedia, 8.9.)

Quellen:

ANF	Firat Nachrichtenagentur
ÖP	Özgür Politika
jW	junge Welt

N û ç e
erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der
Informationsstelle Kurdistan
Schanzenstraße 117
20357 Hamburg
Tel.: 040 - 421 02 845
E-mail: isku@nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
Postbank Köln, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 3968-506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.isku.org

Nr. 379
19. September 2008

Nûçe

.....ISKU
Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@nadir.org
www.isku.org

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

Kurdische Gefangene im Iran im Hungerstreik

Repression weiter zugenommen

Seit dem 25. August 2008 befinden sich kurdische Gefangene, zumeist von PJAK und PKK, im Iran im unbefristeten Hungerstreik. Angeschlossen haben sich ebenfalls zum Tode verurteilte kurdische Journalisten und Frauenrechtlerinnen. Mit der Aktion, die unter dem Motto "Berxwedan Jiyan e – Widerstand heißt Leben" läuft, protestieren die Gefangenen gegen die Todesstrafe gegen fünf kurdische Lehrer, zwei Journalisten und eine Studentin. Weiterhin geht es bei dem Hungerstreik in den Gefängnissen von Urmiye, Sine, Kirmanshan, Teheran u. a. um die Menschenrechtsverletzungen in und außerhalb der Gefängnisse.
Nach Angaben von Amnesty International handelt es sich um 55 Gefangene in verschiedenen Gefängnissen im Iran, deren Zustand Anlass zu höchster Besorgnis gibt. Von iranischen offiziellen Stellen gibt es keinerlei Verlautbarungen zu dem Hungerstreik. In mehreren Gefängnissen in der Türkei sind PKK-Gefangene in einen Solidaritätshungerstreik getreten.
Allein in den ersten acht Monaten des Jahres 2008 wurden im Iran 220 Menschen hingerichtet, zumeist in öffentlichen Schauveranstaltungen. Werte wie Menschenrechte, Demokratie, Frauenrechte und Meinungsfreiheit bleiben ungeachtet. Vielmehr gelten in dem Land die Scharia-Gesetze mit denen jede Opposition mit rechtswidrigen Mitteln und Methoden zerschlagen wird.

In den letzten Jahren hat die Repression auch gegen Frauenrechtlerinnen im Iran stark zugenommen. Die islamische Republik Iran hat ihre Angriffe gegen ethnische und religiöse Minderheiten, insbesondere aber gegen KurdInnen im Iran und andere Oppositionelle wie Intellektuelle, Studierende, Frauenrechtlerinnen sowie Homosexuelle massiv ausgeweitet und praktiziert mit grausamen Methoden vor den Augen der Weltöffentlichkeit massive Menschenrechtsverletzungen.
JournalistInnen werden unschuldig verhaftet und gefoltert, kritische Zeitungen werden geschlossen, Besitzer von Satellitenempfänger werden bedroht und gefoltert, die Satellitenschüsseln beschlagnahmt, Oppositionelle und Homosexuelle werden zum Tode verurteilt und friedliche DemonstrantInnen insbesondere in den kurdischen Regionen von iranischen Sicherheitskräften mit scharfer Munition beschossen.
Seit Jahrzehnten versuchen KurdInnen mit demokratischen Mitteln für die Erhaltung ihrer Minderheitsrechte, Meinungsfreiheit und Demokratie im Iran zu kämpfen. Insbesondere haben sie in den letzten zwei Jahren mit friedlichen Mitteln demonstriert, wurden dabei regelmäßig von iranischen Sicherheitskräften angegriffen und mehrere Demonstranten wurden dabei getötet. Kurdische Ortschaften stehen unter militärischer Kontrolle.

In Hamburg findet am Samstag eine Protestkundgebung vor dem iranischen Konsulat statt:
Solidarität mit den hungerstreikenden Gefangenen im Iran
Samstag, 20.9., 14.00 Uhr
Iranisches Konsulat,
Bebelallee 18, Hamburg
(U1 Lattenkamp) *(ISKU, 17.9).*

Genehmigung für Militäroperation verlängert

Die AKP-Regierung verlängerte die Genehmigung für grenzüberschreitende Militäroperationen um ein weiteres Jahr. Wie Regierungssprecher Cemil Cicek erklärte, werde die Entscheidung nach der Sommerpause ins Parlament eingebracht.

Die Genehmigung war am 17. Oktober 2007 vom Parlament der Türkei für ein Jahr erteilt worden. Seitdem fliegt die türkische Luftwaffe immer wieder Angriffe auf Südkurdistan.
Die DTP-Abgeordnete Fatma Kurtulan kündigte an, ihre Fraktion werde den Beschluss nicht unterstützen: „Es muss endlich Abstand genommen werden von einer Politik, die auf Sterben und Töten aufbaut. Es sollte eine Politik nach dem Motto ‚leben und leben lassen' herrschen." Weitere Militäroperationen nützten den Menschen in der Türkei gar nichts, sondern führten nur zu weiterem Leid. „Immer wieder heißt es, die PKK werde in Kürze vernichtet sein, aber offensichtlich ist sie das nicht. Das Problem kann nur über demokratische Methoden gelöst werden."
Bereits vor dem Ministerratsbeschluss hatte Generalstabschef Basbug öffentlich erklärt, eine Verlängerung der Genehmigung sei „kein Problem".
(ANF, 17.9., ISKU)

Demonstrationen zum Jahrestag des Militärputsches in der Türkei

Türkeiweit haben aus Anlass des Jahrestages des Militärputsches in der Türkei am 12. September 1980 zehntausende Menschen eine Verurteilung der Putschisten gefordert. Die Putschisten von damals befinden sich nach wie vor unter verfassungsrechtlichem Schutz. Keiner der bisherigen Regierungen ist es gelungen, rechtlich gegen die Täter vorzugehen.

Die aus dem Putsch hervorgegangene Verfassung ist immer noch gültig und prägt die Gesellschaft in der Türkei. Die Proteste wurden von vielen verschiedenen Initiativen der demokratischen Opposition getragen.

Die größte Demonstration fand organisiert vom Gewerkschaftsverband DISK mit 40.000 TeilnehmerInnen in Izmir statt. Neben der Forderung, die Putschisten endlich gerichtlich zur Rechenschaft zu ziehen, wurde auch eine Ausweitung der Ermittlungen im Ergenekon-Prozess gefordert. *(ÖP, 13.9., ISKU)*

Meldungen

Urlaub für Grenzeinheiten aufgehoben
Für alle Offiziere und Soldaten von an der Grenze nach Südkurdistan stationierten Einheiten wurde jeder Urlaub bis auf weiteres gestrichen. Im Grenzgebiet sind verstärkte militärische Bewegungen zu verzeichnen. Von den Kreisen Cukurca und Uludere aus sind türkische Aufklärungseinheiten 500 Meter weit auf südkurdisches Territorium vorgedrungen.
(ANF, 17.9., ISKU)

Frauenaktionen gegen Isolationshaft
In neun Städten der Türkei haben in der demokratischen freien Frauenbewegung (DÖKH) organisierte kurdische Frauen am Wochenende gegen die Isolationsfolter protestiert, der Abdullah Öcalan in dem Einpersonengefängnis Imrali ausgesetzt ist. Mit der Forderung nach einer sofortigen Gesundheitsversorgung gingen in Amed, Wan, Mardin, Adana, Mersin, Hakkari, Urfa, Siirt und Silopi tausende Frauen auf die Straße. Bei den Kundgebungen wurden symbolische Gefängniszellen verwendet. In Siirt kam es bei einem Polizeiangriff zu vier Festnahmen.
(ÖP, 15.9., ISKU)

Tausende erneut für Muttersprache auf der Straße
Im Rahmen der von TZP-Kurdî organisierten Muttersprachenkampagne haben am Wochenende erneut tausende Menschen für die Einführung von kurdischsprachigem Unterricht demonstriert. In Viransehir, Bismil, Tatvan und Izmir wurde die Regierung in der Türkei dazu aufgefordert, von ihrer „unzeitgemäßen und reaktionären Politik" zum Thema Muttersprache Abstand zu nehmen. In Redebeiträgen wurde darauf aufmerksam gemacht, dass eine offizielle Anerkennung der kurdischen Sprache der türkischen Sprache keinen Schaden zufüge.
(ÖP, 15.9., ISKU)

Demonstrationen in Frankreich für Nedim Seven
Organisiert von der Föderation kurdischer Vereine in Frankreich (FEYKA Kurdistan) haben am Wochenende zeitgleich in Paris, Strasbourg, Marseille und Bordeaux Demonstrationen für die Freilassung des kurdischen Politikers Nedim Seven stattgefunden. Seven ist seit März 2008 in Frankreich inhaftiert. Bei den Aktionen wurde hervorgehoben, dass die berechtigten Anliegen der KurdInnen in Frankreich „ökonomischen und Handelsinteressen" geopfert würden. *(ÖP, 15.9., ISKU)*

Verbotsverfahren gegen DTP geht in die entscheidende Phase

Mündliche Verteidigung im Verbotsverfahren

In der Türkei ist das Verbotsverfahren gegen die prokurdische „Partei der demokratischen Gesellschaft" (DTP) mit dem Verlesen der Schlussplädoyers in die heiße Phase getreten. Vor dem Verfassungsgericht in Ankara wies Parteiführer Ahmet Türk am gestrigen Dienstag die Forderung nach einer Schließung der mit 21 Abgeordneten im Parlament vertretenen Partei zurück. Der im vergangenen November eröffnete Prozess sei politisch motiviert und entbehre stichhaltiger Beweise, argumentierte Türk. Oberstaatsanwalt Abdurrahman Yalcinkaya wirft der im Jahre 2005 gegründeten Partei vor, der politische Arm der verbotenen Rebellenorganisation PKK (Arbeiterpartei Kurdistans) zu sein, den „bewaffneten Terror" aktiv zu unterstützen und auf eine „Trennung der Einheit von Staat und Nation" abzuzielen. Neben einer Schließung fordert die Anklage ein fünfjähriges Politikverbot für 213 Parteifunktionäre und acht Abgeordnete.

In ihrem Plädoyer wies die DTP insbesondere auf den Umstand hin, dass die von der Anklage vorgelegten »Beweise« größtenteils auf Gerichtsverfahren gegen einzelne Parteiangehörige beruhen, die zu 90 Prozent noch gar nicht abgeschlossen sind. Ein Hinzuziehen von schwebenden Verfahren als vermeintliche Indizien für eine verfassungsfeindliche Tätigkeit der Partei sei mit rechtsstaatlichen Normen unvereinbar, erklärte Türk gestern. Zugleich warnte der DTP-Vorsitzende vor den unberechenbaren politischen Folgen eines Verbots. Seit ihrer Gründung setze sich die Partei ausschließlich für eine parlamentarische und friedliche Lösung des Kurdenproblems innerhalb der bestehenden Staatsgrenzen ein. Rund 1,5 Millionen Menschen hätten deshalb bei den letzten Wahlen für die DTP gestimmt, so Türk: „Es wäre ein schwerer Fehler, diese Menschen ihrer Hoffnungen zu berauben und unsere Partei zu verbieten, bevor ihr überhaupt eine Chance gegeben wurde".

Vor der Verhandlung bekundeten zahlreiche linke Parteien und Gewerkschaften ihre Solidarität mit der kurdischen Partei und forderten eine Abweisung der Anklage. „Die DTP ist ohne Zweifel ein unverzichtbarer Akteur bei der Lösung des Kurdenproblems, heißt es in einem Aufruf der „Partei der sozialistischen Demokratie" (SDP). „Ein Verbot würde bedeuten, dass der Staat auch weiterhin auf seiner militaristischen und ausgrenzenden Kurdenpolitik beharrt".

Das Urteil wird frühestens in vier Wochen erwartet. Bislang hat das 1963 gegründete Verfassungsgericht 24 Parteien verboten, darunter auch vier Vorgängerparteien der DTP. Wegen der rigiden Verbotspolitik ist Ankara bereits mehrfach vom Internationalen Menschengerichtshof in Strasbourg gerügt worden.
Während die DTP-Vertreter vor Gericht ihre Verteidigung vorlegten, demonstrierten in etlichen Städten Tausende Menschen ihre Solidarität mit der Partei. In Amed wurde unter freiem Himmel ein „Unabhängiges Volksgericht" zum Thema errichtet. Mitarbeiter des Dicle-Firat-Kulturzentrums stellten Richter und Staatsanwalt, auf der Anklagebank saß als Vorsitzender des DTP-Provinzverbandes Nejdet Atalay, dem Anschuldigungen aus der echten Anklageschrift vorgelegt wurden. Auf den staatsanwaltschaftlichen Vorwurf, die DTP sei auf Wunsch von Abdullah Öcalan gegründet worden, reagierten Tausende anwesende „Prozessbeobachter" mit „Biji Serok Apo"-Rufen. Auf die Frage, warum die DTP die PKK nicht als terroristisch bezeichne, schlug Atalay vor, man solle doch die Bevölkerung dazu befragen, worauf wiederum Tausende riefen: „PKK ist das Volk und das Volk ist hier!" *(jW, ÖP, 17.9., ISKU)*

Intellektuelle vor Gericht

350 AutorInnen und Literaturvermittler werden auf der Frankfurter Buchmesse zeigen, dass es nicht nur eine Türkei, sondern mehrere gibt, wie es das diesjährige Motto „Türkei – faszinierend farbig" suggeriert. Das ist schön gedacht. Kein Zweifel, dass sich in der Türkei von jeher die Völker mischen. Doch seit der Gründung der Republik vor 85 Jahren hält die Auseinandersetzung um die Rolle des Islam, um Kurden, Armenier, Alewiten und Griechen an. Aus der Sicht des Staates gefährdet jeder, der neben Türkisch noch eine andere Sprache der Region spreche, den nationalen Zusammenhalt. Zwar hat sich unter dem Druck der EU in den letzten Jahren einiges getan. Aber immer noch blockieren Gruppen innerhalb der Staatsbürokratie, in den Geheimdiensten und im Militär solche Reformen.
Wie frei sind türkische Schriftsteller und Intellektuelle? Literatur war in der Türkei schon immer riskant für ihre Verfasser. Es gehört zur traurigen Tradition des Landes, dass beinahe jeder Autor von internationalem Rang vom Staat verfolgt wurde oder gewaltsam ums Leben kam. Angefangen von Nazim Hikmet (1902–1963), dem größten türkischen Poeten, dessen Gedichten man kommunistische Propaganda vorwarf, der darum jahrelang im Gefängnis saß und im Exil in Moskau starb. Über Sabahattin Ali, den seine Sozialkritik ins Gefängnis brachte und der 1948 bei einem Fluchtversuch an der bulgarischen Grenze ermordet wurde. Bis hin zu Literaturnobelpreisträger Orhan Pamuk, dem man wegen Beleidigung des Türkentums nach Paragraf 301 des Strafgesetzbuchs verklagte.
Dieses Gesetz ist ein Instrument, mit dem sowohl Ultranationalisten wie auch islamistische Eiferer allen den Mund verbieten können, deren Meinung ihnen nicht passt. Der Pamuk-Prozess, der zur Image-Katastrophe für die Türkei zu werden drohte, ist inzwischen wegen eines Formfehlers eingestellt. Doch außer Pamuk wurden seit 2005 schon mehr als 60 kritische Autoren und Journalisten aufgrund Paragraf 301 vor Gericht gestellt. Einer von ihnen, der Journalist Hrant Dink, wurde schuldig gesprochen und daraufhin von einem Fanatiker ermordet.

Der umstrittene Paragraf wurde im März neu gefasst. Jetzt ist nicht mehr von „Beleidigung des Türkentums" die Rede, sondern von „Beleidigung der türkischen Nation", und die Höchststrafe wurde um ein Jahr gesenkt. Doch selbst wenn die Verfahren mit Freispruch enden, haben sie Folgen. Prozessdrohungen verhindern, dass unbequeme Wahrheiten auf den Tisch kommen. *(NZZ, 14.9., ISKU)*

Kurdisches Filmfestival in Zürich

Am 18. September beginnt das zweite kurdische Filmfestival Zürich. An sechs Tagen werden Filme von RegisseurInnen aus allen Teilen Kurdistans zu sehen sein. Wie das Festivalkomitee erklärte, sei man erfreut, in einer Zeit, in der die kurdische Sprache und Kultur immer noch starker Repression ausgesetzt seien, aktuelle kurdische Filme zu zeigen.
Neben den Filmvorführungen stehen Diskussionsveranstaltungen mit verschiedenen Regisseuren auf dem Programm. Weiterhin wird während des Festivals dem Regisseur Halil Uysal gedacht werden, der in diesem Jahr bei einem Gefecht ums Leben gekommen ist.
Weitere Informationen unter www.mitos.ch
(ANF, 17.9., ISKU)

Türkische Armee ermordet Zivilisten
In jüngster Zeit häufen sich wieder die Übergriffe der türkischen Armee gegen kurdische ZivilistInnen. So wurde in dieser Woche Murat Tekdal (29) von türkischen Soldaten in Lice als vermeintlicher „Terrorist" ermordet. Wie seine Angehörigen mitteilten, wurde er zuvor gefoltert. „Er lebte alleine im Dorf. Sie haben seine Fingernägel herausgerissen. An seinem Kopf waren Schlagspuren und seine Hände waren zerquetscht", teilte seine Schwester Fatma Güler mit. Mit der HPG habe er nichts zu tun gehabt.
Vergangene Woche war in Hakkari ein Hirte als vermeintlicher HPG-Kämpfer ermordet worden. In Dicle wurde ein 70-jähriger von Soldaten gefoltert und einer Scheinhinrichtung unterzogen.
(ÖP, 16./17.9., ISKU)

50 Kurden in Syrien zu Haftstrafen verurteilt
Wegen Beteiligung an einer Demonstration im Sommer 2005 sind 50 Kurden in Syrien nach Angaben von Menschenrechtlern zu Haftstrafen verurteilt worden. Das Strafmaß liege zwischen vier und sechs Monaten und sei von einem Militärgericht verhängt worden, erklärte die Nationale Organisation für Menschenrechte in Syrien am Montag. Die Protestaktion fand im Juni 2005 in der nordöstlichen Stadt Kamishli statt und richtete sich gegen die Ermordung eines prominenten kurdischen Geistlichen. In Syrien mit seinen knapp 20 Millionen Einwohnern leben 1,5 Millionen Kurden. *(AP, 15.9., ISKU)*

Termine:

Filmpremiere:
"Und macht euch die Erde untertan"
ein Film von Christoph Walder
Film über das Ilisu-Staudammprojekt in Nordkurdistan
Anschließend Diskussion mit den Filmemachern und Feier
Vorführungen: Bremen (19.9., Kino 46), München (8.10., Atelier);
Infos: stopilisu.com

Quellen:

ANF	Firat Nachrichtenagentur
ÖP	Özgür Politika
jW	junge Welt
NZZ	NZZ am Sonntag

Nûçe
erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der
Informationsstelle Kurdistan
Schanzenstraße 117
20357 Hamburg
Tel.: 040 - 421 02 845
E-mail: isku@nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
Postbank Köln, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 3968-506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.isku.org

Nr. 380
26. September 2008

Nûçe

.....ISKU
Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@nadir.org
www.isku.org

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

Zweite Sitzung des „Demokratischen Gesellschaftskongresses" in Amed

Wir betteln nicht um Rechte Wir werden sie uns nehmen

Auf der zweiten Sitzung des „Demokratischen Gesellschaftskongresses" in Amed wurde am Wochenende über die jüngsten politischen Entwicklungen und die Strategie zu den Kommunalwahlen diskutiert. Dabei wurden Qualität und Zeitplanung der kommenden Aktivitäten sowie Umfang der gesellschaftlichen Organisierung und Institutionalisierung festgelegt.

Gegen die vom Ministerrat dem Parlament der Türkei vorgelegte Verlängerung der im Oktober ablaufenden Genehmigung für grenzüberschreitende Militäroperationen – deren Verabschiedung nur noch Formsache ist – sind Massenaktionen in Form von „lebenden Schutzschildern" im Grenzgebiet geplant. Weiterhin sind Interventionen im Ergenekon-Prozess sowie eine Fortsetzung der Dechiffrierung der AKP als kriegstreibende Partei beschlossen worden. Intern wird der Kongress seine institutionelle Struktur und Funktion erweitern. Die kurdische Sprache wurde als offizielle Sprache des Kongresses anerkannt und wird als Hauptkommunikationssprache verwendet werden. Im Rahmen der laufenden Muttersprachenkampagne wurde die Teilnahme einer Gruppe Studierender an einer DTP-Fraktionssitzung beschlossen, bei der diese stellvertretend eine kurdischsprachige Ansprache halten werden.

Für die Kommunalwahlen, die von strategischer Bedeutung sind, wurden Arbeitsweise und demokratische Methoden der Kandidatenaufstellung festgelegt. Weiterhin wurde eine Teilnahme an der Demonstration in Hasankeyf am 4. Oktober beschlossen. Bei dem geplanten Ilisu-Staudamm handele es sich weniger um einen Bedarf als um ein historisches und kulturelles Verbrechen mit politischen und militärischen Absichten, das zu verhindern sei.


Leyla Zana in Amed - Foto: DIHA

An dem Kongress, auf dessen erster Sitzung das Projekt „Demokratische Autonomie" als Organisierungs- und Verwaltungsmodell verabschiedet worden war, nahmen ca. 600 Personen teil, darunter als Sprecherin Leyla Zana, der DTP-Vorsitzende Ahmet Türk und weitere Abgeordnete, der Oberbürgermeister von Diyarbakir Osman Baydemir und weitere Bürgermeister, AktivistInnen der Demokratischen Freien Frauenbewegung (DÖKH), der Patriotischen Demokratischen Jugend (YDG), Vertreter zivilgesellschaftlicher Organisationen sowie Einzelpersonen teil. Gewidmet wurde die Veranstaltung den kurdischen Politikern Cihan Deniz und Hüsnu Ablay, die bei einem Autounfall ums Leben gekommen waren.

Die Abschlusserklärung des Kongresses wurde am 22.9. von seiner Sprecherin Leyla Zana auf einer Demonstration für muttersprachlichen Unterricht in Amed verlesen. In Bezug auf die Muttersprachenkampagne erklärte sie weiter: „Wir betteln nicht um Rechte. Wir werden sie uns nehmen, mit unserer eigenen Kraft."

An den Demonstrationen am Wochenende in acht verschiedenen Städten in der Türkei nahmen tausende Menschen teil. Die Zweigstelle von KURDI DER in Wan, dem Verein für die Erforschung und Entwicklung der kurdischen Sprache, wurde am Vortag von der Polizei durchsucht. Bei der Razzia wurden neben einem PC und diversen Dokumenten auch sämtliche Transparente und Schilder für die Demonstration beschlagnahmt.

(ÖP, 23. 9., ISKU)

Initiativen zu Rettung Hasankeyfs

Die von Umweltschützern, örtlichen Initiativen und der DTP unterstützte Initiative zum Erhalt von Hasankeyf setzt ihre Aktivitäten fort. Bisher wurden in fünf von dem geplanten Ilisu-Staudamm betroffenen Provinzen Kundgebungen durchgeführt. Die Mitglieder der Initiative suchen die einzelnen Dörfer auf, klären die Bevölkerung über die Folgen des Staudamms auf und versuchen so, eine Bewegung gegen den Bau zu organisieren. Weiterhin fordern sie von den europäischen Regierungen, den Bau des Staudamms zu verhindern.

Das in diesem Jahr zum fünften Mal stattfindende und von der Stadt Batman organisierte Hasankeyf-Kultur- und Kunstfestival beginnt am 2. Oktober. Am Eröffnungstag wird ein Laufwettbewerb unter dem Motto „Laufen für Hasankeyf" in Batman stattfinden. Die Veranstaltungen des viertägigen Festivals finden am 4. und 5. Oktober direkt in Hasankeyf statt. Zu diesem Anlass sind türkeiweit Umweltschutz- und andere zivilgesellschaftlichen Organisationen und Persönlichkeiten eingeladen worden. In der ersten Nacht findet eine Mahnwache statt. Auf einer Bühne wird jedem Rederecht eingeräumt. Weiterhin stehen Aktionen des zivilen Ungehorsams auf dem Programm.

Im Oktober werden außerdem Gespräche mit Botschaftern der das Staudammprojekt unterstützenden Länder stattfinden. Im Anschluss wird für die kommenden drei Monate eine Planung von Aktivitäten erstellt werden.

In Hamburg wurde am Donnerstag im Rahmen der Kampagne „Rettet Hasankeyf – Stoppt Ilisu" der Film „Und macht euch die Erde untertan" von Christoph Walder gezeigt. Im Anschluss an die gut besuchte Filmvorführung fand eine Diskussion statt. Der Film, der sich auf einer Rundreise durch Deutschland befindet, wird am 8. Oktober um 20 Uhr in München im Kino Atelier noch einmal gezeigt.

(ÖP, 20.9., ISKU)

Meldungen

Todesstrafen im Iran
Nach Angaben des Staatsanwaltes Gulam Hüseyin Ismaili in der nordostiranischen Stadt Mashad sitzen im dortigen Gefängnis 500 zum Tode verurteilte Gefangene ein. Die oppositionelle iranische Presse spricht außerdem von 150 zum Tode verurteilter Gefangenen in der kleinen, im Süden des Iran gelegenen Stadt Dashistan. Seit einigen Wochen ist in den iranischen Medien von keiner Hinrichtung mehr berichtet worden. Wurden im Juli noch 58 und im August 35 Personen hingerichtet, so wurden seit Anfang September drei Hinrichtungen bekannt. Es ist nicht davon auszugehen, dass die Hinrichtungen gestoppt wurden. Vielmehr berichten oppositionelle Medien von einer durch die iranische Regierung durchgesetzten Pressezensur.
In Marseille, Bern und Hamburg fanden am Wochenende Demonstrationen und Kundgebungen zur Unterstützung der in iranischen Gefängnissen aus Protest gegen die Todesstrafen, die Haftbedingungen und die Repression des iranischen Regimes hungerstreikenden Gefangenen statt. Der Hungerstreik wurde am 25. August gestartet und ist unbefristet. *(ANF, 20.9., ISKU)*

Über 70 Jahre Haft für Leyla Zana gefordert
Für die ehemalige DEP-Abgeordnete Leyla Zana hat die Staatsanwaltschaft Diyarbakir über 70 Jahre Haft wegen verschiedener Redebeiträge im Wahlkampf sowie in London gefordert. Leyla Zana wird unter anderem der Mitgliedschaft in sowie der Werbung für eine terroristische Organisation beschuldigt. Die Hauptverhandlung am 18.9. wurde vertagt. *(ANF, 18.9., ISKU)*

Kind stirbt bei Explosion
Erneut ist in Kurdistan ein Kind bei einer Explosion ums Leben gekommen. Der neunjährige Ömer Soysal hatte in der Nähe eines Militärpostens in Batman-Sason einen Gegenstand gefunden, der beim Spielen explodierte. Vorfälle dieser Art haben sich in den letzten Monaten gehäuft. *(ANF, 20.9., ISKU)*

Polizeiangriff auf Kurden in Berliner Friedensdemo
Bei der Antikriegsdemonstration am Samstag in Berlin, zu der rund 250 Organisationen aufgerufen hatten, kam es zu einem Polizeiangriff, weil KCK-Fahnen und Bilder Abdullah Öcalans mitgetragen wurden. Neben den deutschen Organisationen betei-

Verbotsantrag gegen DTP

Kurdenpartei warnt vor Eskalation

Kurdische Politiker in der Türkei befürchten eine Eskalation des Kurdenkonflikts, falls die prokurdische Partei für eine Demokratische Gesellschaft (DTP) verboten wird. „Wenn die demokratischen Kanäle blockiert werden, haben die Menschen keine andere Wahl als zu den Waffen zu greifen", sagte die stellvertretenden DTP-Vorsitzende Amine Ayra der Nachrichtenagentur Bloomberg.

Gegen die DTP läuft ein Verbotsverfahren vor dem türkischen Verfassungsgericht. Generalstaatsanwalt Abdurrahman Yalcinkaya wirft der Partei vor, sie sei ein „Zentrum von Aktivitäten gegen die Einheit des Staates". Der Ankläger beschuldigt die DTP, sie unterhalte Verbindungen zur verbotenen Kurdenorganisation PKK und unterstütze die PKK-Rebellen logistisch. Für 221 Funktionäre der Partei hat der Generalstaatsanwalt fünfjährige politische Betätigungsverbote beantragt. Die DTP war bei den Parlamentswahlen vom September 2007 zwar an der Zehnprozenthürde gescheitert. Dennoch hat sie im Parlament 21 Abgeordnete, die als unabhängige Kandidaten gewählt wurden.

In der mündlichen Anhörung vor dem Verfassungsgericht hatte der DTP-Vorsitzende Ahmet Türk diese Woche die Vorwürfe des Anklägers zurückgewiesen. Seine Partei habe keinerlei Verbindungen zur PKK und trete für eine friedliche Lösung der Kurdenfrage ein. Im Fall eines Verbots könne das Kurdenproblem „kritisch" werden, warnt Türk: "Wenn die DTP geschlossen wird, würden sich die Kurden als unerwünscht fühlen, und das könnte zu einer ausweglosen Lage führen", sagte der Parteichef.

Mit einem Urteil wird für Herbst gerechnet. Das Verfassungsgericht hat seit Anfang der 1990er Jahre bereits vier pro-kurdische Parteien verboten. Viele Beobachter erwarten daher eine Zwangsschließung der DTP. In der Partei selbst gibt es Überlegungen, zuvor eine Nachfolgeorganisation zu gründen, um ein drohendes Verbot zu umgehen.

(FR, 19.9., ISKU)

Weitere Razzien gegen Untergrundgruppe „Ergenekon“

Die türkische Polizei hat erneut mindestens 16 mutmaßliche Mitglieder einer nationalistischen Untergrundgruppe festgenommen. Unter den Verdächtigen seien Mitarbeiter von Medien und Sicherheitsbehörden sowie Juristen, berichteten türkische Zeitungen am Mittwoch. Binnen zwei Wochen seien mehr als 30 Personen bei Einsätzen gegen die Organisation "Ergenekon" festgenommen worden.

Der Gruppe wird vorgeworfen, Anschläge verübt und einen gewaltsamen Sturz der islamisch-konservativen Regierung von Ministerpräsident Recep Tayyip Erdogan geplant zu haben. Der Einsatz gegen "Ergenekon" war im vergangenen Jahr begonnen worden. Unter den Festgenommenen waren auch prominente Kritiker der Regierung Erdogan. Mehr als 80 mutmaßliche "Ergenekon"-Mitglieder sollen wegen Putschplänen vor Gericht gestellt werden.

(DS, 24.9., ISKU)

Familie abgeschoben

Schüler, Lehrer und Schulleitung der Gnarrenburger Haupt- und Realschule stehen unter Schock. In der Nacht auf Mittwoch ist die sechsköpfige Familie Bulut von der Polizei abgeholt worden, um die Abschiebung einzuleiten.

Wie berichtet, hatten nach Ablauf der Duldung bis zuletzt Schulleitung und Kollegium versucht, die drohende Abschiebung – unter anderem durch Einschaltung der Härtefallkommission des Landes Niedersachsen – abzuwenden. Die Bemühungen der Schule sind offenbar gescheitert: Wie die Ausländerbehörde des Landkreises gestern auf Anfrage mitteilt, stehe die Abschiebung unmittelbar bevor.

Die Familie sei gestern Morgen zum Flughafen Düsseldorf gebracht worden, teilte ein Sprecher der Behörde mit. Nach Ablauf der Duldung hat das Landeskriminalamt auf Antrag der Rotenburger Ausländerbehörde die Abschiebung eingeleitet. Auch juristische Bemühungen der Anwälte der Familie sind Anfang der Woche gescheitert. Wie der Landkreis mitteilte, ist ein Antrag auf einstweilige Verfügung vom Verwaltungsgericht Stade negativ beschieden worden. Ob auch Einsatzkräfte des Bundesgrenzschutzes an der polizeilichen Aktion beteiligt waren, konnte der Landkreis gestern nicht bestätigen.

Nach Informationen der Gnarrenburger Lehrer haben sich dramatische Szenen in der Mietwohnung der Buluts abgespielt. "Die Türen wurden mit Gewalt aufgebrochen. Die Mutter wurde von ihren Kindern getrennt", zeigte sich eine Lehrerin der Schule im Gespräch mit der Redaktion betroffen. Die Schule bereitet einen offenen Brief an das Innenministerium vor, um gegen das Vorgehen der Behörden zu protestieren.

Amira, Fatma und Mohammed Bulut gingen seit Jahren zur Haupt- und Realschule Gnarrenburg. Lehrer und Schüler sind in großer Sorge, weil die aus dem Libanon stammende Familie im Aufnahmeland, der Türkei, keinerlei Wurzeln habe. "Die Kinder der Famile Bulut haben ihren sozialen Lebensmittelpunkt eindeutig in Deutschland, so dass es eine unbillige Härte wäre, die Kinder und ihre kranke Mutter in ein für sie fremdes Land abzuschieben", heißt es an der Schule.

Familie Kazan zurück nach Deutschland

Aufatmen dagegen in Gründau: Nach langem Hin und Her darf die abgeschobene Familie Kazan wieder einreisen – zumindest vorläufig.

Der hessische Innenminister Volker Bouffier hat der kurdischen Familie jetzt ein zeitlich befristetes Visum erteilt. Der Fall Kazan hatte in den letzten Monaten für Schlagzeilen gesorgt. Anfang 2007 waren die Mutter und ihre sechs minderjährigen Kinder in die Türkei abgeschoben worden, weil der Vater straffällig wurde. Bürger und Organisationen hatten seitdem für die Wiedereinreise der Familie gekämpft – mit der Begründung sie sei in Deutschland bestens integriert.

Ein Helferkreis aus Gründau soll sich jetzt bereit erklärt haben, die Aufenthaltskosten der Familie zu übernehmen. Das habe maßgeblich zu seiner Entscheidung beigetragen, so Innenminister Bouffier. Ob und wie lange die Familie Kazan in Gründau bleiben darf, hängt jetzt von einem abschließenden Urteil des Verwaltungsgerichtshofs in Kassel ab.

(ZZ, k8,. 24.9., ISKU)

ligten sich auch palästinensische, afghanische und kurdische Organisationen an der Demonstration, auf der ein Rückzug deutscher Truppen aus Afghanistan gefordert wurde. Der Versuch, kurdische Teilnehmer festzunehmen, wurde durch die DemonstrantInnen verhindert.

(ANF, 20.9., ISKU)

Atomkraftgegner in der Türkei festgenommen

Die türkische Polizei hat nach Angaben der Umweltschutzorganisation Greenpeace am Dienstag 37 Atomkraftgegner während eines friedlichen Protests festgenommen. Die Aktivisten hätten ohne Genehmigung vor dem Energieministerium gegen den geplanten Bau des ersten Kernkraftwerks in der Türkei demonstriert, sagte Greenpeace-Sprecher Korol Diker. Das Ausschreibungsverfahren für die Arbeiten an der Mittelmeerküste endet am Mittwoch. Ein zweites Atomkraftwerk will die Regierung in der Hafenstadt Sinop am Schwarzen Meer errichten.

(AP, 23.9., ISKU)

301 Verfahren gegen Temel Demirer

Aufgrund einer Presseerklärung, die Temel Demirer einen Tag nach der Ermordung des armenischen Journalisten Hrant Dink abgegeben hat, wurde Anklage gegen ihn wegen "Beleidigung des türkischen Staates" (Art. 301 Strafgesetzbuch) erhoben. In seiner Presseerklärung hatte Demirer u.a. erklärt, dass Dink nicht nur ermordet wurde, weil er Armenier war, sondern auch, weil er erklärt habe, dass es einen Völkermord an den Armeniern gegeben hat. Gemäß der Änderung des Artikels 301 im Frühjahr ist die Einleitung einer Strafverfolgung gemäß dieses Artikels an eine Erlaubnis des Justizministeriums gebunden. Im Falle Demirers fragte das Gericht beim Justizministerium an und erhielt eine Bestätigung der Anklage.

(NTV, 9.9., ISKU)

Quellen:

ANF	Firat Nachrichtenagentur
ÖP	Özgür Politika
FR	Frankfurter Rundschau
ZZ	Zevener Zeitung
k8	kanal 8

N û ç e

erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der

Informationsstelle Kurdistan
Schanzenstraße 117
20357 Hamburg
Tel.: 040 - 421 02 845
E-mail: isku@nadir.org

bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
Postbank Köln, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 3968-506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.isku.org

Nr. 381
3. Oktober 2008

Nûçe

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

.....ISKU
Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@nadir.org
www.isku.org

Unbefristeter Hungerstreik seit dem 25. August im Iran

Erneut Todesstrafe gegen hungerstreikendes PJAK-Mitglied

Erneut ist ein kurdischer politischer Gefangener im Iran zu Tode verurteilt worden. Damit ist die Anzahl der kurdischen Todeskandidaten im Iran den ANF vorliegenden Informationen zufolge auf zehn gestiegen. Rustem Erkiya, der wegen Mitgliedschaft in der PJAK verurteilt wurde, ist einer von Dutzenden politischen Gefangenen, die seit dem 25. August 2008 einen Hungerstreik gegen die Todesstrafe und die Haftbedingungen durchführen.

Seit 40 Tagen Hungerstreik im Iran

Seit 40 Tagen befinden sich PAJK- und PKK-Gefangene im Iran im unbefristeten Hungerstreik für die Aufhebung der Todesstrafe und ein Ende der Repression und Folter in den Haftanstalten. Es ist bekannt, dass insbesondere nach 30 Tagen Hungerstreik bleibende Schäden im menschlichen Körper entstehen, die auch nach einer möglichen Beendigung des Streiks nicht zu heilen sind.
Aus den wenigen Erklärungen der Aktivisten, die aus den iranischen Kerkern an die Öffentlichkeit gelangen, geht hervor, dass sie entschlossen sind, aufgrund der unhaltbaren Bedingungen notfalls zu sterben, wenn ihre Forderungen nicht erfüllt werden. Die Situation erinnert an das Geschehen im Gefängnis von Diyarbakir nach dem Militärputsch von 1980 in der Türkei, wo ein Todesfasten für die Gefangenen die einzige Möglichkeit war, ihre Würde zu wahren.

Unterdessen laufen die Aktionen zur Solidarität mit den Hungerstreikenden weiter. In der Türkei wurde ein Gefangener, der sich an einem zweitägigen Solidaritätshungerstreik beteiligt hatte, zu einer Disziplinarstrafe verurteilt. In Madrid und Paris fanden erneut Kundgebungen statt, auch in Hamburg ist für kommenden Samstag eine weitere Kundgebung geplant.

Solidaritätsaktionen zum Hungerstreik im Iran

Die Föderation kurdischer Vereine in Deutschland (YEK-KOM) hat alle Vereine dazu aufgerufen, sich aktiv an den Solidaritätsaktionen für die hungerstreikenden Gefangenen der PJAK zu beteiligen. In den kommenden Tagen werden in acht verschiedenen Städten Aktivitäten für die Hungerstreikenden stattfinden.

Berlin: 5.10., 13 Uhr, Wittenbergplatz, Demonstration (organisiert von PYD)
Köln: 3.-5.10., tagsüber Ebertplatz, nachts im Verein Mala Kurda: Dreitägiger Hungerstreik
Essen: 1.10., Willy-Brand-Platz, Kundgebung mit Infotisch
Düsseldorf: 2.10., 15 Uhr, Schadow-Platz, Kundgebung mit Infotisch
Duisburg: 2.10., 13 Uhr, Königin-Platz, Kundgebung mit Infotisch
Dortmund: 1.10., 16 Uhr, Reinoldikirche, Infotisch,4.10., 13 Uhr, Hauptbahnhof, Kundgebung
Bielefeld: 2.10., 15 Uhr, Bahnhofstraße, Infotisch
Hamburg: 4.10., 15 Uhr, Mönckebergstr, Gerhard-Hauptmann Platz, Kundgebung

(ÖP, ANF, 27./28.9. 1.10, ISKU)

Luftangriffe auf Südkurdistan

Erneut sind die Meder-Verteidigungsgebiete in Südkurdistan von der türkischen Luftwaffe bombardiert worden. Getroffen wurden bei dem zweistündigen Angriff mit ca. 15 Kampfbombern am 25. September gegen 22 Uhr in der Kandil-Region vor allem zivile Siedlungen. Der türkische Generalstab behauptet, es sei darauf geachtet worden, Zivilisten keiner Gefahr auszusetzen. Das Gegenteil belegen Fotos der getroffenen Ortschaften, die von der Nachrichtenagentur ANF veröffentlicht wurden. http://www.firatnews.nu/gallery/id3517/



PJAK und PKK erklärten nach dem Angriff, bei dem ein Guerillakämpfer ums Leben kam, diese von den USA unterstützte Aktion sei voraussehbar gewesen. Mindestens acht Siedlungen wurden getroffen, dabei sei es zu Verletzten gekommen. Weiterhin wurden Nutztiere getötet und es entstand Sachschaden. Eigentliches Ziel seien das PJAK-Hauptquartier sowie zwei Kontrollpunkte gewesen, erklärte die PJAK. Die Guerilla habe aus Flugabwehrstellungen Widerstand geleistet, eine große Anzahl von Zivilisten habe aus den betroffenen Dörfern flüchten müssen.

Nach der Bombardierung wurden in dem betroffenen Gebiet Bomben und Raketen aufgefunden, die nicht explodiert waren. Die türkische Luftwaffe unternimmt weiterhin Aufklärungsflüge in der Region.

Der türkische Staatspräsident Gül erklärte anlässlich eines Empfangs in Ankara, bei dem Luftangriff habe es sich um eine „Punktoperation" gehandelt, durch die „niemand" gestört worden sei. Es gebe wohl kaum eine Armee oder ein Land, das „im Antiterrorkampf soviel Sorgfalt auf den Schutz von Zivilisten" lege.

Das Innenministerium der Region Kurdistan begnügte sich mit einer schriftlichen Erklärung, in der die Bombardierung verurteilt wurde. In der Bevölkerung herrsche Angst, die Regierung des Irak sowie die internationalen Kräfte seien aufgefordert, ebenfalls gegen diese Form von Angriffe zu protestieren, mit denen die territoriale Integrität des Irak und der Region Kurdistan verletzt werde.

(ANF, ÖP; 27./28.9., ISKU)

Meldungen

Disziplinarstrafe gegen Öcalan

Abdullah Öcalan ist mit einer weiteren Disziplinarstrafe belegt worden. Die diesmal für zehn Tage vorgesehene Maßnahme bedeutet eine Isolation innerhalb der Isolationshaft. Bereits neun Mal wurde gegen Abdullah Öcalan eine Disziplinarsprache ausgesprochen. Ihm wird zur Last gelegt, aus dem Gefängnis heraus Befehle an die PKK über seine Anwälte weiterzuleiten. Nahezu jedes Verteidigergespräch, in dem Öcalan seine Meinung zum aktuellen politischen Geschehen hervorbringt, wird als Anlass für eine solche Strafe herangezogen.

(ÖP, 27.9., ISKU)

Prozess gegen 43 Personen wegen „Herrn Öcalan"

In Adana wurde ein Strafverfahren gegen 43 Personen eingeleitet, die sich im Rahmen der „Geehrter Herr Öcalan"-Kampagne selbst angezeigt hatten. Ihnen wird das „Preisen einer Straftat oder eines Straftäters" zur Last gelegt. Die Angeklagten hatten im Juni 2008 entsprechende Selbstanzeigen bei der Staatsanwaltschaft gestellt und waren vorübergehend festgenommen worden. Im Rahmen der Kampagne waren im weiteren Verlauf Tausende Selbstanzeigen postalisch an die Staatsanwaltschaft geschickt worden.

(ANF, 28.9., ISKU)

Friedensrat gegen grenzüberschreitende Militäroperationen

In mehreren Städten in der Türkei hat der Friedensrat Türkei mit Kundgebungen und Briefen die Abgeordneten des Parlaments dazu aufgefordert, gegen eine Verlängerung der Genehmigung für grenzüberschreitende Militäroperationen zu stimmen. Die Genehmigung war am vergangenen10. für ein Jahr vom Parlament ausgesprochen worden. Die Zustimmung des Ministerrats liegt bereits vor; aufgrund der Zusammensetzung des Parlaments gilt die Verlängerung aber schon als beschlossen.

(ÖP, 29.9., ISKU)

35 Zeitungsverbote in zwei Jahren in der Türkei

In der Türkei ist mit zwei weiteren Gerichtsbeschlüssen aus der vergangenen Woche die Anzahl der Erscheinungsverbote gegen Zeitungen, die der kurdischen Bewegung nahe stehen, auf 35 gestiegen. So wurde nach einem einmonatigen Erscheinungsverbot für die Zeitung „Alternatif" das gleiche für die „Gelecek" („Zukunft") ausgesprochen. In

Waffenstillstand der PKK zu Ramadan

Wir dokumentieren den Aufruf des Präsidiums des Exekutivrats der KCK (Gemeinschaft der Gesellschaften Kurdistans) und des Präsidiums des KONGRA-GEL (Volkskongress Kurdistan) zum Waffenstillstand während der Ramadan-Festtage

Der türkische Staat und die AKP Regierung sind dazu bestrebt, statt der demokratischen Lösung der kurdischen Frage ihre Vernichtungs- und Verleugnungspolitik auf eine neue Ebene zu tragen. Gegenüber den Anstrengungen und Aufrufen unsers Vorsitzenden, unserer Bewegung und unseres Volkes für eine demokratische Lösung hat es bis zum heutigen Tag keinerlei ernste und konsequente Reaktion gegeben. Auf dem letzten Staatsgipfel wurde die kurdische Frage nicht als ein Problem der Sprache, der Kultur, der Bildung eines Volkes, nicht als ein politisches und nationales Problem der Bevölkerung deklariert, sondern zum Terror- und Wirtschaftsproblem degradiert. Die Beschlüsse bezüglich der Zerstörung unserer Freiheitsbewegung im Sinne dieser Definition zeigen erneut, dass die offizielle Staatspolitik der Türkei weiterhin aus Verleugnung und Vernichtung bestehen wird. Vor allem die letzte Ansprache des Generalstabschef, in der er von einem totalen Krieg spricht, verdeutlicht eine Situation, die auf gefährliche Weise die Ausweglosigkeit vertiefen wird und aus diesem Grund genauestens beobachtet werden muss.

Unser Volk, unsere Bewegung und unsere Volksverteidigungskräfte müssen sich auf jegliche möglichen Entwicklungen gefasst machen, sich auf beste Weise gegen mögliche Angriffe verteidigen und die Unvermeidlichkeit des Wegs der demokratischen Lösung erneut vor Augen führen. In diesem Kontext ist diese neue Phase Anwärter für eine historische Phase, in der sehr wichtige und große Entwicklungen stattfinden können. Unser gesamtes Volk und all unsere Kräfte müssen sich dementsprechend vorbereiten.

Die Tatsache, dass die Militäroperationen auch während des für die islamische Welt heiligen Fastenmonats Ramadan fortgesetzt werden, dass das Mandat für grenzüberschreitende Operationen für ein weiteres Jahr verlängert werden soll zeigt, dass geplant wird, die Zahl der Operationen gegen die Guerilla-Einheiten zu erhöhen. Es liegt auf der Hand, dass die Umsetzung solch einer Politik zu noch mehr bewaffneten Auseinandersetzungen, noch mehr Toten und noch mehr Blutvergießen mit sich bringen wird. Jeder Verlust eines Menschenleben heißt aus Sicht unserer Gesellschaft großes Leid und Tränen. Die seit Jahren wiederholten und aus Sicht der Lösung des Problems keinerlei Ergebnis liefernden militärischen und psychologischen Operationen werden außer den nationalen und internationalen Mächten, die von dieser Atmosphäre des Kriegs und der Konflikte profitieren, niemanden einen Nutzen bringen.

Diese Gesamtsituation vor Augen haltend möchten wir in diesen Tagen vor dem Ramadan-Fest entgegen der Politik des Blutvergießens derjenigen, die am meisten von den Prinzipien des Islam sprechen, als Beitrag zum Kampf unseres Volks um Freiheit, Demokratie und Frieden und als Botschaft des guten Willens an einige Kreise erklären, dass wir während dem Ramadan-Fest höchste Achtung darauf geben werden, dass kein Blut vergossen wird und kein Schmerz in das Herz einer Mutter fällt. Damit wenigstens während diesem Fest, das aus Sicht des kurdischen und des türkischen Volks gleicherweise heilig ist, zu keinen bewaffneten Auseinandersetzungen kommt, werden wir besondere Anstrengungen unternehmen.

In diesem Zusammenhang rufen wir das Hauptquartier der Volksverteidigungskräfte (HPG) sowie alle Volksverteidigungskräfte dazu auf, während der Festtage keinerlei bewaffneten Aktionen durchzuführen und auf unsere Forderung positiv zu antworten. Wir sind der Meinung, das solch eine Haltung angebracht und richtig ist. Wir sind uns darüber bewusst, dass hierzu eine große Opferbereitschaft notwendig ist. Da wir jedoch zugleich auch denken, dass dies die beste Botschaft zum Ramadan-Fest für das türkische und das kurdische Volk sein wird, sollte diese Opferbereitschaft auch an den Tag gelegt werden. **Wir rufen vor allem die AKP-Regierung, die am meisten von den Werten des Islam redet, und die türkische Armee dazu auf, wenigstens in dem von uns genannten Zeitraum die Militäroperationen zu stoppen. Egal, wie auf unseren Aufruf geantwortet werden soll; als Bewegung glauben wir daran, dass HPG unserem Aufruf folgen wird und unterstreichen erneut, dass wir als Freiheitsbewegung Kurdistans auf einer demokratischen Lösung im Sinne der Völkerverständigung sowie gleicher und freier Einheit beharren werden.**

Wir werden bis zum Schluss gegen Auffassungen, die entgegen Geschwisterlichkeit auf Sklaventum und entgegen Frieden auf Gewalt beharren, Widerstand leisten und mit der Entschlossenheit des Sieges des Freiheitskampfs jegliche Vorbereitungen treffen, um dieser neuen Phase kraftvoll entgegenzukommen. Jeder soll sich darüber bewusst sein, dass die Entschlossenheit des 10. Kongress der PKK diese neue Phase bestimmen wird. In diesem Sinne möchten wir noch einmal unterstreichen, dass jegliche Kräfte, die für eine demokratische Lösung und Frieden sind, ihren Aufgaben gerecht werden müssen, damit auf diese positiven Botschaften von uns entsprechende Reaktionen folgen können.

In diesem Rahmen wünschen wir der gesamten islamischen Welt, vor allem dem kurdischen Volk ein frohes Ramadan-Fest und hoffen, dass es zum Anlass für Frieden, Geschwisterlichkeit und Behagen wird.

Präsidium des Exekutivrats der KCK
Präsidium des KONGRA-GEL

Steiniger Weg zum Atomstaat

Unverdrossen hält die Regierung Erdogan an ihrem ehrgeizigen Atomprogramm fest. Doch eine erhebliche Verzögerung bei der Auftragserteilung für das erste kommerzielle AKW der Türkei in Akkuyu an der türkischen Südküste bei Mersin scheint mittlerweile nahezu sicher.

Vor der Entgegennahme der Angebote vor einer Woche hatten fünf Bieterkonsortien die Regierung gebeten, das Ende der Ausschreibungsfrist um mindestens sechs Monate zu verschieben. Angesichts der Turbulenzen im Bankensektor hatten die Firmen Schwierigkeiten, die Kreditkosten für den auf fünf bis sechs Milliarden Dollar geschätzten Bau des Kernkraftwerks abzuschätzen.

Die Regierung aber blieb stur, was zur Folge hat, dass im Moment nur die AKW-Gegner jubeln. Hingegen gab es bei der für die Ausschreibung zuständigen halbstaatlichen Firma Tetas keinen Grund zum Jubel. Fünf Briefe enthielten eine Absage, nur ein Brief ein Angebot. Das einzige Angebot kam von der russischen „Atomstroyexport". Das russische Angebot wird noch geprüft. Doch wird allgemein mit einer neuen Ausschreibung gerechnet.

Die Turbulenzen auf den Finanzmärkten haben inzwischen noch zugenommen, und es ist ungewiss, wann ein günstigerer Zeitpunkt für eine neue Ausschreibung wäre. Dabei ist Akkuyu nur eines von drei bereits fix geplanten AKW. Weitere sollen folgen. Bis 2020 sollen acht Prozent der türkischen Stromproduktion aus AKW kommen, bis 2030 sogar 20 Prozent.

Der Stromverbrauch in der Türkei ist in den letzten Jahren jährlich um rund zehn Prozent gestiegen. Das letzte große Wasserkraftwerk der Türkei, das noch in Planung ist – der umstrittene Ilisu-Damm am Tigris –, könnte gerade anderthalb Prozent des gegenwärtigen Stromverbrauches decken. Einziger Ausweg ist derzeit der Import von immer mehr teurem Erdgas, vor allem aus Russland.

(DP, 1.10., ISKU)

---

der Urteilsbegründung wird ausgeführt, auf der Titelseite der seit Ende Mai bestehenden „Gelecek" habe sich ein Foto von Abdullah Öcalan befunden und dieser sei als „Führer des kurdischen Volkes" bezeichnet worden. Die „Alternatif" war wegen einer Reportage mit Murat Karayilan (KCK) sowie Aufzeichnungen der Verteidigergespräche mit Abdullah Öcalan verboten worden. Der Menschenrechtsverein IHD verurteilte im Rahmen einer Pressekonferenz in Istanbul die Erscheinungsverbote. Auch in Adana und Mersin protestierten zivilgesellschaftliche Organisationen gegen die Pressezensur.

(ÖP, 29.9., ISKU)

KURDISCHE BEWEGUNG
Kämpfe. Ziele. Perspektiven
Samstag 4.10. 12-18h (Seminar)
Kemalismus und Entstehung der kurdischen Frage Referent: Demir Kücükaydin / Hamburg (Schriftsteller und Journalist)
Geschichte des kurdischen Freiheitskampfes
Referent: Nick Brauns, Berlin (Historiker, Autor und Journalist)
Demokratische Republik und Demokratischer Konföderalismus
Referent: Reimar Heider, Köln (Publizist, Mitarbeiter "Internationale Initiative Freiheit für Abdullah Öcalan – Frieden in Kurdistan")

Sonntag 5.10. 17-20h (Podiumsdiskussion)
"Lösungsperspektiven zur kurdischen Frage" mit:
Murat Cakir, Berlin (Europäischer Friedensrat Türkei)
Brigitte Kiechle, Karlsruhe (Rechtsanwältin und Publizistin, mit N. Brauns Autorin des Buches: "Edi bese! Kurdistan - Schachbrett der internationalen Politik" 2008)
Songül Karabulut, Düsseldorf (Ceni – Kurdisches Frauenbüro für Frieden)
Moderation Nick Brauns (Kurdistan-Solidaritätskomitee Berlin)
Veranstalter: Kurdistan-Solidaritätskomitee Berlin
Im Statthaus Böcklerpark, Prinzenstr.1, 10969 Berlin

Quellen:

ANF	Firat Nachrichtenagentur
ÖP	Özgür Politika
DP	Die Presse

N û ç e

erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der
Informationsstelle Kurdistan
Schanzenstraße 117
20357 Hamburg
Tel.: 040 - 421 02 845
E-mail: isku@nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
Postbank Köln, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 3968-506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.isku.org

Nr. 382
10. Oktober 2008

Nûçe


Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@nadir.org
www.isku.org

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

HPG-Erklärung zur Bezele-Aktion

Nach einer Erklärung des Pressezentrums der Volksverteidigungskräfte HPG sind bei der Guerillaaktion gegen den Militärposten Bezele 62 Soldaten ums Lebens gekommen und 32 weitere verwundet worden. Neun HPG-Kämpfer haben ihr Leben verloren.
In der Erklärung heißt es: „Am 3. Oktober 2008 wurde von unseren Guerillakräften gegen eine Militäreinheit, die vom Militärposten Aktütün (Bezele) in der Provinz Hakkari aus eine Militäroperation startete, ein Angriff unternommen. Gleichzeitig fand ein Angriff auf drei Gipfel statt, die von diesem Militärposten aus kontrolliert wurden. Die Aktion wurde gegen 13 Uhr begonnen und dauerte bis 17 Uhr. Es kam zu heftigen Gefechten auf allen drei Gipfeln. Zeitgleich wurde der Militärposten unter schweren Beschuss gesetzt. Im Anschluss an die Gefechte wurden die Posten auf den drei Gipfeln von der Guerilla eingenommen.“ Der Militärposten Bezele sei in Gefechten, die bis in die Mittagstunden des 4. Oktober andauerten, überwiegend zerstört worden.
„Im Verlauf des Gefechts verlor die türkische Armee vollkommen die Initiative. Von Kampfflugzeugen aus wurden mehrere Stellen bombardiert, darunter auch Gipfel, die unter der Kontrolle des Militärpostens standen. Einer der Kobra-Helikopter, die zum Ort des Gefechts anrückten, wurde von der Guerilla getroffen und musste das Gebiet wieder verlassen.“ Weiterhin sei eine große Anzahl von Waffen und Ausrüstung erobert und teilweise zerstört worden. Am 4. und 5. Oktober wurde außerdem das Tal Basya vom türkischen Militär bombardiert.

Angriff auf Polizeibus in Amed
In Amed sind bei einem Angriff mit Schusswaffen auf einen Polizeibus nach ersten Angaben sechs Polizisten ums Leben gekommen und weitere 23 Personen verletzt worden. Nach dem Vorfall wurden Razzien in mehreren Stadtvierteln durchgeführt, bei denen bisher über 30 Personen festgenommen wurden. Die Stadtteile Aziziye und Cumhuriyet sind mit Polizeieinheiten besetzt, nahezu sämtliche Häuser, Geschäfte, Fahrzeuge und verdächtige Personen werden durchsucht. Auch an allen Zufahrtswegen in die Stadt sind Kontrollposten aufgestellt. Nach Angaben des örtlichen Polizeichefs besteht eine staatsanwaltschaftliche Pauschalgenehmigung für Durchsuchungen aller Art. Nach dem Anschlag erklärten die OrganisatorInnen der in Lice für Donnerstag geplanten Aktion „Lebende Schutzschilde“, die Demonstration müsse aufgrund der herrschenden Bedingungen verschoben werden.

Bilanz der militärischen Auseinandersetzungen im September
Während des Monats September hat die türkische Armee 43 Operationen gegen HPG Kräfte durchgeführt, dabei kam es zu 36 Gefechten. HPG Kräfte haben im Gegenzug zu diesen Operationen 34 Aktionen durchgeführt. Bei den Gefechten und Aktionen im September sind 169 Soldaten und 11 Guerillas ums Leben gekommen.

Militäroperationen:	43
Gefechte:	36
HPG Angriffe:	34
Verluste der türkischen Armee:	169
darunter Offiziere:	9
Verwundete :	82
Zerstörte Armeefahrzeuge:	7
Abgeschossene Helikopter:	1
Beschädigte Helikopter:	1
Gefallene Guerillas:	11

(ANF, 5./9.10., HPG, 6.10., ISKU)

Europäer schicken „Blauen Brief“ an Türkei

Ilisu Ausstieg offiziell eingeleitet

Jetzt ist es offiziell: Deutschland, Österreich und die Schweiz wollen aus dem Ilisu-Projekt in der Türkei aussteigen. Laut Staatssekretär Erich Stather vom deutschen „Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung“ haben die drei Länder gestern die Ausstiegsklausel aktiviert. Damit hat die Türkei ab jetzt nur noch 60 Tage Zeit, die an die das Ilisu-Projekt geknüpften Auflagen zu erfüllen. Nach Ansicht von Nichtregierungsorganisationen ist kaum zu erwarten, dass die Türkei in zwei Monaten das umsetzt, was sie zuvor zwei Jahre lang ignoriert hat.
„Pünktlich zu Nikolaus am 6. Dezember könnte dann der Ausstieg vollzogen werden. Nie zuvor hat es einen derartigen diplomatischen Schritt in der Geschichte der europäischen Exportwirtschaft gegeben“, so Ulrich Eichelmann von ECA Watch Österreich. „Wir begrüßen diese längst überfällige Entscheidung der drei europäischen Regierungen sehr. Sie ist ein großer Erfolg für die Kampagne zum Ilisu-Staudamm“, freut sich Heike Drillisch von der deutschen Ilisu-Kampagne Gegenströmung. „Wir werden jedoch genau darauf achten, dass nicht noch in letzter Sekunde ein fauler Kompromiss mit der Türkei eingegangen wird.“
Die Ausstiegsandrohung war notwendig geworden, weil unabhängige Experten wiederholt nachgewiesen hatten, dass die Türkei sich nicht an Auflagen hält und internationale Standards ignoriert. Im März 2007 hatten die drei Staaten mit der Türkei einen Vertrag über die Haftungsgarantien unterzeichnet, um damit die Arbeiten „ihrer“ Baufirmen (Andritz AG, Züblin AG, Alstom) am Ilisu-Staudamm zu versichern. Daraufhin sagten die Bank Austria, jetzt UniCredit, die deutsche Deka Bank und die französische Société Générale Kredite in Höhe von mindestens 450 Mio Euro zu. Doch diese Summe dürfte dem Projekt nun nicht mehr zur Verfügung stehen, denn durch den staatlichen „Einstieg in den Ausstieg“ werden wohl auch die Banken ihre Kreditzusagen zurückziehen. Damit werden auch die Aufträge der Baufirmen fraglich.
„Der wahrscheinliche Ausstieg der Europäer ist eine gute Nachricht für die Bewohner von Hasankeyf und Motivation für uns, den Widerstand auch in der Türkei zu erhöhen. Wir haben jetzt wieder eine echte Chance, unsere Heimat mit seinen jahrtausende alten Kulturschätzen und seiner Natur zu erhalten“, so der Bürgermeister von Hasankeyf, Abdulvahap Kusen.
Weltweiter Widerstand hat „Ilisu“ zu dem meist beachteten und umstrittensten Staudammprojekt gemacht. Eine Delegation aus Hasankeyf mit Bürgermeister Kusen, dem türkischen Naturschutzverein Doga Dernegi, Vertretern der deutschen und österreichischen Ilsiu-Kampagne ist derzeit in Berlin, um für den endgültigen Ausstieg zu werben.

50.000 auf Hasankeyf-Konzert
Im Rahmen des 5. Hasankeyf-Kulturfestivals hat in Hasankeyf ein Konzert mit knapp 50 KünstlerInnen und 50.000 TeilnehmerInnen stattgefunden. Das Konzert dauerte von abends bis morgens. Zuvor wurden eine zehn Kilometer lange Demonstration unter dem Motto „Hasankeyf wird nicht überflutet werden“ sowie ein Symposium mit internationaler Beteiligung durchgeführt.

(ÖP, 6.10., Weed, 8.10. ISKU)

Meldungen

Kein Kontakt zu Öcalan
Der wöchentliche Besuch bei Abdullah Öcalan hat auch diesen Mittwoch nicht stattgefunden. Drei seiner Anwälte mussten bereits in Gemlik, wo das Boot zur Gefängnisinsel Imrali ablegt, umkehren. Die zuständige Jandarmakommandantur gab an, das Wasserfahrzeug sei defekt.
(ANF, 08.10., ISKU)

Schäuble: Roj TV aus politischen Gründen verboten
Der deutsche Innenminister Wolfgang Schäuble hat vor einer Gruppe türkischer Journalisten in Berlin zugegeben, dass der kurdische TV-Kanal Roj TV nicht aus juristischen, sondern aus politischen Beweggründen verboten worden ist. Mit der türkischen Regierung bestehe eine „enge Zusammenarbeit im Antiterrorkampf“ und das Verbot von Roj TV sei ein „schönes Beispiel dieser Zusammenarbeit“, so Schäuble.
(ANF, 8.10., ISKU)

Kurdische Medienmitarbeiter protestieren gegen Verbote
In Amed haben MitarbeiterInnen kurdischer Medien gegen die zunehmende Repression protestiert. Um das Ausmaß der Zeitungsverbote zu demonstrieren, hängten sie die kriminalisierten Printmedien an einer Kette vor dem Gerichtsgebäude auf. Weiterhin zeigten sie Schilder, die mit Parolen wie „Eine Schande für die Türkei“ und „Hieß es nicht, kurdisch sei erlaubt?“ auf arabisch, kurdisch, englisch und türkisch. Die TeilnehmerInnen der Protestkundgebung riefen dazu Parolen wie „Die freien Medien lassen sich nicht zum Schweigen bringen“ und „Keine Repression kann uns einschüchtern“.
Vorausgegangen war der Aktion ein gegen die einzige kurdischsprachige Tageszeitung Azadiya Welat ausgesprochenes einmonatiges Erscheinungsverbot.
(ANF, 8.10., ISKU)

PKK-Prozess in Holland eingestellt
In Holland ist ein Prozess gegen 16 mutmaßliche PKK'ler eingestellt worden. Das Verfahren war nach einer polizeilichen Razzia im Jahr 2004 in einem ländlichen Gehöft in Liempde eingeleitet worden. Bei der Razzia waren 39 KurdInnen festgenommen worden. Von ihnen wurden 16 Personen angeklagt.
Das zuständige Gericht in Den Bosh entschied nun, ein gerechtes Verfahren sei nicht möglich, da die Türkei eine Anhörung von

Solidarität mit den Hungerstreikenden im Iran

In mehreren europäischen Städten fanden am Wochenende Solidaritätsaktionen für die politischen Gefangenen im Iran statt, die sich seit dem 25. August im Hungerstreik befinden.
In Hamburg fand auf der Mönckebergstraße eine Kundgebung statt, bei der zwei symbolische Galgen aufgestellt wurden. Die Polizei beschlagnahmte nach der Aktion KCK-Fahnen und Öcalan-Bilder. In London fand am Sonntag eine Kundgebung statt. In Bremen, Hannover, Köln und Paris fanden zweitägige Solidaritätshungerstreiks statt. In Anvers ist ein achttägiger Hungerstreik begonnen worden. In Leipzig ist ab dem 9. Oktober ein dreitägiger Hungerstreik geplant, der am 11. Oktober mit einer Kundgebung beendet werden soll. In Berlin nahmen etwa 200 Menschen an einer Demonstration am Sonntag zur Gedächtniskirche teil. Auch in Adana und Istanbul in der Türkei fanden Protestkundgebungen gegen den Iran statt.
Der Gesundheitszustand der seit dem 25. August hungerstreikenden kurdischen politischen Gefangenen im Iran verschlechtert sich zunehmend. Aus dem Gefängnis in Seqiz wurden mindestens drei Aktivisten ins Krankenhaus überstellt. Dabei handelt es sich um Ebdullah Huseyni, Xelil Mistefa Receb (aus Südwestkurdistan/ Syrien) und Arif Ebdullazade.
Für Menschenrechtsorganisationen ist es schwer, Informationen über die Situation in den Gefängnissen zu bekommen. Vielen Gefangenen ist der Kontakt zu Angehörigen untersagt. Bekannt ist lediglich, dass der Hungerstreik in mindestens zwölf Gefängnissen durchgeführt wird und eine Erfüllung der Forderungen der Gefangenen durch das iranische System ausbleibt. Von Angehörigen war zu erfahren, dass sich einige der Gefangenen die Lippen zugenäht haben.
An dem von PJAK- und PKK-Gefangenen begonnenen Hungerstreik, beteiligen sich auch der zum Tode verurteilte kurdische Lehrer, Journalisten, Studierende, Menschenrechtler und Feministinnen. Sie fordern eine Anerkennung ihrer politischen Identität, eine Beendigung der unmenschlichen Vorgehensweisen und Folter in den Haftanstalten, eine Verbesserung der Haftbedingungen ohne Unterscheidung von zivilen und politischen Gefangenen, die Ermöglichung einer Kontrolle der Gefängnisse durch iranische und internationale Menschenrechtsorganisationen sowie radikale Reformen entsprechend menschlicher Werte der Gerichte der islamischen Republik. In iranischen Gefängnissen befinden sich über 400 PJAK- und PKK-Gefangene. Wie viele von ihnen sich an dem Hungerstreik beteiligen, ist unbekannt. Nach ANF vorliegenden Informationen sind es in Urmiye 35, in Sine 16, in Mako 18, in Seqiz 5, in Teheran mindestens 5 und in Merivan mindestens ein Gefangener. Es ist aber zu vermuten, dass die tatsächliche Anzahl der Hungerstreikenden noch höher ist.
Die PJAK gab indessen eine Erklärung heraus, in der darauf hingewiesen wird, dass das erste Opfer der aktuellen Hinrichtungswelle Hasan Hekmet Demir war, der im letzten Winter gehängt wurde. Die PJAK forderte ein Ende der Todesstrafe und Folter in Iran und Kurdistan. Sie forderte die internationale Gemeinschaft, die Vereinten Nationen, Menschenrechtsorganisationen und alle demokratischen Kräfte auf, sich auf die Seite des kurdischen und iranischen Volkes zu stellen in ihrem Kampf für Freiheit, Demokratie und Frieden.

Beendigung des Hungerstreiks zu erwarten

Auf einer Pressekonferenz im Europaparlament in Brüssel haben EU-Parlamentarier die seit dem 25. August im Hungerstreik befindlichen politischen kurdischen Gefangenen im Iran dazu aufgerufen, ihre Aktion zu beenden. Auf der Pressekonferenz sprachen Vittorio Agnoletto, Paulo Casaco, Shemal Bishir und Adem Uzun. Die EU-Parlamentarier forderten eine Demokratisierung des Iran sowie Recherchen vor Ort von EU-Abordnungen. Im Namen des Solidaritätskomitees mit den Hungerstreikenden erklärte Bishir Shemal, der Hungerstreik habe sein Ziel erreicht.Ein KNK-Sprecher erklärte gegenüber ANF, es habe Gespräche zwischen den Gefangenen in Urmiye und iranischen Stellen gegeben, wobei den Gefangenen zugesichert worden sei, auf ihre Forderungen einzugehen, wenn sie innerhalb von fünf Tagen den Hungerstreik beendeten. Nach Angaben des KNK-Sprechers bedeute dies kein Versprechen des Iran, aber mit dem Hungerstreik seien politische Ergebnisse erreicht worden.

(PJAK, 9.10, ANF, 2./3./9.10., ÖP, 6.10., ISKU)

Türkisches Parlament debattiert weitere Militäroperationen im Nordirak

Blankovollmacht für Angriffe

In nationalistisch aufgeladener Atmosphäre hat das türkische Parlament am Mittwoch über eine Verlängerung der Vollmacht an den Generalstab diskutiert, im Nordirak nach eigenem Gutdünken Militärschläge gegen die kurdische Guerillaorganisation PKK durchzuführen. Die Erneuerung der im vergangenen Oktober erstmals erteilten Befugnis sei notwendig, um die PKK endgültig aus ihren nordirakischen Rückzugsgebieten zu vertreiben, hatte die türkische Armeeführung im Vorfeld argumentiert.
Die linke Opposition hingegen appellierte vor der Abstimmung, die »gefährliche Blankovollmacht auf keinen Fall noch einmal auszustellen«. Mindestens 773 Armeeangehörige und Guerilleros seien seit der erstmaligen Verabschiedung vor einem Jahr bei Gefechten ums Leben gekommen, rechnete der Vorsitzende der »Partei für eine demokratische Gesellschaft« (DTP), Ahmet Türk, vor. Doch von einer Lösung sei man beim Kurdenproblem inzwischen weiter entfernt als jemals zuvor. Durch die Eskalationspolitik der Regierung seien ethnische Spannungen zwischen Kurden und Türken gefährlich angeheizt worden. Auch Ufuk Uras von der sozialistischen »Partei der Freiheit und Solidarität« (ÖDP) forderte eine sofortige Einstellung der Angriffe im Nordirak. Die Ursachen des Kurdenproblems seien hausgemacht und müßten deshalb auch innerhalb der Landesgrenzen mit demokratischen Mitteln gelöst werden.

Vertreter der Regierung und der Opposition zeigten sich entschlossen, den »Kampf gegen die Terroristen um jeden Preis fortzusetzen«. Die Verabschiedung der Ermächtigung wenige Tage nach dem verheerenden PKK-Angriff auf eine Militärbasis sei eine Frage der »nationalen Geschlossenheit«, erklärte Kabinettschef Tayyip Erdogan. Seine Regierung sei bereit, auch noch weiter gehende Forderungen der Militärs zu erfüllen: »Sagen Sie uns, was Sie brauchen – wir werden es bereitstellen«, so Erdogan in Richtung Generalstab. Vertreter der kemalistischen CHP und der ultranationalistischen MHP verlangten einen sofortigen Einmarsch in den Nordirak, um »das Terrorproblem zu beenden«.

Beobachter erwarteten, dass bei der nach Redaktionsschluß erfolgten Abstimmung eine überwältigende Mehrheit der 550 Abgeordneten für eine Verlängerung der Blankovollmacht votieren würde. Gegen eine Verlängerung hatten sich in den vergangenen Tagen lediglich die 22 Abgeordneten der linken Opposition ausgesprochen.

(jW, 9.10., ISKU)

Zeugen aus der Türkei unterbunden habe. Die Ladung der Zeugen – ehemaliger PKK'ler – war von den holländischen Anwälten der Angeklagten beantragt worden, nachdem die Türkei die Angeklagten belastende schriftliche Aussagen dieser inhaftierten Ex-PKK'ler vorgelegt hatte. Die Verteidigung sah den Verdacht gegeben, bei diesen Aussagen könne es sich um Falschaussagen handelt. Ein Gericht in der Türkei lehnte jedoch ein entsprechendes Gesuch seiner niederländischen Kollegen ab. Daraufhin hatte die Staatsanwaltschaft bereits im Juli eine Einstellung des Verfahrens gefordert. *(ANF, 8.10., ISKU)*

Antiterrorgipfel fordert Rücknahme der EU-Anpassungsgesetze

Der Generalstab der türkischen Armee, erfolglos im militärischen Kampf gegen die PKK, hat die Rücknahme verschiedener Rechte und Freiheiten, die im Rahmen der Anpassung an EU-Normen erlassen worden sind, gefordert. „Mit der heutigen Gesetzeslage ist es nicht möglich, den Kampf gegen die PKK zu führen", hieß es auf einem Antiterrorgipfel in Ankara, an dem 30 Spezialisten aus Generalstab, Verteidigungsministerium, Gendarmerie-Kommandantur, Justizministerium, Polizei und Staatsanwaltschaft teilnahmen.
Bemängelt wurden u.a. eine Beschränkung der Festnahmedauer sowie das Recht auf anwaltliche Vertretung im Verhör und die Voraussetzung eines staatsanwaltschaftlichen Beschlusses bei Hausdurchsuchungen.

(ANF, 5.10., ISKU)

Quellen:

ANF	Firat Nachrichtenagentur
ÖP	Özgür Politika
jW	junge Welt
hpg	hpg-online.com

Termine:

Gedenkveranstaltung für Andrea Wolf (Ronahi)
und alle im Oktober gefallenen Kämpferinnen
25.10.2008, Beginn: 15.00 Uhr
Universität Hamburg - Hörsaal Erziehungswissenschaften
Von Melle Park 8

N û ç e
erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der
Informationsstelle Kurdistan
Schanzenstraße 117
20357 Hamburg
Tel.: 040 - 421 02 845
E-mail: isku@nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
Postbank Köln, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 3968-506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.isku.org

Nr. 383
17. Oktober 2008

Nûçe



Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@nadir.org
www.isku.org

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

Iran: Hungerstreik am 47. Tag beendet

Die kurdischen politischen Gefangenen, die im Iran am 25. August in Hungerstreik getreten waren, haben ihre Aktion am 47. Tag beendet. In einer Erklärung der Gefangenen heißt es, der Streik sei nach Aufrufen von Abdullah Öcalan und der KCK sowie des KNK, des Solidaritätskomitees mit den Hungerstreikenden und EU-Parlamentariern beendet worden.
Zuvor war bereits bekannt geworden, dass der Iran bei Gesprächen mit Gefangenen in Urmiye zugesagt hatte, auf die Forderungen einzugehen, wenn der Hungerstreik innerhalb von fünf Tagen aufhöre. Als Ergebnis wird eine Verbesserung der Haftbedingungen erwartet. Die Gefangenen, die das als ein verändertes Verhalten des iranischen Regimes bewerteten, warnten jedoch, andernfalls den Hungerstreik neu aufzunehmen. Die Solidarität mit den zur Todesstrafe verurteilten Gefangenen gehe weiter. „Bis sich dieses Regime demokratisiert und insbesondere bis die Todesstrafe abgeschafft wird, werden wir uns wann immer notwendig mit verschiedenen Aktionsformen dafür einsetzen“, heißt es in der Erklärung. Das Hauptziel des Hungerstreiks sei es gewesen, den Versuch, den Willen der Gefangenen und des kurdischen Volkes zu brechen, abzuwehren; dies sei erfolgreich gelungen.
Auch in Europa war der Hungerstreik mit vielen Solidaritätsaktionen begleitet worden. In iranischen Gefängnissen befindet sich über 400 PJAK- und PKK-Gefangene. Wie viele sich von ihnen dem Streik angeschlossen hatten, ist nicht bekannt. Verschiedene Quellen berichten von 100 bis 300 hungerstreikenden Gefangenen. An der Aktion beteiligten sich auch kurdische Lehrer, Journalisten, Studierende, Menschenrechtler und Feministinnen. Mindestens acht politische Gefangene sind aktuell von der Hinrichtung bedroht. Davon sind fünf Lehrer, zwei Studierende und einer von der PJAK.

(ANF, 10.10., ISKU)

Tod eines Häftlings

"Kultur der Folter"

"Null Toleranz" gegenüber Folter und Misshandlungen versprach der türkische Ministerpräsident Tayyip Erdogan seinen Landsleuten. Hätte er sein Versprechen eingelöst, könnte Engin Ceber vielleicht noch leben. Der 29-Jährige starb am Samstag nach schwersten Misshandlungen in Polizeihaft.
Am 28. September war Ceber in Istalbul bei Protesten gegen Polizeiwillkür gemeinsam mit dem 22-jährigen Özgür Karakaya und dem 18-jährigen Cihan Gün festgenommen worden. Ein Anwalt der drei Männer berichtete laut Anmesty International, die Gefangenen seien wiederholt mit hölzernen Knüppeln geschlagen worden, hätten sich ausziehen müssen und seien in Wasser untergetaucht worden. Außerdem hätten sie Schläge und Fußtritte am ganzen Körper erhalten. Die Misshandlungen sollen mehrere Tage angedauert haben. Ceber wurde am 7. Oktober mit schweren Verletzungen in ein Krankenhaus gebracht. Dort starb er drei Tage später an den Folgen einer Gehirnblutung.
Der türkische Justizminister Mehmet Ali Sahin hat sich inzwischen bei den Angehörigen des Opfers entschuldigt und Aufklärung angekündigt. 19 Polizisten und Gefängnisaufseher wurden vorläufig vom Dienst suspendiert, unter ihnen auch ein Gefängnisarzt.
Dass in türkischen Polizeiwachen und Gefängnissen weiter gefoltert wird, hat auch mit einer, wie Meschenrechtler sagen, "Kultur der Folter" zu tun. Nach einer Erhebung der Organisation World Public Opinion sind 51 Prozent der Türken der Meinung, es sei akzeptabel, Terroristen zu foltern. 18 Prozent finden, Folter solle generell erlaubt sein.
Statistiken des Justizministeriums in Ankara zufolge erhoben 2006 und 2007 mehr als 4700 Personen Beschwerde, weil sie in Polizeigewahrsam oder Haft Folter oder Misshandlungen erdulden mussten. Demzufolge wurden rund 3900 Strafverfahren eingeleitet. Hüsnü Öndül, Vorsitzender der türkischen Menschenrechtsvereinigung IHD, hält die Zahlen für untertrieben: "Sie umfassen nur jene, die den Mut hatten, sich bei den offiziellen Stellen zu beschweren." Viele schwiegen aus Scham oder Furcht vor Repressionen. In Wirklichkeit sei die Zahl der Folteropfer drei bis vier Mal so hoch, sagt Öndül.

(FR, 16.10., ISKU)

Folter an Gefangenen in Diyarbakir

Die Personen, die in den letzten Tagen im Rahmen der auf einen Angriff auf ein Polizeifahrzeug folgenden Repressionen festgenommen wurden, wurden gefoltert.
Bei dem Angriff auf die Polizei kamen 4 Polizisten, ein Fahrer ums Leben und 18 wurden verletzt. In Folge dieses Angriffs wurden die Stadtviertel Aziziye, Cumhuriyet und Gürdoğan von Spezialeinheiten der Polizei abgeriegelt und viele Hausdurchsuchungen in diesen Vierteln, wie auch im Stadtzentrum durchgeführt.
Die Verhöre der bei den Hausdurchsuchungen in Gewahrsam genommenen, dauern an.
Die Personen im Gewahrsam wurden durch Folter unter Druck gesetzt die Anschuldigungen zu akzeptieren. Ihnen wird seit zwei Tagen der Schlaf entzogen und sie werden durch ständige Schläge in den Unterleib und auf die Geschlechtsteile gefoltert. Bis jetzt konnte keiner der Festgenommenen dazu gebracht werden die Anschuldigungen zu akzeptieren.
Die Personen im Gewahrsam werden vermutlich am Samstag oder Sonntag dem Staatsanwalt vorgeführt werden. In der Zwischenzeit gehen die massiven Repressionen und Durchsuchungen in Diyarbakır weiter. Gestern wurden zusätzlich im Stadtviertel Bağlar zahlreiche Wohnungen durchsucht.

(indy, 11.10., ISKU)

Meldungen

Isolation Öcalans im Europarat
Auf der Tagesordnung des Europarats steht heute der im März diesen Jahres vom Antifolterkomitee CPT veröffentlichte Untersuchungsbericht zu den Haftbedingungen von Abdullah Öcalan auf der Gefängnisinsel Imrali. Auf der heutigen Sitzung, an der Delegierte von 47 Staaten teilnehmen, wird die Abordnung der Türkei, die ebenfalls Mitglied im Europarat ist, gefragt werden, ob es entsprechend der Vorschläge des CPT Änderungen der Haftbedingungen gegeben hat. Die Sitzung ist nicht öffentlich.
Der am 6. März 2008 veröffentlichte Untersuchungsbericht beruht auf einem Besuch des CPT auf der Insel Imrali zwischen dem 19. und 22. Mai 2007.

(ÖP, 15.10., ISKU)

Militärhubschrauber abgeschossen
In Hakkari-Kavakli hat die Guerilla einen Militärhubschrauber abgeschossen. Dabei sind nach ersten Angaben fünf Soldaten ums Leben gekommen, 19 weitere wurden verletzt. Zuvor war es zu einem Gefecht zwischen Guerilla- und Militäreinheiten gekommen. Der abgeschossene Helikopter war einer von mehreren, die zur Verstärkung im Operationsgebiet anrückten. Der Generalstab bestätigte den Absturz, nannte als Grund jedoch einen technischen Defekt. Die Militäroperation in der Region dauert an.

(ANF, 16.10., ISKU)

Razzia in kurdischen Medieneinrichtungen in Amed
In Amed sind zeitgleich die Vertriebsfirma Firat und der Verlag Aram polizeilich durchsucht worden. Bei der Razzia wurden CDs, Fotos, Dokumente, Festplatten sowie Bücher aus den Archiven beschlagnahmt. In der Vertriebsfirma Firat wurde der Verwaltungsleiter der kurdischen Tageszeitung Azadiya Welat, Haydar Tekin, festgenommen. Azadiya Welat ist zur Zeit mit einem einmonatigen Erscheinungsverbot belegt. Als Begründung für die Razzien diente der Verdacht, es würden sich verbotene und nicht zugelassene Dokumente, Bücher und CDs dort befinden.
Der Verlag Aram hatte erst kürzlich seinen Sitz von Istanbul nach Amed verlegt.

(ANF, 14.10., ISKU)

Mitglieder des Newroz Vorbereitungskomitees Şırnak/Idil verurteilt
Es werden weitere Urteile gegen Mitglieder des Vorbereitungsko-

Kriegsdienstverweigerer nach öffentlicher Aktion verhaftet

Am vergangenen Freitag erklärte Ahmet Karayay vor dem Denkmal für Menschenrechte in Ankara seine Kriegsdienstverweigerung. Vor etwa 100 UnterstützerInnen setzte er damit ein Zeichen gegen Krieg: "Als Mensch schulde ich dem Staat gegenüber keinen Militärdienst. Ich verstehe es als meine Pflicht, die Welt so weit wie möglich zu schonen und den nachfolgenden Generationen eine saubere und lebenswerte Erde zu hinterlassen. Die Erde braucht keine Soldaten, sondern bewusste Menschen." Ahmet Karayay wird bei diesem Schritt von verschiedenen Organisationen im In- und Ausland unterstützt.
Der 34-jährige verlebte seine Kindheit in Stuttgart, bevor ihn seine Eltern auf ein Internat in der Türkei schickten. Dort studierte er deutsche Sprache und Literatur. Nach seinem Studium entzog er sich mehrere Jahre der Ableistung des Militärdienstes. Nach fünf Jahren Illegalität wollte er sich nach der Aktion dem Militär stellen, was jedoch durch die Festnahme der Polizei vereitelt wurde. Ahmet Karayay wurde im Anschluss an seine Rede festgenommen. Seine Äußerungen würden den Straftatbestand der "Distanzierung des Volkes vom Militär" erfüllen. Nach Artikel 318 des türkischen Strafgesetzbuches droht ihm damit eine Verurteilung mit bis zu zwei Jahren Haft. Nach über zwei Stunden wurde er nach Angaben seiner Rechtsanwältin Senem Doganoglu auf freien Fuß gesetzt. Da das Rekrutierungsbüro zu dieser Zeit bereits geschlossen war, will sich Ahmet Karayay nun Anfang kommender Woche dem Militär stellen und auf seiner Kriegsdienstverweigerung beharren.
Die Türkei verfolgt Kriegsdienstverweigerer auf zweierlei Art und Weise. Zum einen werden öffentliche Äußerungen gegen das Militär unter Strafe gestellt. Zum zweiten wird das Recht auf Kriegsdienstverweigerung nicht anerkannt. Kriegsdienstverweigerer wie Halil Savda, Osman Murat Ülke, Mehmet Tarhan oder Mehmet Bal wurden wegen Befehlsverweigerung bzw. Ungehorsam bis zu sieben Mal verurteilt. Die Wehrpflicht gilt erst nach Ableistung des Militärdienstes als erfüllt.
Im Rahmen der Beitrittsverhandlungen zur EU hatte die Europäische Kommission wiederholt die Strafverfolgung von freien Meinungsäußerungen kritisiert. Zudem verstößt die Türkei mit der Verfolgung der Kriegsdienstverweigerer gegen ein Urteil des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte vom 24. Januar 2006. Darin hatte das Gericht festgestellt, dass wiederholte Anklagen gegen Kriegsdienstverweigerer in Verbindung mit der Möglichkeit einer lebenslangen Strafverfolgung "im Missverhältnis zu dem Ziel stehen, die Ableistung des Militärdienstes sicherzustellen" und damit die Europäische Menschenrechtskonvention verletzen.
Connection e.V., die Deutsche Friedensgesellschaft – Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK) und die Zentralstelle KDV fordern die Türkei dazu auf, das Menschenrecht auf Kriegsdienstverweigerung anzuerkennen und die Strafverfolgung gegen alle Verweigerer einzustellen.
Weitere Informationen erhalten Sie unter Tel.: 069-8237 5534 oder unter www.Connection-eV.de/ Tuerkei/ karayay.html
(Con, 11.10., ISKU)

Kurdenfeindliche Übergriffe gehen weiter

Die kurdenfeindlichen Übergriffe in der Westtürkei reißen nicht ab. In Aydin-Ortaklar ist damit begonnen worden, Autos von Kurden abzufackeln. Bisher sind sechs Fahrzeuge verbrannt. Die Polizei trifft dagegen keine Maßnahmen. Die ansässigen Kurden haben damit begonnen, nachts Wachen aufzustellen. Nach den Lynchversuchen in Balikesir-Altinova kam es in mehreren Städten zu weiteren Angriffen. So wurde in Mersin-Tarsus ein Geschäft eines Kurden niedergebrannt. In Maras-Elbistan wurden zwei kurdische Arbeiter von einer Gruppe Rassisten angegriffen. In der Ägäis kommt es täglich zu neuen Übergriffen. In Dikili wurde ein Brandanschlag auf ein DTP-Gebäude verübt, die DTP-Zentralen in Denizli und Sarayköy wurden mit Steinen beworfen.
(ÖP, 14.10. ISKU)

Pamuk kritisiert eingeschränkte Meinungsfreiheit in der Türkei

Scharfe Kritik übte der türkische Literaturnobelpreisträger Orhan Pamuk bei der Eröffnung der 60. Frankfurter Buchmesse an Einschränkungen der Meinungsfreiheit in seiner Heimat. "Der Hang des türkischen Staates, Bücher zu verbieten und Schriftsteller zu bestrafen, hält leider immer noch an", sagte der 56-Jährige in seiner literarischen Eröffnungsrede laut Manuskript. Aufgrund des Paragrafen 301 des türkischen Strafrechts, "mit dem man Schriftsteller wie mich einzuschüchtern versucht", würden Hunderte von Schriftstellern und Journalisten gerichtlich belangt und verurteilt.
Wortlaut-Auszüge aus Pamuk Redemanuskript in der Übersetzung von Gerhard Meier
"(...) Wir Türken haben uns in den letzten hundert Jahren so missverstanden gefühlt, dass wir aus dieser Einstellung geradezu einen Teil unseres Selbstverständnisses beziehen. Von den anderen nicht anerkannt zu werden, ist für die meisten von uns nachgerade ein Beweis für die Originalität und die Substanz unserer Kultur und Literatur. So wie manche Vertreter experimenteller Literatur vielleicht zurecht darauf stolz sind, von den Lesern weitgehend verschmäht zu werden, so gilt auch die Missachtung der türkischen Literatur einigen geradezu als Attest für deren marginale Besonderheit. Das mag ja angehen. Doch wer aus dem Unverstandensein einfach auf interkulturelle Unverträglichkeiten schließt, um daraus gar noch eine gewisse Aura abzuleiten, der leistet einem um sich greifenden gefährliche Gedanken Vorschub, nämlich der Vorstellung, auch die vom Westen entwickelten Ideale von Demokratie und Meinungsfreiheit seien uns von Natur aus fremd und mit unserer Lebensart nicht zu vereinbaren, ja dieser schlichtweg abträglich. (...) Der Hang des türkischen Staates, Bücher zu verbieten und Schriftsteller zu bestrafen, hält leider immer noch an. Aufgrund des Paragrafen 301 des türkischen Strafrechts, mit dem man Schriftsteller wie mich einzuschüchtern versucht, werden Hunderte von Schriftstellern und Journalisten gerichtlich belangt und verurteilt. Während der Arbeit an meinem dieses Jahr veröffentlichten Roman brauchte ich raschen Zugriff zu alten türkischen Filmen und Liedern, was dank YouTube kein Problem war. Heute dagegen schon. Der Zugang zu YouTube und Hunderten von anderen in- und ausländischen Webseiten wird den Menschen in der Türkei nämlich aus politischen Gründen verwehrt. Den Machthabern dürfte das alles sehr recht sein, doch wir Schriftsteller, Verleger und Künstler und überhaupt jeder, der in der Türkei aktiv oder passiv am Kulturleben teilhat, vermag diese Maßnahmen allein schon deshalb nicht zu begreifen, weil unsere Kultur und Literatur doch weltweit Verbreitung finden. (...)"
(DS, 14.10., ISKU)

mittees erwartet. Sie werden von der Staatsanwaltschaft in Idil beschuldigt, Einladungen zum Newrozfest auf Kurdisch und Türkisch verteilt zu haben.
Im letzten Prozess gegen 7 Personen wurde für alle eine 6 monatige Haftstrafe verhängt. Auf Antrag der Verteidigung konnte die Haftstrafe in eine Geldstrafe von 3600 YTL umgewandelt werden. Der Sprecher des Organisationskomittees Faik Kaplan sagte zu der Strafe: "Unser Ziel war es, unsere Bevölkerung zum Newrozfest einzuladen. Wir haben die Einladung auf Kurdisch und Türkisch erstellt." *(ANF, 15.10., ISKU)*

Türkei verdüstert
Amnesty International hat zu Beginn der Frankfurter Buchmesse darauf hingeweisen, dass in der Türkei, dem diesjährigen Schwerpunktland der Messe, ethnische,religiöse und sexuelle Minderheiten nach wie vor unterdrückt und diskriminiert werden. »Wir freuen uns, daß die Türkei unter dem Motto ›Faszinierend farbig‹ Schwerpunktland der diesjährigen Buchmesse ist«, sagte Amke Dietert, Türkeiexpertin von Amnesty International. »Aber die ›Farbigkeit‹, mit der sich die offizielle Türkei hier präsentieren will, fällt aus Sicht der Menschenrechte eher düster aus.« Die Meinungsfreiheit sei weiterhin eingeschränkt, die Macht der Militäts ungebrochen und in kurdischer Sprache dürfe kein Schulunterricht erfolgen. *(jW, 15.10., ISKU)*

Önder Dolutas ist frei!
Der seit 4,5 Monaten in Deutschland wegen eines Auslieferungverfahrens inhaftierte ATIK aktivist ÖNDER DOLUTAS wurde, auf den erhöhten Druck und Solidarität der internationalen Öffentlichkeit, am 8. Oktober aus dem JVA Rohbach freigelassen.
OLG Koblenz hat die Begründung der Türkei für "nicht ausreichend" erklärt. Somit ist er wieder auf freiem Fuß. *(indy, 10.10., ISKU)*

Quellen:

ANF	Firat Nachrichtenagentur
ÖP	Özgür Politika
jW	junge Welt
indy	de.indymedia.org
Con	Connection e.V.
FR	Frankfurter Rundschau
DS	Der Standard

Nûçe
erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der
Informationsstelle Kurdistan
Schanzenstraße 117
20357 Hamburg
Tel.: 040 - 421 02 845
E-mail: isku@nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
Postbank Köln, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 3968-506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.isku.org

Nr. 384
24. Oktober 2008

N û ç e



Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@nadir.org
www.isku.org

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

Nach physischem Angriff und Todesdrohung gegen Abdullah Öcalan

Überall wütende Proteste

Nachdem bekannt wurde, dass Abdullah Öcalan auf der Gefängnisinsel Imrali physisch angegriffen und mit dem Tod bedroht worden ist, reißen die Proteste nicht ab. Mit Demonstrationen, Kundgebungen, Besetzungen, Straßenschlachten, Brandanschlägen und weiteren Aktionen machen Kurdinnen und Kurden im Mittleren Osten und in Europa darauf aufmerksam, dass sie jeden Angriff auf Öcalan als einen Angriff auf sich selbst begreifen. Von der AKP-Regierung fordern sie eine Entschuldigung.

In Kurdistan gingen Zehntausende Menschen auf die Straße. Die größte Demonstration fand in Amed statt. Nach der Abschlusskundgebung, bei der Nejdet Atalay als örtlicher DTP-Vorsitzender die Misshandlung Öcalans als „entwürdigend und unakzeptabel“ bewertete und die AKP-Regierung für die kommenden Entwicklungen verantwortlich machte, griff die Polizei mit Tränengas an. Die Demonstranten reagierten mit Steinwürfen. Die Auseinandersetzungen in Amed und zahlreichen anderen Städten dauerten bis in die Nacht an. Es kam zu vielen Festnahmen. In den türkischen Metropolen wurden Dutzende Fahrzeuge abgefackelt.

In Amed und vielen anderen kurdischen Städten blieben aus Protest die Geschäfte geschlossen. An mehreren Orten wurden Straßen besetzt. Auch die ersten Toten und Verletzten sind zu beklagen. So wurde in Dogubeyazit ein Mann durch Polizeischüsse auf eine Demonstration getötet und viele weitere verletzt. In Yüksekova setzte die Polizei bei Straßenschlachten Schusswaffen ein, ein 28-Jähriger erlitt schwere Kopfverletzungen. Andere Verletzungen kamen durch Schlagstockeinsätze zustande.

Die Volksverteidigungskräfte HPG kündigten Anschläge auf Regierungsmitglieder und die „bürokratische Elite“ an, falls eine Entschuldigung bei Öcalan und dem kurdischen Volk ausbleibe.

Auch in Europa kam es zu zahlreichen Aktionen. So fanden in Köln, Hamburg, Mannheim, Dortmund, Strasbourg, Bordeaux, Paris, Zürich, Wien, Graz, Den Haag, London, Brüssel und Liège Demonstrationen und Kundgebungen statt. In zahlreichen Städten kam es zu Brandanschlägen auf türkische nationalistische Einrichtungen, Fahrzeuge, Konsulate, Reisebüros und kurzfristigen Besetzungen von Straßen, dem Eingang des UN-Gebäudes in Wien, TV-Sendern in Modena, Parma und Liège.

Der Friedensrat Türkei forderte unterdessen die Regierung auf, unverzüglich eine Erklärung abzugeben. Täglich müssten Menschen mit ihrem Leben dafür bezahlen, dass die Regierung keinen Schritt für eine Lösung der kurdischen Frage unternehme. Auch der Menschenrechtsverein IHD forderte eine sofortige Aufklärung der Vorfälle auf Imrali. Es stehe jedoch bereits fest, dass es sich nicht um ein individuelles, willkürliches Vorgehen einzelner Vollzugsbeamter handele.

Justizminister Mehmet Ali Sahin gab gegenüber dem DTP-Vorsitzenden Ahmet Türk zwar an, man sei mit der Angelegenheit befasst, äußerte später jedoch gegenüber Journalisten, seine Recherchen hätten ergeben, dass es keinen Fall von Misshandlung auf Imrali gegeben habe.

Menschenrechtsvereine fordern Recherchen auf Imrali

Der Menschenrechtsverein IHD, die Menschenrechtsstiftung Türkei (TIHV) und die islamische Menschenrechtsorganisation MAZLUM-DER haben beim Justizministerium beantragt, Recherchen auf der Gefängnisinsel Imrali durchführen zu können. Zuvor hatten sich die Verteidiger Öcalans mit einem entsprechenden Antrag an den IHD gewandt. Wie Sevim Salihoglu vom IHD mitteilte, seien die drei genannten Menschenrechtsorganisationen bereit und geeignet, unabhängige und unparteiliche Recherchen vor Ort durchzuführen. Auch der DTP-Vorsitzende Ahmet Türk forderte eine sofortige Abordnung nach Imrali, an der auch die DTP teilnehmen müsse.

Zahlreiche Festnahmen bei fortdauernden Protesten

In Diyarbakir sind im Laufe des Dienstag mindestens 56 Personen festgenommen worden, darunter 23 Minderjährige im Alter zwischen 15 und 18 Jahren. In Idil (Sirnak), wo die Sicherheitskräfte neben Tränengas auch Schusswaffen einsetzten, kam es bisher zu 50 Festnahmen. In Van, Hakkâri und Doğubayazıt sind bisher insgesamt 73 Personen festgenommen worden. 70 Personen wurden verletzt, davon fünf schwer.

Besonders heftig laufen die Auseinandersetzungen zurzeit in Sirnak. Das Stadtzentrum ist polizeilich abgeriegelt, aus den Wohnvierteln sind immer wieder Schüsse zu hören. Aufgrund des Schulboykotts haben inzwischen auch die Lehrer die Schulen verlassen. Bisher ist von zehn Verletzten die Rede, darunter zwei Polizisten und zwei Journalisten. Um einer Festnahme zu entgehen, vermeiden die verletzten Demonstranten es zumeist, sich zur Behandlung ins Krankenhaus zu begeben. Die Anzahl der Festnahmen ist noch nicht bekannt. Bereits seit zwei Tagen befindet sich der örtliche DIHA-Korrespondent in Gewahrsam. Die Straßenszenen in Sirnak erinnern an die Volksaufstände von 1992, als die Zivilbevölkerung die örtliche Militärkommandantur besetzte. Der Staat richtete damals ein Massaker an, bei dem es zu Hunderten Toten und Verletzten kam. *(ANF/ÖP/DIHA, 20./21.10., ISKU)*

Ermordeter Demonstrant beigesetzt

30.000 Menschen nahmen am Mittwoch in Dogubayazit an der Beerdigung von Ahmet Özkan teil, der am Vortage durch Polizeischüsse in den Rücken ermordet worden war.

Am Grab von Ahmet Özkan forderte die DTP-Abgeordnete Fatma Kurtulan, es müsse Rechenschaft für die Angriffe auf die kurdische Bevölkerung abgelegt werden. „Seit Jahren wird in dieser Region gemordet, aber niemand fordert Rechenschaft ein. Der Druck auf die kurdische Bevölkerung wird immer stärker. Jetzt hat im Gefängnis Imrali ein Angriff auf Herrn Öcalan stattgefunden. Obwohl sofort die Bevölkerung der ganzen Region auf die Barrikaden gegangen ist, herrscht weiter Schweigen. Aufgrund dieses Schweigens hat unser Freund Ahmet hier sein Leben verloren. Das kurdische Volk steht hinter ihm und den Werten, die er vertreten hat. Das wird es auch weiterhin tun.“

Der DTP-Vorsitzende des Provinzverbandes Agri forderte anschließend in einer Rede die Menschenmassen auf, nicht auf die Provokationen der Sicherheitskräfte einzugehen. Als die Menschen darauf mit Parolenrufen reagierten, intervenierte die Polizei mit Tränengasbomben. Daraufhin wurde die Beerdigungszeremonie abgebrochen, in den Straßen Dogubayazits kam es zu Straßenschlachten.

(DIHA, 22.10., ISKU)

Meldungen

Besuch bei Öcalan verhindert

Am vergangenen Mittwoch ist erneut der Besuch seiner Verteidiger bei Abdullah Öcalan auf der Gefängnisinsel Imrali verhindert worden. Die Begründung lautete auch dieses Mal wieder, die schlechten Wetterbedingungen ließen keine Überfahrt zur Insel zu. *(ÖP, 22.10., ISKU)*

Weibliche PKK-Gefangene in Gebze angegriffen

Die weiblichen PKK-Gefangenen in Gebze sind von nicht politischen männlichen Gefangenen unter Parolenrufen wie “Terroristen töten” und “Das Vaterland ist unteilbar” mit Knüppeln und Messern angegriffen worden. Die Vollzugsbeamten griffen nicht ein. Durch den Angriff wurden neun Frauen verletzt.

(DIHA, 21.10., ISKU)

Wegen Tanzen verhaftet

In einem Feriendorf in Bodrum sind zwei kurdische Kellner verhaftet worden. Ihnen war zur Last gelegt worden, nach der Guerillaaktion gegen den Militärposten Bezele Halay getanzt zu haben.

(DIHA, 22.10., ISKU)

F-16 in Xakurke abgeschossen

Am 19. Oktober gegen 15 Uhr wurde von der türkischen Armee ein Luftangriff auf die Region Xakurke in den Medya-Verteidigungsgebieten durchgeführt. Die Volksverteidigungskräfte reagierten im gleichen Moment. Ein Kampfflieger F-16 wurde getroffen, ging in Flammen auf und stürzte im Gebiet Semzinan ab.

(ANF, 20.10., ISKU)

Haftstrafe gegen Nurettin Demirtas

Der ehemalige DTP-Vorsitzende Nurettin Demirtas ist in Van wegen Werbens für die PKK zu einer Haftstrafe von einem Jahr und drei Monaten verurteilt worden. Demirtas hatte im September 2007 anlässlich einer Militäroperation geäußert: „Schämen sie sich denn nicht, mit 10 000 Soldaten gegen zehn junge Leute vorzugehen?“. *(ANF, 20.10., ISKU)*

Türkische Nationalisten provozieren auf Buchmesse

Auf der Frankfurter Buchmesse hat eine Gruppe türkischer Nationalisten einen südkurdischen Stand angegriffen und eine dort aufgehängte Kurdistan-Fahne zerrissen. Zuvor waren in türkischen Medien provokative Meldungen über die Fahne erschienen. Kurden, die sich am Stand des Verlages Mesopotamien befanden, griffen bei dem Vorfall ein und ent-

10. Todestag von Andrea Wolf (Ronahî)

Im Oktober kamen viele Revolutionärinnen in den Reihen der PKK im Kampf ums Leben. Um nur einige zu nennen: Gülnaz Karataş (Berîtan), Meryem Çolak, Esengül Akgül (Faraşîn) Gurbetelli Ersöz (Zeyneb). Andrea hatte sich Mitte der 1990er Jahre als Internationalistin der Frauenarmee der PKK angeschlossen. Bei einem Gefecht im türkischen Teil Kurdistans in der Region Çatak wurde sie von der türkischen Armee festgenommen und nach Augenzeugenberichten nach ihrer Gefangennahme ermordet. Andreas Wunsch war es, nach einiger Zeit bei der Guerilla der PKK in die BRD zurückzukehren und ihre Erfahrungen aus dem Freiheitskampf in Kurdistan in die Linke hier einzubringen und Verantwortung beim Aufbau revolutionärer Strukturen in der BRD zu übernehmen. Ihr Wunsch konnte durch ihren frühen Tod nicht mehr erfüllt werden. Um so wichtiger ist es, dieses Ziel weiter zu verfolgen und in diesem Sinne an Andrea, Berîtan, Faraşîn, Zeyneb, Helîn und allen revolutionären Gefallenen zu erinnern.

Gedenkveranstaltung:
Samstag, 25.10.2008, 15.00 Uhr
Hörsaal Erziehungswissenschaften
Uni Hamburg, Von-Melle-Park 8

Prozeßauftakt gegen rechte Terrororganisation

»Ergenekon« vor dem Kadi

In der türkischen Stadt Silivri beginnt am Montag der Prozeß gegen das rechtsnationalistische Terrornetzwerk »Ergenekon«, das für zahlreiche Attentate und Morde der vergangenen Jahre verantwortlich gemacht wird. Die 2007 ausgehobene Organisation habe zum Ziel gehabt, »durch Anschläge das bestehende Regime zu destabilisieren, um so die geeignete Atmosphäre für einen Staatsstreich zu schaffen«, lautet der Vorwurf der Staatsanwaltschaft. Vor dem Kadi stehen 86 Hauptverdächtige, darunter mehrere Intellektuelle, Politiker und hochrangige Exmilitärs. Ihnen drohen bis zu lebenslängliche Haftstrafen.
Gegründet wurde »Ergenekon« bereits in den neunziger Jahren als Teil der berüchtigten »Konterguerilla«, auf deren Konto die Ermordung Hunderter zumeist kurdischer Oppositioneller geht. Einigkeit herrscht deshalb in fast allen politischen Lagern, daß in dem auf mehrere Jahre angelegten Verfahren nicht nur einer Bande Ultranationalisten der Prozeß gemacht wird. Vor dem Richter stehe »der tiefe Staat insgesamt«, schreibt sogar die regierungsnahe Tageszeitung Zaman. Mit dem »tiefen Staat« wird in der Türkei die Verstrickung von Staat, Militär, Geheimdiensten und Mafia bezeichnet – eben jenes Netzwerk, aus dem auch Ergenekon entstanden sein soll.
Trotzdem ist es unwahrscheinlich, daß mit dem Prozeß das wohl dunkelste Kapitel der jüngeren türkischen Geschichte wirklich erhellt wird. Denn das wesentliche Betätigungsfeld von »Ergenekon« in den neunziger Jahren – die Ermordung kurdischer Oppositioneller – soll in dem Prozeß nicht behandelt werden.
Skeptisch stimmt auch der Umstand, daß es die ermittelnde Staatsanwaltschaft bislang peinlichst vermieden hat, Anzeichen für eine Verstrickung des Militärs in Ergenekon nachzugehen. So gibt es mit den Tagebüchern des ehemaligen Marineoberkommandierenden Özden Örnek, die im vergangenen Jahr an die Öffentlichkeit gelangt sind, zwar eindeutige Hinweise darauf, daß Ergenekon eine wichtige Rolle bei Putschvorbereitungen in den Jahren 2004 und 2005 spielte. Trotzdem hat es die Staatsanwaltschaft abgelehnt, Örneks Aufzeichnungen in ihre Untersuchungen einzubeziehen.
Viele befürchten sogar, daß der Prozeß nach einigen Jahren mehr oder weniger im Sande verlaufen könnte. Die »Sozialistische Plattform der Unterdrückten« (ESP) vermutet in einem Protestaufruf, daß dies sogar »von interessierter Seite von Anfang an so beabsichtigt« sei. Tausende Menschen demonstrierten deshalb am Wochenende in zahlreichen türkischen Städten »für eine Aufklärung ohne jegliche Tabus«. *(jW, 20.10, ISKU)*

Bundesregierung leugnet Kooperation mit Türkei bei Verbot von Roj-TV

Präventives Verbot

Im Juni hatte das Bundesinnenministerium den in Dänemark lizenzierten kurdischen Satellitensender Roj TV mit einem Betätigungsverbot im Gebiet der Bundesrepublik Deutschland belegt. In einer kleinen Anfrage mit 22 Haupt- und 39 Unterfragen wollte die Linksfraktion von der Bundesregierung Auskünfte über die Hintergründe ihrer Verbotsverfügung erfragen. Diese blieb die Regierung in ihrer Antwort, die Donnerstag abend zugestellt wurde, weitgehend schuldig.
Neben dem Vorwurf, Sprachrohr für die verbotene Arbeiterpartei Kurdistans PKK zu sein, hatte das Innenministerium in der Verbotsbegründung behauptet, das seit 2004 sendende Roj TV gefährde »das friedliche Zusammenleben von Deutschen und Ausländern und verschiedenen Ausländergruppen im Bundesgebiet«. Belege dafür konnte die Regierung auch jetzt keine angeben. »Vereinsverbote sind Instrumente einer präventiven Sicherheitspolitik; auf den Eintritt eines konkreten Schadensereignisses kommt es nicht an« damit wird indirekt zugegeben, daß politische und nicht juristische Gründe für das Verbot ausschlaggebend waren. Schließlich habe Roj TV »erhebliche Interessen der Bundesrepublik Deutschland« gefährdet.
Welche Bedeutung Roj TV für die bis zu 800 000 kurdischstämmigen Bürger in Deutschland bei der politischen Information oder zur Unterhaltung in ihrer Muttersprache habe, wollte die Linke wissen. Die »vorgebliche plurale Ausrichtung des Senders« sei besonders geeignet, über die PKK-Anhängerschaft hinaus das kurdischstämmige Publikum für die Interessen und Ziele der PKK einzunehmen, antwortet die Bundesregierung, ohne mit einem Wort auf die Frage einzugehen.
Es habe bei der Vorbereitung des Verbots keine Kooperation deutscher Behörden mit der Türkei gegeben, behauptet die Bundesregierung. Dies ist offensichtlich eine Lüge. Denn erst vor wenigen Tagen lobte der deutsche Innenminister Wolfgang Schäuble laut einem Bericht der Tageszeitung Hürriyet vom 8. Oktober die »andauernde enge Zusammenarbeit zwischen Deutschland und der türkischen Regierung im Kampf gegen die PKK«. Dabei nannte Schäuble gegenüber türkischen Journalisten in Berlin ausdrücklich die Bemühungen zur Schließung von Roj TV als »Beispiel dieser Zusammenarbeit«.
Für Empörung hatte die kleine Anfrage bereits in der türkischen Presse gesorgt. Die konservative Tageszeitung Sabah tobte am 10. Oktober über den »unverschämten Vergleich« der Linksfraktion, die wissen wollte, ob deutsche Geheimdienste neben kurdischen auch türkische Medien in Deutschland überwachten und Erkenntnisse über »Verstöße gegen den Gedanken der Völkerfreundschaft« insbesondere im Umgang gegenüber Kurden und Armeniern sowie religiösen Minderheiten der Türkei hätten. Fragen, die auf eine Tätigkeit der Nachrichtendienste zielten, würden nur vor dem zur Geheimhaltung verpflichteten Kontrollgremium des Bundestages beantwortet, blieb die Bundesregierung auch diese Antwort schuldig.
(jW, 18.10., ISKU)

fernten die Angreifer, unter denen sich auch der Repräsentant der türkischen Arbeiterpartei Ali Mercan befand. Die Polizei begnügte sich damit, die Personalien festzustellen. Ein Auflauf türkischer Medienvertreter, die sich bereits vor dem Angriff in der Umgebung des Standes versammelt hatten, zeigt auf, dass sie bereits im Vorfeld von dem Geschehen informiert waren. Wie bekannt wurde, ist auch das türkische Generalkonsulat in Berlin darum bemüht, die Fahne entfernen zu lassen.
(ÖP/ANF, 17.10., ISKU)

Muttersprachenkampagne: 50 Festnahmen
Während in Ankara die Wiedereinführung des Ausnahmezustandes im Kampf gegen die PKK diskutiert wird, sind in Diyarbakir 50 Studierende wegen der Teilnahme an einer Kundgebung für muttersprachlichen Unterricht festgenommen worden. Die Kundgebung an der Dicle-Universität fand im Rahmen der von TZPKurdi eingeleiteten Muttersprachenkampagne statt. Die Festnahmen fanden abends und nachts statt. Im Stadtzentrum werden weiter von uniformierten und Zivilpolizisten Fahrzeuge kontrolliert.
(ANF, 17.10., ISKU)

Kundgebung gegen den Ilisu-Staudamm am 1. November in Hamburg-Altona und Bremen:
Mit Straßentheater in der Ottensener Hauptstraße am Bahnhof Altona von 12–15 Uhr.
In Bremen von 11–14 Uhr an der Haltestelle Siewall.

Mahnwache für Öcalan in Köln
Organisiert von YEK-KOM findet seit dem 15. Oktober eine 24-tägige Mahnwache unter dem Motto „Freiheit für Öcalan, Frieden in Kurdistan“ auf dem Neumarkt in Köln statt. In einem Zelt finden parallel zu der Mahnwache an bestimmten Tagen jeweils zwischen 16 und 18 Uhr Seminare statt. Weiterhin sind Film- und Diavorführungen sowie musikalische und kulturelle Beiträge geplant.

Quellen:

ANF	Firat Nachrichtenagentur
DIHA	Dicle Nachrichtenagentur
ÖP	Özgür Politika
jW	junge Welt

N û ç e

erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der
Informationsstelle Kurdistan
Schanzenstraße 117
20357 Hamburg
Tel.: 040 - 421 02 845
E-mail: isku@nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
Postbank Köln, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 3968-506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.isku.org

Nr. 385
31. Oktober 2008

Nûçe


Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@nadir.org
www.isku.org

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

Der Volksaufstand in Kurdistan hält weiter an

Massensitzstreik in Amed geplant

Unter dem Motto „Für eine demokratische Lösung der kurdischen Frage“ findet am 1. und 2. November in Amed ein von der DTP organisierter Massensitzstreik statt. Mit der Aktion soll gegen das Vorgehen auf Imrali protestiert werden. Wie Selahattin Demirtas vom DTP-Fraktionsvorstand auf einer Pressekonferenz in Ankara erklärte, betrachte seine Partei die Reaktionen aus der Bevölkerung auf die physische und psychische Repression gegen Abdullah Öcalan im Einpersonengefängnis Imrali als „gerechtfertigt und demokratisch“. Der türkische Ministerpräsident müsse sich dafür entschuldigen. Die Aktionen würden fortgesetzt.

Demirtas verwies darauf, dass es bis auf eine kurze, nicht ernstzunehmende Erklärung des Justizministers keine offizielle Stellungnahme von Regierungsseite aus zu den Vorfällen gegeben habe. Seit zehn Tagen herrsche eine höchst angespannte Stimmung in der Gesellschaft. Mordaufrufe gegen DTP-Mitglieder würden dabei nicht einmal als Straftat gewertet. „In Stadtvierteln, in denen Kurden leben, werden Lynchkampagnen organisiert; unter Aufsicht von Polizei und Gendarmerie werden Häuser, in die sich Frauen und Kinder geflüchtet haben, mit Steinen beworfen und angezündet; Geschäfte werden geplündert und alle gegen Kurden gerichtete Lynchversuche, Beleidigungen und Bedrohungen werden in den Abendnachrichten als Reaktion der demokratischen Öffentlichkeit präsentiert. Die Angriffe der vergangenen zehn Tage übertreffen in ihrer Ernsthaftigkeit und Dreistigkeit alle vorherigen.“



Allen Straßenschlachten seien Angriffe von Sicherheitskräften vorausgegangen. „Wenn es diese Interventionen unter Einsatz von extremer Gewalt nicht gegeben hätte, hätte es auch keine Auseinandersetzungen gegeben. Wenn auch nur die Hälfte der Toleranz, die denjenigen gegenüber gezeigt wurde, die in Sakarya über acht Stunden hinweg die Solidaritätsveranstaltung für die DTP belagert haben, oder die in Altinova drei Tage lang kurdische Geschäfte und Wohnungen angezündet und zerstört haben, wäre es zu keiner einzigen Gewaltszene gekommen.“

Der Einsatz der kurdischen Bevölkerung für Öcalan habe die AKP-Regierung durchdrehen lassen und aus diesem Grund seien die Demonstranten – auch sehr alte und sehr junge Menschen – auf den Straßen und in Gewahrsam hart gefoltert worden. „Bei allen Demonstrationen, die unsere Partei organisiert hat, sind unsere Abgeordneten, Bürgermeister und Vorstandsmitglieder ganz vorne gelaufen. Trotzdem wird die Lüge verbreitet, wir würden Minderjährige vorausschicken und benutzen, und die brutale Folter von Minderjährigen auf offener Straße ignoriert. Wenn der Herr Ministerpräsident tatsächlich Kindern einen Wert beimisst, dann muss er sich bei all den Minderjährigen, die in Dogubayazit, in Wan, in Diyarbakir, in Cizre und besonders in Idil gefoltert wurden, entschuldigen.“

Ganz offensichtlich habe die AKP zur kurdischen Frage nicht das kleinste Projekt oder den geringsten Lösungsvorschlag zu bieten, sondern sich schlichtweg dem Militär ergeben. „Aber unsere Überzeugung von der Richtigkeit und Notwendigkeit eines Dialoges und einer friedlichen Lösung steht nach wie vor. Ein Beharren auf Militäroperationen im In- und Ausland gegen die PKK, die erklärt hat, im Falle einer Einstellung der Operationen den Krieg innerhalb eines Tages zu stoppen, führt nur zu einer Vergrößerung des Krieges und des damit verbundenen Leides.“

An dem geplanten Sitzstreik – „der größte Sitzstreik der Geschichte“ – werden alle gewählten Vertreter der DTP, Abgeordnete, Bürgermeister, Verbandsvorsitzende, teilnehmen. Die Aktion werde ohne Unterbrechung über zwei Tage hinweg stattfinden. Es werde eine Beteiligung von mindestens 5000 Personen erwartet. *(ÖP, 28.10., ISKU)*

„Ich wurde gefoltert“

Der 17-jährige S. A. wurde in Amed bei den Hausdurchsuchungen festgenommen, die nach den Protestaktionen gegen den physischen Angriff auf Abdullah Öcalan stattfanden. Bei der Festnahme und in Gewahrsam wurde er nach eigenen Angaben von der Polizei gefoltert.

Wie S. A. mitteilt, verließ er am 20. Oktober seine Wohnung in Amed-Baglar, um das Geschäft zu öffnen, in dem er arbeitet. Angesichts der massiven Polizeipräsenz flüchtete er zurück in die Wohnung. Daraufhin kam es zu einem Polizeiüberfall auf die Wohnung, in dessen Verlauf sein Großvater und die anderen Familienmitglieder brutal misshandelt wurden. Er selbst sei unter Schlägen festgenommen worden: „Die Polizisten schlugen mich auf dem ganzen Weg bis zum Mannschaftswagen. Einer trat mich, ein anderer trat gegen meinen Kopf. Durch die Schläge ist ein Zahn abgebrochen, ich habe eine Platzwunde am Auge erlitten und mein Fuß ist angeschwollen. Die Schläge wurden bis zur Polizeistation fortgesetzt. Ich kann meinen Rücken immer noch nicht gerade aufrichten.“ Auch während des Verhörs in der Antiterrorabteilung der Polizei Diyarbakir sei er misshandelt und beleidigt worden. Aufgrund der Prügel habe er Verletzungen am ganzen Körper, die Ärzte hätten ihm ein entsprechendes Attest jedoch verweigert.

Sein Großvater Abdulmecit Bayram berichtet von dem Polizeiüberfall: „Die Sondereinsatzkräfte rückten in den Stadtteil ein mit dem Auftrag, alle festzunehmen, die sie zu fassen bekommen. Mein Enkel und mein Sohn sind mit Knüppeln und Fußtritten traktiert worden. In unserer eigenen Wohnung wurden wir beleidigt. Als ich dazwischen gehen wollte, haben sie auch mich mit Fäusten geschlagen. Alle Familienmitglieder wurden geschlagen. Meinen Sohn und meinen Enkel haben sie fertig gemacht.“ Sein Sohn sei anschließend verhaftet worden. Wegen der Folterung seines Enkels habe man sich mit dem Antrag auf juristische Unterstützung an den IHD gewandt.
(ÖP, 28.10., ISKU)

Meldungen

500 Festnahmen, 135 Verhaftungen
Im Verlauf der Proteste gegen die physische Misshandlung Öcalans sind bisher ungefähr 500 Personen festgenommen worden. Gegen 135 Personen wurde Haftbefehl ausgesprochen. Unter ihnen befinden sich 24 Minderjährige, davon 16 Grundschüler. Alle Festgenommenen wurden misshandelt. *(ÖP, 28.10., ISKU)*

Keine Versichertenkarte für Demonstranten
Das Gouverneursamt Adana greift zu einer neuen Methode, um die Teilnahme an kurdischen Demonstrationen zu unterbinden. In Sippenhaftmanier sollen die Krankenversicherungen der Familien von Demonstrationsteilnehmern annulliert werden. Weiterhin soll die kostenlose Vergabe von Kohle, die von einer Stiftung an einkommensschwache Familien geleistet wird, eingestellt werden.

Betroffen sind die Familien von 325 Minderjährigen, deren Teilnahme an den über zehn Tage lang andauernden Protesten gegen die Misshandlung Abdullah Öcalans festgestellt worden war. Als weitere Sanktion erhielten sie Strafbefehle in Höhe von bis zu 170 YTL.

Der Gouverneur begründete diese Maßnahmen damit, dass sowohl die Minderjährigen geschützt als auch ihre Eltern dazu aufgefordert müssten, ihre Kinder zu schützen. Zu diesem Zweck würde Aufklärung an den Schulen und in den Moscheen betrieben werden. Insgesamt seien 780 Personen identifiziert worden, die Steine auf Polizisten geworfen hätten, davon 325 Minderjährige.

Der Menschenrechtsverein IHD protestiert gegen das Vorgehen. Aus Gesprächen mit Festgenommenen sei hervorgegangen, dass diese in Gewahrsam gefoltert und misshandelt worden seien. 157 Personen seien festgenommen worden, davon seien 82 im Alter zwischen 13 und 16. 13 von ihnen seien verhaftet worden. Insgesamt sind aufgrund der Proteste bisher 52 Minderjährige ins Gefängnis gesteckt worden.
(ÖP, 30.10., ISKU)

Besuch bei Öcalan
Nachdem am Mittwoch erneut der Besuch seiner Verteidiger bei Abdullah Öcalan auf der Gefängnisinsel Imrali mit fadenscheinigen Begründungen verhindert worden war, konnte am Freitag ein Verteidigergespräch stattfinden. *(DIHA, 24.10., ISKU)*

10. Todestag von Andrea Wolf

Anlässlich des Todestages von Andrea Wolf / Ronahî, die im Oktober 1988 in den kurdischen Bergen vom türkischen Militär ermordet worden war, und im Gedenken an zahlreiche andere Kämpferinnen, die im Monat Oktober gefallen sind, fand in Hamburg eine Gedenkveranstaltung, organisisiert vom kurdischen Frauenverein, dem Verband kurdischer Studierender, YXK und der Informationsstelle Kurdistan, ISKU, statt.
Der Saal war geschmückt mit Portraits der Kämpferinnen Helîn Çerkez, Meryem Çolak, Gurbetelli Ersöz, Canda Turkmen Farasîn, Berîtan und der erst kürzlich gefallenen Kämpferin Sîlan, deren Familie seit kurzem in Hamburg lebt.
Im Foyer hatten Freundinnen von Andrea aus Frankfurt eine kleine Fotoausstellung über Andrea vorbereitet.
Die Veranstaltung begann um 16.00 Uhr, etwa 400 Menschen waren gekommen. In der Eröffnungsrede der Informationsstelle Kurdistan hieß es: „Die kurdische Freiheits- und Friedensbewegung hat eine Perspektive geschaffen, die längst die nationalen Grenzen überwunden hat. Sie hat einen Raum eröffnet, in dem alle ihren Platz finden können, die menschliche Werte weiterentwickeln und für eine andere befreite Welt kämpfen. Unser Respekt und unsere Achtung gelten denjenigen, die diese Perspektive mit Leben füllen.“
Kathrin Gephard-Seele vom Freundeskreis Andrea Wolf berichtete über die Arbeit der Untersuchungskommission, die nach wie vor entschlossen ist, die Todesumstände von Andrea aufzuklären und ihre Mörder zur Verantwortung zu ziehen. Sie sagte: „Aus den Erfahrungen in Lateinamerika haben wir gelernt, dass es 40 Jahre dauern kann, bis diese Morde aufgeklärt werden.“
Heval Piroz von der YJA zeichnete in einer Rede das Leben von Andrea in türkischer Sprache nach.
Auch die Mutter von der im Krieg getöteten Rûken, von Cafer und der Vater von Sîlan richteten im Namen der Angehörigen der Gefallenen einige Worte an die Zuhörerinnen. „Sîlan war bis sie 14 war meine Tochter, dann wurde sie mit ihrem Beitritt die Tochter Aller“, sagte der Vater von Heval Sîlan. Im Anschluss sang er ein Lied in der Tradition der Dengbej, des traditionellen kurdischen Sprechgesangs.
Die Musikgruppe Mariposa erinnerte an die Verbindung der Kämpfe durch Internationalistinnen wie Andrea und Tamara Bunke, und spielte unter anderen das Lied „Che Guevara“.
Tagebuchaufzeichnungen von Andrea wurden vorgelesen, während der Hamburger Künstler Mehmet auftrat.
Die Sängerinnen Sakina die am Abschluss der Veranstaltung auftrat sagte: „Der Oktober ist wirklich ein schwerer Monat für die kurdische Frauenbewegung, so viele wertvolle Freundinnen kamen ums Leben und ich kannte fast alle Frauen, die hier auf den Transparenten abgebildet sind.“ Sie sang das Lied Berîtan für Gülnaz Karatas.

(ISKU, 27.10)

Ein Killer im Dienst des Staates

Istanbul. Ein türkischer Ex-Polizist gesteht live bei einem Fernsehauftritt: "Habe etwa tausend Menschen getötet."
Ayhan Carkin ist stolz auf seine Ausbildung bei einer Spezialeinheit der türkischen Polizei. Sehr gute Kurse habe er Mitte der achtziger Jahren genossen, sagte der heute 46-jährige jetzt im türkischen Fernsehen. Und dann schockte der bullige Ex-Polizist mit kurzgeschnittenem Haar und schwarzem T-Shirt die Zuschauer: "Es kann sein, dass ich im Kampf gegen den Terror etwa tausend Menschen getötet habe."
Der Fernsehauftritt des Ex-Beamten bot einen Blick in die Abgründe der nationalistischen türkischen Staatsideologie. Carkins Dienstzeit fiel in die Ära des "schmutzigen Krieges" des türkischen Staates gegen die kurdische Rebellengruppe PKK und deren angebliche Unterstützer in den achtziger und neunziger Jahren. Damals wurden kurdische Geschäftsleute ermordet, die der Nähe zur PKK verdächtigt wurden. Viele dieser Gewalttaten wurden nie aufgeklärt.
Seinen Gastgeber im TV-Studio, den Moderator Ugur Dündar, überraschte Carkin mit einer Nachricht, die diesem Schauer über den Rücken jagte: "Auch für dich gab es einen Mordbefehl", sagte er. "Auftraggeber war ein Politiker." Abdullah Catli, ein rechtsgerichteter Mafioso, der in den neunziger Jahren viele Mordaufträge des Staates erledigt haben soll, habe es aber abgelehnt, Dündar zu töten. Der Mafioso Catli starb 1996 zusammen mit einem Polizeioffizier in einem Autounfall, der Verbindungen zwischen dem Staat und Killerbanden zutage förderte.
Im Zusammenhang mit dem damaligen Skandal wurde Carkin zu vier Jahren Haft verurteilt. Nun sagte er, der Unfall vor zwölf Jahren sei kein Zufall gewesen. Catli sei von der so genannten "Ergenekon"-Bande ermordet worden, deren Mitglieder derzeit wegen Umsturzplänen gegen die Regierung vor Gericht stehen. Die Bande habe gemerkt, dass Catli ein "Ehrenmann" gewesen sei.
Eine ultranationalistische Bande, die einen Killer umbringen lässt, weil dieser zu "ehrenhaft" erscheint – besonders glaubhaft klingt das nicht. Dennoch gibt es eine wichtige Verbindung zwischen dem "schmutzigen Krieg" des letzten Jahrzehnts und dem Fall "Ergenekon".
Auch bei "Ergenekon" geht es laut Staatsanwaltschaft um nationalistische Gruppen im Sicherheitsapparat, die sich selbst zu Richtern und Henkern über alle aufschwingen, die nach ihrer Meinung die Grundwerte des Staates gefährden. Den "Ergenekon"-Mitgliedern wird vorgeworfen, sie hätten die Türkei durch die Ermordung von Politikern und anderen Prominenten ins Chaos stürzen wollen, um einen Militärputsch zu provozieren.
Als Chef von "Ergenekon" gilt Ex-General Veli Kücük, der wie der Polizeikiller Carkin ein Experte für Spezialeinsätze gegen angebliche Staatsfeinde war. Was Carkins Schilderungen der eigenen blutigen Karriere angeht, melden einige Experten allerdings Bedenken an. Die von dem Ex-Polizisten genannten Opferzahlen seien wohl übertrieben, sagte Mete Göktürk, ein ehemaliger Staatsanwalt. Die Justiz leitete dennoch ein Ermittlungsverfahren ein. *(DW, 27.10., ISKU)*

DTP: Öcalan wird misshandelt

Nach Angaben der türkischen Zeitung "Hürriyet" forderte DTP-Chef Ahmet Türk gestern vor Anhängern der Partei, eine Delegation, der auch DTP-Mitglieder angehören, auf die Gefängnisinsel Imrali , wo Öcalan seit 1999 inhaftiert ist.
"Der Grund, warum wir hier versammelt sind, ist die physische Gewalt gegen den PKK-Führer Herrn Öcalan", sagte Türk. Dessen Behandlung sei "ungesetzlich und unmenschlich".
In den vergangenen Tagen hatten Berichte über Folter und Misshandlung Öcalans sowie über dessen verschlechterten Gesundheitszustand zu einem Steigen der Spannungen in den türkischen Kurdengebieten geführt. Bei Protestkundgebungen in Südostanatolien starb ein Mensch.
Die türkische Regierung wies die Berichte über eine angebliche Misshandlung Öcalans zurück. Das Anti-Folter-Komitee des Europarates hatte allerdings schon im März kritisiert, dass der PKK-Führer in Einzelhaft gehalten wird.
Die "geistige Gesundheit" des in Isolationshaft gehaltenen Kurdenführers habe sich seit früheren Besuchen "deutlich verschlechtert", hatte der Ausschuss in Straßburg festgestellt.

(DP, 30.10., ISKU)

Raketenwerfer auf Dorf
Das Dorf Iyikom u (Toraka) in Mus-Malazgirt ist von Einheiten der türkischen Armee mit Raketenwerfern beschossen worden. In dem Dorf sei Panik ausgebrochen, genauere Details liegen noch nicht vor. Dem Angriff vorausgegangen war am gleichen Tag ein Militärrazzia im Dorf, bei der Druck auf die Bewohner ausgeübt wurden, eine Dorfschützertätigkeit aufzunehmen, was abgelehnt wurde. *(ANF, 29.10., ISKU)*

Erneut F-16-Kampfflieger getroffen
Am 28.10. wurden die Bereiche Xakurkê und Xinerê in den Meder-Verteidigungsgebieten zwei Mal bombardiert. Die Guerilla reagierte mit Gegenangriffen, wobei ein türkischer F-16-Kampfflieger getroffen wurde. Bereits am 19. Oktober hatten die Volksverteidigungskräfte HPG bekannt gegeben, ein Kampfflugzeug abgeschossen zu haben. Betroffen von den Angriffen war wieder einmal die Zivilbevölkerung. Es kam zu Sachschaden und eine große Anzahl von Nutztieren wurden getötet.
Die türkische Armee und Regierung behaupten regelmäßig, in gezielten Operationen würden lediglich PKK-Lager getroffen und die Zivilbevölkerung würde dabei keinen Schaden erleiden.

(ÖP, 29.10., ISKU)

Quellen:

ANF	Firat Nachrichtenagentur
DIHA	Dicle Nachrichtenagentur
ÖP	Özgür Politika
jW	junge Welt
DW	Der Westen
DP	Die Presse

Termine:

Kundgebungen gegen den Ilisu-Staudamm am 1. November in Hamburg-Altona und Bremen:
Mit Straßentheater in **Hamburg** auf dem Alma-Wartenbergplatz in Altona von 12–15 Uhr.
In **Bremen** von 11–14 Uhr an der Haltestelle Siewall.

Protest in Berlin gegen die Misshandlungen A. Öcalans
Bustour zu verschiedenen Institutionen und Botschaften
5.11. ab 12 Uhr vor Navenda C.D. Kurd e.V. Skalitzer Str. 36

Nûçe
erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der
Informationsstelle Kurdistan
Schanzenstraße 117
20357 Hamburg
Tel.: 040 - 421 02 845
E-mail: isku@nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
Postbank Köln, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 3968-506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.isku.org

Nr. 386
7. November 2008

N û ç e



Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@nadir.org
www.isku.org

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

Bewegtes Wochenende in Kurdistan

Auch am letzten Wochenende gingen Kurdinnen und Kurden an vielen Orten mit ihren Forderungen auf die Straßen. In Diyarbakir fand der größte Sitzstreik der Geschichte statt, in Wan, Yüksekova, Semdinli und Hakkari wurde eindrucksvoll gegen den Besuch von Ministerpräsident Erdogan protestiert und in Istanbul kam es nach dem Verbot einer Kundgebung zu stundenlangen Straßenschlachten. Auch in Europa dauern die Proteste an.

Größter Sitzstreik der Geschichte

In Diyarbakir fand unter dem Motto „Demokratische Lösung für die kurdische Frage" ein von der DTP organisierter Sitzstreik unter Beteiligung tausender Menschen statt. In einem Redebeitrag forderte die ehemalige DEP-Abgeordnete Leyla Zana die Weltöffentlichkeit dazu auf, „endlich die Stimme der KurdInnen zu hören. Wir haben keine Geduld mehr. Jeder Kurde und jede Kurdin wird sich für Öcalan einsetzen."

Proteste in Hakkari und Yüksekova gegen Erdogan

Dem Besuch des türkischen Ministerpräsidenten Erdogan wurde auch in Hakkari und Yüksekova, wie zuvor in Dersim, Diyarbakir und Wan, mit breitem Protest entgegengetreten. Bei einem Polizeiangriff auf die Demonstration tausender in Yüksekova wurden mindestens zwei Personen schwer verletzt.
In Yüksekova, wo die Läden wegen des Besuchs von Erdogan geschlossen waren und der Autoverkehr gestoppt war, versammelten sich im Stadtzentrum und in den Stadtvierteln Mezarlik, Yesildere, Esentepe, Güngür viele Jugendliche, errichteten Barrikaden und zündeten Feuer an. Eine Demonstration zog mit den Parolen „Mörder Erdogan", „Erdogan, hau ab aus Hakkari!" und „Biji Serok Apo!" durch die Stadtviertel Güngür und Mararlik. Die Polizei griff die Menschenmenge mit Gasgranaten an. Im Zusammenhang mit dem Polizeiangriff begannen an verschiedenen Punkten heftige Auseinandersetzungen.

10.000 Personen nahmen an Demonstration teil

Vor dem Büro der DTP versammelten sich ca. 10.000 Menschen. Der DTP-Vorsitzende von Yüksekova Vahit Sahinoglu erklärte hier, dass Erdogan „Mörder des kurdischen Volkes," und „hier unerwünscht" sei. Sahinoglu erklärte weiter: „Das kurdische Volk wird bis zum Ende seine Würde verteidigen. Es wird Verantwortung für seine eigene Führung übernehmen. (...) Dieses Volk sieht Erdogan als seinen Mörder an. Man kann nicht erwarten, dass das Volk jemandem, den es als seinen Mörder ansieht, erlaubt, dass er in seine Stadt kommt.(...)."

Die Polizei eröffnete das Feuer und verletzte eine Person schwer am Kopf

Nach der Erklärung rief die Menschenmenge Parolen wie „Mörder Erdogan" und die Demonstration begann: Die Demonstration trug Plakate mit Parolen wie „Kerdogan hate seferê, zivirî wekî kerê berê" [Eseldogan ist auf eine Reise gekommen und kehrt um wie der alte Esel], Bilder von Abdullah Öcalan und Fahnen des demokratischen Konföderalismus und der PKK. Die Polizei griff die Demonstration mit Gasgranaten und scharfen Waffen an. Nachdem eine Person, durch einen Kopfschuss schwer verletzt wurde verwandelten sich die Straßen in ein Kriegsgebiet.
Die Jugendlichen verteidigten sich mit Steinwürfen und die Kämpfe weiteten sich auf alle Stadtviertel aus. Nachdem Erdogan das staatliche Krankenhaus eröffnet und er das Stadtzentrum verlassen hatte, kamen neben den tausenden Polizisten auch Soldaten im Stadtzentrum zum Einsatz. Nachdem die Menschenmenge von Polizisten angegriffen worden war, übernahm jetzt die Armee diese Rolle. Durch sowohl von Polizei, als auch von Militär eingesetzten Schusswaffen wurde eine große Zahl von Menschen verletzt. Während sich die Auseinandersetzungen weiter verschärften, wurden Gasgranaten aus Hubschraubern auf die Menschenmenge geworfen. Viele weitere Personen wurden verletzt.

Hakkari im Aufstand

Nachdem Erdogan in Yüksekova war, besuchte er Hakkari und sah sich auch hier massiven Protesten gegenüber.
Auch hier kamen an verschiedenen Punkten schon in den frühen Morgenstunden die Menschen zusammen, zündeten Feuer an und führten Protestkundgebungen durch. Sie riefen Parolen gegen Erdogan und schwenkten die Fahnen des Demokratischen Konföderalismus.

14jähriger Junge schwer verletzt

Die Polizei griff die Menschenmenge an einigen Orten mit Hilfe von Panzerfahrzeugen an. Die Jugendlichen reagierten mit Steinwürfen und die Kämpfe begannen. Während der heftigen Auseinandersetzungen fuhr ein Panzer im Stadtviertel Medrese den 14-jährigen Sinan Çiftçi an. Er wurde mit schweren Verletzungen ins Krankenhaus gebracht.
Als Erdogan in Hakkari ankam, verschärften sich die Kämpfe weiter. Als er mit dem Hubschrauber in den Sportsalon gebracht wurde, brachen von vielen Orten in der Stadt Demonstrationen in Richtung Zentrum auf. Die Polizei versuchte, die Menschenmenge mit Gasgranaten und Wasserwerfern zu stoppen.
Mit einer in Hakkari gehaltenen Rede hat Erdogan die faschistische Propaganda der MHP noch übertroffen. Er erneuerte seine Überzeugung von „einer Nation, einer Fahne, einem Vaterland, einem Staat" und fragte in diesem Zusammenhang: „Wer kann sich dagegen stellen?" Für solche, die damit nicht einverstanden wären, sei „in diesem Land kein Platz. Sie sollen gehen, wohin sie wollen."

Hunderte Festnahmen in Istanbul

In Istanbul, wo parallel zu dem Sitzstreik in Diyarbakir eine Kundgebung auf dem Taksim-Platz stattfinden sollte, kam es nach dem Verbot des Gouverneurs zu einem Polizeiangriff auf eine Menschenmenge, die vom DTP-Gebäude in Beyoglu zum Kundgebungsplatz aufbrechen wollte. Der Taksim-Platz wurde komplett von Polizeieinheiten besetzt. Bei Straßenschlachten im Anschluss an den Polizeiangriff wurden Hunderte Personen festgenommen. In die Auseinandersetzungen griffen auch organisierte Faschisten ein, die mit einem Jagdgewehr schossen. Die Polizei schoss in die Luft.

(ANF, 2.11., ISKU)

Meldungen

"Dorfschützer" eröffneten Feuer auf Dorfbevölkerung

Dorfschützer, die nach Hakkari gekommen waren, um Erdogan zu treffen, haben bei ihrer Rückkehr das Feuer auf DemonstrantInnen im Stadtviertel Keklik Pinar in Hakkari eröffnet. Begonnen mit dem Schusswaffeneinsatz hat die Führung der Paramilitärs sowie die Dorfvorsteher. Dabei wurden mehrere regionale Führer, wie Tahir Adiyaman, Dorfvorsteher wie Necman Adiyaman, das Mitglied des AKP Komitees Hakkari, Sakir Adiyaman u.a. beobachtet und identifiziert, wie sie das Feuer eröffneten. *(ANF, 3.11., ISKU)*

Rassistische Äußerungen des Gouverneurs in Adana

Der Gouverneur der Provinz Adana, Ilhan Atis, verfolgt weiter seine Pläne, Demonstranten und ihre Angehörigen mit dem Entzug der „Grünen Karte" für die Gesundheitsversorgung zu bestrafen. Wie er jetzt ankündigte, würden Tausende Empfänger unter die Lupe genommen. Außerdem solle den Eltern minderjähriger Demonstranten das Sorgerecht entzogen werden.
Die Äußerungen des Gouverneurs, die auch schon von Amnesty International verurteilt wurden, nahmen noch rassistischere Züge an, als er weiterhin erklärte: „In Adana gibt es kein Problem mit der Arbeitslosigkeit. Die Anzahl von Personen, die sich an die Arbeitsagentur gewendet haben, beträgt 26900. Aber die Anzahl derjenigen, die von außerhalb kommen und auf den Feldern arbeiten, ist 56000. Wenn ihr Kalaschnikows kauft, euch gegenseitig auf Hochzeiten erschießt und 15 Kinder macht, seid ihr nicht arm, aber wenn ihr Steine auf die Polizisten werft, sagt ihr, das tut ihr wegen der Armut."

(ANF, 4.11., ISKU)

23 Jahre Haft wegen Erdogan-Protest gefordert

Im Verfahren gegen die Demonstranten, die gegen den Diyarbakir-Besuch von Ministerpräsident Erdogan protestiert und deshalb verhaftet worden waren, sind Haftstrafen von bis zu 23 Jahren gefordert worden. Laut Anklageschrift hat die Polizei bei ihrem Einsatz gegen die Demonstranten „angemessene Härte" eingesetzt.
Weiter führt die Anklageschrift aus, die angebliche Misshandlung Öcalans auf Imrali sei als Vorwand für den Protest gegen Erdogan benutzt worden. In „oppositionellen" Stadtvierteln seien die meisten Geschäfte geschlossen gewe-

IHD-Bericht zu den Protesten

Der Menschenrechtsverein IHD hat einen Untersuchungsbericht zu den Vorfällen der vergangenen beiden Wochen im Zusammenhang mit den Protesten gegen die Misshandlung Abdullah Öcalans veröffentlicht. In dem Bericht wird auf die Polizeigewalt verwiesen und darauf aufmerksam gemacht, dass diejenigen, die behauptet hatten, bei den Protesten seien Kinder und Minderjährige vorangeschickt worden, zu den Massenverhaftungen Minderjähriger nichts zu sagen hatten. Weiterhin wird noch einmal betont, dass die Forderung der Menschenrechtsorganisationen IHD, MazlumDer und TIHV nach einer unabhängigen Untersuchung der Situation auf der Gefängnisinsel Imrali bisher unbeantwortet sei.
Innerhalb von fünf Tagen sind nach IHD-Informationen von 397 Festgenommenen 208 verhaftet worden. Unter den Verhafteten befinden sich 29 Minderjährige. „Mit der Verhaftung von Kindern werden diese nicht von der Gewalt ferngehalten. Nur wenn die Ursachen der Gewalt beseitigt werden, können Kinder ihre Kindheit ausleben."
Die Polizei habe extreme Gewalt bei ihren Einsätzen gezeigt. „Innerhalb von fünf Tagen ist ein Demonstrant getötet worden, 90 Personen wurden verletzt. Außerdem kam es zu schweren Sachschäden. Eine Vielzahl von Kindern wurde Folter und Misshandlung ausgesetzt und verletzt."
Die Rundreise von Ministerpräsident Erdogan durch die kurdischen Provinzen habe die Anspannung gesteigert. Insbesondere mit seiner in Ankara gemachten Erklärung, die Bürger besäßen angesichts der Proteste ein Recht auf Selbstverteidigung, bereitet den Boden für den Einsatz paramilitärischer Gruppierungen. Der Ministerpräsident ist eine Person mit höchster Verantwortung. Seine derartig verantwortungslosen Erklärungen geben uns Anlass zu tiefster Besorgnis."

(ÖP, 6.11., ISKU)

„Wer kann wen aus wessen Vaterland hinauswerfen?"

Auf dem Massensitzstreik in Amed hat der DTP-Vorsitzende Ahmet Türk in einer Rede eine Antwort auf die Verlautbarungen des türkischen Ministerpräsidenten Erdogan gegeben, der im Verlauf seiner missglückten Tour durch die kurdischen Provinzen angesichts der massiven Proteste erklärt hatte, wer der Ideologie von „einer einzigen Nation, Fahne und Vaterland" nicht zustimme, solle doch das Land verlassen.
„Die Rolle, die Staat und Militär der AKP gegeben haben, ist die Aufgabe, die Kurden unter Kontrolle zu halten. Allein deshalb ist die AKP auch nicht verboten worden. Als der Ministerpräsident nun gesehen hat, dass er die Unterstützung der Kurden verloren hat, ist er in Panik geraten.", erklärte Türk vor Tausenden Zuhörern. „Für die AKP geht es um ihre Existenz. Der Ministerpräsident fährt fort, aufzustacheln und die Werte der Bevölkerung zu beleidigen." Es sei eine „tragikkomische Situation", dass ein Ministerpräsident, der von den USA gesteuert werde, mit „Love it or leave it"-Parolen dazu aufriefe, die Menschen aus ihrem eigenen Land zu werfen. „Wer kann wen aus wessen Vaterland hinauswerfen?" Der Ministerpräsident müsse seine Worte sofort zurückziehen und sich entschuldigen, so Türk. Weiterhin müsse Imrali als „Tür zu einem effektiven Dialog für eine Lösung" betrachtet werden.
Die Staatsanwaltschaft hat unterdessen Ermittlungen wegen des Sitzstreiks eingeleitet.

(ÖP, 4.11., ISKU)

Journalisten zu Gefängnisstrafen verurteilt

Der Herausgeber und der Chefredakteur der Tageszeitung EVRENSEL wurden zu Freiheitsstrafen von je einem Jahr verurteilt. Das Istanbuler Strafgericht folgte der Anklage der Staatsanwaltschaft und verurteilte die Journalisten Ahmet Sami Belek und Ugras Vatandas wegen angeblicher Propaganda für die PKK. DIDF ruft zu Solidarität auf.
Hintergrund des Urteils ist eine Kolumne von Cetin Diyar, vom 10. Dezember 2007. Diyars Artikel mit der Überschrift „Was nützt die letzte Reue?" analysiert die Ursachen des „Kurdenkonfliktes" und spricht sich für eine demokratische Lösung der Kurdenfrage aus.
Im Text wird unter anderem die Position der PKK aufgegriffen. Die Anklage wirft der EVRENSEL vor, Erklärungen der PKK zu veröffentlichen und damit den Straftatbestand des Artikel 6 des Anti-Terror-Gesetzes (TMY) zu erfüllen. Die Anwälte der Tageszeitung Evrensel haben gegen das Urteil Berufung eingelegt.
Nachdem in den vergangenen Jahren Verbote gegen kritische und besonders gegen kurdische Zeitungen erlassen und zahlreiche Geldstrafen verhängt wurden, stellt das jetzige Urteil eine neue Dimension bei der Beschneidung der Pressefreiheit dar. Journalisten können nicht mehr Positionen anderer in Artikel aufnehmen, ohne Angst um ihre persönliche Freiheit haben zu müssen. Weder die AKP-Regierung noch das Militär sind dabei unbeteiligte Beobachter. Ministerpräsident Erdogan und Generalstabschef Ilker Basbug üben massiven Druck auf die Gerichte aus, um kritische Medien mit juristischen Mitteln mundtot zu machen. Jüngstes Beispiel sind Warnungen von Basbug in Richtung der liberalen Tageszeitung Taraf. Die Zeitung hatte über Versäumnisse des Militärs bei Aktionen gegen die PKK berichtet. Die Pressefreiheit, so Basbug, könne nicht zur Verleumdung des Militärs genutzt werden.
Die DIDF ruft alle demokratischen Kräfte in Deutschland dazu auf, gegen das Gerichtsurteil zu protestieren und sich mit EVRENSEL und den verurteilten Journalisten zu solidarisieren.

(sl, 4.11., ISKU)

Kurdistan-Phobie an deutscher Uni

Ein Referat zum Thema Kurdistan, das der kurdische Student Cektar Bavli an der Fachhochschule Köln im Fachbereich Wirtschaft gehalten hat, war zu viel für rassistische Studierende und das türkische Konsulat. Das Konsulat, informiert von den schon während des Referats randalierenden türkischstämmigen Studierenden, reagierte mit einem Schreiben an die Hochschulleitung, in dem ausgeführt wurde, es gebe kein Land namens Kurdistan und es dürfe auch keine Referate zum Thema Kurden geben. Das Dekanat und der ASTA wollen nun rechtliche Schritte einleiten.
Als Präsident der FHS beantwortete Prof. Dr. Joachim Metzner den Brief des Konsulats, indem er ausführte, bei Cektar Bavli handele es sich um einen kurdischen Studenten, der über die kurdische Kultur in wissenschaftlicher Hinsicht berichtet habe. Es sei nur normal, dass er in diesem Zusammenhang auch die PKK und Abdullah Öcalan erwähnt habe, weil diese ein Teil der kurdischen Kultur seien. Als Vorsitzender der FHS unterstütze er solche wissenschaftliche Arbeit.

(ÖP, 6.11., ISKU)

sen, ein Teil der der Stadtverwaltung unterstehenden Fahrzeuge des öffentlichen Verkehrs sei nicht gefahren, die Müllcontainer seien überfüllt gewesen und der Müll habe sich verteilt und sei nicht eingesammelt worden. Während der Demonstrationen in der Stadt seien Parolen für die PKK gerufen worden und die Sicherheitskräfte mit Steinen und Molotowcocktails angegriffen worden.
Angeklagt sind in diesem ersten Prozess fünf Minderjährige.

(ANF, 4.11., ISKU)

Kurdischer Menschenrechtler zu Tode gefoltert
Der seit sieben Jahren im Iran inhaftierte kurdische Menschenrechtler Abdulreza Recebi ist im Teheraner Gefängnis Evin zu Tode gefoltert worden. Der 46-jährige war bereits vor seiner Verlegung nach Teheran im Gefängnis in Kermanshah harten Folterungen ausgesetzt gewesen. Unter anderem soll er Scheinhinrichtungen ausgesetzt gewesen sein. Am 28. Oktober 2008 verlor er in der Folterkammer sein Leben.

(ÖP, 4.11., ISKU)

80 Frauenmorde in acht Monaten in Südkurdistan
In Südkurdistan sind nach offiziellen Angaben innerhalb von acht Monaten 80 Frauen ermordet worden. 215 Frauen haben sich selbst verbrannt. Veröffentlicht wurden diese Zahlen am Dienstag auf einer Pressekonferenz mehrerer MinisterInnen der südkurdischen Regierung in Hewler.

(ÖP, 6.11., ISKU)

Quellen:

ANF	Firat Nachrichtenagentur
ÖP	Özgür Politika
sl	scharf-links.de

Termine:

16. Hüseyin Çelebi Literaturveranstaltung
Dieses Jahr wird es nun zum 16. Mal veranstaltet: der Hüseyin Çelebi Gedicht- und Erzählungswettbewerb. Seit 16 Jahren erfüllt der Verband der Studierenden aus Kurdistan (YXK) mit dieser Veranstaltung eine seiner primären Zielsetzungen; die Förderung der kurdischen Sprache und Literatur.
8.11.2008 – Saalbau Volkshaus Sossenheim / Frankfurt a.M.

Nûçe
erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der
Informationsstelle Kurdistan
Schanzenstraße 117
20357 Hamburg
Tel.: 040 - 421 02 845
E-mail: isku@nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
Postbank Köln, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 3968-506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.isku.org

Nr. 387
14. November 2008

N û ç e



Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@nadir.org
www.isku.org

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

Abkommen zwischen Türkei und Südkurdistan

Zwischen Vertretern des türkischen Staates und der Region Südkurdistan haben Gespräche über den Kampf gegen die PKK stattgefunden. Um eine offizielle Akzeptanz in der Türkei zu erreichen, hat sich die südkurdische Regierung auf eine neue Anti-PKK-Strategie eingelassen, die Anlass zur Besorgnis gibt. Der KDP, der Partei des Präsidenten der Region Südkurdistans Mesut Barzani, wird es überlassen, dafür zu sorgen, die PKK-Guerilla aus den Bergen zu holen, die PKK-nahen Kontakte zwischen Kurdistan und Europa zu unterbinden, ein Lebensmittelembargo gegen die in Kandil lebenden Menschen durchzusetzen und die kurdische Öffentlichkeit in Südkurdistan mit Hilfe der Medien für diese Strategie bereit zu machen. Zu diesem Zweck ist bereits von einzelnen südkurdischen Medienvertretern eine entsprechende Berichterstattung gefordert worden.
Als Ergebnis der Gespräche zwischen Ankara und Hewler ist ein zunächst auf sechs Monate begrenztes Abkommen zur PKK unterzeichnet worden. Die Unterbindung der Kontakte zwischen Kurdistan und Europa wird jetzt schon teilweise umgesetzt, indem bestimmten Personen die Einreise nach Südkurdistan verweigert wird. Zuletzt wurden aus Europa kommende kurdische Musiker, darunter auch der Hiphopper Serhado, am Flughafen in Hewler zurückgewiesen.
Die südkurdische Regierung wird weiterhin die PKK auffordern, ihr Territorium zu verlassen, keine bewaffneten Aktionen durchzuführen und die Waffen niederzulegen. Wenn diesen Forderungen nicht nachgekommen wird, soll über die Medien verbreitet werden, dass die PKK mit ihrem Kampf den Kurden im Süden und den anderen Teilen Kurdistans schadet. Im Anschluss wird eine nationale Konferenz stattfinden, an denen kurdische Institutionen und Persönlichkeiten unter Ausschluss der PKK teilnehmen sollen.
Im militärischen Bereich sollen im Meder-Verteidigungsgebiet an bestimmten strategischen Punkten neben Peschmerga-Kräften auch türkische Sondereinheiten stationiert werden. Damit soll eine Kontrolle der Guerilla und eine Unterbindung logistischer, politischer und militärischer Verbindungen erreicht werden. In dem Abkommen ist außerdem vorgesehen, dass PKKler, die sich nicht ergeben wollen, ausgeschaltet werden.
PKKler, die sich von der PKK trennen und sich in die von KDP und PUK kontrollierten Gebiete begeben, sollen künftig im Beisein von Mitarbeitern des türkischen Geheimdienstes MIT verhört werden. Vor kurzem wurde bereits eine entsprechende Liste mit Personen der Türkei übergeben.
Im Gegenzug wird Ankara offizielle Beziehungen zu der südkurdischen Regierung aufnehmen, ein Konsulat in Hewler eröffnen und Barzani nach Ankara einladen. Ein eindeutiges Kriegsbündnis gegen die PKK kann sich die Regierung Südkurdistans aus Rücksicht auf die eigene Bevölkerung nicht leisten. Somit handelt es sich bei dem geschlossenen Abkommen um ein taktisches Bündnis, dem auch wirtschaftliche Versprechen von türkischer Seite zugrunde liegen. *(ÖP, 11.11., ISKU)*

Scharfe Reaktionen auf nationalistische Äußerungen

Verschiedene kurdische Kreise haben auf die nationalistischen Äußerungen des türkischen Ministerpräsidenten Erdogan der letzten Tage scharf reagiert. Erdogan hatte u. a. erklärt, in der Türkei gebe es „eine einzige Flagge, ein einziges Vaterland, einen einzigen Staat und eine einzige Nation". Wem dies nicht passe, der solle das Land verlassen. Das gleiche gelte für solche, die die türkische Fahne nicht mit Stolz tragen wollten. Gegen die DTP-geführten Stadtverwaltungen polemisierte er, diese würden die Bevölkerung „im Dreck sitzen lassen" und bei den Kommunalwahlen 2009 werde die AKP die Menschen „von diesem Dreck befreien". Tatsächlich hatten die städtischen Müllabfuhren aus Protest gegen Erdogan anlässlich seiner Kurdistan-Rundreise für einen Tag gestreikt.
Murat Karayilan als Vorsitzender des Exekutivrates der KCK bezeichnete Erdogans Äußerungen im Sinne von „Love it oder leave it" als rassistisch und geplant. Wenn es jemanden gebe, der die kurdische Region verlassen sollte, so seien dies die Besatzermächte. „Folgendes sollte begriffen werden: Die Volk ist nicht türkisch und kann auch nicht mit Gewalt dazu gemacht werden. Und dieses Volk wird nicht die Fahne eines Staates tragen, der die KurdInnen nicht anerkennt." Das politische Konzept von Generalstabschef Ilker Basbug und der Erdogan-Regierung könne nur zu noch dunkleren Zeiten für die gesamte Türkei führen.
Ahmet Türk von der Doppelspitze der DTP erklärte auf einer Fraktionssitzung in Ankara, die AKP befinde sich an einer Stelle, an der „die Grenzen des Status Quo festgelegt" seien, „abhängig vom Militarismus. Mit den jüngsten nationalistischen Äußerungen soll diese Position noch gestärkt werden." Ursächlich für die politische und wirtschaftliche Krise, in der sich die Türkei befinde, seien vor allem die Ausgaben des Militärhaushaltes. Nach Angaben des Regierungssprechers habe die Türkei bisher für den schmutzigen Krieg eine Billion Dollar ausgegeben. „Die Ausgaben für die Bombardierung der Berge spiegeln sich in den Küchen von 70 Millionen Menschen wider."
Emine Ayna, die gemeinsam mit Ahmet Türk den DTP-Vorsitz innehat, reagierte insbesondere auf die Gleichsetzung Erdogans der DTP mit „Dreck". Hinter den Beleidigungen werde die Panik der AKP deutlich, die nach ihren Erfolgen bei den letzten Parlamentswahlen in den kurdischen Gebieten einen deutlichen Stimmenverlust zu verzeichnen habe. Damit habe sie ihre Mission verfehlt, die kurdische Politik auszuschalten und werde innerhalb kurzer Zeit aus der politischen Landschaft verschwinden.
Der Oberbürgermeister von Diyarbakir, Osman Baydemir, schließlich erklärte in Rotterdam gegenüber der Nachrichtenagentur ANF, Erdogan habe bei seinem Besuch in verschiedenen kurdischen Städten gesehen, was er verdient habe: „Der eigentliche Schmutz ist die Politik des Ministerpräsidenten, die zum Tod von Menschen führt."
(ÖP/ANF, 12./13.11., ISKU)

Meldungen

Staatsterror in Ceyhan
In Adana-Ceyhan wurden bei Durchsuchungen von 43 Wohnungen 36 Personen festgenommen. Die Betroffenen sollen an einer Protestaktion am 21. Oktober gegen die Angriffe auf Abdullah Öcalan teilgenommen haben. An den Razzien waren 250 Polizisten beteiligt. Die Wohnungen wurden verwüstet, Zeitschriften, Bücher und Fotos beschlagnahmt.
Bei dem Protest im Oktober war es nach einem Polizeiangriff zu Straßenschlachten gekommen, bei denen Dutzende Menschen verletzt und festgenommen worden waren. Von den Festgenommenen wurden fünf Personen inhaftiert.
(ÖP, 13.11., ISKU)

Todesstrafe gegen drei kurdische Frauen im Iran
Im Iran sind drei kurdische Frauen zum Tode verurteilt worden. Ihnen wird Mord zur Last gelegt. Die drei Frauen, Tegmine Danis, Arasta Rençber und Nazdar Betoga, hatten sich gegen ihre Vergewaltiger zur Wehr gesetzt. Alle drei sitzen im Gefängnis in Urmiye. Die Hinrichtungen werden für die kommenden Tage erwartet. Ihre Angehörigen teilten mit, dass seit der Verurteilung kein Kontakt mehr zu ihnen besteht, und riefen die Weltöffentlichkeit dazu auf, die Hinrichtungen zu verhindern.
(ÖP, 13.11., ISKU)

76-jährige verhaftet
Die 76-jährige Nazife Babayigit ist in Gebze mit der Begründung festgenommen worden, sie habe mit ihrem Sohn, der sich bei der Guerilla in den Bergen befindet, Kontakt aufgenommen. Nazife Babayigit war zunächst zur örtlichen Gendarmerie-Station zitiert worden, um ihre Aussage aufzunehmen. Dort wurde sie festgenommen und dem Haftrichter vorgeführt. Jetzt befindet sie sich im Gefängnis in Gebze. Babayigit leidet an Zuckerkrankheit, Bluthochdruck und Rheuma. *(DIHA, 10.11., ISKU)*

„Behalt deine Kohle"
In Amed-Lice ist der 70-jährigen Hidayet Kaymaz die vom staatlichen „Sozialen Hilfsverein" gestellte Holzkohle nach Intervention des Landrats wieder entzogen worden. Die Begründung: Einer ihrer Söhne war Guerillakämpfer bei der HPG. Die 70-jährige Frau erklärte dazu: „Sollen sie ihre Kohle behalten. Auch wenn ich erfriere, vom Staat will ich keine Hilfe mehr."
Ihr Sohn Fariz Kaymaz war am 22. August bei einem Gefecht in Bitlis ums Leben gekommen. „Danach fand eine Beerdigungszeremonie

Schweiz hält an umstrittenem Ilisu-Staudamm-Projekt fest

Es ist Halbzeit im Endspiel um das umstrittene Ilisu-Staudamm-Projekt im Südosten der Türkei. In 30 Tagen läuft das zweimonatige Ultimatum ab, das Deutschland, die Schweiz und Österreich der Türkei gestellt haben, weil Ankara Auflagen für das gemeinsame Projekt gebrochen hat. Dass die europäischen Exportkreditversicherer der Türkei einen blauen Brief geschickt haben, war ein beispielloser Schritt; Umwelt- und Bürgerrechtsorganisationen feierten ihn als den „Einstieg in den Ausstieg“ aus Ilisu.
Offenbar betrachten die Partner das Projekt jedoch noch lange nicht als gescheitert. Hinter den Kulissen bemühen sich die beteiligten Regierungen, Banken und Baufirmen gemeinsam mit Ankara hektisch darum, „die Defizite zu beheben“, wie es in einem Brief der beteiligten Bank Austria heißt. Jüngster Hinweis darauf ist der Ankara-Besuch des Schweizer Bundespräsidenten Pascal Couchepin. Er versicherte Premier Tayyib Erdogan, man wolle den Staudammbau weiterhin betreiben, wenn die Türkei sich an die Auflagen halte.
Deutsche, Schweizer und österreichische Baufirmen wollen den Damm bauen, die Regierungen der drei Länder haben sich 2007 entschieden, den Bau mit Exportkreditgarantien zu unterstützen – allerdings machte man der Türkei 150 detaillierte Auflagen. „Wenn die drei Staaten sich jetzt wieder auf einen faulen Kompromiss einlassen, dann ist da absurd“, sagt Ulrich Eichelmann von der dammkritischen Organisation ECA-Watch. Die Frage ist vor allem, ob es der Türkei möglich ist, in der Frist von 60 Tagen das nachzuholen, was sie zwei Jahre versäumt hat. „Es ist schwierig“, sagt Sonja Kohler, Sprecherin der Schweizer Exportrisikoversicherung, „aber wir sind überzeugt, dass es möglich ist“ – eine Überzeugung, die das Lager der Kritiker nicht teilt. Man müsse nur die Expertenberichte lesen, sagt Christine Eberlein von der Erklärung von Bern: „Technisch ist das unmöglich. Punkt.“
Eine internationale Expertenkommission hatte zweimal hintereinander festgestellt, dass die Türkei fast keine der Auflagen erfüllt hat. Deshalb wurde am 7. Oktober der blaue Brief losgeschickt. Das deutsche Entwicklungshilfe-Ministerium sprach damals in deutlichen Worten von einer „Notbremse“, die notwendig sei, „da der türkische Bauherr die Menschen, die Umwelt und die Kulturgüter in der betroffenen Region gefährdet“.
Dem geplanten Damm soll die 10.000 Jahre alte Felsenstadt Hasankeyf zum Opfer fallen, mehr als 60.000 Menschen werden umgesiedelt. Premier Erdogan sagte Mitte Oktober zur Empörung der türkischen Dammgegner, es seien PKK-Terroristen „und ihre Sympathisanten“, die den Damm nicht wollten. Der Kampf um den Damm sein ein „Kampf um die Zivilisation“. *(SZ, 13.11., ISKU)*

Symbolische Versöhnung

Bundespräsident Pascal Couchepin und sein türkischer Amtskollege Abdullah Gül haben mit viel Symbolik die Versöhnung beider Staaten zelebriert. Nach Jahren gespannter Beziehungen sollen harmonischere Zeiten anstehen.
Die Schweiz und die Türkei hätten «historische und brüderliche Beziehungen», sagte Gül an einer gemeinsamen Medienkonferenz mit Couchepin in Ankara. Die zwei Staaten hätten gelernt, die Spannungen und Zwischenfälle dank der Freundschaft zu überwinden, antwortete Couchepin.
Der türkische Präsident begrüsste die Massnahmen des Bundesrats gegen die kurdische Arbeiterpartei (PKK). Nun müssten die Massnahmen auch umgesetzt werden, sagte Gül. Der Bundesrat hatte am vergangenen Mittwoch ein Massnahmen-Bündel verabschiedet, das der PKK den Geldhahn zudrehen und ihre Bewegungsfreiheit einschränken soll. Die «notwendigen Massnahmen» gegen die PKK seien ohne Druck der türkischen Behörden erfolgt, erklärte Couchepin.
Die Türkei möchte überdies, dass die Schweiz die PKK als «terroristische Organisation» bezeichnet. Gül verzichtete aber beim Treffen mit Couchepin darauf, diesen Wunsch zu äussern. Anders als die EU und die USA bezeichnet die Schweiz die PKK nicht als Terrororganisation, führt aber auch keine solche Liste. *(NZZ, 10.11., ISKU)*

Minister lobt Vertreibung

Der türkische Verteidigungsminister Vecdi Gönül hat mit lobenden Worten über die Vertreibung der Griechen und der Armenier aus der heutigen Türkei für Schlagzeilen gesorgt. Bei einer Feierstunde zum 70. Todestag von Staatsgründer Mustafa Kemal Atatürk stellte Gönül nach Presseberichten vom Dienstag die Frage, ob die Türkei heute derselbe Nationalstaat sein könnte, wenn es noch viele Griechen und Armenier im Land gäbe. Diese Aussagen würden Gönül noch Kopfschmerzen bereiten, kommentierte die Zeitung „Vatan". Der Politologe Dogu Ergil sagte dem Blatt, dem Minister sei wohl nicht klar gewesen, was er da gesagt habe.
Gönül bezeichnete den Bevölkerungsaustausch zwischen Griechenland und der Türkei in den zwanziger Jahren des letzten Jahrhunderts als "sehr wichtigen Schritt" beim Aufbau des türkischen Nationalstaates. Mehr als eine Million Griechen wurden damals nach Griechenland umgesiedelt; im Gegenzug kamen etwa eine halbe Million Muslime aus Griechenland in die Türkei. Im Ersten Weltkrieg waren mehrere hunderttausend anatolische Armenier bei Massakern und Todesmärschen ums Leben gekommen. Der Politikwissenschaftler Baskin Oran sagte „Vatan", die Vertreibung von Griechen und Armeniern habe die Industrialisierung der Türkei um mindestens 50 Jahr zurückgeworfen. Man könne nur hoffen, dass das Ausland die Worte des Ministers nicht gehört habe. *(DS, 11.11., ISKU)*

Antwort auf bewaffneten Angriff

In Istanbul haben kurdische Jugendliche das Büro und den Parkplatz von Mustafa B. in Brand gesetzt. Mustafa B. hatte am 2. November aus einer Gruppe Rassisten heraus mit einem Gewehr auf Kurden geschossen, die gegen das Verbot einer Kundgebung am Taksim-Platz protestierten. Der türkische Ministerpräsident Erdogan hatte dazu geäußert: „Ich rate meinen Bürgern zur Geduld. Allerdings bin ich besorgt, wie lange diese Geduld halten kann. Wenn der Bürger [...] sein Leben bedroht sieht und die entsprechenden Möglichkeiten hat, wird er den Weg der Verteidigung wählen.“
Bei dem Brandanschlag, zu dem sich die „Aktionseinheit Mahsum Korkmaz“ bekannte, brannte mehrere auf dem Parkplatz abgestellte Fahrzeuge sowie das Büro völlig aus.
Im Istanbuler Stadtviertel Gazi wurde ein Stadtbus in Brand gesetzt, nachdem eine 15-köpfige maskierte Gruppe die Insassen hatte aussteigen lassen. Auch in anderen Städten dauern die Anschläge an. So wurden in Adana mehrere Autos angezündet und in Urfa ein Geschäft eines AKPlers in Brand gesetzt. *(ÖP, 10.11., ISKU)*

statt, an der tausende Menschen teilnahmen. Ich nehme an, das war zuviel für den Landrat,“ so Hidayet Kaymaz. *(ÖP, 13.11., ISKU)*

Hohe Einschaltquoten von Roj TV in der Türkei
Eine Umfrage zur Beliebtheit von TV-Sendern und Zeitungen in den westlichen Provinzen der Türkei ergab, dass Roj TV an 13. Stelle von 258 Fernsehsendern steht. Die Umfrage des Meinungsforschungsinstituts GENAR ist Teil eines Programms zur Erforschung der gesellschaftlichen und politischen Situation in der Türkei. Das für den kurdischen Sender positive Umfrageergebnis wird noch durch die Umstände verstärkt, dass die befragten Haushalte sich in der Westtürkei befanden, die Fragen in türkischer Sprache gestellt wurden und Roj TV in der Türkei sowohl verboten ist, als auch der Empfang durch Störsender verhindert wird. *(ANF, 12.11., ISKU)*

Türkei bombardiert PKK-Stellungen
Die türkische Luftwaffe hat erneut mutmaßliche Stellungen der PKK im Irak bombardiert. Kampfflugzeuge flogen laut einem Vertreter der irakischen Grenzbehörden am Montag Angriffe nördlich der Stadt Dohouk.
Die Luftwaffe sei bei dem Einsatz von Artilleriefeuer unterstützt worden. Angaben zu möglichen Opfern machte er zunächst nicht. *(NZZ, 10.11., ISKU)*

Quellen:

ANF	Firat Nachrichtenagentur
ÖP	Özgür Politika
SZ	Süddeutsche Zeitung
DS	Der Standard
NZZ	Neue Zürcher Zeitung

Termin:

"Und Macht euch die Erde untertan"
Das Ilisu-Staudammprojekt in der Osttürkei und seine Folgen
Film und Diskussion
Dienstag, 18.11.2008
18 Uhr
Hansa-Kino, Hansastraße 48 in Kiel
Aktionskreis Hasankeyf Kiel/ Rendsburg, Deutsch-kurdische Gesellschaft e.V.
Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein e.V.

N û ç e
erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der
Informationsstelle Kurdistan
Schanzenstraße 117
20357 Hamburg
Tel.: 040 - 421 02 845
E-mail: isku@nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
Postbank Köln, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 3968-506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.isku.org

Nr. 388
21. November 2008

Nûçe



Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@nadir.org
www.isku.org

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

Abdullah Öcalan äußerte sich zu seinen Haftbedingungen

„Auch meine Geduld hat Grenzen“

In einem Verteidigergespräch am vergangenen Mittwoch hat sich Abdullah Öcalan auf der Gefängnisinsel Imrali zu seinen Haftbedingungen geäußert. Demnach ist er erneut mit einer Disziplinarstrafe belegt worden: „Sie wenden die Bunkerstrafe an. Seit sehr langer Zeit kann ich kein Radio mehr hören. Zeitungen bekomme ich kaum, und wenn, dann sind sie so zerschnitten, dass sie keine Bedeutung mehr haben. Deshalb bin ich über die aktuellen Entwicklungen kaum informiert. Hinter dem, was hier abläuft, stehen politische Entscheidungen. Es muss offen gelegt werden, wer dafür verantwortlich ist. Ist es der Ministerpräsident, der Generalstabschef? Ich habe das Recht zu erfahren, wer in dieser Angelegenheit Ansprechpartner ist. Was hier stattfindet, geschieht nicht ohne das Wissen des Ministerpräsidenten. Das sogenannte Krisenzentrum untersteht dem Ministerpräsidialamt. Die hiesige Verwaltung ist dabei nicht mein Ansprechpartner, sie tut nur, was ihr gesagt wird. Mein Ansprechpartner ist also der Ministerpräsident, und der tut, was ihm von den USA gesagt wird. Es waren die USA und die NATO, die mich hierher gebracht haben. Und die USA legen Erdogan nahe, mich in Bedrängnis zu bringen. Erdogan hat das akzeptiert. Sie testen mich aus, testen meine Reaktion, meine Geduld und meine Widerstandskraft. Auch meine Geduld hat ihre Grenzen. Ich erzähle nicht, was sich hier abspielt, weil ich weiß, was passiert, wenn ich davon berichte. Ich verhalte mich verantwortungsvoll. Es wird versucht, die PKK zu vernichten, indem sie mich bedrängen. Aber das wird ihnen nicht gelingen. Ich werde hier bis zum Ende Widerstand leisten. Das habe ich bis heute getan und werde es auch weiterhin tun.“

(ANF, 14.11., ISKU)

„Unsere Ehre ist unsere Freiheit“

Aus Anlass des internationalen Tages gegen Gewalt an Frauen am 25. November startet die Demokratische Freie Frauenbewegung (DÖKH) in der Türkei eine Kampagne unter dem Motto “Em jin in ne, namusa tu kesi ne, namusa me azadiya me” – „Wir sind Frauen und niemandes Ehre, unsere Ehre ist unsere Freiheit“. Die Kampagne soll am 22. November in Batman eingeleitet werden und ist auf zunächst ein Jahr angelegt.

Auf einer Pressekonferenz in der DTP-Zentrale in Batman wurde die Kampagne gestern vorgestellt. „Ein Grundstein des patriarchalen Systems ist ein Verständnis von Ehre, das mit der Sexualität von Frauen in Zusammenhang gestellt wird und dem Mann das Recht gibt, jede Art von Gewalt gegen Frauen einzusetzen. Wir betrachten es als dringender als je zuvor, diese Auffassung zu verändern“, erläuterte die DÖKH-Aktivistin Müzeyen Günes. Inhalt der Kampagne sei auch der Kampf gegen Ehrenmorde, Brautgeld und Zwangsverheiratungen.

In Batman wird am 22.11. eine Großkundgebung zum Thema stattfinden. Erwartet wird die Teilnahme von weiblichen DTP-Abgeordneten, Bürgermeisterinnen und tausender weiterer Frauen.

YJA-Kampagne zum 25.11.

Die YJA (Einheiten freier Frauen) haben in einer Erklärung aus Anlass des internationalen Tages gegen Gewalt an Frauen eine Kampagne gegen die reaktionäre Definition von Ehre angekündigt. Ziele der Kampagne sind u. a. laut Erklärung:

- Es soll eine Veränderung im Bewusstsein der kurdischen Gesellschaft hinsichtlich des Begriffs Ehre erreicht werden.
- Es soll eine erklärte Ablehnung von Ehrenmorden, Brautkäufen, Zwangsverheiratungen u. a. frauenfeindlichen Vorgehensweise insbesondere in Parteien und Institutionen und darüber neue moralische Wertmaßstäbe in der Gesellschaft durchgesetzt werden.
- Gegen die Beschneidung von Frauen und Mädchen soll gekämpft werden. In diesem Sinne soll in der Gesellschaft ein Bewusstsein dafür geschaffen werden, dass Gewalt und Unterdrückung von Frauen in der kurdischen Tradition nicht vorkommt und die Frauenbefreiung eines der Hauptprinzipien in der kurdischen Befreiungsbewegung ist.
- Um das Geschlechterbewusstsein zu vertiefen, soll überall Bildungsarbeit durchgeführt werden. Dabei soll vor allem verdeutlicht werden, wie der Ehrbegriff für die Unterdrückung von Frauen durch Männer benutzt wird.

Frauen-Demos in Europa

Aus Anlass des internationalen Tages gegen Gewalt an Frauen gehen kurdische Frauen in ganz Europa für ihre Forderungen auf die Straße. Auf Demonstrationen, Kundgebungen und Veranstaltungen in Holland, Deutschland, Frankreich, England, Belgien und der Schweiz wird die Gewalt gegen Frauen verurteilt und eine gerechte und gewaltfreie Welt gefordert werden.

(ÖP, ANF, 14., 20.11., ISKU)

Mädchen in Amed angeschossen

Seit im Juni vergangenen Jahres die Polizeibefugnisse in der Türkei ausgeweitet worden sind, kommt es immer wieder zu Willkürakten der Sicherheitskräfte, bei denen Zivilisten verletzt oder getötet werden. In Amed wurde jetzt ein zwölfjähriges Mädchen durch Polizeischüsse schwer verletzt. Sie befindet sich nach einer vierstündigen Operation auf der Intensivstation. Ihre Großmutter, die Augenzeugin des Vorfalls in Amed-Baglar war, berichtete, ihre Enkelin sei von einem bärtigen Polizisten angeschossen worden. Der Vater des Kindes erklärte, er habe im Krankenhaus mit angehört, wie die Polizisten im Gespräch untereinander gesagt hätten, der Vorfall müsse sofort vertuscht werden.

Zu dem Vorfall war es bei einer Verfolgungsjagd von Zivilpolizisten auf einen unbekannten jungen Mann gekommen. Ein Polizist eröffnete das Feuer inmitten einer Wohnstraße, auf der Kinder spielten. Das Mädchen wurde direkt vor ihrer Haustür getroffen. Ins Krankenhaus wurde sie von ihrem Onkel gebracht; die Polizisten kümmerten sich nicht um eine medizinische Versorgung, sondern waren nach Angaben der Großmutter damit beschäftigt, die Patronenhülsen auf der Straße einzusammeln.

(ÖP, 18.11., ISKU)

Meldungen

14-jährige aus Unterricht in Gewahrsam genommen

Die 14-jährige Berivan wurde aus dem Unterricht der 7. Klasse von Polizisten in Gewahrsam genommen.

Nach Berichten des Büros des Menschenrechtsvereins IHD von Adana, wurde sie am 13.11. der Staatsanwaltschaft vorgeführt. Der 14-jährigen Grundschülerin wird nach Auskunft ihrer AnwältInnen vorgeworfen, an Aktionen zum Thema Abdullah Öcalan teilgenommen, Propaganda für eine verbotene Organisation gemacht und Steine auf die Polizei geworfen zu haben.

Der IHD reagierte auf die Haft folgendermaßen: „So schützt der Gouverneur von Adana die Kinder! In diesem Land wird ein 14-jähriges Mädchen für drei Tage in Gewahrsam gehalten, weil sie Steine auf die Polizei geworfen haben soll. Aber wenn im Stadtviertel Sakirpasa der Jugendliche Amed Yildirim von der Polizei angeschossen wird und sein Leben lang mit einer schweren Behinderung leben muss, wird der Täter nicht einmal 24 Stunden in Gewahrsam genommen. Was soll denn dieses Land Ihrer Meinung nach von Kindern wie Berivan erwarten.“

(ANF, 13.11., ISKU)

Amed Yildirim bleibt zu 90% gelähmt

Der von der Polizei von Adana angeschossene 14-jährige Amed Yildirim bleibt sein Leben lang zu 90% gelähmt.

Ihm wurde am 9. Oktober im Stadtviertel Ova von der Polizei nach Zeugenaussagen aus nächster Nähe in den Rücken geschossen, weil er den Befehl der Polizei zum Stehenbleiben nicht befolgt haben soll.

(ANF, 13.11., ISKU)

23 Jahre Haft für Kinder gefordert

Die Oberste Staatsanwaltschaft von Diyarbakir fordert schwere Haftstrafen gegen sechs Kinder, fünf von ihnen sind GrundschülerInnen, die an Protesten im Rahmen des Erdogan Besuches teilgenommen haben.

Nach der Anklageschrift hätten die in Haft befindlichen Kinder beim Besuch Erdogans in Diyarbakir PKK-Parolen gerufen und Sicherheitskräften, Fahrzeugen und Geschäften Schaden zugefügt.

Aufgrund der verschiedenen Delikte, die sie begangen hätten, wurden Haftstrafen bis zu 23 Jahre gefordert. Der Staatsanwalt, dem dies nicht ausreichte,

Fraueneinrichtungen in Amed veröffentlichen Zahlen zu Gewalt

Zwischen Januar und Oktober 2008 haben sich 3211 Frauen mit der Bitte um Unterstützung an die beiden in Amed ansässigen Fraueneinrichtungen DIKASUM und Selis gewendet. Wie Özlem Özen als Vorsitzende des Frauenzentrums DIKASUM der Stadtverwaltung Diyarbakir mitteilte, standen alle Anträge in Zusammenhang mit Gewalt.

Von 3066 bei DIKASUM eingegangenen Fällen ging es bei 342 um innerfamiliäre Gewalt. 103 Frauen wünschten rechtliche Unterstützung, 151 psychologische Beratung. Bei 426 Frauen war das zentrale Thema gesundheitliche Probleme. 444 Frauen brauchten materielle Hilfe in Form von Lebensmitteln, Medikamenten, Kleidung oder Einrichtungsgegenständen. In 852 Fällen ging es um Probleme bei der innerfamiliären Kommunikation, bei weiteren 852 um Familienplanung, bei 149 um offizielle Eheschließung, bei 145 um die Anbindung an eine Schule, bei 136 um Alphabetisierungskurse, bei 113 um Anträge auf die Erstellung eines Ausweises und bei 29 um Obdachlosigkeit.
Von 145 Frauen, die sich seit Anfang 2008 an den Frauenberatungsverein Selis gewandt haben, haben 93 Gewalterfahrungen gemacht.

Wie Özen weiter ausführte, seien die betroffenen Frauen je nach Problemlage zur Staatsanwaltschaft, zum Büro für juristische Hilfe, zum Menschenrechtsverein IHD oder zur Polizei geschickt oder begleitet worden. Von 145 Frauen, die nach Arbeit suchten, hätten 47 in Arbeitsbereichen wie Kinderbetreuung, Bürotätigkeit, Küche oder Hausreinigung untergebracht werden können. „Alle Frauen, die wegen psychischer Probleme zu uns kommen, erhalten in regelmäßigen Sitzungen psychologische Unterstützung.“ Als gelungenes Mittel, um Kontakte zu Frauen zu knüpfen, hätten sich die in verschiedenen Stadtteilen eingerichteten Waschmaschinencenter erwiesen.
„Außerdem haben wir Frauen in 1732 Wohnungen persönlich aufgesucht, um ein Organisierungsnetzwerk zu errichten. Wir leisten psychologische und juristische Unterstützung und kämpfen mit den betroffenen Frauen gemeinsam gegen Gewalt. Gleichzeitig versuchen wir über Bildungsarbeit, Gewalt zu verhindern.“ *(ÖP, 14.11., ISKU)*

Lob für Mord an Staatsfeinden

Vorbei sind offenbar die Zeiten, in denen die türkische Regierungspartei AKP mit europapolitischen Reformen für mehr Demokratie von sich reden machte. Heutzutage sorgt sie vor allem mit rabiaten Sprüchen für Schlagzeilen.
Er finde es gut, wenn Staatsfeinde erschossen würden, sagte ein AKP-Abgeordneter im Parlament. Kurz zuvor hatte bereits Premier Recep Tayyip Erdogan persönlich Verständnis für gewaltsame Selbstjustiz gegenüber kurdischen Aktivisten gezeigt. Menschenrechtler und Waffengegner sind bestürzt.
Sie verweisen darauf, dass in der Türkei schon jetzt 3000 Menschen pro Jahr durch Waffen sterben. Insbesondere die türkische Polizei ist auch ohne zusätzliche Ermutigung der Politik berüchtigt dafür, zuerst zu schießen und erst dann zu fragen.
"Ich bin niemand, der Schießereien mag", sagte der AKP-Politiker Abdulkadir Akgül vergangene Woche in der Sitzung eines Parlamentsausschusses in Ankara. "Aber natürlich finde ich es gut, wenn Leute erschossen werden, die gegen meinen Staat und meine Nation sind." Als Volksvertreter, der öffentlich die Tötung von "Staatsfeinden" gutheißt, fand sich Akgül, der sonst eher zur zweiten Garde der AKP gehört, am nächsten Tag auf den Titelseiten der Zeitungen.

Abgeordneter versteht Aufregung nicht
Der Abgeordnete aus dem zentralanatolischen Yozgat sagte, er könne die ganze Aufregung nicht verstehen. Schließlich habe er doch nur "Terroristen" gemeint, ein Wort, das im politischen Sprachgebrauch in Ankara für die kurdische Rebellengruppe PKK reserviert ist. Dass auch "Terroristen" in einem Rechtsstaat nicht einfach so über den Haufen geschossen werden sollten, kam dem Abgeordneten offenbar nicht in den Sinn.

Bei der "Stiftung Hoffnung", der wichtigsten Organisation türkischer Waffengegner, schlägt man angesichts der schießwütigen Regierungspolitiker die Hände über dem Kopf zusammen. Die Haltung hinter den Äußerungen von Erdogan und Akgül sei bedenklich, sagte Stiftungssprecherin Esengül Ayyildiz. Bei 2,5 Millionen angemeldeten und schätzungsweise 7,5 Millionen illegalen Schusswaffen im Land könnten solche Aussagen zu noch mehr Gewalt führen. Schließlich seien die Türken große Waffenfans.

Die Waffenliebe der Türken könnte einen Hinweis auf das eigentliche Motiv für die markigen Sprüche aus Ankara liefern. Viereinhalb Monate vor den Kommunalwahlen im kommenden März ist die AKP nach einigen Korruptionsskandalen und angesichts sich eintrübender Wirtschaftsaussichten in den Meinungsumfragen auf Talfahrt. Die öffentlichen Bekenntnisse zur Problembereinigung per Schusswaffe sollen der Partei möglicherweise Sympathien in rechtsgerichteten Kreisen sichern.
(WZ, 20.11., ISKU)

Anti-PKK-Gipfel in Bagdad

Am Mittwoch fand ein weiterer Anti-PKK-Gipfel in Bagdad statt. Erstmalig nahmen daran neben Vertretern der USA, des Irak und der Türkei auch solche der südkurdischen Regierung teil. Somit hat sich die aus Vertretern der türkischen Regierung, des Geheimdienstes MIT und der Armee bestehende Delegation offiziell mit der südkurdischen Führung an einen Tisch gesetzt.

Auf der Sitzung wurde über Details des Kampfes gegen die PKK und den in diesem Zusammenhang stehenden Informationsaustausch diskutiert. Die Türkei erwartet dabei, dass in Kandil die für die PKK wichtigen logistischen Wege kontrolliert werden. Weiter sollen ein PKK-Radiosender und die Kommunikation innerhalb der Organisation unterbunden werden. Für ehemalige PKKler, die sich der KDP ergeben, ist ein gemeinsames Verhör durch türkische und südkurdische Kräfte vorgesehen. Die Grenze zwischen dem Irak und der Türkei soll stärker kontrolliert werden, zu diesem Zweck sollen mehr Militärposten installiert werden. In den kurdischen Medien soll verstärkt Propaganda gegen die PKK Raum finden. Die Verbindungen der PKK nach Europa sollen über die Kontrolle der südkurdischen Flughäfen gekappt werden.
Gemäß eines Abkommens zwischen der Türkei und den USA vom November vergangenen Jahres konnte die Türkei den südkurdischen Luftraum für grenzüberschreitende Operationen und Aufklärung nutzen. Nach dem neuen Abkommen muss ab dem 1. Januar auch die Erlaubnis der irakischen Regierung eingeholt werden. Über Einzelheiten dieser Situation wurde auf der Sitzung in Bagdad ebenso verhandelt.
(ÖP, 20.11., ISKU)

forderte für zwei von ihnen eine Zusatzstrafe von sechs Jahren wegen Beschädigung von Gemeineigentums.
Die Familien der Kinder sagten aus, dass ihre Kinder während der Zeit im Gewahrsam schwer misshandelt wurden. In den folgenden Tagen werden die Urteile gegen sie erwartet.
(ANF, 13.11., ISKU)

Prompte Reaktion der Guerilla auf türkischen Angriff
Nach Angaben der Volksverteidigungskräfte HPG hat am 16. November ein Mörserangriff der türkischen Armee auf das Zap-Gebiet stattgefunden. Die Guerilla reagierte unverzüglich mit einem Gegenangriff auf den Militärposten, von dem die Angriffe ausgegangen waren. An dem Militärposten entstand Sachschaden, die türkischen Angriffe mussten eingestellt werden. Über Verluste der türkischen Armee wurden keine Einzelheiten bekannt. *(ÖP, 18.11., ISKU)*

Erdogan gesteht Iran indirekt Recht auf Kernwaffen zu
Wenn etwas der türkischen Regierung derzeit vorzüglich von der Hand geht, dann ist es die Außenpolitik. Doch am Wochenende patzte ausgerechnet der Chef, und das auch noch in der sensiblen Frage der iranischen Atompolitik. In einer Rede vor der angesehenen Brookings Institution, einem den Demokraten nahestehenden Think Tank der USA, sagte Premier Recep Tayyip Erdogan: „Diejenigen, die dem Iran verbieten, Atomwaffen herzustellen, sollten ebenfalls keine Kernwaffen besitzen.“ Da die Nuklearmächte ihre Waffen aber nicht gleich verschrotten werden, heißt das, dass auch der Iran das Recht auf Atomwaffen haben soll. Erdogans Äußerungen stellen einen Wandel der offiziellen Haltung Ankaras dar. Bisher hatte die türkische Diplomatie zwar Teherans Recht auf friedliche Nutzung der Kernenergie anerkannt, sich aber gegen eine Nuklearbewaffnung des Iran gewandt. *(DP, 18.11., ISKU)*

Quellen:

ANF	Firat Nachrichtenagentur
ÖP	Özgür Politika
WZ	Wiener Zeitung
DP	Die Presse

N û ç e
erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der
Informationsstelle Kurdistan
Schanzenstraße 117
20357 Hamburg
Tel.: 040 - 421 02 845
E-mail: isku@nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
Postbank Köln, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 3968-506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.isku.org

Nr. 389
28. November 2008

N û ç e



Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@nadir.org
www.isku.org

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

AZADÎ und YEK-KOM:

15 Jahre Kurdenverfolgung sind genug – PKK-Verbot muss aufgehoben werden!

Gleichgültig, ob schwarz-gelb, rot-grün oder rot-schwarz, auf eines war Verlass: Keine Bundesregierung hat in den vergangenen 15 Jahren auch nur ansatzweise Überlegungen angestellt, das Betätigungsverbot der PKK zu lockern, geschweige denn, es aufzuheben. Das trifft inzwischen sowohl auf die Mehrheit der Abgeordneten im Bundestag zu als auch auf die Spitzen der Parteien. Erinnert sei an eine Zeit, in der es für heute etablierte grüne Parlamentarier-/innen und frühere Aktivist(inn)en selbstverständlich war, sich für eine freie politische Betätigung von Kurdinnen und Kurden in Deutschland und eindeutig gegen das Verbot einzusetzen.
Heute sind die Kurdinnen und Kurden – von der Öffentlichkeit nahezu unbemerkt – immer noch konfrontiert mit den Folgen des vom damaligen Bundesinnenminister Manfred Kanther (CDU) am 26. November 1993 erlassenen Verbots. Obwohl die seinerzeit genannten Verbotsgründe nicht zuletzt aufgrund der tiefgreifenden Veränderungen der kurdischen Bewegung längst obsolet geworden sind, haben sich alle Bundesregierungen die Fortsetzung der Repression auf die Fahnen geschrieben. Für sie war die Auflösung früherer Strukturen, aus denen grundlegend neue Organisationen mit neuer Zielsetzung hervorgegangen sind, einfach die Fortführung des Alten. Als Rechtfertigung für eine Beibehaltung der Verbotspolitik gilt deshalb die Gleichung PKK = KADEK = KONGRA-GEL usw. Die im Zuge des sog. Anti-Terror-Kampfes, unter dem der türkisch-kurdische Konflikt gesehen wird, beschlossenen Gesetzesverschärfungen und die Tatsache, dass PKK und KONGRA-GEL auf der EU-Terrorliste geführt werden, erleichtern die Arbeit des Verfolgungsapparates erheblich.
Vor diesem Hintergrund werden nach wie vor kurdische Vereine und Privatwohnungen durchsucht, Vereinsvorsitzende und -mitglieder festgenommen, erkennungsdienstlich behandelt und Ermittlungen gegen sie eingeleitet. Oder: es werden Demoteilnehmer/innen wegen des Rufens von Parolen oder Zeigens von Plakaten mit dem Konterfei von Abdullah Öcalan strafverfolgt.
Ebenso wird das Sammeln von Spenden oder das Spenden selbst geahndet mit der Begründung, es diene – ähnlich der Mitgliedschaft in einem kurdischen Verein – der Finanzierung der kurdischen Guerilla bzw. der Aufrechterhaltung der Organisationsstrukturen. Wurde dies bislang in der Regel als Verstoß gegen das Vereinsgesetz verfolgt, versuchen Staatsanwaltschaften vermehrt, Aktivist(inn)en wegen Unterstützung einer „kriminellen" Vereinigung (§ 129 Strafgesetzbuch) anzuklagen. Das verschafft ihnen die Grundlage für umfassende Abhör- und Observationsmaßnahmen.
Auch mit dem im Juni dieses Jahres verfügten Verbot des kurdischen Fernsehsenders ROJ TV durch Bundesinnenminister Schäuble ist Deutschland den wiederholten Forderungen der Türkei nach Schließung kurdischer Medien entgegengekommen. Eine politisch motivierte Maßnahme, gegen die Klage beim Bundesverwaltungsgericht eingereicht wurde, das in Kürze darüber entscheiden wird.
Auch kurdische Politiker/innen bleiben im Fokus der Anklagebehörden und werden wegen mutmaßlicher Funktionärstätigkeit nach § 129 StGB zu in der Regel mehrjährigen Freiheitsstrafen verurteilt. Dass viele von ihnen wegen ihres politischen Engagements für die Rechte des kurdischen Volkes schon lange Haftstrafen in der Türkei verbüßt haben und danach ihre Heimat wegen politischer Verfolgung verlassen mussten, spielt für deutsche Behörden keine Rolle. Im Gegenteil: Sie alle verlieren ihren erlangten Asylstatus und müssen nach der Haftentlassung darum kämpfen, nicht in die Türkei abgeschoben zu werden.
In den vergangenen 15 Jahren sind allein über 100 Kurdinnen und Kurden wegen ihrer politischen Betätigung (§ 129/a StGB) in deutscher Haft gewesen.

AZADÎ und YEK-KOM haben aus Anlass des Jahrestages eine Broschüre mit dem Titel „15 Jahre PKK-Verbot – Eine Verfolgungsbilanz" herausgegeben. Mit der – unvollständigen – Chronologie der Repression wollen wir einen Eindruck vermitteln von den Auswirkungen einer Verbotspolitik, in der auf dem Rücken der Kurden innen- und außenpolitische Interessen der Bundesrepublik verfolgt werden.
Diese Politik trägt nicht zuletzt dazu bei, den Krieg des türkischen Staates gegen die kurdische Bewegung und Bevölkerung zu verlängern. Diese verhängnisvolle Politik muss beendet werden.
Die Öffentlichkeit ist aufgerufen, die Kurdinnen und Kurden bei ihrem Kampf für das freie Wort und eine von Repression befreite politische und kulturelle Betätigung zu unterstützen.

Um dieses Ziel zu erreichen, ist die Aufhebung des PKK-Verbots die erste Voraussetzung.

Es ist höchste Zeit.

50 Sozialstunden für Polizeirepression

Am 19.11.08 fand der erste Prozess am Amtsgericht Berlin Tiergarten gegen einen Teilnehmer der kurdischen Jugenddemonstration am 20.04.08 statt. Dem Jugendlichen aus Hamburg wurde Beleidigung eines Polizisten vorgeworfen.
Der Angeklagte schilderte deutlich, das schon bei der Anreise schikanöse und provokative Verhalten der Polizei. Er berichtete, dass ihr aus Hamburg kommender Bus auf eine Polizeikasernengelände eskortiert wurde. Alle InsassInnen des Busses mussten die Hände auf die Sitze legen und wurde einzeln nach draußen geführt. Draußen mussten sie sich auf den Boden setzen und wurden von den PolizistInnen mit Hunden bedroht. Einige von ihnen wurden sofort in Gewahrsam genommen, vor allem wegen des Mitführens von Symbolen der kurdischen Freiheitsbewegung.
Nach kurzer Verhandlung und Rücksprache mit dem als Hardliner bekannten Staatsschutzstaatsanwalt Anselmann wurde das Verfahren gegen 50 Sozialstunden eingestellt, ein ungewöhnlich scharfes Urteil für einen Beleidigungsprozess.
Auf der Demonstration selbst kam es zu schweren Übergriffen seitens der Polizei. Die Polizei versucht ihr Verhalten dadurch zu rechtfertigen, indem sie die Angegriffenen zu TäterInnen stilisiert. Der nächste Prozess gegen einen Teilnehmer findet am 10.12.08 um 10.00 im Amtsgericht Tiergarten, Saal 627 statt. *20.11., ISKU*

Meldungen

Kurdische Benennung für Parks wieder verboten
Die von der Stadtverwaltung des Viertels Kayapinar vergebenen kurdischen Namen für drei Parkgelände wurden vom Gouverneur verboten. Dies ist der zweite Antrag auf kurdische Namen für die Parks, der vom Gouverneur von Diyarbakir abgelehnt wurde. Am 13. Oktober hatte die Stadtverwaltung von Kayapinar entschieden, die Parks mit den Namen Rosna (Augenglanz), Silan (Wildrose) und Rojda (Sonnenaufgang) zu versehen. Es wurde vom Gouverneur behauptet, dass diese Namen dem Paragrafen 24 widersprechen würden.
(ANF, 20.11., ISKU)

Ein Jahr und drei Monate Haft für Bürgermeister von Sirnak
Der DTP-Bürgermeister von Sirnak, Ahmet Ertak, bekam wegen eines Interviews für den französischen Sender TV 24 wegen „Propaganda für eine verbotene Organisation" ein Jahr und drei Monate Haft. Verurteilt wurde er vor dem 5. Strafgericht für schwere Strafen in Diyarbakir.
(ANF, 20.11., ISKU)

Hinrichtung von Farzad Kamangar droht
Nach einer Meldung der Bildungsinternationale (EI) droht unmittelbar die Ermordung des auf Grund des Vorwurfes der PKK-Mitgliedschaft zum Tode verurteilten iranisch-kurdischen Lehrers und Gewerkschafters Farzad Kamangar. Nach EI vorliegenden Quellen ist Kamangar am Dienstag aus seiner Zelle im Evin-Knast in Tehran geholt worden, was als Anzeichen einer unmittelbar bevorstehenden Hinrichtung gedeute wurde.
Jüngsten Meldungen zu Folge war er am Mittwoch noch am Leben und konnte seinen Anwalt sprechen. *(Indy, 26.11., ISKU)*

72 Dorfschützer verweigerten Militäroperation
72 Dorfschützer legten ihre Waffen nieder, als das türkische Militär sie zu einer Operation einteilte. 15 Dorfschützer aus Bademli (Gulan), 22 aus Dede (ex Selametan), sowie 15 Dorfschützer aus Aliyan und 20 aus Batur (Botalibiyan) erklärten, dass sie nicht weiter an der Militäroperation teilnehmen werden.
(ANF, 23.11., ISKU)

25 Dorfschützer zur Ausbildung zum JITEM
Unter der Federführung des Chefs der Dorfschützer des Kreises Beytüssebap in der Region

Innerhalb von zwei Tagen 18 Gewahrsamnahmen und 30 Festnahmen

Repression hält weiter an

Die Polizei übt in den kurdischen Städten und den Metropolen des Ostens massive Repressalien gegen KurdInnen aus. In den letzten 48 Stunden wurden 18 Personen in Gewahrsam und 30 Personen mit verschiedenen Begründungen festgenommen.

Hausdurchsuchungen in Mardin: Sieben Gewahrsamnahmen

In den Kreisen Mazıda und Derik in Mardin wurden etliche Häuser gleichzeitig von Sicherheitskräften durchsucht. Als Ergebnis der Durchsuchungen wurden 7 Personen in Gewahrsam genommen.

Die Betroffene Remziye E. betont den massiven Einsatz von Gewalt bei den Durchsuchungen. Sie erklärte: „Es war in den frühen Morgenstunden. Noch niemand war aufgestanden. In dem Moment schlugen sie gegen unsere Türen und Fenster. Ich sagte meinem Partner, dass die Polizei da sei, und öffnete die Türe. In dem Moment warfen sie mich auf den Boden zogen die Waffen und traten auf meinen Rücken. Danach holten sie die Kinder aus dem Bett und stellten sie an die Wand. Sie richteten ihre Waffen auf sie und beschimpften sie, während sie ihnen in den Rücken traten. Sie sagten den Kindern: `Ihr seid Terroristen. Los, wir wollen euch töten.´" Die Häuser wurden vollständig durchsucht und verwüstet, das Handy von Frau E. wurde mitsamt der Karte für weitere Untersuchungen mitgenommen.

In Igdir 19 Personen festgenommen

Mit der Beschuldigung, an Protesten gegen die Repressionen gegen Öcalan beteiligt gewesen zu sein, wurden die bei den Durchsuchungen in Gewahrsam genommenen Personen der Staatsanwaltschaft übergeben. Sie erhielten einen Haftbefehl wegen „Gesetzwidriger Versammlung und Demonstration." Außerdem wurden am nächsten Tag 7 weitere Personen, die sich bei der örtlichen DTP-Vorsitzenden Çigdem Orman befanden ebenfalls festgenommen.

In Idil wurden 8 Personen in Gewahrsam genommen

In der Nacht zum 25. führte die Polizei, zusammen mit Spezialeinheiten, in der Stadt Idil im Kreis Sirnak etliche Hausdurchsuchungen durch. Bei den Durchsuchungen, die bis 5.00 morgens andauerten, wurden der DTP-Kreisvorsitzende von Idil, Sait Çatak, die regionalen DTP Führungsmitglieder Isa Yagbasan, Abdulkerim Kanku , Baki Dem, die DTP-Stadtratsangehörigen Hüsnü Babat, Celile Eraslan, der Vertreiber der Zeitung Azadiya Welat Zozan Kaya und das DTP-Mitglied Besir Akay in Gewahrsam genommen.

In Hakkari zwei Personen festgenommen

Am 22. November wurden an dem sieben Kilometer von Hakkari Stadt entfernten Kontrollpunkt 3 Personen in Gewahrsam genommen und zum Verhör mitgenommen. Sie wurden nach der Befragung am 25.11. zur Staatsanwaltschaft gebracht. Der Fahrer wurde freigelassen, während die anderen beiden wegen „Mitgliedschaft in einer verbotenen Organisation" verhaftet wurden und sich jetzt im Gefängnis von Hakkari befinden.

Durchsuchung bei der Zeitung Özgür Halk: Eine Gewahrsamnahme

Das Büro der Zeitung Özgür Halk in Kızıltepe wurde am 24. November von der Antiterrorpolizei durchsucht. Ein Mitarbeiter wurde aus unbekanntem Grund bei der Durchsuchung in Gewahrsam genommen.

In Antep eine Gewahrsamnahme

Eine Person wurde in Gewahrsam genommen und zur Antiterrordirektion der Polizei gebracht. Der Grund ist noch nicht bekannt.

In Siirt wurde Student in Gewahrsam genommen

Der Student an der Dicle Universität wurde auf dem Weg zum Unterricht in Gewahrsam genommen. Grund der Gewahrsamnahme ist bisher unbekannt.

In Diyarbakır/Hani wurden neun Personen in inhaftiert

In Hani, im Kreis Diyarbakır, wurden von der Antiterrorpolizei etliche Häuser durchsucht und 11 Personen in Gewahrsam genommen. Abdulbaki Korkmaz, Ismail Yalcınkaya, der DTP-Kreisvorsitzende Ercan Aslan, Muhsin Akdeniz, Serhat Arslan, Ramazan Arslan, Önder Özavcı und Hasan Korkmaz, wurden nach dem Verhör am 23.11. zum Gericht gebracht und wegen „Widerstand gegen die Staatsgewalt" und „Rufens von illegalen Parolen" in Haft genommen. 2 Personen wurden freigelassen.

(ANF, 25.11., ISKU)

Kämpfe verschärfen sich weiter

Die Kämpfe zwischen dem türkischen Militär und der HPG-Guerilla weiteten sich in den letzten Tagen aus. Dabei wurden in Agri ein Major der türkischen Armee getötet und vier Soldaten verletzt. In Bingöl wurden 4 Dorfschützer verletzt. In Idil, in der Provinz irnak, kamen bei Gefechten zwei Soldaten ums Leben. Es wird weiterhin schweres Gerät in die Region gebracht, in der die Kämpfe andauern.

Der Tod des Majors wurde mittlerweile vom Gouverneur der Provinz Agri bestätigt. Es war der Major Süleyman Can, der 2001 als Gendarmerie-Kommandant von Silopi für das Verschwindenlassen, des HADEP Vorsitzenden von Sirnak, Serdar Tani und des Kassenwarts der Partei, Ebubekir Deniz, verantwortlich war. Die beiden sind seit sieben Jahren verschwunden, was nach Art ihrer Verschleppung auf eine extralegale Hinrichtung hindeutet. Die Türkei wurde damals vom Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte in diesem Fall zu einer Geldstrafe von 190.000 verurteilt.

Beim Angriff auf den Armeestützpunkt Kayacik (Hêzan) in Lice im Kreis Diyarbakir starben zwei Soldaten, sieben wurden verletzt.

Lice: 20 Soldaten tot, ein Panzer zerstört

Bei einem Angriff der HPG auf eine Militärbasis bei Lice kamen mindestens 20 Soldaten ums Leben und ein Panzer wurde ist zerstört.

Das Pressezentrum der HPG teilte die Einzelheiten des Angriffs auf den Armeestützpunkt in Lice im Kreis Diyarbakir mit. Am Nachmittag des 19. November brachte die Guerilla die Berg-Gipfel um den Stützpunkt unter ihre Kontrolle und griff dann von drei Seiten mit schweren Waffen die Kaserne an.

Das Militär begann daraufhin die Umgebung des Stützpunktes mit Panzern unter Artilleriefeuer zu nehmen. Kobra-Kampfhubschrauber wurden bis spät in die Nacht hinein in der Region eingesetzt. Bei den schweren Gefechten starben auch drei Mitglieder der Volksverteidigungskräfte HPG.

Die HPG erklärte, dass im Kreis Antep, bei Islahiye eine Operation des türkischen Militärs begonnen wurde. Bei Gefechten verlor ein Guerilla sein Leben. Über Verluste der türkischen Armee lagen noch keine Erkenntnisse vor.

Kirkuk-Yumurtalik-Pipeline sabotiert

Die Pipeline Kerkük-Yumurtalik wurde Ort einer Sabotage-Aktion. Infolge des Angriffs ist ein großes Feuer ausgebrochen.

Nach aktuellen Informationen gab es an der Pipeline an der Straße zwischen Nusaybin und Midyat eine Explosion, die ein großes Feuer auslöste. In den Dörfern Yayvantepe und Tas, von denen aus das Feuer zu sehen war, brach Panik aus. Die Jandarma, die zum Ort des Geschehens ausrückte, gab an, dass der Schaden an der Pipeline mehrere Millionen Dollar hoch sei.

(ANF, 19., 21., 23.11. ISKU)

Sirnak, Nesim Timur, wurden 60 Personen gezwungen, Dorfschützer zu werden, 30 von ihnen wurden zur Ausbildung in eine Einrichtung des JITEM nach Isparta gebracht.

Der Verantwortliche sagte dazu: „Diese 30-köpfige Gruppe wird nach Isparta geschickt, um dort eine Ausbildung zusammen mit Spezialeinheiten zu bekommen. Sie werden dann ins Kriegsgebiet geschickt und werden federführend bei Operationen sein und als JITEM-Elemente eingesetzt werden. Fünf Personen wurden als untauglich wieder zurückgeschickt." *(ANF, 25.11., ISKU)*

Türkisches Militär bombardiert Zap und Avasin

Das türkische Militär bombardierte Avasin aus der Luft und mit Hilfe von Artillerie. Laut Erklärung des Pressezentrums der HPG (BIM) wurde das Gebiet aus der Luft zwischen 18.00 und 19.00 bombardiert, danach begann das Feuer von Artillerie und Mörsern.

Das Pressezentrum erklärte, dass die Guerilla durch das Bombardement keinen Schaden genommen hat.

(ANF, 25.11., ISKU)

Leichnam eines HPG Guerillas mit ausgehöhlten Augen

Die Leiche des bei Kämpfen in Hatay getöteten HPG-Kämpfers Ümit Yilmaz (Baran Serhat) wurde nach einer Woche auf Entscheidung der Staatsanwaltschaft seiner Familie übergeben.

Angehörige, die zur Leichenhalle gingen, erklärten, dass sie gezwungen wurden, den verstümmelten Leichnam zu identifizieren. Der Onkel des HPG-Guerillas sagte, dass der Leichnam von Ümit Yimaz keine Augen mehr besaß.

Unter den Personen, die den Leichnam abholten, waren auch Vertreter des Menschenrechtsvereins IHD und der DTP. Ümit Yilmaz wird nun an seinem Geburtsort, in dem Dorf Hocuvan Has, beigesetzt.

(ANF, 24.11., ISKU)

Quellen:

ANF	Firat Nachrichtenagentur
ÖP	Özgür Politika
Indy	indymedia.org

N û ç e

erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der **Informationsstelle Kurdistan Schanzenstraße 117 20357 Hamburg Tel.: 040 - 421 02 845 E-mail: isku@nadir.org** bestellt werden.

Spenden auf unser Konto: **Postbank Köln, BLZ 37010050 Konto-Nr.: 3968-506**

Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter: **www.isku.org**

Nr. 390
5. Dezember 2008

Nûçe



Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@nadir.org
www.isku.org

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

163 grenzüberschreitende Operationen in einem Jahr

Nach Aussagen der HPG wurden seit der Bewilligung durch das Parlament unter Führung der AKP am 16.12.2007 70 Luftangriffe und 93 Artillerieangriffe, also insgesamt 163 grenzüberschreitende Angriffe vom türkischen Militär durchgeführt. Die HPG hat nun eine Bilanz vom 1. Dezember 2007 bis 1. Dezember 2008 veröffentlicht. In dieser Statistik sind nicht die Angriffe auf die Gebiete der PJAK im Kandil einbezogen.
Das türkische Militär hat vor einem Jahr mit der aktiven Unterstützung durch die USA, mit seinen Angriffen auf die Meder-Verteidigungsgebiete in Südkurdistan begonnen. Bei diesen Angriffen wurden zum ersten Mal unbemannte Drohnen der USA benutzt.

5. November: Treffen Erdogan-Bush

Das Hauptquartier der Guerilla erklärte, dass die Aufklärungsflüge von Drohnen direkt als Ergebnis des Treffens zwischen Bush und Erdogan zu sehen sind und eine direkte Verständigung darüber zwischen dem türkischen Generalstab und dem Pentagon stattgefunden hat. Damit habe ein neuer Abschnitt der Angriffe auf das kurdische Volk und seine Freiheitsbewegung begonnen.

24 grenzüberschreitende erfolglose Operationen

Nach diesem Einverständnis versuchte das türkische Militär sich selbst, dem Parlament und der Öffentlichkeit die Sicherheit des Sieges glauben zu machen. Die HPG erklärte hierzu, „Als hätte es diese Beziehungen zwischen den USA und der Türkei noch nie gegeben und als wäre eine grenzüberschreitende Operation in diesem Kontext noch nie versucht worden. Es wurde versucht sie so darzustellen, als wäre eine völlig neue Situation eingetreten. Aber wie auch die Öffentlichkeit weiß, hat die Türkei mit Unterstützung der USA schon 24 grenzüberschreitende Operationen durchgeführt und sich jedes Mal erfolglos zurückgezogen."

Bei den Angriffen haben die Dörfer Schaden genommen

Die HPG erklärte, auf die ersten Aufklärungsflüge der USA am 3. November 2007 folgte am 1. Dezember 2007 das erste Mörser- und Artilleriefeuer auf das zu den Meder-Verteidigungsgebieten gehörige Zap-Gebiet. Das Militär habe erklärt, bei dem Angriff 40 Guerillas getötet zu haben, was sich jedoch als eine große Lüge herausstellte. Stattdessen habe das türkische Militär von Beginn an der Zivilbevölkerung den größten Schaden zugefügt. Alte Dörfer, Plätze und einige Dörfer der Zivilbevölkerung nahm das Militär ins Visier und beschädigte so Häuser, Gärten und Äcker der Bevölkerung, Hunderte von großen wie kleinen Tieren wurden getötet und große Flächen Waldgebiet verbrannt.

Der erste grosse Angriff fand am 16. Dezember statt

Am 16. Dezember um 1.00 wurden die Meder-Verteidigungsgebiete von 54 F-16 Bombern angegriffen. Die HPG erklärte, dass als Ergebnis dieses Angriffs, vor allem die Zivilbevölkerung in den Gebieten der PJAK getroffen wurde. Es habe Todesopfer gegeben und Tausende wurden zur Flucht gezwungen. Diese Realität verleugnete die Türkei. Während sie noch mit Traumzahlen ihren Sieg behauptete, ergriff die Guerilla die notwendigen Maßnahmen um die Angriffe ins Leere laufen zu lassen. Als Ergebnis der Widerstands- und Verteidigungsfähigkeit der HPG haben die Angriffe mit den F-16 Bombern der Guerilla keinen Schaden zufügen können.

In Xakurke wurde eine F-16 abgeschossen

Nach der HPG-Bilanz wurde am, 19. Oktober 2008 ein F-16 Bomber abgeschossen und am 28. Oktober eine F-16 getroffen.
Die HPG erklärte weiterhin, sie habe im Oktober auf Artilleriefeuer der türkischen Armee sofort selbst mit Artilleriefeuer geantwortet. Außerdem habe das türkische Militär im letzten Jahr zwei Versuche unternommen, Südkurdistan mit Bodentruppen zu besetzen.

Zwei Bodenoperationen

Die HPG erklärte zu den beiden Bodenoperationen: „Die erste Bodenoperation wurde am 17. Dezember 2007 gegen die Xakurke-Gebiete gerichtet. Im Şemzinan Grenzgebiet zwischen Nord- und Südkurdistan, welches die Armee zu den Meder-Verteidigungsgebieten zu durchqueren versuchte, trafen sie auf Widerstand unserer Guerillakräfte. Diese Operation wurde als Test unternommen und führte zu kämpfen, bei denen acht feindliche Soldaten getötet und vier verletzt wurden. Am gleichen Tag zog sich das türkische Militär wieder zurück. Unseren Guerillaeinheiten wurde keinerlei Schaden zugefügt.
Die zweite Operation der türkischen Armee, mit dem Ziel Südkurdistan als Basis zu besetzen, wurde am 20. Februar 2008 gegen die im Meder-Verteidigungsgebiet liegende Zap-Region begonnen. Die Operation der Spezialkommandos der türkischen Armee, die ausgerückt waren, unser Hauptquartier einzunehmen und eine Besetzungsoperation unter dem Namen Günes, durchzuführen, dauerte neun Tage und blieb im entschlossenen Widerstand der Guerilla regelrecht stecken. Sie waren gezwungen sich am 29. Februar zurückzuziehen.
Während der ganzen Operation konnten die Kräfte des türkischen Militärs nicht in die inneren Gebiete vorstoßen. Unsere Luftverteidigungskräfte ließen nicht zu, dass Soldaten über den Luftweg eingeflogen wurden, deshalb konnten auch keine weiteren Kräfte zur Unterstützung herangezogen werden."

Die Bilanz der Zap-Operation

Die Guerilla erklärte, dass sich das Militär am 29. Februar zurückzog. Bei der Operation starben 9 Guerillas. Die HPG erklärte, dass die bisher größte Niederlage der türkischen Armee gewesen sei. Es seien innerhalb von neun Tagen 123 Soldaten getötet und Hunderte verletzt worden. Außerdem wurde ein Kobra-Kampfhubschrauber abgeschossen. Abgesehen von diesen Zahlen, seien etliche Soldaten in der Winterkälte erfroren.
Folgende Bilanz ergibt sich laut HPG aus dem letzten Jahr im Rahmen der grenzüberschreitenden Operationen:
Zap: 19 Luftangriffe, 32 Artillerieangriffe, Insgesamt 61 Angriffe
Zagros: 21 Luftangriffe, 29 Artillerieangriffe, Insgesamt 50 Angriffe
Xakurkê: 11 Luftangriffe, 10 Artillerieangriffe, Insgesamt 21 Angriffe
Haftanin: 19 Artillerieangriffe
Xinerê: 8 Luftangriffe
Metina: 3 Artillerieangriffe
Çiyayê Spi: 1 Luftangriffe
Zusammen: 70 Luftangriffe, 93 Artillerieangriffe, Insgesamt 163 Angriffe
In der Bilanz fehlende Angaben:
Die Angriffe auf die PJAK-Gebiete im Kandil werden hier nicht mitgerechnet.
Das pausenlose Artilleriefeuer während der Zap-Operation wurde nicht mitgerechnet.
Während der gesamten Angriffe verloren 12 Guerillas ihr Leben
Die HPG erklärte, dass die Guerilla bei den Luft- und Bodenoperationen 12 KämpferInnen verlor.
(ANF, 2.12., ISKU)

Meldungen

„Devrimci Karargah" bekannte sich zum Angriff auf die AKP-Zentrale in Istanbul

Zu dem Anschlag auf die AKP-Zentrale in Istanbul, bei dem vier Polizisten und 10 weitere Personen verletzt wurden, bekannte sich die Gruppe „Devrimci Karargah".
Die Gruppe war zum ersten Mal am 7. August 2008 durch einen Mörserangriff auf das Hauptquartier des 1. Heeres in Erscheinung getreten. Die Gruppe erklärte schriftlich, dass eine Ihrer Einheiten die Aktion gegen die AKP durchgeführt habe und, dass sie ihre Aktionen fortsetzen werde.
Sie verstehe diese Aktion als eine Warnung an die AKP und den Generalstab und machte ein antiimperialistisches und antikapitalistisches Selbstverständnis deutlich. Sie erklärte, dass die türkische revolutionäre Bewegung zusammen mit der kurdischen Freiheitsbewegung, unter Führung der PKK, gegen die türkische Aggression zusammenstehen müsse. *(ANF, 2.12., ISKU)*

Die merkwürdige Verteidigung der Folterer

Die Wärter aus dem Metris Gefängnis, die nach dem neuen verschärften Gesetz angeklagt sind Engin Çeber durch Folter ermordet zu haben, erkennen ihre Schuld nicht an. Sie behaupten er sei von einem Stuhl gefallen und hätte selbst den Kopf gegen die Wand geschlagen. Sie behaupteten, nicht gesehen zu haben, das Çeber geschlagen wurde.
Drei Direktoren, 42 Vollstrekkungsbeamte, vier Gendarmeriemitglieder, ein Arzt und drei Polizisten sind angeklagt, für den Tod Engin Çebers verantwortlich zu sein. Der Prozess beginnt am 21. Januar. *(ANF, 1.12., ISKU)*

15.000 Menschen empfangen DTP in Muş

Die stellvertretende DTP Vorsitzende Emine Ayna setzte die DTP-Wahlkampftour am 1.12. in Muş fort. Die DTP-Delegation wurde von ca. 15.000 Menschen empfangen.
Die Menschen hatten große Transparente mit Aufschriften, wie: „Es reicht: Für eine friedliche Lösung der kurdischen Frage", „Die Stimme des Volkes lässt sich mit Zeitungsverboten nicht zum Schweigen bringen", „Öffnet die politischen Wege, dann verschließen sich die Wege in die Berge" und viele weitere.
Die Menschenmenge rief Parolen wie: „Die Hände, die uns von

Von Mardin bis Istanbul: Feiern zum Jahrestag der PKK-Gründung

In verschiedensten kurdischen Städten, wie Mardin und Agri, wie auch in den türkischen Metropolen Adana, Izmir und Istanbul wurde das 30jährige PKK-Jubiläum mit verschiedenen Aktivitäten gefeiert.
Mardin: Im Kulturzentrum Mardin (MKM) wurde das 30-jährige Jubiläum der PKK-Gründung mit einem Festessen gefeiert. Hunderte nahmen daran teil. Parolen wie "Die PKK ist das Volk und das Volk ist hier" wurden gerufen. Es gab Reden, Musik und Tanz sowie ein Feuerwerk.
Beyazid: Um die Gründung der PKK zu feiern, zündeten viele Jugendliche in verschiedenen Dörfern im Kreis Dogubayazit viele Feuer an und führten Demonstrationen durch, sie trugen Plakate auf denen sie der PKK zum 30-jährigen Jubiläum gratulierten.
Siirt: Hier feierte die Apocu Kadin Insiyatifi (Fraueninitiative) mit Feuern das Jubiläum. Im Stadtviertel Çakmak unterbrachen die Frauen den Verkehr mithilfe brennender Autoreifen und riefen Parolen wie "Biji Serok Apo."
Izmir: Der Jugendrat Yurtsever Demokratik Gençlik Meclisi (YDG) führte hier zum 30. PKK Jubiläum Aktivitäten durch. An ihnen nahmen ca. 300 Personen teil.
Adana: In Adana zündeten Hunderte von Menschen Feuer an und tanzten Halay zur Feier des Tages. In den Stadtvierteln wurden Autoreifen angezündet und PKK-Parolen gerufen. Wie in Mardin wurden auch Feuerwerksraketen in die Luft geschossen.
Istanbul: Hier wurde das Jubiläum im Stadtviertel Demirkapi gefeiert. Ca. 1000 Menschen tanzten und feierten. Sie riefen Parolen für die PKK. Es gab ein Feuerwerk und Aufführungen von KünstlerInnen aus dem Stadtviertel.
Antalya: In Antalya feierten ca. 500 Menschen mit Feuerwerk unter Fahnen des demokratischen Konföderalismus und Bildern von Öcalan.

(ANF, 29.11., ISKU)

Adana: innerhalb von 11 Monaten 264 Kinder in Gewahrsam

In Adana wurden innerhalb von 11 Monaten 264 Kinder in Gewahrsam genommen, 69 davon sind in Haft gekommen, erklärte das lokale IHD-Büro.
Der IHD kritisierte den Gouverneur von Adana, der vorher durch eine Erklärung über den Schutz von Kindern die Aufmerksamkeit auf sich gezogen hatte, folgendermaßen: „Der Gouverneur schützt die Kinder auf dem Polizeirevier, er versteckt sie vor ihren Eltern im Gefängnis. Der, der die Kinder mehr zu lieben behauptet als ihre eigenen Eltern, hat 264 Kinder in den letzten 11 Monaten auf Polizeireviere gebracht."
40 Kinder haben nach der Erklärung des IHD Schläge im Polizeiauto angezeigt. 20 Kinder erklärten, dass sie mit gefesselten Händen geschlagen wurden.

(ANF, 29.11., ISKU)

Ilisu: Staudammbau begonnen

Die alten Auflagen sind noch nicht erfüllt, da werden offenbar schon wieder neue gebrochen: Noch zehn Tage läuft das Ultimatum Deutschlands, Österreichs und der Schweiz an die Türkei. Bis zum 12. Dezember sollte Ankara beweisen, dass es das Ilisu-Staudamm-Projekt am Tigris sozial und ökologisch verträglich umsetzen kann. Berlin, Wien und Bern hatten der Türkei nach dem Bruch vieler Vorgaben Anfang Oktober einen "Blauen Brief" geschickt, in dem sie drohten, ansonsten aus der Finanzierung des Projektes auszusteigen.
Die Türkei hat unter anderem Auflagen bei der Umsiedlung der Bewohner der Region und dem Schutz der Kulturgüter des 6000 Jahre alten Städtchens Hasankeyf erhalten, das durch den Damm überflutet werden würde. Der Bürgermeister von Hasankeyf, Abdulvahap Kusen, erklärte nun, bisher habe es keine Verbesserungen bei der Frage der Umsiedlung gegeben.
Ein Bericht einer Kommission unter Leitung von Margarete van Ess vom Deutschen Archäologischen Institut kam im Oktober zum Schluss, dass es noch immer keine ausreichenden Dokumentation der betroffenen Kulturgüter gebe. Es fehlten auch Studien über die Durchführbarkeit der Verlegung von Kulturgütern in einen geplanten archäologischen Park in der Nähe von Hasankeyf, das im Ilisu-Stausee untergehen würde.
Grundlage für die Verhandlungen war die Übereinkunft, dass mit dem Bau des Dammes erst begonnen werden dürfe, wenn die Auflagen erfüllt sind. Am Dienstag tauchten aber Fotos auf, die zeigen, dass die Türkei längst im Fluss baut. Grünen-Chefin Claudia Roth sprach von einer Brüskierung und forderte "endgültig" den Ausstieg der Bundesregierung. Dem Vernehmen nach suchen die Vertragspartner hinter den Kulissen nach Wegen, der Türkei auch nach wiederholtem Vertragsbruch eine weitere Chance zu geben. Eine solche erneute Fristverlängerung wäre, so die kritische Organisation Weed, eine "Bankrotterklärung der Europäer".
Was die Betonkonstruktion ist, die auf den nun veröffentlichten Bildern zu sehen ist, und in welchem Verhältnis sie zum Bau des Staudammes steht, darüber gibt es unterschiedliche Auffassungen: In der türkischen Zeitung „Hürriyet Daily News" wird das Wasserwirtschaftsamt der Türkei, DSI, mit der Aussage zitiert, es handle sich um eine Brücke für Baufahrzeuge. Sie werde bei der Errichtung des Dammes gebraucht, aber später wieder beseitigt. Zudem zitiert „Hürriyet" einen nicht namentlich genannten Ingenieur, der meint, die Konstruktion würde wie ein Teil eines Staudammes aussehen, nämlich Teil einer Schleuse, die später den Durchfluss des Wassers regeln soll.

„Österreichs Position bleibt gleich"
Bei der Österreichischen Kontrollbank hingegen sieht man in der Betonkonstruktion eine Infrastrukturmaßnahme für die Bevölkerung: „Bei dem Lieferkonsortium hat man uns gesagt, dass es sich um eine Behelfsbrücke für Dorfbewohner handelt", sagt Kontrollbanksprecher Peter Gumpinger zur „Presse". Man werde die Bilder weiter auswerten. Die Errichtung der Konstruktion sei aber kein Baubeginn durch die Türkei. „An unserer Position und der Deutschlands und der Schweiz hat sich nichts geändert."
Wann genau die Kontrollbank und die zuständigen Institute in den beiden anderen Ländern eine Empfehlung darüber abgeben, ob Exportkreditgarantien gewährt werden, stehe noch nicht fest, so Gumpinger. „Das kann im Dezember oder auch erst Anfang nächsten Jahres sein."
Der auf 1,2 Mrd. Euro veranschlagte Bau des Ilisu-Dammes wird zu 100 Prozent durch ausländische Kredite finanziert und diese wiederum sind durch Garantien Deutschlands, Österreichs und der Schweiz gedeckt. Österreich ist mit 280 Mio. Euro dabei, was in etwa dem Auftragsvolumen für die österreichische Andritz VA Tech Hydro entspricht.

(TB, SZ, BZ, 3./4.12., IKSU)

Euch entfernen sollen abfallen", „Herr Öcalan", „Die PKK ist das Volk und das Volk ist hier" und „Mörder Erdoğan."

(ANF, 1.12., ISKU)

Proteste gegen Brandanschlag auf DTP Büro
Während die DTP-Kreis-Organisation Kumluca gegen den Angriff protestiert, wurde eine verdächtige Person in Gewahrsam genommen.
Vor dem DTP-Büro versammelten sich ca. 150 Menschen zum Protest gegen den Angriff und riefen „Die Repression wird uns nicht einschüchtern" „Schulter an Schulter gegen den Faschismus" und auf kurdisch „Berxwedan jiyane" (Widerstand heißt leben).
Vom Vorsitzenden der DTP im Kreis Antalya, Cevdet Çaglar, wurde daran erinnert, dass das Büro in Kumluca schon vorher zweimal mit Steinen angegriffen worden war.

(ANF, 29.11., ISKU)

Guerilla-Gebiete werden seit Tagen bombardiert
Das türkische Militär bombardiert seit drei Tagen ohne Pause die Gebiete, die unter der Kontrolle der Guerilla stehen.
Das HPG-Pressezentrum erklärte, „Am 27., 28., 29. November bombardierte das türkische Militär in den Meder-Verteidigungsgebieten die Gegenden Avaşîn, Basya und Gerdîya ohne Pause aus der Luft und mit Artillerie.
Als Ergebnis der Angriffe erlitten die Gärten der DorfbewohnerInnen und deren Felder einen großen Schaden.

(ANF, 30.11., ISKU)

Iran nimmt das Kandil-Gebiet unter Artilleriefeuer
Neben dem türkischen Militär nahm auch der Iran Gebiete im föderalen Kurdistan unter Artilleriebeschuss.
Das Artilleriefeuer begann gegen 17.45 und nahm die Gebiete Sehid Harun, Sino, Rezgê, Binarê Çiyaye und Kandil unter Beschuss. *(ANF, 29.11., ISKU)*

Quellen:

ANF	Firat Nachrichtenagentur
TB	Tagblatt
SZ	Süddeutsche Zeitung
BZ	Basler Zeitung

N û ç e
erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der
Informationsstelle Kurdistan
Schanzenstraße 117
20357 Hamburg
Tel.: 040 - 421 02 845
E-mail: isku@nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
Postbank Köln, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 3968-506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.isku.org

Nr. 391
12. Dezember 2008

Nûçe



Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@nadir.org
www.isku.org

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

IHD-Diyarbakir: 2008 – das schlimmste Jahr der vergangenen 15 Jahre

Türkei am Tag der Menschenrechte

Zum Internationalen Tag der Menschenrechte am 10. Dezember hat der Menschenrechtsverein IHD, Sektion Diyarbakir, eine Bilanz der Rechtsverletzungen in den kurdischen Provinzen gezogen. 2008 war nach Angaben von dem Vorsitzenden der Zweigstelle des IHD in Diyarbakir Muharrem Erbey „das schlimmste Jahr der vergangenen 15 Jahre" im Hinblick auf die Verletzung von Menschenrechten. 32 115 Fälle seien dem IHD bekannt geworden – in den Kategorien Recht auf Unversehrtheit des Lebens, Frauen- und Kinderrechte, Folter, Gefängnisse, persönliche Freiheit und Sicherheit, Meinungs- und Versammlungsfreiheit. „Insbesondere die Aussagen von Ministerpräsident Erdogan haben zu einem Anstieg der Rechtsverletzungen geführt", so führte Erbey weiter aus. Weitere Zusammenhänge seien der Krieg und die Ausweitung der Polizeibefugnisse. „Es wird immer nur über den Paragraphen 301 gesprochen. Aber darüber hinaus gibt es noch 14 weitere Artikel, mit denen die Menschenrechte beschnitten werden. Und die meisten davon werden gegen kurdische Politiker das kurdische Volk benutzt. Die Menschen werden hier jedes Mal, wenn sie den Mund aufmachen, mit Ermittlungen, Gerichtsverfahren und Verurteilungen konfrontiert."

Auch habe es einen starken Anstieg der bekannt gewordenen Fälle von Misshandlung und Folter gegeben. „Juristische Schritte, Strafanzeigen, mit denen wir dagegen angehen, bleiben unbeantwortet. Bei keinem einzigen Fall ist es auch nur zu einem Ermittlungsverfahren gekommen." Besonders extrem sei die Situation in den Haftanstalten, die quasi ein rechtsfreier Raum seien.

(ÖP, 10.12., ISKU)

Ilisu: Oesterreichische Kontrollbank besetzt!

Österreich vor dem Ausstieg?

Am 10.12 um 9.00 Uhr haben AktivistInnen von ECA Watch die Büroräume der Österreichischen Kontrollbank (OeKB) in Wien, besetzt. Die Organisation protestierte damit gegen die Beteiligung Österreichs am umstrittenen Ilisu-Staudammprojekt und forderte Kontrollbankchef Dr. Rudolf Scholten auf, den Ausstieg aus dem Projekt umgehend zu veranlassen. „Die Besetzung soll Dr. Scholten und seinen MitarbeiterInnen die Dramatik und Tragweite des Projekts vor Augen führen", so Ulrich Eichelmann von ECA Watch Österreich. „Genug geredet, genug verzögert. Herr Dr. Scholten, stoppen Sie Ilisu", fordern ECA Watch und die BewohnerInnen der bedrohten Stadt Hasankeyf.

Am 12. Dezember läuft das Ultimatum der Europäer an die Türkei ab, eine Entscheidung steht also unmittelbar bevor. Trotz aller Bedenken und der desaströsen Bilanz des Projektverlaufs scheint Rudolf Scholten aber an „Ilisu" festhalten zu wollen. Dem Vernehmen nach soll bei internen Verhandlungen bereits eine Verlängerung des Ultimatums so gut wie beschlossen sein. Bei einem Verbleib im Projekt wäre die OeKB mitverantwortlich dafür, dass 65.000 Menschen ihre Heimat verlieren, Tierarten aussterben sowie wertvollste Kulturgüter zerstört würden, darunter Hasankeyf - eine der ältesten Städte der Welt.

Erst letzte Woche hatte die OeKB Nachweise illegaler Bauarbeiten am Staudamm verneint und als Arbeiten für die lokale Bevölkerung verharmlost. Offiziell herrscht Baustopp vor Ort. Filmaufnahmen des ZDF beweisen jedoch, dass dort rund um die Uhr tatsächlich bis zu 1 000 Arbeiter tätig sind, der Tigris umgeleitet und eine Betonbrücke für die Baufahrzeuge errichtet wurde. „Eine falsche und geradezu lächerliche Aussage der OeKB und wohl schon ein Hinweis darauf, dass Österreich unbedingt im Projekt bleiben will", so ECA Watch-Sprecher Eichelmann. Im Gegensatz dazu hat das deutsche Wirtschaftsministerium die Bauarbeiten bestätigt und die Türkei dafür scharf kritisiert.

Dieses Nichterfüllen von Auflagen hat bei „Ilisu" Tradition: Immer wieder hatten die türkischen Behörden den Europäern Besserung versprochen, sich in der Realtiät aber nicht daran gehalten. Experten hatten 2008 dem Projekt zwei Mal ein „ungenügend" bescheinigt und eine Bauverschiebung um drei Jahre gefordert, um internationale Standards zu erreichen.

Am 7. Oktober haben die drei beteiligten europäischen Staaten (Österreich, Deutschland, Schweiz) der Türkei offiziell ein Ultimatum gestellt, das am 12. Dezember abläuft. Auch diesmal dürfte die Türkei Besserung versprechen.

Botschafter aus Hasankeyf

Stellvertretend für die betroffenen BewohnerInnen am Tigris ist Osman Topkan anlässlich der Aktion nach Wien gekommen. Er stammt aus Hasankeyf, dort lebt seine Familie, die sich – wie fast alle BewohnerInnen – gegen den Damm wehrt. Er selbst wohnt zur Zeit in Hamburg. Osman Topkan ist gekommen, um die Besetzung zu unterstützen und um Rudolf Scholten eine Botschaft der Menschen aus dem Tigristal zu überreichen. „Österreich, Deutschland und die Schweiz müssen aus dem Projekt aussteigen. Nur so haben wir eine Chance unsere Heimat doch noch zu retten. Wie kann Österreich ein Projekt unterstützen, das in Europa undenkbar wäre?" so Osman Topkan.

Um Fünf vor zwölf wurde die Bestzung nach GEsprächen in der Kontrollbank von den AktivistInnen Beendet. Die Aktion fand in den österreichischen Medien großen Widerhall.

Steigt Österreich aus?

Zwei Tage vor Ablauf des Ultimatums (12.12.) an die Türkei hat der österreichische Außenminister Dr. Michael Spindelegger im ORF den Ausstieg Österreichs aus dem Ilisu-Projekt angekündigt. In einem Interview in der ZIB 2 am Mittwochabend erklärte der Außenminister, dass sich die Oesterreichische Kontrollbank (OeKB) aus dem Projekt zurückziehen werde, weil die Auflagen nicht erfüllt seien.

Im selben Beitrag bestätigte zudem der Direktor der OeKB, Dr. Rudolf Scholten, dass die Türkei die Auflagen nicht erfüllt. „Das sind ungewohnt klare Worte, auf die wir und die Menschen in Hasankeyf lange gewartet haben", so Ulrich Eichelmann von ECA Watch Österreich.

mehr dazu: www.stopilisu.com

(ECA-Watch, 10., 11.12., ISKU)

Meldungen

Türkei wegen Verletzung der Meinungsfreiheit verurteilt

Die Türkei muss zwei Journalisten wegen der Verletzung ihrer Meinungsfreiheit 4000 Euro Entschädigung zahlen. Zu diesem Urteil kam der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte gestern in Straßburg. Die zwei in Deutschland lebenden Türken waren 2002 in der Türkei zu einer Geldstrafe verurteilt worden, weil sie Erklärungen des inhaftierten Ex-Führers der verbotenen kurdischen Arbeiterpartei PKK, Abdullah Öcalan, veröffentlicht hatten.

(BA, 10.12., ISKU)

Isolation Öcalans entwürdigt die Türkei

Der Abgeordnete des Weltärztebundes für die Türkei, Dr. Bernard Granjon, betonte, dass die Isolation Öcalans in einem Einpersonengefängnis und die physischen Angriffe auf ihn eine sehr negative Behandlung sind: „Die Bedingungen, unter denen Öcalan festgehalten wird, entwürdigen die Türkei. Die Türkei sollte sofort von dieser Behandlung Abstand nehmen."

Granjon meint, dass obwohl es Folter und Isolation in allen Ländern der Welt gibt, sie dennoch in der Türkei und überall verboten werden müssten. Zur Situation von Öcalan sagte er: „Die Isolationshaft ist Folter und sie wird andauernd angewandt und wir wissen das auch."

Granjon sagte weiter: „Obwohl die Türkei die Todesstrafe aufgehoben hat, versuchen sie Öcalan im Imrali-Gefängnis langsam zu töten. Eigentlich ist die angewandte Isolation ein Todesurteil ... Offen gesagt, wenn die Türkei einen eingesperrten Menschen so behandelt, ehrt sie das nicht. Oder besser gesagt: Zeig mir deine Gefängnisse und ich sage dir, wer du bist. Die Situation in der Türkei ist auch so zu sehen. Diese Isolation, Folter und physischen Angriffe sind inakzeptabel."

(ANF, 4.12., ISKU)

Nach Explosion in Van groß angelegte Polizeiaktion

Nach einer Explosion vor der AKP-Zentrale in Van wurden massive polizeiliche Maßnahmen durchgeführt. Die Polizei errichtete etliche Kontrollpunkte im Innenstadtbereich und durchsuchte in der ganzen Nacht Fahrzeuge und Personen. Diese Maßnahmen dauern noch an. Am Gebäude entstand Sachschaden.

(ANF, 9.12., ISKU)

Ilisu-Kritikerin festgenommen

Kurz vor Verlassen der Kleinstadt Dargecit in der Nähe des geplanten Ilisu-Staudamms im Südosten der Türkei wurden am 5.12. eine bekannte Kritikerin des Projekts und ihr Begleiter von der Polizei festgenommen. Ihre Unterlagen wurden beschlagnahmt.
Ipek Tasli war für die „Initiative zur Rettung von Hasankeyf" nach Dargecit gereist, um sich über die Lage im Staudammgebiet zu informieren. Sie hatte das offizielle Projekt-Informationsbüro besucht und mit der Stadtverwaltung sowie aus dem Dorf Ilisu stammenden Betroffenen gesprochen. In der Vergangenheit war sie bereits mehrfach daran gehindert worden, mit Menschen in Ilisu zu sprechen. Diesmal hatte sie sich jedoch nur in Dargecit aufgehalten, das ca. 15 km von Ilisu entfernt liegt und selbst nicht von Überflutung bedroht ist. In der 16.000-Einwohner Stadt und der umgebenden Region herrscht eine massive Polizei- und Militärpräsenz. Zusätzliche Militärstützpunkte werden zurzeit rund um Ilisu errichtet.

Zeitgleich zur momentanen Intensivierung der Bauarbeiten für den Ilisu-Staudamm werden nun offenbar auch die Kritiker des Projekts zunehmend schikaniert. Dies zeigt den eklatanten Demokratiemangel, der das ganze Vorhaben umgibt. Die europäische Ilisu-Kampagne fordert die Regierungen Deutschlands, Österreichs und der Schweiz auf, sich bei den Behörden nach dem Vorfall zu erkundigen und auf die sofortige Freilassung Ipek Taslis und ihres Begleiters zu dringen.
Beide wurden am Abend von den türkischen Behörden freigelassen.

(GS, 5.12., ISKU)

Zehn Jahre Haft für Leyla Zana

PKK verkündet Waffenruhe

Die Arbeiterpartei Kurdistans PKK hat in der Nacht zum Montag eine sofortige neuntätige Angriffspause verkündet. Während des islamischen Opferfestes würde die Guerillakämpfer nur zur Waffe greifen, wenn sie von der türkischen Armee angegriffen würden, erklärte PKK-Sprecher Ahmet Deniz im Hauptquartier der Rebellen in den nordirakischen Kandilbergen. »Wir wollen damit auch die Tür für einen Dialog mit der Türkei öffnen.« Die einseitige Waffenruhe sei ein »erster Schritt zum Frieden«. Erst vergangene Woche hatte die türkische Luftwaffe erneut Ziele in der autonomen Region Kurdistan im Nordirak bombardiert.

Auch die türkische Innenpolitik läßt wenig Hoffnung auf eine Friedenslösung mit der nach Anerkennung ihrer Rechte strebenden kurdischen Bevölkerung. So wurde die wohl bekannteste kurdische Politikerin Leyla Zana vergangenen Donnerstag vom Schwurgericht in Diyarbakir zu einer Haftstrafe von zehn Jahren, Politikverbot und Wahlrechtsenzug verurteilt. Richter Dundar Orsdemir sah die 47jährige Trägerin des Sacharow-Friedenspreises des EU-Parlaments für schuldig an, bei neun verschiedenen Reden auf Veranstaltungen der von ihr mitbegründeten Partei für eine Demokratische Gesellschaft DTP aber auch bei einer Konferenz im Europaparlament »Propaganda für eine terroristische Organisation« verbreitet zu haben. So hatte Zana den inhaftierten ehemaligen PKK-Chef Abdullah Öcalan vor Hunderttausenden Zuhörern auf dem Newrozfest in Diyarbakir 2007 als »Stolz« des kurdischen Volkes bezeichnet.

Zanas Anwältin Meral Bestas kritisierte, die Rechte der Verteidigung seien vom Gericht beschnitten worden. So fand die Urteilsverkündung in Abwesenheit der Angeklagten und der Verteidiger statt. Das Verteidigungsteam kündigte Berufung gegen das Urteil an. »Die türkische Demokratie ist auf den Stand von 1994 zurückgekehrt. Sie zeigt nun, was von den Reformen im Rahmen des EU-Annäherungsprozesses geblieben ist«, erklärte ein weiterer Anwalt. »Meinungsfreiheit zählt auch heute noch nicht zu den Freiheitsrechten in der Türkei«, kommentierte Norman Paech, außenpolitischer Sprecher der Fraktion Die Linke im deutschen Bundestag, die neuerliche Verurteilung Zanas.
Bekannt wurde Leyla Zana 1991, als sie als neugewählte Parlamentsabgeordnete bei Verlesung ihres Amtseides in der verbotenen kurdischen Sprache hinzufügte: »Ich werde mich dafür einsetzen, daß das kurdische und das türkische Volk zusammen in einem demokratischen Rahmen leben können.« Im März 1994 wurde die Immunität von Zana und fünf weiteren Abgeordneten der kurz darauf verbotenen prokurdischen Demokratiepartei DEP unter großem Applaus der Abgeordneten anderer Parteien aufgehoben. Zana und drei weitere Abgeordnete wurden wegen Landesverrats und Unterstützung der PKK zu 15 Jahren Haft verurteilt. Ihre im Rahmen der EU-Beitrittsverhandlungen erfolgte Freilassung 2004 hatte Hoffnungen auf eine friedliche Lösung der kurdischen Frage geweckt – ein Trugschluß, wie sich jetzt zeigt.

(jW, 9.12.)

Muzaffer Ayata Verfahren muss neu verhandelt werden

Teilerfolg im Revisionsverfahren

In dem Revisionsverfahren des kurdischen Politikers Muzaffer Ayata kann die Verteidigung einen Teilerfolg verbuchen. Das gegen ihn am 10. April dieses Jahres vom OLG Frankfurt/M. verhängte Urteil zu einer Haftstrafe von 3 Jahren und 6 Monaten wegen Rädelsführerschaft in einer kriminellen Vereinigung (§ 129 StGB) wurde vom Bundesgerichtshof (BGH) aufgehoben.
Die Richter führten in ihrem Beschluss u.a. aus, dass schon allein „die Erwägung, dass vor allem zu Lasten des Angeklagten zu berücksichtigen sei, dass er Rädelsführer einer besonders gefährlichen kriminellen Vereinigung in einem Zeitraum von über einem Jahr gewesen sei", im Hinblick auf die Strafzumessung auf Bedenken stoße. Für „nicht mehr hinnehmbar" erachtete das Gericht hingegen, dass straferschwerend die „Selbstverständlichkeit ins Gewicht" gefallen sei, „mit der der Angeklagte zur Erreichung seiner politischen Ziele bereit" gewesen sei, „gegen die Rechtsordnung der Bundesrepublik Deutschland zu verstoßen".
Diese angenommene „Selbstverständlichkeit" sei weder „belegt", noch lasse sich diese aus dem „Gesamtzusammenhang der Urteilsgründe" entnehmen. Die Sache muss nunmehr neu verhandelt und die Strafe neu zugemessen werden.
Muzaffer Ayata war am 8. August 2006 festgenommen worden und befindet sich seitdem in Untersuchungshaft. Er war angeklagt, in einem bestimmten Zeitraum als mutmaßlicher Funktionär der PKK/des KONGRA-GEL tätig gewesen zu sein. Vor Ende des Prozesses hatte die Türkei um die Auslieferung des Politikers ersucht. Über dieses Verfahren ist noch nicht entschieden.
Die Verteidigung wird nach der nun vorliegenden Entscheidung des BGH die Aufhebung des Haftbefehls von Muzaffer Ayata beantragen.
Aktenzeichen: 3 StR 425/08

(*AZADÎ*, 10.12.)

Angriff der HPG im Stadtviertel von Dersim
Im Stadtviertel Esentepe im Stadtzentrum von Dersim führte die HPG-Guerilla einen Angriff auf einen Kontrollpunkt vor der Direktion der Spezialeinheiten durch.
Es ist noch nicht bekannt, ob es Verluste unter den Soldaten, die eine Operation in der Region begonnen haben, gegeben hat. Am Ein- und Ausgang der Stadt wurden daraufhin Kontrollstellen eingerichtet. *(ANF, 4.12., ISKU)*

Journalistin Heike Schrader verurteilt
Das Oberlandesgericht Düsseldorf verurteilte die Journalistin Heike Schrader wegen Unterstützung einer terroristischen Vereinigung zu einer Bewährungsstrafe von 22 Monaten. Der ursprüngliche Vorwurf, Schrader sei Mitglied einer Vereinigung gewesen, die sich innerhalb der türkischen Organisation »Revolutionäre Volksbefreiungspartei-Front« (DHKP-C) gebildet hatte, musste fallengelassen werden.
Schrader, die seit 2003 für mehrere linke Tageszeitungen aus Griechenland berichtet, habe, heißt es nunmehr, zwischen 1996 und 1998 zwar keine eigenen terroristischen Taten begangen, jedoch mehrfach an Treffen hochrangiger Funktionäre teilgenommen. Schon die bloße Teilnahme an diesen Treffen wurde vom Gericht nun als Unterstützungshandlung gewertet.
Als Beweis für diese Beschuldigung diente allein Heike Schraders öffentliche und legale Tätigkeit in dem in Köln ansässigen »Informationszentrum freier Völker«, das sich vor allem für die Belange der politischen Gefangenen in der Türkei einsetzte.

(ND, 10.12., ISKU)

Quellen:

ANF	Firat Nachrichtenagentur
GS	Gegen Strömung
ND	Neues Deutschland
BM	Berliner Morgenpost
ÖP	Yeni Özgür Politika

Termine:

Infostand des Aktionskreis "Rettet Hasankeyf" Rendsburg-Kiel am 13.12. von 10 bis 14 Uhr in Norderstedt im Herold Center

N û ç e
erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der
Informationsstelle Kurdistan
Schanzenstraße 117
20357 Hamburg
Tel.: 040 - 421 02 845
E-mail: isku@nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
Postbank Köln, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 3968-506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.isku.org

Nr. 392
19. Dezember 2008

Nûçe



Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@nadir.org
www.isku.org

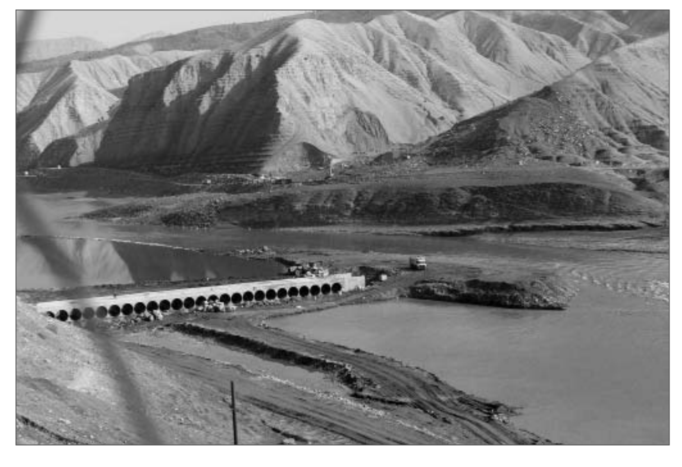
wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

Ilisu-Staudamm soll "auf jeden Fall" gebaut werden

Europäer verlängern Frist

Obwohl die Türkei weiterhin Auflagen für Menschenrechte und Umweltschutz mit Füßen tritt, wird Deutschlands vorerst nicht aus der Finanzierung des umstrittenen Ilisu-Staudamms im kurdischen Osten der Türkei aussteigen. Statt dessen solle Ankara ein erneuter Aufschub von 180 Tagen zur Umsetzung der Auflagen in den Bereichen Umsiedlungen, Umwelt- und Kulturschutz gewährt werden. Darauf hätten sich die Regierungen Deutschlands, Österreichs und der Schweiz, die den Dammbau mit Exportrisikokrediten in Höhe von einer halben Milliarde Euro unterstützen, bereits am vergangenen Freitag in Wien geeinigt, meldete die österreichische Umweltschutzorganisation ECA Watch von der europäischen Kampagne gegen den Ilisu-Damm am Mittwoch. Noch vor Weihnachten soll die Fristverlängerung von den beteiligten Regierungen öffentlich verkündet werden.

Offiziell endete am vergangenen Wochenende ein 60tägiges Ultimatum, das die staatlichen Exportrisikoversicherer der Türkei zur Erfüllung der rund 150 Auflagen gesetzt hatten. Eine Auswertung habe ergeben, dass die Auflagen weiterhin nicht erfüllt wurden, meldete die türkische Zeitung Hürriyet am Mittwoch. Staudammgegner hatten zudem aktuelle Fotos präsentiert, die beweisen, dass die Bauarbeiten am Tigris entgegen der Abmachungen bereits begonnen haben. Durch den Ilisu-Staudamm am Oberlauf des Tigris würden 199 Dörfer und die 10 000 Jahre alte Kleinstadt Hasankeyf mit ihren historischen Monumenten überflutet und 65 000 Menschen vertrieben.



Baumaßnahmen am Tigris — Foto: Mujgan Arpat, 23.11.2008

Die türkische Regierung zeigte sich nach Ablauf des Ultimatums zuversichtlich, dass der Damm gebaut würde. Auf einer Pressekonferenz in Ankara beschimpfte der türkische Umweltminister Vesyel Egolu am Dienstag die Gegner des Dammes pauschal als »Terroristen«» und »Separatisten« – ein Synonym für Anhänger der kurdischen PKK. Mitglieder der örtlichen »Kampagne zur Rettung von Hasankeyf« waren von der Polizei in letzter Zeit an Fahrten zum Dorf Ilisu gehindert und die prominente Staudammgegnerin Ipek Tasli war gar in Haft genommen worden. Rund um die Baustelle beim Dorf Ilisu wurden die Anwohner enteignet und Militärstützpunkte errichtet.

Zudem hätte ein Entscheid der Europäer "überhaupt keine Konsequenzen" für das Projekt, sagte Minister Eroglu. Die Türkei sei in der Lage, noch größere Dämme zu bauen. Ohne die bereits vorhandenen Staudämme wären andere Gegenden in Südostanatolien heute bereits verödet, sagte er. *(jW, 18.12., TB, 17.12., ISKU)*

DTP-Frauen rufen zur Kandidatur für Kommunalwahlen auf

„Mehr Demokratie – mehr Frauen“

Die DTP-Frauenfraktion bereitet sich unter dem Motto „Mehr Demokratie – mehr Frauen“ auf die Kommunalwahlen am 29. März 2009 vor. Wie Besime Konca als Sprecherin des Frauenrates innerhalb der Partei erläuterte, seien Frauen überall dazu aufgerufen, ihre Kandidatur einzureichen. „An die Macht zu kommen, bedeutet nicht, sich den Männern anzupassen. Frauen sollten diesen Kampf nicht führen, indem sie sich mit Männern vergleichen. Es handelt sich um einen lang angelegten Kampf voller Schwierigkeiten und Risiken.“
Die DTP hat in allen Parteistrukturen eine Geschlechterquote von 40 Prozent festgelegt. Um diese auch bei den Kommunalwahlen zu erfüllen, sind 17 Wahlkreise inklusive der Provinzen Dersim und Kars ausgewählt worden, in denen an oberster Stelle in der Kandidatenliste Frauen stehen sollen. „Die politischen Parteien in der heutigen Türkei betrachten Frauen nicht als Menschen, die die Politik verändern, sondern als ein Geschlecht, das angepasst an den Mann an der Seite von Männern seinen Platz einnimmt“, so Konca. „Zu unseren Kriterien gehört die Überwindung der Geschlechterungleichheit. Für uns ist wichtig, dass Frauen mit dem ihnen eigenen Bewusstsein und Willen eine aktive Rolle sowohl in der Kommunalverwaltung als auch in der Politik einnehmen. Weiterhin gehört zu unseren Kriterien für die Kandidatinnenauswahl, dass diese der Gesellschaft dienen wollen, sich nicht über die Menschen stellen, dass sie sowohl in Hinblick auf die Frauenbefreiung als auch auf den Befreiungskampf des kurdischen Volkes eine Kraft darstellen, zu diesen Themen konstruktive Politik machen können.“

Natürlich sei die Kandidatur von Frauen nicht auf 17 Wahlkreise begrenzt. „Wir haben diese Wahlkreise nur als strategische Orte festgelegt, an denen das Potenzial für eine Weiterentwicklung des Frauenkampfes besonders hoch ist. Darüber hinaus kann sich jede Frau, die sich in diesem Kampf wiederfindet und der Gesellschaft etwas geben möchte, in jedem anderen Wahlkreis um eine Kandidatur bewerben.“
(ÖP, 11.12., ISKU)

Meldungen

„Wir sind alle Leyla Zana“
Mit einer Erklärung hat sich die demokratische freie Frauenbewegung (DÖKH) in der Türkei mit der kurdischen Politikerin Leyla Zana solidarisch erklärt, die zu einer Haftstrafe von zehn Jahren verurteilt worden ist. „Wir verurteilen das militaristische System, das eine politische Repräsentanz kurdischer Frauen nicht aushalten kann“, heißt es in der Erklärung. Bei der Verurteilung Zanas handele es sich um eine Form „sozialer und politischer Gewalt gegen die kurdische Frauenbewegung. Die Haftstrafe zeigt deutlich die Dimension des unrechtmäßigen Vorgehens, mit dem in letzter Zeit in der Türkei eine militaristische Politik gegen alle Friedensaktivisten und insbesondere gegen das kurdische Volk angewendet wird. Die Strafe richtet sich gegen die demokratische kurdische Bewegung und ist ausschließlich politisch motiviert.“
Weiter wird in der Erklärung daran erinnert, dass Leyla Zana die erste kurdische Frau war, die in das türkische Parlament gewählt wurde. „Damals wie heute sind wir an Leyla Zanas Seite. Wir sind alle Leyla Zana.“
(ÖP, 11.12., ISKU)

100 Frauen innerhalb eines Monats ermordet
Nach Angaben der südkurdischen Parlamentarierin Sozan Xale Sahap sind in Südkurdistan innerhalb eines Monats mindestens 100 Frauen Opfer von „Ehrenmorden“ geworden. Die Gewalt gegen Frauen habe in Kurdistan stark zugenommen. Alle Teile der Gesellschaft seien aufgefordert, gegen die Gewalt an Frauen zu kämpfen.
Laut der von Sozan Xale Sahap vorgelegten Statistik sind innerhalb von sechs Monaten ungefähr 300 Frauen im Alter zwischen 13 und 40 Jahren in Südkurdistan „Ehrenmorden“ zum Opfer gefallen. „Eine weitere grausame Dimension der Gewalt gegen Frauen stellt die Beschneidung von Mädchen dar“, so Sozan Xale ahap. „Wir verfügen zwar nicht über eine genaue Statistik, aber es wird vermutet, dass 40 Prozent der Frauen in Südkurdistan beschnitten sind.“
(ÖP, 11.12., ISKU)

Zeitungskonzessionärin festgenommen und verschleppt
Die Konzessionärin der einzigen kurdischsprachigen Tageszeitung in der Türkei, Adadiya Welat, ist von Zivilpolizisten festgenommen und nach Ankara ver-

Kurdische Regionalregierung geht gegen Kriegsgegner vor

Proteste gegen Angriffe auf Nordirak

Erneut hat die türkische Luftwaffe am Dienstag mutmaßliche Stellungen der Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) in den nordirakischen Kandil-Bergen bombardiert. Über Opfer und Schäden wurde bisher nichts bekannt. Proteste gegen diese Angriffe wurden von Sicherheitskräften der autonomen Region Kurdistan unterdrückt.

Wie das »Halabja-Zentrum gegen Anfalisierung und Genozid an den Kurden« (CHAK) in einer Presseerklärung mitteilte, werden seit Sonntag fünf CHAK-Aktivisten vom Geheimdienst Asyish der Patriotischen Union Kurdistans des von den USA protegierten irakischen Präsidenten Jalal Talabani gefangengehalten, weil sie öffentlich gegen Angriffe der türkischen und iranischen Armee auf das Territorium der Region Kurdistan protestiert hatten. »Die CHAK-Aktivisten sind ohne rechtliche Grundlage im Gefängnis«, erklärte CHAK-Mitglied Adnan Kocher gegenüber der Website Kurdish-Media.com. »Ihr Vergehen war das Verteilen einer Erklärung unter der normalen Bevölkerung in Suleymania. Die kurdische Regionalregierung spricht von Demokratie, aber sie verhaftet Menschen widerrechtlich aufgrund einer einzigen Erklärung.« CHAK fürchtet nun um die körperliche Unversehrtheit und das Leben seiner gefangenen Aktivisten Mohammad Bakr, Karwan Salar, Taha Serspi, Mesture Mohammad und Hemin Hamaali.

In kurdischen Gefängnissen im Nord-Irak kommt es nach Informationen von Menschenrechtsorganisationen immer wieder zu Misshandlungen und Folter. »Es besteht auch die Gefahr ungerechtfertigter Anklagen und Verurteilungen. Nach Kenntnissen von CHAK sind die kurdischen Gerichte nicht unabhängig.« Hintergrund der Festnahmen ist offenbar ein kürzlich zwischen der irakischen und der kurdischen Regierung sowie den US-Besatzern und der Türkei geschlossenes Abkommen zur gemeinsamen Bekämpfung der PKK im Nordirak. Durch die Verhaftung der Flugblattverteiler soll wohl verhindert werden, daß die unter der Bevölkerung verbreitete Kritik an der Kollaboration der kurdischen Regionalregierung mit Ankara gegen die »kurdischen Cousins von der PKK« laut geäußert wird.

Das CHAK war 2002 gegründet worden, um Entschädigungen für die Opfer der sogenannte Anfal-Kampagne der Baath-Regierung gegen die kurdische Bevölkerung in den 1980er Jahren durchzusetzen und die europäischen Giftgaslieferanten vor Gericht zu bringen. Seit dem Sturz Saddam Husseins durch US-Besatzer setzt sich CHAK verstärkt für Menschenrechte innerhalb der kurdischen Autonomieregion und dem Irak ein. So hat CHAK kürzlich gegen die Vertreibung von Christen aus der Stadt Mosul protestiert, für die kurdische Peshmerga der Regionalregierung verantwortlich sein sollen. *(jW, 18.12., ISKU)*

27 Dörfer in Kandil entvölkert

Aufgrund der seit dem 29. November fast täglich stattfindenden koordinierten Angriffe der türkischen und der iranischen Armee sind bis jetzt 27 Dörfer entvölkert worden. 400 Familien mussten flüchten. In den bombardierten Gebieten entstand Sachschaden an Schulen, Moscheen, Gesundheitsstationen und Wohnhäusern. Hunderte Nutztiere wurden getötet. Mindestens fünf Dorfbewohner wurden verletzt.
Bei einer von der PCDK organisierten Protestkundgebung in Süleymania wurden unterdessen 17 Personen festgenommen, darunter mehrere Journalisten.
Fotos von der Bombardierung Kandils am 16.12.2008 unter:
http://www.firatnews.eu/haber-7995&baslik=kandildeki-koylere-saldiri-goruntulendi.anf
(ANF, 15.12., ISKU)

DTP-Abordnung zu Gesprächen in Südkurdistan

Positive Botschaften aus Südkurdistan

Im Rahmen eines viertägigen Besuchs einer DTP-Abordnung in Südkurdistan ist es zu Gesprächen mit Vertretern der südkurdischen Regierung gekommen. Die DTP-Mitglieder, darunter die beiden Vorsitzenden Ahmet Türk und Emine Ayna, trafen u. a. mit dem Präsidenten der Region Kurdistan Mesut Barzani, mit dem Ministerpräsidenten der südkurdischen Regierung Necirvan Barzani sowie mit dem irakischen Staatspräsidenten Celal Talabani zusammen.
Im Gespräch mit Mesut Barzani und weiteren Regierungsvertretern habe sich der Konsens gebildet, dass die kurdische Frage mit demokratischen und friedlichen Methoden gelöst werden müsse. Die Zeit, in der Kurden gegen Kurden gekämpft haben, sei endgültig vorbei. Weiter sei vereinbart worden, den innerkurdischen Dialog zu fördern.
(ANF, 15./16.12., ISKU)

"Todesbrunnen" im Südosten der Türkei sollen geöffnet werden

Ermittlungen wegen illegaler Exekutionen

Die Justiz in der Türkei will nach den sterblichen Überresten der Opfer illegaler Hinrichtungen durch einen militärischen Geheimdienst in den 90er Jahren suchen. In der Gegend um Silopi in der Nähe der türkischen Grenze zum Irak in Südostanatolien sollen so genannte Todesbrunnen auf Anordnung der Staatsanwaltschaft geöffnet werden, berichteten türkische Zeitungen am Mittwoch. Nach einem vor wenigen Monaten erschienenen Buch hatten Agenten des Geheimdienstes der paramilitärischen Gendarmerie, JITEM, die Leichen von Opfern außergerichtlicher Hinrichtungen mit Säure übergossen und in die Brunnen geworfen.

Die Anwaltskammer der Provinzhauptstadt Sirnak, die sich an die Staatsanwaltschaft in Silopi gewandt hatte, nannte die geplanten Brunnenöffnungen notwendige Schritte zur Aufarbeitung der Vergangenheit. In den 90er Jahren, als der Krieg zwischen der türkischen Armee und den kurdischen PKK-Rebellen einen Höhepunkt erreichte, wurden im türkischen Kurden-Gebiet zahlreiche bis heute ungeklärte Morde verübt; auch verschwanden damals viele Menschen spurlos.

Der Geheimdienst JITEM wird unter anderem mit der rechtsnationalen Gruppe "Ergenekon" in Verbindung gebracht, deren mutmaßliche Chefs derzeit wegen eines bewaffneten Umsturzversuches gegen die Regierung vor Gericht stehen. Der angebliche JITEM-Gründer, Ex-General Veli Kücük, ist einer der Hauptangeklagten im "Ergenekon"-Prozess.

(DS, 17.12., ISKU)

schleppt worden. Die Festnahme erfolgte heute während einer Razzia in der Zentrale der Zeitung. Emine Demir wurde der Kontakt zu ihrer Anwältin verweigert und in ihrem Büro zweieinhalb Stunden verhört. Das gesamte Büro wurde von der Polizei verwüstet. Eine Begründung für die Durchsuchung erfolgte nicht. Im Anschluss wurde Demir nach Ankara verschleppt. Das Büro wurde von der Polizei verschlossen; Demir gelang es lediglich, ihre Kollegen darüber zu informieren, dass sie nach Ankara gebracht werde.
Die Redaktionsleitung von Azadiya Welat verurteilte in einer schriftlichen Erklärung die Durchsuchung und die Festnahme. „Ein derartiger polizeilicher Überfall auf die einzige kurdische Tageszeitung in der Türkei in einer Zeit, in der der [staatliche kurdischsprachige] Sender Hest TV (TRT8) auf Sendung gehen soll, ist eine Schande für die AKP.“ *(ANF, 17.12., ISKU)*

47 Lehrer aus „Sicherheitsgründen“ des Amtes enthoben
In Gever (Hakkari-Yüksekova) sind 47 vorübergehend eingestellte Lehrer und Lehrerinnen aus „Sicherheitsgründen“ des Amtes enthoben worden. Für die Amtsenthebung der in der Kreisstadt und umliegenden Dörfern unterrichtenden Lehrer zeichnete das Landratsamt verantwortlich. Die Dorfschulen haben jetzt keine Lehrer mehr.
(ANF, 17.12., ISKU)

HPG amnestiert Dorfschützer
Das HPG Hauptquartier erklärte, dass insbesondere in den Gebieten Hakkari und Sirnak Menschen vielerorts gezwungen werden, Dorfschützer zu werden. Die HPG erklärte, dass das türkische Militär versuche sie mit Zwang zum Werkzeug des schmutzigen Krieges zu machen. Die, die da nicht mehr länger mitmachen und sich verweigern, können von der HPG amnestiert werden.
(ANF, 13.12., ISKU)

Quellen:

ANF	Firat Nachrichtenagentur
ÖP	Yeni Özgür Politika
DS	Der Standard
jW	junge Welt
TB	Tagblatt

Nûçe
erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der
Informationsstelle Kurdistan
Schanzenstraße 117
20357 Hamburg
Tel.: 040 - 421 02 845
E-mail: isku@nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
Postbank Köln, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 3968-506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.isku.org